Mittwoch, 2. April 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 76 - 14.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,50 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

40 JAHRE DIE WELT



Die Welt in der wir lesen

Am 2. April 1946 erschien die erste Ausgabe der WELT. Sie hatte einen Umfang von sechs Seiten und kostete 20 (Reichs-)Pfennig. Die WELT vom 2. April 1986, die Ihnen heute vorliegt, besteht aus 120 Seiten (und kostet 1 Mark 20). Allein 96 Seiten umfaßt die Sonderbeilage „Die Welt in der wir lesen". Ihr Thema geht weit über 40 Jahre Rückblick und die Selbstdarstellung dieser Zeitung hinaus. In mehr als hundert Einzelbeiträgen machen prominente Gast-Autoren zusammen mit WELT-Redakteuren und -Korrespondenten eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Bestandsaufnahme 1986 und geben einen kritischen Ausblick auf künftige Entwicklungen.

POLITIK

Nordirland: Nach dem Verbot einer protestantischen Demonstration in Portadown ist es zu einer neuen Welle der Gewalt gekommen. Busse und Privatautos wurden in Brand gesetzt, bei Zusammenstößen sind mehr als 50 Menschen verletzt worden. (S. 12)

Zypern: UN-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar will seine *Bemühungen um eine friedliche* Lösung des Zypern-Konflikts mit einem neuen Friedensplan intensivieren. Ankara hat allerdings den Abzug seiner Truppen eindeutig ausgeschlossen. (S. 5)

Anstieg: Die Zahl der aus osteuropäischen Ländern kommenden Aussiedler steigt wieder. Von Januar bis März wurden 8000 Aussiedler registriert; im gleichen Zeitraum 1985 waren es 6943 gewesen. Allein aus Polen kamen 4961 Deutsche.

Atomtests: Für die Fortsetzung der US-Atomversuche hat sich der frühere Delegationsleiter bei den Genfer Abrüstungsgesprächen, Nitze, ausgesprochen. Der Westen sei auf Atomwaffen „als Grundelement der westlichen Verteidigung angewiesen".

China: Die Pekinger Führung hat 96 000 Kleinbetriebe schließen *lassen, mit denen sich Staats- und* Parteifunktionäre illegal bereichert haben. Die Firmen waren bei einer Kampagne gegen Korruption entdeckt worden.

Korea: Nordkorea hat alle südkoreanischen Terminvorschläge für neue Wirtschaftsverhandlungen und Gespräche der Rot-Kreuz-Organisationen abgelehnt. Pjöngjang begründete die Zurückweisung mit den andauernden amerikanisch-südkoreanischen Frühjahrsmanövern.

WIRTSCHAFT

Osthandel: Eine neue Phase im Osthandel sieht die Europäische Wirtschaftskommission (ECE) in diesem Jahr nach dem Zusammenbruch des Ölpreises. Damit werde eine wichtige Stütze des Warenaustauschs geschwächt; der Spielraum der Comecon-Länder sei *eingeengt. (S. 13)*

Börse: Der Aktienmarkt setzte seine Aufwärtsbewegung auf breiter Front fort. Der Rentenmarkt tendierte sehr fest. WELT-Aktienindex 294,91 (291,56). BHF-Rentenindex 108,150 (107,542). BHF-Performance Index 104,638 (104,025). Dollar-Mittelkurs 2,3363 (2,3175) Mark. Goldpreis je Feinunze 333,70 (344,00) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1954=100
290
280
270
24. 25. 26. 27. 1. 2. 3. 4.
März/April 86
DIE WELT

KULTUR

Intendanten: Dem Sprechtheater fehlt der Nachwuchs, ein noch so umfängliches Intendanten-Karussell macht keine Vielfalt. (S. 23)

„Zauberflöte": Harry Kupfers Inszenierung in der Ostberliner „Komischen Oper" macht aus dem Stück ein großes Drama. (S. 23)

SPORT

Motorsport: Bei dem Unfall des VW-Teams Eriksson/Diekmann auf der dritten Etappe der Safari-Rallye in Kenia ist ein Zuschauer getötet worden. (S. 21)

Fußball: Werder Bremen muß eventuell bis zum Saisonende auf Torwart Burdenski verzichten. Er klagt über Schmerzen an der Bandscheibe. (S. 21)

AUS ALLER WELT



Hofbräuhaus: An Spitzentagen strömen mehr als 20 000 Menschen in den Münchner „Biertempel" (Foto), jetzt steht das Sudhaus im Mittelpunkt heftiger Diskussionen: 14 CSU-Landtagsabgeordnete haben beantragt, die staatliche Hofbräuhaus-Brauerei zu privatisieren. (S. 24)

Zugunglück: Der Schnellzug München – Zürich ist in Vorarlberg verunglückt. Er fuhr in Lochau auf einen Güterzug auf. 19 Menschen wurden verletzt. (S. 24)

Neuer Preissturz am Ölmarkt. Politiker besorgt über Folgen

Produktionskosten zum Teil nicht mehr gedeckt / Beim Erdgas noch Gewinn

JB. Hamburg

Als Reaktion auf die im Prinzip gescheiterte und auf den 15. April vertagte Opec-Konferenz fallen die Ölpreise weiter. An den US-Terminbörsen ist der Preis für inländisch gefördertes Öl auf unter elf Dollar je Barrel gerutscht und hat damit den seit acht Jahren niedrigsten Stand erreicht. Ein weiterer Preisverfall wird in der Ölindustrie nicht ausgeschlossen. Als neue Widerstandslinie werden zehn Dollar je Barrel genannt. *Der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate,* Mans Said Oteiba, hat erklärt, daß sogar ein Preis von „fünf bis acht Dollar" vorstellbar sei.

Parallel zu der Entwicklung in New York geben auch die Rotterdamer Notierungen weiter nach. Der starke Druck auf die Ölpreise wird durch das anhaltende, weltweite Überangebot ausgelöst. Unter den ölproduzierenden Ländern ist niemand bereit, freiwillig weitere Marktanteile aufzugeben. Das gilt sowohl für die Förderstaaten der Nordsee als auch für die Opec-Mitglieder. Die von ihnen vor einer Woche beschlossene Drosselung der Förderung von 16 auf 14 Millionen Barrel pro Tag steht nur auf dem Papier.

Irak hat inzwischen sogar eine Anhebung seiner Quote von 1,2 auf zwei Millionen Barrel gefordert. Auch Saudi-Arabiens Ölminister Jamani hat erklärt, daß das Kartell seinen Marktanteil von 16 Millionen Barrel pro Tag halten müsse. Eine weitere Fördereinschränkung sei wenig realistisch.

Saudi-Arabien hat damit erneut bestätigt, daß es seine ausgleichende Rolle nicht wieder aufnehmen wird. *Die Saudis mit einer Förderkapazität* von 12,5 Millionen Barrel pro Tag hatten bis Mitte vergangenen Jahres die ihnen zustehende Quote von 4,3 Millionen Barrel nicht genutzt, sondern zur Stützung der Preise die Förderung bis auf 2,3 Millionen Barrel zurückgefahren. Der amerikanische Energieminister Merrington hat die Saudis jetzt auf die „politischen Implikationen" ihrer Ölpreisstrategie hingewiesen.

Die strikte Verteidigung von Marktanteilen bedeutet auch, daß es kaum zu Fördereinschränkungen kommen wird, selbst wenn der Preis unter die Förderkosten sinkt. Weder in den USA noch bei den Nordsee-Anrainern sind Pläne bekannt, bestehende Felder ganz zu schließen. Solange die Abschreibungen verdient werden, ist die Produktion billiger als die Stillegung. Die Kostenstrukturen sind ohnehin von Feld zu Feld, von Staat zu Staat und von Unternehmen zu Unternehmen sehr unterschiedlich. Während im Nahen Osten auch noch bei einem Ölpreis von fünf Dollar je Barrel verdient werden kann, deckt Öl aus Alaska oder aus schwer *zugänglichen Nordsee-Feldern* die Vollkosten bei Preisen von zwölf Dollar und weniger nicht mehr. Auch Mexiko, Venezuela und Indonesien dürften Probleme haben, noch eine Marge zu erzielen.

Die deutsche Ölförderung ist inzwischen in die roten Zahlen gerutscht, ohne freilich die Produktion aufgegeben zu haben. Erdgas wird noch mit Gewinn aus dem Boden geholt.

Die internationalen Ölgesellschaften haben eine Überprüfung ihrer mittel- und langfristigen Investitionsplanung angekündigt.

DER KOMMENTAR

Risiken

HORST-ALEXANDER SIEBERT

Wer sich an den arabischen Ölboykott 1973/74 und die nochmalige Verdoppelung des Ölpreises fünf Jahre später erinnert, freut sich. Die Opec, die Organisation der Ölexportländer, liegt am Boden. Zerstört ist das verantwortungslose Kartell, das die Weltwirtschaft in Inflation und Rezession gestürzt hat. Heute geht es anders herum; der Ölpreisverfall hat die Qualität einer unverhofften Steuersenkung und der Verbraucher profitiert davon. Genauere Kalkulationen zeigen überdies, daß auch global die Vorteile überwiegen.

Aber die Medaille hat zwei Seiten. Der jüngste Preissturz an den New Yorker Terminmärkten von 11,44 auf 10,42 Dollar je Barrel (159 Liter) West Texas Intermediate, Amerikas beste Ölsorte, in nur vier Tagen ist auch ein Warnsignal. Immerhin betrug die Notierung am 25. November noch 31,01 Dollar. Die USA sind nach der Sowjetunion der wichtigste Ölproduzent, und die Gefahr wächst nun rapide, daß im Süden und Südwesten der Vereinigten Staaten immer mehr Firmen schließen. Schon bei einem Preis, der unter zwölf Dollar sinkt, werden in vielen Fällen die Kosten nicht mehr gedeckt.

Was dem Verbraucher zugute kommt, hat also für die Ölproduzenten außerhalb der Opec schlimme Konsequenzen – vorausgesetzt, die Preise erholen sich nicht in nächster Zeit. Kritisch kann die Lage auch für die Sowjetunion werden, die ein gutes Drittel ihrer Deviseneriöse aus Ölexporten erzielt. Wie die anderen Öllieferanten müßte Moskau ebenfalls die Einfuhren drosseln.

Für die USA sind auch nicht die Folgen für die nationale und damit westliche Sicherheit zu übersehen, wenn ein strategisch wichtiger Wirtschaftszweig wie die Ölindustrie ins Rutschen kommt. Deshalb hat der amerikanische Energieminister John S. Merrington die Saudis jetzt auf die „politischen Implikationen" ihrer Ölpreisstrategie hingewiesen.

Lummer: Kein Grund für Rücktritt

Berliner Senator stellte sich „zur Disposition" / Zahlungen an Rechtsradikale bestätigt

DIETER DOSE, Berlin

Noch ehe gestern Berlins Bürger*meister und Innensenator Heinrich* Lummer (CDU) offiziell bestätigte, daß er nicht von seinem Amt zurücktritt, nahm er die vom Urlaub unterbrochenen Amtsgeschäfte wieder auf. Er weihte das neue Landeseinwohneramt ein ...

Ein paar Stunden später stellte er sich im restlos überfüllten Pressezimmer des Rathauses Schöneberg der Öffentlichkeit. Wie sich schon an den Ostertagen angedeutet hatte, tritt Lummer nicht zurück. „Wenn aber die Stadt oder meine Parteifreunde meinen, daß ich zur Last werde, stehe ich zur Disposition", sagte er.

Mit dem Regierenden Bürgermeister *Eberhard Diepgen war Lummer* bereits Montag abend, wie es heißt, „in sachlicher Atmosphäre" in dessen Dienstvilla im Ortsteil Grunewald zusammengetroffen. Zwei Stunden lang erörterten sie die Situation, die durch die Vorwürfe des inhaftierten Wuppertaler Autohändlers Otto Putsch an die Adresse Lummers entstanden ist. Putsch hatte behauptet, daß Lummer von den Spenden – beziehungsweise Schmiergeldforderungen des ehemaligen CDU-Baustadtrates Antes gewußt und von Putsch 1973 eine Reise in den Libanon bezahlt bekommen habe. Bereits vor dem Gespräch mit Lummer hatte Diepgen eine Entlassung seines Stellvertreters abgelehnt: Er sehe keine Veranlassung, das Abgeordnetenhaus *zu irgendwelchen Maßnahmen* gegen Lummer aufzufordern.

Lummer sieht jedoch auch keine Möglichkeit, gegen die Vorwürfe von Putsch rechtlich vorzugehen, weil die von Putsch in der Sendung „Monitor" präsentierten eidesstattlichen Versicherungen nur Mutmaßungen darstellen. „Mit aller Entschiedenheit und Deutlichkeit sage ich jedoch, daß ich nicht von Schmiergeld oder Parteispendenforderungen von Antes an Putsch gewußt habe."

Ausführlich ging Lummer zwar auf seine 17 Libanon-Reisen ein, durchgeführt unter anderem im Auftrag des Auswärtigen Amtes, des Bundespresseamtes und seiner Partei. Mysteriös bleiben jedoch die Umstände der Reise, die Putsch für Lummer 1973 bezahlt haben will. Denn bisher, so Lummer, ließ sich nicht feststellen, welche Bonner Behörde angeblich Putsch gebeten hatte, Lummer einzuladen. Nur an soviel könne er sich erinnern, daß zu der Reisegruppe mehrere Personen gehört haben. Keine Aufklärung konnte Lummer auch über die Bezahlung geben. Der Inhaber eines Reisebüros, bei dem möglicherweise die Flugkarten bestellt worden sind, sei inzwischen verstorben.

Zu den im „Spiegel" erhobenen Vorwürfen, Lummer habe 1971 an eine rechtsextreme Organisation 2000 *Mark gezahlt,* damit diese Organisation im Berliner Wahlkampf Wahlplakate der SPD überklebt, sagte Lummer: „Die 2000 Mark sind dafür bestimmt gewesen, eine Kandidatur dieser Organisation bei den Berliner Wahlen zu verhindern." Das Geld habe er – Lummer war damals Fraktionschef – von seiner Partei erhalten.

USA drohen EG mit Restriktionen

rtr. Washington

Zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA droht ein Handelskrieg. Washington hat die EG ultimativ aufgefordert, Beschränkungen der US-Exportgüter Mais, Hirse, Sojabohnen und Ölsamen für die neuen Mitgliedsländer Portugal und Spanien zurückzunehmen. Andern*falls würden die USA* höhere Einfuhrzölle für EG-Produkte erheben. EG-Kommissar de Clercq hielt dagegen, daß die Bestimmungen in Einklang mit den Gatt-Richtlinien stünden.

Seite 13: Vergeltungsmaßnahmen

Polen: Gesetz gegen Ausreisewillige

DW. Warschau

Warschau hat ein neues Gesetz erlassen, das die Übersiedlung junger Polen in die Bundesrepublik Deutschland erschweren soll. Polen, die als Touristen in den Westen reisen wollen, müssen eidesstattlich erklären, daß ihre Großmütter nicht in der deutschen Volksliste (Stand: 1938) re*gistriert waren, in der die Volksdeut*schen im damaligen Polen aufgeführt wurden. Hintergrund: Die Zahl junger Polen, die sich in der Bundesrepublik als Spätaussiedler registrieren lassen, ist angestiegen.

Druckabfall als Absturz-Ursache?

DW. Mexiko

Der Absturz der Boeing 727 in Mexiko, bei dem am Montag alle 166 Insassen ums Leben kamen, ist möglicherweise durch einen Druckabfall in der Kabine verursacht worden. Diese Auffassung vertraten gestern zahlreiche Beobachter unter Hinweis auf den SOS-Ruf des Piloten kurz vor der Katastrophe. Der Pilot hatte den Tower um Erlaubnis ersucht, in niedriger Höhe fliegen und nach Mexiko-Stadt umkehren zu dürfen.

Seite 24: Am Himmel explodiert

Parteien-Streit um Demonstration

DW. Wackersdorf

Die CDU/CSU hat der SPD vorgeworfen, bei den Osterdemonstrationen mit „anti-demokratischen grünen Chaoten" zusammengearbeitet zu haben. Der stellvertretende Fraktionschef Miltner forderte Kanzlerkandidat Rau auf, seine Partei „auf den Pfad der Vernunft zurückzuführen". Der SPD-Bundestagsabgeordnete Stiegler kritisierte den Polizeieinsatz in Wackersdorf: Er habe „Ansätze von Staatsterrorismus" gezeigt.

Seite 4: Generalstabsmäßig geführt

Moskau hält an Gipfel in den USA fest

Sowjetische Medien reagieren auf Reagans Ablehnung des Gorbatschow-Plans zurückhaltend

RMB. Moskau

Sowjetische Medien und Politiker waren gestern offenbar bemüht, den in den USA entstandenen Eindruck zu verwischen, Parteichef Gorbatschow sei nicht mehr an einem Gipfeltreffen in diesem Jahr in Washington interessiert. Der stellvertretende Außenminister Georgij Kornienko erklärte gestern auf einer internationalen Pressekonferenz in Moskau: „Der Geist von Genf ist unsterblich. Er ist weder krank noch gestorben. Wir werden fortfahren in unseren Bemühungen, mit den Amerikanern Abrüstungsverhandlungen zu führen."

Der Pressetermin war nach der Absage des amerikanischen Präsidenten an die Gorbatschow-Initiative anberaumt worden. Der sowjetische Generalsekretär hatte den Amerikanern ein Gipfeltreffen angeboten, bei dem nur über ein Verbot von Atomversuchen beraten werden sollte. Dies wurde in Washington als Desinteresse an der bereits in Genf vereinbarten zweiten Gipfelbegegnung gewertet.

Die Sowjets halten das Trefffen allerdings nicht für gefährdet. Kornienko wiederholte aber die sowjetische Bedingung, ein Termin werde erst dann vereinbart, wenn die USA dabei „konstruktive Ergebnisse" in der Rüstungskontrolle versprechen könnten. Derzeit gebe es keine Vorbereitungen für eine solche Begegnung, sagte er auf entsprechende Fragen.

Ungehalten reagierte Kornienko auf die amerikanische Kritik an der – wie US-Außenminister Shultz gesagt hatte – „sowjetischen Taktik", Vorschläge zunächst der Öffentlichkeit und dann erst den Gesprächspartnern zu unterbreiten. Ob sie Angebote auf öffentlichem Wege, durch diplomatische Kanäle oder sonst wie bekannt mache, sei Sache der sowjetischen Regierung.

Westliche Beobachter in der Sowjetmetropole konstatieren, daß die sowjetische Reaktion auf Washingtons jüngste Absage diesmal relativ unpolemisch und eher zurückhaltend ausfällt. In der Regierungszeitung „Iswestija" hieß es: „Wir werden die Tür nicht zuschlagen." In einem außenpolitischen Leitartikel erläutert Alexander Bovin, der politische Autor der „Iswestija", den sowjetischen Lesern die Gründe für die amerikanische Absage. So schreibt er, Reagan habe sich mit seiner ablehnenden Antwort vor allem „vor den rechten Verbündeten dafür rechtfertigen müssen, daß er sich in Genf zu weich benommen hätte". Außerdem habe er *das sowjetisch-amerikanische* Gleichgewicht zugunsten der USA verändert und wolle deshalb Moskau herausfordern.

Bovin wirft den Amerikanern vor, unzuverlässig zu sein, und beschuldigt sie, Fragen der großen Weltpolitik mit kleinkarierter Politik vermischen zu wollen. „Aber wir, die Sowjetunion, sind gezwungen, mit denen zu verhandeln, die uns die Geschichte und das Schicksal auferlegt hat", heißt es in dem Parteiblatt. Washington wurde auch davor gewarnt, die sowjetische Umsicht und die sowjetische Verantwortung mit Unentschlossenheit gleichzusetzen.

Trend zur früheren Pensionierung

DW. München

Immer mehr Arbeitnehmer gehen mit 60 Jahren in Rente. Wie der baye*rische Sozialminister Franz Neubauer* mitteilte, stellten 1985 nur noch 29 Prozent einen Rentenantrag ab dem 65. Lebensjahr oder forderten das flexible Altersruhegeld, das vom 63. Lebensjahr an gezahlt wird. Im Vergleich zu 1975 hat sich 1985 die Zahl der Rentenzugänge ab dem 60. Lebensjahr bei Arbeitslosigkeit vervier*facht und ist bei Schwerbehinderung* um das Dreifache gestiegen.

Länder: Neutrales NH-Gutachten

A. G. Bonn

Bis gestern waren bei Bauminister Schneider vier Stellungnahmen sei*ner Länder-Kollegen zur Neuen Hei*mat (NH) eingegangen, aus Schleswig-Holstein, Bayern, Berlin und Hamburg. Gleicher Tenor: Nur auf der Basis eines neutralen Gutachtens über das Vermögen der NH wird eine Fortsetzung der Gespräche für sinnvoll gehalten. Die NH weigert sich jedoch strikt, ihre Vermögensverhält*nisse von einer neutralen Prüfungs*gesellschaft untersuchen zu lassen.

Der Müll wird zum Problem im Weltraum

RAINER KAYSER, Hamburg

Die ständig wachsende Zahl von Menschenhand geschaffener Objekte im erdnahen Weltraum entwickelt sich zu einer ernsten Bedrohung für die Raumfahrt. Besonders gefährlich sind kleine Trümmerstücke, die sich einer Überwachung entziehen.

Mit jedem Raketenstart wird nicht nur die eigentliche Nutzlast, sondern auch ein Haufen Müll in den Weltraum gehievt: Leergebrannte Raketenstufen, Verbindungselemente, Schutzverkleidungen und ähnliches mehr. Seit dem ersten Sputnik (1957) sind neben 3000 Satelliten auch 12 000 nutzlose Objekte in den Erdorbit gegangen. Durch die Reibung an den äußeren Luftschichten sind 60 Prozent davon langsam in die dichtere Atmosphäre zurückgekehrt und dort verglüht. In einer Höhe von 200 bis 300 Kilometern, in der die Mehrzahl aller Satelliten die Erde umkreist, ist die Atmosphäre zwar extrem dünn, aber der Reibungseffekt ist durch die hohe Geschwindigkeit der Flugkörper beachtlich groß. Gäbe es diesen „natürlichen Reinigungsmechanismus" nicht – der erdnahe Weltraum wäre für die bemannte Raumfahrt längst unbenutzbar geworden.

Zur Zeit sind etwa 5600 Objekte im Erdorbit erfaßt. Die Überwachung dieser Himmelskörper ist ein aufwendiges Problem, zumal die große Mehrheit aller Objekte inaktiv ist, sich also durch keinerlei Signale verrät. Die Nasa nutzt für diese Aufgabe das leistungsstarke Radarnetz des Nordamerikanischen Luft- und Weltraum-Verteidigungskommandos Norad. Damit lassen sich allerdings nur Objekte erfassen, die größer als zehn Zentimeter sind.

Es ist zu befürchten, daß der meiste Weltraum-Müll durch dieses grobmaschige Netz hindurchschlüpft. Etwa die Hälfte aller beobachteten Objekte sind nämlich Trümmerstücke zerstörter Satelliten oder Raketen. Seit Beginn der Weltraumfahrt registrierte die Nasa 80 Zerstörungsfälle im All. So explodierten zum Beispiel Monate oder gar Jahre nach dem Start ausgebrannte Raketenstufen durch Selbstentzündung der Treibstoffreste.

Die Nasa vermutet, daß bis zu 60 000 Trümmerstücke mit Größen oberhalb von einem Zentimeter den Weltraum unsicher machen. Bei einer typischen Aufprallgeschwindigkeit von zehn Kilometern in der Sekunde, also 36 000 Stundenkilometern, kann eine Kollision selbst winziger Stückchen mit einem Satelliten katastrophale Folgen haben: Jeder Zusammenstoß erzeugt neue Trümmer, die ihrerseits die Kollisionsgefahr in die Höhe schnellen lassen.

Experten befürchten schon jetzt ein, wenn auch kleines, Risiko für bemannte Missionen. Die Frage, welche Gefahr die Weltraum-Verschmutzung für eine größere Raumstation bedeuten würde, läßt sich zur Zeit nicht präzise beantworten. Aber daß eine solche Gefahr besteht, ist sicher – und sie wird ständig größer.

Rabins Kritik an USA ist ein Seitenhieb auf Israels Premier

Peres führt in Washington Gespräche mit Bush und Shultz

DW. Washington/Tel Aviv

Israels Verteidigungsminister Yitzhak Rabin hat mit seiner jüngsten Kritik an den USA auch indirekt Premierminister Shimon Peres angegriffen. Seinen Vorstoß unternahm Rabin genau zu dem Zeitpunkt, als Peres gerade zu einem zweitägigen Privatbesuch in die Vereinigten Staaten abgeflogen war.

Der israelische Verteidigungsminister kritisierte die amerikanische Regierung, weil sie sich darum bemühe, zwischen Israel, Jordanien und den gemäßigten Palästinensern einen schnellen Dialog zustandezubringen. Diese Äußerungen Rabins sind ein Seitenhieb auf Peres, der ebenfalls für derartige Gespräche plädiert hatte. Der Verteidigungsminister vertrat in Tel Aviv die Auffassung, daß es noch ein bis zwei Jahre dauern könne, ehe Jordanier und gemäßigte Palästinenser überhaupt zu solchen Kontakten bereit seien.

In Washington trifft Peres mit Vizepräsident George Bush und anschließend mit Außenminister George Shultz zusammen. Dem Vernehmen nach stehen die mögliche Beteiligung Israels am SDI-Programm sowie Wirtschafts- und Sicherheitsfragen im Mittelpunkt.

Rabin warf dem US-Außenminister auch vor, auf die israelische Regierung Druck auszuüben, damit sie die Lebensbedingungen für die rund 1,3 Millionen Palästinenser verbessere, die in den von Israel besetzten Gebieten lebten. Die Vereinigten Staaten, forderte Rabin, sollten lieber etwas dafür tun, um das Leben in den Flüchtlingslagern zu erleichtern.

Anerkennung fand bei Rabin dagegen die Haltung der Amerikaner bei der Bekämpfung des Terrorismus. „Wir schätzen die Entschlossenheit und die Bereitschaft der USA, eine führende Rolle unter jenen Staaten zu spielen, die den Terror in der Welt bekämpfen wollen." Unter Anspielung auf die Krise zwischen Washington und Tripolis in der Großen Syrte fügte Rabin hinzu: „Die USA haben Nein zu jenen Ländern gerufen, die den Terror unterstützen und haben militärische Aktionen in diesem Sinne ausgeführt."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zensur in Griechenland

Von Evangelos Antonaros

Ein Kinofilm, den viele Griechen seit Monaten mit Spannung erwartet haben, kann in Griechenland praktisch nicht mehr gezeigt werden. Kommunistische Agitatoren haben mit Duldung der sozialistischen Regierung Athens erreicht, daß der amerikanische Streifen „Eleni" abgesetzt wurde.

Die Thematik des Films ist für Griechenland brisant: Sie erzählt die Geschichte einer Bäuerin aus der Provinz Epirus, die im griechischen Bürgerkrieg von den Kommunisten hingerichtet wurde, weil sie ihre Kinder ins Ausland geschmuggelt hatte. Ein Sohn des Opfers allerdings wurde in Amerika Journalist und recherchierte die Tragödie. Das Buch von Nicholas Gage unter dem Titel „Eleni" wurde zum Welt-Bestseller.

Die Auseinandersetzung mit der historischen Wahrheit gehört nicht zu den Lieblingsbeschäftigungen der Kommunisten. Verwunderlich ist es daher nicht, daß Gages Tatsachenroman als „antikommunistische Hetze" und „Tatsachenverdrehung" in der weitgehend linkslastigen Presse Griechenlands diffamiert wurde.

Weil die Reaktion der Kommunisten so vehement war, wurde der gleichnamige Film nicht am Tatort des Mordes in Nordgriechenland, sondern in Spanien gedreht. Athens sozialistische Regierung konnte nämlich dem Produzenten nicht garantieren, daß die kommunistisch kontrollierten Gewerkschaften die Dreharbeiten nicht stören würden.

Die Ereignisse der letzten Tage aber übertrafen alle Erwartungen: Buchstäblich jede Vorführung des Films wurde in elf Athener Kinos gestört. Kinogänger wurden von Angehörigen der kommunistischen Jugendorganisation als „Faschisten" angepöbelt, es kam zu Handgreiflichkeiten und Schlägereien. Schließlich setzten die meisten Kinobesitzer aus Angst um ihr Leben und ihre Säle den Film ab.

Statt nun diese Anschläge zu verurteilen und zu unterbinden, nahm Athens Regierung die Kommunisten in Schutz. Von „organisierten Störungen" will Innenminister Koutsogiorgas nichts gehört haben. Es handle sich nur um „spontane Reaktionen empörter Zuschauer". Spontan, ja. So spontan wie damals die Ermordung von Gages Mutter.

Heimweh aus der Heimat

Von Carl Gustaf Ströhm

Seit Dostojewskijs und Tschechows Tagen haben Russen ihr Vaterland zugleich verflucht und verklärt – und es stets wieder gesucht, wenn sie in der Fremde waren. Sogar ein so aufgeklärter Geist wie Turgenjew pries aus der Ferne die „Zufriedenheit", „Ruhe" und „Stille" des „freien russischen Dorfes" und lobte die „Macht der russischen Sprache", die ihn alle Übel der Welt vergessen lasse.

Die „weißen" Emigranten des durch Lenin gestürzten alten Regimes und die Emigranten der letzten Jahre waren und sind sich in wenigstens einem Punkt gleich: Sie assimilierten sich im Westen nicht. Selbst wenn sie nicht hoffen konnten, Rußland je wiederzusehen, schufen sie sich in Paris oder in New York, in München oder in Shanghai ihr kleines Ersatz-Rußland. Viele lernten nicht einmal die Sprache ihres Gastlandes. Ein Mann wie Solschenizyn erklärte mehrfach, daß ihn der Westen nur insofern interessiere, als er zur Befreiung Rußlands vom Kommunismus beitragen könne (oder auch nicht).

Auch Stalins Tochter Swetlana Allilujewa ist jüngst dem Heimweh nach Rußland zum Opfer gefallen. Sie, die ihren sowjetischen Paß einst zerrissen und feierlich erklärt hatte, nie wieder in die Sowjetunion zurückkehren zu wollen, ging „nach Hause" und wurde wieder Sowjetbürgerin. Jenen Schritt, den viele Emigranten vollziehen wollten und dann doch zurückschreckten – die Stalin-Tochter hat ihn vollzogen.

Und nun ist sie nach wenigen Monaten von der „Rodina", der Heimat, so enttäuscht, daß sie jetzt aus der Sowjetunion wieder in den Westen zurückkehren will.

Schon bei diesem Wort stockt die Feder: Wohin kehrt Frau Allilujewa „zurück"? Ist ihr das sowjetische oder auch russische Vaterland so fremd geworden, daß sie nun weder hier noch dort zu Hause sein kann? Wer als Kind eines der größten Massenmörder der Geschichte zur Welt kommt, hat schon durch seine Geburt kein leichtes Schicksal. Wer die Sowjetunion als Heimat besitzt, zugleich aber andere, westliche Länder kennenlernte, vor allem aber jenen betörenden Zauber der Freiheit, den es in der „Rodina" nicht gibt, trägt gleichfalls ein schweres Los. Lermontow sang vor anderthalb Jahrhunderten vom „ungewaschenen Rußland", vom „Land der Sklaven und der Herren", dem er Lebewohl sagen wolle. Vielleicht wird die Stalin-Tochter diese Worte nachsprechen – sollte man ihr noch einmal die Ausreise gestatten.

Zweierlei Giftwein

Von Joachim Neander

An dem in Italien mit Hilfe von CH_3OH (Methylalkohol oder auch Methanol) verfälschten Wein sind bis jetzt zehn Menschen gestorben. In den Medien ist von „Giftwein" die Rede.

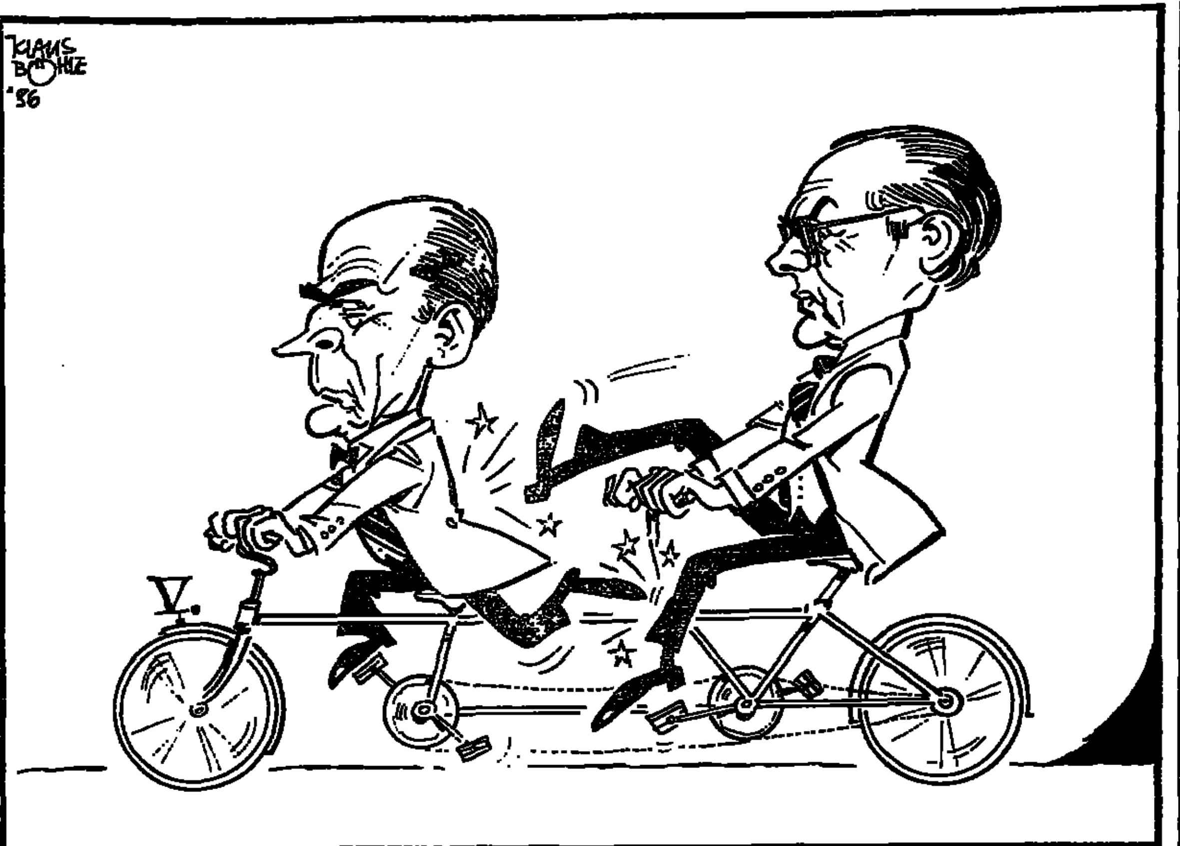
„Giftwein" aber hieß bekanntlich auch, was im Zusammenhang mit der österreichisch-deutschen Diethylenglykol-Affäre vor einem dreiviertel Jahr durch die Zeitungen ging, obwohl es dabei bis heute keinen einzigen ärztlich dokumentierten Fall einer gesundheitlichen Schädigung gegeben hat und gegen keinen der Weinfälscher mehr der Vorwurf der Körperverletzung erhoben wird. Stimmt es da noch mit der Sprache?

Wohlgemerkt: Diese Frage wird nicht gestellt, um die Diglykol-Fälscher nachträglich in Schutz zu nehmen, ihr Tun weniger verwerflich erscheinen zu lassen oder gar Italiener (oder besser: Südtiroler) gegen Österreicher und Deutsche auszuspielen. Hier geht es um die Frage, ob nicht große Worte und starke Formulierungen leichtfertig verbraucht worden sind, die man sich für ernstere Fälle hätte aufsparen sollen.

Bemerkenswert ist doch, daß der Methanol-Wein offenbar ausgiebig auch noch nach den ersten öffentlichen Warnungen konsumiert worden ist und vielleicht weiter konsumiert wird. Auch in Italien ist über die Affäre mit dem Diethylenglykol ausgiebig berichtet worden. Die Menschen hätten also eigentlich „hochsensibilisiert" sein müssen (wie es Magazinmoderatoren auszudrücken pflegen). Aber das waren sie offensichtlich nicht.

Wer Tag für Tag zu hören kriegt, daß er von lauter Giften umgeben und bedroht ist, entwickelt möglicherweise – dieser Schluß liegt sehr nahe – eine Art Resistenz, zwar nicht gegen die Gifte, wohl aber gegen die Alarmrufe und Warnungen.

Die öffentliche Sprache leiert sich da aus wie ein ständig falsch geschaltetes Auto. Nicht auszudenken, wenn dies auch auf andere, viel wichtigere Bereiche der öffentlichen Diskussion zuträfe.



Torture de France — KLAUS BÖHLE

Ende der Cohabitation?

Von Peter Ruge

Noch bevor er zum Premierminister Frankreichs berufen wurde, zeigte sich Jacques Chirac bereits entschieden: auf die Frage, welche politischen Machtzentren er nach seinem Amtsantritt zuerst aufsuchen würde – Washington, London, Rom –, da sagte er: „Weder, noch. Zuerst an die Elfenbeinküste, um in Afrika ein Zeichen zu setzen. Dann nach Bonn."

Beide Ziele nimmt er zwei Wochen nach dem Wahlsieg der Bürgerlichen in Angriff. Auf seine Weise, denn die Verfassung der V. Republik räumt Staatspräsident Mitterrand auf dem Gebiet der Außenpolitik sowie in Verteidigungsfragen Vorrechte ein, die bisher noch nie einer Machtprobe standhalten mußten. Da setzt jetzt Jacques Chirac an. Die Spannungen zwischen den beiden Männern offenbarten sich schon in der versteinerten Runde des ersten Ministerrats, dem der Präsident der Republik verfassungsgemäß vorsitzt. Paris amüsierte sich zuerst. Aber als Mitterrand verkünden ließ, er wolle Regierungsverordnungen nur dann unterschreiben, wenn sie „einen sozialen Fortschritt" einschlössen, fragten die politischen Beobachter, welche Version der Cohabitation gelte:

Version Chirac: Die Regierung regiert, sie bestimmt ihre Arbeit und führt die Politik der Nation aus.

Version Mitterrand: Die Regierung regiert, gemäß dem Volkswillen und der Verfassung, aber sie kann nicht alles machen, was sie will.

Allgemeine Version: Jeder übt seine Funktion aus in dem Bemühen, mit dem anderen harmonisch auszukommen.

Verdeckte Version: Jeder überwacht den anderen und versucht ihn über den Tisch zu ziehen.

Beide trachten danach, ihre Ausgangspositionen für diese Machtprobe möglichst rasch auszubauen. Mitterrand war es durch die Wahlrechtsreform gelungen, die Bürgerlichen dadurch zu schwächen, daß durch die Verhältnisstimmenauszählung der rechtsextremen Nationalen Front ungleich mehr Sitze zufielen als bei einer Mehrheitswahl. Nun wird von den Sozialisten ausgestreut, der sozialistische Präsident könne doch nicht für künftige Fehler der bürgerlichen Regierung verantwortlich gemacht werden. Für den Fall eines Verfassungskonfliktes hatte der Staatschef rechtzeitig seinen ehemaligen Justizminister Badinter zum Obersten Richter berufen.

Chirac dagegen steckt auf drei Feldern sein Terrain ab – und das nicht ohne Fortune. Er räumt erstens unter seinen Widersachern in der bürgerlichen Koalition auf: Giscard d'Estaing mußte auf ein Amt verzichten, Chaban-Delmas wurde mit der Aussicht, Parlamentspräsident zu werden, fortgelobt. Raymond Barre muß sich von seiner Niederlage an der Côte d'Azur erholen. Und Lecanuet, den Präsidenten der UDF, hat Mitterrand aus dem Weg geräumt, als er ihn nicht als Außenminister akzeptieren wollte – Chirac kann ohne alt-gaullistisches Erbe straff und effektiv, so wie er es liebt, eine moderne Partei anführen.

Zweites Feld: Chirac plaziert Leute seines Vertrauens, vor allem in den beiden neuralgischen Ministerien, Außenpolitik und Verteidigung. Aufsehen erregt die Berufung von Jacques Foccart. Chirac zieht diese 73jährige Graue Eminenz, den Berater de Gaulles und Pompidous in Afrika-Fragen, buchstäblich aus der Versenkung. Damit repariert er den Fehler Giscard d'Estaings, der als Staatspräsident auf ein eigenständiges Afrika-Referat im Elysée verzichten zu können glaubte. Dadurch fühlten sich viele Afrikaner desavouiert.

Drittes Feld: Chirac fordert also Mitterrand im internationalen Bereich heraus, in den ureigenen „domaines reservées" aller Präsidenten der V. Republik.



Wer zieht wen über den Tisch? Chirac — FOTO DPA

Daß sich an der Seine die Machtverhältnisse zu verschieben beginnen, hat das Ausland zur Kenntnis zu nehmen. Die ersten, die sich darauf einstellten, sind die Amerikaner. Außenminister Shultz machte bei seinem Paris-Besuch eine kleine Aufwartung bei Staatspräsident Mitterrand: die politischen Gespräche führte er mit Chirac.

Chirac bestellt den israelischen Botschafter zu sich, ohne den Elysée zu fragen, und versichert, daß er alles daransetzen werde, die „Natur und das Klima der Beziehungen" aufrechtzuerhalten. Chirac kündigt an, den Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai in Tokio zu besuchen – nicht an Bord der Präsidentenmaschine, sondern im eigenen Flugzeug. In der japanischen Hauptstadt beginnt das Protokoll kopfzustehen.

Davor aber liegt Bonn. Jacques Chirac will Bundeskanzler Kohl sehr rasch treffen: „Die Allianz muß mit einem neuen Geist belebt werden. Deutschland und Frankreich sind die Eckpfeiler Europas." Der deutsche Botschafter in Paris, Franz Schoeller, mußte Ostern dem französischen Premierminister seine Aufwartung machen – die Regierungsmaschinerie im Hôtel Matignon läuft auf Hochtouren.

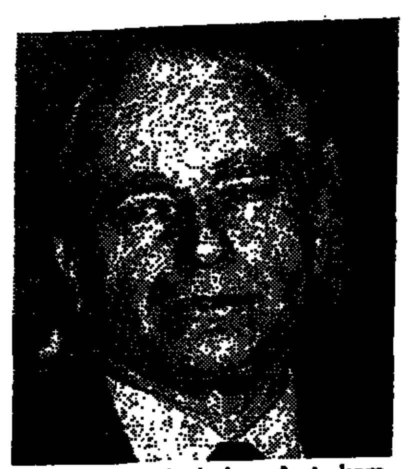
Denn die Zeit ist das einzige, was Jacques Chirac unter den Fingern davonzulaufen scheint. Er weiß das, er muß bald im Tauziehen mit Mitterrand zu einem Ende kommen. Ihre Legitimation beziehen beide aus der Volkswahl. Chiracs zupackende Art verspricht, seine Anhänger über alle kommenden Hindernisse hinwegzureißen. Als eigentlicher Störenfried der Cohabitation wird zunehmend François Mitterrand ausgemacht, dem man bald die Frage vorlegen könnte, ob seine bremsende Haltung sich noch im Einklang mit seinen Beteuerungen befindet, das Wohl der Nation über jeden Parteiegoismus zu stellen. Aber niemand weiß, was der Fallensteller Mitterrand dagegen setzen wird. Daher die Eile, die Chirac an den Tag legt, das Wahlrecht in Frankreich wieder auf das alte Mehrheitsprinzip umzustellen. Kurz, tout Paris hat nur eine Frage: Ist die Cohabitation am Ende, bevor sie noch richtig begonnen hat?

IM GESPRÄCH J. Chaban-Delmas

Verzicht belohnt

Von Peter Ruge

Er hatte geträumt: Monate vor der Wahlwende in Frankreich und eigentlich auch noch zwei Tage lang nach dem Sieg der Bürgerlichen war sich Jacques Chaban-Delmas sicher, von Staatspräsident Mitterrand als neuer Premierminister berufen zu werden. Dafür glaubte er zwei Voraussetzungen zu erfüllen: Er besitzt, wie er sagt, die Erfahrung, denn er war 1969 schon einmal Ministerpräsident Frankreichs. Vor allem aber meinte er etwas einbringen zu können, was in der gegenwärtigen politischen Konstellation mit einem sozialistischen Staatschef und einem bürgerlichen Kabinett von unschätzbaren Vorteil für die Nation sein würde: die Affinität zwischen ihm und François Mitterrand, auf die sich die Cohabitation aufbauen ließe.



Doch noch ein hohes Amt: kommender Parlamentspräsident Chaban-Delmas — FOTO: DPA

Die Entscheidung gegen ihn fiel im Büro des Gaullistenführers Jacques Chirac. Der Bürgermeister von Paris machte dem Bürgermeister von Bordeaux klar, daß sich parteiintern die RPR gegen ihn stellen würde. Die Versuche des Elysée, in die eigenen Reihen Verwirrung hineinzutragen, könne Chaban-Delmas mit seinem Verzicht auf den Premierministerposten beenden. Als Gegenleistung werde seine Kandidatur zum Parlamentspräsidenten unterstützt. Dieser Augenblick entschied auch das Schicksal von Giscard d'Estaing, der sich anschickte, für die UDF, den Koalitionspartner der RPR, und damit für sich den Vorsitz in der Nationalversammlung zu reklamieren.

Mit 71 Jahren, eineinhalb Jahre älter als Mitterrand, bereitet sich Jacques Chaban-Delmas darauf vor, wieder in den Anzug zu schlüpfen, den er sechzehn Jahre lang mit Noblesse und Charme ausfüllte. Er war zweimal bereits Hausherr im Palais Bourbon gewesen, von 1958–1969 und von 1978–1981. Anders als damals jedoch kommt heute diesem Amt eine Schlüsselfunktion zu. Das Präsidium der Nationalversammlung kann – ohne einen Verfassungskonflikt damit auszulösen – auf Wink des bürgerlichen Premierministers Initiativen und Wünsche des Staatspräsidenten ins Leere leiten, verschleppen, verhindern. Welche Treue zählt mehr in der V. Republik?

Zwischen Premierminister Chirac und Chaban-Delmas gab es schon früher Konkurrenzsituationen, in denen einmal der eine, dann der andere obsiegte: 1974, bei den Präsidentschaftswahlen, als Chaban-Delmas sich wieder einmal ganz vorne wähnte, entzog ihm Chirac seine Unterstützung. Diesen Schlag hatte der Ehrgeizige lange nicht verwinden können. Von da an war das Verhältnis so korrekt, wie es unter Parteifreunden üblich ist, die sich Chancen auf eine neue politische Zukunft ausrechnen.

Chaban-Delmas kehrte Paris den Rücken, um in Bordeaux hofzuhalten. Der Glanz seiner Feste brachte ihm den Beinamen eines „Herzogs von Aquitanien" ein. Auch Mitterrand gab ihm dort die Ehre.

Sie duzen einander, der Sozialist und der Alt-Gaullist, aus ihrer gemeinsamen Resistance-Zeit. Beide waren Minister in den Kabinetten von Pierre Mendès-France 1954 und Guy Mollet 1956. Wie weit wird diese alte Waffenbrüderschaft nun reichen zwischen dem Präsidenten der Republik und dem neuen Präsidenten der Nationalversammlung?

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kölner Stadt-Anzeiger

Zu Genschers jüngster Äußerung meint er:

Aufhorchen läßt aber der engagierte Tonfall des Ministers zur Rolle der beiden deutschen Staaten. So deutlich hatte diese Regierung bislang die sicherheitspolitische Komponente der Deutschlandpolitik nicht formuliert. Genscher steht dabei der SPD sicher näher als der Union.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Zu den Ostermärschen heißt es hier:

In gewohnter Einäugigkeit und mit Opportunisten und Chaoten im Schlepp haben Deutschlands Friedensfreunde ihr Osterpensum absolviert. Daß die Zahl der Teilnehmer von Jahr zu Jahr zurückgeht, hat sicher nicht nur mit dem schlechten Wetter zu tun.

Frankfurter Allgemeine

Sie vermerkt den neuen Demonstranten-Typus:

In den sechziger Jahren, als man immer öfter an Krawalle denken mußte, wenn von Demonstrationen die Rede war, empfahl der damalige Berliner Bürgermeister Klaus Schütz den Bürgern, diesen Typen, die das Demonstrationsrecht für sich in Anspruch nahmen, doch einmal ins Gesicht zu sehen: da würden Motive und Gesittung der Randalierer erkennbar. Diese zumindest haben sich den Rat seither zu Herzen genommen. Der vermummte Demonstrant gehört längst zu den Eigentümlichkeiten des Protests ... Es ist aber auch längst nicht mehr vordringlich, den jungen Leuten ins Gesicht zu sehen. Eindeutiger ist das, was sie in Händen halten. Oder was sie vorher zu späterem Gebrauch verstecken.

NÜRNBERGER ZEITUNG

Sie kritisiert den bayerischen SPD-Spitzenkandidaten:

Da spricht auch Hiersemann von einer friedlich verlaufenen Kundgebung, obschon zu Beginn über 100 jugendliche Chaoten versuchten, den Bauzaun zu stürmen und ihn zu zerstören, und die Polizei sie nur mit Tränengas abdrängen konnte. Wie mag da wohl bei Herrn Hiersemann Gewalt aussehen, wenn das friedlich war?

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es zu Gorbatschows Vorstoß:

Diesmal hat der erste Mann der Sowjetunion – bei allem Geschick – jedoch überzogen. Sein vor der Kamera verkündeter Vorschlag für ein Gipfelgespräch „in allernächster Zeit" mit US-Präsident Reagan über einen Atomteststopp wirkt zu spektakulär, zu einseitig auf publizistische Wirkung in der Weltöffentlichkeit ausgerichtet. Auch Gorbatschow weiß, daß solche Treffen – so wünschenswert sie sind – sich nicht durch eine neue Form der Fernsehdiplomatie verabreden lassen. Dafür bedarf es sorgsamer interner Vorbereitungen.

Die Zeit der großen Selbstsicherheit ist für Moskau vorbei

Gorbatschow und die Vorläufigkeit der Macht / Von Herbert Kremp

Von der annehmlichen Atmosphäre des Genfer Gipfeltreffens ist erwartungsgemäß wenig übriggeblieben. Die regionalen Konflikte nehmen, wie man an den Fällen Libyen und Afghanistan ablesen kann, an Schärfe zu. Zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung liegen zwei Pläne vor, die nur schwer auf einen Nenner zu bringen sind. Für Gorbatschow ist der Alltag eingekehrt. Seine Reise nach Washington stößt auf innere Widerstände, die sich nach dem Auftritt des neuen Generalsekretärs in Genf formiert haben.

Vor dem XXVII. Parteitag wurden im Politbüro und in der militärischen Bürokratie Stimmen laut, Gorbatschow habe sich auf der diplomatischen Bühne den Applaus nehmen lassen – kassiert habe Ronald Reagan. „Mr. American Express" lautet der ironische, in der Sowjetunion sehr kritisch gemeinte Spitzname, den die älteren Männer der Macht dem jüngeren Mann angehängt haben. Das läßt auf Gegenwind schließen.

Die Verschärfung des sowjetischen Tones hängt mit der Rückberufung Anatolij Dobrynins zusammen, der sein Land ein Vierteljahrhundert in Washington vertrat und mit der Eigenart der Vereinigten Staaten, den Komplikationen des Regierungssystems und den Diskussionen im westlichen Bündnis bestens vertraut ist. Er weiß zum Beispiel, daß die amerikanische Administration zu Festzeiten nicht arbeitet und daher diplomatisch „verwundbar" ist, wie der blitzschnell lancierte Oster-Vorschlag Gorbatschows, in Europa einen Gipfel über die Beendigung der Atomversuche zu veranstalten, zeigte.

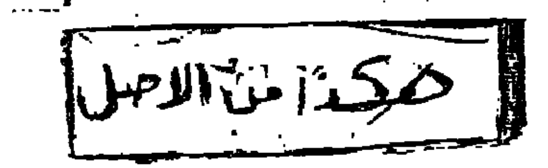
Die Amerikaner waren darauf nicht vorbereitet. Für sie ist es noch neu, daß der Mann im Kreml Außenpolitik im PR-Stil treibt und damit anscheinend mühelos die wachsenden Widerstände gegen seine große, unangenehme Themen berührende Washington-Reise überdeckt. Die sowjetische West-Diplomatie ist subtiler, mithin raffinierter geworden. Sie greift propagandistisch verwertbare Einzelheiten heraus (Testverbot), gibt ihnen eine weltpolitische Bedeutung und geht damit auf das europäische Forum als Gipfelort.

Europa ist an dem jüngsten sowjetischen Schachzug zweifellos das Wichtigste. Denn wenn im Politbüro, wo auch unter Gorbatschow alles bis ins Detail vorbesprochen und beschlossen wird, etwas verwundert und kontrovers behandelt wird, dann ist es die Frage, warum in Europa, besonders in der Bundesrepublik, zuerst die Nachrüstung und jetzt die Beteiligung am amerikanischen Raketen-Abwehrsystem nicht tiefere politische Erschütterungen ausgelöst haben.

Bohren im kontinentalen Pfeiler des westlichen Bündnisses nicht seit Jahren Zweifel an der Weisheit der amerikanischen Politik? Gibt es dort nicht eine Friedensbewegung, die sich östlicher Argumentation (und Steuerung) gegenüber sichtlich aufgeschlossen erweist? Reicht der Wunsch, zwar beschützt, aber von Welthändeln unberührt zu leben, nicht sogar weit in die Regierungslager? Hat die Milderung der Abgrenzungspolitik in Deutschland nicht schon einen Teil der Bundesregierung veranlaßt, zumindest in der Sprache, wenn nicht im Denken, eine gewisse Distanz zur amerikanischen Politik zu suchen? Wie kommt es aber dann, daß die SDI-Abmachung – sie ist eine sicherheitspolitisch gezielte wirtschaftliche Vereinbarung – nach zahlreichen kühnen Wort-Serpentinen doch abgeschlossen wurde? Macht Gorbatschow etwas falsch?

Für den Generalsekretär ist SDI die Nagelprobe. Sie fällt in den Anfang seiner Amtszeit. Die westliche Nachrüstung kann noch auf das Konto der nicht so recht handlungsfähigen Vorgänger geschrieben werden. Sie gehört zur Erblast. Das Projekt der Raketen-Abwehr läßt sich nicht mehr auf diese Weise abschreiben. Nach Ansicht seiner Opponenten schätzte Gorbatschow bei der ersten, nur ihn betreffenden Herausforderung in Genf die Situation falsch ein. Wie die Kontroverse in Moskau ausgeht, ist offen. Vielleicht wechselt der Generalsekretär den Außenminister aus, um anzudeuten, ein Unerfahrener (Schewardnadse) habe ihn beraten. Womöglich gibt er die Gipfel-Reise nach Washington endgültig zugunsten weniger riskanter Propaganda-Schritte auf. In jedem Falle spricht das, was geschieht, was in der sowjetischen Presse geschrieben und auf Pressekonferenzen erklärt wird, für hinhaltendes Taktieren, für die Suche nach Zeitgewinn. Ob es sich um Libyen, um die Einfahrt amerikanischer Kriegsschiffe ins Schwarze Meer, um die Verringerung des sowjetischen UNO-Personals oder um die großen Themen der Abrüstung handelt – man spürt, daß die Zeiten der großen Selbstsicherheit, die Zeiten Breschnews, vorüber sind.

Die Vorläufigkeit der Macht Gorbatschows legt den Verbündeten Washingtons eine vorsichtige Verhaltensweise nahe. Sie muß berechenbar sein. Wenn die Bundesregierung in Washington die SDI-Abmachung unterzeichnet hat, darf der Außenminister nicht so tun (oder tun lassen), als sei etwas ganz anderes geschehen. Der Außenminister spricht sich (wie immer vorsichtig) für das Ende aller Atomversuche und für eine aktive Rolle beider deutscher Staaten – jeder in seinem Bündnis – bei den großen Abrüstungsfragen aus (der anderen Staat wird dadurch „nebenbei" Ausland). Er stellt sich gewissermaßen zwischen die Weltmächte, ohne diese Rolle wirklich ausfüllen zu können. Ein Andeutungsminister? Neue falsche Rückschlüsse in Moskau könnten die Folge sein.



مكرر من الأصل

Selbst am Schwarzen Brett werden Ingenieure gelockt

Es gibt Studenten, die wohl nie einen Arbeitsplatz werden suchen müssen. Bei ihnen ist es umgekehrt: der Arbeitgeber *sucht sie.* Er kommt in die Hochschulen, lockt selbst Praktikanten mit beträchtlichen Beträgen. *Die* Heißbegehrten sind Ingenieure, vor allem aus dem Elektro- und Elektronik-Bereich.

Von GEORG BAUER

Suche Studenten im Fachbereich Ingenieur-Wissenschaften, angehende Elektro-Ingenieure besonders gefragt. Biete interessante Praktikantenstelle mit Vergütung, spätere Übernahme im Betrieb nicht ausgeschlossen." In großen, unübersehbaren Lettern geschrieben, prangt das attraktive Angebot, umgeben von Wohnungsgesuchen und von Offerten zum Mitfahren nach Süddeutschland, Frankreich oder Italien am Schwarzen Brett. Studenten hasten vorbei, einige bleiben stehen, zücken den Stift und notieren die Telefonnummer. Ein lukratives Angebot? Wer weiß? Die Investition von ein paar Groschen für einen Anruf lohnt allemal.

Auf der verzweifelten Suche nach Nachwuchskräften im Bereich Ingenieur-Wissenschaften haben Unternehmen in der gesamten Republik nun selbst den Informationswert von Schwarzen Brettern an den Technischen Hochschulen und Fachhochschulen erkannt. Die Not zwingt zum Handeln, denn der „Markt, vor allem im Süddeutschen, ist leergefegt", umreißen Mitarbeiter des Deutschen Industrie- und Handelstages die Situation.

Die Gründe für den Engpaß in Zeiten der Akademiker-Schwemme sind zahlreich. Hauptursache aber, so die Klagen aus der Wirtschaft, sei die Reserve gewesen, mit der Abiturienten Ende der siebziger Jahre der Technik begegneten. Die amourösen Abenteuer des Dichterfürsten Goethe mit geisteswissenschaftlicher Akribie zu verfolgen und Rückschlüsse auf dessen Lebenswerk zu ziehen war, gemessen an den Zukunftsaussichten, zwar brotlose Kunst, doch en vogue.

Vor den Portalen des Elfenbeinturms aber sah es anders aus. In dem Bemühen, den *Anschluß in der Welt* der Chips und Computer nicht zu verpassen, erlebten Unternehmen im Bereich der neuen Technologien branchenweise einen Aufschwung, der vor Jahren noch als unrealistisch abgetan worden wäre. So verzeichnete etwa die Meß- und Automatisierungstechnik 1984 mit einem Zuwachs von mehr als zehn Prozent einen regelrechten Boom. Und für die Bereiche Datenverarbeitung, Bauelemente und Nachrichtentechnik sagen bis 1990 terminierte Prognosen ein Wachstum voraus, das mit fünf, sieben und neun Prozent weit über dem Durchschnitt liegt.

Rosige Aussichten also, wenn nur *die nötigen Fachkräfte zu haben wären.* Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen klagen. Im Wettlauf um den Nachwuchs geraten sie oft ins Hintertreffen. Die Masse der Absolventen eines ingenieurwissenschaftlichen Studiums werde von den Großen *aufgesaugt. So würden beispielsweise* 50 Prozent der rund 9000 Elektro-Ingenieure, die im vergangenen Jahr die Universitäten verließen, zu Siemens wandern und ein weiteres Viertel zu Nixdorf, heißt es bei der Industrie- und Handelskammer in Kiel. Die anderen Unternehmen müßten sich mit dem restlichen Viertel begnügen.

Not aber macht erfinderisch und öffnet die Taschen. Insider der Branche berichten, daß bereits Praktikanten mit Summen von 2000 und mehr Mark geködert werden, in der Hoffnung, sie an die Firmen zu binden. Hierzu der DIHT: „Die Firmen reißen sich um die Praktikanten."

Die Nationalität spielt dabei keine Rolle. Studenten etwa aus Entwicklungsländern, denen der Staat den Besuch von Hochschulen in der Bundesrepublik mit der Absicht finanziert, die ausgebildeten Kräfte später als Motoren der eigenen technischen *Entwicklung einzusetzen,* werden bewegt, ihre vertragsähnlichen Bindungen mit den Heimatländern zu lösen. Auch hier erleichtern stattliche Beträge die Entscheidung.

Enge Kontakte auch zu den Professoren

Nüchterne Zahlen belegen den noch wachsenden Notstand. So ist etwa bei den Elektrotechnikern das Verhältnis von offenen Stellen zu verfügbaren Arbeitskräften nahezu 1:1. Zum Vergleich: Politologen 1:850, Grund- und Hauptschullehrer 1:382.

Um die Löcher zu stopfen, gehen die Unternehmen auf enge Tuchfühlung zu den Universitäten. Professoren werden angeschrieben mit der Bitte, gute Leute zu nennen. Andere Firmen lassen Instituten und Universitäten Gelder in sechs- und mehrstelliger Summe zur Finanzierung neuer technischer Geräte zukommen.

So finanziert etwa die in Kiel ansässige Firma Hell, weltweit einer der Marktführer für Erzeugnisse in der Satz-, Reproduktions- und Informationstechnik, zwei Assistentenstellen an der Christian-Albrecht-Universität in Kiel. Der Geschäftsführer der Firma, Diplom-Ingenieur Klaus Wellendorf: „Auch für Hell ist der Personal*markt knapp."* Man brauche Absolventen, die im Bereich der praktischen Mathematik arbeiteten, Wellendorf. „Viele unserer besten Führungskräfte haben vorher als Assistenten oder Doktoranden an den Instituten an von uns vergebenen anwendungsnahen Forschungsprojekten gearbeitet oder sie hatten Beraterverträge." Später seien sie zu Hell gekommen. „Das ist auch *Technologie-Transfer, und zwar ein recht effizienter",* so der Diplom-Ingenieur.

Verhältnisse in den USA gelten als Vorbild

Als Hauptursache für das Übel nennt er noch einen anderen Punkt: die Scheu der Wissenschaft vor der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Wellendorf: „Die Herren Professoren waren der Meinung, das könnte der reinen Lehre nicht guttun." *Zum Glück sei dieser „ungesunde Zeitgeist"* zumindest bei den ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen überwunden.

Als leuchtendes Beispiel werden die USA genannt. An der Praxis orientiert, finanzieren Professoren ihren Lebensunterhalt durch Lehraufträge an der Universität und durch Beraterverträge mit der Industrie. Auch wird von ihnen erwartet, daß sie in der freien Wirtschaft Gelder für die Institute sammeln.

Die Augen der Unternehmer richten sich aber auch auf den Staat, insbesondere auf die Kultusminister. Von ihnen wird erwartet, daß sie in allen Stufen der allgemeinbildenden Schulen naturwissenschaftlich-technischen und wirtschaftsbezogenen Bildungsinhalten ein stärkeres Gewicht einräumen. Die Jugend müsse frühzeitig mit den wechselseitigen Beziehungen zwischen Technik und Wirtschaft vertraut gemacht werden.



Oft holen Firmen den Ingenieur-Nachwuchs schon als Werkstudenten ins Unternehmen
FOTO DIE WELT

Schatten der Vergangenheit: Adolf Eichmann im Mai 1962 vor Gericht in Jerusalem; John Demjanjuk im März 1986 als Häftling in Tel Aviv
FOTO: UPI SVEN SIMON

Demjanjuk – kein Fall wie Eichmann

Als Adolf Eichmann vor einem Vierteljahrhundert in Israel vor Gericht stand, durchlebte das *ganze Volk noch einmal die* Schrecken der Vergangenheit. Auch heute sind die Israelis an der Ahndung von Kriegsverbrechen interessiert – und doch ist der Fall des John Demjanjuk, des angeblichen Mörders aus Treblinka, eher ein Randereignis.

Von EPHRAIM LAHAV

John Demjanjuk, der angebliche „Iwan der Schreckliche" aus dem Todeslager Treblinka, sitzt im Zentralgefängnis „Ayalon", unweit von Tel Aviv, in derselben Zelle wie einst Adolf Eichmann. Doch für die israelische Öffentlichkeit ist der von den USA ausgelieferte Ukrainer Demjanjuk kein Eichmann. Das Interesse ist viel geringer.

Als sich Eichmann am 23. Mai 1960 auf der letzten Etappe seiner Reise als unfreiwilliger Fluggast des israelischen Geheimdienstes befand, ließ der damalige Premierminister Ben Gurion schon am Morgen mitteilen, er werde um 16 Uhr eine „sehr wichtige Nachricht" bekanntgeben. In den nächsten Monaten gab es keinen Tag ohne Berichte über Eichmann, seine Vernehmung, sein Befinden, seine Äußerungen. Ein Gesetz wurde erlassen, um sicherzustellen, daß auch in der ersten Instanz des Prozesses ein Mitglied des Obersten Gerichtshofes den Vorsitz führe. Hunderte von israelischen Zivilisten boten ihre Dienste als Scharfrichter an (keiner von ihnen wurde genommen). Die zwei Jahre bis zur Exekution waren für die meisten Israelis ein einziges langes Trauma.

Anders bei Demjanjuk. Keiner drängt sich um das Gefängnis, um vielleicht einen Blick auf den Gefangenen zu erhaschen. Die Zeitungen melden routinemäßig jede zweiwöchige Haftverlängerung. Demjanjuk ist kein Gesprächsthema mehr. Das *heißt nicht, daß das Gedenken an den* Holocaust erloschen ist. Dafür sorgen schon die Holocaust-Gedächtnis- und Forschungs-Anstalt „Yad Vashem", das Institut für Jüdische Zeitgeschichte an der Hebräischen Universität, der „Kibbuz der Gettokämpfer" *in Galiläa und vor allem die Schulen,* an denen die Geschichte des Holocaust nach einem zentral entworfenen Lehrplan gelehrt wird. Aber für die Mehrzahl der Israelis ist das heute Teil ihrer Geschichte, nicht mehr etwas Miterlebtes.

Der Justizminister läßt Zweifel erkennen

Einige kritische Stimmen haben sich *schon zum Verfahren gegen* Demjanjuk erhoben. In der liberalen Tageszeitung „Haaretz" schrieb der Kolumnist Gideon Sammet: „Man braucht kein hochentwickeltes Gehör, um das vorläufig noch unterschwellige Geflüster zu vernehmen .... das den Prozeß gegen Demjanjuk als überflüssig betrachtet ... Im Kern heißt es: „Wir haben jetzt keinen Kopf für dieses ukrainische Untier, das uns viele Monate lang verrückt machen wird."

Zwar widersprach Sammets eigenes Blatt in einem Leitartikel dieser Auffassung und meinte, Israel vollbringe „eine Mission für die ganze Welt ..., denn die Völker müssen gegen den Virus des Triebes zur Massenvernichtung von Minderheiten geimpft werden". Aber sogar Justiz*minister Moshe Nissim* äußerte Bedenken. Er erklärte, er sei gegen die Auslieferung von Kriegsverbrechern an Israel, es sei denn, es lägen unwiderlegbare Beweise vor, „denn es wäre eine Schande für den Staat, wenn ein solcher Angeklagter freigesprochen *würde und wir ihn dann zurückschicken müßten".*

Diese Zweifel hegte der Minister wahrscheinlich schon lange, denn er hatte sich Zeit gelassen, ehe er im Oktober 1983 das Auslieferungsbegehren an die USA unterschrieb. Erst nach mehreren Mahnungen tat er dies. Derzeit ist in den USA ein Ausbürgerungs-Verfahren gegen den lettischen Kriegsverbrecher Elmar Sproges anhängig, aber Israel hat trotz Anregungen noch keinen Auslieferungs-Antrag gestellt. Die Israelis sind durchaus weiterhin für die Ahndung von Kriegsverbrechen, aber es wäre ihnen lieber, wenn der Pro*zeß im Ausland stattfände.*

Sollte Demjanjuk für schuldig befunden werden, so wäre keine andere als die Todesstrafe denkbar. Aber die Atmosphäre ist heute nicht mehr dieselbe wie 1962. Gnadengesuche aus *der ganzen Welt würden* Jerusalem erreichen. Auch vor Eichmanns Exekution war das der Fall, aber damals konnte es sich Israel leisten, diese Gesuche zu ignorieren.

Es ist allerdings noch gar nicht sicher, ob Demjanjuk für schuldig befunden wird. Er leugnet konsequent, mit „Iwan dem Schrecklichen" identisch zu sein. Er sei überhaupt nie in Treblinka gewesen. Zwar behauptet die Polizei, sie habe neun Zeugen, die ihn auch jetzt, nach vierzig Jahren, erkannt hätten. Aber einem energischen Verteidiger mag es gelingen, solche Aussagen zu erschüttern. Demjanjuk stützt sich auch auf die *Tatsache, daß sein Name bis vor* wenigen Jahren unbekannt war. Die Holocaust-Forschung kennt einen ukrainischen Angehörigen der Lagerwache von Treblinka mit dem Vornamen Iwan. Als „Iwan der Schreckliche" wurde er in den drei Treblinka-Prozessen und in den Erlebnisberichten Überlebender erwähnt. Der Name Demjanjuk ist nicht aktenkundig.

Außerdem sind zwei Dokumente entdeckt worden, in denen es heißt, „Iwan der Schreckliche" sei beim Lageraufstand in Treblinka erschlagen worden. Eines dieser Dokumente wurde im Museum des „Kibbuz der Gettokämpfer" gefunden, also eine Stelle, die als alles andere als freundlich gegenüber Kriegsverbrechern gilt.

Der Anwalt sucht Zeugen in Osteuropa

Demjanjuks Verteidiger, der amerikanische Anwalt Mark Connor, will nach Osteuropa reisen, um dort Entlastungszeugen zu suchen. Bei der letzten Verlängerung der Untersuchungshaft am vergangenen Freitag nahm der Richter von diesen Beweisen Kenntnis, erklärte jedoch, sie seien „noch nicht von solcher Beweiskraft, daß sie zu einer Einstellung des Verfahrens ausreichten".

In Israel gibt es keine Schwurgerichte. Daher werden emotionelle Beeinflussungen weitgehend ausgeschlossen. Falls das Gericht, wie die *Vorschrift lautet, von der Schuld des* Angeklagten nicht „über jeden annehmbaren Zweifel hinaus" überzeugt ist, wird es ihn freisprechen. Was dann? Diese Frage bereitet Politikern und Öffentlichkeit in Israel Unbehagen. (SAD)

Hausfrauen ziehen in die Schlacht

Die Bekämpfung der Inflation hat vielerorts lautes Stöhnen zur Folge. Anders in Brasilien. Hier scheint ein ganzes Volk begeistert in eine Schlacht gezogen zu sein.

Von WERNER THOMAS

Manchmal feiern die Hausfrauen ihren Triumph mit Gesang. *Sie stimmen ergriffen* die Nationalhymne an, wenn die von ihnen alarmierte Polizei einen unpatriotischen Geschäftsmann abführt. Wieder wurde eine Schlacht in diesem ungewöhnlichen Krieg gewonnen.

Die größte Nation Lateinamerikas will einen hartnäckigen Feind besiegen, die Inflation. Präsident Sarney hat von einem *„Kampf auf Leben* und Tod" gesprochen, und seine 138 Millionen Landsleute nehmen dies wörtlich.

Seit der Verkündung eines radikalen wirtschaftlichen Stabilisierungs-*Programms* Ende Februar ist Brasilien ein verändertes Land. „Ich staune täglich über diese Reaktion", bekannte Antonio Carlos Porto Goncalves, ein Ökonom des renommierten Forschungsinstituts Getulio Vargas in Rio de Janeiro. Er registriert eine „total veränderte Stimmung des Volkes". Der „lähmende Pessimismus" sei einem „aktivierenden Optimismus" gewichen. Gelegentlich herrsche schon Euphorie.

Da die Regierung neben den Löhnen auch die *Preise* einfrieren ließ, folgten fast alle Brasilianer dem Ruf des Präsidenten, seine „Inspekteure" zu sein. *Ein millionenstarkes* Hausfrauen-Heer trägt Ansteckknöpfe, die verkünden: „Ich bin ein Inspekteur Sarneys". Mit Preislisten bewaffnet, inspizieren sie Geschäfte, Supermärkte und Restaurants. Wehe dem Geschäftsmann, der die offiziell sanktionierten Preise überbietet oder durch leere Regale signalisiert, daß er seine Waren versteckt. Den trifft die Volkswut.

Applaus für schnelle Einsätze der Polizei

Anfangs nahmen Jugendgruppen das Gesetz in die eigene Hand und demolierten Läden. Die Polizei konnte diese Aktionen der Selbstjustiz stoppen, *indem sie rasch auf Reklamationen reagierte* – und Applaus für ihren Einsatz erntete. Die Zeitungen informierten täglich über Anzeigen, Festnahmen und geschlossene Geschäfte.

Verzweifelt mußte die Nation lange machtlos beobachten, wie die Preise davongaloppierten. Ende Februar hielt Brasilien den Weltrekord, 255 Prozent in den letzten zwölf Monaten. In diesem Jahr wäre wahrscheinlich die 500-Prozent-Marke erreicht worden.

Da die Preise immer schneller stiegen als die Löhne, geriet das Land in *einen verhängnisvollen Verarmungsprozeß.* Besonders wurde die Mittelklasse betroffen, die stabilisierende Säule der Gesellschaft. Die Vertreter dieser Bevölkerungsschicht sahen sich bereits gezwungen, ihre Lebens*verhältnisse zu ändern. Viele Familien* entließen das Dienstpersonal und schufen damit zusätzliche Arbeitslosenprobleme. Party-Einladungen sind mit der Aufforderung verbunden: „Getränke und Verpflegung mitbringen". Der Mittelstand verbringt die Wochenenden und den Urlaub zu Hause und reduziert die Zahl der Fleischgerichte. Die Auto- und Elektrohändler beklagen Absatzschwierigkeiten.

Viele arme Brasilianer betteln, stehlen – oder hungern. In den Millionen-Metropolen grassiert eine Verbrechenswelle. Die Slums, die „Favelas", wuchsen unkontrolliert. Obdachlose Menschen suchten selbst unter Brücken oder in Parkanlagen eine Bleibe.

„Wir mußten die Notbremse ziehen", betonte Finanzminister Dilson Funaro, ein schweigsamer Spielwaren-Fabrikant aus São Paulo, der als Vater des Stabilisierungsprogrammes gilt. Auch aus Gründen der Selbsterhaltung: *Im November finden* wichtige Kongreßwahlen statt. Den Regierungsparteien drohte eine empfindliche Niederlage.

Doch der Präsident wird plötzlich bei seinen öffentlichen Auftritten umjubelt. *Er muß Glückwünsche* entgegennehmen, Hände schütteln und Küsse verteilen. Er bedient sich bereits populistischer Sprüche. „Ihr seid die Präsidenten", sagte er einer verblüfften Frauen-Gruppe und erläuterte: „Das Volk hat entdeckt, daß es dieses Land regiert."

Wirbel um ein Zeichen der Zeit: EAN 978

Schwarze Striche auf den Rücken von Taschenbüchern bewegen die Gemüter. Kritiker fragen: Ist die Preis-Codierung, wie man sie seit längerem von Erbsen-Konserven oder Haarwaschmitteln kennt, nicht doch etwas zu profan für das Kulturgut Buch?

Von HEINRICH KÖNIG

Das Schreckgespenst mißt mindestens 86 x 32 Millimeter und wird von seinen Kritikern wahlweise als „Ärgernis", „ausgesuchte Geschmacklosigkeit", „Zerstörung der Buchkultur" oder gar als „Menetekel" abqualifiziert. Die Kombination von Zahlen und unterschiedlich dicken Balken hat den prosaischen Namen EAN 978, im Klartext Europäische Artikelnummer: eine Codierung, die Verbrauchern seit Jahren von Schuhcreme-Schachteln, Spraydosen, Fischkonserven und anderen Gütern des täglichen Lebens geläufig ist.

EAN 978 kann von Computerkassen oder Lesepistolen entschlüsselt werden und deshalb die mühsame und kostenintensive Einzel-Preisauszeichnung überflüssig machen, also zur *Kostendämpfung* im Einzelhandel beitragen. Im Nebeneffekt macht die Codierung eine fortlaufende Inventur der Warenbestände und damit der notwendigen Ergänzungen möglich.

Weil auch im Verlags- und Buchgeschäft Kostendenken kein Fremdwort sein darf, hat EAN 978 in diesem Metier Einzug gehalten. Der Verlegerausschuß des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels hatte im September 1985 mit einer Empfehlung entsprechende Anläufe auf offiziellen Trab gebracht. Spätestens seit Anfang dieses Jahres zieren (oder, je nach Standpunkt: verunzieren) Balken und Ziffern die Rückseiten sämtlicher Neuausgaben von fünf der acht großen Taschenbuchverlage in der *Bundesrepublik; nur drei Verlage* ziehen nicht mit und hüllen sich über ihre Codierungs-Absichten einstweilen in Schweigen.

Das Ganze ist Bestandteil eines elektronischen Warenwirtschafts-Systems – mit fünfstelligen Anschaffungskosten freilich noch ein teurer Spaß, der für die große Mehrheit der Buchhändler jenseits aller denkbaren Möglichkeiten liegt. Darum ist der *Strichcode EAN 978 auf den meisten* Taschenbuch-Rückseiten mit dem Schriftcode OCR-B kombiniert, was von der Fachwelt feinsin*nig als „englische* Lösung" umschrieben wird.

Der OCR-B-Code besteht nur aus Zahlenkombinationen und ist somit auch für das geschulte menschliche Auge ohne elektronische Krücke ablesbar. OCR (optical character recognition) ist zusammengesetzt aus der ISBN-Nummer (international standard book number), dem Warengruppen-Code des Verlagswesens (z. B. Belletristik, Sachbuch, Krimi) und dem Preis. „B" bezeichnet die Schriftart (die Alternative „A" ist beispielsweise von Scheckformularen geläufig).

Das Handicap von OCR-B: Preisänderungen müssen manuell auf jedem einzelnen Buch vorgenommen werden; bei EAN genügt es, den Computer entsprechend umzuprogrammieren.

Kritiker aus diversen Lagern sehen hinter Propagierung und Einführung der Codes massiven Druck der großen Warenhauskonzerne. Bahnhofs-Buchhandlungen und Buchhandelsketten, die damit ihre Umschlags-Geschwindigkeit erhöhen und gleichzeitig durch den Einsatz gering entlohnter Hilfskräfte verbilligen wollen.

Von kulturpolitischen und ästhetischen Einwänden gar nicht zu reden. Hersteller und Buchgestalter einer Reihe namhafter Verlage formulierten ihren Protest im „Börsenblatt für *den deutschen Buchhandel" so:* „Der Code wird dazu beitragen, das Buch (endgültig?) zur Self-Service-Ware zu machen, für deren Verkauf man keine Buchhändler, sondern Verkäufer benötigt." Tendenz: Das Buch werde auf seinen reinen Warencharakter reduziert.

Die Striche des Anstoßes

Klaus Müller-Crepon *vom* Ullstein-Propyläen-Verlag in Berlin möchte in diesen pessimistischen Chorus nicht einstimmen. Nach seiner Einschätzung wird sich die Codierung im Handel mit Büchern auf lange Sicht nicht vermeiden lassen. Freilich sei über das System – ob EAN oder OCR-B oder die Kombination von beiden – wohl noch nicht das letzte Wort gesprochen. Zu erwarten sei eine technische Weiterentwicklung, die die Nutzung der Codes auch für den kleinen Sortimenter erschwinglich mache.

Schon in absehbarer Zeit, so Müller-Crepon im Gespräch mit der WELT, *werde die Codierung* so selbstverständlich sein, daß kein Mensch mehr darüber stolpere und damit auch das „Geschrei um ästhetische Fragen" verstumme.

Fragen der Ästhetik vor allem haben allerdings bisher verhindert, daß *EAN und OCR-B sich auf den Rückseiten* herkömmlicher Bücher einnisten konnten. Diese heißen zwar in der Branchensprache ganz nüchtern „Hardcover", sind jedoch wohl in den Augen aller Beteiligten – vom Autor über den Verleger und Drucker bis hin zum Leser – ein Kulturgut sui generis. Aber auch ganz praktische Gründe haben die schrecklichen zwei von den harten Deckeln der Bücher ferngehalten. Diese sind heutzutage überwiegend in Folien eingeschweißt, und durch die hindurch läßt sich bislang kein Code absolut fehlerfrei knacken. Außerdem ist die Maschinenlesbarkeit nur bei glattem Untergrund des Einbands und bei Schwarzweiß-Druck gewährleistet.

Klaus Müller-Crepon glaubt allerdings nicht, daß „irgendwo irgendwie irgendwas" aufgehalten werden kann, wenn die Entwicklung schon so weit fortgeschritten ist. Seine Prognose ist seine Hoffnung: die Entwicklung einer Computer-Hardware, die es *ermöglicht, den Code in den* Buchdeckel beziehungsweise -umschlag nahezu unsichtbar einzubauen oder mit einem herkömmlichen Preis-Etikett zu verbinden oder mit immer wiederkehrenden Elementen zu kombinieren, zum Beispiel mit dem Verlagssignet.

Kriminalbeamte testen Beweise zu Mengeles Tod

rtr, Frankfurt

Deutsche Kriminalbeamte werden noch im April im Auftrag der Frankfurter Staatsanwaltschaft nach Brasilien fliegen, um die neuen Beweise für den Tod des ehemaligen KZ-Arztes Josef Mengele zu prüfen. Dies teilte Oberstaatsanwalt Hans-Eberhard Klein mit, der seit zwölf Jahren die Suche nach Mengele leitet. Der Polizeipräsident des brasilianischen Bundesstaates São Paulo, Romeu Tuma, hatte Röntgenaufnahmen des Gebisses von Mengele vorgelegt, die nach Ansicht internationaler Experten zweifelsfrei beweisen, daß es sich bei der 1985 bei São Paulo exhumierten Leiche um den KZ-Arzt handelt.

Dies würde bedeuten, daß Mengele wirklich vor sieben Jahren bei einem Badeunfall in der Nähe von São Paulo unter dem Namen Wolfgang Gerhard ums Leben kam.

Fachtagung über Zwangsvereinigung

AP, Bonn

Die Präsidentin der Kurt-Schumacher-Gesellschaft, Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) hat zu einer Fachtagung „40 Jahre Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone" in die Akademie für politische Bildung in Tutzing eingeladen. Wie die langjährige Mitarbeiterin Schumachers erklärte, werden bei dem am 11. April beginnenden Treffen auch Zeitzeugen dabei sein, die über die Vorgänge aus eigener Erfahrung berichten. Zu den Rednern gehören ferner SPD-Politiker und Historiker.

Frau Renger mahnte in diesem Zusammenhang ihre Partei, Schumacher habe im Westen Deutschlands eine SPD geschaffen, die entscheidend am demokratischen Aufbau der Bundesrepublik mitgewirkt habe. Er müsse daher auch heute Vorbild für eine erfolgsorientierte SPD sein.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Freie Uni-Plätze sollen nicht abgebaut werden

Hannovers Pläne für die Zeit nach dem „Studentenberg"

MICHAEL JACH, Hannover

Einen Abbau „überflüssiger" Hochschulkapazitäten soll es, auch wenn der derzeitige „Studentenberg" um die Mitte der neunziger Jahre bewältigt ist, in Niedersachsen nicht geben. Das Wissenschaftsministerium in Hannover hegt vielmehr den Plan, nach Rückkehr „von der Überlast zur Normallast" im Lehrbetrieb freiwerdende Plätze für Studiengänge zur beruflichen Weiterbildung einzusetzen.

Von vornherein falsch sei es, für die Zeit nach 1995 „in Analogie zum Studentenberg nun mit einem Studental zu rechnen", schränkt Wissenschaftsminister Johann-Tönjes Cassens (CDU) die Erwartungen ein und hat dabei gelegentlich in der Öffentlichkeit erörterte Vorstellungen im Blick, die auf eine Rücknahme der seit zwei Jahrzehnten vollzogenen Hochschulexpansion hinauslaufen. Im Gespräch mit der WELT weist Cassens darauf hin, daß allein in Niedersachsen für das Jahr 1995 noch mit etwa 84 000 Studenten zu rechnen sei – zwar nur noch zwei Drittel des für 1987 absehbaren Höchststandes von 124 500 Hochschülern, jedoch „ziemlich exakt der Normalwert der endsiebziger Jahre, bevor der Anstieg zum Studentenberg begann".

Die hannoverschen Bildungsplaner folgern aus diesen – tendenziell mit den bundesweiten Prognosen übereinstimmenden – Zahlen, daß keineswegs ungenutzte Labors, Hörsäle und Bibliotheken zu befürchten stünden.

Problem Weiterbildung

Vielmehr würden zu allererst die akademischen Lehrer wieder in die Lage versetzt, sich intensiv der unter den Überlast-Bedingungen erheblich vernachlässigten Forschung zu widmen.

Nicht übersehen wissen will Cassens auch „die noch auf einige Jahre hinaus zu ertragenden Beschwernisse der Überfüllung" im Studentenalltag: normale Studienbedingungen seien erst noch wiederherzustellen.

Für den weiteren Verlauf bis über die Jahrtausendwende hinaus werden nur noch geringfügig weiter verminderte Studentenzahlen veranschlagt – „keinesfalls unter 80 000". Statt jedoch freiwerdende „Kapazitätsspitzen" zu kappen, will der Wissenschaftsminister sie genutzt sehen „für die angesichts des technischen und wirtschaftlichen Strukturwandels immer wichtigere berufliche Weiterbildung". Cassens räumt ein, daß die Überlastung der Hochschulen mit der Erstausbildung dafür bisher zu wenig Raum gelassen habe. Künftig jedoch seien „fünf bis sieben Prozent" der normalen Platzzahl für Weiterbildungs- oder Kontaktstudiengänge verfügbar zu halten.

Acht Modellversuche

Neuland, so wird betont, sei dies für die Hochschulpolitik des Landes durchaus nicht mehr. Acht entsprechende Modellversuche seien in Niedersachsen seit 1976 „überwiegend abgeschlossen" und vom Bundesbildungsministerium als richtungweisend gefördert worden. Derzeit erhalte das Land „die Hälfte aller Bonner Fördermittel für akademisch-berufliche Weiterbildung".

Eingesetzt werde diese unter anderem an der Universität Hannover für einen Weiterbildungs-Studiengang Bauingenieurwesen mit den Inhaltsschwerpunkten Bauinformatik und Wasserwirtschaft, der nach drei Jahren inzwischen mehr als 200 Teilnehmer zählt. Oder für einen in diesem Wintersemester gestarteten Kurs „Kautschuktechnologie", den die Universität Hannover gemeinsam mit dem hiesigen Fachinstitut der Kautschuk-Industrie anbietet.

In Vorbereitung sind weitere Vorhaben etwa zur „Personalentwicklung im Betrieb" (TU Braunschweig) oder zur „Qualitätssicherung im Bauwesen" an der Fachhochschule Nordostniedersachsen in Buxtehude. Insgesamt fanden die Angebote im statistisch zuletzt erfaßten Wintersemester 1984/85 bereits mehr als 600 Nutzer.

Speziell in den wachsenden Aufgaben der Berufsfortbildung sollen nach Cassens' Vorstellung jene kleineren Hochschulen des Landes – in Hildesheim, Lüneburg oder Vechta – ein existenzsicherndes Stützbein finden, deren Fortbestand „nach dem Abstieg vom Studentenberg" mancherorts schon für fraglich gehalten wird.

Deutsches aus Ost und West: Notizen für Nachbarn

A. E. Kassel

Die Deutschen in Hessen und Thüringen können endlich wieder mehr von ihren Alltagsproblemen beiderseits der Grenze erfahren: „Notizen für Nachbarn" heißt eine neue Radio-Sendung im ersten Hörfunkprogramm des Hessischen Rundunks, die zwischen Harz und Rhön, Brokken und Inselsberg, Neuigkeiten der beiden angrenzenden Regionen vermittelt. Die Resonanz auf die erst vor wenigen Wochen gestartete Sendung, die jeden Mittwoch in hr 1 innerhalb des Nordhessen-Journals um 16.45 (UKW-Frequenz 91.3 Mhz) ausgestrahlt wird, war erstaunlich: Hunderte Zuschriften begeisterter Hörer erreichten den Sender.

Initiator und Moderator der 15 Minuten dauernden Sendung ist der 39jährige Journalist und WELT-Mitarbeiter Bernd Hummel, der sich ganz auf Nachbarschaftliches konzentriert: Er gibt etwa Reisetips für Tagesfahrten (mit aktuellen Interviews) und will so den Zusammenhang der Menschen stärken. Und außerdem serviert er vom Kasseler Studio des Frankfurter Senders aus, der bis nach Weimar zu empfangen ist, selbst aufgelesene Meldungen aus „DDR"-Zeitungen.

„Der VEB Elektrotechnik", so plaudert Hummel ins Mikrofon, „bringt erstmals ein Autoradio auf den Markt, das automatisch auf den Empfang von Verkehrsnachrichten des DDR-Rundfunks umschaltet, unabhängig davon, welcher Sender empfangen wird". In einer anderen Nachricht der vergangenen Sendung geht es um die schlechte Qualität der Schwarz-Weiß-Fernsehapparate in der „DDR", die mit einer Bildröhre von 61 Zentimetern immerhin noch 4100 Mark kosten. Doch diese Notiz brachte dem Redakteur prompt Ärger ein. Besorgt wandte sich brieflich ein Hörer aus Thüringen an Hummel: „Bitte unterlassen Sie Kritik an Versorgungsmängeln. Das kann nur zu Komplikationen führen".

Die Kritik weist der Leiter der Sendung zurück: „Ich sammle nur Meldungen aus Zeitungen, beispielsweise aus Erfurt oder Weimar. Und Kritisches bringe ich lediglich, wenn dies auch drüben veröffentlicht wird." Es ist eine Maxime der Sendung, Meldungen zwischen Musiktiteln unkommentiert zu verbreiten.

Die vermummten Angreifer am Zaun waren generalstabsmäßig geführt

Demonstration in Wackersdorf / SPD-Politiker: Ansätze von Staatsterrorismus

Es wurde nicht die friedliche Oster-Demonstration, zu der kommunistisch gesteuerte Gruppen, Grüne, Gewerkschafter, Kirchen und nach längerem Zögern auch die SPD in die Oberpfalz geladen hatten. Der Ort der Kundgebung und das Gelände der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage lagen zu dicht beieinander. Zusammenstöße mit der Polizei waren vorhersehbar.

In Wellen gegen den Zaun: „Chaoten" im Strahl der Wasserwerfer FOTO: DPA

Von PETER SCHMALZ

Durch die Ereignisse des Ostermontags bei Wackersdorf fühlen sich alle bestätigt: Der bayerische SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann spricht von einem „großartigen Erfolg für den gewaltlosen Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage", dagegen meint Bayerns Innenminister Karl Hillermeier, der die SPD vor einer Demonstration in der Nähe des Bauzauns gewarnt hatte, ein „ständiger Pilgerzug" der Demonstranten zum WAA-Zaun hätte „die Kulisse für Ausschreitungen von Chaoten und Gewalttätern" gebildet. Und schließlich sieht die Polizei ihr taktisches Ziel voll erfüllt, schwere Beschädigungen am Bauzaun und ein Eindringen von Chaoten ins Baugelände zu verhindern.

Allerdings muß die SPD zugeben, daß es friedlichen Demonstranten nicht gelungen ist, „fremdmotivierte Chaoten" (Hiersemann) von Gewalttätigkeiten abzuhalten. Auch die Hoffnung der bayerischen SPD, der angebliche Abstand von 500 Metern zwischen Bauzaun und Kundgebungsort könnte genügen, um friedliche Demonstranten vom Zaun fernzuhalten, erwies sich als Trugschluß, der jedoch bei sorgfältiger Prüfung schon vorher erkennbar gewesen wäre.

Der Ort war eine relativ schmale Waldlichtung, auf der die aus zwei quergestellten Lastwagen bestehende Bühne zwar knapp einen halben Kilometer vom Baugelände entfernt postiert war. Die 50 000 bis 80 000 Teilnehmer mußten sich jedoch in Richtung Zaun postieren, die tatsächliche Entfernung zwischen Kundgebung und Baugelände schrumpfte dadurch um die Hälfte. Zudem bewegte sich auf den restlichen Metern eine dichte Menschenmenge zwischen Versammlungsort und Zaun hin und her. Das Konzept der deutlichen Trennung, wie es die Mehrheit der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten gefordert hatte, mußte deshalb scheitern.

So kam es, daß an einem Ende der Waldlichtung der SPD-Landrat Hans Schuierer zur friedlichen Demonstration aufrief, während am anderen Ende gelbe Zettel verteilt wurden mit der Aufforderung, den Zaun niederzureißen. „Wir sind nicht hier, um stundenlang Kultur zu konsumieren", war darauf zu lesen.

Wohl machten einige Teilnehmer noch den Versuch, durch eine Menschenkette den Zaun vor Attacken zu schützen, doch das Ansinnen wirkte angesichts der brutalen Entschlossenheit der Radikalen geradezu rührend. Die nach Polizeischätzung 500 zumeist schwarz gekleideten und vermummten Chaoten wurden über Funksprechgeräte aus dem Wald heraus generalstabsmäßig gelenkt, mitBaumstämmen, Steinen, Feuerwerkskörpern und Prügeln griffen sie in immer neuen Wellen den Zaun an. Wurden sie vom Strahl der Wasserwerfer getroffen, spülten ihnen eigene Sanitäter das mit dem Reizgas CS versetzte Wasser aus den Augen.

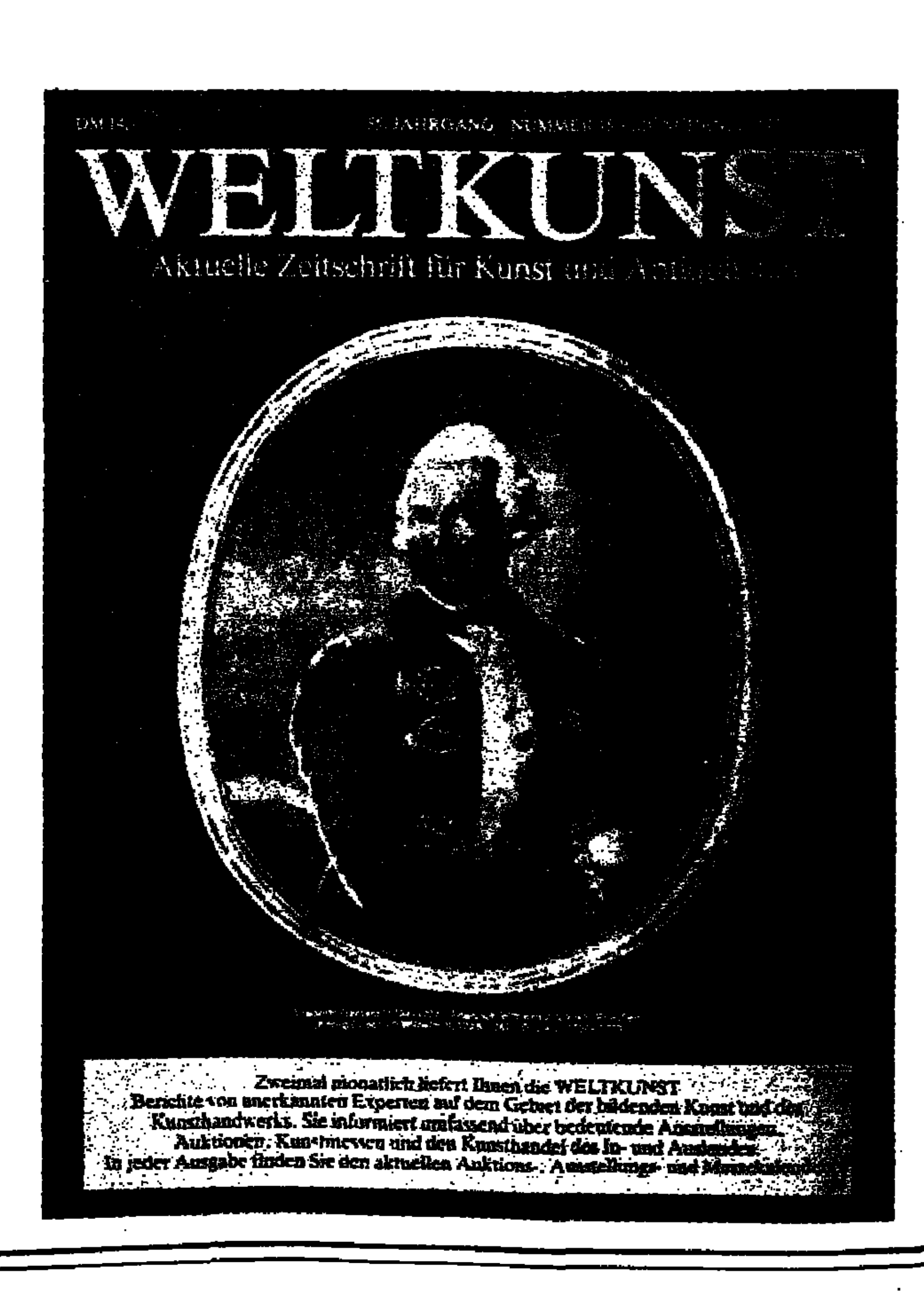
43 Wasserwerfer waren für diesen Tag zum Schutz des fünf Kilometer langen Zauns zusammengezogen, zum schnellen Nachfüllen ihrer Tanks standen für die Demonstranten versteckte mobile Swimmingpools bereit. Die älteren Modelle konnten jedoch ihre volle Spritzkraft nicht entfalten: Der Wasserstrahl zerstob am dichten Stahlgeflecht des Zauns. Nur die neueren Typen mit ausfahrbaren Wasserrohren konnten mühelos über die Umfriedung zielen.

Gegenüber der WELT zeigte sich Polizeipräsident Hermann Friker insgesamt zufrieden mit dem Einsatz: „Dank des Zaunes sind unsere Leute jetzt nicht mehr der direkten Konfrontation mit den Gewalttätern ausgesetzt." Auch der Zaun hat seine Bewährungsprobe bestanden, an keiner Stelle gelang den Angreifern auch nur im Ansatz ein Überwinden oder ein Zerstören, einzig der Stacheldraht konnte an einigen Stellen heruntergerissen werden.

„Stundenlang im Wasser zu stehen und gegen den verhaßten Zaun nichts ausrichten zu können, muß die frustrieren", meint ein Beamter. Und ein anderer befürchtet: „Dem Frust machen die nachts in den Städten Luft." Seine Befürchtung wird in der Nacht zu gestern wahr, als 150 Randalierer durch die Kreisstadt Schwandorf ziehen, die Schaufenster zweier Banken einschlagen und ein Polizeifahrzeug beschädigen. Elf teilweise vermummte Täter werden festgenommen.

Draußen am Zaun hat die Polizei am Montag lange gezögert, ehe sie erst in den Abendstunden 67 Personen festnahm. Die neugierigen Demonstranten, so Innenminister Hillermeier, haben den Zugriff der Polizei gegen die Chaoten erschwert. Es blieb dem ostbayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten Ludwig Stiegler vorbehalten, im Verteidigen des Zauns durch die Polizei „Ansätze von Staatsterrorismus" zu sehen.

Ein Todesfall am Rande der Demonstration hatte nichts mit der Polizeiaktion zu tun: Ein 38jähriger Mann aus Gräfelfing hatte seine Frau und eine Bekannte zur Kundgebung gefahren, war aber selbst in der Nähe seines Wagens zweieinhalb Kilometer vom Zaun entfernt geblieben. Plötzlich erlitt er einen Asthma-Anfall und bat einen Polizeibeamten um eine Steckdose für sein Beatmungsgerät. Der Mann starb auf dem Weg ins Krankenhaus.



Barschel will in China engere Kontakte knüpfen

Reise soll Boden für Wirtschafts-Aufträge ebnen

GEORG BAUER, Kiel

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel hat sich für diesen Monat ein fernes Ziel gesetzt. Begleitet von einem Troß aus Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur wird der christdemokratische Regierungschef am 13. April zu einer fast zweiwöchigen Reise ins Reich der Mitte aufbrechen. Die Stationen der Polit-Reise werden unter anderem Peking, Schanghai und die Provinz Zhejiang sein.

Das Hauptinteresse gilt dieser Provinz südlich der Millionenmetropole Schanghai. Das nördlichste Bundesland wird mit der Regierung einen Partnerschaftsvertrag unterzeichnen, dessen Schwerpunkte ein Kultur- und Wissenschaftsaustausch sein werden. Mitglied der Delegation wird deswegen der Präsident der Christian-Albrechts-Universität, Professor Jost Dellbrück, sein, der mit seinen Gesprächspartnern Fragen des Studentenaustausches erörtern wird.

Die Entscheidung für die Partnerschaft war auf der vierten Tagung des deutsch-chinesischen Ausschusses im Februar 1985 getroffen worden. Für die Chinesen sind diese Kontakte auf Provinzebene, die bereits mit anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen bestehen, das Element eines wirtschaftspolitischen Kurses, der auf differenzierte Förderung der Provinzen ausgerichtet ist.

Im Export auf Rang 15

Für Schleswig-Holstein bot sich die Provinz Zhejiang unter anderem wegen ihrer ähnlich strukturierten Wirtschaft – Fischerei und Landwirtschaft – an. In einer Vorabvisite im Sommer vergangenen Jahres hatte der frühere Wirtschaftsminister des Landes, Jürgen Westphal, den Boden für die Partnerschaft vorbereitet.

Die Wirtschaft Schleswig-Holsteins knüpft Hoffnungen an die Kontakte. „China läuft prima", meldet enthusiastisch die Industrie- und Handelskammer in Kiel. Im Zeitraum von Januar bis Oktober 1985 exportierte sie Waren im Wert von 372 Mill. Mark in das Reich der Mitte. In Hierarchie der Exportländer lag China damit bereits an 15. Stelle, nur einen Platz hinter den Vereinigten Staaten. Ein Jahr zuvor hatte das Volumen nur 152 Millionen Mark erreicht. In dem Zahlenspiel darf aber nicht vergessen werden, daß Peking im vergangenen Jahr die Bilanz durch stattliche Aufträge für Schiffneubauten in die Höhe drückte und damit Firmen im Norden einen erfreulichen Geldsegen bescherte.

Beachtliche Orders

In nüchterner Einschätzung der Exporterwartungen rechnet die Industrie- und Handelskammer in diesem Jahr mit einem Auftragsvolumen in Höhe von 200 Millionen Mark. Verglichen mit den Aufträgen aus anderen Staaten des asiatischen Kontinents nehmen sich die Orders aus Peking damit noch beachtlich aus.

Attraktiv für Investitionen könnten die beiden offenen Städte Wenzhou und Ningho in der Provinz Zhejiang sein. Sie gehören zu den 14 privilegierten Kommunen in China, in denen ausländische Investitionen steuerlich besonders gefördert werden und deren Verwaltungen in eigener Regie über die Ansiedlung von Industrievorhaben bis zu einer bestimmten Investitionssumme entscheiden können. Im Falle Wenzhou und Ningho sind es fünf Millionen US-Dollar pro Projekt.

Die Kammer schüttet aber auch einen Tropfen Wasser in den Wein. Zwar habe die Provinz Bedarf an den Fähigkeiten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, doch habe der Besuch des Ministerpräsidenten eher atmosphärischen Charakter. „Die Partnerschaft fördert Kontakte, die zu Geschäften führen können", vernimmt man vorsichtig aus Kiel.

Die Kasse soll dagegen im Herbst klingeln. Gemeinsam mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums wird sich eine zweite Delegation in Richtung Ferner Osten in Marsch setzen, um Aufträge abzuschließen. 70 Unternehmer haben bisher ihr Interesse an der Reise bekundet.

Reaktoren sind sicherer als bisher berechnet

dpa, Jülich

Die aus mehrere Meter dickem Beton und einer gasdichten Stahlhaut (Liner) gefertigten Druckbehälter für Hochtemperatur-Reaktoren sind sicherer, als bisher angenommen. Das haben Aufheizversuche im Institut für Nukleare Sicherheitsforschung der Kernforschungsanlage Jülich ergeben, bei denen Behälterausschnitte im Originalmaßstab bis auf 1 470 Grad Celsius aufgeheizt wurden. „Studien über Core-Aufheizstörfälle bei Hochtemperaturreaktoren sind bisher von zu ungünstigen Annahmen ausgegangen", stellte die KFA dazu fest. Daraus könnten sich Vereinfachungen beim Bau künftiger Hochtemperaturreaktoren ergeben. Störfälle, bei denen es zu einer ungehinderten Aufheizung des Reaktorkerns kommen könnte, sind nach Meinung der KFA hypothetisch. Bei einem HTR 500 betrage ihre Häufigkeit nur ein Störfall in zehn Millionen Jahren. Bei den Versuchen entstand zwischen 1 350 und 1 400 Grad ein Loch im Liner, durch das Schmelze tropfte. In den bisherigen Analysen war man von einem Versagen schon bei 1 000 Grad ausgegangen.

Südwestfunk droht der Bundespost

AP, Baden-Baden

Der Südwestfunk als federführende Anstalt des ARD-Satellitenprogramms „Eins Plus" hat der Bundespost damit gedroht, privaten Radiostationen den Gebrauch seiner Sendeanlagen zu verbieten, falls die Bundespost nicht ihren Vertrag mit der ARD einhalte und „Eins Plus" in die Kabelnetze der Bundesländer einspeise. Der Sprecher des Südwestfunks, Horst Walker, sagte in Baden-Baden, dies sei für die privaten Veranstalter in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit einer Sendeverzögerung von mindestens einem Jahr und erheblichen Kosten für die Post verbunden, da diese dann erst eigene Sendemasten für die Privaten bauen müßte. Die Verhandlungen mit der Post für das Land Rheinland-Pfalz stünden kurz vor dem Abschluß.

Ein Opfer der Reformen: Südafrikas „arme" Weiße

Schwarze machen ihnen Arbeit und Wohnungen streitig

M. GERMANI/DW. Johannesburg

Fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit ist in Südafrika durch die forciert vorangetriebene Reformpolitik ein Problem entstanden, das zu einer Zeitbombe für die Regierung Botha werden könnte: die rapide wachsende Unzufriedenheit des „weißen" Proletariats, das unter der Apartheid einen gewissen Schutz gegenüber den anderen Bevölkerungsgruppen genossen hatte und seine Vorrechte jetzt verliert.

Das von westlichen Medien immer noch häufig propagierte Bild von den Weißen Südafrikas, die einheitlich und allein aufgrund ihrer Hautfarbe wohlhabend sind, stimmt längst nicht mehr. Die hohe Inflationsrate, von unabhängigen Experten auf 25 bis 30 Prozent geschätzt, trifft jeden Einzelnen, hat aber gerade in den unteren Schichten, egal ob weiß oder schwarz, katastrophale Auswirkungen.

Die derzeitige Entwicklung dürfte für das politische Gefüge des Landes *kaum ohne Folgen bleiben*. Denn gerade die ultrarechte Herstigte Nationale Partei sowie die Konservative Partei rekrutieren ihre Anhänger unter den einfachen weißen Arbeitern und zum Teil auch unter dem weißen Proletariat. Die Enttäuschung über die Regierung des „Gemäßigten" Pieter Botha in den weißen Slums und unter den weißen Arbeitslosen bringt der reformunwilligen Rechten des Landes verstärkt Zulauf.

Hungrig zum Unterricht

Wer genaue Zahlen über das Ausmaß von Arbeitslosigkeit und Armut unter den Weißen erfragen will, stößt bei den Behörden auf Widerstand. „Das ist ein heißes Eisen", erklärte eine Beamtin der WELT. „Wir dürfen nicht darüber sprechen, doch das Problem ist fürchterlich." Ein Indiz sind die immer häufigeren Aufrufe weißer Schulen zu Hilfsaktionen, weil immer mehr weiße Kinder hungrig zum Unterricht kommen.

Als derart gravierend schätzen Wissenschaftler der Kapstädter Universität das Problem ein, daß sie die derzeitige Lage mit der Depression der dreißiger Jahre verglichen, als 17,5 Prozent der weißen südafrikanischen Bevölkerung – damals rund 300 000 Menschen – zu den „armen" Weißen gezählt wurden.

„Heute", so eine Untersuchung der Kapstädter Universität, „handelt es sich um Menschen, die in den meisten Fällen nicht mehr für eine reguläre Arbeit in Frage kommen, aber *jahrelang durch die bestehenden Gesetze geschützt waren*." 99 Prozent dieser Weißen seien nicht mehr anstellungsfähig, selbst nicht für niedrig bezahlte Jobs wie Wachmann oder Parkplatzwächter. Auch ein Ausweichen in die unteren Ränge der Beamtenschaft sei nicht mehr möglich. Durch die Aufhebung der Arbeitsplatzreservierung für Weiße sind qualifizierte Schwarze und Farbige zu einer starken Konkurrenz geworden.

Schwarze zahlen mehr

Gleichzeitig, so die Johannesburger „Financial Mail", verschärft sich in den billigen Wohngegenden der südafrikanischen Metropolen der Wettbewerb zwischen armen Weißen und Angehörigen anderer Bevölkerungsgruppen. Immer mehr Weiße werden aus ihren Wohnungen ausgewiesen, farbige, indische und schwarze Sozialaufsteiger rücken nach. Sie sind bei den Hausbesitzern gern gesehen, denn sie zahlen oft freiwillig höhere Mieten.

Typisch der Kommentar eines 1969 aus der Tschechoslowakei eingewanderten Hausbesitzers in der Gegend um den berüchtigten Joubert Park in Johannesburg: „Mir ist es egal, an wen ich vermiete. Hauptsache, es wird gezahlt. Ich besitze fünf Häuser mit rund 100 Wohnungen, die habe ich nicht geschenkt bekommen."

Den Mietern des heruntergekommenen Wohnblocks „Impala Lodge" in der Bree Street in Johannesburg, nur ein Steinwurf vom Luxushotel „Landerost" entfernt, war schon im Januar gekündigt worden. Das ältere Ehepaar, das bereit war, den Korrespondenten in seiner Einzimmerwohnung (Toilette auf dem Gang) zu empfangen, hat noch keine neue Bleibe gefunden. In dem nach Fäkalien stinkenden Treppenhaus blättert die grüne Ölfarbe von den Wänden, der Sicherungskasten ist herausgerissen. Die Frau sitzt im geblümten Nachthemd auf dem Bett, die Hände von Gicht verkrüppelt. „Wo sollen wir hin?" fragt sie. „Für 50 Rand (50 Mark) bekommen wir keine Unterkunft mehr, aber jeder von uns hat nur 182 Rand Rente im Monat. Die Regierung kümmert sich nicht mehr um uns."

Eine Krankenschwester berichtet der WELT: „Ungelernte Pflegerinnen verdienen bei uns 520 Rand. Wie sie, oft mit Kindern, davon überleben, weiß ich nicht. Es wird nicht darüber geredet. *Sie schämen sich.*"

Die Liberalen in Kanada rücken von der NATO ab

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Die Liberale Partei Kanadas, die unter Premierminister Pierre Elliott Trudeau noch Lippenbekenntnisse zum Nordatlantischen Bündnis ablegte, ist im Begriff, auf einen neutralistischen Kurs umzuschwenken. Die Liberalen der Provinz Ontario, innerhalb der Partei die stärkste Gruppierung, verabschiedeten auf ihrem Parteikongreß Resolutionen, in denen gefordert wird, Kanada zum „atomwaffenfreien Land" zu erklären und weitere Tests amerikanischer Marschflugkörper auf kanadischem Territorium zu verbieten.

Die Formulierung der Resolutionen läßt die zunehmend anti-amerikanische Haltung der kanadischen Liberalen erkennen. So heißt es unter anderem, eine Fortsetzung der Marschflugkörper-Tests sei gleichbedeutend mit einer „strategischen Kolonisierung Kanadas durch die Vereinigten Staaten". In einer weiteren Resolution wird ein Freihandelsabkommen zwischen Kanada und den USA abgelehnt.

Wenn die Liberale Partei sich die Forderungen der Liberalen Ontarios auf ihrem nächsten Bundeskongreß zu eigen macht, kann dies weitgehende außenpolitische und strategische Folgen haben. Politische Beobachter in Ottawa weisen darauf hin, daß eine künftige liberale Regierung sich dann aus der NATO zurückziehen müsse, da diese eine nukleare Strategie hat. Ein solcher Rückzug würde die USA zwingen, sich eine völlig neue Strategie zur Verteidigung Nordamerikas zurechtzulegen.

Gwynne Dyer, ein der Liberalen Partei nahestehender Kommentator, schlug kürzlich in einer Sendung der Canadian Broadcasting Corporation sogar vor, Kanada solle gegenüber den USA die gleiche Position beziehen, wie Finnland sie gegenüber der Sowjetunion innehabe. Kanada solle sich für neutral erklären und sich gegenüber den USA verpflichten, dritten Mächten den Zugang zu seinem Territorium zu verwehren und die USA um Hilfe anzugehen, wenn Kanada zur Selbstverteidigung nicht in der Lage sei.

Wenn Kanada aus dem westlichen Bündnis ausscheide, so setze es damit ein Beispiel für andere westliche Länder. Falls daraufhin die NATO auseinanderbreche, seien auch die Tage des Warschauer Paktes gezählt. Dyer erläuterte nicht, woher er diese Gewißheit habe, und wieso eine Auflösung der Bündnissysteme dem Frieden dienlich sei. (SAD)

Nach fast 40 Jahren veröffentlicht Jugoslawien die Akte Waldheim

CARL GUSTAF STROHM, Wien

Der einstige Generalsekretär der Vereinten Nationen – also jener Weltorganisation, die im Kampf gegen das Deutsche Reich entstanden war – auf einer jugoslawischen Kriegsverbrecherliste: eine grausamere Ironie des Schicksals ließe sich für den erfolgreichen österreichischen Diplomaten und Kandidaten der ÖVP für die Bundespräsidentenwahl, Kurt Waldheim, kaum vorstellen.

Das offizielle Jugoslawien umgeht jede Stellungnahme, aber die „inoffizielle" jugoslawische Presse – vor allem die Belgrader Boulevard-Zeitungen – haben die „Kriegsverbrecherakte" Kurt Waldheims aus dem Jahre 1947 genüßlich publiziert.

Allerdings stellt sich hier bereits die Frage, wie kommt es, daß diese Akte erst jetzt an die Öffentlichkeit gelangt ist – und nicht etwa spätestens bei der auch von Jugoslawien unterstützten erstmaligen Wahl Waldheims zum UNO-Generalsekretär oder vorher in den sechziger Jahren, bei seiner Bestellung zum österreichischen Außenminister?

Es erscheint auch völlig undenkbar, daß der „Kriegsverbrecher" Waldheim als Sekretär des damaligen österreichischen Außenministers Gruber im Wien der ersten Nachkriegsjahre, unter den wachsamen Augen von vier Besatzungsmächten sowie jugoslawischer Militärmissionen, ungeschoren herumspazieren konnte, wenn wirklich intensiv nach ihm gesucht worden wäre. Auch Leute, die sich sehr gut versteckt hatten, wurden damals aufgestöbert.

Die häufig gehörte Erklärung, es handele sich eben um balkanische Schlamperei, die den „Akt Waldheim" erst jetzt habe auftauchen lassen, vermag nicht zu überzeugen. Die jugoslawischen Kommunisten mögen auf vielen Gebieten „schlampig" sein – aber sicher nicht im Bereich ihrer Geheimdienste, der Geheimpolizei und der staatlichen Verfolgungsbehörde.

Die Lösung des Rätsels liegt anderswo: nämlich im Charakter des Partisanenkrieges auf dem Balkan und besonders in Jugoslawien. Die jugoslawische Akte Waldheim trägt die Nummer 25 572 – das heißt, daß damals zehntausende deutscher Offiziere pauschal als „Kriegsverbrecher" gesucht wurden.

Die jugoslawischen Kommunisten befanden sich 1945 in einem revolutionären Siegesrausch. Sie fühlten sich zu jener Zeit als stramme Stalinisten und als Träger einer Revolution, die unter Moskaus Führung ganz Europa beherrschen und die „Bourgeoisie" hinwegfegen werde.

In dieser Stimmung wurde alles auf die Kriegsverbrecher gesetzt, was dafür irgendwie in Frage kam: innenpolitische Gegner ebenso wie alle deutschen Offiziere, die in irgendeinem Staat oder sonstwo „auffällig" geworden waren.

Nach welchen Maßstäben damals geurteilt und verurteilt wurde, zeigt der Fall eines prominenten Exponenten des Dritten Reiches: der „Sonderbevollmächtigte" des Auswärtigen Amts für den Südosten, Hermann Neubacher, wurde von den Amerikanern an Tito ausgeliefert und erhielt 20 Jahre Gefängnis. Begründung: er habe den Kampf der Deutschen Wehrmacht im Südosten unterstützt. Eine andere Schuld war ihm nicht nachzuweisen.



Kurt Waldheim, einer von 25 000 angeblichen „Kriegsverbrechern"
FOTO: SVEN SIMON

Dutzende von serbischen Zeugen, denen er das Leben gerettet hatte, sagten für ihn aus. Es half nichts (allerdings kam er einige Jahre später frei auf Intervention der damaligen Adenauer-Regierung, die hier sehr mutig vorging).

Ein anderer, unverdächtiger Zeitzeuge, der prominente jugoslawische Kommunist, Spanien-Kämpfer, Ex-Partisan und General Vojo Kovacevic, schildert in seinen unlängst in Belgrad erschienenen Memoiren ein persönliches Drama aus jener Zeit, das keinen Einzelfall darstellt. Er und alle seine Brüder waren überzeugte Kommunisten und Partisanen in Titos Armee. Sein Vater aber war ein kleiner königlich-jugoslawischer Beamter in einem Ort der Herzegowina.

Als die Partisanen den Ort eroberten, befahl ein kommunistischer Kommissar die Erschießung des Vaters Kovacevic – weil dieser dem König und der „Reaktion" gedient hatte und damit ein „Feind der Volksmacht" sei. *Es half dem Vater nichts*, daß er seine Söhne jahrelang vor der königlichen Polizei versteckt gehalten hatte. Er wurde erschossen.

Schließlich ist zwar der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe E, Generaloberst Alexander Löhr, von den Jugoslawen zum Tode verurteilt und 1947 erschossen worden (schon die Tatsache, daß er im Gegensatz zu allen anderen Verurteilten nicht gehängt wurde, spricht dafür, daß ihm sogar die emotionell hochgradig aufgeladenen jugoslawischen Kommunisten einen gewissen Respekt nicht versagen konnten).

Aber schon sein Chef des Stabes, General Erich Schmidt-Richberg, kehrte relativ bald nach Kriegsende in die Bundesrepublik Deutschland zurück und veröffentlichte hier 1955 seine Memoiren unter dem Titel „Endkampf auf dem Balkan". Wenn also der zweite Mann der Heeresgruppe von den Jugoslawen laufengelassen wurde – was sollte man dann mit dem Oberleutnant Waldheim anfangen?

Fast zur gleichen Zeit, da Waldheim zu einem von mehr als 25 000 angeblichen Kriegsverbrechern in Jugoslawien „ernannt" wurde, machte Belgrad eine besondere Erfahrung mit den Briten: die kommunistischen Jugoslawen hatten den Engländern 1947 eine Liste mit 1120 Namen von „Kriegsverbrechern" zur Auslieferung vorgelegt – meist handelte es sich um serbische Antikommunisten, die auf deutscher Seite gekämpft hatten.

London setzte daraufhin eine „Royal Commission" ein, die jeden einzelnen Fall überprüfte und die Beschuldigten, meist in Musterlagern, verhörte. Die Briten kamen zu dem Schluß, daß in keinem einzigen Fall eine Auslieferung oder auch nur Anklage angebracht war. Zwischen der westlichen und der kommunistischen Definition von „Kriegsverbrechen" gab es also einen Unterschied.

Neuer UNO-Plan für Zypern stößt auf Skepsis

E. ANTONAROS, Nikosia

Trotz mehrerer gescheiterter Versuche läßt UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar in seinen Bemühungen um eine friedliche Lösung des Zypern-Konflikts nicht locker. Den auf der geteilten Insel lebenden Griechen und Türken hat er jetzt in New York einen neuen Friedensplan vorgelegt, um die derzeitige Patt-Situation in den Verhandlungen zu überwinden.

Weder der Wortlaut noch die wichtigsten Lösungsvorschläge des Dokuments sind bisher veröffentlicht worden. Aus fragmentarisch in der Presse erschienenen Angaben ergibt sich allerdings folgendes Bild: Die künftige Bundesrepublik Zypern soll aus zwei Bundesländern und drei kantonähnlichen autonomen Gebilden bestehen. Das türkische Bundesland im Inselnorden soll statt heute 37 nur noch maximal 29 Prozent des gesamten Inselgebietes umfassen. In allen wichtigen Verfassungsorganen dieses Bundeslandes sollen Griechen und Türken im Verhältnis von 7 zu 30 vertreten sein.

Der Präsident der Republik soll ein Grieche sein. Aber der türkische Vizepräsident soll ein uneingeschränktes Vetorecht besitzen. Durch Ausübung dieses Rechts entstehende Patt-Situationen sollen von einem Verfassungsgericht gelöst werden.

Stimmen diese Angaben, so würde sich der jetzige UNO-Friedensplan nur unerheblich von zwei früheren Initiativen de Cuéllars unterscheiden. Neu ist hingegen de Cuéllars taktisches Vorgehen: Anders als früher dringt er diesmal nicht auf ein Treffen Kyprianous mit dem türkischen Volksgruppenführer Denktasch, weil er eingesehen hat, daß ohne umfassende Vorgespräche ein Spitzengespräch kaum erfolgreich sein kann. Daher plädiert er als ersten Schritt für die Einsetzung von Arbeitsgruppen.

Daß de Cuéllars Plan zahlreiche Punkte unberührt läßt, hat allerdings die Inselgriechen skeptisch gestimmt. Dabei geht es vor allem um den Abzug der türkischen Besatzungstruppen. US-Außenminister George Shultz ist es bei seinem Besuch in Ankara in der vergangenen Woche offenbar nicht gelungen, die Türken auch nur für einen Teilabzug zu gewinnen. Athens Ministerpräsident Papandreou, der von heute an Gespräche mit Kyprianou in Athen führen wird, sieht eine Lösung dieser Frage jedoch als Vorbedingung für einen Frieden auf Zypern. (SAD)



Frankreich zieht seine Beobachter aus Beirut ab

DW. Paris/Beirut

Die französische Regierung zieht ihre seit 1984 in Beirut stationierten Waffenstillstands-Beobachter ab. Das Pariser Außenministerium begründete diese Maßnahme mit der Entwicklung in Libanon, die eine ordnungsgemäße Arbeit der 45 französischen Soldaten nicht mehr zulasse. In den zwei Jahren, in denen die Militärbeobachter an der „grünen Linie" zwischen dem christlichen Ostteil und dem moslemischen Westteil der Stadt stationiert waren, wurden insgesamt sieben Franzosen getötet. Erst am 12. März war ein Hauptmann von Heckenschützen erschossen worden. Die Militärbeobachter hatten schon gestern morgen ihre Posten verlassen und sich in ihr Hauptquartier zurückgezogen.

Die Roten Khmer bleiben Hanoi ein Dorn im Auge

Plan des kambodschanischen Widerstandes abgelehnt

JOCHEN HEHN, Hongkong

Die jüngste Entwicklung im Kambodscha-Konflikt wird auch die bevorstehende Gipfelkonferenz der Asean-Staaten in Manila überschatten. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen vor allem der von der antivietnamesischen „Koalitionsregierung des demokratischen Kambodscha" kürzlich in Peking vorgelegte Plan für eine politische Lösung der Kambodscha-Frage und die auf dem Fuße folgende Ablehnung durch Vietnam, das nun schon seit fast acht Jahren das Land des Khmer-Volkes militärisch besetzt hält.

Von dem Optimismus der Asean-Staaten (Philippinen, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei), allen voran Thailand und Indonesien, die den Plan in ersten Stellungnahmen als „realistisch, praktikabel" und als „sehr hilfreich" bezeichneten und ihm ihre volle Unterstützung zusagten, dürfte nicht mehr viel übriggeblieben sein, nachdem Hanoi sich nicht einmal die Mühe machte, seiner Ablehnung eine detaillierte Begründung hinzuzufügen.

Die Vietnamesen handeln aus einer Position der Stärke heraus. Sie halten das Nachbarland unter fast totaler Kontrolle. Ihre 170 000 in Kambodscha stationierten Truppen zählen zu den kampferprobtesten in Asien und sind den allenfalls 50 000 im Untergrund operierenden Kämpfern der Dreierkoalition nicht nur zahlenmäßig, sondern auch an Ausrüstung weit überlegen.

„Zweite Lektion" Chinas wenig wahrscheinlich

Militärisch gibt es derzeit kaum eine Möglichkeit, Vietnam an den Verhandlungstisch zu zwingen. Dies um so weniger, als auch die Volksrepublik China, Kambodschas Verbündeter, sich nicht geneigt zeigt, seine Drohung, Vietnam eine „zweite Lektion" zu erteilen, auch wahrzumachen.

Ein kostspieliger Waffengang gegen einen hochgerüsteten Feind wäre für Peking, das gegenwärtig alle Anstrengungen daransetzt, die Finanzierung seines Modernisierungsprogramms für die Zukunft sicherzustellen, einfach ein zu hoher Preis.

Zu dieser Auffassung sind offenbar auch die drei Führer der Koalitionsregierung gelangt, die aus Prinz Norodom Sihanouk als Präsident, Son Sann als Ministerpräsident und Leiter der Nationalen Befreiungsfront des Khmer-Volkes, sowie aus Khieu Samphan, dem Vizepräsidenten und Chef der kommunistischen Roten Khmer gebildet wird.

Ihr gemeinsam ausgearbeiteter und in der chinesischen Hauptstadt vorgelegter Acht-Punkte-Plan enthielt daher erstmals weitreichende Zugeständnisse an die vietnamesische Seite und die von ihr gestützte kambodschanische Volksregierung unter Heng Samrin.

Vietnam treibt die Kolonisierung voran

Doch selbst die Zusicherungen. Heng Samrin in eine künftige kambodschanische Regierung einzubeziehen und mit Vietnam – nach dessen Truppenabzug – einen Nichtangriffspakt und Vertrag über eine friedliche Koexistenz zu schließen sowie die Unabhängigkeit und Neutralität Kambodschas zu garantieren, waren nicht Anreiz genug, Vietnam aus der Reserve zu locken. Es sieht in der Beseitigung der Roten Khmer angeblich immer noch sein Hauptziel.

Doch hat Vietnam vor allem handfeste wirtschaftliche Interessen an Kambodscha, wie seine Bemühungen zeigen, das an Nahrungsmitteln und Bodenschätzen reiche Land zu kolonisieren. Die vietnamesische Führung sieht in dem schwach besiedelten Nachbarland einen idealen Lebensraum für seine überquellende Bevölkerung.

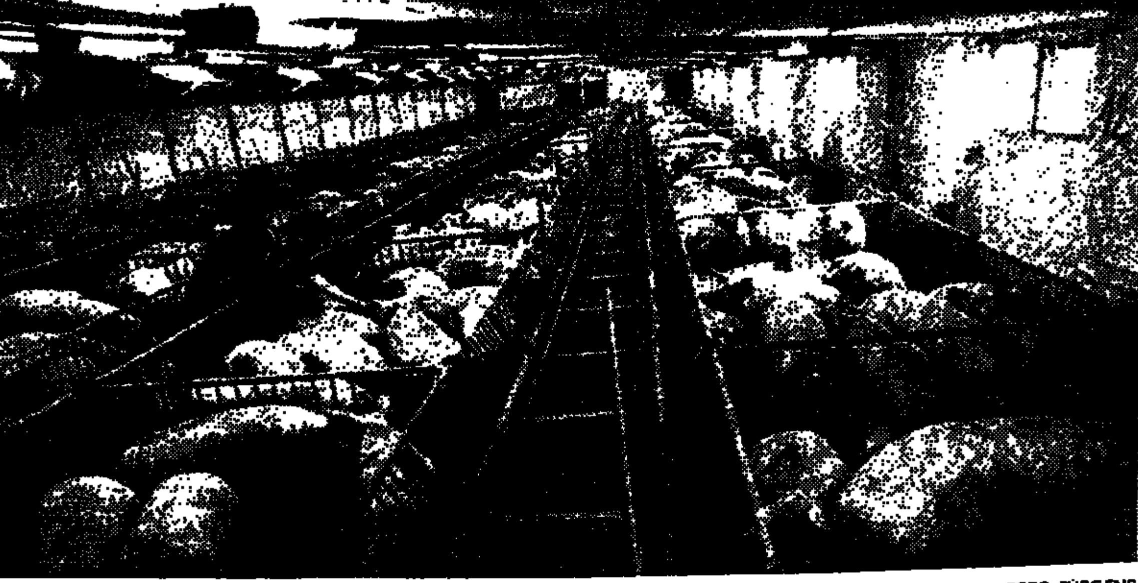
Mittlerweile haben sich – neben den stationierten Soldaten – schätzungsweise 600 000 vietnamesische Zivilisten auf kambodschanischem Boden angesiedelt. Die Besetzer ermuntern zu Mischehen und haben Vietnamesisch zur Amtssprache erhoben. Alles deutet darauf hin, daß Vietnam sich auf lange Frist in Kambodscha einzurichten gedenkt.

Der kambodschanischen Dreierkoalition wird somit keine andere Wahl bleiben, als den Kampf im Untergrund ohne Aussicht auf ein absehbares Ende und auf viel Erfolg fortzusetzen.

Diplomatisch unterstützt wird sie dabei von China, den Asean-Staaten und auch von den Vereinten Nationen, die die Koalitionsregierung von Prinz Sihanouk als die einzig rechtmäßige ansehen.

Umweltprobleme in der „DDR" (II.): Luftverschmutzung

Wie einschneidend der Einsatz von Gülle und die konzentrierte Tierhaltung in der „DDR" zu einer Beeinträchtigung der Luft- und Bodenqualität geführt haben, beschreibt der Berliner Agraringenieur Karl Hohmann im zweiten Teil der Serie.



Gesundheitsbedrohende Wirkung auf Anwohner: Schweinemast — FOTO: JÜRGENS

Tiermast, Gestank und Allergien

Von KARL HOHMANN

Bereits Anfang der 70er Jahre hatte der Leiter des Bereiches Veterinärhygiene an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin, von der Aa, darauf hingewiesen, daß mit der Güllewirtschaft und der Konzentration der Tierhaltung in Großanlagen die „Landluft" in einer Art und Weise verändert wurde, „mit der sich bereits auch die Landbevölkerung nicht mehr abfinden will". Die insbesondere von den großen Schweinemastanlagen ausgehenden Geruchsbelästigungen seien „fast immer so groß. daß Schutzstreifen von 500 oder 1000 Metern unwirksam sind und Klagen aus mehreren Kilometern Entfernung" vorlägen. Dazu komme, daß mit der Abluft dieser Mastanlagen nicht nur Geruchsbelästigungen verbunden seien, sondern auch eine Verbreitung von vorwiegend organischen Stäuben und von Mikroorganismen erfolge, die unter Umständen zu allergischen Erkrankungen oder sogar zu Infektionen führen könnten.

Noch deutlicher formulierte er seine Befürchtungen in einem zweiten Artikel im Jahre 1974: „Das bedeutet, daß die Großanlagen nicht nur in weitem Umkreis stinken (wovon sich jeder Transitreisende überzeugen kann), sondern daß auch die Anwohner auf die Dauer gesundheitlich bedroht sind (Asthma, Allergien, Ekzeme usw.)." Gleichzeitig wies er auch darauf hin, daß in der Nähe dieser Anlagen bereits Schäden an Nadelgehölzen aufgetreten sind und „daß industriemäßige Produktionsverhältnisse unter altbekannten dörflichen Umweltverhältnissen nicht funktionieren können", weil mangelhafte Umweltverhältnisse stets proportional erhöhte Infektions- und Tierseuchengefahren bedingten und die ständige „Verabreichung" von verunreinigtem Tränkwasser, Futter und Atemluft zu Produktionsdegressionen in der Tierproduktion führen könne, die „im Republikmaßstab gesehen, höhere Verluste beinhalten als die klassischen Tierseuchen".

Bereits 1973 war in einem Forschungsbericht der Sektion Forstwirtschaft Tharandt der TU Dresden festgestellt worden, daß Bäume, die aus veterinärhygienischen Gründen zwischen den Ställen belassen worden waren, „in einigen Fällen heute, nach wenigen Jahren, total abgestorben sind. Ihr erhoffter Effekt ist damit nicht mehr vorhanden. Die angrenzenden Fichten- und Kiefernbestände sind vom Rand her in unterschiedlicher Tiefe ebenfalls abgestorben und bis zu einigen 100 Metern Entfernung geschädigt und/oder durch Baumabgänge aufgelichtet. Die in der DDR derart geschädigte Fläche wurde damals auf etwa 2000 bis 3000 Hektar veranschlagt. In einem weiteren Fall, über den berichtet wurde, waren bereits 2½ Jahre nach Inbetriebnahme einer 12 000er Schweinemastanlage in einer Entfernung von 200 Metern etwa 25 Prozent der zu dieser Zeit 61jährigen Fichtenbestände abgestorben und ein Ausklingen der Absterbeerscheinungen erst in einer Entfernung von 400 Metern zu verzeichnen. Fast symptomatisch für die Handhabung des Umweltschutzes in der DDR ist die aus diesen Absterbeerscheinungen abgeleitete Schlußfolgerung: „Es empfiehlt sich deshalb, bei der Neuanlage von Schweinemästereien, einen Mindestabstand zu Waldbeständen von 500 Metern einzuhalten. Das Gelände im Umkreis der Mastanlage sollte durch geeignete einjährige Kulturen genutzt werden."

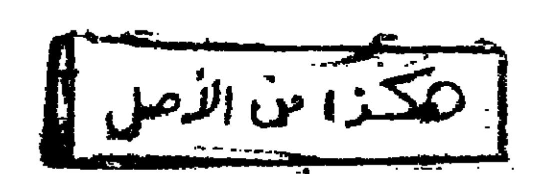
Gravierende Umweltschäden entstehen durch die in der DDR übliche Ausbringung von chemischen Pflanzenschutzmitteln und (Stickstoff-) Düngern aus Flugzeugen. Oft werden dabei nämlich Vorfluter, Gräben und Kleinstgewässer in Mitleidenschaft gezogen. Zwar wurden in den Jahren 1972 und 1973 nur rund 6,5 Prozent der 385 in der DDR erfaßten Fischsterben (neuere Daten sind dem Verf. nicht verfügbar) durch Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel verursacht, doch hat die Stickstoffdüngung per Flugzeug an der zunehmenden Eutrophierung der Oberflächengewässer einen beachtlichen Anteil – wenn auch nicht den entscheidenden – aufzuweisen. „Die wenigen Klein- und Kleinstgewässer in der Agrarlandschaft, die noch völlig intakt sind, muß man suchen", klagt ein Leser 1979 im Bauern-Echo, weil sorglose Agrarflieger, „die das Gewässer gar nicht erst umfliegen oder die Windverhältnisse nicht beachten", diese Biotope einfach mitbehandelten.

Doch selbst bei einem, den gesetzlichen Vorschriften (Windgeschwindigkeiten unter 3 Meter pro Sekunde) entsprechenden Einsatz der Agrarflugzeuge, werden nach DDR-eigenen Untersuchungen durch Abdrift die in Windrichtung benachbarten Schläge in einer Breite von mindestens 150 Metern mit beeinflußt. Das aber bedeutet, daß Ernteprodukte (Futter- bzw. Nahrungsmittel) von Teilen des an die behandelte Fläche grenzenden Schlages aus veterinär- und humanmedizinischen Gründen innerhalb bestimmter Zeitspannen zumindest als gesundheitlich bedenklich eingestuft werden müßten.

Von der Aa hatte bereits Anfang der 70er Jahre darauf hingewiesen, daß an der wachsenden Eutrophierung (Überdüngung mit Pflanzennährstoffen) der „Oberflächengewässer bis hin zu den Küstengebieten der Ostsee" die Landwirtschaft in zunehmendem Maße beteiligt ist. Dies ist um so bedeutender, als rund 30 Prozent des in der DDR bereitgestellten Trinkwassers aus Oberflächengewässern stammen.

Weil aber die Ergebnisse in der Produktion auch oder gerade in der DDR noch immer mehr zählen als Aktivitäten im Bereich des Umweltschutzes („So wird manche LPG für ihre Initiative zur Schaffung von Stallplätzen öffentlich gelobt oder gar ausgezeichnet, die von ihr verursachte Gewässerverunreinigung aber wird so hingenommen") bleiben nicht nur im Agrarsektor Appelle und sogar Sanktionen (Abwassergeld) weitgehend wirkungslos.

Morgen lesen Sie:
Die Versuche der „DDR", die Belastungen zu reduzieren



IHRE CHANCEN, EIN PERFEKTES LANGSTRECKEN-AUTOMOBIL ZU FAHREN, HABEN SICH HIERMIT VERDOPPELT: DER NEUE SAAB 9000 i 16 IST DA!

Mit jedem neuen Saab werden die Langstrecken bequemer, die Autobahnen vergnüglicher: Erst hat der Saab 9000 turbo 16 die Autofahrer verwöhnt, jetzt kommt der Saab 9000 i 16; wie der Name schon sagt, ein enger Verwandter.

Äußerlich werden Sie kaum Unterschiede feststellen, beide haben die gleiche elegante Karosserielinie. Innen sind sie erst recht kaum auseinanderzuhalten, beide haben die gleiche Geräumigkeit, den verschwenderischen Komfort. Wo liegen also die Unterschiede?

Den ersten entdecken Sie unter der Motorhaube: Statt eines 16-Ventil-Turbo-Motors mit 129 kW (175 PS) arbeitet im 9000 i 16 ein 16-Ventil-Einspritz-Aggregat mit 94 kW (128 PS).

Den zweiten bemerken Sie beim Blick auf die Rechnung: Der Preis für den Saab 9000 i 16 liegt ein gutes Stück unter dem seines großen Bruders. Unbezahlbar und in beide 9000er hineinkonstruiert ist ihre größte Qualität: der ungewöhnliche Langstreckenkomfort. Den Beweis dafür liefert eine ausgiebige Probefahrt mit dem Saab 9000, wozu wir Sie gleich im Namen unserer Händler herzlich einladen.

Sie läßt nur eine Frage offen: ob Sie sich für einen 9000 turbo 16 oder einen 9000 i 16 entscheiden. Sie haben die Wahl.

SAAB 9000 i 16
Auf langen Strecken zu Hause.

Saab 9000 i 16



Saab 9000 turbo 16



Personalien

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Gerhard Michael**, emeritierter Ordinarius für Pflanzenernährung der Universität Hohenheim feierte seinen 75. Geburtstag. Michael, in Magdeburg geboren, studierte nach dem Abitur 1930 Chemie und Naturwissenschaften in Halle und Botanik in Berlin. In Berlin wurde er 1935 zum Dr. phil. promoviert. Nach Hilfsassistentenzeiten am Botanischen Institut der Universität Leipzig und der Technischen Hochschule Königsberg wurde Michael 1937 planmäßiger Assistent und Oberassistent am Institut für Pflanzenernährungslehre und Bodenbiologie in Berlin-Dahlem. Dort habilitierte er sich auch 1941. Nach Unterbrechung seiner wissenschaftlichen Arbeit durch Kriegsdienst und Gefangenschaft wurde Michael 1947 ordentlicher Professor für Agrikulturchemie an der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena. Von dort wurde er 1960 nach Hohenheim gerufen, wo er Ordinarius für Pflanzenernährung und Direktor des gleichnamigen Instituts wurde. Aus seinem wissenschaftlichen Wirken sind bedeutende Arbeiten über die Physiologie der Ertragsbildung bei Pflanzen hervorgegangen.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Rainer Stuhlmann-Laeiß**, Logik und Grundlagenforschung, wurde durch Urkunde des nordrheinisch-westfälischen Ministers für Wissenschaft und Forschung auf Lebenszeit auf den Lehrstuhl für das Fach „Logik und Grundlagenforschung" an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn berufen und zum Direktor des Seminars für Logik und Grundlagenforschung bestellt.

AUSZEICHNUNGEN

Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen, **Rüdiger von Pachelbel**, hat dem Journalisten **Vassos Mathiopoulos** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Mathiopoulos wurde damit von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** „für langjährige fruchtbare journalistische Tätigkeit für griechische und deutsche Medien" ausgezeichnet. Vassos Mathiopoulos, in Bonn promovierter Jurist, arbeitete von 1956 an als Korrespondent einer Athener Zeitung in der Bundeshauptstadt und schrieb auch für deutsche Zeitungen. 1965 gab er aus politischen Gründen seine Tätigkeit für das griechische Blatt auf. Er verlor wegen seiner demokratischen Einstellung 1967 vorübergehend seine griechische Staatsangehörigkeit. Danach arbeitete er für ARD und ZDF sowie für die Schweizer „Weltwoche". 1969 wurde er zum Vorsitzenden des Vereins der Auslandspresse in Bonn gewählt. Seit September 1985 ist er Generaldirektor für Information im griechischen Außenministerium.

*

Der israelische Staatspräsident **Chaim Herzog** hat zum ersten Mal zwei Schriftstellern aus dem Ostblock den israelischen K.-Tzetnik-Literaturpreis verliehen: dem Ungarn **Mezei Andras** und seinem polnischen Kollegen **Jerzy Ficowski**. Der nach dem jüdischen Autor und Auschwitz-Überlebenden **Tzetnik** benannte Preis wird im Turnus von zwei Jahren für literarische Arbeiten über den Holocaust und über die „Wiedergeburt Israels" verliehen. Bei der Preisverleihung am Montag in der Präsidenten-Residenz in Jerusalem war auch **Kurt Goldstein** aus Mitteldeutschland, Generalsekretär der „Weltorganisation antinazistischer Untergrundbewegungen", anwesend.

Der Freiburger Verleger **Hermann Herder** ist von Papst **Johannes Paul II.** mit einer selten vergebenen hohen



Auszeichnung, dem Stern zum Gregorius-Orden, geehrt worden. Seit 1981 ist Herder Komtur dieses Ordens.

Die Schriftstellerin **Hanna Johansen** erhält den mit 10 000 Mark dotierten Marie-Luise-Kaschnitz-Preis der Evangelischen Akademie Tutzing. Sie erhält die Auszeichnung für ihren 1985 erschienenen Erzählband „Über den Wunsch, sich wohlzufühlen". Die Akademie würdigte Hanna Johansens „lakonische und präzise Sprache". Die Schriftstellerin verstehe es, Geschichten „ohne Kitsch" über Liebe und Glück mit den Mitteln der Ironie und des Humors zu schreiben.

KIRCHE

Mit einem festlichen Gottesdienst im Hildesheimer Dom und einer Feierstunde im Bischöflichen Generalvikariat ist in Hildesheim in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus dem kirchlichen und öffentlichen Leben der langjährige Diözesan-Männer-Seelsorger des Bistums Hildesheim, Jesuitenpater **Franz Schilling** (68), verabschiedet worden. Diözesanbischof Dr. **Josef Homeyer** dankte ihm für seinen „unermüdlichen Dienst", der für alle eine Verpflichtung bedeute. Schilling, der aus Saarbrücken stammt, kam 1953 in das Bistum Hildesheim. Er gehört zu den Begründern des katholischen Altenwerkes der Diözese Hildesheim. Unter den Gästen der Feierstunde war auch der Niedersächsische Sozialminister **Hermann Schnipkoweit**.

MUSIK

Gerhard Markson, seit der Spielzeit 1979/80 erster Kapellmeister am Staatstheater in Oldenburg und zur Zeit kommissarischer Generalmusikdirektor, wird das Staatstheater mit Ende der Spielzeit verlassen. Er wird mit Beginn der kommenden Saison erster Kapellmeister bei den Städtischen Bühnen Freiburg im Breisgau. Sein neuer Vertrag ist vorerst auf drei Jahre festgesetzt. Schon in der ersten Freiburger Spielzeit wird Markson mehrere Opernpremieren und Symphoniekonzerte dirigieren.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gerechtigkeit und Gesetz

„Bonn korrigiert Härtefälle beim Rentengesetz": WELT vom 22. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus dem vorstehenden Artikel geht hervor, daß Minister Blüm es als die einzig gerechte Lösung bezeichnet haben soll, wenn die Frauen der Jahrgänge nach 1921, die bereits vor dem 1. 1. 1986 Rente beziehen, die Kindererziehungszeiten angerechnet erhalten, aber dieses hat er trotzdem abgelehnt, da angeblich nicht finanzierbar.

Andererseits lese ich auf Seite 75 in der Broschüre „Rente im Klartext", herausgegeben vom Arbeitsminister, folgendes: „Müttern – und gegebenenfalls auch Vätern –, die nach Inkrafttreten des Gesetzes in Rente gehen und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wird das Kindererziehungsjahr ab Rentenbeginn angerechnet."

Mit anderen Worten: Wenn eine Frau, Jahrgang 1926, die Rente bereits mit 60 Jahren beantragen kann und auch erhält, bekommt sie das Kindererziehungsjahr sofort angerechnet. Ich bin Jahrgang 1925 und erhalte Rente mit 60 Jahren seit dem 1. 4. 1985. Das Kindererziehungsgeld bekomme ich jedoch erst mit 65 Jahren, also ab 1990.

Man kann es nicht allen Leuten recht machen, aber wenn die Politiker eine ausgesprochene Ungerechtigkeit schon vorher sehen, sollten sie diese nicht bewußt in das Gesetz einbauen.

Mit freundlichen Grüßen
Lotte Fitzner,
Hamburg 61

Regeln des Anstandes

„Parallel-Ermittlungen"; WELT vom 25. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf eine Stellungnahme der nordrhein-westfälischen Landesregierung zu den Vorwürfen, die Enno v. Loewenstern im Zusammenhang mit den offensichtlich unzulässigen „Parallel-Ermittlungen" des Herrn Generalstaatsanwalts Schmitz erhoben hat, darf man wirklich gespannt sein.

Als Nichtjurist (aber als ehemaliger Sachbearbeiter für Widerspruchsfälle im Bau- und Planungsrecht) erlaube ich mir noch folgende Anmerkungen: Schmitz als politischer Beamter (!) hatte also vor Erteilung seiner Weisung an die Bonner Staatsanwaltschaft das Einvernehmen seines Justizministers eingeholt, was ja zunächst bestritten worden war (Lüge?). Ist es nicht selbstverständlich, daß bei einer politisch so hochbrisanten Sache – immerhin steht das Ansehen eines hohen Verfassungsorgans auf dem Spiel! – zumindest bei Einhaltung der Regeln des politischen Anstandes auch der Regierungschef – also Jahannes Rau – zu informieren war? Ist dies geschehen oder nicht? Wenn nein, dann ist Justizminister Krumsiek unfähig und untragbar – wenn ja, muß Rau sich rechtfertigen!

Mit freundlichen Grüßen
Edgar Hügel,
Grefrath

Ein Maß an Objektivität

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist meines Erachtens eine Verletzung des Ansehens sowohl des Amtes wie auch der Person eines Bundeskanzlers, daß die Staatsanwaltschaft einer unteren Gerichtsinstanz auf eine Anzeige hin gegen ihn ermitteln kann.

Die Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit der drei Gewalten (der legislativen, exekutiven und richterlichen Gewalt) verlangt, so will mir scheinen, daß die höchsten Vertreter der Legislative und Exekutive nur von den obersten Instanzen der richterlichen Gewalt zur Verantwortung gezogen werden sollten. Von ihnen kann man jenes Maß an Objektivität, Fairneß und Zurückhaltung erwarten, auf das die Inhaber der obersten Staatsämter, die ja nicht nur die Würde, sondern auch die Bürde hoher Verantwortung tragen, berechtigten Anspruch erheben können.

Im Interesse des Ansehens der Republik sollte von den Parteien im Bundestag und in den Länderparlamenten erwogen werden, ob nicht solche gerichtliche Instanzen als selbständige Abteilungen bei den obersten Gerichten des Bundes und der Länder eingerichtet werden können.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Heinz Kuhn,
Bergisch Gladbach-Refrath

Doch gesendet

„Einladung zum Angriff auf dem Tablett"; WELT vom 21. März

Sehr geehrte Herren,

Sie vermelden, daß das DDR-Fernsehen am Donnerstag vormittag „kein Bild, kein Wort" über die 3:7-Niederlage von Dresden gegen Uerdingen gesendet habe.

Tatsache ist, daß das DDR-Fernsehen zwischen 12 und 13 Uhr eine rund halbstündige Zusammenfassung des Spiels gesendet hat – mit allen zehn Toren! Und dafür sogar einen anderen Programmbeitrag ins 2. Programm abgeschoben hat.

Horst C. Scherrenbacher,
Hamburg 76

Um den § 116

Ich weiß nicht, was Herr Bading an den Ausführungen von Anke Fuchs (SPD) zu kritisieren hat. Sie brauchte keine sachgebundenen Verbesserungsvorschläge zu machen, denn der alte Paragraph 116 war und ist in Ordnung. Die Quittung für die CDU kommt bestimmt, spätestens bei der Landtagswahl in Niedersachsen.

Manfred Schmidt,
Ratingen

Nicht so klein

„Eberhard von Kuenheim"; WELT vom 20. März

An der großen Leistung v. Kuenheims besteht kein Zweifel, aber es ist nicht richtig, daß er BMW aus „kleinsten Verhältnissen" heraus geführt hat. Eine Produktion von 144 700 Autos im Jahre 1970 war nicht so ganz klein.

Und der damalige Jahresumsatz von 1,69 Milliarden ist ja auch nicht gerade winzig. Bei ihm muß dazu berücksichtigt werden, daß der kleinste BMW, der 1600, ganze 9279,60 DM, der Mittelklasse-Wagen 2000 12 676,20 DM und selbst das teuerste Fahrzeug, der 2800 CS Automatic nur 25 851,90 DM kostete. Die Preise für die entsprechenden Modelle des Jahres 1985 18 650, 23 450 und 53 800 DM!

Für einen Umsatzvergleich müßte man den Umsatz 1970 von 1,69 auf 3,38 Milliarden verdoppeln.

Und BMW-Motorräder wurden auch damals schon weltweit von vielen Polizisten gefahren!

Diese Anmerkung von einem, der schon vor 1970 BMW fuhr.

Hans-Dietrich Müller-Grote,
Königswinter 41

Wort des Tages

„Zuviel Erfahrung ist durchaus geeignet, die Freude am Leben zu trüben."

André Maurois, französischer Autor (1885–1967)

Kehrtwendung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Forderung Lafontaines nach Abzug der NATO-Mittelstreckenwaffen ohne sowjetische Gegenleistung, die Bereitschaft des NATO-Austritts (zumindestens aus den militärischen Bereichen), die Nebenaußenpolitik der SPD, die Forderung nach Abbau und Umwandlung der Bundeswehr in eine Milizarmee, die Streichung des Wiedervereinigungsgebotes (sogar durch einen stellvertretenden Berliner SPD-Landesvorsitzenden) und dazu das Schweigen des Herrn Kanzlerkandidaten lassen erkennen, daß die SPD nicht mehr zum westlichen Bündnis der Freiheit und Demokratie steht.

Vielmehr zeigt sich, daß die führenden Kräfte darauf hinarbeiten, nach einer Regierungsübernahme einen moskauabhängigen deutschen Kleinstaat und eine selbständige politische Einheit West-Berlin zu installieren.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Dombrowski,
Landesvorsitzender Junge Union,
Berlin

Noch zu früh

„Die Krankheit Anomie"; WELT vom 27. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf eine – in diesem Zusammenhang freilich eher nebensächliche – mißverständliche Formulierung muß allerdings hingewiesen werden. T. G. Masaryk (geb. 1850 in Göding, Südostmähren, als Sohn eines Slowaken und einer Deutschösterreicherin) kann im Jahre 1881, als er über den Zusammenhang zwischen Selbstmordhäufigkeit und religiösem Glaubensverlust schrieb, gar kein „tschechoslowakischer" Soziologe gewesen sein. Eine Tschechoslowakei gibt es erst seit dem 28. 10. 1918, und ein tschechoslowakisches Volk, dem er sich hätte zurechnen können, gab es damals (1881) erst recht nicht und gibt es seit Gründung dieses Staates allenfalls im Bewußtsein einer kleinen Minderheit seiner Bevölkerung, die eben mehrheitlich aus Tschechen und Slowaken, tschechoslowakischen Staatsbürgern, nicht aber aus einem tschechoslowakischen Volk besteht.

Mit freundlichen Grüßen
Adolf Beil, Hamm

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Telefonische Anzeigenannahme
Essen-Kettwig (0 20 54) 1 01-5 24

STELLENGESUCHE



EDV-orientiertes Fach- und Führungswissen für Bauingenieure

Die Technische Akademie Wuppertal hat einen mit dem Fachvermittlungsdienst Düsseldorf konzipierten 8-monatigen Vollzeitlehrgang für Bauingenieure durchgeführt. Die Teilnehmer sind intensiv in den Bereichen Kostenrechnung, Arbeitsvorbereitung, Bauphysik, Baurecht, BWL, CAD, Sicherheitstechnik und Statik geschult worden. Ein besonderer Schwerpunkt des Lehrgangs lag auf dem Einsatz der EDV in den o.g. Bereichen.

Nachstehend finden Sie detaillierte Informationen über die Qualifikation der einzelnen Teilnehmer:

Diplom-Bauingenieur (FH)
48, Betonbauerausbildung; Ing.-Schule Wuppertal 7/60, 24 J. als Statiker in Ingenieurbüros im Bereich Aufstellen von statischen Berechnungen/EDV-unterstützt, einschließlich Wärme-, Schall- und Feuerschutz, Erstellen von Schal-, Positions-, Bewehrungs- und Konstruktionszeichnungen; Koordinieren und Überwachen der Arbeiten der Bauzeichner, Ausschreibung, Bewehrungsabnahmen auf Baustellen. Wunsch: Statiker im Ingenieurbüro, Bauunternehmung o. ä. **TAW 101**

Diplom-Bauingenieur (TH)
39, Niederländer; RWTH Aachen 5/77, Erfahrung in Bauleitung, Aufmaß, Abrechnung, Kalkulation im Straßen-, Tief- und Hochbau; CAD-Kenntnisse, EDV und Marketing, Englisch, Französisch, Niederländisch. Wunsch: Kalkulation und Bauleitung im Straßen-Tief- oder Hochbau, Planung und Entwurf in der Siedlungswasserwirtschaft und städt. Verkehrswesen; Planung, Beratung, Ausschreibung, Kostenermittlung, Bauleitung und Abrechnung in der Altbausanierung. **TAW 102**

Diplom-Bauingenieur (FH)
46, 20 J. als Bauleiter, Ausschreibung, Abrechnung, Instandhaltung und Modernisierung von Altbausubstanz. Wunsch: Bauleiter für Neubau und/oder Modernisierung. **TAW 103**

Diplom-Bauingenieur (TH)
32, RWTH Aachen 1980, Erfahrung in Planung, Ausschreibung, Massen- und Kostenermittlung, Tunnelstatik/allgemeine Tiefbaustatik (Gründungen, Verbau, Stützwände, Fußgängerbrücke); EDV-Anwendung auf IBM-PC, Basic-CAD-Anwendung; Kenntnisse in Bauphysik, Baurecht, BWL, Arbeitsvorbereitung und Kostenrechnung. Wunsch: Bauleitung, Statik und/oder Arbeitsvorbereitung. **TAW 104**

Diplom-Bauingenieur
42, 15 J. Erfahrung in Projektierung und Bauüberwachung im Wohnungs- und Industriebau, 3 J. Auslandserfahrung; Englisch, Bulgarisch, Russisch. Wunsch: Projektleitung im Hochbau, auch mit Auslandseinsatz. **TAW 105**

Diplom-Bauingenieur (FH)
28, Bauzeichnerausbildung; FH Mainz 7/81, Schwerpunkt: Tragwerksbau; 3 J. im Prüfbüro für Baustatik, Aufstellen und Prüfen statischer Berechnungen. Wunsch: Aufstellung statischer Berechnungen im Stahlbeton-, Stahl- und Holzbau. **TAW 106**

Diplom-Bauingenieur
49, Univ. Brüssel 7/64, 25 J. als Statiker im Ingenieurbüro im Bereich Hoch- und Brückenbau; Englisch, Französisch, Ungarisch. Wunsch: Statiker im Hoch- und Brückenbau. **TAW 107**

Diplom-Bauingenieur
44, Maurerausbildung; Ing.-Schule Hagen 7/63, Erfahrung in der Planung von Wohn-, Geschäfts- und Industriebauten, Kalkulation, Ausschreibung, Bauleitung und Abrechnung. Wunsch: Planung, Konstruktion, Bauleitung, Beratung im Wohn-, Geschäfts- und Industriebau/Altbausanierung. **TAW 108**

Diplom-Bauingenieur
46, Erfahrung in der Planung und Bauleitung von Hochbauprojekten, Betreuung des Wohnbestandes, Schätzungen und Wertermittlungen, bautechnische Betreuung. Wunsch: Betreuung des Wohnbestandes, Technische Beratung. **TAW 109**

Diplom-Bauingenieur (TH)
39, RWTH Aachen 11/75, Vertiefung: konstruktiver Ingenieurbau, Statik, Massivbau, Stahlbau, Holzbau; Erfahrung im Aufstellen statischer Berechnungen für Wohnungs- und Industriebau für In- und Ausland, DV-Anwendung, Bauleitung im Hochbau; Englisch. Wunsch: Konstruktive Tätigkeit in Bauunternehmung oder Ingenieurbüro. **TAW 110**

Diplom-Bauingenieur
50, Technische Universität Istanbul 3/72; 20 J. Erfahrung im Bundesgebiet in konstruktivem Ingenieurbau, Statik; Englisch, Französisch. Wunsch: Statiker im Ingenieurbüro oder Bauunternehmung. **TAW 111**

Diplom-Bauingenieur (FH)
45, WKS Krefeld/FH Düsseldorf 2/74, Schwerpunkte: Architektur und Bauingenieurwesen; Erfahrung in Entwurf, Planung, Bauaufsicht, Massenermittlung, LV-Aufstellung, Angebotskalkulation und -ausarbeitung (Roh- und Ausbau) im In- und Ausland; Verhandlungen mit ausländischen Subunternehmern, Technische- und Vertrags-Übersetzungen in Französisch und Englisch, Auslandserfahrung. Wunsch: Auslandskalkulator, Beratender Ingenieur für Bauprodukte in EG-Ländern, Bauleiter für Ausbau in französisch sprechenden Ländern. **TAW 112**

Diplom-Bauingenieur
45, 20 J. Erfahrung im Bundesgebiet im Bereich Industrie-, Büro-, Brückenbau und Geschäftshausbau, Schwerpunkt: Fertigteilbau; Englisch, Jugoslawisch. Wunsch: Statiker im Konstruktionsbüro, Bauunternehmung. **TAW 113**

Diplom-Bauingenieur
42, 16 J. als Arbeitsvorbereiter, Bauleiter, Management im Wohnungs-, Industrie-, Warenhausbau. Wunsch: Bauleiter, Arbeitsvorbereiter. **TAW 114**

Diplom-Bauingenieur
36, Erfahrung in Bauleitung, Abrechnung und Aufmaß. Kosten- und Leistungsrechnung, EDV- und CAD-Grundkenntnisse. Wunsch: Bauleiter, Anwendung der EDV- und CAD-Kenntnisse. **TAW 115**

Diplom-Bauingenieur
42, Erfahrung in Prüfung von statischen Berechnungen im Hochbau. Wunsch: Statiker. **TAW 116**

Gerne senden wir Ihnen die entsprechenden Bewerbungsunterlagen zu, die Sie unter Angabe der Kennziffer anfordern können.

Ihre Gesprächspartnerin: Eva-Maria Hüsson
Ihre Gesprächspartnerin für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte beim Arbeitsamt Düsseldorf, Fachvermittlungsdienst für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte beim Arbeitsamt Düsseldorf,
Fachvermittlungsdienst für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1, Telefon: 0211/8226-458, -343, Immermannstraße 65d, Postanschrift: Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,
FS: 8588292 aaddd, Telefax: 0211/8226-295





Ärztinnen und Ärzte in der pharmazeutischen Industrie

Der **Fachvermittlungdienst Berlin** hat in Zusammenarbeit mit der **Schering AG** Human- und Veterinärmediziner im Rahmen eines neunmonatigen praxisorientierten Lehrgangs in Arbeitsgebieten der Industrie fortgebildet.

Vielfältige theoretische Kenntnisse wurden den Teilnehmern u. a. durch folgende Seminare vermittelt:

- Forschung und Entwicklung der pharmazeutischen Industrie
- Einführung in die Betriebswirtschaftslehre
- Einführung in die Datenverarbeitung
- Statistische Methoden der Biometrie
- Marketing
- Rationelle Arbeitstechniken
- Präsentation der verschiedenen Arbeitsgebiete in der pharmazeutischen Industrie
- Gesprächsführung, Kommunikation, Rolle und Führung
- Präsentation/Moderation/Entscheidung.

Die praktische Fortbildung erfolgte in verschiedenen Abteilungen der Schering AG, z. B. in der klinischen Forschung und der Pharmakokinetik.

Während der **halbjährigen Tätigkeit** in einem dieser Gebiete betreuen die Teilnehmer eigenverantwortlich ein Projekt.

Sollte Ihr Unternehmen Interesse an Kontakten zu einzelnen Lehrgangsteilnehmern haben, fordern Sie bitte die Bewerbungsunterlagen an.

Auskünfte gibt: Herr Dr. Jahny
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94, 1000 Berlin 61,
☎ 030/2584-478, -244, FS 183529

Volljurist

37, 2. jur. Ex. 6/80, seither ununterbrochen als RA tätig, Erfahrungen insbes. im Zivil-, Arbeits-, Handels-, Verwaltungs- und Strafrecht, Spezialisierung im Mietrecht; gute engl. Sprachkenntnisse;

sucht entsprechende Tätigkeit.

Auskünfte gibt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1,
☎ 0421/3077-593, -595

Schiffbau-Ingenieur

42, Singapureaner, Außenhandelserfahrung, 20 J. in der Bundesrepublik, praxisnahe Außenhandels- und Speditionsfortbildung und entsprechende Berufserfahrung, Englisch perfekt, Chinesisch fließend (Mandarin, Kantonesisch, Fukien), kontaktfreudig, verhandlungsgeschickt, tropentauglich;

sucht Tätigkeit in Wirtschaft, Hafen, Verkehr, Verband; Reisebereitschaft im In- und Ausland.

Auskünfte gibt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1,
☎ 0421/3077-593, -595

Revisionsassistent, Diplom-Betriebswirt (FH)

27, Groß- und Außenhandelskaufmann; Fremdsprachenkaufmann (Englisch); 2½-jährige Berufserfahrung durch eigenverantwortliche Tätigkeit in Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung;

sucht adäquate verantwortungsvolle Tätigkeit.

Auskünfte gibt: Herr Heinzig
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,
☎ 0211/8226-228, FS 8588292

Volljurist

32, Res. Offizier, beide jur. Examen befriedigend, bes. Kenntnisse im Arbeits- und Verwaltungsrecht (8 Monate Landesarbeitsgericht, jeweils 4 Monate Verwaltungsgericht u. Personalabteilung einer Behörde u. eines Versicherungsunternehmens);

sucht Festanstellung in Unternehmen, Verband od. öffentl. Dienst im norddeutschen Raum.

Auskünfte gibt: Frau Krauel
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16, 2000 Hamburg 1,
☎ 040/2485-2331, FS 2163213

Führungskraft Vertrieb - Versicherung

40, Organisationsbereichsleiter für größeres regionales Gebiet, fundiertes Wissen in Lebens-, Sachversicherung, HUK und Rechtsschutzversicherungen;

sucht verantwortungsvolle Aufgabe (z. B. Übernahme einer Geschäftsstelle) mit Personal- und Orga-Verantwortung; Raum mittleres Niedersachsen.

Auskünfte gibt: Herr Helmsen
Fachvermittlungsdienst Hannover, Brühlstraße 4, 3000 Hannover 1,
☎ 0511/107-1932, FS 921428

Fachvermittlungsdienste gibt es bei den Arbeitsämtern in Augsburg, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt, Gießen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Köln, Mainz, München, Münster, Nürnberg, Oldenburg, Saarbrücken, Stuttgart, Würzburg.
Wenn Sie an einem der heutigen Angebote interessiert sind, wenden Sie sich bitte an die angegebene Adresse. Suchen Sie andere qualifizierte Fach- und Führungskräfte, holen Sie bitte weitere aktuelle Angebote bei Ihrem Fachvermittlungsdienst ein.


Bundesanstalt für Arbeit

Exportkaufmann und Praktiker
seit mehr als 10 Jahren als Niederlassungsleiter in Handel und Großindustrie tätig, sucht längerfristig
- neuen Aufgabenbereich in Süd-Ost-Asien,
- gewohnt aufzubauen,
- spezialisiert in techn. Geschäften für Maschinen und Anlagen des verarbeitenden Gewerbes und Produkten des Maschinenbaus,
- Termin ca. 2. 1. 87, eventuell auch nach Vereinbarung.
- Alter Anfang 40, verh., ungekündigt.

Zuschriften unter F 9917 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SÜDOSTASIEN
Ein Exportkaufmann, Anf. 40, seit über 10 Jahren als Niederlassungsleiter für Handel und Großindustrie in verschiedenen Ländern tätig. Spezialisiert auf techn. Geschäfte für Maschinen und Anlagen des verarb. Gewerbes und Produkte des Maschinenbaues. Suche noch einmal echte Aufbauaufgabe und Herausforderung für den Praktiker. Wohnsitz in Indonesien. Bin ab Anf. '87 verfügbar.
Zuschr. bitte unter G 9918 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertrieb Medizintechnik
Handelsvertreter, Mitte 40, kfm. und techn. orientiert, langjährige Verkaufserfahrung, verhandlungs- und abschlußsicher. Suche Tätigkeit im Vertrieb medizinischer Geräte oder Einwegartikel, ggf. auch mit Service und Auslieferung. In den PL-Gebieten 3 und 1 bestehen Verbindungen zu Arztpraxen (Allg. und Psych.). Wohnsitz Hannover.
Kontaktaufnahme erb. unt. E 1027 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportmanager
46 J., seit 5 Jahren im Ausland, sucht neue Aufgabe in Hamburg.
Angeb. erb. an PS 48 932, an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Hauswirtschafterin
m. Erfahrg. im Gutsbetrieb su. Stellg. i. ländl. Haushalt, gerne Raum Schl.-Holst. od. Han., 33 J. alt, unabhäng., a. gutem Hause, abgeschl. Studium.
Tel. 0 40 / 7 20 27 61

Cargo Surveyor
30 J., flexibel, führungserprobt, Auslandserf., fund. Kenntn. in allen Ladungsarten, sucht Veränd., evtl. freiberufl.
Zuschriften erb. unter W 9620 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Friseurmeister
50 Jahre, verheiratet, vielseitig interessiert, möchte sich verändern, z. B. Hausmann u. Gartenpflege, Pförtner oder Nachtwächter.
Zuschrift. erb. u. B 9715 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gierke, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Gunther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

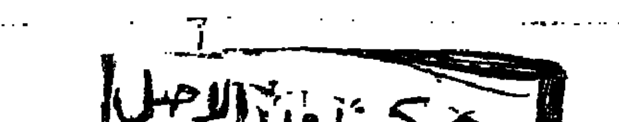
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

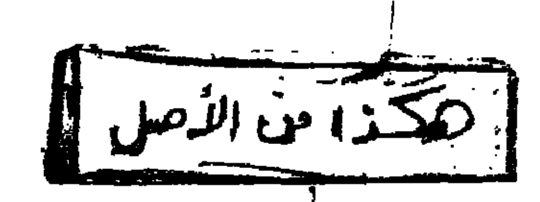
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

STELLENGESUCHE

STELLENANGEBOTE

IMMOBILIEN/KAPITALIEN





Wir haben die traurige Pflicht, davon Kenntnis zu geben, daß der frühere stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes unserer Gesellschaft

Willy Körfgen

am 26. März 1986 im 77. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Körfgen gehörte von 1961 bis 1974 dem Vorstand unserer Gesellschaft an. *Er hat in dieser Zeit die Geschicke unserer Gesellschaft* maßgeblich mitbestimmt.

Seiner Energie und seiner kaufmännischen Tatkraft haben wir viel zu verdanken. Dem Ausbau unserer Verkehrs- und Handelsbereiche galt sein besonderes Engagement. Er hat zur jetzigen Struktur unseres Unternehmens entscheidende Grundlagen gelegt. Der Verstorbene hat sich um die Preussag verdient gemacht.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

PREUSSAG AG

Aufsichtsrat Vorstand Belegschaft

Hannover

Wir trauern um den langjährigen Vorsitzenden der Geschäftsführung und späteren Aufsichtsratsvorsitzenden unserer Gesellschaft

Willy Körfgen

der am 26. März 1986 im 77. Lebensjahr verstorben ist.

Der Verstorbene war für die VTG und deren Vorgängergesellschaft mehr als 30 Jahre tätig. Sein Lebenswerk galt der VTG, deren Geschäftsführung er seit der Gründung im Jahre 1951 angehörte. In der Zeit von 1957 bis 1973 war er ihr Vorsitzender. Von 1973 bis 1978 übernahm er den Vorsitz des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft.

Mit Initiative und Dynamik hat Willy Körfgen unser Unternehmen in den schweren Nachkriegsjahren gegründet und entscheidend geprägt. Er hat die durch den Krieg verstreuten Aktivitäten wieder zusammengeführt. *Damit hat er die Weichen für die* künftige Entwicklung gestellt. Die VTG baute er zu dem führenden europäischen Dienstleistungsunternehmen des Schienentransportes und des Umschlages von Mineralöl- und chemischen Produkten aus. Mit Ideenreichtum und Weitblick hat er auf die Anforderungen des Marktes reagiert.

Der Verstorbene hat sich um die VTG verdient gemacht. Sein Name bleibt mit der Entwicklung der VTG, die er in ihren entscheidenden Jahren gestaltet hat, eng verbunden.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

VTG Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH

Aufsichtsrat Geschäftsführung Belegschaft

Hamburg

Unser lieber, guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Willy Körfgen

*30. 5. 1909 †26. 3. 1986

hat uns unerwartet für immer verlassen.

Sein Leben war Güte und liebevolle Sorge für seine Familie. Er wird uns allen sehr fehlen.

In Liebe und Dankbarkeit

Uschi Beckmann geb. Körfgen
Jürgen-Hinrich Beckmann
Hannelore Lacampagne geb. Körfgen
Etienne Lacampagne
Gaby, Claudia, Carina
Fiona und Maxime
und alle Angehörigen

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, Kaiser-Friedrich-Promenade 57 A
Kurstift, und in den Brühlwiesen 13

Fr. 92410 – Ville D'Avray, 48, Rue de Sèvres

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 4. April 1986, um 11.00 Uhr auf dem *Waldfriedhof in Bad Homburg statt.*

Im Alter von 76 Jahren verstarb am 26. März 1986

Willy Körfgen

Ehrenvorsitzender der
Vereinigung der Privatgüterwagen-Interessenten – VPI –

Wir trauern um den Mann, der sich um den Wiederaufbau unserer Vereinigung außerordentlich verdient gemacht hat. Seit 1952 hat sich Willy Körfgen mit großem Sachverstand den Zielen der VPI gewidmet. Er leitete die VPI als Vorsitzender von 1954 bis 1979 mit engagierter Arbeit, reichem Fachwissen und nie ermüdender Tatkraft zum Wohle der Mitglieder. Der *europäischen Arbeit galt* sein besonderes Interesse. Seiner Mitarbeit in unserer internationalen Vereinigung – VPI – verdanken wir entscheidende Entwicklungen. Insbesondere in den Zeiten seiner Präsidentschaften von 1959 bis 1961 und 1971 bis 1973 gab er wichtige Impulse für die Fortentwicklung des Schienenverkehrs mit Privatgüterwagen.

Seit 1979 war Willy Körfgen Ehrenvorsitzender der VPI. Auch in dieser Zeit stand er uns mit kenntnisreichem Rat zur Verfügung. Sein Name wird mit der Entwicklung der VPI stets verbunden bleiben. Wir werden uns an seine Leistungen mit Achtung und Dankbarkeit erinnern.

VEREINIGUNG DER
PRIVATGÜTERWAGEN-INTERESSENTEN – VPI –
Dr. Horst Matthies
(Vorsitzender)

Mein tapferer Weggefährte und geliebter Freund, unser Bruder und Schwager

Theodor Joachim Fontane

* 17. 2. 1923 † 26. 3. 1986

ist von uns gegangen.

Wir sind sehr traurig
Ellen van der Bosch
Ingeborg Fontane
Torsten Jacobsen

Hölderlinstraße 13
2000 Hamburg 52

Trauerfeier am Dienstag, dem 8. April 1986, um 12.45 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle C.

---

1. Korinther 15
Der Tod ist verschlungen in den Sieg.
Tod, wo ist dein Stachel?
Hölle, wo ist dein Sieg?
Gott aber sei Dank, der uns den
Sieg gegeben hat durch unseren
Herrn Jesus Christus!

Aus einem arbeitsreichen Leben gerissen wurde

Professor Dr. theol. Adalbert Hudak

Als Mitglied des Vorstandes der Evangelischen *Notgemeinschaft in Deutschland hat er unseren* Weg maßgebend mitbestimmt. Unsere Zeitschrift „Erneuerung und Abwehr" hat er als Schriftleiter mit unverwechselbarer Handschrift geprägt. Seine Vorträge in unseren Gruppen waren Wegweisung und Hilfe. Er fehlt uns sehr. Wir danken Gott, daß wir ihn haben durften.

Die Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.

Pfarrer Hanns Schrödl
Vorsitzender

Am 26. März 1986 verstarb nach kurzer Krankheit

Verbandsdirektor i. R.

Dr. Herbert Buchner

Herr Dr. Buchner gehörte 1946 zu den Mitbegründern des Verbandes der privaten Krankenversicherung. In den 25 Jahren, in denen er als Verbandsdirektor für die Geschäftsführung die Verantwortung trug, prägte er durch seine hohe Sachkenntnis und seine preußisch-zuverlässige Amtsführung den Verband.

Wir nehmen in Trauer und Dankbarkeit Abschied.

Vorstand, Mitglieder und Geschäftsführung
des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V.
Köln

Die Beisetzung findet auf Wunsch der Hinterbliebenen im engsten Familienkreis statt.

Wir trauern um unseren Ehrenpräsident

Dr. Leopold Graf von der Schulenburg

* 20. 11. 1900 † 24. 3. 1986

Seit Gründung des Verbandes im Jahre 1948 und während seiner Präsidentschaft von 1952 – 1964 hat der Verstorbene den Gesamtverband durch seine Persönlichkeit in einer Weise geprägt, wie es nur wenigen Organisationen zuteil wird.

Seine große Ausstrahlung, seine von beispielhafter Pflichtauffassung geprägte, hohe soziale Haltung zu den Tarifpartnern und Mitarbeitern waren verankert in überzeugendem täglichen Christentum und machten ihn damit zu einem vorbildlichen Arbeitgeber-Präsident der Deutschen Land- und Forstwirtschaft und Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Seinem Namen werden wir in Dankbarkeit verpflichtet bleiben.

Gesamtverband der Deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände e. V.
Odal von Alten-Nordheim
– Präsident –

KSZE-Konferenz über menschliche Kontakte

Deutsch-deutsche Problematik steht im Mittelpunkt

dpa, Bern

In Bern beginnt heute die Ost-West-Sonderkonferenz über menschliche Kontakte, der vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Problematik das besondere Interesse der Bundesrepublik Deutschland gilt. Unter den 35 Teilnehmerländer sind alle europäischen Staaten außer Albanien vertreten sowie die USA und Kanada.

In Bonn wurde betont, daß die Bundesregierung in Bern eine Schlußerklärung mit greifbaren Ergebnissen anstrebt, die in das nächste KSZE-Folgetreffen in Wien eingebracht werden sollen. Es gehe auf der Grundlage der Festlegungen in der KSZE-Schlußakte von Helsinki um Probleme, von denen vor allem die Deutschen betroffen sind: Familienzusammenführungen zwischen Ost und West, Eheschließungen über die Grenzen hinweg oder Kontakte und regelmäßige Begegnungen auf der Basis familiärer Bindungen. Chef der Delegation der Bundesrepublik ist Botschafter Ekkehard Eickhoff.

Es ist das letzte Expertentreffen im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), bevor im Herbst in Wien die nächste große KSZE-Folgekonferenz (nach Madrid 1980 und 1983) eingeleitet wird. Die Schweiz hatte in Madrid den Vorschlag für das Treffen über menschliche Kontakte und Familienzusammenführung gemacht und wurde deshalb auch Gastgeber der Beratungen, die in zwei Phasen ablaufen: eine einleitende Phase vom 2. bis 14. April zur Festlegung der Tagesordnung und der Arbeitsstruktur; am 15. April wird dann der Schweizer Außenminister Pierre Aubert die eigentliche Konferenz eröffnen, die bis zum 26. Mai dauern soll.

Der Chef der US-Delegation für Bern, Michael Novak, ein Schriftsteller und Leitartikler, der im Auftrag Präsident Ronald Reagans sein Land schon früher auf Menschenrechtskonferenzen vertrat, will ebenfalls bei dem Expertentreffen „praktische Ergebnisse" durchsetzen. Novak hatte sich zu Vorauskonsultationen mit zuständigen sowjetischen Stellen in Moskau getroffen.

Der Sonderkonferenz von Bern sind in der Serie von KSZE-Expertentreffen vorausgegangen: die Treffen über friedliche Streitbeilegung 1984 in Athen, über kulturelle Probleme in Budapest 1985 und über die Einhaltung der Menschenrechte in Ottawa 1985.

Brennende Häuser in Nordirland. Gewalt gegen Katholiken nimmt zu

Demonstration von Protestanten gegen Abkommen mit Dublin führt zu Ausschreitungen

DW. Belfast

In mehreren nordirischen Städten haben radikale Protestanten am Montag abend und in der Nacht zum Dienstag zahlreiche Häuser und Geschäfte von Katholiken angegriffen und einige davon in Brand gesetzt. Bei den sich anschließenden Straßenschlachten mit der Polizei wurden mehr als 50 Personen verletzt. Nach Angaben der Sicherheitsbehörden waren darunter mindestens 13 Polizisten. Die Ausschreitungen nahmen ihren Ausgang in Portadown, wo sich die Veranstalter trotz eines Verbots nicht von ihrem traditionellen „Lehrlingsmarsch" hatten abbringen lassen.

Gegen Mitspracherecht

Sie wollten mit dieser Demonstration gegen das Nordirland-Abkommen zwischen den Regierungen in London und Dublin protestieren, in dem der Republik ein begrenztes Mitspracherecht in Angelegenheiten der britischen Provinz Nordirland eingeräumt wird.

Die Demonstration war am Sonntag vom britischen Nordirlandminister Tom King verboten worden. Als Grund wurden Geheimdienstberichte angeführt, wonach paramilitärische Gruppen geplant hätten, den Umzug zu unterwandern, um Bombenanschläge zu verüben. Trotz dieser Anordnung hatten sich bereits in der Nacht zum Montag rund 3000 Menschen zu einem Demonstrationszug formiert. Der Marsch wurde von dem radikalen Protestantenführer und Prediger Ian Paisley und führenden Vertretern des protestantischen Lehrlingsverbandes angeführt, der die Veranstaltung als Auftakt zu einer Reihe protestantischer Sommerumzüge organisiert hatte.

Die Polizei ging nach eigenen Angaben mit Gummigeschossen gegen die Demonstranten vor, die in den Straßen Barrikaden errichteten, Fensterscheiben zerstörten und Geschäfte plünderten. Die Kundgebungsteilnehmer hätte Polizisten mit Flaschen und Steinen beworfen, erklärte die Polizei. Sie konnte allerdings nicht verhindern, daß die Demonstranten auf ihrer Route an einer von Katholiken bewohnten Siedlung vorbei kamen, wo es dann zu Übergriffen kam.

Zentrum der Gewalttätigkeiten waren am Montag abend Lisburn und Craigavon in der Nähe von Belfast. Dort wurden Häuser und Geschäfte von Katholiken angezündet und auch Wohnhäuser von Polizisten mit Brandbomben und Steinen beworfen. An vier Häusern und einer katholischen Schule in Lisburn entstand Sachschaden, vier Autos und ein Geschäft brannten aus. Die Auseinandersetzungen zwischen randalierenden Jugendlichen und Polizeibeamten dauerten bis Dienstag morgen.

Viele Festnahmen

In Belfast wurden Autobusse und Personenwagen in Brand gesetzt. Wie die Sicherheitsbehörden weiter mitteilten, sei auch auf das Haus eines Reservepolizisten und auf eine Polizeistation geschossen worden, doch habe es in beiden Fällen keine Opfer gegeben. Die Polizei nahm mehr als zwei Dutzend Mitglieder der protestantischen Extremistenorganisation UDA vorübergehend fest.

Erst am Sonntag war in der nordirischen Stadt Londonderry bei einem Protestmarsch von Katholiken ein britischer Soldat durch einen Schuß lebensgefährlich verletzt worden.

SPD will öffentliche Debatte über C-Waffen

Bahr weist Bundesregierung „Schlüsselverantwortung" zu

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Sozialdemokraten möchten vor einer Entscheidung der NATO über die künftige Rolle von chemischen Waffen in der westlichen Verteidigungsstrategie eine öffentliche Debatte in der Bundesrepublik Deutschland anstoßen. Anlaß dazu ist die nächste Sitzung der Verteidigungsminister des Nordatlantischen Bündnisses im kommenden Mai, bei der im Brüsseler Verteidigungsplanungsausschuß über die künftigen Streitkräfteziele beraten und entschieden werden soll und in diesem Zusammenhang auch die Frage der chemischen Waffen zur Debatte steht.

Das Präsidiumsmitglied der SPD, Egon Bahr, erklärte dazu vor Journalisten, die Bundesregierung habe dabei eine „Schlüsselverantwortung".

Wenn sie die Stationierung neuer chemischer Waffen ablehne, werde kein anderer europäischer Verbündeter diese befürworten. Bahr kündigte für seine Fraktion eine Initiative im Bundestag an. Dessen Entscheidung würde die Bundesregierung binden und als „entsprechendes Signal für den amerikanischen Kongreß" gelten.

Bahr ließ keinen Zweifel daran, daß er und seine Partei zwar nichts gegen die Wiederaufnahme der Produktion von chemischen Waffen durch die Vereinigten Staaten einwenden könnten, weil dieser Vorgang der amerikanischen Souveränität unterliege, die Sozialdemokraten aber gegen die Stationierung der neuen Waffen auf deutschem Boden seien.

Schlußphase der Beratung

Ein im US-Kongreß am 19. Dezember 1985 gebilligtes Gesetz würde es unter bestimmten Bedingungen erlauben, sogenannte binäre Waffen vom 1. Oktober 1986 an zu produzieren und damit die lange Pause in der Herstellung neuer chemischer Waffen, die 1969 begonnen hatte, zu beenden.

Das im vergangenen Jahr verabschiedete amerikanische Gesetz verlangt, daß vor Produktionsbeginn die NATO definiert, unter welchen militärstrategischen Voraussetzungen und für welche Eventualfallplanungen neue chemische Waffen erforderlich seien.

Dieser Abstimmungsprozeß ist im Rahmen des NATO-Bündnisses gegenwärtig im Gange und soll mit der nächsten Sitzung der Minister im Verteidigungsplanungsausschuß abgeschlossen werden.

Dieses im amerikanischen Gesetz vorgesehene Beteiligungsverfahren der Verbündeten sieht Bahr als „ein Mitentscheidungsrecht über die Aufnahme der amerikanischen C-Waffen-Produktion" an und folgert weiter, die Bundesregierung habe dabei eine „Schlüsselverantwortung". Bahr zufolge hat das Militärkomitee der NATO, dem die Vertreter der Generalstabschefs der verschiedenen Mitgliedsländer – in der Bundesrepublik des Generalinspekteurs – angehören, in der Mitte des vergangenen Februars der Modernisierung der chemischen Waffen als einem Ziel der Streitkräfteplanung zugestimmt.

Fundamentaler Anspruch

Gegen diese Vorgehensweise der Regierungen in den entsprechenden Gremien machte Bahr mit der Bemerkung Front: „Die Tragweite des Themas verlangt eine öffentliche Debatte, damit die Öffentlichkeit nicht nach der abgeschirmten Vorbereitung durch weisungsgebundene Beamte vor vollendete Tatsachen gestellt wird."

Bei dieser Lage habe die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland einen fundamentalen Anspruch darauf zu erfahren, was die Bundesregierung wolle, sagte Bahr weiter. Da es nicht populär sei, neue chemische Waffen in Europa zu stationieren, werde wohl, wie Bahr vermutete, die Absicht verfolgt, „diese Waffen zunächst noch in Amerika zu lassen".

Dies aber setze voraus, daß die Europäer sich schon jetzt bereit erklärten, chemische Waffen unter bestimmten Umständen über den Atlantik zu fliegen und auf europäischem Boden stationieren zu lassen. Mit Blick auf die Sowjetunion meinte der SPD-Politiker, er zweifle nicht an der sowjetischen Bereitschaft, keine binären C-Waffen zu produzieren, wenn die USA das auch unterließen. Auf jeden Fall sei es falsch, solche Waffen in der Bundesrepublik zu stationieren, da sie wegen der US-Planungen für ein „integriertes Schlachtfeld" eine „atomwaffenähnliche Rolle" bekämen.

DGB startet Befragung

Union: Das Ergebnis ist bereits „vorherbestimmt"

DW. Düsseldorf

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, hat gestern in Düsseldorf die Beschäftigten zu einem Votum aufgerufen, das in der Bundesrepublik Deutschland bisher ohne Beispiel sei. In rund 15 Millionen Stimmzetteln sollen die Arbeitnehmer ihren Protest gegen die Änderung des Neutralitätsparagraphen 116 AFG ausdrükken. Sie sollen über die Erklärung „Ich will die Streikfähigkeit der Gewerkschaften erhalten, deshalb lehne ich die vom Deutschen Bundestag beschlossene Änderung des Streikparagraphen 116 AFG ab", mit Ja oder Nein abstimmen. Breit kritisierte scharf, daß Arbeitgeber und Bundesregierung im Kampf um die Streikfähigkeit den DGB und die Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen suchten.

Der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfons Müller, bezeichnete die Aktion als Farce. Das Ergebnis sei „vorherbestimmt". Er nannte es bedauerlich, aber bezeichnend für den Zustand des DGB, mit seiner Umfrage die systematische Falschinformation der Arbeitnehmer fortzusetzen.

Der bayerische FDP-Vorsitzende, Manfred Brunner, erklärte, der DGB habe „weder eine Berechtigung noch ein Mandat" für diese Aktion. Der DGB leiste sich mit dem Versuch, nicht nur Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch nicht organisierte Arbeitnehmer für seine Kampagne in Anspruch zu nehmen, eine „ungeheure Anmaßung". Arbeitsminister Norbert Blüm sagte in einem „Bild"-Interview: „Das soll vom Skandal der Neuen Heimat ablenken."

In Chile Unruhen und Stromausfall

rtr/dpa, Santiago

In der chilenischen Hauptstadt Santiago ist es in der Nacht zum Dienstag zu Zusammenstößen zwischen Regimegegnern und der Polizei gekommen. Dabei lieferten sich Demonstranten Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften. Studenten setzten aus Müll errichtete Straßensperren in Brand. Drei städtische Omnibusse wurden durch selbstgefertigte Explosionskörper zerstört. Die Polizei ging mit Tränengas und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor.

In weiten Teilen des Landes sowie in Santiago kam es zu einem 20minütigen Stromausfall, nachdem vermutlich linke Rebellen mehrere Hochspannungsmasten gesprengt hatten. Unmittelbar vor dem Stromausfall waren in der Hauptstadt mehrere Sprengkörper detoniert.

„Khadhafi bereitet einen Kreuzzug vor"

dpa/AP, New York

Geheimdienstkreise in den USA erhalten nach Angaben des Nachrichtenmagazins „Newsweek" zunehmend Informationen, daß der libysche Revolutionsführer Khadhafi wegen des amerikanischen Vorgehens in der Großen Syrte einen „Kreuzzug des Terrors" gegen US-Bürger und Einrichtungen im Ausland vorbereitet. Wie das Blatt berichtet, hat der Geheimdienst CIA darauf aufmerksam gemacht, daß Agenten Khadhafis mindestens 35 mögliche Anschlagziele anvisieren.

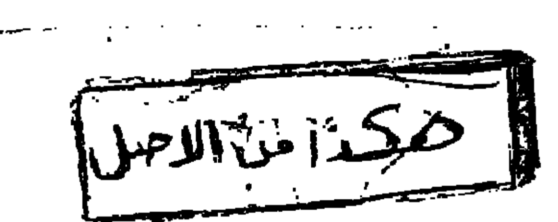
Unterdessen hat die Sowjetunion bei der UNO einen Resolutionsentwurf vorgelegt, in dem die USA wegen ihrer „bewaffneten Aggression" gegen Libyen verurteilt werden sollen. Es gilt jedoch als sicher, daß die Amerikaner mit ihrem Veto eine Annahme zu Fall bringen.

Neue Hinweise im Fall Palme

rtr/AFP, Stockholm

Der Mörder des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme hat sich nach Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden kurzfristig entschlossen, die Tat in der Stockholmer Innenstadt zu begehen. Er habe den Tatort erst kurz vor dem Mord ausgewählt, berichtete Stockholms Polizeichef Hans Holmer. Die Polizei hatte den Tatort bislang immer als „ideal" bezeichnet, weil er gute Fluchtmöglichkeiten bot. Daraus war geschlossen worden, daß der Mord vorher genauestens geplant worden war.

Nach Angaben von Holmer ist die Polizei bisher im Besitz von 11 000 Dokumenten und Angaben zu dem Mordfall. Bei der Untersuchung um das Attentat haben die Behörden inzwischen die Mordwaffe als einen Smith und Wesson-Revolver Kaliber 357 Magnum identifiziert.



Immer die Chemie

Wb. – Eigentlich könnte man sie ja amüsant finden, die Bundestags-Initiative der SPD, eine spezielle Chemiepolitik zu formulieren. Wie wäre es denn – diese Frage drängt sich auf – in der Fortsetzung mit einer Maschinenbau-, Maler- und Tapezierer- oder gar Nachtwächter-Politik, wenn denn schon einzelne Branchen mit einer eigenen politischen Linie bedacht werden sollen?

Für die Betroffenen sind derlei Denkspiele freilich alles andere als zum Lachen. Denn die Chemie kann in den Bemühungen auf Gesetzgeber-Ebene *kaum etwas anderes* sehen als den vorläufigen (und besonders subtil gestalteten) Höhepunkt der nun schon etliche Jahre währenden Kampagne gegen die eigene Branche. Gegen so viel Vorurteil und Vorsatz nützen die besten Argumente wenig. Dabei hat die Chemie wirklich einiges an Leistungen und Tatsachen vorzuweisen.

Schon die unglaublich geringe Quote der Arbeitsunfälle deutet nicht eben auf eine unsichere Branche *hin. Und auch die eigenen Leistungen* auf dem Gebiet des Umweltschutzes können sich sehen lassen. So hat die Chemie in den letzten zwanzig Jahren ihre Produktion verzweieinhalbfacht, den Schadstoffausstoß – absolut gemessen, wohlgemerkt, nicht in Relation zur Produktion – aber auf eins reduziert.

All das aber wird die SPD (wenigstens bis zur nächsten Bundestagswahl) auch wider besseres Wissen ignorieren, weil der Opportunismus der Wahlkämpfer hier eine Möglichkeit wittert, einiges an grünen Stimmen an Land zu ziehen. Was dabei leichtfertig an nachhaltigem Schaden produziert wird – das ist Sache der Betoffenen.

Wandel

adh. – *Der Markt für alkohol*freies Bier ist heftig in Bewegung geraten. Während die Brauereien allgemein über nachlassenden Bierdurst der Deutschen klagen, melden sie für ihre alkoholfreien Sorten Absatzsprünge. Immerhin *400 000 Hektoliter* davon schluckten die Deutschen im vergangenen Jahr. Nach Ansicht von Fachleuten ist der Millionen-Hektoliter-Absatz in greifbare Nähe gerückt. Woher die Vorliebe? Zunächst hatte es so ausgesehen, als könnte alkoholfreies Bier keinen Durstigen zur Abkehr von seiner Stamm-Marke bewegen. Das lag wohl vor allem am Geschmack. Der aber ist nach langem Bemühen der Brauer eindeutig besser geworden. Der Drang, „gesund" zu leben, ist ebenso gestiegen wie die Einsicht, daß nur der Verzicht auf Alkohol manchmal den Führerschein zu retten vermag. Am entscheidendsten dürfte aber der Sinneswandel, den Verbraucherbefragungen *widerspiegeln*, als Verkaufshelfer gewirkt habe: alkoholfrei gilt nicht mehr als unmännlich.

OSTHANDEL / Jahresbericht der ECE sagt eine neue Phase voraus

Die Ölpreise engen wirtschaftlichen Spielraum der Comecon-Länder ein

ALFRED ZÄNKER, **Genf**

„Das Jahr 1986 dürfte eine neue Phase im Ost-West-Handel einleiten. Denn mit dem Zusammenbruch des Ölpreises wird eine wichtige Stütze des Warenaustausches zwischen Ost und West geschwächt." Zu dieser Schlußfolgerung kommt die „Europäische Wirtschaftskommission" (ECE) in Genf in ihrem Jahresbericht.

Seit den frühen siebziger Jahren hatten hohe Energiepreise den Oststaaten, vor allem der Sowjetunion, zu steigenden Deviseneinnahmen verholfen. So konnten wachsende Einfuhren aus dem Westen finanziert *werden. Nicht weniger als 80 Prozent* der Westausfuhr Moskaus und rund ein Viertel Osteuropas entfielen in den letzten Jahren auf Öl, Erdgas, Kohle und andere Energieträger.

Nun hat sich das Bild grundlegend gewandelt. Schon bei Rohölpreisen von 15 bis 20 Dollar verliert die Sowjetunion nach Schätzung der ECE jährlich 5 bis 7 Mrd. Dollar in harter Währung. Außerdem sind Ölproduktion und Ausfuhrmengen rückläufig. Auch bei anderen Industrierohstoffen haben *sinkende Preise* zu Einbußen geführt. Die Absatzaussichten für östliche Lieferungen nach Opec-Ländern verschlechtern sich zusehends. Der Osten ist infolge mangelnder Wettbewerbsfähigkeit zudem außerstande, mehr Industriewaren im Westen abzusetzen.

Schon 1985 stockte daher die Ausfuhr. So fielen sowjetische Lieferungen an westliche Industrieländer mengenmäßig um 14 Prozent. Für Moskau, das noch 1984 Überschüsse von fast 7 Mrd. Dollar in Westwährung erzielt hatte, ergab sich bereits ein Defizit im laufenden Zahlungsverkehr von 1 Mrd. Dollar. 1986 wird diese ungünstige Entwicklung andauern und der Spielraum für Einfuhren aus dem Westen weiter eingeengt werden.

Dabei ist der Osten heute mehr denn je auf Kapitalgüterimporte angewiesen. Produktion und Investitionen sollen im Rahmen der neuen Fünfjahrespläne für die Zeit bis 1990 stark ausgeweitet werden. Osteuropa erstrebt ein jährliches Wachstum von 4.6 Prozent nach nur 2.2 Prozent in der ersten Hälfte des Jahrzehnts. Auch die Planziele der Sowjetunion liegen wesentlich über den Wachstumsraten der letzten Jahre.

Im Vordergrund stehen dabei Kostensenkung und Produktivitätssteigerung in Industrie und Landwirtschaft. Energie, Rohstoffe, Arbeitskräfte und Anlagen sollen rationeller ausgenutzt werden. Dazu bedarf es zum Teil moderner westlicher Ausrüstung. Die Sowjetunion beabsichtigt ihre Investitionen schon 1986 um acht Prozent zu steigern, nach nur drei Prozent im Vorjahr. Die jüngsten Auftragseingänge westlicher Firmen deuten jedoch eher auf eine zurückhaltende Einfuhrpolitik Moskaus hin. „Ein Boom bei Maschinen- und Ausrüstungsimporten ist nicht in Sicht", stellt die ECE fest.

Der Ostblock steht heute vor der Wahl, seine Einfuhren zu drosseln oder sich wieder stärker im Westen zu verschulden. 1985 wurden bereits zusätzliche 8 Mrd. Dollar an Krediten aufgenommen, davon 5 Mrd. durch die Sowjetunion.

Danach besitzt der Sowjetblock heute wieder ansehnliche Liquiditätsreserven, *die im Durchschnitt* sechs Monate Einfuhr decken, weit über den „normalen" drei Monaten. Die Nettoschuld im Westen stieg 1985 von 63 auf 71 Mrd. Dollar. Darin spiegelte sich aber hauptsächlich der Kursrückgang des Dollar wider, denn ein großer Teil der Schulden besteht aus europäischen – aufgewerteten – Währungen. Mit sinkenden Zinsen haben sich inzwischen die Kosten des Schuldendienstes vermindert. Neue Westkredite stehen heute zu *günstigeren Bedingungen zur Verfügung* denn seit Jahren.

Dennoch halten die Machthaber im Osten an einer ausgesprochen „konservativen" Politik fest. Sie sind nicht bereit, Einfuhren wieder in großem Umfang durch Verschuldung zu finanzieren. Die plötzliche Liquiditätsklemme der frühen achtziger Jahre – nach der polnischen Krise – ist noch nicht vergessen, betont die ECE, und der jüngste Ölpreissturz hat Moskau eher noch vorsichtiger gemacht.

SAUDI-ARABIEN

Bonn möchte Kooperation mit Riad voranbringen

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Neben einer Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien möchte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann auch die multilaterale Kooperation vorantreiben. Bei seinem jüngsten Besuch vom 28. bis 30. März in Riad hat Bangemann daher, wie die WELT gestern aus Delegationskreisen erfuhr, auf den Abschluß eines Abkommens zwischen der EG und dem Golf-Kooperations-Rat (GCC) ähnlich dem EG-ASEAN-Abkommen gedrungen.

Auf der anderen Seite hat Bangemann zugesagt zu prüfen, wie der saudische Wunsch nach einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für ein verstärktes Engagement deutschen Kapitals in Joint Ventures verbessert werden könnte. Gegenüber dem saudischen Vorschlag, dem Beispiel einer saudisch-japanischen gemischten Investitionsförderungsgesellschaft zu folgen, zeigte sich Bangemann *unter Hinweis auf bereits be*stehende ähnliche Einrichtungen nur reserviert.

Geeinigt haben sich dem Vernehmen nach beide Seiten auf die baldige Schaffung eines Dialogforums („Businessmen's Dialogue") zwischen deutschen Unternehmen einerseits und saudischen Privat- und Staatsunternehmen andererseits. Vorgesehen sind hierfür die nächsten Monate. Beide Gesprächsseiten waren sich einig, daß die gegenwärtigen Anpassungsschwierigkeiten Saudi-Arabiens (wegen des rückläufigen Ölpreises) einige Geduld erfordere. Die Unsicherheit auf den Ölmärkten habe auch dazu geführt, daß der neue saudische Staatshaushalt nicht schon jetzt, sondern erst in fünf Monaten verabschiedet werden wird.

An der Tendenz des seit *1983* rückläufigen bilateralen Warenverkehrs (1985 exportierten deutsche Firmen Waren im Wert von 5,2 Milliarden Mark, während die deutschen Einfuhren – überwiegend von Rohöl – nur noch 2,2 Milliarden Mark erreichten) *wird sich auch im laufenden Jahr* voraussichtlich nichts ändern. Die Bundesregierung hält es daher für um so wichtiger, daß die deutsche Wirtschaft auch in einem schrumpfenden Markt erworbene Marktantei*le nicht verliert*.

Der saudische Erdölminister Yamani zeigte sich gegenüber Bangemann überzeugt, daß eine dritte Energiekrise drohe, die diesmal nicht künstlich herbeigeführt werde, son*dern aufgrund natürlicher* Gegebenheiten entstehe. Die Europäer sollten daher zu einer Stabilisierung der Ölmärkte beitragen. Bangemann wies darauf hin, daß die Bundesrepublik bisher immer und so auch jetzt nur marktwirtschaftlich reagiere und künstliche Eingriffe ablehne.

Das Thema Waffenlieferungen ist von der saudischen Seite nicht angesprochen worden. Bangemann unterzeichnete das Verlängerungsabkommen über die Berufsschulkooperation und ein Memorandum.

Wolken im Südwesten

Von WERNER NEITZEL

Dies sind nicht Notsignale aus einer anderen Welt: Jedes vierte Unternehmen klagt über eine Beeinträchtigung seiner Geschäftstätigkeit infolge Personalmangels. Das jedenfalls fand unlängst eine IHK-Umfrage in der wirtschaftlichen Kernregion Baden-Württembergs, im Ballungsraum Mittlerer Neckar, heraus. Während also im Zeichen des Süd-Nord-Gefälles am Arbeitsmarkt vielerorts schon lange und ohne Aussicht auf baldige Abhilfe über die hohe Arbeitslosigkeit diskutiert wird, schlägt *man sich in den südlichen* Bundesländern – das Saarland ausgenommen – vielfach mit entgegengesetzten Problemen herum. Vor allem nach qualifizierten Arbeitskräften wird hier meistens vergebens Ausschau gehalten.

Daß die Ebbe beim Fachkräfteangebot gerade im Großraum Stuttgart besonders akut ist und sich als regelrechte Wachstumsbremse auszuwirken droht, ist sicherlich keine Entwicklung, die völlig überraschend kam. Viele Unternehmen, die jetzt in personelle Engpässe geraten, müssen sich fragen lassen, ob sie nicht beizeiten hätten mehr für Ausbildung tun müssen. Die jetzt zu hörenden Klagelieder stehen weitgehend in direktem Zusammenhang mit den bildungs- und ausbildungspolitischen Irrungen, Fehleinschätzungen und Versäumnissen von Staat und Wirtschaft. Da ist es kein Wunder, wenn sich gewisse Gewichtsverlagerungen in der Ansiedlungsintensität vollziehen.

Über den Arbeitskräftemangel und den zweifellos vorhandenen Subventionswettlauf hinaus, der sich vor allem zwischen den um ihre wirtschaftliche Extrastellung wetteifernden Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern trotz gegenteiliger offizieller Beteuerungen entwickelt hat, gibt es zusätzliche infrastrukturelle Handicaps, die sich für die Anziehungskraft des industriellen Ballungsraums am Mittleren Neckar mehr und mehr *nachteilig auszuwirken* beginnen. In erster Linie ist es die im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte und Wirtschaftskraft völlig unzureichende Verkehrsanbindung und -erschließung, die ein Wachstumshemmnis darstellt und immer häufiger Investitionspläne von Unternehmen in solchermaßen besser ausgestattete Gegenden lenkt. In Stuttgart wird immer häufiger beklagt, daß die bayerische Metropole in ihrer Attraktivität auf High-Tech-Unternehmen und der Ansiedlung solcher Firmen überdurchschnittliche Erfolgstreffer landet. Will Baden-Württemberg hier nicht noch weiteren Boden verlieren, so sollte zügiger als bisher an einer Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gearbeitet werden.

Wenig Fortschritte sind bislang auch bei der quälend lange diskutierten Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Bankenstruktur im Südwesten zu erkennen. *Richtig ist*, daß Baden-Württemberg in Relation zu seinem Industrie-Potential und zu seiner hohen Exportintensität auf dem Dienstleistungssektor, dem künftig allgemein größere Bedeutung zugemessen wird, eher „*unterbelichtet*" dasteht.

Der Stuttgarter Regierungszentrale (und nicht nur ihr) ist die Zersplitterung im öffentlichen Bankenbereich, die eine optimale finanztechnische Hilfestellung der Unternehmen bei deren Auslandsengagements kaum zuläßt, nicht zuletzt deshalb ein Dorn im Auge, weil sich das benachbarte Bayern mit seinen großen und schlagkräftigen Regionalbanken auf diesem Felde offenkundig leichter tut.

Sicherlich ist es schwierig, in diesem Bereich im Südwesten gewachsene Strukturen, die zudem von landsmannschaftlichen Eigenheiten von Badenern und Württembergern überlagert werden, auf einen Schlag zu überwinden. Der Stuttgarter Regierungschef, der sich umfassende *wirtschaftliche* Kompetenz zutraut, muß sich freilich sagen lassen, den bankenstrukturpolitischen Kraftakt allzu hemdsärmelig und von den Zeitvorgaben her unrealistisch angegangen zu sein. Ein Großteil des Widerstandes im Sparkassenlager resultiert aus der naßforschen Art, in der man glaubte, vereinnahmt zu werden. Es wird Zeit, daß das Thema „Landesbank" – so oder so – einem Ende *zugeführt wird*. Eine weiter andauernde Hängepartie kann keinem der Beteiligten guttun. Das südwestdeutsche Bundesland hat es nötig, daß im Bereich der öffentlich-rechtlichen Banken jene durch das langwierige Tauziehen entstandene Unruhe sich legt und klare Perspektiven aufgezeigt werden. Zeit ist hier im wahrsten Sinne des Wortes Geld.

AUF EIN WORT



„Das deutsche Management ist gut, oft sogar sehr gut. Neue Herausforderungen in allen Bereichen unternehmerischer Arbeit verlangen aber nach intelligenten Angeboten für die Nachwuchsförderung. Erstaunlich, daß es in der Bundesrepublik nur ein einziges absolut individuell ausgerichtetes Management-Potential-Programm gibt."

Wolfram Hatesaul, Geschäftsführender Gesellschafter der P & M Personal & Management Beratung GmbH, Bonn. FOTO VISUM

„Preiskontrollen abschaffen"

AP, **Bonn**

Nicht durch zentral verordnete Vereinheitlichung, sondern als Ergebnis eines Wettbewerbs der verschiedenen nationalen Vorschriften über Produkte soll nach Meinung des *Wissenschaftlichen Beirates* beim Bundeswirtschaftsministerium der Binnenmarkt in der Europäischen Gemeinschaft verwirklicht werden. In einem gestern in Bonn veröffentlichten Gutachten schlägt der Beirat vor, die bestehenden nationalen Vorschriften gegenseitig anzuerkennen und die Preiskontrollen abzuschaffen.

EG-HANDEL

Die USA drohen drastische Vergeltungsmaßnahmen an

rtr, **Washington**

Zwischen der EG und den USA droht ein offener Handelskrieg. Die Regierung in Washington hat die Gemeinschaft ultimativ aufgefordert, Beschränkungen für US-Exporte einiger landwirtschaftlicher Güter in die neuen EG-Mitgliedsländer Portu*gal und Spanien zurückzunehmen* oder auszugleichen. Andernfalls würden die USA Quotenregelungen und höhere Zölle für einige EG-Produkte einführen. Die EG kritisierte die Ankündigung der US-Regierung als „unnötig aggressiv". Sie befürchtet einen offenen Handelskonflikt.

Die USA verlangten die Aufhebung von Beschränkungen für die portugiesischen Importe von Ölsamen und pflanzlichen Ölen. Auch müsse die EG-Richtlinie entfallen, wonach 15.5 Prozent der Getreideimporte Portugals aus der EG stammen müssen. Zudem müsse den USA bis zum 1. Juli ein Ausgleich für *höhere Zölle auf spanische* Getreideimporte gewährt werden. Die USA gaben der EG 30 Tage Zeit. Werde in dieser Periode keine Einigung erzielt, würden Importquoten auf EG-Produkte im Umfang von rund einer Milliarde Dollar verhängt werden. Eine Liste der betroffenen EG-Güter werde in Kürze veröffentlicht. US-Regierungskreisen zufolge werden hauptsächlich Wein und Käse unter die Gegenmaßnahmen fallen.

Der für die Außenbeziehungen zuständige EG-Kommissar Willy de Clercq wies den Schritt der US-Regierung zurück. Die EG-Bestimmungen für Portugal und Spanien ständen mit den internationalen Freihandelsregeln in Einklang. Einseitige Maßnahmen der USA seien unvereinbar mit den Gatt-Bestimmungen.

UNTERHALTUNGSELEKTRONIK

Thomson will 1200 deutsche Arbeitsplätze abbauen

J.Sch. Paris

Der verstaatlichte französische Elektronikkonzern Thomson will seine Fernsehgeräte-Produktion im In- und Ausland auf eine rentable Grundlage stellen. Zu diesem Zweck soll die Belegschaft dieses Sektors um 20 bis 25 Prozent reduziert werden, davon in der Bundesrepublik um etwa 1200 Personen. Betroffen sind dort die beiden Montagewerke Bremen und Hannover sowie das Chassiswerk in Villingen.

Bei der Hauptverwaltung von *Thomson in Paris begründet man* diese Maßnahme vor allem damit, daß die Fernsehgeräteproduktion immer weniger Personal benötigt. Gegenwärtig würden für die Herstellung eines Gerätes nur noch 2.25 Stunden gebraucht, gegenüber 4.30 Stunden 1980. Außerdem habe sich der internationale Wettbewerb auf dem europäischen Fernsehgerätemarkt nicht zuletzt wegen der Importe aus Südostasien wesentlich verschärft und die europäischen Konkurrenten hätten ebenfalls Personal freigesetzt, so Grundig in seinen deutschen Werken. Schließlich müsse dem weiteren technischen Fortschritt im TV-Bereich rechtzeitig Rechnung getragen werden.

Auf Anfrage der WELT betont Thomson ausdrücklich, daß an Produktionseinschränkungen in der Bundesrepublik nicht gedacht sei. Offensichtlich will sich die Verwaltung nicht erneut dem Vorwurf des „Werkkillers" aussetzen, unter dem Thomson nach Schließung des Videocolorwerks von Ulm zu leiden hatte. Andererseits soll die Rationalisierung des TV-Sektors der Haushaltselektronik, die letztes Jahr 300 Millionen Franc Verluste verbuchte, aus den roten Zahlen bringen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Dollar notiert weiterhin fester

Frankfurt (rtr) – Der US-Dollar hat sich gestern an den europäischen Devisenmärkten auf Kursen über 2,33 DM behauptet. In Frankfurt wurde der amtliche Mittelkurs mit 2,3363 DM festgesetzt, und lag damit um fast zwei Pfennig über dem Fixing von Gründonnerstag mit 2,3175 DM. Die Deutsche Bundesbank griff nach *Händlerangaben bei relativ ruhigem* Geschäftsverlauf nicht in die Kursfindung ein.

Israel: Neuer Haushalt

Jerusalem (dpa/VWD) – Das israe*lische Parlament hat dem Etatent*wurf der Regierung in Höhe von 30,2 Mrd. Schekel (47 Mrd. DM) zugestimmt. Dafür stimmten 60 der 120 Abgeordneten. Mehrere Parlamentarier boykottierten *die* Abstimmung aus Protest gegen die Verteilung der Gelder auf die verschiedenen Ressorts. Knapp 40 Prozent des Etats fließen in die Verteidigung.

Rendite verringert

Bonn (dpa/VWD) – Der Bund paßt sich dem Zinssenkungstrend weiter an und hebt den Verkaufskurs seiner 5,75-Prozent-Bundesobligationen (Serie 62 von 1986/91) von heute an von 100,3 auf 101,0 Prozent. Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeri*um verringert sich die Rendite nach* mehrmaligen Änderungen damit weiter von zuletzt 5,68 auf 5,52 Prozent.

Benzin wird teurer

Bochum/Hamburg (dpa/VWD) – Benzin soll wieder teurer werden. Die Aral AG hat gestern Preiserhöhungen bis zu vier Pfennig je Liter Normal- und Superbenzin angekündigt. Teurer soll der Treibstoff aber nur an solchen Tankstellen werden, an denen der Literpreis unter 99,9 Pfennig für Normal- und 106,9 Pfennig für Superbenzin liegt. Die Deutsche Shell AG folgt dem Modell von Aral.

Agrarreform gefordert

Bonn (dpa/VWD) – Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke hat eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik zur Entlastung des Weltmarkts als unumgänglich „auch im Interesse der Entwicklungsländer" bezeichnet. Deutsche Entwicklungshilfeleistungen seien sinnlos, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmten, sagte Warnke. Zu den Rahmenbedingungen, für die die Industrieländer verantwortlich seien, gehöre aber die Agrarpolitik der EG, die dringend reformbedürftig sei.

Arbeitslosenquote sinkt

Tokio (dpa/VWD) – Die Arbeitslosenrate in Japan ist im Februar gegenüber Januar um 0,1 Punkte auf 2,6 Prozent gesunken. Ein Jahr zuvor hatte sie noch bei 2,9 Prozent gelegen. Nach einem gestern dem Kabinett vorgelegten Bericht blieb die Zahl der Arbeitslosen im Jahresvergleich mit 1,64 Mill. stabil.

Neue Liquidität

Frankfurt (dpa/VWD) – Die *Deutsche Bundesbank hat* gestern ein neues Wertpapier-Pensionsgeschäft als Zinstender bekanntgegeben. Der Mindestbietungssatz beträgt 4,3 Prozent. Die Laufzeit beträgt 34 Tage vom 3. April bis 7. Mai.

Kupferkabel präferiert

Nürnberg (dpa/VWD) – Beim Aufbau eines Kommunikationsnetzes kann nach Ansicht von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling die Glasfaser dem Kupferkabel aus technischen und wirtschaftlichen Gründen frühestens 1995 Konkurrenz machen. Trotz der Fortschritte optischer Nachrichtensysteme stelle die Kupfer-Koaxialtechnik zumindest im nächsten Jahrzehnt im Hinblick auf die Verteilung von *Rundfunkpro*grammen die preiswerteste und ausgereifteste Technik dar.

SDI kein Thema

Bonn/Moskau (dpa/VWD) – Die deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission trifft heute in Moskau zur ihrer 14. Tagung zusammen. Sie wird sich mit dem Stand des beiderseitigen Handels und den Aussichten für die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit befassen. Die SDI-Verträge mit den USA werden dagegen nach Moskauer Angaben kein Thema der Gespräche sein.

ITALIEN

Exportweine bald mit Gütesiegel

ds. Mailand

Das Landwirtschafts- und das Gesundheitsministerium Italiens haben zusammen mit den Verbänden der Weinwirtschaft eine Verschärfung der Kellereikontrollen in der italienischen Weinwirtschaft beschlossen. Gleichzeitig wurden Pläne in Angriff genommen, um für den Export bestimmte Weine einer besonderen Qualitätsuntersuchung zu unterziehen und mit Gütesiegeln zu versehen. Die Beschlüsse wurden notwendig, nachdem der Verkauf von mit Methylalkohol versetztem Wein im In- und Ausland zu Abwehrreaktionen geführt hat und jetzt die Gefahr besteht, daß das in den letzten Jahren aufgebaute Image des italienischen Weines wieder zerstört wird.

Die italienischen Landwirtschaftsbehörden wollen vor allem die Produktion und den Handel von Billigstweinen unterbinden, die laut Agrarminister Felippo Maria Pandolfi „weniger kosten als Mineralwasser". Zu einer wirksameren Waffe gegen Weinpanschereien soll die betreffende Abteilung des Landwirtschaftsministeriums in Rom ausgebaut werden. Dieser Abteilung gehören derzeit nur 367 Kontrolleure an. Ihre Zahl soll jetzt auf 900 erhöht werden.

Italien steht weltweit mit einer Produktion 1985 von 64 Mill. Hektoliter hinter Frankreich (66,8 Mill. hl) an zweiter Stelle. Von der italienischen Weinproduktion entfielen 56,5 Mill. hl (in Frankreich 38,5 Mill.) auf Konsum-, der Rest auf Qualitätsweine. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Wein betrug 1984 in Italien 80,3 Liter.

Exportiert wurden im Jahre 1985 rund 17 Mill. hl Wein, rund 20 Prozent mehr als 1984. Davon hauptsächlich nach Frankreich (8 Mill. hl), in die Bundesrepublik (5 Mill. hl) und in die USA (2 Mill. hl). Während nach Frankreich in erster Linie Verschnittweine exportiert werden, sind die für den westdeutschen Markt bestimmten Weine neben Verschnittqualitäten vor allem billige Konsumweine.

Der Ausfuhrwert belief sich 1985 auf 1524 Mrd. Lire (plus 19,4 Prozent). Davon entfielen 526 Mrd. Lire auf den vor allem aus Qualitätsweinen bestehenden Weinexport in die USA, der um 9,4 Prozent zunahm, während die Ausfuhr in die Bundesrepublik 349 Mrd. Lire (plus 27,2 Prozent) und die nach Frankreich 281 Mrd. Lire (plus 22,9 Prozent) betrug.

RENAULT / Verluste im Pkw-Sektor gestiegen – Unglückliche Modellpolitik und überhöhte Produktionskosten

Trotz Rationalisierung tiefer in den roten Zahlen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der 1984 tief in die roten Zahlen geratene staatliche französische Renault-Konzern hat im letzten Jahr unter der neuen Leitung von Georges Besse kaum Fortschritte zu seiner Sanierung gemacht, obwohl diese nach den Plänen der alten Regierung Ende 1987 / Anfang 1988 abgeschlossen werden sollte. Bei einem Konzernumsatz von 122,14 (117,58) Mrd. Franc wurden, wie bereits kurz berichtet, Verluste von 10,93 (12,56) Mrd. Franc und von 8,8 (8,0) Mrd. Fanc ohne Rückstellungen und ohne Finanzgewinne ausgewiesen.

Im Personenwagensektor, der 1983 noch einen Gewinn von 0,67 Mrd. Franc erbracht hatte, erhöhten sich die Verluste (einschließlich Rückstellungen) auf 10,99 (9,87) Mrd. Franc. Dagegen gingen die Verluste im Nutzfahrzeugsektor auf 1,96 (2,73) Mrd. Franc und bei den sonstigen industriellen Unternehmen auf 0,32 (0,93) Mrd. Franc zurück, während die Finanzfilialen ihren Reingewinn auf 1,02 (0,73) Mrd. Franc steigern konnten. Allerdings wurde dem Pkw-Sektor wieder die Hauptlast der Rückstellungen für die Sozialkosten des künftigen Belegschaftsabbaues aufgebürdet.

Die dadurch für 1985 erhoffte Entlastung der Geschäftsrechnung dieses Sektors hat sich aber nicht eingestellt. Auch die Drosselung der Pkw-Produktion um 7,4 Prozent und der Belegschaftsabbau um über 10 000 Personen verhinderte nicht höhere rote Zahlen. Das einzige Renault-Modell, welches gegenwärtig mit Gewinn verkauft wird, ist der neue R 21. Selbst bei dem neuerdings wieder etwas besser gefragten Super-Sinq, der aus dem früheren Erfolgsmodell R 5 entwickelt wurde, muß die Firma zulegen.

Der gesamte Pkw-Absatz von Renault schrumpfte im Inland 1985 um 6,8 Prozent, womit er einen Marktanteil von nur noch 28,7 Prozent erreichte gegenüber 39 Prozent 1982. Aber auch der Pkw-Export ist um 1,2 Prozent zurückgegangen, dabei besonders stark auf dem deutschen Markt. Im In- und Ausland hat Renault immer noch unter der unglücklichen Modellpolitik der letzten Jahre zu leiden.

Dazu kommen die verhältnismäßig hohen Produktionskosten. Auch heute noch ist die Renault-Belegschaft überbesetzt und vielfach überbezahlt. Und schließlich hat der französische Staat als Alleinaktionär der Gesellschaft nicht die nötigen Mittel zur Finanzierung ihrer notwendigen Investitionen bereitgestellt.

Auch an den Verlusten gemessen waren die staatlichen Kapitaldotationen von einer Mrd. Franc 1984 und drei Mrd. Franc 1985 nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. So hat sich die langfristige Verschuldung des Konzerns von 28,3 Mrd. Franc Ende 1983 über 40,7 Mrd. Franc Ende 1984 auf 48,62 Mrd. Franc 1985 erhöht. Unter Einschluß der kurzfristigen Verbindlichkeiten erreichte sie zuletzt 62 Mrd. Franc.

Unter diesen Umständen scheint die neue Regierung eine Teilprivatisierung von Renault zu erwägen. Ihr Privatisierungsprogramm schließt das nach den jüngsten Erklärungen von Premierminister Chirac nicht aus. Bei Peugeot hält man es sogar für möglich, daß sich in absehbarer Zeit ein ausländischer Konzern an Renault beteiligt. Entsprechende „Befürchtungen" äußerte Peugeot-Präsident Calvet in einem Gespräch mit der WELT. Andere behaupten, darunter Raymond Barre, daß ein Unternehmen mit derartig hohen Verlusten unverkäuflich sei. Bei Renault selbst setzt man jetzt auf die Besserung der Weltkonjunktur und auf eine Francabwertung.

EG-AUSSENHANDEL / Peking mit hohem Passivsaldo

China öffnet den Markt mehr

Ha. Brüssel

Die Volksrepublik China strebt trotz eines erheblichen Handelsdefizits mit der EG keine Drosselung ihrer Importe aus Europa an. Diesen Eindruck gewannen Vertreter der Brüsseler Kommission bei Gesprächen in Peking. Anlaß war eine Sitzung des im Kooperationsabkommen mit der Gemeinschaft geschaffenen „Gemischten Ausschusses". Bei der Zusammenkunft ließen die Chinesen klar erkennen, daß sie eine Fortentwicklung der Beziehungen zur EG in allen Bereichen wünschen.

Die bilateralen Handelsbeziehungen waren 1985 durch einen erheblichen Zuwachs der EG-Ausfuhren gekennzeichnet. Während die EG-Einfuhren in den ersten zehn Monaten (gegenüber dem Gesamtjahr 1984) von 2,7 auf 3,1 Mrd. Ecu (rund 6,7 Mrd. DM) stiegen, kletterten die Exporte der EG von 2,7 auf 5,4 Mrd. Ecu. Erstmals ergab sich dadurch ein größerer Aktivsaldo zugunsten der Gemeinschaft.

Trotzdem äußerten die Chinesen ihre Bereitschaft, die Einfuhren aus Europa zu intensivieren. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß auch die EG ihren Markt noch stärker öffnet als in der Vergangenheit. Beide Delegationen vereinbarten, ein Handelsgleichgewicht auf einem möglichst hohen Niveau anzustreben. Die EG kündigte unter anderem eine Aufstockung bestimmter Importkontingente an, zum Beispiel für die Lieferung von Seidenstoffen nach Frankreich, von Schuhwerk nach den Beneluxländern und von Heizkörpern nach Griechenland.

Ausführlich beschäftigten sich die Handelsexperten auch mit Problemen der geplanten neuen Liberalisierungsrunde im GATT und der Verlängerung des Welttextilabkommen (WTA). China ist der fünftgrößte Lieferant der EG mit Textilerzeugnissen. Es wünscht einen leichteren Zugang für seine Exporte.

Schon zum sechsten Mal hat der „Gemischte Ausschuß" der EG und des südostasiatisches Staatenbundes Asean getagt. Der Handel mit diesen Staaten hat sich in den letzten Jahren ausgeglichen entwickelt, allerdings ist die Steigerungsrate im Warenaustausch in jüngster Zeit zurückgegangen. Die EG-Importe aus der Asean-Region sind zwischen 1978 und 1985 von 4,2 auf 9,9 Mrd. Ecu gestiegen, während die Lieferungen der Gemeinschaft im gleichen Zeitraum von 3,9 auf 9,8 Mrd. Ecu zunahmen.

GROSSBRITANNIEN / Leistungsbilanz mit Überschuß

Ohne Ölausfuhr im Defizit

fu., London

Großbritannien verbuchte im Januar den höchsten Überschuß in der Leistungsbilanz seit drei Jahren. Mit 1,14 Mrd. Pfund (3,8 Mrd. DM) war er so hoch wie der Leistungsbilanzüberschuß für das gesamte letzte Quartal 1985. Gleichzeitig bewegte sich der Warenhandel erstmals nach langer Zeit wieder in den schwarzen Zahlen. Er weist für Januar einen Überschuß in Höhe von 140 Mill. Pfund aus. Grund: Die britischen Ölexporte erreichten im Januar 8,3 Mill. Tonnen. Das sind 26 Prozent mehr als im Monatsdurchschnitt des letzten Jahres. Entsprechend kletterte der Überschuß im Ölhandel auf knapp eine Mrd. Pfund, verglichen mit einem durchschnittlichen Monats-Plus 1985 von 680 Mill. Pfund.

Klammert man den Ölhandel und andere erratische Warenbereiche wie Schiffe und Edelsteine aus, dann fielen die Exporte im Januar gegenüber Dezember um sieben Prozent auf 4,53 Mrd. Pfund, während die Importe um 2,5 Prozent auf 5,47 Mrd. Pfund abnahmen. Bei den britischen Exporten gibt es – gemessen an den Leistungen während der vergangenen zwei Jahre – eigentlich nur drei Branchen, die als klare Gewinner gewertet werden können: Öl, die Chemieindustrie und der Maschinenbau. So hat sich der Exportwert der Chemieindustrie zwischen 1984 und dem vergangenen Jahr von 8,236 Mrd. Pfund um knapp 17 Prozent auf 9,6 Mrd. Pfund erhöht. Im Maschinenbau gelang eine Exportverbesserung im gleichen Zeitraum um gut neun Prozent.

Dagegen sieht die Exportleistung im britischen Automobilbau einschließlich Ersatz- und Zulieferteile alles andere als befriedigend aus. Hier kam es zwar zwischen 1984 und 1985 zu einer leichten Exportverbesserung von 3,6 auf 3,9 Mrd. Pfund. Aber zwischen dem vierten Quartal 1984 und dem dritten Quartal des vergangenen Jahres ist die Exportleistung dieser Branche von 981 auf 919 Mill. Pfund gefallen.

Praktisch unverändert blieben die Exporte in den übrigen Zweigen der verarbeitenden Industrie Großbritanniens mit gut elf Mrd. Pfund pro Jahr, während es im Bereich Landwirtschaft, Fischerei und Forsten zu einem Exportrückgang zwischen 1984 und 1985 von knapp 1,5 Mrd. auf 1,3 Mrd. Pfund kam. Bei rund 3,7 Mrd. Pfund stagnierte der Export verarbeitender Nahrungsmittel, Getränke und Tabake.

US-IMPORTE / Verbraucher müssen sich umstellen

Die billige Ära geht zu Ende

H.-A. SIEBERT, Washington

Mit steigendem Dollarkurs haben die Amerikaner vier volle Jahre wie Gott in Frankreich gelebt. Eine Leica zum Beispiel war zeitweise um 40 Prozent billiger. Jetzt geht es anders herum, und die Verblüffung vieler US-Bürger, die plötzlich für ein Videogerät 80 Dollar mehr zahlen sollen, ist groß. Nach der üblichen Verzögerung ziehen die Preise für Importwaren zum Teil sprunghaft an. Weniger erschwinglich sind auch Reisen in die Aufwertungsländer, allen voran Japan und Deutschland.

Weil sich der Yen allein seit September um etwa 30 Prozent gegenüber dem Dollar verteuerte, geht es bei den japanischen Herstellern bereits ans Eingemachte. Die Deutschen nehmen, wie Umfragen zeigen, nur vorsichtige Anpassungen vor. Optimistisch bleiben die Autokonzerne in Wolfsburg, Stuttgart und München. Nach ihren Kalkulationen nimmt 1986 das Mengengeschäft in den USA weiter zu, wenn auch nicht mehr so steil.

Die Volkswagen of America Inc. (VWoA) erhöhte die Durchschnittspreise für die VW-Palette Ende Dezember um 1,7 Prozent oder 160 Dollar, für Audi im Februar um 4,9 Prozent oder 460 Dollar. Im Hauptquartier in Troy, Michigan, meint man, daß „sich mit einem Kurs von 2,25 Mark je Dollar leben läßt". Bleibt es dabei, sind keine neuen Anhebungen geplant. Man ist sich in Troy noch nicht einmal sicher, welcher Druck größer ist: der Wechselkurs oder die von der US-Konkurrenz auf bis zu 7,7 Prozent pro Jahr heruntersubventionierten Zinsen für Autodarlehen.

Die VWoA ist dazu übergegangen, die Zinsen für ihre Modelle, die 13 Prozent ausmachen, für das erste Jahr zu erstatten. Je Wagen sind das durchschnittlich 500 Dollar. Der Absatztrend ist nach wie vor günstig: Im vergangenen Jahr fanden 77 540 (1984: 73 840) in Westmoreland, Pennsylvania, hergestellte Golf und 218 040 (177 350) importierte VWs einen Käufer.

VW ist zuversichtlich

Von einem hohen Niveau aus hat Audi den US-Absatz von 71 200 auf 74 060 Einheiten gesteigert, für 1986 werden 75 000 anvisiert. Im VW-Bereich wird mit einem Plus von stolzen zehn bis 15 Prozent gerechnet, und zwar mit Schwergewicht auf den aus Deutschland gelieferten Modellen.

BMW hat zweimal die Preise heraufgesetzt: zu Beginn des Modelljahres 1986 im November um 4,6 und in der ersten Märzwoche noch einmal um durchschnittlich 2,5 Prozent. Im letzten Jahr gelang es BMW, den US-Absatz um nahezu 24 Prozent auf 87 900 Autos zu erhöhen. 1986 sollen es immer noch zwei Prozent mehr sein.

Kundenpflege über Preis

Mercedes-Benz of America geht von einem etwas besseren Ergebnis aus. Nach Verkäufen, die 1985 von 79 220 auf 86 900 gestiegen sind, soll in diesem Jahr erstmals die 90 000-Marke durchbrochen werden. Die Sindelfinger betreiben auch in den USA preispolitisch Kundenpflege, indem sie im Modelljahr 1985 die Preise bei erheblich verbesserter Ausstattung einfroren. Im November schlugen sie dann 5,9 Prozent auf die neuen Modelle auf, während bestimmte Typen noch besser ausgerüstet wurden. Das kommt einer Preissenkung um 9,2 Prozent gleich.

Die japanische Nissan Motor Corp. setzte bisher die Preise um drei, Honda in zwei Stufen um 7,6 Prozent herauf. Kräftiger zulangen muß Sony, die im Januar ihre US-Preise um vier bis zwölf Prozent anhob und für April weitere Preiserhöhungen um ein bis 15 Prozent plant.

Ähnlich reagieren die anderen japanischen Hersteller von Verbraucher-Electronics. Sanyo verteuerte ihre Produkte auf dem US-Markt Anfang des Jahres um rund fünf Prozent, im kommenden Monat werden noch einmal sieben bis zehn Prozent aufgeschlagen. Matsushita steigerte die Preise für Panasonic-, Technics- und Quasar-Modelle im Januar um fünf bis zehn Prozent; eine neue Runde hat der Konzern ebenfalls für April angekündigt. Das japanische Bekleidungsunternehmen Kansai & Co. verkündete im Februar Preiserhöhungen um 15 Prozent; noch teurer wird die Herbstmode angeboten.

Ob japanische oder deutsche Firmen – alle tragen einen Teil der Wechselkurslast selbst. Joseph Bennett von VWoA zur WELT: „Es ist doch klar, daß wir uns nach dem Markt richten müssen. Daei werden natürlich die Gewinnmargen kleiner." Keine Sorgen haben dagegen die Exporteure in Südkorea und Hongkong. Ihre Währungen sind an den Dollar gekoppelt, so daß sie von der Stärke des Yen sogar noch profitieren.

FISCHER-WERKE / Computing-Programm gut gestartet

Zuwächse in allen Bereichen

nl. Stuttgart

Die Fischer-Werke Artur Fischer GmbH & Co. KG. Tumlingen-Waldachtal, hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985/86 (28. 2.) ihren Umsatz um zehn Prozent auf 220 (Vorjahr: 200) ausgeweitet. Dabei habe das Familienunternehmen in allen seinen drei Sparten, nämlich dem Dübel-Sektor, zugleich das bei weitem umsatzstärkste „Bein", im Bereich der Aufbewahrungssysteme („fischer CBOX") und bei Technik-Baukästen („fischertechnik") Zuwächse erzielt, wobei freilich entgegen früherer Übung eine Umsatzaufschlüsselung nicht mehr gegeben wird. Das Unternehmen unterstreicht, daß es trotz rezessiver Probleme im Bauwesen seine Marktstellung in der Befestigungstechnik habe weiter ausbauen können.

Im Sektor der Cassetten-Aufbewahrungssysteme, dabei handelt es sich um ein vor einigen Jahren aus der Schweiz in Lizenz für Produktion *und weltweiten* Vertrieb übernommenes Archivierungssystem, habe besonders positiv das Interesse der Automobilbranche zu Buche geschlagen. Auch in den USA würden Autos vermehrt mit solchen Aufbewahrungssystemen ausgerüstet.

Im Produktbereich „fischertechnik" habe das Unternehmen im vergangenen Geschäftsjahr ein neues Konzept, das eine stärkere Ausrichtung auf Technik beinhalte, realisiert. Zwar führt Fischer hier auch weiterhin ein „Kernprogamm" von sieben Baukästen, *doch wurde das sogenannte* „Modellprogramm" auf acht Kästen gestrafft, wobei die in den spielerischen Bereich tendierenden Kästen aus dem Programm gestrichen wurden. Außerdem hat Fischer mit Erfolg ein sogenanntes „Computing-Programm" gestartet, das praktisch ein Peripherie-Programm für Homecomputer darstellt.

Das erwirtschaftete Jahresergebnis erlaube der *Fischer-Gruppe*, im neuen Geschäftsjahr wiederum überdurchschnittliche Investitionen vorzunehmen . Mit genaueren Angaben hierzu hält sich die Geschäftsleitung zurück. Die Exportquote liegt in einer Größenordnung von 30 Prozent. Die Fischer-Gruppe zählt insgesamt etwa 1500 Beschäftigte.

BARMAG / Hohe Rendite im Textilmaschinenbau

Verkaufserfolge in Fernost

J. G. Düsseldorf

Der 1984 erreichte Rendite-Glanz war keine Eintagsfliege. Für 1985 berichtet die Barmag Barmer Maschinenfabrik AG, Remscheid-Lennep, von weiterer Steigerung des Jahresüberschusses auf 37,4 (32,7) Mill. DM oder wiederum 6,3 Prozent des noch um 15 (39) Prozent auf 597 Mill. DM gesteigerten Umsatzes. Die Gesamtleistung besserte sich um 23 Prozent auf 621 Mill., der Rohertrag um 16 Prozent auf 325 Mill. DM. Nebst Auslandstöchtern erhöhte sich der Gruppen-Außenumsatz um 13 (35) Prozent auf 676 Mill. DM. Dank „gutem" Auftragsbestand und „anhaltend guter" Auftragslage wird für 1986 ähnlich Positives erwartet.

Die hauptsächlich im Textilmaschinenbau (und hier mit nun 90 Prozent Exportquote) arbeitende, über die Wuppertaler Enka AG zum holländischen Akzo-Konzern gehörende Firma schüttet ihren Jahresüberschuß abermals voll aus. Zu knapp der Hälfte erhält sie ihn mit weiterer Kapitalerhöhung zum Kurs von wiederum 200 Prozent um 7,5 (7) auf 54,5 Mill. DM zurück. Bei 25,2 (16,4) Mill. DM Sachinvestitionen, die 1986 weiter steigen sollen, und 17,8 (16,1) Mill. DM Abschreibungen bleiben somit die nun 124 (110) Mill. DM Eigenmittel der ohne langfristige Schulden arbeitenden Barmag nahezu doppelt so groß wie das Anlagevermögen.

Erfolgreich nennt der Vorstand das Geschäft auch in den drei anderen Sparten Kunststoffmaschinen, Automobiltechnik und Hydraulik. Die AG-Belegschaftszahl wurde beschleunigt um 175 (47) Leute auf 2743 aufgestockt. Im Textilmaschinengeschäft hielt die verstärkte Investitionstätigkeit in Europa an.

„Große Verkaufserfolge" habe man in dieser Hauptsparte in Fernost und da zumal nach dem 1984 mit China abgeschlossenen Kooperationsvertrag erzielt. Gegensätzlich zu dem generell vom 1985 noch hohen Dollarkurs beflügelten Export des deutschen Maschinenbaus registrierte die Barmag beim Textilmaschinenabsatz in den USA einen „allerdings vorübergehenden" Rückgang, weil die kursbedingt hohen Textilimporte auf den US-Markt die Investitionslust der Fabrikanten lähmten.

HYPOTHEKENBANKEN / Höhere Kapitalbildung

Aussicht auf stabile Zinsen

VWD, Bonn

Gute Chancen für eine längerfristige Stabilisierung des deutschen Kapitalmarktzinses auf dem derzeitigen niedrigen Niveau sieht der Verband Deutscher Hypothekenbanken. In seinem Jahresbericht 1985 weist er allerdings einschränkend darauf hin, daß durch äußere Einflüsse verursachte Stimmungsumschläge jederzeit möglich seien. Im günstigen Fall blieben die Folgen auf vorübergehende „Zinsbuckel" beschränkt. Ansonsten sei zu berücksichtigen, daß allein aus fällig werdenden Zinsen und Tilgungen dem deutschen Kapitalmarkt 1986 ein Selbstfinanzierungsvolumen von reichlich 300 Mrd. DM zur Verfügung stehen werde.

Hinzu komme bei Einkommenszuwächsen, die 1986 erstmals seit Jahren die Preissteigerungsrate übertreffen würden, eine eher zu- als abnehmende Kapitalneubildung. Bei weiter gedämpfter Kreditnachfrage des Wohnungsbaus und der Wirtschaft dürfte es daher längerfristig selbst dann nicht zu einem erneuten Verdrängungswettbewerb über den Zins kommen, wenn der Staat wegen der inzwischen stark nach unten korrigierten Gewinnerwartung der Bundesbank in Zukunft den Kreditmarkt stärker als geplant in Anspruch nehme. Eine Stabilisierung des Zinsniveaus werde nicht zuletzt durch die Preisentwicklung, die anhaltend stabile D-Mark und die niedrigen Ölpreise begünstigt. Für die Bundesbank bestehe damit auch 1986 keine Notwendigkeit für eine restriktive Zinspolitik.

Nach den Verbandsangaben sind von den Hypothekenbanken 1985 Inhaber- und Namensschuldverschreibungen in Höhe von 81,3 Mrd. DM abgesetzt worden. Das waren neun Prozent mehr als 1984. Davon entfielen 24,9 Mrd. DM (plus 10 Prozent) auf Pfandbriefe, 50,9 Mill. DM (plus 12 Prozent) auf Kommunalschuldverschreibungen und 5,4 Mill. DM (minus 15 Prozent) auf sonstige, nicht deckungspflichtige Titel. Im Aktivgeschäft stiegen die Kreditzusagen um 8,9 Prozent auf 59,8 Mrd. DM.

OPTIONEN / Immer mehr Börsianer erliegen dem Reiz dieses Geschäfts – Zahl der Abschlüsse vervierfacht

Termine haben oft Einfluß auf die Aktientendenz

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit Spannung haben die Kapitalmarktexperten den Start des Optionshandels mit Rentenwerten an der deutschen Börse am 1. April erwartet. Für die Aktienbörsianer ist allerdings der 15. April ein viel spannenderes Datum. Denn das ist einer der vier jährlichen Termine – die anderen sind jeweils der 15. Kalendertag oder der darauf folgende Börsentag im Juli, Oktober und Januar –, an denen die Aktien-Optionsgeschäfte, eine Abart des Termingeschäfts, fällig werden.

Gewinnchancen „gekauft"

Die Optionstermine haben oft einen überraschenden Einfluß auf die Aktientendenz. Wenn die Teilnehmer am Optionsgeschäft heftig auf eine Aktienhausse spekuliert haben, gehen die Kurse zum Optionstermin nicht selten in den Keller, und nach einer starken Spekulation auf sinkende Kurse tendiert die Börse fester.

Die Zahl der Geschäftsabschlüsse im Optionsgeschäft hat sich im letzten Jahr fast vervierfacht, und sie steigt weiter; das zeigt, daß immer mehr Börsianer dem Reiz dieses Geschäfts erlegen sind, nämlich mit dem Einsatz von wenig Kapital die Chance eines hohen Gewinns zu „kaufen". Diese Chance – und gleichermaßen auch das Risiko des Verlusts – wird durch die Option verkörpert, das Recht, bestimmte Aktien innerhalb einer vereinbarten Frist von jemand anders (Stillhalter) zu einem vorher festgelegten Kurs zu kaufen (Kaufoption) oder aber an ihn zu verkaufen (Verkaufsoption).

Wer an der Börse mit wenig Kapitaleinsatz auf steigende Kurse spekulieren will, erwirbt eine Kaufoption, die an einem der vier genannten Optionstermine fällig wird, spätestens nach 9½ Monaten. Dieses Recht hat freilich seinen Preis, den Optionspreis. So kostete vor Ostern zum Beispiel das Recht, bis zum 15. Oktober dieses Jahres eine Thyssen-Aktie zum Kurs von 190 DM (Basispreis) zu erwerben, was dem aktuellen Börsenkurs entsprach, 30 Mark. Dieser Einsatz, und darauf bleibt zugleich das Risiko beschränkt, rentiert sich, wenn der Thyssen-Kurs irgendwann bis zum 15. Oktober um mehr als diese 30 Mark auf über 220 Mark steigt. Dann wird der Spekulant die Aktien zu 190 Mark vom Stillhalter abrufen und an der Börse zum aktuellen Kurs verkaufen. Optionen laufen übrigens über mindestens 50 Aktien oder ein Vielfaches davon – ebenso wie Abschlüsse im variablen Aktienhandel.

Der Preis für eine Kaufoption ist erfahrungsgemäß um so höher, je größer der allgemeine Börsenoptimismus und je länger die Laufzeit der Option ist. So kostete vor Ostern eine Thyssen-Kaufoption bei einem Basispreis von 190 Mark per 15. April nur 3 Mark, während per 15. Juli schon 18,70 Mark hinzublättern waren. Im Optionspreis spiegelt sich nicht nur die allgemeine Einschätzung der Börse wider, sondern auch die der einzelnen Aktie.

Das Optionsgeschäft eignet sich auch zur Baissespekulation oder zur kursmäßigen Absicherung des Aktienbestandes. In diesem Fall erwirbt man Verkaufsoptionen, also das Recht, Aktien innerhalb der Laufzeit der Option zu einem vereinbarten Kurs zu verkaufen. Ziel des Spekulanten ist, Aktien, die er gar nicht besitzt, an der Börse billiger als zum Basispreis abzüglich Optionspreis einzudecken und sie dann seinem Partner anzudienen. Verkaufsoptionen sind bei dem derzeitigen Börsenoptimismus allerdings kaum gefragt. Das Recht, Thyssen-Aktien zum Kurs von 190 Mark bis zum 15. April zu verkaufen, kostete vor Ostern 10 Mark.

Zur Spekulation geeignet

Es gibt keinen Zwang, die Optionsrechte auszuüben. Wenn die Spekulation ganz und gar nicht aufgeht, kann man die Option auch verfallen lassen. Der Einsatz ist dann allerdings total verloren. Mit Optionen kann man freilich auch anders vorzüglich spekulieren, was übrigens immer beliebter wird. Da die Optionen als selbständige Rechte bis zu drei Tagen vor ihrer Fälligkeit handelbar sind, kann man sie auch jederzeit kaufen oder verkaufen, wobei zu beachten ist, daß der Optionspreis mit Näherrücken der Fälligkeit immer mehr gen Null tendiert. Dabei geht es darum, das Auf und Ab der Optionspreise, das viel stärker ausgeprägt ist als bei Aktien, zum Erzielen von Kursgewinnen zu nutzen. Wie groß der besondere Reiz dieser reinen Spekulationsgeschäfte ist, läßt sich daran ablesen, daß sich ihr Volumen im letzten Jahr fast versechsfacht hat und damit bereits die Hälfte des Geschäftsvolumens am „Erstmarkt" erreicht.

Was bewegt nun den „Stillhalter" im Optionsgeschäft, seinen Buckel für die Spekulanten hinzuhalten? Nun, die Verpflichtung, während der ganzen Laufzeit einer Option Aktien zu einem vereinbarten Preis zu liefern oder abzunehmen, wird einmal mit dem Optionspreis belohnt, den der Erwerber einer Kauf- oder Verkaufsoption berappen muß. Aber der Stillhalter spekuliert im Normalfall auch. Als Verkäufer einer Kaufoption setzt er auf sinkende Kurse. Der Verkäufer einer Verkaufsoption spekuliert indessen darauf, daß der Aktienkurs steigt und sein Kontrahent deshalb darauf verzichtet, die Aktien abzufordern. Der Stillhalter hofft also in beiden Fällen darauf, daß die Option nicht ausgeübt wird, so daß er den Optionspreis als nette Prämie kassieren kann.

FAG KUGELFISCHER

Börsenneuling mit höherer Dividende

sz, München

Eine gegenüber 1984 (8 DM) erhöhte Dividende stellt die FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA, Schweinfurt, ihren Aktionären in einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1985 in Aussicht. Über die genaue Höhe des Ausschüttungssatzes werden von der Verwaltung des Unternehmens, dessen Aktien erst im Oktober vergangenen Jahres an der Börse eingeführt wurden, keine Andeutungen gemacht. Wie es heißt, haben die gute Auslastung der Produktionskapazitäten und weitere Rationalisierungsmaßnahmen zu einem verbesserten Jahresüberschuß geführt, der neben einer Dividendenanhebung auch eine weitere Stärkung der Rücklagen ermöglichen wird.

Zu der guten Ertragsentwicklung – der Cash-flow erreichte 240 (219) Mill. DM – führte auch die hohe Nachfrage nach Produkten der Lagerungs- und Industrietechnik. So erhöhte sich der Auftragsbestand der KGaA 1985 um 13 Prozent auf 2,46 Mrd. DM und führte zu einem um rund 35 Prozent höheren Auftragsbestand.

Bei der Muttergesellschaft stieg der Umsatz dadurch um rund zehn Prozent auf 2,1 Mrd. DM, während der Weltumsatz sogar um mehr als 10 Prozent auf rund 3,07 Mrd. DM zunahm. Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich um 5,4 Prozent auf 21 314 und im Konzern um 6,2 Prozent auf 28 062 Beschäftigte. In diesem Geschäfsjahr wird mit einer weiteren Umsatzsteigerung gerechnet. Und *„zumindest auf dem erreichten Niveau"* liegen die Ertragserwartungen.

NAMEN

Willy Koerfgen, langjähriger Vorsitzender der Geschäftsführung der VTG (Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH, Hamburg, und stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Preussag AG, Hannover, ist im Alter 76 Jahren gestorben.

Ralph M. Deja (44) trat mit Wirkung vom 31. März von seinem Amt als Geschäftsführer der Apple Computer GmbH, München, zurück. **Roger Kermisch**, General Manager *Apple Europe, wird interimistisch die* Nachfolge antreten.

Wulf-Harden Braun wurde mit sofortiger Wirkung für das Ressort Einkauf Textil, Manfred Ciesielski für das Ressort Einkauf Hartwaren und **Ulrich Wiggers** für das Ressort Datenverarbeitung und Logistik zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Neckermann Versand AG, Frankfurt, bestellt. **Dieter Keuthen** und **Gisbert Steffen** werden als Generalbevollmächtigte für den Vertrieb und Rechtsanwalt **Wilhelm Schlich** als Generalbevollmächtigter für das Rechts- und Personalwesen zuständig sein. Alle drei gehörten schon als Direktoren zur Geschäftsleitung.

Axel Hirschberg vom Münchner Bankhaus Merck Finck + Co. ist zum Senior Vice President of American Express Bank und zum Leiter ihrer Merchant-Bankengruppe, London, ernannt worden.

Dr. med. **Karlheinz Suermondt**, Vorstandsvorsitzender der Gödecke AG, schied mit Wirkung vom 31. März aus dem Unternehmen aus. Damit wird Dr. med. vet. **Bertil Lang** als Alleinvorstand die Gödecke-Unternehmensgruppe leiten. Dr. **Suermondt** wird zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Gödecke AG gewählt werden und so dem Unternehmen auch weiterhin zur Verfügung stehen.

Jörg Zöllner (43), bisher Prokurist und Bereichsleiter bei der Steag AG, Essen, trat mit Wirkung vom 1. April in die Geschäftsführung der Hauptberatungsstelle für Elektrizitätsanwendung e. V., Frankfurt, (HEA) ein und wird im Laufe des Jahres die Amtsgeschäfte des in den Ruhestand tretenden Geschäftsführers Dr. **Hans Buchholz** übernehmen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

O & K darf Faun kaufen

Düsseldorf (J. G.) – Der Dortmunder Maschinenbauer O & K Orenstein & Koppel AG (Hoesch-Konzern) hat nun für seinen zum 1. Januar vollzogenen Erwerb von 51 Prozent der Faun AG, Lauf, die Zustimmung des Bundeskartellamts erhalten. O & K betont nun erneut, daß der Zusammenschluß der beiden Firmen zu knapp 2 Mrd. DM 1985er Weltumsatz mit 11 000 Beschäftigten erhebliche Verbundeffekte bringen werde.

Bankengeschäft verstärkt

München (sz.) – Um ihr Geschäft im Banken-Markt und mit IBM-kompatiblen Systemen zu forcieren, wird die Nürnberger Philips Kommunikations-Industrie AG (PKI) demnächst die Bunker Ramo Electronic Data Systems GmbH in München übernehmen. Eine entsprechende Vereinbarung hat PKI mit der amerikanischen Bunker Ramo Corp. abgeschlossen. Die deutsche Bunker-Ramo-Tochter beschäftigt 120 Mitarbeiter und hat Anlagen im Wert von rund 200 Mill. DM installiert.

Krones: Deutliches Plus

München (sz.) – Ein bemerkenswertes Umsatzplus von 10,5 Prozent auf rund 210 Mill. DM erzielte die Krones AG, Neutraubling, im Geschäftsjahr 1985. Der Exportanteil beträgt wiederum über 70 Prozent. Getragen wurde die Geschäftsentwicklung des Unternehmens, das mit einem Weltmarktanteil von 70 Prozent der führende Hersteller von Etikettiermaschinen für die Getränke-Industrie ist, durch den gesteigerten Absatz neuer Produkte. Der Auftragsbestand zum Jahresende stieg nach Angaben des Vorstands um 20 Prozent. Zufrieden zeigt man sich auch mit den Tochtergesellschaften. Zur Ertragslage und über die Dividende wird noch nichts gesagt.

Neuer Partner

Hamburg (dpa/VWD) – Die Kühltransit-AG, Hamburg, hat in der französischen Kühlhausgruppe CEGF, Paris, einen neuen Partner gefunden. Die französische Gruppe ist vor kurzem über ihre deutsche Tochtergesellschaft, Transit Kühlhausgesellschaft mbH, Emmerich, bereits Mehrheitsgesellschafter bei der Kühltransit geworden. Wie aus einem Aktionärsbrief hervorgeht, plant Kühltransit den Bau eines neuen Kühlhauses mit einer Kapazität im ersten Bauabschnitt von 30 000 Kubikmetern und einer Investitionssumme von 9 Mill. bis 10 Mill. DM. Den Aktionären wird deshalb eine Kapitalerhöhung angekündigt. Ob für 1985 eine Dividende ausgeschüttet werden könne, ist laut Aktionärsbrief noch fraglich.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Albstadt: Nachl. d. Arthur Stoll; **Düsseldorf:** Marcel Schwerzler, Neuss; **Duisburg:** Johann Leiwen GmbH & Co. Hoch-, Tief- u. Stahlbetonbau KG; Johann Leiwen Verwaltungsges. mbH; DES-Bau GmbH & Co. KG, Oberhausen; **Fürth:** Doria-Werk Walter Donner GmbH u. Co. KG; **Hamburg:** Nachl. d. Gabriele Ursel Fritzsche-Harenberg; **Herford:** Passform-Küchen GmbH, Bad Oeynhausen; **Lüdinghausen:** Gestüt Sottrum GmbH; **Memmingen:** Zeta-Pack GmbH, Bad Wörishofen; **Nördlingen/Donauwörth:** Rota-Druck GmbH, Nördlingen; **Reutlingen:** Consul Management GmbH; **Wolfratshausen:** Wolf Szostecki, Elektromeister, Warngau; Johann Zehendmaier, Kreuth.

Anschlußkonkurs eröffnet: Beckum: Oelder Papierverwertung GmbH; **Berlin-Charlottenburg:** MH Miet- u. Hausverwaltungs GmbH & Co. Betriebs KG; **Göttingen:** Getreide-Handelsges. mbH, Göttingen, Rosdorf 9.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Varta-Führer 1986/87, Herausgegeben von der Varta AG, Bad Homburg; Mairs Geographischer Verlag, Ostfildern, 39,80 DM.

Mit einer neuen Gliederung und mehr Information „rund um die Reise" erscheint jetzt die 29. Auflage des bekannten Varta-Führers. Neben 7100 Hotels, 8300 Restaurants und knapp 800 Cafés in rund 3600 Orten der Bundesrepublik sind in der Ausgabe 1986/87 erstmals auch Tips für unterwegs enthalten. In der „Lebenshilfe für den Reisenden" findet man die Buchungsstellen der Lufthansa, der großen Automobilverleiher und der Hotelketten, die Notrufnummern der Automobilklubs sowie der Kreditkartenunternehmen. Daneben wurde der Kartenteil mit den Stadtplänen von Groß- und Mittelstädten und der Feriengebiete erneut erweitert. Wie bei den Restaurants werden jetzt auch die Hotels mit Kennzeichen (rote Kronen) bedacht und der klassische Service am Gast erstmals ausgezeichnet (rote Glocke).

M. Langkau-Herrmann/U. Scholten: Strategien zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und zur Arbeitszeitverkürzung, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1985, 256 S., 29,80 DM.

Die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit in fast allen westlichen Industriestaaten hat das Thema flexible Arbeitszeitgestaltung in den Brennpunkt tarif- und beschäftigungspolitischer Diskussion gerückt. Ausgangspunkt der intensiven Analyse war die Beobachtung, daß sich die arbeitspolitische Diskussion in der Bundesrepublik an scheinbar unvereinbaren Gegensätzen festgefahren hat: Arbeitszeitverkürzung contra Arbeitszeitflexibilisierung, und „feste" Arbeitszeit contra Arbeitszeitsonderregelungen. Ansatzpunkte für arbeitspolitische Experimente und Programme werden aufgezeigt.

Klaus Hossfeld: Das Unternehmen als Persönlichkeit, Verlag Moderne Industrie, Landsberg 1986, 206 S., 48 DM.

Kleinigkeiten können den erhofften Unternehmenserfolg vereiteln. Um hier Abhilfe zu schaffen, gibt der Autor praktische Ratschläge und Hinweise, die in jedem Unternehmen problemlos angewendet werden können. Kein Feld moderner Unternehmensführung wird ausgelassen – soweit es die tägliche Praxis betrifft. Das Buch sieht sich als praktische Ergänzung zum theoretischen Managementwissen.

Werner Fricke (Hrsg.): Mehr Arbeit in die Region, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1985, 179 S., 44 DM.

Gewerkschaftspolitische Initiativen zur Beschäftigungssicherung auf lokaler Ebene stehen im Mittelpunkt dieses Sammelbandes. Die Beiträge von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern zeigen, aus der Not des Handelns heraus, oft originelle Ansätze, die mit den traditionellen Mustern bisheriger regionaler Beschäftigungspolitik brechen. Sie setzen sich zudem kritisch mit der Frage auseinander, inwieweit sich lokalpolitische Alternativen verallgemeinern lassen und die von den Autoren behauptete beschäftigungspolitische Zurückhaltung der Bundesregierung auf globaler Ebene ersetzen könnten.

Sölter: Arbeitslosigkeit und Tarifautonomie, Schäfer Verlag, Stuttgart 1985, 326 S., 48 DM.

Das Thema Massenarbeitslosigkeit und die Möglichkeiten ihrer nachhaltigen Reduzierung beherrschen zu Recht seit Jahren die wirtschafts- und sozialpolitische Diskussion. Um beim Abbau der Arbeitslosigkeit einen durchgreifenden Erfolg zu erzielen, hält es der Autor für unerläßlich, die ordnungspolitische Verfassung des Arbeitsmarktes neu zu überdenken. Er unterbreitet detaillierte Vorschläge zur Modernisierung des Tarifvertragssystems und zur praktischen Ausgestaltung einer staatlichen Mißbrauchskontrolle über den Arbeitsmarkt.

Bundesanleihen

			1.4.	27.3.
F	5½ dgl. 78	5/86	100,05G	100,05G
F	7½ dgl. 76 I	12/86	101,95	101,95
F	6½ dgl. 79	1/87	101,6G	101,6bG
F	7½ dgl. 76 II	1/87	102,15	102,15G
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,4G	102,4G
F	6¼ dgl. 77	7/87	102,55G	102,45
F	6 dgl. 77	10/87	102,2	102,15G
F	6 dgl. 78 I	1/88	102,55G	102,35
F	6½ dgl. 78 I	9/88	103,95bG	103,85
F	6½ dgl. 78 II	12/88	104,15bG	104,05G
F	6¾ dgl. 79	1/89	104,9G	104,85
F	7¼ dgl. 79 I	4/89	106,3bG	106,1
F	10 dgl. 81 I	4/89	113,7	113,5
F	7½ dgl. 79 I	6/89	107,3	107,1
F	8 dgl. 79 I	7/89	109bG	108,65
F	8 dgl. 79 II	8/89	109,1	108,75
F	7½ dgl. 79 II	9/89	107,8	107,2bG
F	7¾ dgl. 79 III	11/89	108,75G	108,25G
F	7¾ dgl. 80	1/90	109,1bG	108,5
F	10 dgl. 80	4/90	116,35	115,8
F	5¾ dgl. 78	5/90	102,5	102
F	8¾ dgl. 80 I	7/90	111,1	110,5
F	8¾ dgl. 80 II	11/90	111,65G	111,1
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	110,15	109,5
F	9 dgl. 81	2/91	115,2G	114,5
F	7½ dgl. 83 III	6/91	110,5	109,5
F	10¾ dgl. 81	7/91	120,4	119,4G
F	10½ dgl. 81	9/91	123,3	122,5
F	10 dgl. 81 II	12/91	121,25	119,75
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	119,85	118,85
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	120	119,35
F	9½ dgl. 82	4/92	119	118,2
F	9 dgl. 82 I	5/92	116,4	115,7
F	8¾ dgl. 82	6/92	114,1	113,25
F	9 dgl. 82 II	8/92	117	114,1
F	8¾ dgl. 82	9/92	115,9	115,15
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	111,4	110,4
F	7½ dgl. 83	1/93	110,5	109,5
F	6 dgl. 78 II	3/93	105,8bG	102,25
F	7¾ dgl. 83 II	3/93	111	109,7
F	8¼ dgl. 83	6/93	114,9	113,4
F	8 dgl. 83	7/93	113,8	112,5
F	8½ dgl. 83 II	8/93	115,08	113,75
F	8¼ dgl. 83 III	10/93	115,5	114,1
F	8¼ dgl. 83 IV	11/93	115,4	114,1
F	8¾ dgl. 83 V	12/93	115,5G	114,3
F	8¼ dgl. 84	1/94	115,55bG	114,25
F	8½ dgl. 84 II	2/94	115,6	114,3
F	8 dgl. 84	3/94	114,2	113
F	8½ dgl. 84 III	6/94	116,1	114,75
F	8¼ dgl. 84 IV	7/94	116	114,85

F	8¼ dgl 84	6/94	115,1	113,6
F	7¾ dgl. 84	10/94	109,1	107,6bG
F	7¾ dgl. 85	1/95	108,5	107
F	7 dgl. 85	11/95	108,5	106,8
F	6¾ dgl. 86	96	106	104

Bundespost

F	6½ Bdpost 65	4/86	102,5	102,5
F	8 dgl. 72 I	9/87	104,2G	104,2G
F	8 dgl. 80	3/90	109,4G	109,1
F	7¾ dgl. 80	9/90	109,5	108,7
F	8¾ dgl. 80	12/90	114G	113,25
F	10 dgl. 81	3/89	113,15	113,05
F	10¼ dgl. 81	6/89	114,85	114,4
F	10¾ dgl. 81	10/91	122	121,5
F	9¾ dgl. 82	2/92	120,55	119,88
F	8¾ dgl. 82	6/92	116G	115
F	8½ dgl. 82	10/92	115,2G	114,2
F	7¾ dgl. 83	2/93	111,6	110,5
F	8½ dgl. 83	9/93	116,1	115
F	8¼ dgl. 84	2/94	115	114
F	8 dgl. 84	9/94	114	113,5
F	6½ dgl. 85	10/95	107,05	105,45bG
F	6¾ dgl. 85	12/95	108,2	106,4
F	7 dgl. 85	6/97	110,55	109,25

Länder – Städte

S	6½ B.-Württ. 78	86	100,75	100,8G
S	8¾ dgl. 82	92	110,6G	110,6G
S	6¾ dgl. 85	95	105	104G
M	6¾ Bayern 67	87	103G	103bG
M	6 dgl. 78	88	102,25G	102,1G
M	8¾ dgl. 80	90	111,25G	111G
M	8¾ dgl. 82	92	113,25G	112,7G
M	7¼ dgl. 85	93	108bG	107bG
M	8 dgl. 84	94	111,25G	110,5G
M	7¾ dgl. 85	95	107,25bG	106,1bG
B	6¾ Berlin 78	88	103,5	103,4
B	8¾ dgl. 80	88	107,6	107,6
B	6¾ dgl. 86	96	104,1	102,8
Br	7¾ Bremen 71	87	102,25G	102,25G
Br	8 dgl. 72	87	103,4bG	103,4G
Br	7½ dgl. 85	95	107G	106,3G
H	6¾ Hamburg 77	92	102,85	102,05
H	8 dgl. 80	92	108,5	108
H	9¾ dgl. 82	92	118,25G	117,75G
H	7¾ dgl. 85	95	107	106,5G
H	8¾ dgl. 84	94	110,9G	110,9G
F	8 Hessen 71	86	101,1G	101G

Industrieanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Bundesbahn

Optionsanleihen

Langläufer mit Pluszeichen

Die Hausse am deutschen Rentenmarkt hielt an. Nachfrage bestand für langlaufende Bundesanleihen die mit Plus angekündigt wurden und deren Kurse um mehr als zwei Prozentpunkte stiegen. An den Käufen, die offensichtlich durch die rasch fortschreitende Zinssenkung in New York initiiert waren, dürften auch wieder Ausländer beteiligt gewesen sein, darunter vor allem japanische Kapitalsammelstellen. In einigen Emissionen herrscht bereits eine ausgesprochene Marktenge, zumal die Banken kaum noch über Material verfügen, das frei von der Bonifikationssperre veräußert werden kann.

F	4 Dresdn.Bk. 85 m. O	210G	206G
F	4 dgl. o. O.	95,1bG	95,2
F	8 dgl. 84 m. O.	228	225
F	8 dgl. 84 o. O.	108,9	108
F	3½ Fuji 84 m. O.	135G	133
F	3½ dgl. 84 o. O.	92,75	92,5
F	3½ Hanwa 84 m. O.	147G	147G
F	3½ dgl. 84 o. O.	95	94,75
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	210G	210G
F	7½ dgl. 82 o. O.	102,5G	102,5G
F	5½ Jusco 85 m. O.	300	245G
F	5½ dgl. 85 o. O.	100	100G
F	3½ Kansai Paint84 m.O.	147G	147G
F	3½ dgl. 84 o. O.	94,25bG	94,25T
F	3½ Kaufhof 84 m. O.	195	193
F	3¼ dgl. 84 o. O.	81,75T	81,5

8½ dgl. 84/91	108,75	108,1G
5½ Am. Express 79/87	100,1G	100,1bG
8 Arab.Banking 83/88	104	103,75T
10¾ Ard.Sunnd. 81/89	ausg.	ausg.
6½ Argentinien 78/88	98,85	99,9
7½ dgl. 79/89	101,3	100
6¾ Asfinag 85/95	103,25	103,1
5½ Asiat.Entwbk. 78/88	100,45G	100,45G
7¾ dgl. 79/89	102,5T	102,5
10 dgl. 80/90	106,5T	106,5T
8½ dgl. 80/90	105T	105G
10 dgl. 81/91	108,25G	108,25
10¾ dgl. 81/89	112,35	112,75T
9¾ dgl. 82/92	112,5G	112,5T
9¾ dgl. 82/92 II	112,75G	112,75G
8¾ dgl. 82/92	110T	109,1

8 dgl. 84/92	100,25	100
8½ dgl. 84/92	100,5	100
7¾ Estel 73/88	100,25	100,1G
5¾ Euratom 77/87	100,45G	100,45
7¾ dgl. 83/93	104,7	104,35G
6¾ Eurofima 72/87	100,5T	100,25
6½ dgl. 73/88	101,25G	101,25
6¾ dgl. 78/88	100,5	100,45T
6¾ dgl. 79/89	103,5	103,25
10¾ dgl. 81/91	110G	110
9 dgl. 82/92	109T	109T
8¾ dgl. 82/90	111,75G	111,75G
7¾ dgl. 83/91	107	106T
7½ dgl. 83/90	106G	105,85
7¾ dgl. 84/94	107,25	106,85G
7¾ dgl. 84/92	106,5	106,25

Währungsanleihen

Wandelanleihen

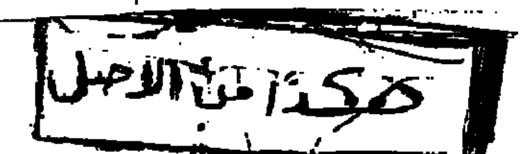
Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen





Warenpreise – Termine

Mit Verlusten schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee etwas fester notierte mußte Kakao Verluste hinnehmen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	31.3.	27.3.
Mai	304,00	303,75
Juli	254,00	252,00
Sept.	253,00	253,50

WEIZEN Winnipeg (can $/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	279,55	282,55
Am. Durum	276,49	279,49

ROGGEN Winnipeg (can $/t)		
März	100,30	100,30
Mai	102,50	102,60
Juli	105,90	106,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	94,50	94,50
Mai	92,70	91,60
Juli	89,50	89,50

HAFER Chicago (c/bush)		
Mai	106,75	108,50
Juli	110,00	111,50
Sept.	111,50	111,75

MAIS Chicago (c/bush)		
Mai	232,00	232,75
Juli	227,75	228,75
Sept.	210,25	211,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	100,00	100,00
Mai	102,20	102,60
Juli	102,10	102,50

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	31.3.	27.3.
Mai	246,00	244,75
Juli	251,50	250,25
Sept.	255,25	250,94

KAKAO New York ($/t)	31.3.	27.3.
Mai	1860	1876
Juli	1910	1930
Sept.	1957	1970
Umsatz	2006	2365

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Mai	9,16	8,75
Juli	9,20	8,85
Sept.	9,20	8,85
Okt.	9,20	8,87
Jan.	9,25	8,90
Umsatz	16733	25762

Isa-Preis fob karibische Hafen (US-c/lb)		
	8,41	8,06

KAFFEE London (£/t) Robusta	27.3.	26.3.
März	–	–2375
Mai	2442	2402-2405
Juli	2503-2505	2448-2450
Umsatz	4114	3946

KAKAO London (£/t)		
März	–	–
Mai	1416	1414-1416
Juli	1451-1452	1444
Umsatz	3223	4290

ZUCKER London (£/t) Nr.6	27.3.	26.3.
Mai	213,60-215,00	215,00-216,00
Aug	215,00-216,00	214,00-216,00
Okt.	216,00-217,80	216,00-217,00
Umsatz	388	548

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg	1.4.	29.3.
schw. Saraw.spez.	805,00	805,00
weiß Saraw.	1285,00	1285,00
weiß.Munt.	1300,00	1300,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	31.3.	27.3.
Mai	95,50	93,50
Juli	93,70	92,60
Sept.	92,00	90,75
Nov.	91,65	90,50
Jan.	90,75	89,75
Umsatz ...600	1500	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	31.3.	27.3.
	23,00	23,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	18,75	18,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Mai	19,27	18,48
Juli	19,55	18,80
Aug.	19,70	18,90
Sept.	19,65	18,92
Okt.	19,65	18,95
Dez	19,98	19,40
Jan	20,05	19,50

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	17,00	15,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	12,00	12,00
Choise white hog 4 % fr. F	9,50	9,50

TALG New York (c/lb)		
top white	11,75	11,75
fancy	11,25	11,25
bleichf	11,00	11,00
yellow max 10% fr F	10,25	10,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
April	40,30	41,50
Juni	43,82	45,30
Juli	43,92	45,35

SCHWEINEBAUCHE Chicago (c/lb)		
Mai	55,87	57,95
Juli	57,02	59,10
Aug	56,00	58,00

HAUTE Chicago (c/lb)	31.3.	27.3.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	59,00
Kuhe einh. schwere River Northern	43,00	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Mai	542,00	534,75
Juli	542,00	534,50
Aug.	540,50	532,00
Sept.	525,50	518,50
Nov.	522,00	515,00
Jan.	531,25	524,25
März	540,50	533,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Mai	153,60	155,60
Aug.	154,00	155,50
Sept.	153,80	155,30
Okt.	150,50	151,00
Dez.	147,50	147,50
Jan.	148,50	148,00
März	149,50	149,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	31.3.	27.3.
März	290,00	290,00
Mai	293,50	293,50
Juli	300,00	299,70

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	31.3.	27.3.
	13,50	13,25

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	1.4.	27.3.
jegl. Herk. cif	590,00	575,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	460,00	460,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	270,00	270,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	108,00	106,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	320,00	310,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr 1		
cif	223,50	223,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr Nr2	31.3.	27.3.
Mai	65,68	65,50
Juli	65,95	65,98
Okt.	39,80	39,25
Dez	39,75	39,20
März	40,45	39,85
Mai	40,95	40,40

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	40,50	40,875

WOLLE London (Neusl c/kg) - Kreuzz	1.4.	27.3.
Mai	500-505	504-507
Aug	520-524	524-528
Dez	525-526	–
Umsatz	35	29

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz	1.4.	27.3.
Mai	–	–
Juli	40,50	40,50
Okt.	40,50	40,50
–	–	–
Umsatz	0	0
Tendenz ruhig		

WOLLE Sydney (austr c/kg) Merino-Schweißw Standard	1.4.	27.3.
Mai	602,00-618,00	610,00-620,00
Juli	–	–
Okt.	–	–
Umsatz	0	2

SISAL London ($/t) cif eur Haupthafen	1.4.	27.3.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	1.4.	27.3.
April	12447	12445
Mai	12365	12365

KAUTSCHUK London (p/kg)	27.3.	26.3.
RSS 1 Mai	55,75-56,75	56,00-57,00
RSS 1 Juni	56,25-57,25	56,50-57,50
RSS 2 Mai	54,75-55,75	55,00-56,00
RSS 3 Mai	53,50-54,50	53,75-54,75
Tendenz ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal c/kg)	1.4.	27.3.
Mai	192,00-194,00	194,50-196,50
Juni	194,50-196,50	–
Nr 2 Mai	192,50-193,50	–
Nr. 3 Mai	190,00-191,00	–
Nr 4 Mai	185,00-186,00	–
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	1.4.	27.3.
BWC	390	390
BWD	355	355
BTC	383	383
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben. 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	1.4.	27.3.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	277,24-277,59	278,42-278,59
dritt M	286,15-286,50	285,66-285,93
BLEI. Basis London		
lfd Mon.	84,65-84,82	85,91-86,08
dritt. M.	87,39-87,56	88,84-89,01
NICKEL. Basis London		
lfd. Mon.	928,72-930,43	931,50-934,95
dritt. M	952,71-954,42	959,10-960,83
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	143,93-145,65	139,73-141,45
Prod.-Pr.	156,80	155,54
REINZINN 99,9 %	unerh	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	1.4.	27.3.
	unerh.	unerh.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	1.4.	27.3.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	343,73-346,13	34[illegible],04-348,46
BLEI in Kabeln	92,75-93,25	93,50-94,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz dr	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 17 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	1.4.	27.3.
MS 58 1 Verarbeitungsstufe	303-305	305-310
MS 58, 2 Verarbeitungsstufe	348	346-345
MS 63	326-329	327-331

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	1.4.	27.3.
Leg 225	335-335	335-335
Leg 226	337-342	337-342
Leg 231	372-375	372-375
Leg 233	382-385	382-385

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	1.4	27.3.
PLATIN (DM/g)	32,15	33,50
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr	25610	26320
Rückn.-Pr	24860	25570
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr	25630	26370
Rückn.-Pr	24760	25500
verarbeitet	26890	27660
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25170	26000
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr	399,90	429,30
Rückn.-Pr	387,80	415,50
verarbeitet	417,40	445,60

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	1.4.	27.3.
10.30	333,70	345,50
15.00	–	344,00
Zürich mit	334,25-334,75	345,60-346,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	77300	79800

SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	354,15	378,00
3 Mon	364,05	386,00
6 Mon.	372,75	397,00
12 Mon	389,75	415,20

PLATIN (£/Feinunze) London	26.3.	25.3.
fr. Markt	283,30	294,40

PALLADIUM (£/Feinunze) London	26.3.	25.3.
1. Händl.-Pr	75,45	77,30

New Yorker Metallbörse

	26.3.	26.3.
GOLD H & H Ankauf	338,10	344,00
SILBER H & H Ankauf	533,00	560,00
PLATIN 1 Händl.-Pr	geschl	416,00-418,00
Prod.-Pr		475,00
PALLADIUM 1. Händl.-Pr.	geschl	112,00-113,00
Prod.-Pr		150,00

SILBER (c/Feinunze)		
April	513,00	553,00
Mai	515,00	556,00
Juli	520,50	562,50
Sept.	530,00	570,40
Dez	537,00	580,00
Jan	542,90	584,40
März	549,40	593,50
Umsatz	30000	9000

KUPFER (c/lb)	31.3.	27.3.
April	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Sept	[illegible]	[illegible]
Dez	[illegible]	[illegible]
Jan	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Umsatz	[illegible]	[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 - New York [illegible]

BENZIN - New York [illegible]

ROHÖL - New York [illegible]

Arabian Lg, Arabian Hv, Iran Lg, Forties, N. Sea Ekofisk, Bonny Light [illegible]

Kartoffeln

London [illegible]; April, Mai, Nov, Febr [illegible]

New York [illegible]; April, Mai, Nov, März [illegible]

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet) [illegible]; Mai, Juli, Sept., Nov [illegible]

Devisenterminmarkt

Am 31. März waren die Pfund-Deports im längerfristigen [illegible]. Sonst war wenig Bewegung zu erkennen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
[illegible]	0,60-0,50	[illegible]	[illegible]
[illegible]	0,52-0,51	1,35-1,28	[illegible]
[illegible]	2,50-1,40	6,20-4,90	[illegible]
[illegible]	19-23	91-75	[illegible]

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1.4.: Tagesgeld [illegible] Prozent; Monatsgeld [illegible] Prozent; Dreimonatsgeld [illegible] Prozent; Privatdiskontsätze am 1.4.: 10 bis 29 Tage [illegible] Prozent; Diskontsatz der Bundesbank am 1.4.: [illegible] Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

[illegible]

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 1.4. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*

Außer Kurs gesetzte Münzen*

[illegible]

Nullkupon-Anleihen (DM)

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1986/3 (Typ A) 3,50 [illegible] – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 [illegible] Ausgabe 1986/4 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 [illegible] – 6,50 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,65, 2 Jahre 4,55. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 101,00, Rendite 5,52.

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 1.4.	Rendite in %
BW-Bank E 6[illegible]	100,00	1.7.95	56,081	6,45
BW-Bank E 73	192,16	1.7.95	107,77	6,45
Berl. Bk. E 54	100,00	1.7.95	56,34	6,40
Berl. Bk. E 55	100,00	1.7.00	39,95	6,65
Commerzbank	100,00	22.5.95	56,35	6,47
Commerzbank	100,00	4.3.00	40,50	6,50
Deutsche Bk. 5	287,00	25.1.96	137,50	9,05
DSL-Bank R.264	137,91	2.7.90	108,66	5,60
DSL Bank R.265	100,00	2.7.90	79,31	5,60
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,93	6,42
Fr. Hyp. KO 465	196,72	1.6.95	109,49	6,60
Hbg. Ldbk. A2	100,00	15.8.96	52,75	6,36
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,36	6,25
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,03	6,49
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	56,87	6,35
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,32	6,58
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,23	6,45
SGZ-Bank 6a0	100,00	12.6.95	56,52	6,40
WestLB 602	100,00	2.5.95	57,40	6,31
WestLB 601	100,00	2.5.00	41,75	6,40
WestLB 603	100,00	1.6.01	39,00	6,41
WestLB 632	100,00	3.10.05	29,40	6,48
WestLB 500	126,86	16.2.89	111,65	4,56
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,45	5,01
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,15	4,35
WestLB 504	141,95	1.10.91	106,90	5,29

Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,13	24.5.00	111,50	6,91
Air Richfield	$ 103	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Pruc Realty	$ 103	15.1.99	69,40	11,34

Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.98	–	9,34
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	63,50	8,02
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	54,52	10,83
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	51,25	9,86
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	60,125	8,91
Gen. Elec. AAA)	100,00	17.2.95	58,25	8,12
Coterp Fin (AA)	100,00	11.2.94	49,75	9,23
Penney (A+)	100,00	17.2.94	50,125	9,11
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,125	8,53
Philip Morris/A	100,00	3.6.94	50,75	8,59
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.5.95	49,50	6,16

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,50 (4,50)	100,5	101,4	102,3	103,3	104,2	105,2
2	4,75 (4,85)	100,5	102,2	104,0	105,9	107,8	109,6
3	5,15 (5,24)	99,60	102,1	104,8	107,5	110,2	112,9
4	5,45 (5,53)	98,10	101,6	105,1	108,6	112,1	115,6
5	5,62 (5,77)	96,95	101,2	105,5	109,7	113,9	118,2
6	5,82 (5,98)	95,45	100,9	105,3	110,3	115,2	120,1
7	6,13 (6,24)	93,20	99,30	104,3	109,8	115,4	120,9
8	6,35 (6,46)	91,15	97,25	103,4	109,5	115,6	121,7
9	6,48 (6,65)	89,50	96,15	102,8	109,4	116,1	122,7
10	6,57 (6,68)	88,40	95,55	102,7	109,9	117,0	124,2
15	6,83 (6,90)	82,35	91,50	101,6	109,8	119,0	128,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 115,432 (112,952)
Performance-Rentenindex: 240,640 (239,786)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	31. März	7,75-8,00
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,25
	60-270 Tage	6,85
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,25
	60 Tage	7,15
	90 Tage	7,10
Certificates of Deposit	1 Monat	7,05
	2 Monate	7,05
	3 Monate	7,05
	6 Monate	7,05
	12 Monate	7,05
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,35
	26 Wochen	6,32
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,46
	30 Jahre	7,60
US-Diskontsatz		7,00
US-Primerate		9,00
Goldmenge M1	10. März	637,6 Mrd. $ (+ 5,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Juni	140,00	137,80
Sept	141,00	139,70

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	27.3.	26.3.
[illegible]	105,375	105
[illegible]	110,2	110,25
[illegible]	107,875	109
[illegible]	112,875	112,375
[illegible]	114	113,525
[illegible]	117,5	118,75
[illegible]	121,375	120,75
[illegible]	116,125	115,875
[illegible]	125,125	124,5
[illegible]	127,125	127,625
[illegible]	112,75	112,125
[illegible]	105,75	105,625
[illegible]	109,875	109,625
[illegible]	114,5	114
[illegible]	114,125	113,75
[illegible]	107,75	107,5
[illegible]	112,625	112
[illegible]	109,5	109,375
[illegible]	113,5	113,5
[illegible]	120	119,5
[illegible]	113,5	112,75
[illegible]	126	125,5
Sears 91	104,625	104,675
Swed.Ex.91	102,375	102,375
7 TRW 94	102,125	102,125
Un.Tech.92	102,5	102,5
World Bk95	103,25	103,25
dgl. 94	104,875	104,875
7 dgl. 94	106,375	106,375
dgl. 93	109,5	109,5
8 dgl. 95	110,75	110,75

Euro-Yen

	27.3.	26.3.
[illegible]	102	102
Allied 87	100,875	100,875
ADB 94	107,875	107,875
7 Austria 95	106,5	106,5
7 EIB 92	104	104
[illegible]	103	103
Comm Bk 92	104	104
7 Dow Chem.94	101,75	101,75
EDF 95	106,125	106,125
Eurofima 96	99,75	99,75
dgl. 92	103	103
dgl. 93	102,75	102,75
dgl. 94	106	106
Fannie 92	103,75	103,75
Finl Pap 90	105	105
GMAC 90	101,75	101,75
[illegible] 95	102,5	102,5
dgl. 94	102	102
ITT 92	101,25	101,25
McDonal 92	101,875	101,875
Montreal 95	102,625	102,625
N.Brunsw 95	106,5	106,5
N.Zeald 90	105,25	105,25
dgl. 89	106	106
7 Pac.Gas 94	102,625	102,625
Penney 92	101,375	101,375
Procter 92	102,75	102,75
Sallie 92	102,875	102,875

Lux. Franc Bonds

	27.3.	26.3.
9¾ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	101	101
8¾ Augn Dv87	97,75	97,75
10¾ BFG Lux90	103,25	103,25
11 BNP 92	101	101
9 dgl. 91	102,5	102,5
10½ Coca 94	105	105
11 dgl. 92	105	105
13 dgl. 91	101	101
12½ Consol92	105,5	105,5
8 Coptel 88	99	99
8½ dgl. 29	99,5	99,5
11 Cr Lyon.88	100,25	100,255
13 dgl. 89	100,5	100,5
7½ Den Mtg 89	97,5	97,5
10½ Eurotom76	106	106
11 dgl. 95	106	106
12½ dgl. 88	100,75	100,75
12½ dgl. 90	101	101
9 Eurofima 95	105	105
10 dgl. 91	105	105
10 dgl. 94	106	106
11½ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 97	98,25	98,25
9½ dgl. 95	105,75	103,75
9¾ dgl. 92	102,5	102,5
9½ dgl. 93	105,5	105,5
10½ dgl. 94	108	108
11½ dgl. 88	102	102
12½ dgl. 90	100,5	100,5
9½ Hypo Bk.88	102	102
9¾ Ind.B.F 95	104	104
11 Kredíet.93	107	107
7¾ dgl. 87	99	99
10 dgl. 90	102	102
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 Luxair 87	99	99
8½ dgl. 87	99	99
10¾ Lux Bk.91	102,25	102,25
9 Met.Chm 95	102,75	102,75
10½ N.Lx.A92	103	103
12½ Nord L.89	101	101
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8½ dgl. 87	99,25	99,25
9 Paribas 92	100,5	100,5
10½ Paribas89	101	101
8 Philips 89	99	99
7¾ Renault 88	98	98
9½ Sogenal 92	103	103
10¾ Solvay 87	100,5	100,5
10¾ Stockh.86	99,75	99,75
8 Sveriges 88	98	98
9¾ Volvo 87	101	101
9½ WorldBk.90	103	103
10¾ dgl. 89	104,5	104,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	27.3.	26.3.
8½ Cop City91	97	97
12¾ dgl. 92	105	105
8¾ CCA 91	97	97
11¾ Ned G.88	101	101
9¾ Queb. P.94	99	99
8½ SDR 94	96,25	96,25

ECU

	27.3.	26.3.
10¾ Af Dbk89	–	–
10¾ dgl. 91	–	–
9¾ ABN 92	107,75	107,625
All Nippon 95	107,5	107,625
9½ ANZ 92	107,375	107,375
10¾ Austria95	113,125	113,125
10 BNDA 92	106,24	105,25
9 M+Hapo 92	105,5	106,625
9 Bk.Hels.96	102,625	102,625
9¾ Bk.Tok.90	105,25	105,25
10¾ dgl. 91	–	–
10¾ dgl. 91	103,375	103,375
8½ BNP 95	105,125	105,25
8¾ Bay Vbk.88	103,25	103,375
8¾ BFCE 93	102,625	102,625
9¾ dgl. 92	108,875	108,875
9½ dgl. 95	109,25	109,125
9¾ Bull 92	103,5	103,625
9¾ CNT 92	108,875	108,875
9½ dgl. 95	108,875	109
8½ Cargill 95	104,75	104,75
10¾ Ceca 89	108,375	108,25
11½ dgl. 94	111,5	111,5
9 Cemv. 93	–	102,75
9 Chrysl. 92	98,875	98,875
10 dgl. 91	102,375	102,375
10¾ dgl. 93	102,25	102,25
9 ClubMed 88	102,875	102,875
9¾ Consell 92	107,375	107,375
9½ dgl. 95	–	–
9½ CCF 95	106,625	106,5
9¾ CrdNord 91	105,75	105,75
11¾ CrdFonc90	107,125	107,125
11½ dgl. 90	107,575	107,125
8½ CrdNat 95	107,375	107,375
10¾ dgl. 94	111,875	112
8½ Crdanst.94	105,125	105,125
9½ Credito 92	104,625	104,375
9½ Denmark 90	–	–
10¾ Denmark91	106,375	106,25
9½ Drosd.bk93	105,625	105,75
9 EDF 97	107,5	107,375
8½ EEC 93	107,375	107,375
8¾ ELFAqu 88	100,875	100,875
9 Ersa Gut 91	102,875	102,875
9½ dgl. 93	105,125	105,125
10 Euratom 97	110,5	110,5
9¾ Eurofima93	108,875	108,875
11 dgl. 92	108,875	108,875
8¾ EIB 92	107,625	107,875
8½ dgl. 95	–	–
9½ dgl. 95	110,75	110,75
10½ dgl. 94	111,625	111,375
10¾ dgl. 94	111,25	111,25
10¾ dgl. 90	110,125	110
11½ dgl. 92	109,125	109,125
11½ dgl. 94	112,125	112,375
9 Eutelsat 93	102,875	102,75
8½ Fiat 90	102,75	102,75
9 ESKFinnl 95	102,5	102,25
8¾ Ford C.93	103,5	103,5
10¾ Giroz. 95	110,75	110,75
10¾ GTE 92	–	–
10 IADB 93	111,5	111,5
8½ IBM 90	104,25	104,25
9 Imatran 96	103	102,875
11 IN 89	–	–
9¾ Italia 89	103,625	103,625
10¾ dgl. 92	109	108,875
11½ dgl. 90	109	108,875
9¾ Kansai 92	104,625	104,625
9¾ Kbifima 92	108	108
11½ LTCB 90	–	–
10¾ Megal 95	108	107,875
8¾ Mits.Tr.93	103,625	103,5
9 MootHen.91	106,25	106,125
9¾ Mol 90	103	103
8½ Morgan 90	106,25	105,25
8¾ Motorola92	106	106
9 Nema 95	103,25	103,25
9½ N.Zeal. 90	104,75	104,75
9½ N.Zeal.92	107,5	107,5
11 Nipp.Crb91	–	–
9 OstLbk. 89	102,75	102,75
8¾ Olivetti93	107,625	107,625
10 Pechin.90	105,75	105,75
9 Petroc.93	101,5	101
9¾ Peugeot 90	106,375	106,375
10¾ dgl. 90	105,75	105,75
9 Philips 93	107,875	107,875
9¾ Pibo 92	107,5	107,5
10 Prvbk. 92	105,375	105,375
11½ Queb.Pr89	–	–
10½ RATP 92	106,375	106,375
9¾ Rabobk. 95	108,75	108,75
8¾ Reynolds91	105,25	105,25
10¾ Roybk.Cd89	–	–
9 SAS 95	106,25	106
9 Sanwa 95	103,5	103,375
8¾ Socpac 90	101,625	101,375
11¾ SNCF 94	110,5	110,5
9 SNCI 95	107,25	107,25
10¾ Sparkas91	–	–
9¾ Sumitcorp93	107,125	107,125
9 Sumitfin 95	107,375	107,5
9 Unbk.Nor.95	105,25	105
9½ WestLB 90	104	104
9¾ Westpac92	107,75	107,75
8¾ Worldbk 95	106,125	106,125
9¾ dgl. 95	–	–
9½ dgl. 92	108,375	108,375
10¾ dgl. 89	108,125	108,125
10¾ dgl. 88	–	–
10¾ dgl. 94	110,5	110,375
11 dgl. 93	109,25	109,25

ECU-Tageswerte

	27.3.	26.3.
Dollar	0,956737	0,925178
Bfr	44,4739	44,4756
DM	2,17136	2,17167
Hfl	2,44816	2,45117
£	0,652076	0,632168
Dkr	8,02081	8,00973
FF	6,68043	6,67655
Lira	1477,47	1476,58
Ir£	0,718357	0,718585
Sfr	1,81699	1,81983
öS	15,2501	15,2423
Peseta	136,389	136,232
Skr	6,85177	6,83337
Nkr	6,78432	6,76768
Kan-$	1,30909	1,2849
Esc	140,979	141,552
Fmk	4,85039	4,84542
Yen	168,051	166,995
Drachme	134,590	134,632

SZR-Wert

	31.3.	26.3.
Dollar	1,13827	1,13294
DM	unerh.	2,46509

Aktien weiter aufwärts

Zinssenkung sorgte für neue Anregungen

DW. – Obwohl das Umsatzvolumen an der Börse nach Ostern noch zu wünschen übrigließ, setzten die Aktien ihre in der Vorwoche wieder aufgenommene Aufwärtsbewegung auf breiter Front fort. Zu den bevorzugten Papieren zählten diesmal die sogenannten Finanzwerte. Sie profitierten von der festen Tendenz am Rentenmarkt, auf dem sich das Tempo der Zinssenkung beschleunigt hat. An den Käufen waren auch wieder Ausländer beteiligt. Inländische Anleger nahmen sich vielfach der vermeintlich zurückgebliebenen Papiere an.

Bankaktien lagen auf breiter Front fester. Wenn die Commerzbank dabei etwas hinterherhinkt, wird dies mit der mißglückten Kapitalerhöhung begründet, die vom Markt trotz Großplacierungen in Japan noch nicht völlig verkraftet worden ist. Die Nachfrage nach den Titeln der Großchemie ließ hier die Kurse kontinuierlich steigen, nicht zuletzt auch aus Renditegründen. Sichtlich schwer mit dem Anstieg tut sich allerdings Hoechst, wo Abgaben aus Kuwait vermutet werden. Das soll auch der Grund für die Kursstagnation bei Daimler sein. Allerdings nahmen auch die anderen Autoaktien nur am Rande an der Aufwärtsbewegung teil. Zu Gewinnmitnahmen kam es im Kaufhausbereich. Versicherungsaktien nahmen als Finanztitel ihre Aufwärtsbewegung mit teilweise bemerkenswerten Sprüngen wieder auf.

Frankfurt: Cassella verloren 31 DM, EVA 11 DM und Riedel de Haen 50 DM. Degussa tendierten um 13 DM fester. Mauser Waldeck erhöhten um 4,90 DM und Metallgesellschaft um 19,50 DM.

Düsseldorf: AEG-Kabel schlossen um 5 DM und Bilfinger um 5,50 DM fester. DAT erhöhten um 30 DM und Keramag um 3 DM. Kochs Adler verbesserten sich um 4 DM. Nachgegeben haben Hochtief um 9 DM und Mauser um 2 DM. Schiess verloren 5 DM.

Hamburg: Vereins- und Westbank erhöhten um 15 DM. Beiersdorf wurden um 3 DM fester gehandelt. Phoenix Gummi stockten um 2,50 DM und HEW um 1 DM auf. Maihak erhöhten um 10 DM. Hapag Lloyd gaben um 3,50 DM nach.

Berlin: Schering zogen um 16 DM an, Herlitz St. legten 9 DM und Herlitz Vz. 5,50 DM zu. Deutsche Hypo Berlin verbesserten sich um 10 DM. Rheinmetall büßten 9 DM ein. Bergmann und Engelhardt legten jeweils 3 DM zu.

München: Aigner verbesserten sich um 11,50 DM, Agrob Vz. um 6,20 DM und Deckel AG um 15 DM. Flachglas stockten um 10 DM und Gehe AG um 11 DM auf. Leonische Draht legten 35 DM zu. Patrizier und Tucher verloren je 15 DM.

Stuttgart: Salamander verbuchten einen Gewinn von 18 DM. Gehe kletterten um 11 DM. Die Württembergische Hypothekenbank verteuerte sich um 20 DM. Kolb und Schüle wurden um 20 DM höher mit 190 DM Geld taxiert. Aesculap waren um 29 DM gedrückt.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 294,91 (291,56)
WELT-Umsatzindex: xxxx (4796)
Advance-decline-Zahl: 125 (125)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Sydney

Oslo

Toronto

Tokio

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

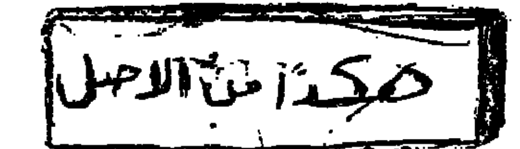
Kursgewinner (Frankfurt):

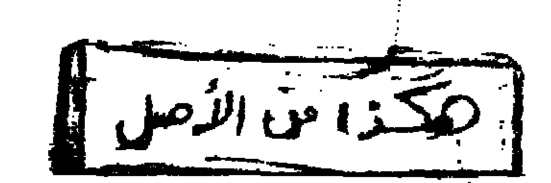
Kursverlierer (Frankfurt):

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten





2. April 1986

MENSCH

DU BIST HUNDERTMAL BESSER

**Konzipieren und entwerfen.
Darstellen und illustrieren.
Experimentieren und konkretisieren.
Erkennen und handeln.
Entwickeln und verändern.**

**Beschreiben und berechnen.
Planen und verkaufen.
Kombinieren und selektieren.
Sehen und wissen.
Präsentieren und realisieren.**

**Formen und Farben.
Zweidimensional und dreidimensional.
Multitasking und Fenstertechnik.
Sprache und Musik.
Werkbank für Ideen-Menschen.
Bald für jeden.**





FINANZANZEIGEN

N.V. Philips' Gloeilampenfabrieken und N.V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandeelen Philips' Gloeilampenfabrieken Eindhoven/Niederlande

Einladung zu der ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG

die am Dienstag, dem **22. April 1986, Anfang 14.00 Uhr,** in der „Philips' Jubileumhal" in Eindhoven, Eingang Mathildelaan/Frederiklaan, stattfindet. Die Inhaber von Aktien der N.V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandeelen Philips' Gloeilampenfabrieken haben außerdem Zutritt zu der gleichzeitig und am gleichen Ort stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung der N.V. Philips' Gloeilampenfabrieken.

Die vollständigen Tagesordnungen für beide Hauptversammlungen findet man auf den Seiten 98 und 99 des Philips Geschäftsberichtes 1985, der in den Geschäftsräumen der Gesellschaft (Groenewoudseweg 1) und bei den Hauptgeschäftsstellen der nachstehend genannten Banken zur Einsichtnahme ausliegt und kostenfrei erhältlich ist und den Besitzern von Namensaktien zugeschickt worden ist. Die Tagesordnungen enthalten folgende Gegenstände:

N.V. PHILIPS' GLOEILAMPENFABRIEKEN

1. Eröffnung der Versammlung.
2. Bericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 1985.
3. Bericht des Aufsichtsrats über den Jahresabschluß 1985.
4. Feststellung des Jahresabschlusses 1985 und Festsetzung der Dividende.
5. Anweisung des Vorstands als befugtes Organ zur Ausgabe von Aktien oder Rechten auf Aktien und zur Einschränkung oder Ausschließung des Bezugsrechtes.
6. Bevollmächtigung des Vorstands zum Einkauf eigener Aktien.
7. Anträge auf Bestellung von Vorstandsmitgliedern.
8. Anträge auf Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern.
9. Feststellung der Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder.
10. Verschiedenes.
11. Schließung der Versammlung.

N.V. GEMEENSCHAPPELIJK BEZIT VAN AANDEELEN PHILIPS' GLOEILAMPENFABRIEKEN

1. Eröffnung der Versammlung.
2. Bericht des Verwaltungsrats über das Geschäftsjahr 1985.
3. Feststellung des Jahresabschlusses 1985 und Festsetzung der Dividende.
4. Anweisung des Verwaltungsrats als befugtes Organ zur Ausgabe von Aktien oder Rechten auf Aktien und zur Einschränkung oder Ausschließung des Bezugsrechtes.
5. Bevollmächtigung des Verwaltungsrats zum Einkauf eigener Aktien.
6. Anträge auf Bestellung von Verwaltungsratsmitgliedern.
7. Verschiedenes.
8. Schließung der Versammlung.

Sofern die Satzungen dies vorschreiben, sind die Anträge auf Bestellungen sowie Angaben bezüglich der vorgeschlagenen Personen in der Geschäftsstelle der Gesellschaft (Corporate Finance Securities) und bei der Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Herengracht 595, Amsterdam, zur Einsichtnahme ausgelegt und kostenfrei erhältlich.

Besitzer von Aktien der N.V. Philips' Gloeilampenfabrieken, die (in Person oder durch einen Bevollmächtigten) an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, müssen der Gesellschaft spätestens am 15. April 1986 ihr Vorhaben in der Weise zur Kenntnis bringen, wie in dem ihnen zugeschickten Einberufungsschreiben angegeben.

Besitzer von Aktien der N.V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandeelen Philips' Gloeilampenfabrieken, die (in Person oder durch einen Bevollmächtigten) an den Hauptversammlungen teilnehmen wollen, müssen der Gesellschaft ebenfalls spätestens am 15. April 1986 ihr Vorhaben zur Kenntnis bringen, und zwar in folgender Weise:

A. **Besitzer von Inhaberaktien** müssen ihre Aktienurkunden spätestens am 15. April 1986 gegen Aushändigung einer Empfangsbestätigung, die als Eintrittsausweis für die Versammlung dient, bei einer der nachstehenden Stellen hinterlegen:

In den Niederlanden
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V. zu Amsterdam, Herengracht 595, Algemene Bank Nederland N.V. zu Amsterdam, Vijzelstraat 32 und in der Geschäftsstelle der Gesellschaft (Corporate Finance Securities).

In der Bundesrepublik Deutschland
Dresdner Bank AG, Bank für Handel und Industrie AG, Berliner Commerzbank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Commerzbank AG, Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Berlin AG, Trinkaus & Burkhardt KGaA, M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Deutsche Bank Saar AG und Sal. Oppenheim jr. & Cie., in Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Köln, München und Saarbrücken, sofern dort ansässig.

B. **Besitzer von Namensaktien** müssen spätestens am 15. April 1986 ihr Vorhaben, an der Hauptversammlung teilzunehmen, der Gesellschaft in der Weise zur Kenntnis bringen, wie in dem ihnen zugeschickten Einberufungsschreiben angegeben:

– für Aktien, die in dem Register in Eindhoven eingetragen sind, in der Geschäftsstelle der Gesellschaft:

– für Aktien, die in dem Register in New York eingetragen sind, in der Geschäftsstelle der Bankers Trust Company, Corporate Trust & Agency Group, P.O.Box 318, Church Street Station, New York, N.Y. 10015.

Bitten um Zusendung des Philips Geschäftsberichtes 1985 sind zu richten an N.V. Philips' Gloeilampenfabrieken (Corporate Finance Economic Information Centre), Postfach 218, 5600 MD Eindhoven, Niederlande.

Eindhoven, den 1. April 1986



PHILIPS

Atlas Copco Aktiebolag

Nacka bei Stockholm

Einladung zu einer ordentlichen Hauptversammlung

Die ordentliche Hauptversammlung der Atlas Copco Aktiebolag findet **am Donnerstag, dem 24. April 1986, um 17.00 Uhr** im Grand Hotel „Vintertradgaarden", Stallgatan 4, Stockholm, statt.

Die Versammlung hat u. a. folgende Angelegenheiten zu behandeln:

Vorlage des Rechenschaftsberichts und des Revisionsberichts des Verwaltungsrats und des geschäftsführenden Direktors; Vorlage des konsolidierten Rechenschaftsberichts und des konsolidierten Revisionsberichts; Genehmigung der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanzrechnung sowie der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung und der konsolidierten Bilanzrechnung, Entlastung des Verwaltungsrats und des geschäftsführenden Direktors; Beschluß über die Verwendung des in der Bilanzrechnung ausgewiesenen Gewinns, Wahl der Verwaltungsratsmitglieder und ihrer Stellvertreter; Wahl der Revisoren und ihrer Stellvertreter; Anfrage eines Aktionärs wegen der Tätigkeit der Gesellschaft in Südafrika; sonstige Angelegenheiten, die der Versammlung ordnungsgemäß vorgelegt worden sind.

Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, müssen spätestens am Montag, dem 14. April 1986, in das von der Wertpapier-Registrierungs-Zentrale (Vaerdepapperscentralen VPC AB) geführte Aktionärsregister der Gesellschaft eingetragen sein und sich entsprechend der Satzung spätestens bis Montag, den 21. April 1986, vor 16.00 Uhr bei dem Verwaltungsrat unter der Adresse Atlas Copco AB, S-10523 Stockholm, Schweden, anmelden.

Der Verwaltungsrat hat vorgeschlagen, eine Dividende in Höhe von skr 6,50 für das Geschäftsjahr 1985 je Namensaktie auszuschütten.

Der Stichtag, an dem die im Aktionärsregister aufgeführten Aktionäre zum Empfang der Dividende berechtigt sind, wird in der Mitteilung der Hauptversammlung über die Ausschüttung der Dividende bekanntgemacht. Der Verwaltungsrat schlägt den 29. April 1986 als Stichtag der Ausschüttung der Dividende vor. Wenn die Versammlung demgemäß beschließt, wird voraussichtlich ab 7. Mai 1986 die Dividende durch VPC gezahlt.

Abwesende Aktionäre können sich in der Hauptversammlung durch Bevollmächtigte vertreten lassen.

Im April 1986

Der Verwaltungsrat

Bekanntmachung an die Miteigentümer am Sammelbestand des Deutschen Auslandskassenvereins AG (AKV)

Für die Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts aus Atlas-Copco-Aktien, die auf den Namen des AKV eingetragen und in Miteigentumsanteilen am Sammelbestand des AKV lieferbar sind, gilt folgendes:

Der AKV darf das Stimmrecht aus den Aktien nicht selbst ausüben. Der Miteigentümer am Sammelbestand kann jedoch bis spätestens 10. April 1986 über seine Depotbank beantragen, daß bis zur Höhe seines Sammeldepotguthabens vorübergehend Atlas-Copco-Aktien in Form von VPC-Zertifikaten auf seinen Namen umgeschrieben werden. Gleichzeitig ist die Depotbank zu bevollmächtigen, nach Beendigung der Hauptversammlung die Aktien zur Herstellung der Lieferbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland wieder auf den Namen des AKV zurückzuübertragen. Die vorübergehende Umschreibung der Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung wird für den Miteigentümer am Sammelbestand kostenlos durchgeführt.

Im April 1986

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft

Bekanntmachung

Zulassungsantrag

Die VEREINS- UND WESTBANK AG, Hamburg, das Bankhaus Neelmeyer AG, Bremen, die Commerzbank AG, Filiale Bremen, die Deutsche Bank AG, Filiale Bremen, und die Bremer Bank, Niederlassung der Dresdner Bank AG, haben den Antrag gestellt,

DM 22 700 000,– neue, auf den Inhaber lautende Aktien aus der Kapitalerhöhung 1986 mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1986 – Wertpapier-Kenn-Nr. 811 701 –

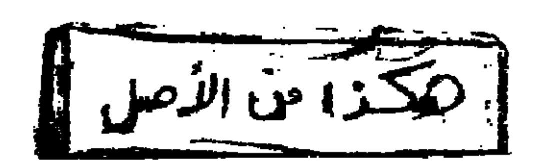
der

VEREINS- UND WESTBANK Aktiengesellschaft, Hamburg,

zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Bremer Wertpapierbörse zuzulassen.

Bremen, den 3. März 1986

Bremer Wertpapierbörse
Zulassungsstelle



STANDPUNKT / *Schusters Entscheidung*

Der Ostermontag brachte das Ende einer langen Affäre: Bernd Schuster, der blonde Mittelfeldstar des FC Barcelona, hat Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer seine endgültige Absage für die Teilnahme an der Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko mitgeteilt. So sehr Beckenbauer darüber enttäuscht gewesen sein mag, er hat den Entschluß des Spanien-Profis sehr emotionslos abgehakt – es blieb ihm ja auch gar nichts anderes übrig.

Dafür haben denn, wie nicht anders zu erwarten war, etliche Kommentatoren das definitive Nein mit der entsprechenden Häme begleitet. Schuster wurde als „Feigling" bezeichnet, als einer, der wieder einmal davor gekniffen habe, Verantwortung zu übernehmen. Womit erneut klar wurde, daß eine ausgewogene und mithin sachliche Diskussion über das komplizierte Thema hierzulande nur sehr schwer in Gang zu bringen ist. Nicht zuletzt deshalb hat der Ex-Kölner dem Teamchef den Korb gegeben.

Betrachtet man die Dinge indes nüchtern, kann man Schusters Absage sehr wohl akzeptieren, denn tatsächlich wäre dessen Combeback zur WM vor allem aus zwei Gründen reichlich problematisch gewesen. Punkt eins: Der Mittelfeldspieler hat nach einer fast dreimonatigen Verletzungspause am vergangenen Sonntag zum erstenmal wieder 90 Minuten durchgespielt – und nach eigener Einschätzung nicht besonders gut. „Mir wäre es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht gelungen, meine Konditionsrückstände bis Mexiko aufzuholen", sagte Schuster. Womit wir bereits bei dem noch entscheidenderen Punkt zwei wären: Ein Schuster, der nicht in der Höchstform ist, die ihm wohl jeder abverlangt hätte, wäre unter dem öffentlichen Erwartungsdruck voraussichtlich eingebrochen.

Nun aber ist das Thema vom Tisch, und ganz sicher wird deswegen nach dem ewigen Hin und Her der letzten Monate Erleichterung bei vielen einkehren. Vor allem bei den Nationalspielern sebst. Als Beispiel dafür steht der Hamburger Felix Magath, der das Schuster-Nein so kommentierte: „Endlich herrscht für uns alle Klarheit".

Daß Schuster für Mexiko ausfalle, müsse nicht bedeuten, daß seine Mannschaft bei der WM chancenlos sei, hat Beckenbauer hinzugefügt. Und noch weniger bedeutet die Absage einen generellen Abschied des Mittelfeldspielers von der Nationalmannschaft.

Nach der Welt- und für die Europameisterschaft 1988 in der Bundesrepublik ist Schuster wieder ein Thema. BERND WEBER

GALOPP / Gestüt Pfauenhof und eine traurige Bilanz in der Zucht

Innerhalb von fünf Jahren sind vier Deckhengste eingegangen

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Das Harzheim-Rennen auf der Kölner Galopprennbahn in Weidenpesch hatte sich in den letzten Jahren zu einem aufschlußreichen Rennen für den Derby-Jahrgang entwickelt, 1985 siegte mit Acatenango immerhin dort der spätere Derbysieger. Am Ostermontag endete die Prüfung mit einer Überraschung: Es siegte der Hengst Goldpfau aus der Zucht des Gestüts Pfauenhof mit Jockey Andrzej Tylikki. Die Pferde aus den etablierten Ställen landeten nur auf den Plätzen, vor allem der 19:10-Favorit Alamitos aus dem Gestüt Schlenderhan enttäuschte als Vierter restlos.

Zehn Jahre lang gibt es jetzt das Gestüt Pfauenhof, das der Kölner Kaufmann Egon Kessler in Utzerath in der Südeifel gründete. Pfauen gibt es dort tatsächlich, der „Chef" heißt Egon, wie der Besitzer. Allerdings machte die Zuchtstätte zunächst durch einen wohl einmaligen, kaum zu überbietenden traurigen Rekord auf sich aufmerksam. Innerhalb von nur fünf Jahren sind dort vier Deckhengste eingegangen.

Das unheimliche Todesdrama begann 1976. Der für 17 000 Mark gekaufte Hengst Uditore wurde beim zweiten Deckversuch von der austeilenden Stute Gilde getroffen, mit einem Splitterbruch am Vorderfußwurzelgelenk blieb nur die Einschläferung. Die Versicherungssumme war mit dem Kaufpreis identisch. Gilde ist die Mutter des Überraschungssiegers Goldpfau, den Egon Kessler als Jährling für circa 25 000 Mark an Rüdiger Kock aus Simmerath bei Aachen verkaufte.

Nachfolger Uditores wurde Benedikt, früher im Besitz des ehemaligen Regierungssprechers Peter Boenisch, für den er 1974 Derbydritter war. Benedikt verletzte sich in der Box so schwer, daß wieder nur die Tötung blieb. Kessler kassierte 60 000 Mark von der Versicherung.

Rubens ist der nächste Deckhengst auf dem Pfauenhof, nach einer Kolik erwachte er in der Uni-Tierklinik von Gießen nicht mehr aus der Narkose. Kesslers nächster Versuch wurde mit einem der populärsten deutschen Rennpferde der siebziger Jahre unternommen. Der Fuchshengst Garzer erwies sich vor allem als Held vieler Schlachten in Iffezheim. Sein Ableben in der Eifel vollzog sich blitzschnell. Lähmungserscheinungen befielen den gesamten Körper, mit viel Mühe transportierte man ihn noch in die Klinik von Gießen, wo er an einer rätselhaften Vergiftung einging. Kessler: „In der Öffentlichkeit geisterte das Gerücht herum, wir würden mit den Versicherungen gute Geschäfte machen. Aber das ist absolut nicht wahr. Durch die Unglücksserie ist ein Schaden entstanden, den keine Versicherung wettmachen konnte."

In seiner Verzweifelung ließ Protestant Kessler den Hof vom katholischen Pfarrer einsegnen. Den Tip gaben die Dorfbewohner.

Trainer von Goldpfau ist Egon Kesslers Sohn Marco (26), der früher im Supermarkt des Vaters in Köln eine Lehre absolvierte, dann aber über Stationen in Köln-Roggendorf, Schaesberg (Niederlande) und Krefeld in die Stallungen einzog, die bis Ende 1985 Ossi Langner in Gelsenkirchen nutzte.

FUSSBALL / Heute Halbfinalspiele im Europacup – Werder Bremens Pech

Bei Köln und Uerdingen rollt endlich der Rubel

sid, Düsseldorf

Das Mexiko-Fieber steigt, und der Fußball-Europapokal wird seinem Ruf als Millionenspiel wieder gerecht: Im Halbfinale rollt der Rubel. Erneut setzt das Schlagerspiel Inter Mailand gegen Real Madrid, das vorweggenomme Finale, im UEFA-Cup neue Rekorde.

Der Klub von Karl-Heinz Rummenigge kommt gegen Madrid aus dem Verkauf der längst vergriffenen 83 000 Karten im Meazza-Stadion auf eine Brutto-Einnahme von 1,68 Milliarden Lire – umgerechnet rund 2,5 Millionen Mark. Dazu noch 1,5 Millionen Mark aus Fernseh- und Werberechten.

Von solchen Summen können die beiden im Europacup-Rennen verbliebenen Bundesligaklubs zwar nur träumen, aber auch beim Pokalsieger Bayer Uerdingen und dem 1. FC Köln im UEFA-Cup dürfte die Kasse stimmen. Die Kölner erwarten heute (20.15 Uhr) im Hinspiel gegen den Provinz-Klub KSV Waregem 45 000 bis 50 000 Zuschauer und eine Einnahme von 750 000 Mark. Allein aus Belgien wurden Tickets für 100 000 Mark gebucht.

Auf dem Weg ins Halbfinale brachten insgesamt 78 000 Besucher den Kölnern im UEFA-Pokal schon gut eine Million Mark und stopften die Löcher im Etat. Und bei einem Einzug ins Finale ginge der Traum von Inter oder Real in Erfüllung. Gegen Waregem lockt Schatzmeister Karl-Heinz Thielen mit einer Prämie von 8000 Mark.

Die bislang als „graue Maus" abqualifizierten Uerdinger sind spätestens seit ihrer 7:3-Aufholjagd gegen Dresden in aller Munde. Die Bayer-Akteure lockten zum Europacup-Debüt schon 52 000 Besucher an und kassierten pro Mann bereits 17 000 Mark an Prämien. Mit einem Erfolg gegen Atletico Madrid, das den Krefelder Vorortklub heute (21.00 Uhr) empfängt, kämen 9000 Mark hinzu.

Sportlich sind Uerdingen und Köln hinlänglich gewarnt. Atletico Madrid, im Meistercup-Finale von 1974 erst in der Wiederholung an Bayern München gescheitert, und Waregem schalteten auf dem Weg ins Halbfinale die früheren Europacup-Gewinner Celtic Glasgow und AC Mailand aus.

Atletico ist noch ungeschlagen und gewann bislang alle Auswärtsspiele. „Die Mannschaft ist abwehr- und konterstark", sagt der Bremer Mirko Votava über seine früheren Kameraden. Die Uerdinger erhoffen sich im Rückspiel am 16. April wie schon gegen Jupp Derwalls Klub Galatasaray Istanbul eine mit 27 000 Zuschauern ausverkaufte Grotenburg-Kampfbahn.

Franz Beckenbauer muß weitere Europacup-Erfolge von Uerdingen und Köln mit gemischten Gefühlen betrachten, würden sie doch die Terminenge und damit die Probleme in der WM-Vorbereitung noch steigern. „Vom Papier her hat Köln bessere Chancen als Uerdingen, aber Atletico ist nicht mehr so stark wie früher", beurteilt der DFB-Teamchef die Aussichten des Bundesliga-Duos und fügt an: „Ich traue beiden die Endspielteilnahme zu."

Die Uerdinger und Kölner selbst sind ebenfalls zuversichtlich. „Wir sind längst noch nicht satt", sagt Nationallibero Matthias Herget angesichts des Prämien-Berges von 85 000 Mark, den es bei Bayer in dieser Saison schon zu verdienen gab. Herget, der Uerdingen verlassen will, obwohl er noch vertraglich gebunden ist, hat dieses Thema ausgeklammert, um die Konzentration nicht zu stören.

Auch die Dauerbelastung der Mannschaft durch zahlreiche englische Wochen soll die Werkself nicht hindern. „Der Akku ist noch nicht leer. Sieger kennen keine Müdigkeit", meint Wolfgang Funkel. Die Kölner müssen ohne Littbarski, Engels und Dickel auskommen und haben dazu noch vier angeschlagene Spieler, dennoch sagt Trainer Georg Keßler, Intimkenner des belgischen Fußballs: „Waregem ist zwar ein unangenehmer Gegner, aber wir werden unsere Chance nutzen und erstmals ein Finale erreichen."

Pokal der Landesmeister:
Göteborg – Barcelona
Anderlecht – Bukarest
Pokal der Pokalsieger:
Atletico Madrid – Uerdingen
Kiew – Dukla Prag
UEFA-Pokal:
Köln – Waregem
Inter Mailand – Real Madrid
Die Rückspiele finden am 16. April statt.

Lange ohne Burdenski?

BERND WEBER, Bremen

Er habe schon richtig Angst vor jedem Abschlußtraining, meinte Werder Bremens Trainer Otto Rehhagel, denn da fielen ihm mit schöner Regelmäßigkeit immer wieder die besten Spieler aus. Vor der Begegnung bei Borussia Dortmund wieder: Stammtorhüter Dieter Burdenski mußte wegen eines Bandscheibenvorfalls passen – und so kam denn beim 1:1 im Westfalenstadion vor 46 000 Zuschauern Ersatzmann Klaus Funk (32) zu seinem ersten Bundesligaeinsatz, seit er vor fünf Jahren von Werder verpflichtet worden war.

Natürlich war Rehhagel vor dem Anstoß nervös, aber am Ende der zwar spannenden, doch keineswegs hochklassigen Partie konnte er Funk ein dickes Kompliment machen. Nämlich dieses: „Er hat sich großartig in die Mannschaft eingefügt und keinen einzigen Fehler gemacht." Genauso war es. Funk, der nach eigenem Eingeständnis zunächst selbst mit den Nerven zu kämpfen hatte, gab der Bremer Abwehr gleich in den Anfangsminuten mit zwei großartigen Paraden bei Schüssen von Raducanu und Loose Sicherheit. „Danach", so meinte der Ersatzmann strahlend nach dem Abpfiff, „lief es dann ganz von allein."

Ob Funk auch am kommenden Freitagabend gegen Bayer Leverkusen im Weserstadion im Tor stehen wird, ist im Moment noch unklar. Burdenski hat gestern erst einmal Wärmepackungen und Massagen bekommen, eine Linderung seiner Schmerzen ist freilich noch nicht so recht eingetreten. Fest steht indes jetzt schon, daß Funk sein Engagement in Bremen nach dieser Saison beenden muß. Werder-Manager Willi Lemke zur WELT: „Mit Burdenski und Oliver Reck stehen unsere beiden Torleute für die neue Meisterschaftsserie fest. Funk hat allerdings jetzt Gelegenheit, sich für einen anderen Verein zu profilieren."

Das Restprogramm der beiden Titel-Aspiranten:

Werder Bremen: (76:37 Tore/45:13 Punkte), Leverkusen (H), Uerdingen (A), Gladbach (H), München (H), Stuttgart (A). – **Bayern München:** (68:31/41:17), Kaiserslautern (H), Dortmund (A), Leverkusen (H), Bremen (A), Gladbach (H).

NACHRICHTEN

Großwallstadt: Lospech

Basel (dpa) – Pech für Großwallstadt: Der Bundesliga-Tabellenführer erhielt bei der Auslosung des Handball-Europapokal-Halbfinals in Basel den rumänischen Pokalsieger Minaur Baia Mare zugelost. Das Hinspiel findet zwischen dem 7. und 13. April statt, das Rückspiel am 20. April in Elsenfeld.

Drei erklärten Rücktritt

Ruhpolding (dpa) – Walter Pichler (Ruhpolding), Florian Hüttner (Bad Tölz) und Gottfried Hiemer (Peiting) haben nach Unstimmigkeiten mit den Trainern der Biathlon-Nationalmannschaft ihren Rücktritt erklärt.

Drei Neuzugänge

Mannheim (dpa) – Mit Verteidiger Sepp Klaus (Iserlohn), Linksaußen Ron Yonkhans und Mittelstürmer Georg Fritz (beide Schwenningen) meldet der Eishockey-Bundesligaverein ERC Mannheim bereits drei Neuzugänge. Als neuer Trainer wird Ladislav Olejnik favorisiert, der die Mannschaft schon einmal betreute.

Becker wieder Fünfter

Paris (dpa) – Wimbledonsieger Boris Becker (Leimen) nimmt in der Tennis-Weltrangliste wieder den fünften Platz ein. Vor ihm rangieren Lendl (CSSR), McEnroe (USA), Wilander (Schweden) und Connors (USA). Von Platz 119 auf den 48. rückte der Neusser Eric Jelen vor. Maurer ist als 31., Westphal als 49. und Schwaier als 69. aufgeführt.

Wosik besiegt Chinesen

Neuss (sid) – Der deutsche Tischtennis-Nationalspieler Ralf Wosik aus Düsseldorf besiegte im Finale des erstklassig besetzten Osterturniers in Neuss den Chinesen Xu Zengcai überraschend deutlich mit 21:18, 21:13 und 23:21. Wosik erhielt eine Siegprämie von 700 Mark.

ZAHLEN

TENNIS

Gold-Star-Cup in Köln, erste Runde, Herren-Einzel: Reglewski (Deutschland) – Aerts (Brasilien) 7:5, 7:5, Perkiss (Israel) – Dyke (Australien) 6:1, 6:4, Edmondson (Australien) – Schapers (Holland) 6:4, 6:4.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 1, 21, 22, 33, 40, 42. Zusatzspiel: 27. – **Elferwette:** 0, 0, 1, 0, 1, 1, 2, 0, 1, 2, 0. (Ohne Gewähr)

TISCHTENNIS / Unruhe vor der EM in Prag

Unklarheit um Olga Nemes: Darf sie ungehindert ein- und ausreisen oder nicht?

sid/dpa, Düsseldorf

Kommt Olga, oder kommt Olga nicht? Eine Frage, die vier Tage vor Beginn der 15. Tischtennis-Europameisterschaften in Prag (5. bis 13. April) die Diskussionen im deutschen Lager beherrscht. Stand der Dinge: Europas Ranglisten-Erste Olga Nemes (Saarbrücken) wird wohl ihren Platz in der Lufthansa-Maschine am Donnerstag (9.20 Uhr) ab Frankfurt nicht einnehmen. Denn bis dato haben die CSSR-Behörden trotz des Einschaltens höchster politischer Gremien nicht erklärt, daß die 17 Jahre alte gebürtige Rumänin ungehindert ein- und auch wieder ausreisen kann. „Wir hoffen bis zur letzten Minute", erklärte Generalsekretär Norbert Wolf vom Deutschen Tischtennis-Bund (DTTB).

Beim Prager Organisationskomitee versteht man die ganze Aufregung nicht. Noch am Montag hatte es geheißen, „daß Olga auf keinen Fall wegen ihrer Emigration aus Rumänien irgendwelche Schwierigkeiten bekommen wird". Schon Anfang Februar hatte der Veranstalter gesagt, daß alle bis zum 31. Januar für die EM Nominierten ein Visum bekommen würden. Das Problem bei der 17jährigen Olga ist, daß sie, obwohl inzwischen Deutsche, auch immer noch die rumänische Staatsbürgerschaft besitzt. Saarbrückens Manager Georg Rebmann hatte beim Europacup-Halbfinale in Ungarn schon auf sie verzichtet: „Das Risiko ist einfach zu groß, weil es nach wie vor Auslieferungsabkommen zwischen den Ostblock-Staaten gibt."

Während der EM wird sich Olga Nemes nicht in Europa aufhalten: Sie wird nach Israel fliegen, ein bißchen Urlaub, ein bißchen Training. Der Ausstieg ist verständlich: Schon 1984 mußte sie wegen derselben politischen Probleme auf einen Start bei der EM in Moskau verzichten.

Olga Nemes hat die „für unsere Verhältnisse optimale Vorbereitung" – so Chef-Bundestrainer Charles Roesch – der zehn EM-Kandidaten des DTTB so mitgemacht, als würde sie in der 1,2-Millionen-Stadt Prag starten. „Aber wir haben alle darauf vorbereitet, daß Olga ausfällt. Dann soll der Rest eine Trotzreaktion zeigen, beweisen, daß es auch ohne die Nummer eins geht", schwört der 64 Jahre alte Franzose Roesch seine Leute ein.

Der DTTB hat seine Fürsorgepflicht wahrgenommen: „Olga wurde von keinem gedrängt, nach Prag zu fahren. Man kann da kein Risiko eingehen. Es werden noch viele Welt- oder Europameisterschaften stattfinden, an denen sie teilnehmen kann", sagt Roesch. Er bedauert aber trotzdem, wenn es zur endgültigen Absage kommt, „denn sie hat eine sehr gute Chance". Olga Nemes selbst sagt: „Ich will nach Prag, aber ich habe Angst!" Und ihr Vormund Rudi Stumper ging stets davon aus, daß sie nicht zur EM fliegt.

Tatsächlich wäre die dreifache deutsche Meisterin dieses Jahres einzige Medaillenhoffnung für den DTTB, der 1984 in Moskau leer ausging, seine letzten EM-Edelmetalle (Silber Damenmannschaft, Bronze Ursula Kamizuru) vor vier Jahren in Budapest holte. 1984 im Luschniki-Sportpark von Moskau erlebte Roesch mit Platz zehn für die Damenmannschaft und Platz neun für die Herren das schlechteste Abschneiden von DTTB-Teams in der EM-Geschichte seit der Einführung 1958.

Diesmal setzt Mathematik-Professor Roesch zu großen Teilen auf die Jugend: 21,3 Jahre sind seine zehn Spieler im Durchschnitt alt, der 119malige Internationale Peter Stellwag (Reutlingen) ist mit 29 der Älteste, Katja Nolten (Kaiserberg), geboren am 16. Februar 1970, mit 16 die Jüngste. Und mit Jörg Roßkopf (Frankfurt/16), dem Düsseldorfer Steffen Fetzner (17) und Olga Nemes hat Roesch weitere ganz junge Aktive nominiert. „Wir alle sind heiß, und ich glaube, daß es nicht schlecht laufen wird. Wir Jungen wollen eines, nämlich gut spielen", meinte Steffen Fetzner.

Für seine Herrenmannschaft sagt Charles Roesch einen Platz „von fünf bis acht" voraus. Die Damen – ob mit oder ohne Olga Nemes – müßten ebenfalls in diese Region eingestuft werden. „Aber wenn es ganz schlecht kommt, könnten die Mädchen auch gegen den Abstieg spielen", sagt Roesch. Medaillenchancen in den Einzel-Disziplinen kann der Elsässer außer bei Olga Nemes nicht erkennen.

In Prag sind vier der sieben Titel vakant. Walentina Popowa, 1984 in ihrer Heimatstadt Moskau vierfache Europameisterin, wurde in der Zwischenzeit Mutter und ist nicht mehr aktiv. Damit sind Damen-Einzel, Damen-Doppel und gemischtes Doppel frei für Nachfolger, und auch im Herren-Einzel, der „Krone" einer jeden EM, ist der Schwede Ulf Bengtsson als Sensationssieger von 1984 nicht am Start.

MOTORSPORT

Tödlicher Unfall bei Rallye

sid, Eldoret

Die Safari-Rallye in Kenia wurde am vorletzten Tag von einem tödlichen Unfall überschattet. Betroffen war das VW-Werksteam Kenneth Eriksson/Peter Diekmann (Schweden/Solingen), das nach einem Vorderachsbruch von der Strecke kam. Der Golf erfaßte einen 40 Jahre alten Einheimischen. Der Mann erlitt tödliche Verletzungen. Eriksson/Diekmann gaben den vierten Rallye-WM-Lauf sofort auf. Sie wurden mit einem Schock, aber glücklicherweise unverletzt, in das Katamega-Hospital gebracht. Nach einer Untersuchung wurden sie nach Nairobi zurückgebracht. Das Unglück passierte vor der 53. von 71 Zeitkontrollen. Durch den Vorderachsbruch war das Fahrzeug außer Kontrolle geraten.

Defekte machten auch den anderen Teilnehmern schwer zu schaffen. So mußten der ehemalige Deutsche Rallye-Meister Erwin Weber aus Neufahrn und sein Copilot Gunter Wanger aus Ludwigshafen die Hoffnungen auf den Gewinn der Safari-Rallye in der Nacht zum Dienstag vorläufig zurückstellen. Ihre Toyota Celica blieb ebenfalls vor Katamega mit einem Hinterachsdefekt liegen. Weber/Wanger verloren 71 Minuten auf ihre weiterhin führenden Teamgefährten Björn Waldegaard/Fred Gallagher (Schweden/Großbritannien) und fielen auf den dritten Platz zurück. Vor diesem Mißgeschick besaßen sie beste Chancen, an die Spitze vorzufahren, denn Waldegaards Toyota hatte mit einer defekten Hinterachse 67 Minuten verloren.

Dennoch strebt das Toyota-Team den Hattrick im kenianischen Busch an. Und das gleich in doppelter Hinsicht: Waldegaard/Gallagher führten nach 61 Zeitkontrollen und dem Zwischenziel Eldoret nordöstlich des Viktoria-Sees mit 248 Strafminuten vor Lars-Erik Torph/Bo Thorzelius (Schweden) und Weber/Wanger (alle Toyota Celica). Das Toyota-Werksteam hatte die Safari-Rallye bereits in den letzten beiden Jahren gewinnen können.

Erschwert wurde der Wettbewerb durch sintflutartige Regenfälle, die die zuvor staubige Piste in eine Schlammlandschaft verwandelten. So blieben die meisten Teilnehmer in dem morastigen Boden stecken. Am Dienstag hatte die Rallye bereits zwei Stunden Verspätung auf ihren Zeitplan.

Der Zieleinlauf in Nairobi ist für heute morgen, 10.00 Uhr vorgesehen.

Jede Nacht einige nachdenkliche Minuten im ersten Programm

Sandmann Kuli streut Gedichte

„Preisend sing ich die Musen und singe Zeus und Apollon, denn von den Musen stammen und vom ferntreffenden Phoebos alle Liedersänger und Saitenspieler auf Erden." Mit Homer, Virgil, Cicero und Seneca, Schopenhauer, Kafka, Nietzsche und Tucholsky versucht seit Oktober jeden Abend Hans Joachim Kulenkampff zum Sendeschluß der ARD den oft schon dämmernden Zuschauer noch zu etwas Kopfarbeit anzuregen, zu „Nachtgedanken".

Und das macht er, unter der Federführung des Südwestfunks, recht erfolgreich: die Zahl der Zuschauer liegt, häufig weit nach Mitternacht, noch zwischen 400 000 und einer Million – allerdings verständlicherweise weit weniger, als „Kuli" mit seinem Quiz „Einer wird gewinnen (EWG)" zur Hauptsendezeit erzielte. Mal zwei, mal fünf Minuten lang erscheint Kulenkampff, meist in blauem oder grünem Strickjanker, und macht sich seine „Nachtgedanken".

Kuli (am 27. April wird er 65 Jahre alt) gibt sich dabei wie bei einer Volkshochschullesung. Er klappt seinen „Gute-Nacht-Digest" auf, inzwischen schon das zweite dicke Buch, und liest. Nein: Er trägt vor! Die Kamera bleibt in einer festen Einstellung und fährt am Schluß auf Kulis Gesicht, der bei den letzten Worten die Brille abnimmt und, in verschiedenen Varianten nachdenklich lächelnd, eine „Gute Nacht" wünscht. So erscheint er als Sandmann in jeder Nacht und nimmt damit mancher vorher gesendeten Katastrophenmeldung den Schrecken.

Konzentration auf das Autorenwort

Ist diese stereotype Präsentation der Texte unumgänglich? „Wir dachten zunächst auch an eine andere Dekoration, verwarfen sie aber. Wenn ich im Sportsakko vor einem lodernden Kaminfeuer im Sessel mit Pfeife und einer Bücherwand im Hintergrund sitzen würde, dann sähe das doch wie ein weltweit bekannter Tabak-Reklamefilm aus – Marke: Feuer, Pfeife ... Wie sitzt man denn zu solch einer Zeit vorm Fernseher? Doch in Filzlatschen und Hausjacke. Deshalb haben wir den Rahmen so spartanisch ausgerichtet, weil ein größeres Drumherum zu sehr ablenken würde von dem, was ich vortrage. Die Zuschauer sollen sich schließlich auf das Autorenwort konzentrieren und nicht auf meine Person", meint Kulenkampff. Deshalb auch wird sein Name nicht erwähnt – übrigens ist das bei ihm ja wohl auch nicht nötig.

Aufgezeichnet wird mit nur einer Kamera. „Nicht aus Sparsamkeitsgründen, sondern in der Absicht, keinen Schnitt zu bekommen. Das gibt mehr Live-Charakter. Diese Arbeit verlangt aber auch eine enorme Konzentration, denn wenn ich mal patze, muß alles wiederholt werden. Bei vier Minuten Nietzsche z. B. keine Kleinigkeit." Kulenkampff hält sich immer eine Woche lang in München auf, jeden Tag werden dann bis zu zehn Sendungen in den Bavaria-Studios gedreht. Der Produktionspreis für zwei Sendeminuten liegt bei 500 Mark, inklusive Kulis Honorar.

Mindestens bis zum Ende dieses Jahres sind die „Nachtgedanken" fest eingeplant. Ein Redakteur des SWF hat die Aufgabe, die Stücke auszuwählen. Dem Sender liegt bereits von mehreren Verlagen der Wunsch vor, die Spezialzusammenstellung aus 4000 Jahren Literaturgeschichte drucken zu dürfen – natürlich mit Kuli auf dem Cover. Beim SWF ist man zufrieden mit dem Nachtstar, denn, wie heißt es doch in Homers „An die Musen": „Selig ist er, den die Musen lieben, ihm fließt melodisch von seinen Lippen die Stimme."

ROLF PETERS

Boris leider nicht für alle

da – Wieder hat es SAT-1 geschafft, einen Sport-Leckerbissen für sich und seine Zuschauer zu reservieren: die öffentlich-rechtlichen Anstalten konnten nichts von Boris Beckers Endspielsieg gegen Ivan Lendl in Chicago zeigen. Denn der private Sender hatte – ohne überhaupt zu wissen, ob Becker an dem Turnier teilnimmt – bereits vor Wochen die Übertragungsrechte nach Deutschland gekauft. Daß die Masse der Zuschauer deswegen ein Ostern ohne Boris feiern mußte, liegt einzig und allein an der schleppenden Verkabelung und den vielen Gesetzeshindernissen, mit denen der private Sender aufgehalten wird. SAT-1, der für Übertragungsrechte von Sportveranstaltungen viel Geld ausgibt, hat auf diese Weise einen Weg gefunden, den Appetit auf sein Programm zu steigern.

Daß vom Uefa-Pokalspiel des 1. FC Köln heute nur drei Minuten im ZDF gezeigt werden, liegt allerdings nicht an Auseinandersetzungen um die Übertragungsrechte – der Kölner Verein läßt keinen längeren Bericht zu, weil er lieber ein volles Stadion hat. Das Team braucht eben die Unterstützung von den Rängen.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Die Reportage
11.10 Oft passiert es unverhofft
11.50 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Frauengeschichten
16.45 Die Spielbude
20.00 Tagesschau
20.15 Die Grünstein-Variante
Deutscher Spielfilm (1984)
Buch: Wolfgang Kohlhaase und Bernhard Wicki
Mit Fred Düren, Klaus Schwarzkopf, Jörg Gudzuhn u. a.
Regie: Bernhard Wicki
In einem Pariser Gefängnis 1939. Drei Männer kämpfen verzweifelt gegen ihre Abschiebung ins Ausland: der Deutsche Lodek, ein leidenschaftlicher Schachspieler; ein Grieche und der Jude Grünstein aus Polen. Lodek allein wird auf Fürsprache des Direktors entlassen.
22.00 Brennpunkt
Thema: Geheimabkommen SDI – Partnerschaft oder Unterwerfung?
22.30 Tagesthemen
23.00 Susi
O, du fröhliche ...
Regie: Michael Pfleghar
23.45 James Cagney: That yankee doodle dandy
Dokumentation von Richard Schickel
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Schutzgeld
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
Die gute Idee des Waschbären
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
Rikki
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
19.00 heute
19.30 Direkt
Vorgesehene Beiträge:
Gespräche mit aktiven Tierrechtlern
Porträt der tschechoslowakischen Hauptstadt Prag mit Tips für Jugendliche
Musikporträt: Pete Lancaster und Band
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
Die Statue
21.45 heute-journal
22.05 Anstöße
Nach der Lehre arbeitslos?
Berichte von Monika Hoffmann, Simone Schmitt und Bernd Wiegmann
22.35 Die Sport-Reportage
Fußball-Europapokal
Halbfinale – Hinspiele
0.05 heute

SAT 1

18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 Sport auf SAT 1
19.45 Il Nero
Deutsch-ital. Spielfilm (1969)
Mit Tony Kendall u. a.
Regie: Claudio Gora
Der Bruder eines Gehenkten erfährt nach dessen Hinrichtung, daß drei Banditen das Gericht durch falsche Aussagen beeinflußt haben ...
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künste,
Sport, Quiz, Wetter
22.15 M – Ein Männermagazin
Von Managern, Muskeln, Motoren, Mut und Mädchen
22.45 Mit Tennisschläger und Kanonen
Feuerwerk in Hongkong
Russ, ehemals Ausbilder von Kelly und Scott, gilt als Überläufer. Die beiden erhalten den Auftrag, Russ zu liquidieren, werden aber von Russ durchschaut.
23.30 APF blick
Letzte Nachrichten



19.00 Nachbar Europa
Reisewege zur Kunst: Dänemark
19.45 Follow me (1)
What's your name?
20.00 Tagesschau
20.15 Graf Yoster gibt sich die Ehre
Traumland-Blues
und
Orchideen für Majella
21.05 ... und abends zu EINS PLUS
Die Unverbesserlichen
Fernsehspiel von Robert Stromberger
22.30 Die schwarze Narzisse
Englischer Spielfilm (1947)
0.05 Nachrichten zum Sendeschluß

3SAT

19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Gala für Stadt und Land
Ein volkstümliches Stelldichein mit Wysel Gyr
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 „Say good bye to the President"
Der Tod von Marilyn Monroe
Ermittlungen von Christopher Olgiati
23.00 Zeit, Geld, Phantasie
Franz Kreuzer im Gespräch mit Michael Ende
0.00 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.30 Andreas Schlüter
Deutscher Spielfilm (1942)
Mit Heinrich George u. a.
22.25 RTL-Spiel
22.30 Wer bin ich?
22.52 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Straelen
Informationen und Unterhaltung
21.45 Hobbythek
Körperpflege sanft und sauber
22.30 Sie tat ihm unrecht
Amerikanischer Spielfilm (1933)
(Original mit deutschen Untertiteln)
23.30 Abendschule
Französischer Kurzspielfilm (1967)
(Original mit deutschen Untertiteln)
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
19.15 Das internationale TV-Kochbuch
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.15 Hamburger Journal Spezial
21.00 Offerte
21.15 Das Licht der Gerechten
22.10 Flucht nach Berlin
Deutscher Spielfilm (1960)
Buch, Regie: Will Tremper
0.00 Nachrichten

HESSEN
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Persönlich
20.45 ... dann ist die Hinrichtung noch humaner!
21.30 Drei aktuell
21.50 Lindenstraße
Die Anzeige
22.20 Gerechtigkeit für Kate
Amerikanischer Fernsehfilm

SÜDWEST
19.30 Schönheitsköniginnen
Wahlen zur Miß Germany
20.15 Reisewege zur Kunst
Aragon und Soria
21.00 O. K. Nero
Italienischer Spielfilm (1952)
Mit Silvana Pampanini u. a.
Regie: Mario Soldati
22.30 Spanische Kunst (1)
Julio Gonzáles (1876–1942)
23.15 JoHo – Johannes Hoffmann
Porträt des früheren saarländischen Ministerpräsidenten
0.00 Nachrichten

BAYERN
20.50 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Levin und Gutman
13. Aufbruch
22.10 Z. E. N.
22.15 Lese-Zeichen
22.45 Hoffnung für Äthiopien?
Mit der Bundeswehr am Horn von Afrika
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

KRITIK

Kein Lachkoller mit Schenk

Runde vier Jahre ist es her, als das ZDF auf dem Festival in Montreux eine Köstlichkeit servierte: den Wiener Otto Schenk mit Opern-Kurzparodien unter dem Titel „Tosca auf dem Trampolin". Damals verulkte Schenk Szenen des Musiktheaters derart witzig, daß er dafür eine „Silberne Rose" bekam.

An diesen Erfolg wollten die Mainzer nun mit **Oft passiert es unverhofft** am Montagabend anknüpfen, einem Sammelsurium sogenannter Alltagsbeobachtungen. Da verdingt sich ein Mime in einer französischen Familie als Au-pair-Mädchen und muß erfahren, daß seine pantomimischen Fähigkeiten kein Ersatz für Sprachkenntnisse sind. Da wird einem Bergsteiger der Lektüre des Buches „Und ewig lacht der Berg" zum Verhängnis: in einem Lachkoller stürzt er vom Steilhang. Da installiert ein japanischer Klangexperte so hingerissen ob der technischen Raffinements eine Stereoanlage, daß er die Wohnung des Kunden demoliert.

Kurze 40 Minuten lang schlüpfte Schenk in allerlei Verkleidungen und Dialekte, gestikulierte und schwadronierte. Nur leider – er amüsierte nicht so recht. Er wollte schier den Bildschirm sprengen, aber die Episödchen waren zu dürftig konstruiert.

BRIGITTE HELFER

Tatort Brudermord

Manfred Krug, der in der Sesam-Straße mit den Kinderchen plaudert, der als verschlafener Rechtsanwalt knifflige Fälle aufbröselte und demnächst einem Detektivbüro vorstehen wird, spielte am Ostermontag einen pfiffigen Tatort-Kommissar. **Leiche im Keller** (ARD) war eine feingesponnene Geschichte. Freilich nicht so feingesponnen, daß Manfred sie nicht mit seiner Schnoddrigkeit auflöste wie eine Eins.

Der Zwilling Koslowski bringt den anderen Zwilling Koslowski um, schlüpft in dessen Haut, geht aber an der „Erblast" seines Bruders zugrunde, dieser nämlich war ein Mädchenhändler. Auf dem Schirm allerdings gerät die Geschichte zu einem süffigen Märchen, läßt die häuslichen Sorgen der Kommissare durchscheinen, kurz: Dieser Krimi ist eine Geschichte, die ihren Sinn behält, auch wenn die kriminologische Seite verwischt erschien.

Holger Mahlich oblagen beide Zwillinge, er spielte sie mit Unterscheidungsgeste und dennoch stets der Eineiigkeit eingedenk. Das Buch schrieb Kurt Bartsch.

VALENTIN POLCUCH

Konstantin auf dem Wecker

Michael Heltaus **10 Jahre Liedercircus** (ZDF) war gelungen. Es war dabei nicht so sehr der Überraschungseffekt, die Stars der ersten Sendung – Gisela May, Juliette Greco, Wecker und Mort Shuman – wiederzusehen. Zum Schmuckstück wurde sie, weil es ein Chansonfest wurde, in dessen Zentrum die Lieder des 1978 verstorbenen Jacques Brel standen. Nun gut, bei seinem Eingangslied ging Konstantin auch Gutwilligen auf den Wecker, als er über die „Weiße Rose" Parallelen zwischen Deutschland von 1943 und heute zu ziehen versuchte, aber dies blieb die einzige Dissonanz. Was am Ostermontag abends über den Bildschirm funkelte, machte Appetit auf die Fortsetzung des Liedercircus'.

PETER PHILIPPS

Unverhofft kommt oft

reich – Die Figur des Hamlet ist voll innerer Logik. Der im Kern seines Wesens, in dem Komplex seiner Wertbegriffe zutiefst getroffene, ja von Anfang an tödlich verletzte unfreiwillige Held der Affäre redet und handelt ja keineswegs irr und wirr; im Gegenteil: Sein Denken ist von schärfster sittlicher Sensibilität, und wenn er nicht tut, was jeder andere täte, dann offenbart sich darin eine äußerste sittliche Konsequenz. „Der Rest ist Schweigen", was sonst?

Und wie die Titelfigur, so ist auch das Stück voll innerer Logik – bis auf die Erscheinung des Fortinbras ganz am Ende. Der kommt rein zufällig, völlig unmotiviert. Wie er dann kommt am Ende des Stückes, kommt er als Deus ex machina, und selbst dies nicht als personifizierte Verlegenheitslösung, sondern geradezu unnötig, um nicht zu sagen: störend, da doch Horatio eben verkündet, dies alles mit Wahrheit melden zu können. Man ist versucht, mit Jacob Burckhardt zu folgern, was dieser gelegentlich der Tragödie bei den Griechen feststellt: „Wenn gar der Dichter nur auf diese Weise", mittels des Deus ex machina, „über die verdorbene Situation Herr zu werden vermag, so ist dies nicht mehr Drama, sondern Machtmißbrauch."

Allein, was bei jedem anderen Autor zu tadeln wäre; und selbst wenn die Unverschämtheit, mit der der Dichter den Fortinbras auftreten läßt, aus der Not geboren sein sollte und nicht ein genialer Einfall Shakespeares ist: so wirkt dieser Auftritt des Fortinbras dennoch höchst notwendig, eigentlich sinnvoll. Denn was hier jeder theatralischen Dramaturgie entbehrt, das ist die Dramaturgie des Lebens selbst. Daß da einer kommt ohne jeden ersichtlichen Grund und die schleifenden Zügel keck in die Hand nimmt, ist die Regie des Lebens selbst. Das hat Skakespeare, auch im „Lear", im „Macbeth", gewußt.

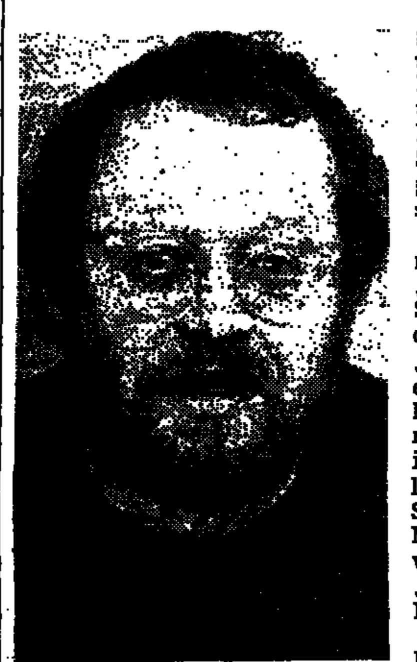
Wie ja auch der Volksmund weiß: Unverhofft kommt oft. Und es kommt, um die irritierte Ordnung wieder herzustellen, und dort, wo alles tot darnieder liegt, eine neue Ordnung zu etablieren, im „Hamlet" ohne weitere Legitimation als die der Pietät vor dem hingesunkenen legitimen Erben. Und also kommt Fortinbras, bei diesem Stand der Dinge, zwar als ein Deus ex machina, aber als einer, der wirklich ein Deus ist. Und drum haben wir oben von der Erscheinung des Fortinbras, nicht vom Erscheinen desselben gesprochen. Denn in der höheren Richtigkeit seines Kommens erscheint er uns als das reale Analogon zu der Erscheinung des toten Vaters von Hamlet.



Günther Rühle FOTO DPA



Peter Zadek FOTO: CHRISTA KUJATH



Jürgen Flimm FOTO: PETER PEITSCH

Von Hamburg bis Stuttgart: Neue Theaterintendanten, aber die alte Routine

Ein Karussell dreht ins Leere

Träume können etwas sehr Schönes sein. An ihnen hat es nicht gemangelt, als vor gut einem halben Jahr an acht der wichtigsten deutschen Schauspielhäuser neue Herren auf die Chefsessel kletterten. Stuttgarts Ivan Nagel zum Beispiel träumte vor Spielzeitbeginn in einem Interview: „In Jahren, in denen das Leben immer grauer wird und einbetoniert, in denen eine trübe Mischung von Selbstzufriedenheit und Verzweiflung ... herrscht ..., hat das Theater eine Sendung: klüger, wacher, aber auch farbiger, dichter, schöner zu sein als die Welt um uns."

Peter Zadek, in einer Art Blitz-Transfer ans Deutsche Schauspielhaus Hamburg berufen, träumte noch *ein wenig später* seinen ewigen Traum: „Theater muß sensationell sein!" Und der Germanist Günther Rühle, aus seinem FAZ-Denk-Kämmerlein an den nahen Tatort Städtische Bühnen Frankfurt gesprungen, *ahnte sich gar in klassische Höhen* hinein: Eine „Frankfurter Dramaturgie" wollte er schaffen; Lessings Nachfolger ante portas.

Die ersten Schlachten sind inzwischen längst geschlagen, den Träu*men die Siege* kaum gefolgt. Gerade in Stuttgart übertrifft die Theater-Tristesse „die Welt um uns" um mehrere Grau-Schleier. Der banalen Kolportage um das Zivilisationsproblem Aids („Wie du" von William Hoffmann) *folgte ein bunter Abend* namens „Bye bye Show Biz" von Jerome Savary. Und Michael Frayns Tschechow-Bearbeitung „Wilder Honig" verkam unter Arie Zingers Regie zu einer oberflächlichen, konzeptlosen Spielerei.

Kaum besser erging es Peter Zadek in Hamburg. Seine ersten beiden Neuinszenierungen „Die Herzogin von Malfi" (John Webster) und die Shakespeare-Komödie „Wie es euch gefällt" rannten verzweifelt der Sensation hinterher. Die erste ersoff im Blut, die zweite rieb sich an „Dallas" und „Schwarzwaldklinik" wund. Das Publikum zuckte mit den Schultern. Skandale lassen sich auch nicht mehr programmieren. Früher war alles besser.

Günther Rühle hatte es da ein wenig leichter: Wenn er schon mit den „normalen" Produktionen wenig Staat machen konnte, dann gab es doch wenigstens mit Fassbinders „Die Stadt, der Müll und der Tod" einige Schlagzeilen und die Dornenkrone des Märtyrers. Aber was sonst noch? Molières „Dom Juan"? Ohne innere Tragik. Shakespeares „Hamlet"? Sauber vom Blatt gespielt. Einar Schleefs Antiken-Projekt „Mütter"? Monomanisches Gekreische von 70 verrückten Weibern. Niebergalls „Datterich"? Anfang der Frankfurter Dramaturgie?!

Daß Heribert Sasses Bäume an Berlins Staatlichen Schauspielbühnen in den Himmel wachsen würden, war nach den Querelen um seine Berufung kaum zu erwarten. *Die Zahl* der Premieren war zwar gewaltig, aber mehr als solide Achtungserfolge sind dabei nicht herausgekommen. Ob Lessings „Nathan", von Bernard Sobel zum kalten Intellekt-Spiel ausgeglüht, ob Nestroys *„Talisman"*, von Sasse zum Spaß ohne tragischen Hintergrund hochgejubelt, oder Sartres „Die schmutzigen Hände", gleichfalls von Sasse als brave Kolportage wiedergegeben – mehr als Handwerk war *da selten zu sehen. Und zuletzt* gar Thomas Bernhards neues Stück „Einfach kompliziert" unter der Regie von Klaus André: Wiederholung der bekannt trüben Suppe aus Austrias Müllkübeln. Nun denn ...

Am schlimmsten aber hat es wohl die Kölner getroffen. Nach kaum einem halben Jahr hat der Regisseur Horst Siede den Kram hingeschmissen. Klaus Pierwoß steht nun allein da und muß die Suppe ohne talent*kräftige Unterstützung auslöffeln.* Auf der Bühne selbst gab es kaum etwas Bemerkenswertes. Alfred de Mussets „Lorenzaccio" wurde, obwohl beachtlich, von der Kritiker-Mafia niedergemacht, weil das Kölner *Direktorium dem Kunstkartell noch* nicht angehört. Zweimal (bei „Fenn" von Caryl Churchill und Schillers „Maria Stuart") wurde die Regie niedergelegt – die Ergebnisse waren entsprechend indiskutabel. Ernst Wendt *machte aus* Strindbergs „Gespenstersonate" ein unmenschliches Jahrmarktsspektakel. Und die Uraufführung von Stefan Dähnerts „Erbe um Erbe" hätte sich bestenfalls ein Amateurtheater leisten können.

Demgegenüber nehmen sich die Erfolge mit Neu-Berufungen spärlich aus. Jürgen Flimm hat gemeinsam mit seinem Hausregisseur Gosch das Hamburger Thalia-Theater aus dem Tief herausgeführt. Seine Ibsen-Inszenierung „Peer Gynt" und Goschs Kleist-Interpretation „Penthesilea" gehören zum Besten, was man in dieser Spielzeit sah. Gleichwohl verdarb sich Flimm in seiner politisch moralisierenden Beflissenheit selbst die weiße Weste, als er Theatermittel für den Stammheim-Film abzweigte. Auch das gehört zu einem guten Intendanten: Seine persönlichen Überzeugungen nicht aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren.

Luc Bondy scheint dagegen das Niveau der Berliner Schaubühne unangefochten halten zu können, auch wenn die Uraufführung der „Fremdenführerin" von Botho Strauß ein wenig zu hoch ins Mythische griff. Was Hansgünter Heyme schließlich in Essen leisten wird, kann man noch nicht sagen. Er ist mit Verspätung gestartet und bot bislang nur, was er aus Stuttgart mit ins Ruhrgebiet brachte.

Unter dem Strich also hat das berühmt-berüchtigte Intendanten-Karussell wenig Aufregendes gebracht. Die Ursachen dafür lassen sich kaum auf einen Nenner bringen. *Ohnehin* strahlt das Theater im Augenblick wenig Faszination aus. Die Aufrührer sind müde geworden. Publikumsschrecken lassen sich nicht beliebig reproduzieren, ja, sie werden – wie im Fall Peter Zadek – geradezu gefordert und erstarren zum beseligten Terrorkonsum.

Erst jetzt wird offenkundig, daß dem Sprechtheater der Nachwuchs fehlt. Die großen Stars haben jahrelang flächendeckend die Szene beherrscht. Zadek in München, Zadek in Berlin, Zadek in Bochum, Zadek in Hamburg – das war das gängige Muster. Um den Nachwuchs hat sich niemand gekümmert, weder kritisch noch fördernd. Hauptsache ein großer Name. Wo der auf dem Programmzettel stand, da fuhr man hin, da nahm man etwas zur Kenntnis.

Entsprechend sah (und sieht) die Berufungspraxis aus. Die Berufungs*instanzen – Länderministerien, Kul*turdezernenten, Kulturausschüsse – sind in der Beurteilung dessen, was zu tun ist und wie es zu tun ist, schlicht überfordert. Das Beispiel Köln ist ja nur das offensichtlichste. *Nicht weniger als fünf Kandidaten* wurden verschlissen, bevor dann der letzte schon im Vorfeld gar keine Chance für eine erfolgreiche Arbeit mehr hatte.

Nicht weniger unbegreiflich war aber auch die Frankfurter Entscheidung, einen bekannten Kritiker im Pensionsalter zum Frontwechsel zu bewegen. Schon allein die Theaterapparate sind heute so kompliziert geworden, auch verwaltungstech*nisch und tarifrechtlich, daß es* jahrelanger Einarbeitung bedarf, um sie in den Griff zu bekommen. Und das Modell des Manager-Intendanten scheint sich ohnehin überlebt zu haben. Ivan Nagels Beispiel lehrt die Gefahren: *Mit* Peter Zadek und Luc Bondy gingen ihm zwei Künstler schon vor Amtsantritt verloren, womit Nagels künstlerisches Konzept platzte wie eine Seifenblase.

Die deutsche Theaterlandschaft hält sich etwas auf ihre Vielfalt zugute. Das aber ist schon rein nominell eine Fiktion. Wenn Reise-Regisseure und -Intendanten das Bild uniformieren, sind Unterschiede auch ästhetisch und inhaltlich kaum mehr auszumachen. Zeiten, wo etwa Karl-Heinz Stroux dem Düsseldorfer Schauspielhaus (17 Jahre!) oder Hans Schalla dem Bochumer Theater (23 Jahre!) unverwechselbare Konturen gaben, sind längst vorüber. Das Ex- und Hopp-Theater läßt Bindungen nicht mehr entstehen, Entwicklungen werden abgebrochen, regionale Einflüsse sind nicht mehr auszumachen. Das Dilemma der Bühnen ist letztlich wohl in der Hauptsache eine Frage der kulturpolitischen Konzeptionen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Ivan Nagel FOTO PETER PEITSCH



Klaus Pierwoß FOTO MANFRED GROHE



Heribert Sasse FOTO: DPA

JOURNAL

Deutschsprachige Autoren unter Druck

dpa. **Berlin**

Mehrere deutschsprachige Autoren in Rumänien, die in die Bundesrepublik übersiedeln wollen, sehen sich zunehmendem Druck ausgesetzt. Wie der Berliner Landesverband des VS unter Berufung auf zuverlässige Informationen aus Rumänien mitteilte, handelt es sich um Johann Lippet, Herta Müller, William Totok, Richard Wagner, Horst Samson und Hellmut Seiler. Die rumänischen Behörden ließen sie seit einiger Zeit offen beschatten. Dem 34jährigen Totok wurde für Mai die Einberufung zum Militärdienst angekündigt. Samson und Lippet hätten in den letzten Wochen anonyme Morddrohungen erhalten, hieß es. Gheorghe Ursu war im vergangenen Jahr unter bisher ungeklärten Umständen in Haft ums Leben gekommen. Der Theaterkritiker Marius Robescu wurde vor einigen Monaten in seiner Wohnung tot aufgefunden. Seine Freunde schließen Selbstmord aus.

Grenzlandfilmtage mit Kawalerowicz

dpa. **Selb**

Fast 50 Filme aus zehn Ländern, darunter über 20 aus dem Ostblock, präsentieren die 9. Internationalen Grenzlandfilmtage vom 3. bis zum 6. April in Selb. Neben elf deutschen Erstaufführungen steht eine Werkschau des polnischen Meisterregisseurs Jerzy Kawalerowicz im Mittelpunkt des Programms. Zwei weitere Schwerpunkte sind Filme des 28jährigen finnischen Drehbuchautors, Schauspielers und Regisseurs Aki Kaurismäki sowie Arbeiten des Dokumentarfilmers Jürgen Böttcher.

Fünf Uraufführungen zu den Theatertagen

dpa. **Mülheim/Ruhr**

Für die Theatertage „stücke 86" in Mülheim vom 15. bis zum 31. Mai sind fünf deutschsprachige Uraufführungen der laufenden Bühnensaison ausgewählt worden. Um den mit 10 000 Mark dotierten Kritikerpreis konkurrieren „Gust" von Herbert Achternbusch (Residenztheater München), „Heinrich oder die Schmerzen der Phantasie" von Tankred Dorst (Düsseldorfer Schauspielhaus), Elfriede Jelineks „Burgtheater" (Bühnen der Stadt Bonn), „Bauern sterben" von Franz-Xaver Kroetz (Deutsches Schauspielhaus Hamburg) und Felix Mitterers „Besuchszeit" (Tiroler Landestheater Innsbruck).

Das Frühwerk von Jean Fautrier

DW. **Zürich**

Es sind Bilder, die sich zuerst fremd, zumindest ungewohnt im Werk von Jean Fautrier ausnehmen. In ihnen ist noch das Suchen nach einer eigenen Ausdrucksform zu spüren. Die Gemälde von 1925 bis 1935, die zuerst in Amsterdam zu sehen waren (s. WELT v. 25. 1.) und nun im Kunsthaus Zürich gezeigt werden, lassen die „schwarzen Bilder" zwar ahnen, nehmen sie *aber noch nicht vorweg.* Die Ausstellung mit 56 Gemälden, 16 Graphiken und acht Bronzen dauert bis 4. Mai, der Katalog kostet 20 sfr.

Symmetrie in Kunst, Natur und Wissenschaft

DW. **Darmstadt**

Mit dem Phänomen der Symmetrie beschäftigt sich eine Ausstellung, die vom 1. Juni bis 24. August auf der Mathildenhöhe in Darmstadt zu sehen ist. Als Ergänzung dazu findet vom 13. bis 17. Juni in der TH Darmstadt ein Symposion über die „Symmetrie in Kunst, Natur und Wissenschaft" statt.

Pirandello aus Bochum für Ludwigsburg

Reg. **Ludwigsburg**

Mit Mendelssohns „Elias" eröffnet am 4. Mai das Ensemble der Ludwigsburger Festspiele unter Wolfgang Gönnenwein die diesjährige Saison, die bis Ende September 78 Veranstaltungen in Ludwigsburg und sechs weiteren Festspielorten bringt. Einen Schwerpunkt setzt das Bochumer Schauspielhaus mit dem Pirandello-Fragment „Die Riesen vom Berge" in der Inszenierung von Andrea Breth. Das Basler Ballett unter Heinz Spoerli zeigt als Uraufführungen Stücke von Britten und Schönberg. Loriot kommt mit einer Überarbeitung seiner „Dramatischen Werke" ins Schloßtheater.

Virginia Gilmore †

AFP. **Santa Barbara**

Die Hollywood-Schauspielerin Virginia Gilmore ist im Alter von 66 Jahren gestorben. Sie war insbesondere durch ihre Rollen in den Filmen „Pride of the Yankees" (1942) mit Gary Cooper, „Wonder Man" (1945) mit Danny Kaye und „Swamp Water" (1941) mit Dana Andrews bekannt geworden. Von 1944 bis zur Scheidung im Jahr 1960 war sie mit Yul Brynner verheiratet. Frau Gilmore war zuletzt Schauspiellehrerin.

Berliner Antikenmuseum: Eine Stadt aus Bildern

Lampe wird gezähmt

Diese Ausstellung kommt aus der Unterwelt. Sie war zuerst in einer Pariser U-Bahn-Station zu sehen und erlebte dort einen immensen Erfolg. Sie stammt auch nicht etwa, wie gewohnt, aus den Museen, sondern aus dem Universitäts-Bereich. Wissenschaftler verschiedener Forschungsgebiete am Pariser Centre National de la Recherche Scientifique und an der Universität Lausanne, Ethnologen, Religionswissenschaftler und Semiotiker, haben Anregungen und Deutungen beigetragen.

Dieser besondere Reiz, sich den ollen Griechen im lockeren und doch beziehungsreichen Underground zu nähern, ist jetzt auf recht deutsche Art preisgegeben: „Eine Stadt aus Bildern" ist wieder im Museum angelangt, zunächst im Berliner Antikenmuseum, später wandert sie nach Hamburg, Kiel, Bremen und Münster. An einem Ort, in dem vorzugsweise das Original seinen Auftritt hat, bekommt die Schau aus Fotos, Texten und Reproduktionen eine etwas flache Schulhaftigkeit. Sie wird immerhin durch die Hereinnahme solcher Stücke gemindert, die sich wunderbarerweise als Original in Berlin befinden und nun ihrerseits die Abbildungen „illustrieren".

„Eine Stadt aus Bildern" versteht sich als eine Darlegung des „Vokabulars" und der Grammatik griechischer Vasenmalerei. Dabei werden vorzugsweise mit verschiedenen Motivkreisen Einblicke in die tägliche Realität des Lebens gegeben. Das weite Feld der Sagen bleibt ausgeklammert. Und dennoch spielt der Mythos auch indirekt in die einzelnen Szenen herein ... Die Götter und Helden sind zwar nicht *anwesend*, aber sie sind *gegenwärtig*.

Speerwurf, Weitsprung, das Schleudern des Diskus' waren Ertüchtigungsübungen des Kriegers, der Waffenlauf diente ihm als willkommenes Jogging. Die Strigilis gehörte zu seiner Toilette – um Sand und öligen Schweiß von der Haut zu schaben. Selbst noch der *Gefallene* erscheint nicht schrecklich – er bleibt schön.

Prozessionen als Ritual mit unterschiedlichen Bedeutungen: Auf dem Wege zum Schlachtopfer, das den Göttern den appetitlichen Geruch, den Teilnehmern den kalorienhaltigen Genuß brachte; als Hochzeitszug, mit dem Empfang der Braut im neuen Heim. Schließlich als Leichenzug. Charon, der Fährmann des Jenseits, erwartet die Seele bereits am Schilfufer des Unterweltflusses.

Zwei Abteilungen verknüpfen sich überraschend: Jagd und homosexuelle Erotik – „der Geliebte ist für den Liebenden, was die Beute für den Jäger". So wird die Jagdbeute regelrecht zum Prestigeobjekt. Immer wieder sind es Hasen, die gejagt werden und als Liebesgeschenke Verwendung finden. Die erotische Beziehung wird mit der Zähmung des attischen Meister Lampe verglichen ...

Der Gott selbst läßt sich nun doch nicht weiter ausschließen, wo „vom Zauber des Weins" die Rede ist. Unter Reben lagert Dionysos mit Ariadne. Satyrn und Mänaden gebärden sich so „zügellos" wie wir nachgeborenen Bildungsbürger das erwarten dürfen: „Wenn aber ... das Antlitz des Dionysos mit seinem verwirrenden Blick erscheint, kann keine Rede von Kontrolle oder Vorsicht mehr sein. Man muß dem Einfluß des Gottes erliegen." Die Folgen zu vieler Promille waren dem attischen Vasenmaler sogar eine frontale Darstellung wert. Ein Sklave assistiert dem matten Zecher, den „Übelkeit, Schwindel und Brechreiz" übermannten.

Wie das nur bei Reproduktionen so sein kann – die Ausstellung vereinigt „Leihgaben" aus allen Himmelsrichtungen, von Mailand bis Melbourne, auch aus Ost- und West-Berlin. Und wie das in Museen so ist – dort, wo unversehens wieder die Originale das Sagen haben, ist der eigentliche Höhepunkt der Ausstellung. Wenn nämlich das Kapitel „Wein der Menschen – Wein des Gottes" geraden Wegs in die hauseigene Abteilung „Trinkgelage, Liebe und Tanz" mündet.

Nicht nur die Satyrn tollen da in bester Laune. Und die freche Gorgo vom Katalogeinband knirscht eigentlich *ganz listig mit den Backenzäh*nen, derweil sie die Zunge tief heraushängen läßt (bis 19. Mai, Katalog „Die Bilderwelt der Griechen", Verlag Philipp von Zabern, 30 Mark).

PETER HANS GÖPFERT

Neue Platte: Das „Kronos Quartet" spielt Monk

Der Priester des Bebop

Er war ein Eigenbrötler im Leben wie in der Musik: der Pianist Thelonius Monk (1917–1982). Eine seltsam-sperrige Persönlichkeit, hat er es auch in seinen Kompositionen und Improvisationen nicht an überraschenden Wendungen, schroffen Kanten und Skurrilitäten fehlen lassen. „Hohepriester des Bebop" nannten ihn die amerikanischen Musikerkollegen, während Dizzy Gillespie – nicht minder respektvoll – befand: „Monk ist tief." Kompositionen von höchster Kunstfertigkeit und tiefschürfendstem Harmoniegespür hat Thelonius Monk der Nachwelt hinterlassen, allesamt bestürzend eindringliche Titel, die wohl die Zeiten überdauern werden. Zur Zeit jedenfalls kommt kaum eine Jazzgruppe ohne Monk-Stücke aus, und auch Musiker der klassischen Moderne beginnen sich nunmehr auf den Altmeister aus North Carolina zu besinnen.

Das „Kronos Quartet", ein in San Franzisko beheimatetes Ensemble, das seit 1973 mit behendem Bogenstrich frühe Avantgardewerke von György Ligeti, Alban Berg und Charles Ives sowie Minimal-Musiken von Riley, Glass und Cage spielt, hat sich jetzt ebenfalls Thelonius Monk zugewandt. Auf der LP „Monk Suite" (Landmark LLP 1505) entlocken David Harrington (1. Violine), John Sherba (2. Violine), Hank Dutt (Viola) und Joan Jeanrenaud (Cello) bekannten Monk-Titeln wie „Well, you needn't, „Rhythm-a-ning" und „Misterioso" neue, geheimnisvolle, fast rauschhafte Klangmischungen, loten auf kammermusikalischen Wegen und Umwegen die Tiefen Monk'scher Weisheiten aus.

Die vier „Kronos"-Musikanten bewältigen das ungewohnte *Material* mit bewundernswertem Einfühlungsvermögen, sicherer Intonation und präzisem Schwung. Allerdings: Ohne die swingende Unterstützung von Ron Carter, einem der besten Jazz-Kontrabassisten der Welt, wäre das Streich-Quartett doch ein wenig „out of time" gekommen.

Allzu klippenreich sind die Monk'schen Versatz-Rhythmen und -Betonungen, und das ungestüme „Well, you needn't erfordert zudem einen solch swingenden Trab, den vier Klassiker erst noch studieren und trainieren müssen.

Immerhin: „Round about mid*night", eine der schönsten, aber auch* schwermütigsten Balladen der Neuzeit, und das wuchtige „Epistrophy", das zu den genialsten Monk-Kompositionen zählt, erfahren durch das Kronos Quartet eine neue, drama*tische Ausstaffierung. Auch nach* mehrmaligem Anhören der Platte werden Klassik- und Jazzfreunde immer wieder neue musikalische Feinheiten entdecken: Monk ist tief.

KLAUS BERGER

THEATERKALENDER

3. **Zürich**, Schauspielhaus; Schiller: Maria Stuart (R: Heinz)
4. **Bochum**, Schauspielhaus; Norén: Nachtwache (DE) (R: Kirchner)
5. **Köln**, Schauspiel; Boal: Mit der Faust ins offene Messer (R: Miler)
6. **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Sobol: Weiningers Nacht (R: Chundela)
9. **München**, Cuvilliés-Theater; O'Casey: Das Ende vom Anfang (R: Tragelehn)
10. **Heilbronn**, Theater; Daniels: Meisterwerke (DE) (R: Buchhammer)
12. **Bremen**, Theater; Büchner: Leonce und Lena (R: Schroeter)
13. **München**, Kammerspiele; Beckett: Glückliche Tage (R: Tabori)
Wien, Akademietheater; Garcia Lorca: Bernarda Albas Haus (R: Lietzau)
18. **Stuttgart**, Staatstheater; Molière: Tartuffe (R: Rudolph)
19. **Darmstadt**, *Staatstheater*; *Fels*: Lieblieb (U) (R: Kuner)
Stuttgart, Staatstheater; Shepard: Liebestoll (R: Zinger)
20. **Wuppertal**, Bühnen; Bausch: Tanzabend II (U)
24. **Berlin**, Schiller-Theater; Schnitzler: Das weite Land (R: Sasse)
Mannheim, Nationaltheater; Frayn: Wohltäter (DE) (R: Bosse)
25. **Esslingen**, Landesbühne; Frank: Karl und Anna (R: Schüller)
26. **Frankfurt**, Städt. Bühnen; Özdamar: Karagöz in Alamania (U) (R: Özdamar)
Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Brecht: Mutter Courage (R: Minks)
30. **München**, Kammerspiele; Racine: Phädra (R: Herzog)

Ost-Berlin: Kupfer inszeniert die „Zauberflöte"

Sarastros Utopie ist out

Massig schieben sich die ersten Tuttischläge der Ouvertüre in den Raum. Das anschließende Allegro eilt gewichtig daher, scheint alles Hübsche, Nette und Unterhaltsame des allerliebsten Monsieur Mozart abgelegt zu haben. Ein Reich der Fin*sternis kündigt sich an.* Die schwarze Bühne umrahmt sogar die Proszeniumslogen.

Aber der starke Eindruck des Beginns wird nicht eingelöst. Bald stellt sich während dieses mit Spannung erwarteten Abends in der Ostberliner Komischen Oper heraus, daß der hier übliche musikalische Standard, bei aller mittelprächtigen Verläßlichkeit des hemdsärmeligen Dirigenten Rolf Reuter, nicht mit jenem ideenreichen Bühnentempo Schritt halten kann, mit dem Harry Kupfer der „Zauberflöte" eine schwarze Messe lesen lassen will. Das ist schade. Denn seit 32 Jahren, seit Walter Felsensteins legendärer Inszenierung, ist die „Zauberflöte" nicht mehr im traditionsreichen Haus an der Behrenstraße gespielt worden.

Harry Kupfer räumt auf, ab und um. Nicht nur der gewohnten „Zauberflöten"-Bühne geht es an den Kragen, sondern dem gesamten Stoff, den Rezeptions- und Bedeutungsgeschichten inklusive Schikaneder, Entstehungszeit und Mozart selbst. Das Publikum wird mit Dramaturgen-Theater regelrecht überrannt (Gerhard Müller und Eberhard Schmidt beschreiben im Programmheft haarklein Kupfers Intentionen), letzten Endes bleibt aber eine präzise durchleuchtete Theaterarbeit übrig, die aus dem so oft als Märchen- und Mysterienspiel (miß-)verstandenen Stück ein großes Drama macht. Kein Singspiel oder Vorstadttheater, sondern eine wirkliche Oper in Vergangenheit und Gegenwart.

Sarastros Licht kann hier bei weitem *nicht mehr alles weiß* und rein überstrahlen, seine Heilslehre zieht nicht mehr, geht uns heute vielleicht gar nichts mehr an. Sie ist eine pompöse Utopie ohne Bezug zur Wirklichkeit, und daß einem das ausgerechnet im utopie-versessenen Ost-Berlin bewußt gemacht wird, ist schon bemerkenswert.

Ort der Handlung bei Kupfer: Eine Stadt von anonymer Kälte, weder Alt-Wien noch Neu-Berlin, sondern ein gefährliches Reich der Nacht. Unablässig fahren auf der Drehbühne portalhohe Türme kreuz und quer, die in Sekundenschnelle neue Perspektiven, Räume, Irrgärten oder Tempel entstehen lassen. Die Seiten dieser Kulissentürme drohen mit Fotomontagen, Ansichten einer Stadt: Barock, Klassizismus, ein Hauch von Bauhaus, Zitate einer Mussolini-würdigen Architektur sowie moderne Wohnblocks.

Und alles „natürlich" nicht in schöner Ganzheit, sondern gebrochen, zerfallen oder zerstört, grau in grau. Hans Schavernochs Bühnenbild und Eleonore Kleibers Kostüme schaffen einen morbiden Rahmen für das Verwirrspiel um Wahrheit und Liebe. Der Traum von der heilen Stadt ist dahin, die Welt gespalten.

Schade, daß es Kupfer nicht mit diesem anti-utopischen Effekt bewenden läßt, daß er zusätzlich noch ins Historisieren kommt. Sein Team bringt die „Zauberflöte" *nämlich in* Verbindung mit der 1795 in Wien veröffentlichten „Geheimen Geschichte des Verschwörungssystems der Jakobiner in den österreichischen Staaten".

Der *„schwarze Geheimbündler"* Sarastro segelt also daher im Fahrwasser Robespierres. Mozarts und Schikaneders geheime Botschaft soll nichts anderes mehr sein als eine Allegorie auf die französische Revolution. Und modischerweise kommt dann auch noch die „Frauenfrage" ins Spiel. Die „Frauenfeindlichkeit" des revolutionären Systems versucht der plebejische Alltagsmensch Papageno mit seiner bunten Vogelscheinwelt aufzulockern, und ein munteres Einhorn als Symbol für Kraft und Liebe galoppiert über jegliches Freimaurer-Pathos hinweg.

Bernd Grabowski (Sarastro), Do*nald George (Tamino)*, Werner Haseleu (Sprecher), Magda Nador (Königin der Nacht), Beatrice Niehoff (Pamina) und Maarten Flipse (Papageno) spielen, singen und setzen Kupfers Singspiel von Spruch und Widerspruch beklemmend ins Detail. Doch wie gesagt: der musikalische Part insgesamt ist der ehrgeizigen Inszenierung nicht gewachsen.

WALTER GÜRTELSCHMIED

Schnellzug München–Genf verunglückt

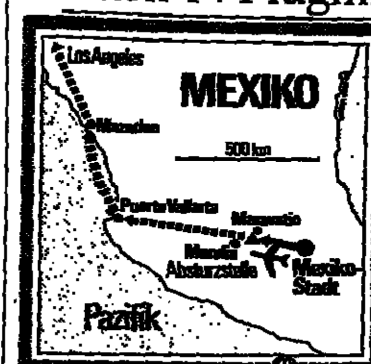
DW. Bregenz

Der Schnellzug D 360 „Bavaria" von München nach Genf ist gestern um 9.52 Uhr im Bahnhof Lochau in Vorarlberg auf vier rangierende Güterwagen geprallt, die auf dem falschen Gleis standen. Nach Angaben der Bahnbehörden und der Polizei wurden 19 Menschen zum Teil schwer verletzt.

Der Schnellzug war mit relativ niedriger Geschwindigkeit im Bahnhofsbereich auf die stehende Garnitur Paketwagen geprallt. Aus bisher unbekannten Gründen standen die Wagen auf einem falschen Gleis. Die vier Güterwagen sprangen aus den Schienen. Der Lokführer löste beim Anblick der stehenden Güterwagen eine Schnellbremsung aus und verhinderte so nach Angaben der Gendarmarie ein größeres Unglück. Der Schnellzug entgleiste nicht. Rund 90 Personen waren in dem Zug, der um sieben Uhr in München gestartet war und um 9.51 Uhr fahrplanmäßig in Bregenz halten sollte. Für keinen der Verunglückten bestand laut Gendarmerie unmittelbare Lebensgefahr, der Großteil konnte nach ambulanter Behandlung wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden. Bei den Verunglückten handelt es sich vorwiegend um Urlauber aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

Als Ursache wurde menschliches Versagen angenommen, da die Verschubgarnitur auf dem Durchfahrtgleis stand. Der Schnellzug führte deutsche Wagen, wie ein Sprecher der Schweizerischen Bundes-Bahnen (SBB) in Zürich erklärte.

Nach 14 Flugminuten kam der Tod für die 166 Passagiere der mexikanischen Verkehrsmaschine



Überlebende hat es bei der Flugzeugkatastrophe in Mexiko nicht gegeben. Ein Mitglied der Bergungsmannschaften klettert auf den zerstörten Mittelteil des Rumpfes, auf dem die Buchstaben der Fluglinie „Mexicana" zu erkennen sind. Die Karte zeigt Flugroute und Absturzort FOTO: AFP

Bauern sahen die Boeing am Himmel explodieren

WERNER THOMAS, Mexico City

Mexiko ist fassungslos. Zum drittenmal innerhalb kurzer Zeit wurde die Nation von einer Katastrophe heimgesucht. Nach einer Gasexplosion im November 1984 in San Juan Ixhuatepec, die etwa 500 Menschenleben forderte, und dem verheerenden Erdbeben im September vergangenen Jahres (mit mehr als 10 000 Todesopfern) ereignete sich am Montag abend das schlimmste Unglück in der Luftfahrtgeschichte des Landes: Alle 166 Personen an Bord einer Boeing 727 der staatlichen Gesellschaft „Mexicana de Aviacion" starben, als die voll besetzte Maschine in einer Hügellandschaft Michoacans zerschellte (die WELT berichtete gestern in einem Teil ihrer Auflage).

Der Flug 940 sollte über die Pazifik-Städte Puerto Vallarta und Mazatlan nach Los Angeles führen. Der Jet, um 8.50 Uhr Ortszeit in Mexico City gestartet, befand sich nur 14 Minuten in der Luft. Dann prallte er 144 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt gegen den 2710 Meter hohen El Carbon nahe der Ortschaft Maravatio.

Die Unglücksursache blieb bisher unbekannt. Chefpilot Carlos Guadarrama Sistos soll dem Kontrollturm in Mexico City gemeldet haben, der Druckausgleich in der Kabine funktioniere nicht und die Maschine verliere an Höhe. Dann endete der Funkkontakt. Guadarrama gilt mit 15 000 Flugstunden als einer der erfahrensten Piloten der Gesellschaft.

Die Bergungsarbeiten verlaufen mühsam. Die verstümmelten Leichen werden zunächst mit Hubschraubern zu einer zehn Kilometer entfernten Straßenkreuzung geflogen. Dort warten Ambulanzwagen für die einstündige Fahrt nach Morelia, der Hauptstadt des Bundesstaates Michoacan. Die Bergungsmannschaften konzentrierten ihre Suchaktionen auf den „Cockpit-Voice-Recorder", der die Tonbandaufnahmen der letzten Gespräche zwischen den Piloten enthält. Möglicherweise können so die Hintergründe der Katastrophe aufgedeckt werden.

Bauern berichteten über eine Explosion kurz vor dem Absturz. Sie sahen, wie die qualmenden Teile der Maschine zur Erde stürzten. Der Rumpf mit der Aufschrift „Mexicana" war das größte Wrackstück. Schon der erste Überblick der Rettungsmannschaften deutete darauf hin, daß es keine Überlebenden gegeben konnte: Überall lagen zerstückelte Leichen. „Hoffnungslos", meldete der Hubschrauber-Pilot Jorge Sanchez, „ein schrecklicher Anblick." Die gleichen Erfahrungen machten später die Bergungsarbeiter.

Staatspräsident Miguel de la Madrid ordnete eine „intensive Untersuchung" an. Es wurden Vermutungen laut, daß die Boeing das Opfer einer Sabotageaktion gewesen sein könnte. Da Mexiko bereits in wenigen Wochen die Fußballweltmeisterschaft veranstaltet, werden diese Verdächtigungen sorgfältig geprüft. „Mexicana" zählt zu den besten Luftfahrtgesellschaften Lateinamerikas. Sprecher der Gesellschaft betonten, daß „Mexicana"-Maschinen fast 18 Jahre unfallfrei geflogen sind.

Die meisten der Todesopfer sind Mexikaner. 25 Personen an Bord sollen „nicht spanisch klingende Namen" geführt haben. Dies gab ein Sprecher der US-Botschaft in Mexico City bekannt. Mit dem Piloten Guadarrama fanden auch seine Frau Graciela Flores und ihre beiden Kinder den Tod. Die ehemalige Stewardess hatte 1968 den Absturz einer Maschine unverletzt überlebt. Wegen des schweren Schocks hatte sie jedoch ihren Beruf aufgeben müssen.

April kam mit Sturmböen und Hochwasser

AP/dpa, Frankfurt

Während es im Norden der Bundesrepublik Deutschland stürmte und schneite, legte sich im Süden der Wind, der noch am Ostermontag Spitzengeschwindigkeiten von 140 Stundenkilometern erreicht hatte. Starke Regenfälle ließen die Pegel der Flüsse ansteigen. Der Rhein erreichte gestern morgen bei Köln mit 6,20 Meter die Hochwassermarke I und soll stündlich weitere zehn Zentimeter steigen. Die Mosel bei Trier, die dort normalerweise 3,20 Meter Wasser führt, erreichte einen Pegelstand von mehr als acht Metern und überschwemmte zahlreiche Straßen. Die Schiffahrt wurde eingestellt. In Osthessen ist vermutlich ein achtjähriger Junge ertrunken. Er war in den reißenden Solmsbach bei Solms-Oberndorf gefallen. Suchaktionen der Polizei blieben erfolglos.

Grippe-Statistik

Py. Düsseldorf

Über das Ausmaß der Grippewelle liegen erste Ergebnisse vor. Gut 20 Prozent mehr als ein Jahr zuvor und 47 Prozent mehr als vor zwei Jahren haben sich in den vergangenen Wochen arbeitsunfähig gemeldet. Anfang März seien bundesweit 6,3 Prozent ihrer beschäftigten Mitglieder an Grippe erkrankt, teilte die „Barmer Ersatzkasse" mit. Im Jahresdurchschnitt sind normalerweise nur 3,8 Prozent arbeitsunfähig.

Führerschein-Umtausch

dpa, Bonn

Seit gestern erhalten Autofahrer nach der Fahrprüfung den neuen Führerschein im EG-Muster mit der Farbe Zartrosa. Wie das Bundesverkehrsministerium mitteilte, hat er das Format des Kfz-Scheins und ist damit handlicher als der bisherige Führerschein. Ein Umtausch – ein Lichtbild ist mitzubringen – kostet 18 Mark. Der graue Führerschein gilt unbegrenzt weiter.

Taubes Gestein nutzen

dpa, Bonn

Das Bundesforschungsministerium unterstützt mit zehn Millionen Mark Forschungsarbeiten zur wirtschaftlichen Nutzung des sogenannten tauben Gesteins, das bei der Kohleförderung anfällt. Wie das Ministerium gestern mitteilte, soll in diesem Jahr mit dem Bau einer Versuchsanlage in Bottrop begonnen werden. Das Gesteinsmaterial, das noch Restkohlenstoff enthält, soll in speziellen Öfen bei Temperaturen von 700 bis 800 Grad zu einem frostbeständigen Keramikstoff gebrannt werden, der im Hoch- und Tiefbau sowie im Untertagebau eingesetzt werden kann.

Benzin in der Kanalisation

AFP, Toronto

In der kanadischen Stadt Timmins in der Provinz Ontario gerieten am Montag zehn Häuser in Brand, nachdem 5000 Liter Benzin in die Kanalisation geraten waren. Der Treibstoff war aus einem Tanklastwagen ausgelaufen. Die Benzindämpfe, die über das Abwassersystem in die Keller der Häuser eingedrungen waren, explodierten in den Heizungsräumen und lösten die Brände aus. Sechs Menschen wurden leicht verletzt.

WETTER: Weiterhin kühl

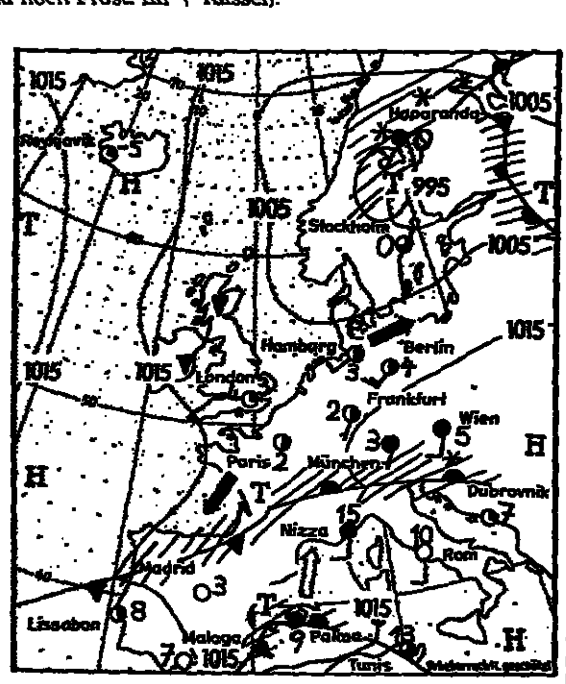
Lage: Auf der Rückseite des Skandinavien-Tiefs fließt weiterhin kühle Meeresluft nach Deutschland. Erst ab Donnerstag wird es bei zunehmendem Hochdruckeinfluß freundlicher, bleibt aber kühl.

Vorhersage für Mittwoch: Im Süden bedeckt und Niederschläge. Im Norden wechselnd wolkig mit Schauern, Höchsttemperaturen 7 bis 10 Grad, im Bergland um 4 Grad, nachts 5 bis 2 Grad, im Bergland noch Frost. Im Norden mäßiger bis frischer Wind um West, im Süden schwacher, auf Ost drehender und wieder auffrischender Wind.

Weitere Aussichten: Am Donnerstag nachlassende Schauer, im Süden weiterhin bedeckt, naßkalt.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.55 Uhr*, Untergang: 19.57 Uhr; **Mondaufgang:** 5.17 Uhr, Untergang: 12.50 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 2. April, 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	7	bw
Bielefeld	7	bw
Braunlage	1	Gr
Bremen	6	Rs
Dortmund	9	bw
Dresden	7	bd
Düsseldorf	9	bw
Erfurt	7	bw
Essen	7	bw
Feldberg/S.	-3	he
Flensburg	5	bw
Frankfurt/M.	9	bw
Freiburg	10	he
Garmisch	11	he
Greifswald	6	bw
Hamburg	7	bw
Hannover	6	bw
Kahler Asten	1	bw
Kassel	8	bw
Kempten	8	he
Kiel	5	bw
Koblenz	10	bw
Köln-Bonn	9	bw
Konstanz	10	he
Leipzig	8	bw
List/Sylt	4	bw
Lübeck	5	bd
Mannheim	9	he
München	9	he
Münster	6	Rs
Norderney	4	R
Nürnberg	9	bw
Oberstdorf	9	be
Passau	9	bw
Saarbrücken	10	he
Stuttgart	10	he
Trier	7	bw
Zugspitze	-12	he
Ausland:		
Algier	20	he
Amsterdam	7	Rs
Athen	18	he
Barcelona	16	wl
Belgrad	17	he
Bordeaux	11	bd
Bozen	18	he
Brüssel	8	bw
Budapest	11	bw
Bukarest	19	he
Casablanca	15	bw
Dublin	8	he
Dubrovnik	16	wl
Edinburgh	7	he
Faro	18	wl
Florenz	19	he
Genf	11	he
Helsinki	2	bd
Hongkong	18	bd
Innsbruck	12	he
Istanbul	15	bw
Kairo	25	he
Klagenfurt	9	bw
Konstanza	21	wl
Kopenhagen	3	bd
Korfu	19	he
Las Palmas	19	he
Leningrad	5	bd
Lissabon	14	he
Locarno	18	he
London	9	bw
Los Angeles	9	wl
Luxemburg	5	bw
Madrid	15	wl
Mailand	18	he
Malaga	20	wl
Mallorca	20	wl
Moskau	5	bd
Neapel	18	he
New York	15	bd
Nizza	19	he
Oslo	4	he
Ostende	8	he
Palermo	20	he
Paris	9	bw
Peking	21	he
Prag	9	wl
Rhodos	19	he
Rom	17	he
Salzburg	12	he
Singapur	31	bw
Split	16	wl
Stockholm	2	bd
Straßburg	13	he
Tel Aviv	20	bw
Tokio	16	bw
Tunis	16	he
Valencia	17	he
Varna	20	he
Venedig	15	he
Warschau	8	he
Wien	12	he
Zürich	10	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; -- = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Testament mit Haken

Nur 1,5 Millionen aus der Erbmasse von 200 Millionen Dollar hat der vor sieben Jahren verstorbene Hotelmagnat Conrad Hilton seinen Nachkommen zugedacht. Der Rest soll über eine Stiftung an katholische Nonnen in aller Welt verteilt werden. Diese Testamentsregelung sorgt jetzt für Intrigen, die denen der Fernsehserie Denver Clan mühelos Konkurrenz machen könnten. Denn Sohn **Barron Hilton** hat die Regelung angefochten. Das enterbt ihn „automatisch", hatte sein Vater doch verfügt, daß die eingesetzten Nutznießer nur Anspruch auf ihr Erbe hätten, wenn sie das Testament anerkennen. Vor Barron hatte schon Hiltons Tochter **Grace** vor Gericht protestiert. Sie verlor den Prozeß – und ihren Erbanteil.

„Eins" erst mit 20 Jahren

Vier Klassen beim Stufenführerschein für Motorradfahrer

wat. Bonn

Für alle jungen Motorradfahrer, die ab jetzt ihre Fahrprüfung ablegen, gelten vier statt der bisher zwei Führerscheinklassen. Die einschneidendste Neuerung ist, daß vom Stichtag 1. April an die Klasse Eins für das „leistungsunbegrenzte Kraftrad" nur noch erhält, wer mindestens 20 Jahre alt ist. Die ursprünglich beschlossene Auflage, eine Vorerfahrung von zwei Jahren in der Klasse 1 a zur Bedingung für die Erteilung des Führerscheins der neuen Klasse Eins zu machen, hat Bundesverkehrsminister Dollinger bis zum 1. April 1988 aus „rechtlichen und sachlichen Gründen" ausgesetzt.

So sind die Führerscheinklassen jetzt aufgeteilt:

- Klasse 1 b für Sechzehnjährige: Leichtkrafträder mit einem Hubraum von höchstens 80 Kubikzentimetern und 80 Stundenkilometer Höchstgeschwindigkeit;
- Klasse 1 a ab 18 Jahre; Motorräder bis 27 PS/20 Kilowatt (kW) Leistung und einem Mindestgewicht von sieben Kilogramm pro kW;
- Mokick: Hier gilt wie bisher der Führerschein Klasse Vier. Beim Mokick wird vom 1. April an die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 50 Stundenkilometer angehoben. Vor dem 1. April erteilte Führerscheine der Klasse Vier gelten auch für die neuen, schnelleren Mokicks.

Alle vor dem 1. April 1986 erworbenen Führerscheine bleiben uneingeschränkt gültig. Wer also den Führerschein Klasse 1 hat, kann auch in Zukunft alle Motorräder fahren.



Im Hofbräuhaus schäumt das Bier nicht mehr so recht

PETER SCHMALZ, München

Man könnte das Münchner Hofbräuhaus ganz unromantisch betrachten: 1. als ein Sudhaus, das mit einer Produktion von 200 000 Hektoliter Bier im Jahr die zumindest der Menge nach unbedeutendste Münchner Brauerei ist, und 2. als eine Biertrinkstätte, um die der Münchner gewöhnlich wenig Aufhebens und einen mittelgroßen Bogen macht. Nun hat aber ein Berliner namens Wiga Gabriel den Schunkelschlager „In München steht ein Hofbräuhaus, oans, zwoa, gsuffa" komponiert und damit wesentlich mitgeholfen, das architektonisch zurückgebliebene Haus am Platzl zum berühmtesten Bierausschank der Welt werden zu lassen. Jeder Reiseleiter hat es in seinem Programm, und an Spitzentagen strömen mehr als 20 000 in den Biertempel.

Privatisierung gefordert

Das „HB", schreibt Sigi Sommer, der intime Kenner der Münchner Szene, ist „eine der bedeutendsten Visitenkarten Bayerns". Und so mögen auch nüchterne Gemüter verstehen, daß allein die Anregung, das Hofbräuhaus zu verkaufen, bajuwarische Emotionen weckt. 14 Landtagsabgeordnete der CSU haben jüngst in einem Antrag dieses Ansinnen gestellt. „Die Staatsregierung", so heißt es in dem Papier, „wird gebeten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die staatliche Hofbräuhaus-Brauerei einer Privatisierung zuzuführen."

Das Häuflein der vierzehn glaubt, gute Gründe dafür zu haben, denn unter den Augen der aufsichtsbefugten Beamten des Finanzministeriums will die bekannteste Biermarke der Welt nicht recht gedeihen und mußte 1984 einen Verlust von 3,7 Millionen Mark verkraften. Auch in diesem Jahr wird die Staatskasse voraussichtlich 3,4 Millionen Mark zuschießen müssen. Zudem stehen Neubau und Umzug der Brauerei ins Haus, die mit 70 bis 80 Millionen Mark zu Buche schlagen werden. Deshalb, meint Antragsunterzeichner Philipp Volkommer, sei eine Privatisierung mit Rücksicht auf den Steuerzahler notwendig.

Verkaufsabsichten sind in der wechselreichen Geschichte des Hofbräuhauses keineswegs neu. Allerdings war der Grund zur Gründung ein sparsamer: Der bayerische Herzogshof hatte bis ins 16. Jahrhundert das „Ainpockisch Bier" aus dem Hannoveraner Einbeck bezogen, bis Wilhelm V. der höfische Durst zu teuer kam und er 1591 das Hofbräuhaus zu München einweihte. Ein Vierteljahrhundert später wollte König Ludwig I. das Brauhaus verkaufen, doch ein Sturm der Entrüstung ging durchs Volk. Das Vorhaben wurde abgeblasen. Erst 1852 wurde der Hof die defizitären Sudkessel los: Im Rahmen einer Trennung von königlicher Privatschatulle und Staatsvermögen kam das „HB" zum Staat, hieß aber dennoch bis 1939 „Kgl. Hofbräuhaus".

Eine bayerische Institution

Selbst der bayerische Rechnungshof übte milde Nachsicht mit den Minus-Brauern und meinte, das staatliche Hofbräuhaus müsse „als historische und bayerische Institution erhalten bleiben". Erst Franz Josef Strauß, der ohnehin den trockenen Wein einem kalorienreichen Bier vorzieht, forderte nach seiner bayerischen Regierungsübernahme Finanzminister Max Streibl auf, dem Haus eine privatwirtschaftliche Form zu geben. Der Minister widersprach nicht und schob das Thema einfach auf die lange Bank, weshalb er noch heute oberster Staatsbrauherr ist und alljährlich wie demnächst wieder eine Maibock-Rede halten darf.

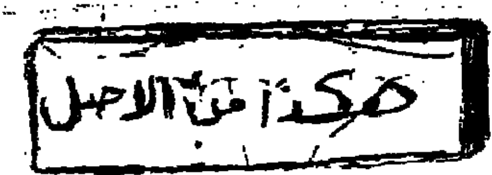
Dennoch kommt ihm der neue Antrag nicht ungelegen. Er wolle nur noch Neubau und Umzug erledigen, erklärt Streibl, und dann wolle er das Hofbräuhaus in eine Aktiengesellschaft umwandeln. An irgendeinen Privatmann will der Staat nicht verkaufen, denn schließlich handelt es sich hierbei nicht um eine gewöhnliche Brauerei. Man stelle sich nur einmal vor, das Hofbräuhaus käme in amerikanische Hände?!

Ein Interessent hat schon den Finger gehoben – und er ist fürwahr kein Irgendwer. Er hört auf den Namen Bayern, hat selbst eine Brauerei westlich von München mit mehr Jahreshektolitern als das Hofbräuhaus und ist als Prinz Luitpold direkter Nachfahr jenes Wittelsbacher Herzogs, der das Brauhaus am Platzl gründete. Dieser Luitpold von Bayern sucht ohnehin schon längst eine Münchner Brauerei, denn nur Brauer der Landeshauptstadt dürfen das Oktoberfest beliefern. Und den Prinzen drängt es, mit einem eigenen Bierzelt auf jenem Volksfest präsent zu sein, das zu Ehren seines Ururgroßvaters, bekannt als König Ludwig I., geschaffen wurde.

Weil aber Märchen heutzutage selten geworden sind, wird aus dem Hofbräuhaus voraussichtlich doch nur eine Aktiengesellschaft. Den bärtigen Josef Huber jedoch, seit 50 Jahren Stammgast im „HB", stört wenig, wer im Haus das Sagen hat. „Hauptsache, das Bier schmeckt", sagt er und bestellt seine dritte Maß, womit er sein durchschnittliches Tagespensum erreicht.

ZU GUTER LETZT

Drei WELT-Beiträge von gestern – „Dallas" auf der Fernsehseite und „Adenauer" sowie „Halley" im Vermischten – haben eines gemeinsam: Sie sind als Aprilscherz aufzufassen.



40 JAHRE DIE WELT



Die Welt in der wir lesen

Axel Springers Vision

Von HERBERT KREMP

Das Haus, in dem Axel Springer in Berlin wohnte, bietet den Blick über die Havel. Acht Kilometer jenseits des Flusses liegt Potsdam. Das Wasser mildert den Gegensatz, man bemerkt die politische Untiefe nicht. „Das sieht freundlicher aus als in der Kochstraße. Dort schaue ich auf die Mauer. Die können sie mit Blumentöppen garnieren, richtig feinmachen – auch mit Gladiolen bleibt sie ein Monstrum. Hier am Fluß muß man aufpassen." Springer griff nach einem Buch, Sören Kierkegaards „Stadien auf dem Lebensweg".

„Lesenswert", sagte er, „hören Sie mal zu: ‚Der Gläubige liegt beständig über der Tiefe, hat 70 000 Faden Wasser unter sich ... Er kann ruhiger, erfahrener werden, eine Sicherheit finden, die den Scherz liebt und den frohen Sinn, aber bis zum letzten Augenblick liegt er über einer Tiefe von 70 000 Faden Wasser.'"

„... schreibt der Kierkegaard. Wissen Sie, was? Die Scheidung von Politik und Glauben ist heller Wahnsinn. Ich bin ein Deutscher in meiner Zeit und höre nicht auf, an Deutschland zu glauben. Die moderne Bildungsreform hat mich nicht erwischt. In diesem Sinne bin ich Poet und Träumer."

Der Deutsche in seiner Zeit, das ist beim wechselvollen Schicksal unseres Landes zu jeder Zeit eine andere, eine neue Gestalt. Axel Springer war ein ungemein erfolgreicher Unternehmer. Seine Antenne nahm die unsichtbaren Wünsche der Menschen auf und beantwortete sie mit lesbaren Angeboten. Am Anfang stand nicht das Geld, sondern die Idee, ein Blatt unbeschriebenen Papiers.

Ein solches mediales Talent kann es sich leichtmachen. Wenn jeder Wurf „ankommt", ist das Leben ein Spiel und das Zeitungshaus ein goldener Gewerbebetrieb. Politisch muß man sich dann ein bißchen hin- und herbewegen, dafür gibt es Orden und andere Zubrote des Zeitgeistes.

Die Mächtigen bevorzugen den rein gewerbebetrieblichen Drucker. Napoleon hätte dem Verleger Johann Philipp Palm etwas an den Rock geheftet, anstatt ihn standrechtlich exekutieren zu lassen, wäre der Mann zu seiner Zeit nicht mit seiner Flugschrift „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung" über das Betriebswirtschaftliche hinausgegangen. Ein mit Orden ausgezeichneter Palm wäre allerdings auch nicht als Verleger in Erinnerung geblieben.

Verleger zu sein, hat also nicht nur seinen Lohn, sondern seinen Preis. Zeitungen, Zeitschriften, Bücher sind Geistesprodukte, sie leben vom Geist, und der ist kontrovers. Axel Springer fühlte sich verantwortlich, etwas über Deutschland auszusagen, das mit dem ewigen Deutschland mehr zu tun hat als mit dessen neuen Versionen. „Wenn ich daran glaube, es aber nicht sage, höre ich mit der Verlegerei auf. Dann mache ich Damenschuhe ..." – so etwas sagte er leichthin, aber in vollem Ernst, denn er verstand auch etwas von Accessoires und wäre im Gewerbsfall sicher tief in die Schuhbranche vorgedrungen.

Ihm lag aber etwas an Deutschland, dem es mitten im Wirtschaftswunder sehr schlecht ging, das nicht nur eine gespaltene, sondern eine widersprüchliche Existenz führte. „Ich kann in dem lauen Wasser nicht planschen", sagte er an der Havel, „ich spüre diese 70 000 Faden Tiefe unter mir. Sagen Sie, wie ist das mit den Deutschen – Deutschland, Freiheit, irgend etwas Nicht-Materielles müssen sie doch wollen?"



Axel Springer

Obwohl Axel Springer seine Fragen gern selbst beantwortete, kam er nicht immer zu einem Schluß. „Denken Sie mal darüber nach, aber vergessen Sie dabei nicht Ihren Glauben", ermunterte er den Journalisten. Was der Verleger über Deutschland dachte, war wie jede Idee auf Poesie gegründet. Auf das maßlose Reich sollte das maßvolle Vaterland folgen, ein Land, in dem die Freiheit gern weilt. Für die Wiedervereinigung, für die staatliche Einheit trat er ein, für den historischen Auftrag, der nicht unerledigt bleiben wird.

Hoffärtige Vision, unrealistischer Wunsch, Segeln gegen den Wind, bis die Takelage zerfetzt? Das dachten in den Siebzigern sehr viele, in den Achtzigern schon weniger viele. Einige nannten ihn den „Brandenburger Tor" – das war mehr als ein Orden. Wer sich mit ihm beschäftigte – es mußte im besten Sinne kritisch sein –, bemerkte die Variation des Themas: Der Verleger dachte an die deutsche Freiheit, er war kein Nationalist. „Wenn die jenseits des Flusses den Deutschen die Freiheit gewährten, so wie den Menschen in Österreich Freiheit gewährt ist, wäre das nicht schon das Ziel, fast das Ziel?"

Die deutsche Idee Axel Springers ist ein verlegerisches Vermächtnis. Die 70 000 Faden Wasser sind noch unter uns.

Die WELT, in der wir lesen . . .

... gibt nicht nur Ihnen, verehrte WELT-Leser, manche Rätsel auf. Journalisten winken zwar gern und oft mit dem Patentschlüssel für den weltgeschichtlichen Rebus, überschätzen aber damit sich und ihr Handwerk. Dieses ist von schlichterer Art: informieren, Hintergründe ausleuchten, Hintergründiges nicht unterschlagend, wobei es eine Todsünde wäre, das Publikum zu langweilen.

Vierzig Jahre sind nur ein Seufzer der Geschichte. „Die Zeitungen sind die Sekundenzeiger der Geschichte", meinte der Pressekritiker Schopenhauer, und die Schreiber seien „von Handwerks wegen Alarmisten: Dies ist ihre Art, sich interessant zu machen." Für die WELT-Mannschaft gilt dies nicht, wiewohl auch ihr manchmal „Alarmismus" nicht fremd sein kann; diese Zeitung will nicht sich interessant machen, sondern die Menschen und die Dinge, die sie bewegen. Diese Sonderausgabe ist der Versuch, die vielen aufregenden Sekunden zu Stunden zu sammeln: die Gedankenblitze, die Geschichte machten, den Sekundenbruchteil, der eine Raumfähre verglühen ließ oder den Schuß, der einen Präsidenten traf.

Das Auge unserer Leser soll an diesem 2. April 1986 einmal spazierengehen dürfen zwischen Bildern und Worten, abseits der strengen Regeln der Tagesaktualität. Angefügt sei: Diese Zeitung versteht sich nicht als pädagogische Anstalt, in der schon das Schmunzeln ein strafwürdiger Vorgang ist.

Auf unserer heutigen Menükarte soll jeder einen Appetithappen finden (den die Franzosen so trefflich als „amuse-gueule" bezeichnen): Gerhard Stoltenberg und Frank Elstner, Franz Josef Strauß und Theodor Eschenburg, Siegfried Lenz und Klaus v. Klitzing, Peter Glotz und Alfred C. Töpfer und die vielen Federn, die aus dem In- und Ausland für die WELT schrieben und schreiben.

Die erste Ausgabe der WELT vor vierzig Jahren trug als „Aufmacher" ein exklusives Interview mit dem Alliierten Kontrollrat. Dieser Tradition fühlt sich die Zeitung bis heute verpflichtet: in der Fülle der Informationsflut originäre Akzente setzen, Menschen und Meinungen direkt und ohne Zeitverzug oder den Umweg über Gremiendemokraten an den Leser zu bringen.

Das Erbe britischer Zeitungstradition ist nicht vergessen, als „quality paper" fühlen wir uns vor allem drei Prinzipien verbunden: Kontinuität, Qualität und Phantasie. Zeitungen werden nicht wie öffentlich-rechtliche Medien auf dem Wege des Zwangsabonnements vertrieben. Sie stellen sich Ihnen, dem Leser, täglich. Wir hoffen, daß Sie – wie Frank Elstner es sagt – „zeitungssüchtig" sind und es bleiben.

Das freie gedruckte Wort in Deutschland hatte eine wechselvolle Geschichte zu bestehen und zu erleiden. Redakteure und Korrespondenten der WELT sind von diesem freien Wort, Pardon, ein wenig besessen.

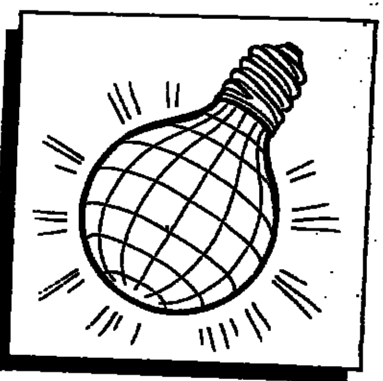
Unsere Leser wissen, daß diese Zeitung eine klare Haltung hat: Sie ist staatsloyal, aber nicht regierungsfromm; sie lebt mit und von der Nachricht; ihre Prinzipien hindern sie jedoch nicht an WELT-Offenheit.

Der Ernst der Ereignisse zwingt uns nicht, nach Art grämlicher Bedenkenträger vorzugehen. Die vermeintlich unvermeidliche Trübsal, mit der leider viele Deutsche den Weltengang registrieren, betrachten wir nicht als zwingenden Bestandteil unseres Handwerks – ein Schuß fröhlicher Gelassenheit soll in diesen Spalten nicht verboten sein.

Die WELT, in der Sie lesen – sie darf auch Freude machen.

Peter Gillies / Manfred Schell

Aus dem Inhalt



Herzlichen Glückwunsch

Von HELMUT KOHL

Zum 40jährigen Bestehen der Zeitung DIE WELT sende ich Verlag und Redaktion sowie den Leserinnen und Lesern herzliche Grüße.

Die WELT gehört zu den großen überregionalen deutschen Tageszeitungen, deren gründliche Berichterstattung und Kommentierung die unabhängige Meinungsbildung fördern. Sie hat den Auf- und Ausbau der Bundesrepublik Deutschland zu einer freiheitlichen und sozial gerechten Ordnung mit Engagement und Sachkunde begleitet. Ihre Zeitung versteht es immer wieder, den Blick für zeitgeschichtliche Veränderungen und gesellschaftliche Entwicklungen zu schärfen.

Ihre inhaltlichen Grundlinien entsprechen den Wertmaßstäben unserer freiheitlichen Demokratie und verdienen Unterstützung: Stärkung der westlichen Allianz, Verständigung mit dem Osten, Wiedervereinigung Deutschlands, Aussöhnung mit Israel, Eintreten für Menschenwürde und Menschenrechte, für gewaltfreie Politik, gerechten Ausgleich und Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft, Partnerschaft und Solidarität mit den Entwicklungsländern.

Die Redaktion der WELT versteht es, diese Leitideen einer Politik mit menschlichem Gesicht in die aktuelle Diskussion einzubringen und für gemeinsame Lösungen bei der Bewältigung der großen Herausforderungen zu nutzen.

Dieses Bemühen macht die WELT zu einem wichtigen Mittler und verläßlichen Partner zwischen der Politik und den Bürgern.

Ich wünsche dem Verlag und der Redaktion dabei weiterhin eine glückliche Hand und viel Erfolg. Den Leserinnen und Lesern wünsche ich auch in Zukunft mit einer gekonnten Mischung aus Politik, Kultur, Sport und Unterhaltung eine anregende Lektüre.

Mut zur Meinung

Von WILLY BRANDT

Die Zeit der Nachkriegsjubiläen hält an: In diesen Tagen wird auch die WELT vierzig Jahre alt. Ich gratuliere zum Geburtstag und wünsche den Verlegern und der Redaktion den Mut zu umfassender Berichterstattung und zu eigenständiger Meinung. Ich wünsche gleichzeitig politisches und publizistisches Augenmaß.

Daß dies kein gewöhnlicher Geburtstag ist, können letztlich wohl nur diejenigen ermessen, die als Zeitzeugen mit dem ganz besonderen historischen Rahmen vertraut sind, in dem nach dem Zusammenbruch der alle Lebensbereiche durchdringenden Nazi-Propagandamaschine hierzulande die freie Presse wiederbegründet wurde.

Nur wer das miterlebt hat, kann ermessen, wieviel Kraft und Geschick nötig waren, ein Blatt wie die WELT zu dem zu machen, was es in diesen Jahrzehnten gewesen ist.

Der Zeitgenosse und die Angstlücke

Von Prof. Dr. PETER R. HOFSTÄTTER

Ihre eigene wirtschaftliche Lage beurteilte im Februar 1986 mehr als die Hälfte der Befragten (53 Prozent) als gut oder sehr gut, nur jeder Zehnte (zehn Prozent) hielt sie für schlecht oder sogar für sehr schlecht. Gegenüber dem Vormonat ergab sich bei den Zufriedenen ein signifikanter Anstieg von 47 auf 53 Prozent, bei den Unzufriedenen eine Abnahme um zwei Prozent. Die übrigen Befragten wählten ein mittleres Prädikat – die Lage sei „teils, teils" zufriedenstellend –, oder sie enthielten sich einer Beurteilung.

Zu diesem im ganzen sehr erfreulichen Bild paßt die zur Zeit in vielen Branchen festgestellte Zunahme der Investitions-, Kauf- und Konsumneigung der Bundesbürger. Wer nun allerdings glauben wollte, es herrsche bei uns – wenigstens in wirtschaftlicher Hinsicht – soviel an Zufriedenheit wie schon lange nicht mehr, wird von sogenannten Fachleuten schnell eines Schlechteren belehrt, denn es gebe – so der „Spiegel" am 24. Februar – eine „Angstlücke", die erkennen lasse, „wie groß die Sorge der Bundesbürger ist, die Gesamtentwicklung könne sich negativ auf ihren eigenen Standard auswirken".

Dabei beruft man sich auf das in der Demoskopie häufig beobachtete Kuriosum, daß die „allgemeine Lage" wesentlich schlechter beurteilt wird als die eigene Lage. Für gut oder sehr gut hielten die allgemeine Lage im Februar 1986 nur 33 Prozent der Befragten. Von den zusätzlichen 20 Prozent, die ihre eigene Lage positiv bewertet hatten, zogen sich, als es um die allgemeine Lage ging, viele (16 Prozent) auf das unspezifische „teils, teils" zurück, während einigen (vier Prozent) die allgemeine Lage offenbar sogar als schlecht bzw. als sehr schlecht erschien.

Im Extrem wäre vielleicht sogar die paradoxe Situation denkbar, in der jedermann zwar mit seiner eigenen Lage zufrieden ist, zugleich aber auch meint, anderen gehe es doch im Grunde schlecht. Obwohl das nach den Gesetzen der Logik kaum möglich ist, ergab sich dieses Bild näherungsweise 1977 in meiner eigenen Untersuchung von verheirateten Männern, in der acht von zehn Befragten erklärten, sie seien „alles in allem" mit ihrem Leben ganz zufrieden, wobei freilich weitaus die meisten (68 Prozent) sogleich auch angaben, sie hätten – verglichen mit anderen Leuten in ihrer Bekanntschaft – „eher mehr Grund als diese, mit dem Leben zufrieden zu sein".

Die für eine derartige Diskrepanz angebotene Interpretation, daß darin nämlich die Angst vor negativen Auswirkungen der Gesamtentwicklung auf die eigene Situation zum Ausdruck komme, mutet reichlich willkürlich an. Sie läßt den in psychologischer Hinsicht wesentlichen Unterschied außer Betracht, wie die beiden Beurteilungen zustandekommen. Unsere eigene Lage erleben wir unmittelbar, die anderer Personen erfahren wir dagegen aus deren Berichten oder – sofern es um die Allgemeinheit geht – aus den Massenmedien (Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen).

Dr. Peter R. Hofstätter, Jahrgang 1913, ist Professor der Psychologie und, seit Jahren schon, WELT-Kolumnist.

Die sogenannte „Angstlücke" ist somit ein Hinweis auf eine Berichterstattung, die generell weniger zu positiven und mehr zu negativen Urteilen tendiert als unsere persönliche Erfahrung. Danach kann es zum Beispiel sehr wohl vorkommen, daß – wie die Allensbacher im August 1982 herausfanden – sehr viele Befragte (61 Prozent) den Eindruck haben, die meisten Leute in der Bundesrepublik litten zur Zeit unter Streß, während nur 31 Prozent meinen, das sei zur Zeit bei ihnen selbst der Fall. Oder ein anderes Beispiel: Während sogar 81 Prozent der Befragten „die Verschmutzung von Natur und Umwelt bei uns in der Bundesrepublik (für) ein ernstes Problem" hielten, waren nur 49 Prozent der Ansicht, diese Verschmutzung sei „hier" (in ihrer eigenen Gegend) ein ernstes Problem. Im eigenen Lebensbereich hielten 42 Prozent die Verschmutzung für „nicht so ernst".

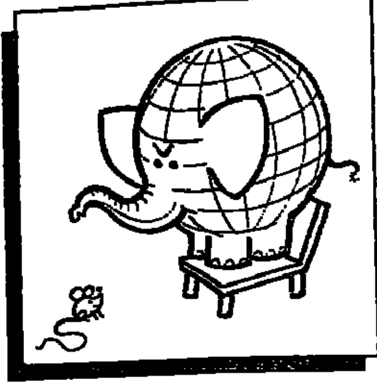
Daß wir unsere eigene Situation mit anderen Augen betrachten als die allgemeine Lage, entspricht uralter Erfahrung, jedoch würde man meinen, daß wir eher dazu neigen, die Glücksgüter zu überschätzen, die anderen zuteil werden, und daß sich deshalb so gut wie jedermann im Sinne von Helmut Schoeck mit dem Neid auseinanderzusetzen hat. Das Resultat wäre, „daß wir selten einen Zufriedenen finden", weil sich – wie Horaz im Jahre 35 v. Chr. an Maecenas schrieb (fat., I, 1) – jeder einzelne „nicht mit der großen Menge der Ärmeren vergleicht, nein, den oder jenen durchaus überbieten muß. Wer so vorwärts hastet, stößt immer auf ein Hindernis, einen noch Reicheren."



Mutmaßungen: 68 Prozent der Bundesbürger glauben, daß es ihnen besser als den Nachbarn ergehe.

In das letzte Jahr der Regierung Schmidt gingen nach dem Befund des Instituts für Demoskopie im Dezember 1981 nur 32 Prozent der Befragten mit Hoffnungen, dafür aber 60 Prozent mit Befürchtungen oder mit Skepsis. Die Zahlen haben sich seither kontinuierlich in der Weise verändert, daß im Dezember 1985 dem kommenden Jahr 61 Prozent der Befragten mit Hoffnungen und nur 30 Prozent mit Befürchtungen oder mit Skepsis entgegensahen. So günstige Werte hat es in den 37 Jahren, in denen diese Art der Befragung von Frau Noelle-Neumann durchgeführt wird, nur sechsmal gegeben.

Positive Erwartungen stellen allerdings auch eine Hypothek dar, denn das Erlebnis der Zufriedenheit setzt voraus, daß die Bewertung der tatsächlichen Ereignisse nicht zu weit hinter den im voraus entwickelten Erwartungen zurückbleibt. Angesichts der großen Hoffnungen, deren Erfüllung die meisten Bundesbürger vom Jahre 1986 erwarten, muß es nach diesem Ansatz im Parteienkampf um die Bewertung des Erreichten gehen. Diese Personen direkt zu attackieren verspricht wenig Erfolg: Wer zufrieden ist, läßt sich nicht leicht davon überzeugen, daß er eigentlich und recht besehen Not leidet. Aussichtsreicher ist deshalb der Umweg über das Unbehagen, das als schlechtes Gewissen aus dem Vergleich des eigenen Wohlseins mit dem „allgemeinen Elend" um so leichter resultiert, je besser es einem selbst geht. Bedenkt man, wie es sich gehört – so heißt es immer wieder mehr oder minder offen –, das Elend in der Dritten Welt, dann haben wir gar kein Anrecht auf das Glück. Unerwähnt bleibt freilich, daß unser Unglück sehr stark auch zu Lasten der Dritten Welt ginge, der wir dann überhaupt nicht helfen könnten.



Diese Strategie der Berichterstattung hat etwas teuflisches an sich, obwohl sie – historisch gesehen – aus dem religiösen Leben stammt. Dort wurde sie von den Sektierern des Pietismus seit dem Ende des 17. Jahrhunderts entwickelt, um die für gottgefällig gehaltene „Zerknirschung und Zermalmung des Herzens ... als einen nahe an Verzweiflung grenzenden Gram" herbeizuführen, „um welchen der Mensch selbst bitten müsse, indem er sich selbst darüber grämt, daß er sich nicht genug grämt" (Kant, 1798).

Dieser Gram wird uns heute als Verpflichtung zur „Betroffenheit" aufgebürdet. Die Massenmedien, die uns die schlichte Zufriedenheit nicht gönnen, tun dies – wie mir scheint – primär gar nicht aus einem politischen Impuls. Sie haben sich vielmehr – ohne daß es dazu einer christlichen Glaubensbindung bedurft hätte – von dem Pietismus vereinnahmen lassen, der nach 1945 als Protest gegen jede Form von „Orthodoxie" nicht nur in der evangelischen Kirche, sondern auch in weiten Bereichen der Literatur eine in ihrer Art sehr unduldsame Herrschaft erlangt hat. Im Hinblick auf eine Welt, in der nur die Ratte von Günther Grass zu überleben vermag, ist Trübsal Pflicht und Zufriedenheit Sünde.

Daß die SPD diese in den Medien vorherrschende Grundtendenz nach Kräften fördert, liegt auf der Hand. Schließlich hat sich das Verfahren ja bei der Abwertung des „Wirtschaftswunders" hervorragend bewährt. Nur: Wer hätte etwas von einem in Betroffenheit und Trübsal ertrinkenden deutschen Volk? Niemand! Wir müssen uns deshalb die Möglichkeit des Sich-Freuens zurückerobern. Dabei läßt sich den Pietisten aller Schattierungen eine bereits im Original zu diesem Zweck bestimmte These aus Spinozas „Ethik" (IV, 42) entgegenhalten: „Die Heiterkeit kann kein Übermaß haben, sondern ist immer gut; dahingegen ist der Trübsinn immer schlecht."

Zum Bier schmeckten Dr. Kausch sogar Blumen

Von BERNT CONRAD



Vor den Fenstern des Broschek-Hauses stillen die Bürger aus der WELT ihren Nachrichtenhunger.

Nach schweren Bombenschäden notdürftig repariert, strahlte das Broschek-Haus den angestaubten Charme hanseatischer Tradition aus. Hier, in den Großen Bleichen, einer schmalen Nebenstraße des Jungfernstiegs, war jahrzehntelang das angesehene „Hamburger Fremdenblatt" entstanden. Nun hatte die WELT, „überparteiliche Zeitung für die britische Zone", in dem bröseligen Gemäuer ihr erstes Domizil gefunden.

Über enge Treppen, durch verwinkelte Gänge, an lärmenden Rohrpostleitungen vorbei führte der Weg in den hinteren Gebäudeteil. Eine Glastür öffnete sich – und plötzlich brandete quirliges Leben auf. Eine Mischung aus Wallensteins Lager, teils hektischem, teils maghrebinisch-legerem Arbeitseifer, dröhnenden Stimmen und ewig klappernden Rohrposthülsen entpuppte sich als die Zentralredaktion, das Herz der Zeitung.

Als die Urredaktion unter Hans Zehrer im ersten Nachkriegswinter 1945/46, angeleitet vom britischen Colonel Garland, mit der Planung der WELT begonnen hatte, war von einem halbwegs wetterfesten Verlagsgebäude noch keine Rede gewesen. Eine Wand des Treppenhauses fehlte, Trümmer gab es in Massen, aber kaum Möbel, Öfen oder Kohlen. Die Mitarbeiter, darunter Kurt W. Marek (später als Bestseller-Autor C. W. Ceram weltberühmt), mußten sich in Kammern von der Größe doppelter Telefonzellen zwängen.

Dem wurde bald abgeholfen. Beim Erscheinen der ersten WELT-Ausgabe am 2. April 1946 (nach Zehrers nicht ganz freiwilligem Ausscheiden nun unter der Chefredaktion Rudolf Küstermeiers) war schon manches Loch zugemauert, manche Lücke verputzt. Aus der Ruine wurde ein Behelfsbau. Doch die knarrenden Dielen, die dunklen Korridore und der Staubgeruch standen auch drei Jahre später noch in schroffem Kontrast zu dem modernen Produkt, das von hier aus dreimal in der Woche seine – am 26. Februar 1949 insgesamt eine Million – Leser erreichte.

Was den Gründern der WELT vorschwebte, war eine Art deutscher „Times": sachlich, schnell und fair, mit strikter Trennung von Nachricht und Kommentar. Konzipiert, koordiniert und im wesentlichen auch geschrieben wurde das meiste in der Zentralredaktion. Aber dort saß nicht etwa eine stromlinienförmige Mannschaft angelsächsisch eingefärbter Redakteure, sondern eine bunt zusammengewürfelte Schar höchst individueller Journalisten – in der Mitte als Chef der vitale, humorvolle und besonders eigenwillige Berliner Hans-Joachim Kausch.

Über ihn lief alles, und er inspirierte auch, wenn zu später Stunde manchmal Müdigkeit aufkommen wollte, seine Kollegen mit untermarkigen Sprüchen.

Nach Umbruchschluß zu „Krummbiegel"

Das setzte sich nach Umbruchschluß regelmäßig in der gegenüberliegenden Journalisten-Stammkneipe „Krummbiegel" fort, wo der unverwüstliche Kausch, wenn die Stimmung ihren Höhepunkt erreichte, sogar Spezialitäten wie Blumen und Gläser zu verzehren pflegte. Gerade weil es in der Zeit vor und kurz nach der Währungsreform nicht viel zu lachen gab, ging es bei der WELT damals oft sehr heiter zu. Man diskutierte auch gern und heftig. Darum war der Lärmpegel manchmal recht hoch. Doch die professionelle Qualität litt darunter keineswegs. Im Gegenteil: Weil die Arbeit Spaß machte, wurde das Produkt erstklassig. Dabei war der Ablauf gar nicht so einfach. Zunächst wurde das Nachrichtenmaterial, das unmittelbar vor dem Redaktionschef Kausch donnernd aus der Rohrpost kam, an die im gleichen Raum angesiedelten Ressorts weitergeleitet.

Dort verteilten dann die Ressortleiter Johannes Renatus Renner (Innenpolitik) und Karl Kerber (Außenpolitik) die Arbeit; im Ein-Mann-Ressort Vermischtes griffen Rolf Strehl und später Heinz Schewe allein zur Feder. Waren die Manuskripte redigiert, um- oder neugeschrieben, so wanderten sie wieder zum Mitteltisch, wo sie nach Visitation durch Kausch von zwei Damen mit verschiedenfarbigen Nummern versehen und von zwei Herren in riesige Listen eingetragen wurden. Dann verschwanden sie in den Schlünden der Rohrpost.

Doch damit war die Prozedur nicht beendet, denn wenn die Texte gesetzt waren, mußten die „Satzfahnen" britischen Kontrolloffizieren zur Genehmigung vorgelegt werden. Das kostete Zeit und Nerven. Aber das lag mehr am System als an den Engländern (oder Schotten), die unter Führung des eleganten Oberstleutnants Steel McRitchie ein mit der Zeit stetig wachsendes Maß an Verständnis, Kollegialität und Fairneß bewiesen.

Manchmal bekamen die Kontrolloffiziere sogar Ärger mit ihren vorgesetzten Behörden, weil sie mehr deutschen Auffassungen als den Positionen der britischen Besatzungsmacht zuneigten. So verhinderten sie nicht, daß die WELT immer wieder energisch die alliierte Reparationspolitik kritisierte.

Deutsch-englische Redaktion" vereitelt

Dennoch war die Vorzensur lästig, und ihr allmählicher Abbau erleichterte die Redaktionsarbeit. Großen Krach gab es, als Mitte 1949 auf Wunsch Londons die WELT plötzlich mit dem Untertitel „Deutsch-englische Redaktion" erscheinen sollte. Das entsprach keineswegs der Realität. Lebhafte Proteste der betroffenen Deutschen vereitelten schließlich den Plan.

Parteipolitisch war der WELT absolute Neutralität auferlegt. Die äußere Form wirkte eher unpersönlich: Viele Hintergrundartikel oder Kommentare waren nicht mit Autoren-Namen, sondern mit dem anonymen Vermerk „innenpolitischer Mitarbeiter", „außenpolitischer Mitarbeiter" gezeichnet.

Hinter dieser glatten Oberfläche aber verbargen sich sehr ausgeprägte, teilweise auch kantige oder sogar bizarre Charaktere. Darunter der höchst originelle Reporter Ben Witter, der gelegentlich aufbrausende, aber sehr kollegiale Koordinator Hans Scherer, der musikalisch-balkanische Hans Kaufmann, der politische Gourmet Gert von Paczensky, der hanseatisch-bedächtige Kurt Becker, der intellektuelle Günther Sawatzki und ein vielversprechender Volontär namens Siegfried Lenz.

Ferner der knorrige Wirtschaftler Adolf Helbig, die feuilletonistisch-elegant formulierenden Sportredakteure Hans-Wilhelm Meidinger, Joachim Besser und Horst Peets und auch die zunächst eher unscheinbare außenpolitische Redakteurin Thea



Berghänel, die zum Gelächter ihrer am Radio lauschenden Kollegen bei den Olympischen Spielen in Helsinki als weißgekleideter „Friedensengel" einmarschierte.

Eine besondere Rolle spielte Willy Haas, der als einstiger Herausgeber der „Literarischen Welt" mit fast jedem prominenten deutschen Schriftsteller befreundet war und der sich mit unverwechselbarem Prager Charme aus einem Controller in einen allseits beliebten Seniorredakteur verwandelte.

Nicht zu vergessen Mirko Szewczuk, der geniale Zeichner, dessen erste Karikatur in der WELT vom 1. Juli 1949 ein großes Holzkreuz mit einer Tafel „20. Juli 1944" zeigte; davor ein schneidiger Offizier, der dem Kreuz die Hand entgegenstreckt, mit der Unterschrift: „Remer: Jestatte, alten Gegnern die Hand zu reichen. Bin ‚nicht betroffen' und zur Versöhnung bereit."

Ab Juli 1949 erschien die WELT täglich

Alle diese Individualitäten, von Witter bis Szewczuk, unter einen Hut zu bekommen, war nicht immer leicht. Rudolf Küstermeier, der nach elfjähriger Tortur im Konzentrationslager Bergen-Belsen bei Kriegsende 1945 von den Briten befreit worden war, entledigte sich seiner Aufgabe als Chef im Broschek-Haus nicht mit der Peitsche des Dompteurs, sondern mit einer stets freundlich-zurückhaltenden Sachlichkeit. Das klappte meistens.

Einen tiefen Einschnitt für die journalistische Arbeit und die gesamte Entwicklung der WELT bildete der 1. Juli 1949: An diesem Tag ging das Blatt vom dreimal wöchentlichen zum täglichen Erscheinen über. Nun wurde es in der Zentralredaktion hektischer – die bisher alle zwei Tage fällige „Denkpause" fiel weg, der Zeitungsalltag normalisierte sich. Eine weitere Folge: Der Bezugspreis stieg, die Auflage sank. Einsparungen wurden notwendig. Die Pionierzeit der WELT näherte sich ihrem Ende.

Der Journalist Bernt Conrad, 57, arbeitet seit 1948 für die WELT. Conrad berichtet heute als diplomatischer Korrespondent aus der Bundeshauptstadt.

Kurioses aus der WELT

Von JOACHIM NEANDER

Die WELT Nr. 1 am 2. April 1946 kostet 20 Reichspfennig. Umgerechnet auf die Realwährung jener Tage, ist das ein sehr flüchtiger Zug aus einer Camel-Zigarette. Oder ein Kippenrest.

In Hamburg streifen im Auftrag der Behörden Drei-Mann-Gruppen mit einer Waage durch die Stadt. Sie halten Passanten an, um sie zu wiegen. Eine Zahl: 54,4 Prozent der Leute haben Untergewicht, 5,8 Prozent Übergewicht. Ein einziges Hamburger Krankenhaus meldet binnen einer Woche 62 Einlieferungen mit Symptomen akuter, zum Teil lebensbedrohlicher Hungerkrankheit.

Die Telefongebühren steigen um 50 Prozent, das Eisenbahnfahren wird um 100 Prozent teurer – eine Kurzmeldung. Das Geld ist eh' nix wert. In Münster genehmigt die Preisbildungsstelle Nordrhein-Westfalen dem dortigen Theater den Antrag auf Erhöhung der Eintrittspreise. Begründung: Theater müssen sich finanziell selbst tragen.

Kleinanzeigen: Tausche Villa in Hamburg-Harvestehude gegen kleine Landstelle oder Bauernhof. Eine rheinische Wein-Großkellerei sucht dringend größere Mengen von Kupfervitriol. Das Körperläuse-Bekämpfungsmittel Elkatol wird als „angenehm im Gebrauch" angepriesen. Wer weiß heute noch, daß es so etwas wie Körperläuse gibt?

Kriminalität von einem anderen Stern: In Pforzheim wird der Postbeamte Karl H. zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hat, obwohl er doch Beamter und im Besitz der „normalen" Lebensmittelrationen zwischen 1000 und 1500 Kalorien täglich ist, Bettelbriefe nach Amerika geschrieben, in denen er seine „große Not" geschildert hat. Es sind mehrere Liebesgabenpakete eingetroffen. Das Gericht wertet das als Betrug.

> *Der Mut bietet immer ein schönes Schauspiel.*
> *Alexander Dumas*

In Niedersachsen wird ein Architekt wegen „Ungehorsams gegen eine Anordnung der britischen Militärregierung" zu 28 Tagen Gefängnis verurteilt und noch im Gerichtssaal verhaftet. Er hatte die Erlaubnis, ein Holzhaus für 1600 Mark zu bauen, statt dessen baute er zwei Steinhäuser für 10 000 Mark. In Hamburg brechen Unbekannte in die Räume des Zoologischen Museums ein und werfen die kostbaren Präparate auf den Boden, um den Konservierungsalkohol zu stehlen. Beute: 20 000 Liter. Der Schaden für das Museum übersteigt die Schätzmöglichkeiten. Die WELT gibt eine Warnung der Behörden an die Diebe weiter: Der Alkohol könne durch das Gift der präparierten Schlangen höchst gefährlich sein.

Es gibt ewige Werte, denen die Zeit offenbar nichts anhaben kann. Ein „großes Operetten- und Revuetheater sucht junge, hübsche Tänzerinnen". An der Bergstraße blühen die Mandelbäume. In der Nacht vom 12. auf den 13. April 1946 wird in ganz Deutschland die Sommerzeit eingeführt. Im „Hippodrom" an der Reeperbahn auf St. Pauli kann man wieder reiten. Die WELT veröffentlicht wieder einen Börsenbericht, Kurse in Reichsmark, nicht in Zigarettenwährung.

Am 18. April veröffentlicht die WELT erstmals eine Schachaufgabe. Auch Schach hat etwas Immerwährendes: Betreuer der Schachecke ist ein gewisser Hans Klüver. Das macht er heute noch, seit 40 Jahren.

In München plant man ein Sechstagerennen. Es wird wieder Fußball gespielt in Deutschland. Die WELT meldet sogar einen Bestechungsskandal. Einem Schiedsrichter wurden zwei Zentner Mehl und ein Zentner Kartoffeln angeboten. Er lehnte ab.



Trümmerfrauen klauben Steine für den Wiederaufbau.

Das internationale Streichholzkartell ist aufgelöst worden. Informierte Kreise erwarten, so heißt es in einer Meldung, daß jetzt endlich das – bisher immer vom Kartell verhinderte – „ewige Streichholz" auf den Markt kommt, das man bis zu 1000 Mal entzünden kann.

Bayern ist Bayern. Dort gibt es jetzt ein „Ministerium für politische Säuberung". Minister ist Heinrich Schmidt von der KPD. In der verfassunggebenden Landesversammlung des Freistaats wird über den Antrag abgestimmt, das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten zu schaffen. Der Antrag scheitert mit 84 gegen 85 Stimmen. Vorschlag für ein Quiz: Wer wäre heute, 1986, bayerischer Staatspräsident?

Der Föderalismus blüht auch im Skurrilen. Die einzelnen Regionen und Zonen rechnen einander in Leserbriefen in der WELT vor, um wieviel weniger sie zu essen und zu heizen haben als die anderen. Erste Folgen der großen deutschen Binnenwanderung von Ost nach West: In der Sowjetzone kommen auf einen Einwohner 14,4 qm Wohnraum, in der britischen Zone nur 6,2 qm. Der allgemeine Ton ist gereizt.

Aus Wasserburg am Inn wird die Äußerung eines Herrn Jakob Fischbacher, Kreisvorsitzender des Bayerischen Bauernverbandes, bekannt. „Eine Heirat zwischen einem Bayern und einer norddeutschen Blondgermanin", hat er auf einer Versammlung gesagt, „ist Blutschande." Und man solle die Preußen endlich nach Sibirien schaffen. Zur Rede gestellt, verteidigt er sich: Das sei doch nur ein Witz gewesen. Aber damals ist den Leuten nicht so recht nach Witzehören zumute.

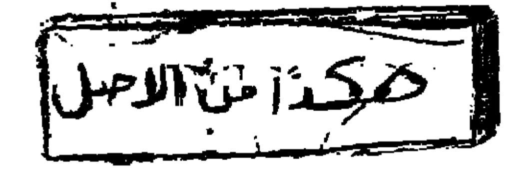
In Köln diskutiert man, ob man den schwerbeschädigten Dom nicht ganz abreißen solle. Die Denkmalpfleger weisen warnend darauf hin, daß ein wiederaufgebauter im Grunde doch kein „echter" Dom mehr sei. Aber ein Herr namens Konrad Adenauer gibt den Ausschlag: sofort mit dem Wiederaufbau anfangen.

Konrad Adenauer, Vorsitzender der CDU in der britischen Zone, ist auch unter den Gratulanten zum einjährigen Geburtstag der WELT am 2. April 1947. „Ich wünsche der WELT weiterhin gute Entwicklung", schreibt er, „und füge eine Anregung hinzu: Die CDU der britischen Zone hat öfter das Empfinden gehabt, als ob von der WELT zuwenig daran gedacht wurde, daß von ihr alle Parteien berücksichtigt werden müssen."

Einen Tag später, am 3. April 1947, schreibt der Hamburger Verleger Axel Springer einen Leserbrief an die WELT. Es ist sein erster Beitrag in der Zeitung, die viele Jahre später seinem Unternehmen angehören wird. Der Brief nimmt Stellung zum „Fall Garbe". Karl Ernst Garbe war Ende der NS-Zeit aus der Wehrmacht desertiert, gefaßt und inhaftiert worden. Er mußte mit der Todesstrafe rechnen. Aber er nutzte eine Gelegenheit, schlug einen Wachbeamten nieder, flüchtete und entkam in die Schweiz. Nach dem Zusammenbruch kehrte er zurück. In Lübeck verurteilte ihn ein Gericht wegen Körperverletzung und Widerstands gegen die Staatsgewalt im März 1946 zu fünf Monaten Gefängnis.

„Herz und Verstand drohen einem stillzustehen", so beginnt Axel Springers Leserbrief. „Ich kenne Garbe nicht, aber die Sache ist klar und das Urteil ungeheuerlich. Man scheint in Lübeck und Kiel nie davon gehört zu haben, daß es Deutsche gab, die ihr Land mit mehr Verstand und Vorstellungskraft liebten, als daß sie ohne Zögern im Dienste der NS-Allgemeinheit ihre sogenannte Pflicht taten."

Joachim Neander (62) arbeitet seit 1964 für die WELT. Heute ist er Chefkorrespondent Inland mit Sitz in Frankfurt. 1983 wurde Neander mit dem Theodor-Wolff-Preis ausgezeichnet.



Stellen Sie unsere Kreativität auf die Währungsprobe!

Wenn Geld Grenzen überschreitet, ist ein Höchstmaß an Kreativität gefragt. Devisenkurse auf ihrem neuesten Stand zu kennen, genügt nicht mehr. Es geht heute darum, sie kreativ zu interpretieren.

Denn die moderne Nachrichtentechnik produziert häufig den gleichen Wissensstand und so auch die gleichen Entscheidungen bei vielen.

So zwängen sich Angebot und Nachfrage durch ein Nadelöhr. Die besten Währungsgeschäfte führen aber oft haarscharf daran vorbei. Beispielsweise nach Skandinavien statt in die Schweiz, oder auch nach Japan statt nach Frankreich. Auf jeden Fall aber führen Währungsanlagen, Import- oder Exportgeschäfte bei uns zu kreativen Denkprozessen.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Jens-Peter Schmitt
HYPO-BANK

Optimismus, aber mit Augenmaß

Von GERHARD STOLTENBERG



Über alles in der WELT. Zeichnung von Mirko Szewczuk aus dem Jahr 1955 als Beitrag der WELT für den Almanach der Bundespressekonferenz in Bonn.

CDU-geführte Bundesregierungen seit der Kanzlerschaft Konrad Adenauers haben ihre Arbeit an den Grundwerten ausgerichtet, denen sich die Volkspartei CDU verpflichtet fühlt: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Auch heute, im sich vollendenden vierten Jahrzehnt der Bundesrepublik Deutschland, ist diese Wertordnung, die im christlichen Menschenbild wurzelt, für uns gültig.

Die soziale Marktwirtschaft ist, bei ständiger Erneuerung auf veränderte Herausforderungen hin, bis heute unser wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm geblieben, in dem Eigenverantwortung, Leistung, Wettbewerb und Solidarität vorrangig Platz haben. Die soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, in der die Gleichheit der Chancen gefördert, sozialer Fortschritt und Wohlstand für alle erreichbar und Privateigentum geschaffen und garantiert werden.

Nie ist der Vorzug dieser Ordnung klarer erkennbar gewesen, als nach jenem Jahrzehnt, in dem sozialdemokratisch geführte Bundesregierungen die „Belastbarkeit" unserer Wirtschaft fast bis zum Zusammenbruch „geprobt" haben. Diese Unterbrechung der Kontinuität in der Politik der sozialen Marktwirtschaft hatte das System selbst gefährdet.

Erst seit CDU und CSU in Verbindung mit einer erneuerten FDP durch eine konsequente Politik der Gesundung der Staatsfinanzen und der Rückführung des Staatsanteils der marktwirtschaftlichen Ordnung wieder Atemluft verschafft haben, ist Preisstabilität wiedergewonnen, erstarkt und wächst die Wirtschaft, verbreitert sich der Wohlstand, festigt sich die soziale Sicherung, können wir die Steuern senken.

Und es überwiegen wieder die positiven Erwartungen der Bürger an die Zukunft. Zugleich kehrt die über die Jahre fehlgeleiteter Politik verdrängte Einsicht zurück, daß Ansprüche an den Sozialstaat nur so weit befriedigt werden können, wie die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft dies zuläßt.

Kontinuität in der Wirtschaftspolitik, das lehrt drastisch der wirtschaftliche Einbruch mit Millionen von Arbeitslosen in den späten siebziger und den ersten achtziger Jahren, läßt sich nur von Mehrheiten sichern, die ihre Politik nach gleichen Grundwerten gestalten.

CDU/CSU und FDP konnten 1982 unter der selbstverständlichen Zusicherung, die internationalen Verträge der SPD-FDP-Ära einzuhalten (Pacta sunt servanda), an Grundsätzen ihrer eigenen Außen- und Sicherheitspolitik anknüpfen.

Dabei geht es vor allem um die Stärkung des Atlantischen Bündnisses, neue Impulse für die europäische Zusammenarbeit und die nachhaltigere Vertretung legitimer Interessen bei der Suche nach Ausgleich mit den Staaten des Warschauer Paktes.

Für uns gibt es keine Alternative zur Politik der friedlichen Verständigung mit den Nachbarn in Europa. Wir bleiben sichere Partner des Westens, wir bemühen uns um bessere Beziehungen zu den Völkern im Osten, mit denen wir Deutsche zahlreiche historische Bindungen haben, und wir helfen den Ländern der Dritten Welt, die aus eigener Kraft Not und Verschuldung nicht überwinden können.

Das Nordatlantische Bündnis und die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten sind heute wie gestern Fundament dieser Außen- und Sicherheitspolitik. Unter dem Schirm dieses Verteidigungsbündnisses bauen wir in der Europäischen Gemeinschaft die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit heute elf Partnerstaaten unterschiedlicher Wirtschaftskraft weiter aus, mit dem Ziel einer weitergehenden Harmonisierung.

Auch im Innern geht es um Kontinuität. Den freiheitlichen Rechtsstaat wollen wir erneuern und stärken. Die Bundeswehr hat die politische Unterstützung und die notwendigen Mittel, ihren Auftrag der Friedenssicherung zu erfüllen.

Das Prinzip der Tarifautonomie der Sozialpartner bleibt unangetastet. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, der hat in unserem weiterentwickelten Rentensystem Anspruch und Garantie auf eine sichere Rente.

Die Partnerschaft zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern, bleibt das Leitbild unserer Familienpolitik. Wie zu Ludwig Erhards Zeiten verringert der Bund wieder die Anteile an seinen Unternehmen: Was die Privatwirtschaft besser kann, soll der Staat nicht machen.

Kontinuität?

Die Aufgaben haben sich gegenüber der Zeit Konrad Adenauers und Ludwig Erhards in vielem verändert. Neue, große Herausforderungen stellen sich für uns im Innern wie in der Weltpolitik.

Aber vieles bleibt den Grundwerten und Grundentscheidungen aus der Nachkriegszeit gültig und verpflichtet.



Gerhard Stoltenberg (57), Bundesminister der Finanzen in Kohls Kabinett, zählt lange schon zu den Hoffnungsträgern der Union. „Nordlicht" Stoltenberg ist Landesvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein.

Eine der ersten Umfragen, die die WELT veranstaltete, galt der WELT: Am 1. April 1947 befragte die Redaktion Politiker und andere Prominente nach ihren Wünschen an die Zeitung.

Wie wünschen Sie „Die Welt"?

Eine Rundfrage zum einjährigen Bestehen

Wir haben eine Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gefragt: „Wie wünschen Sie ‚Die Welt' im zweiten Jahr ihres Bestehens?" Es ist uns — die leidige Platzfrage! — auch nach Abstrich der allgemeinen Glückwünsche und Lobsprüche nur möglich, einen Teil der Antworten auszugsweise zu veröffentlichen. Wir haben die herausgesucht, die einige kritische Hinweise und allgemeine Urteile enthalten.

Dr. Schumacher, Vorsitzender der SPD der Westzonen:

„Die Welt' sollte ihre Aufgabe darin sehen, einen Beitrag für die Liquidierung des Hitler-Krieges und das Erstehen eines neuen Denkens zu leisten. Viele in Deutschland verstehen ihre Umwelt nicht, viele Menschen draußen aber verstehen Deutschland ebensowenig."

Dr. Kurt Schumacher

Dr. Adenauer, Vorsitzender der CDU in der britischen Zone:

„Was Verkehr, Nachrichtenübermittlung und Klarheit der tatsächlichen Lage angeht, so muß man die große journalistische Arbeit der ‚Welt' in dieser Zeit bewundern. Ich wünsche der ‚Welt' eine weitere gute Entwicklung und füge eine Anregung hinzu: Die CDU der britischen Zone hat öfters das Empfinden gehabt, als ob von der ‚Welt' zu wenig daran gedacht würde, daß von ihr alle Parteien berücksichtigt werden müssen."

Adenauer

Der Bürgermeister der Hansestadt Hamburg:

„. . . Ich würde es begrüßen, wenn Ihre Zeitung, ebenso wie die übrigen in Hamburg erscheinenden Blätter, bald in echte Tageszeitungen verwandelt werden könnten . . . unsere Arbeit am politischen Neuaufbau Deutschlands wesentlich erleichtern würde. Mehr Papier für Ihren gemeinsamen Kampf gegen Unkenntnis und Vorurteil ist fast so wichtig wie die bessere Ernährung und die bessere Versorgung unserer Haushalte und Fabriken mit Kohle, für die wir uns immer wieder einsetzen."

Brauer

Minister Franz Blücher, 1. Vorsitzender der FDP:

„Wir brauchen heute mehr sachliche Argumentation und weniger parteipolitische Polemik. Eine überparteiliche und gut informierte Zeitung wie ‚Die Welt' kann in dieser Hinsicht durch ihr Beispiel vorbildlich wirken."

Franz Blücher

Dr. Friedensburg, 1. Bürgermeister von Berlin:

„. . . daß sie uns wie bisher in knapper, sachlicher Form alles Wissenswerte aus Politik, Wirtschaft und Kultur mitteilt . . ., gibt es kaum ein anderes deutsches Blatt, das sich dieser Aufgabe der sachlichen Unterrichtung so gewissenhaft und gleichmäßig annimmt."

Dr. F. Friedensburg

Max Reimann, Vorsitzender der KPD für die britische Zone:

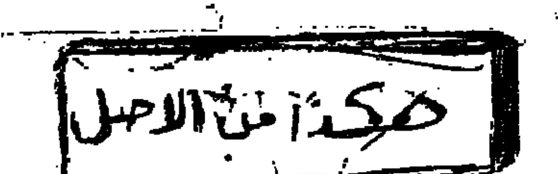
„Die Zeitung ‚Die Welt' nennt sich eine überparteiliche Zeitung für die gesamte britische Zone. Gibt es eine Überparteilichkeit? Die Journalisten sollten mitten im Leben der Werktätigen stehen und von hier aus die Meinung ihres Volkes übernehmen, aber auch Meinungen in demokratische Formen kleiden."

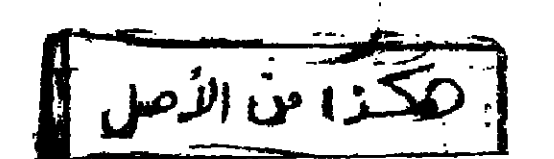
Max Reimann

Verleger Ernst Rowohlt:

„Eine gute Zeitung sollte täglich erscheinen können. Kritik? — Als Buchhändler sähe ich gern größeres Feuilleton und hätte Meinungen lieber als Nachrichten, weil — meiner Ansicht nach — nur Diskussionen zur Klärung führen."

Ernst Rowohlt





Der Journaille ins Stammbuch

Von PETER GLOTZ

Ich habe vor 17 Jahren, gemeinsam mit Wolfgang Langenbucher, eine „Kritik der deutschen Presse" veröffentlicht, die damals folgende These formulierte: „Wenn man das Selbstverständnis vieler Verleger und vieler Journalisten, ja weiter, wenn man das Selbstverständnis eines großen Teiles unserer kulturvermittelnden Intelligenz analysiert, findet man pseudodemokratische, bürgerlich liberal-elitäre, antiaufklärerische Elemente.

Die geläufige Kritik unseres Kommunikationssystems ist viel zu selten eine konkrete Kritik an den Mißständen einer noch kaum verwirklichten sozialstaatlichen Verfassung; sie ist viel öfter ein Lamento über die verhaßten Kommunikationsbedürfnisse der Konsumenten – horribile dictu.

Das ist es eigentlich, was so viele Repräsentanten unserer kulturvermittelnden Intelligenz empört: Die schroffe Ablehnung der kulturellen Leitbilder des Bürgertums durch die Massen, die vitalen Entspannungs- und Unterhaltungsbedürfnisse der in den Arbeitsprozeß eingegliederten Menschen, die unvermittelten, ungefilterten Urteile und Vorurteile von Leuten, die man jahrhundertelang in Zwergschulen großzog und die nun durch den Mechanismus der hochproduktiven Industriegesellschaft plötzlich auch für die Intelligenz sichtbar, vernehmbar werden."

Ich behaupte, daß sich diese alte These in den letzten 17 Jahren bestätigt hat. Die Segmentierung unserer Gesellschaft, die immer aggressiver werdende Abkapselung großer Gruppen in selbstgewählten publizistischen Monokulturen ist auch – ich betone: auch – die Folge eines problematischen Selbstverständnisses allzu vieler Mitglieder der vermittelnden Intelligenz. Ihr Ethos ist zu wenig auf Vermittlung, Gesprächsorganisation, Gesprächsanregung und zu stark auf Selbstdarstellung, Überzeugung in eine ganz bestimmte Richtung, manchmal auch Missionierung gerichtet. Ich weiß, warum ich das zum 40. Geburtstag der WELT ins Gedächtnis rufe.

Diese These soll die kritische Funktion des Journalismus in keiner Weise in Frage stellen. Im Gegenteil: In Deutschland fehlen uns souveräne und scharfe Kritiker wie Eric Severeid; wir könnten davon mehr, nicht weniger gebrauchen. Ich übernehme auch nicht die Kritik von Karl Kraus, der einmal gesagt hat: „Der Friseur erzählt Neuigkeiten, wenn er bloß frisieren soll. Der Journalist ist geistreich, wenn er bloß berichten soll. Das sind zwei, die höher hinaus wollen."

Aber ich behaupte, daß allzu viele Journalisten ihren eigenen, persönlichen Gesprächsbeitrag, ihre private Meinung – ob sie nun als politisches, ästhetisches, technisches oder volkswirtschaftliches Urteil daherkommt – wichtiger nehmen als die Aufgabe, als Makler und Anwalt der gesellschaftlichen Kommunikation die unterschiedlichen Bedürfnisse der Partner herauszufinden, aufeinander abzustimmen und die Kluften, die zwischen ihnen bestehen, zu überbrükken.



Viele Selbstdarsteller, zu wenig Vermittler: Pressetribüne im Bundestag.

„Der Vermittler geistiger Güter" – so hat es der alte Otto Groth, jahrzehntelang Journalist bei der „Frankfurter Zeitung" und einer der Väter der modernen Kommunikationsforschung, gesagt – „der Vermittler geistiger Güter vermag ohne tieferes Eindringen in die Auffassungen und Bedürfnisse, in die Geschmacksrichtungen und Gewohnheiten, in die soziale Position und den geistigen Habitus seiner Partner meist nur wenig auszurichten." Bemühen sich die Medien des Jahres 1986 in der Bundesrepublik wirklich ausreichend, in die soziale Position und den geistigen Habitus ihrer „Partner" einzudringen?

Vermittlung wäre ja nichts Passives. Noch einmal Otto Groth: „Der Vermittler ist auch da, wo er nur als Brücke dient, keineswegs zu einem Zurverfügungstehen, zu einem Gewährenlassen und Dulden verurteilt.

Und wieviel mehr Aktivität wird von Vermittlern im Geistigen verlangt, auch wenn sie nur Sprechsaal sein wollen. Sie müssen zu ihrer Verwendung Gelegenheit schaffen, zur Benutzung anreizen und sie erleichtern, die Begegnungen herbeiführen, dann, wenn die Benutzung erlahmt, die Aussprache zu stocken droht, eingreifen, selbst Gedanken in die Debatte werfen und so ihren Wert als Vermittler erhöhen.

Schon dazu muß der Vermittler die Partner in ihren Eigenheiten beobachten und kennen, muß auf sie einzugehen verstehen, muß da zu- und dort abreden, da abschwächen und dort verstärken, muß da entgegenkommen und dort zurückweichen, muß elastisch gleichzeitig anpassungsfähig und doch zielbewußt sein.

Diese Anforderungen an den Vermittler und seine Bedeutung wachsen, wenn er die Initiative nicht den Partnern überläßt, sondern selbst Partner sucht und heranzieht, in den Partnern latente Wünsche aufspürt, schlummernde Bedürfnisse zu vermitteln weckt, wenn er auch demjenigen, der gar nicht an ein Geben denkt, ja zunächst nicht bereit ist, mit dem Gedanken des Sich-Äußerns, Verkündens und Mitteilens vertraut macht und ihn schließlich dahin bringt, sich seiner Vermittlung zu bedienen und sich an andere zu wenden."

Das Vermitteln in diesem Sinn des alten erzliberalen und ganz und gar nicht sozialistischen Journalisten Otto Groth ist in unserem Land nach wie vor nicht populär.

Mein Vorschlag: Die Chefredaktion der WELT möge diese Worte in Emaille schlagen lassen und in den Redaktionsstuben verteilen. Ich bin sofort bereit, einen Posten der auf diese Weise entstehenden Schilder zu erwerben und dem „Vorwärts" und anderen sozialdemokratischen Publikationen zu überlassen.

Kein Mißverständnis: Natürlich gibt es unter den 25 000 deutschen Journalisten Tausende, und zwar auch solche an wichtigen Schaltstellen unserer Medienapparatur, die ihre Aufgabe (als Vermittler) so verstehen.

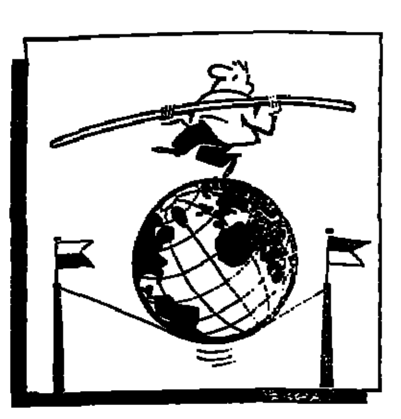
Aber allzuvielen reicht das nicht. Dazu gehören sogenannte Doyens des Journalismus, die in ihrer Leitglosse in verschlüsselten Sätzen den Bundeskanzler beraten; dazu gehören Journalisten aus der Generation der Studentenrevolte, die in irgendeinem, vom politischen Gegner dann triumphierend zitierten Hörfunkkästchen Egon Erwin Kisch spielen, und dazu gehören erst recht so manche kundigen Lokalchefs, die für die Kommunalpolitik einer Stadt wichtiger sind als der Bürgermeister und das nicht nur wissen, sondern auch noch genießen.

Nicht zu vergessen, die Feuilletonisten, die sich am Anfang ihrer Berufskarriere geschworen haben, niemals „nach dem Publikum zu schielen" und sich daran dann auch konsequent halten, was fast unweigerlich zu einem etwas leidenden Zug um die Mundwinkel führen muß. Sie alle, fasse ich meine These zusammen, haben an der Segmentierung unserer Gesellschaft mitgewirkt – zusammen mit den Politikern, die wir bei der Schuldzumessung niemals vergessen dürfen.

Warum ich das alles zu einem 40jährigen Jubiläum ausbreite? Pathetisch ausgedrückt: Weil ich mir um die politische Kultur in der Bundesrepublik Sorgen mache. Ich fürchte, daß sich bei uns ein „neuer Ton der Politik" einschleicht, erstmals gebraucht im Streit um die Arbeitszeitverkürzung im Jahr 1984, weitergeführt in der Debatte um die Parteispendenaffäre und um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes.

Den Begriff vom „neuen Ton in der Politik" habe ich von dem bedeutenden amerikanischen Historiker Carl E. Schorske, der ihn bei dem christlich-sozialen Wiener Bürgermeister Karl Lueger, bei dem Heros der Wiener antisemitischen Handwerkervereinigungen Georg von Schönerer und bei dem Zionisten Theodor Herzl nachweist.

Schorske beschreibt das Wien der Jahrhundertwende, aber vor allem den Verfall des liberalen Europa unter dem Eindruck einer neuen Massenpolitik; einerseits die Unfähigkeit dieses Liberalismus, die sozialen Probleme der Zeit zu lösen – und andererseits den Aufstieg demagogischer Kräfte. Hofmannsthal hat diesen Aufstieg damals hilflos mit den Sätzen kommentiert: „Politik ist Magie. Welcher die Mächte aufzurufen weiß, dem gehorchen sie."



Ich will das Wien von 1900 nicht mit dem Bonn von 1986 vergleichen; aber einer Überzeugung will ich Ausdruck geben: Ich fürchte, daß die sozialen Belastungen der ökonomischen Krise zwischen 1988 und 1992/93 brutaler sein werden, als die Rechte und die Linke in der Bundesrepublik sich derzeit eingestehen.

Und deshalb halte ich die wachsende Kommunikationsfähigkeit zwischen rechts und links, kommunikative Selbstisolierung einzelner Gruppen, eben die „Segmentierung" unserer Gesellschaft, für ein Menetekel an der Wand. Noch mag man das alles als interessante Randerscheinung unserer gesellschaftlichen Entwicklung verbuchen – wir können damit fertig werden.

Aber der Ton zwischen Arbeit und Kapital wird immer schärfer. Von der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche im Jahr 1984 bis zum erbitterten Kampf um den Paragraphen 116 zeigt sich eine neue Unversöhnlichkeit. Man soll sich nicht in die Tasche lügen: Jede Margaret Thatcher schafft sich ihren Arthur Scargill. Die Parteien fallen, beispielsweise in der Parteispendenaffäre, übereinander her; und die Unfähigkeiten der Ministerpräsidenten zu einem medienpolitischen Kompromiß läßt den Verfall eines nationalen Fernsehprogramms in selbstgerechten Provinzialismus möglich erscheinen.

Wir registrieren kommunikative Selbstisolierung vieler Gruppen; vom Anwachsen der Sekten und dem Bröckeln der großen Integrationskirchen zu schweigen. Werden wir mit dieser Haltung die vorhersehbaren ökonomischen Probleme der krisenhaften Jahre zwischen 1988 und 1992/93 überstehen?

Die WELT hat eine eindrucksvolle Vergangenheit; ich wünsche ihr eine große Zukunft. Sie wird dazu nur eine Chance bekommen, wenn ihre Verleger und Mitarbeiter das Ethos der Vermittlung akzeptieren.



Peter Glotz (47) ist als Bundesgeschäftsführer der SPD eine Art Stabschef seiner Partei. In vielen Veröffentlichungen hat sich Glotz als kluger Beobachter und temperamentvoller Formulierer ausgewiesen.

Zu Berlin gibt es keine Alternative

Von Prof. Dr. WERNER KNOPP

Mitte, Schnittpunkt, Metropole – diese Attribute haben Berlin durch seine Geschichte begleitet oder sind der Stadt zugewachsen. Sie sind – durch die veränderte Lage in geänderter Gestalt – auch heute noch gültig.

Aber was war, nachdem sich die Rauchwolke im Garten des Führerbunkers aufgelöst hatte, Berlin als eine einzige Ruine am Boden lag und die Stadt bitter dafür büßte, als Hauptstadt des Reiches zugleich Hauptstadt des Bösen gewesen zu sein?

Die Tiefe des Einschnitts, den der Zusammenbruch für die Rolle der Stadt bedeutete, war, als die Waffen schwiegen, zunächst noch nicht wahrnehmbar: So wie Deutschland trotz Zonenteilung eine Einheit blieb, so blieb Berlin seine Hauptstadt, wurde sogar durch das Viermächtestatut und die Arbeitsaufnahme des Kontrollrats in seiner Hauptstadt-Funktion ausdrücklich bestätigt.

Vier Jahre genügten indes, um durch die kalte Realität ideologischer Konfrontation und sich bildender Machtblöcke die Lage entstehen zu lassen, die bis heute andauert: Die Kontrollratsverwaltung kam zum Stillstand. Berlin zerfiel – nachdem der Versuch der Aushungerung der drei Westsektoren durch die Blockade gescheitert war – faktisch in diese drei Sektoren und den Ostsektor. Dieser übernahm nach Gründung der DDR die Funktionen einer Hauptstadt der DDR, während die drei Westsektoren nun als Land Berlin der Bundesrepublik Deutschland zugeordnet wurden, mit der sie vertraglich gesicherte Zugangswege verbinden, die aber in Bonn eine eigene Bundeshauptstadt begründete.

Die seitherige Entwicklung einschließlich Chruschtschow-Ultimatum und Mauerbau hat an dieser Grundkonstellation nichts mehr geändert, bis die Berlin-Verträge ihr auch eine rechtliche Ordnung gaben.

Der Ostteil Berlins setzt demnach für die DDR, den weitaus kleineren Teil des verbliebenen Deutschlands, die seit 1871 bestehende Hauptstadtrolle tatsächlich fort, während der Westteil unter dem Schutz der Westmächte der Bundesrepublik als dem größeren Teil Deutschlands zugeordnet ist und für diese – nach dem unvergessenen Wort von Theodor Heuss – eine Art „Hauptstadt im Wartestand" bildet.

Wobei der Durchschnittsbürger zwar in seiner Vorstellung an West-Berlin anknüpft, aber doch meistens ein wiedervereinigt vorgestelltes Ganz-Berlin meint – denn auch die Erlösung aus dem Wartestand kann er sich ja nur für den Fall einer Wiedervereinigung denken.

Berlin als „Hauptstadt im Wartestand" – denn eine Alternative zu Berlin ist im übrigen Bundesgebiet weit und breit nicht zu sehen. Auf voraussichtlich lange Zeit werden wir mit der gegenwärtigen Lage leben müssen, die Mitte wird noch lange Grenze sein. Geopolitische Tendenzen ebenso wie nationales Wünschen können an Fakten der Macht- und Systempolitik lange Zeit zuschanden werden, so schmerzlich das ist. Deutschlandpolitik braucht bei dieser Lage dennoch nicht zu resignieren.

Was aber Besonderes ist für unser Berlin zu tun? Es wird in seiner vorgeschobenen Lage inmitten der DDR weiterleben müssen, wahrscheinlich auf lange Zeit.

Kann es das? – so fragen manche. Und wenn es das kann, macht es einen vernünftigen Sinn? Daß die finanziellen Existenzgrundlagen weiter gewährleistet werden können – daran wird man bei aller Mühe und angesichts der in den vergangenen Jahrzehnten unter weit schwierigeren Bedingungen erbrachten Leistungen keine Zweifel hegen.

Daß das Leben in Berlin unter den heutigen Bedingungen nicht nur erträglich, sondern lebenswert ist, beweisen das Verhalten der Berliner, die wieder steigende Anziehungskraft der Stadt selbst und die Bindungen, die sie sehr schnell stiftet.

Den Berlinern, wer wüßte es nicht, ist jedes Pathos abhold. Trotzdem gelingen ihnen hin und wieder hinreißende Formulierungen der Zuneigung zu ihrer Stadt. Vor einigen Tagen sagte mein Nachbar im Flugzeug zu mir: „Ick weeß nich, imma wenn ick in Tejel lande, jeht wat in mir voa." Schöner und treffender kann man, finde ich, die Liebe zu einer Stadt nicht in Worte kleiden.

Bei allem Patriotismus aber genügt es gewiß nicht, sich unter den Berlinern etwa nur eine Summe von Subventionsempfängern vorzustellen. Berlin und die Berliner müssen im Zusammenhang der sie tragenden und unterfangenden Bundesrepublik Aufgaben und Funktionen haben, die dem Leben und Arbeiten in dieser Stadt ihren Sinn geben, und Funktionen, die die Stadt für die übrige Bundesrepublik und damit auch für die westlichen Schutzmächte erhaltenswert machen.

Die elementare Funktion unseres Berlins, die nach meiner Überzeugung alle anderen überragt, ist diese: seinen fast zwei Millionen Bürgern in ihrem gewählten Lebensraum ein Leben in dem von ihnen frei gewählten und in freien Wahlen immer wieder bestätigten System der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie zu ermöglichen.

Hier, eben hier liegt auch der tiefste Grund des Engagements unserer Schutzmächte und der tiefste Grund für die Zuwendung so vieler Menschen in aller Welt zu dieser Stadt Berlin.

Nirgendwo auf der Welt, so sagte einmal ein Oberbürgermeister von Madrid hier in Berlin, nirgendwo kann man in einer Stadt den Wert beider Systeme, den Wert der beiden großen gesellschaftlichen und politischen Angebote unserer Epoche – ihren Wert für den Menschen – so unmittelbar und so eindrucksvoll miteinander vergleichen.

Das Halten Berlins besitzt natürlich auch eine nationale Funktion. Berlin ist als geteilte Stadt, man mag das schön finden oder nicht, das Symbol für die Offenheit der deutschen Frage. Präzisierend füge ich hinzu: Die Existenz Berlins und die Anomalität seiner Lage zwingen auch die Lauen und Müden oder die kurzschlüssig denkenden „Macher", die Teilung Deutschlands nicht für das letzte Wort der Geschichte zu halten.

Vor allem hält ein der Bundesrepublik zugeordnetes Berlin diesen Staat und seine Bürger auf Dauer auch in der Mitte Deutschlands verankert. Es schützt ihn und seine Bürger vor einem Abdriften in eine Rheinbund-Mentalität, die im Lichte der Geschichte keine Zukunft haben kann.

Stadt im Wartestand und gedachte Mitte

Mag Berlin tatsächlich auch am Rande des heutigen Gesamt-Deutschlands liegen und dem Hauptstück der Bundesrepublik sogar vorgelagert sein – als Hauptstadt im Wartestand bleibt es zugleich auch gedachte Mitte für die Bundesrepublik.

Auch in den Augen der Menschen in der übrigen Bundesrepublik hat Berlin sein Gewicht als Metropole trotz manchen Murrens unangefochten behauptet. Dies liegt an der Tradition und Vitalität der Stadt, aber auch daran, daß die Bundesrepublik – bei allem Respekt vor Bonn – ein echtes Hauptstadt-Angebot nicht entwickelt hat und wohl auch nicht entwickeln wird.

Bis zur Ankunft Berlins haben die Deutschen jahrhundertelang ohne Hauptstadt gelebt – ihrem tief eingewurzelten föderalen, manchmal gewiß partikularen Denken entsprechend.

Preußen zwang sie gewissermaßen zur Akzeptanz einer Hauptstadt – eine historische Leistung, die auf diese Weise nicht wiederholbar ist.

Allen in der Bundesrepublik dann und wann noch anzutreffenden und über Generationen hinweg gepflegten Vorbehalten gegen Preußen und gegen Berlin läßt sich also entgegenhalten: Ohne geistige Verankerung auch in Berlin wäre die Bundesrepublik – sie möge ökonomisch glänzen, wie sie wolle – vor der deutschen Geschichte doch nur eine Art zweiter Rheinbund ohne Hauptstadt.

Auch die innere Verbindung zu den Deutschen in der DDR müßte verkümmern: Für viele Bundesbürger wirkt Berlin, sind die Reisen an die Spree wie der Seelenfaden, der sie weiterhin an die Mitte Deutschlands knüpft. Berlin hält uns alle in dem Bewußtsein und in der Erkenntnis, daß Deutschland nicht an der Demarkationslinie endet.

Gerade weil die Perspektive, alle Deutschen wieder unter einem politischen Dach leben zu sehen, aller Voraussicht nach so langfristig ist und die Form, in der das geschehen könnte, gleichsam hinter dem historischen Horizont verborgen liegt, braucht unser Volk ein dauerhaftes, für alle gültiges Symbol – einen Hoffnungsanker. Wie Berlin.

Die kulturellen Einrichtungen Berlins haben über Jahrzehnte hinweg unter Beweis gestellt, wie sehr gerade sie das überregionale, das nationale und internationale Profil Berlins weiterhin prägen können.

Daß Berlin auch in seiner Teilung von den Deutschen und ihren Gästen weiterhin als echte Metropole empfunden wird, liegt außer an dem noch in der Verstümmelung großartigen Zuschnitt der Stadt und außer an ihrem trotz aller Entstellungen immer noch spürbaren hauptstädtischen Flair vor allem an der Strahlkraft ihrer großen kulturellen Einrichtungen und Aktionen:

Schaubühne und Oper, Philharmonie und Museen sind für den kulturell engagierten Deutschen, ja für manchen Weltbürger, nach wie vor feste und unersetzliche Begriffe. Und es ist eben nicht so, wie ein geistreicher Mann formulierte: Bei ausreichender Subvention wäre dies alles auch in Wunsiedel zu haben. Als Ensemble braucht all das wohl doch Berlin.

Schnittpunkt zweier Blöcke und Systeme

Gerade weil Berlin wahrscheinlich noch lange dazu verurteilt ist, auf schmerzliche Weise Schnittpunkt zweier Blöcke und Systeme zu sein, besitzt es auch die Aufgabe der Vermittlung.

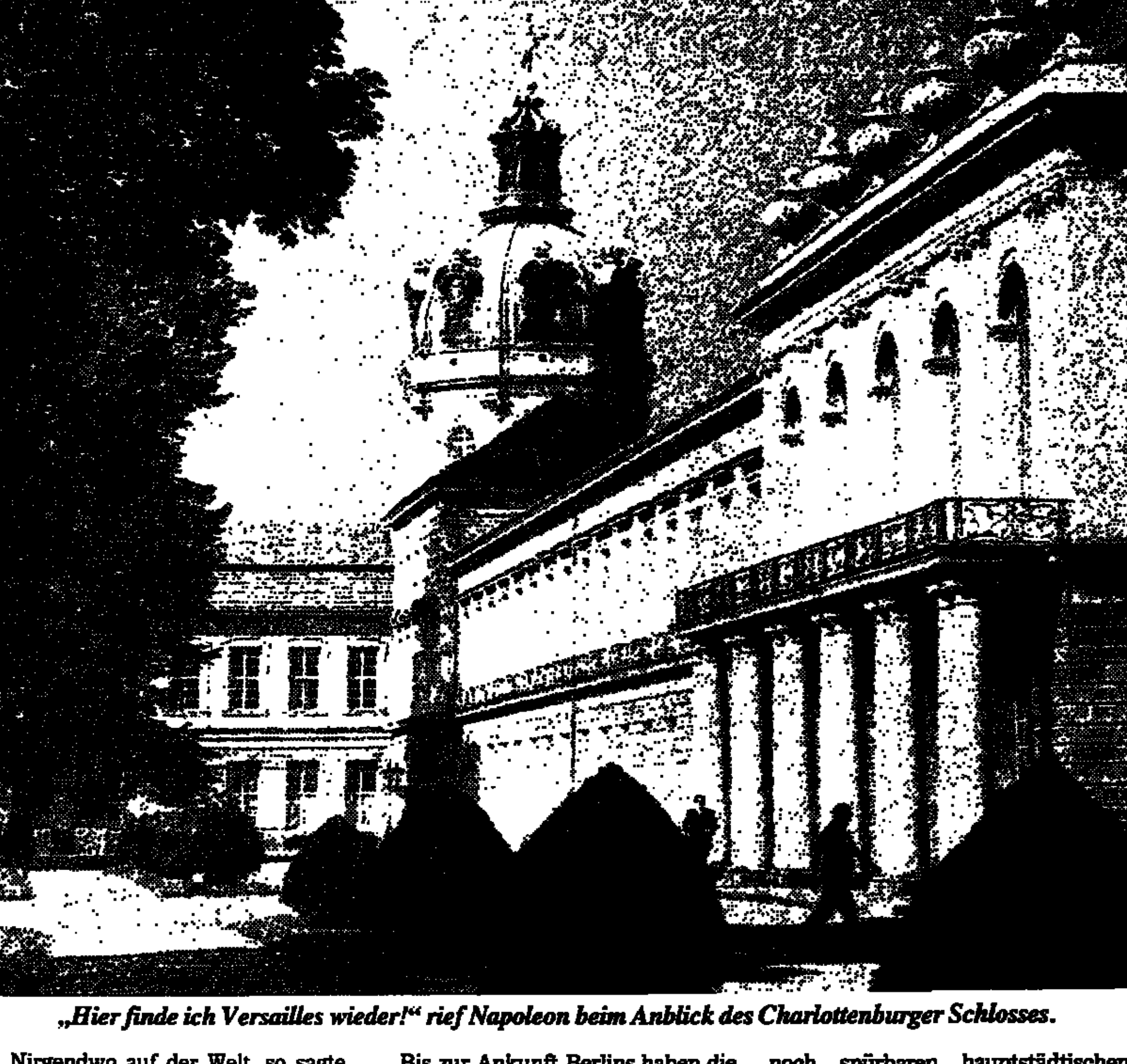
Auch für viele Deutsche in der DDR ist Berlin besonderes Symbol der Überzeugung, daß alle Deutschen nach wie vor auf besondere Weise verbunden sind, die Teilung nicht total ist und nicht für die Ewigkeit bestimmt. Alles, was in unserem Berlin geschieht, findet drüben besondere Beachtung. Für viele, die reisen dürfen, ist Berlin Anlaufpunkt – für Menschen aus der DDR, aber auch für viele aus Polen.

Als dauerndes erfolgreiches Beispiel unserer Lebensform ist Berlin für die DDR irritierend genug. So wenig, wie wir ihr das ersparen können und wollen, so sehr sollte man auf den Gedanken einer Missionsstation verzichten und nach vernünftigem Nebeneinander streben.

Mitte, Schnittpunkt, Metropole. Bleibt der Friede erhalten, verfügt Berlin über alle Chancen, auch die Herausforderungen der neuen Lage zu bestehen. Bis es eines Tages wieder voll in seine durch Jahrhunderte erworbenen Rechte eintreten kann. Berlin hat Hoffnung.



Der 1931 geborene Rechtswissenschaftler Werner Knopp wurde im Juli 1977 Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin. Von 1970 bis 1974 war Knopp Rektor der Universität Münster.



„Hier finde ich Versailles wieder!" rief Napoleon beim Anblick des Charlottenburger Schlosses.



Symbol des neuen Berlin: Das Internationale Congress Centrum (ICC), 320 Meter lang, 80 Meter breit und 40 Meter hoch. Architekten: Ursulina Witte und Ralf Schüler.

Ein Hüter der Freiheit

Von EBERHARD DIEPGEN

Seit nunmehr 40 Jahren ist die WELT aus der deutschen Presselandschaft nicht mehr wegzudenken. Dazu möchte ich ihr herzlich gratulieren. In all diesen Jahren hat die WELT mehr als nur einen Koffer in Berlin gehabt; sie ist unserer Stadt immer eng verbunden gewesen.

Von den Berlin-Krisen bis zum Viermächteabkommen, von den hoffnungsvollen Anfängen der 50er und 60er Jahre, der wirtschaftlichen und sozialen Krise in den 70er Jahren bis zum Neubeginn im Jahre 1981: Die WELT ist immer ein engagierter, kritischer und manchmal auch unbequemer Beobachter Berlins gewesen. Dabei ist sie mit Berlin gewachsen: von den unsicheren, nicht immer leichten Anfängen bis zur stabilen, hoffnungsvollen Gegenwart.

Zur Tradition deutscher Demokratie gehört es, für die Freiheit der Presse einzutreten. Im revolutionären Vormärz der Jahre 1848/49 gingen viele Menschen für dieses Grundrecht auf die Barrikaden; in der Weimarer Verfassung und im Grundgesetz erhielt die Pressefreiheit Verfassungsrang.



Der Jurist Eberhard Diepgen, Jahrgang 1941, ist seit dem 9. Februar 1984 Regierender Bürgermeister von Berlin.

Aber jede Freiheit, auch die der Presse, wirkt selbstzerstörerisch, wenn sie keinerlei Wertbindungen unterliegt. Die freie Presse ist ein Spiegelbild der demokratischen Gesellschaft. Aber sie darf kein Zerrbild der Demokratie entwerfen, die solche Freiheiten gewährleistet. Die Pressearbeit sollte von Fairneß, Unvoreingenommenheit und der Verantwortung für die Wirkung des geschriebenen Wortes geprägt sein. Eine Berichterstattung geprägt von Vorurteilen und von Einseitigkeit, fügt der Pressefreiheit und letztlich der Demokratie irreparable Schäden zu. Die WELT hat in den vergangenen 40 Jahren gezeigt, daß sie um ihre Verantwortung für die Freiheit, für die Demokratie weiß.

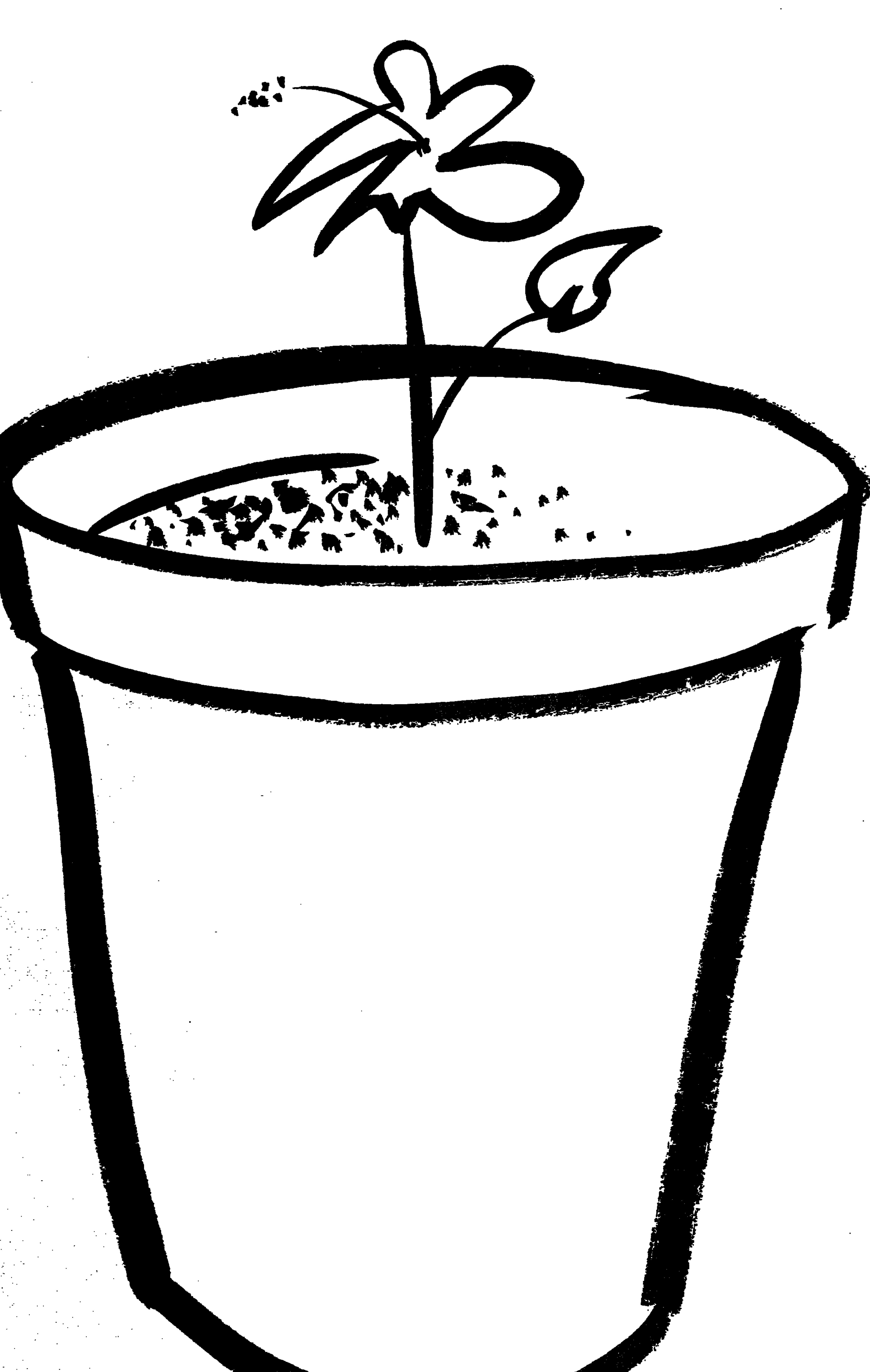
Der Pressespiegel Berlins ist in den letzten Monaten von erfreulichen Tatsachen geprägt gewesen. Die ersten Ergebnisse grundlegender Strukturveränderungen, die 1981 eingeführt wurden, machen deutlich: Berlin ist im Aufwind.

- In Berlin wächst die Zahl der Erwerbstätigen kontinuierlich. Der scheinbar irreversible Trend zum Verlust von Arbeitsplätzen ist gestoppt.
- Beim Lehrstellenangebot liegt Berlin an der Spitze aller Bundesländer. Berlin ist für junge Menschen eine Stadt der Chancen, eine Stadt mit Zukunft geworden.
- Die Berliner Wirtschaft erlebte 1985 einen neuen Investitionsrekord. Im Gegensatz zum bisherigen Rekordjahr 1983, das im Zeichen der Novellierung der Berlin-Förderung und des Beschäftigungsförderungsgesetzes stand, beruht der Investitionsboom des Jahres 1985 ganz auf der Dynamik des Aufschwungs und der Struktur der Wirtschaft in Berlin.
- Seit 1983 ziehen mehr Deutsche nach Berlin als von Berlin fort, ein überzeugender Beleg für die wiedererstarkte Anziehungskraft einer Stadt, die noch vor wenigen Jahren im Niedergang begriffen schien.
- Mit 1,9 Millionen gab es einen Nachkriegsrekord an Touristen. Berlins Wendung zum Positiven macht neugierig.

Diese guten Resultate geben uns die Kraft für die Bewältigung der verbleibenden Strukturprobleme, insbesondere im Bausektor, die sich in den letzten Wochen in aller Offenheit zeigten.

Ich bin sicher, die WELT wird unsere Politik und das Schicksal unserer Stadt auch in den nächsten Jahrzehnten beschreiben und kommentieren. Dazu wünsche ich ihr Stabilität, geistige Kreativität und wirtschaftlichen Erfolg.

Denken Sie auch an die Zukunft?



Informationsverarbeitung ist kein Geschäft, das man von heute auf morgen betreibt. Dafür sind die Investitionen zu hoch, die Aufgaben zu komplex und die unternehmerischen Konsequenzen zu groß. Gerade im Großcomputerbereich sind deshalb die zukünftigen Ausbaumöglichkeiten eines Systems genauso wichtig *wie seine* aktuellen Leistungen.

Voraussetzung für kontinuierliches Wachstum ist jedoch die Sicherheit, daß eine technologisch ausgereifte Produktpalette kostengünstige Einstiegsbedingungen ebenso ermöglicht wie den problemlosen Aufstieg bis in den Be*reich der Supercomputer hinein.*

Die neuesten Erweiterungen der Prozessorfamilie IBM 4381 um vier Modelle sowie die Erweiterungen der Prozessorfamilie IBM 3090 um zwei Modelle bieten diese Sicherheit. Damit wird heute und in *Zukunft* eine *verbesserte* Wirtschaftlichkeit für die verschiedensten Anwendungen in allen Bereichen der Informationsverarbeitung erreicht.

Denn hinter diesen Prozessorfamilien steht wie hinter allen anderen *IBM* Produkten die Erfahrung und die Qualität eines seit Jahren in Forschung und Produktion international führenden Herstellers.

Darum paßt auch beim Service alles zusammen: die Beratung, die Planung, die Installation, die Wartung und die Erweiterungen. Alles ist so aufeinander abgestimmt, *daß Sie auch in Zukunft sicher mit* Ihrem IBM Computer rechnen können.

IBM

Für Hanseaten noch ein Hamburger Blatt

Von DIETHART GOOS

Da war eine dumme Panne passiert, eine Doublette, wie es im Fachjargon heißt. An zwei Stellen in der Zeitung stand dieselbe Meldung, auf Seiten, die von der Bonner Zentralredaktion bearbeitet werden. Ärgerlich, sicher vermeidbar, aber so stand es nun in der WELT. Schon früh am Morgen klingelten in der Hamburger Redaktion die Telefone. Noch im Mantel mußte die Sekretärin der ersten Schicht Leser beschwichtigen, die sich über das redaktionelle Mißgeschick beschwerten. Mal launig, mit Schadenfreude oder richtig ärgerlich.

So entspann sich folgender Dialog: Anrufer: „Was haben Sie denn da für einen Bock geschossen?" Frage: „Was meinen Sie?" Anrufer: „Ich möchte mich bei dem zuständigen Redakteur beschweren, daß heute zweimal dieselbe Meldung im Blatt ist." Antwort: „Das ist bedauerlich, wir können uns nur allgemein entschuldigen. Ich werde Ihre Kritik an die zuständige Stelle in der Bonner Zentralredaktion unserer Zeitung weitergeben." Anrufer: „Wieso Bonner Zentralredaktion? Die WELT ist doch eine Hamburger Zeitung." Antwort: „Vielleicht ist es Ihnen entgangen, daß sich unsere Zentrale nicht in Hamburg, sondern in der Bundeshauptstadt befindet." Anrufer: „Wußte ich nicht, seit wann ist das denn so?" Antwort: „Seit bald elf Jahren." Anrufer: „Das ist ja kaum glaublich. Aber für mich bleibt die WELT trotzdem meine Hamburger Zeitung."

Solche Gespräche werden in der Hamburger WELT-Redaktion, die für den Lokal- und Regionalteil „Hansestadt Hamburg" zuständig ist, immer wieder geführt. Denn viele der treuen WELT-Leser in Hamburg und Norddeutschland sehen in dem Blatt mit der Weltkugel und dem charakteristischen blauen Balken auf der Titelseite ihre heimische Zeitung. Daß die Zentralredaktion zum Juni 1975 von der Elbe an den Rhein übersiedelte, wollen manche stolzen Hanseaten nicht zur Kenntnis nehmen.

Da gibt es Kaufleute und Politiker sowie andere Repräsentanten des öffentlichen Lebens der Hansestadt, die mit ihrer Meinung gar nicht zurückhaltend sind. Hamburg als größte Stadt der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme von Berlin), Handelsmetropole und Dienstleistungszentrum von internationaler Bedeutung, Stadtstaat und Bundesland mit großer Ausstrahlung auf die ganze norddeutsche Region – dieses attraktive Gemeinwesen müßte wie Frankfurt/Main und München eine überregionale Tageszeitung vom Range der WELT haben.

Aber auch in der heutigen Konstellation hat die WELT in der Stadt ihrer Gründung von vor 40 Jahren Ansehen und Bedeutung. Sie richtet sich an den anspruchsvollen Leser, der weltweit informiert werden will und außerdem großen Wert auf den Bezug zu Hamburg und der norddeutschen Region legt. Ihm steht die WELT mit ihrer Ausgabe „Hansestadt Hamburg" mit sechs Ausgaben pro Woche zur Verfügung.

Dabei ist der Redaktion ein lebendiger und lebhafter Austausch mit ihren Lesern in Hamburg und Norddeutschland ein besonderes Anliegen. So erreichen die Hamburg-Redaktion nicht nur Anrufe von Lesern, die sich über Fehler beschweren wollen. Vielmehr melden sich manche Hamburger, die ergänzende Fragen zu Veröffentlichungen haben, die Anregungen geben oder auch ganz schlicht Dank abstatten für Artikel, die ihnen gefallen haben. Und das bezieht sich nicht nur auf Beiträge des Hamburg-Teils, sondern auch des Gesamtblattes. Damit zeigt sich: In Hamburg schätzen die WELT-Leser den kurzen Draht zu ihrer Redaktion.

Aufmerksam wird hier das Blatt gelesen. Da hatte die Redaktion aus Platzgründen im Rahmen des täglichen Veranstaltungskalenders „Heute in Hamburg" die üblichen Hinweise auf das Hörfunkprogramm weggelassen. Am nächsten Morgen hagelte es Anrufe unzufriedener Leser.

Oder diese Erfahrung der Redaktion: An einigen Tagen mußte auf die beim Leserpublikum besonders beliebten Vignetten des bewährten WELT-Zeichners Wilhelm Hartung verzichtet werden. Schon bald kamen Anrufe und Briefe mit der besorgten Frage: „Wo bleibt Hartung im Hamburg-Teil?"

Großer Resonanz erfreut sich stets und immer wieder der Hamburger Kulturteil. Bei dem vielfältigen kulturellen Angebot kann natürlich nicht minutiös über jedes Ereignis berichtet werden. Aber die Auswahl und die Mischung zwischen ernsten und unterhaltenden Stoffen, Vorberichten bei großen Bühnenereignissen, Rezensionen, Musikkritiken, Ausstellungsberichten, findet Anklang. Daß dabei auch Jazz, Pop und Rock, die anspruchsvolle Unterhaltungsshow beträchtliches Leserinteresse finden, zeigen wiederum viele Anrufe und Zuschriften. Natürlich sind die Leser nicht mit allen Kritiken einverstanden, und so äußern sie auch immer mal wieder ihre gegenteilige Meinung. Aber das macht den Dialog zwischen Redaktion und Leserschaft reizvoll und lebendig.

Zu einem Gütesiegel der Hamburg-Ausgabe haben sich die Veranstaltungen für Leser entwickelt, die regelmäßig stattfinden. Die Angebotspalette ist vielseitig und ermöglicht WELT-Lesern im wahrsten Sinne den Blick hinter die Kulissen, der sonst nicht möglich ist. So war der jüngste Besuch im Thalia-Theater wieder ein großer Erfolg. In und hinter den Kulissen wurde mit Schauspielern, Dramaturgie und Regie über das Theater von heute diskutiert, besonders über „Das Alte Land", dessen Vorstellung selbstverständlich den WELT-Lesern präsentiert wurde.

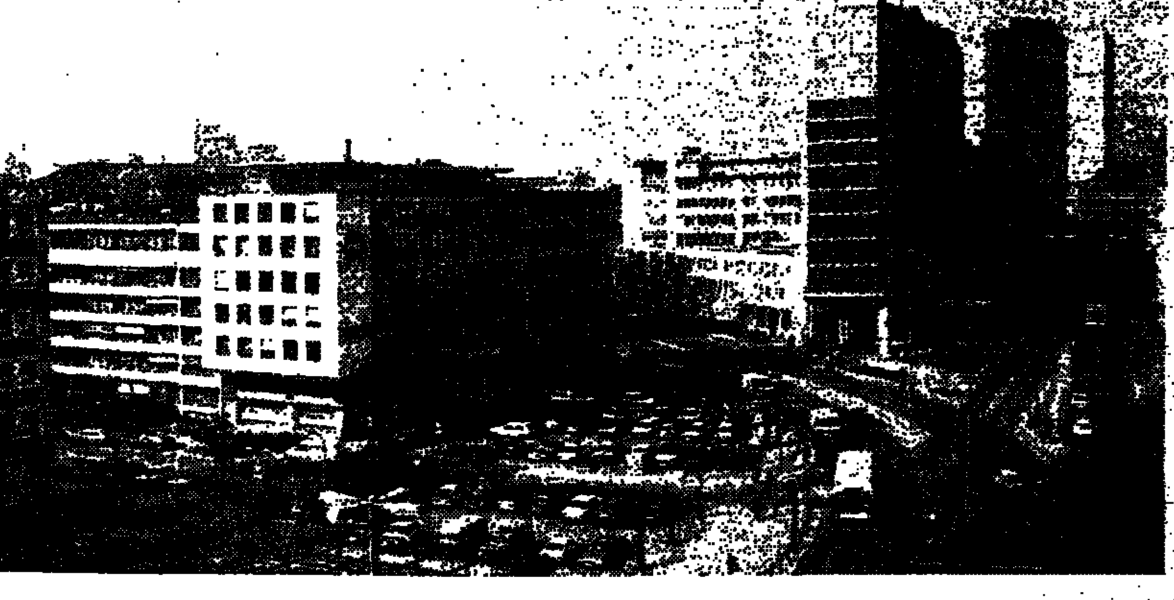
Oder auch als WELT-Leser-Veranstaltung vor einigen Wochen ein Besuch bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese. Der Andrang war so groß, daß im Interesse einer informativen Veranstaltung längst nicht alle Leser bei diesem dritten Besuch der Führungsakademie berücksichtigt werden konnten. Mit Sicherheit wird es eine Fortsetzung geben.

Wie eng sich die WELT-Leser mit ihrer Stadt und ihrer Zeitung in Hamburg verbunden fühlen, zeigt auch die große Resonanz auf ein besonderes Preisausschreiben der Hamburg-Redaktion. In 34 Folgen wurden Persönlichkeiten und Institutionen vorgestellt, die in enger Beziehung zur Hansestadt standen oder stehen. Ergänzt wurde die *Lösungsaufgabe* durch eine charakterisierende Zeichnung Wilhelm Hartungs.

Gewiß, nicht alle gestellten Fragen waren einfach zu raten, das wurde von Lesern durchaus eingeräumt. Aber der überwiegende Tenor aller Reaktionen lautete: Das war ein intelligentes Preisausschreiben, die Teilnahme hat Spaß gemacht, es sollte (nicht zuletzt wegen der jeweils drei außerordentlich attraktiven Geld- und Sachpreise pro Spielwoche) möglichst bald wiederholt werden.

So bemüht sich die Hamburg-Redaktion nicht nur um intensiven Kontakt zu ihren Lesern, sondern auch um einen fruchtbaren Dialog. Diesem Ziel dienten auch die drei Serien in der Hamburg-Ausgabe, in denen der kompetente Schriftsteller Rolf Italiaander in den Jahren 1983, 1984 und 1985 den weiteren Rahmen des Hamburger Kulturlebens aus den zwanziger Jahren und den Kriegswirren bis zum hoffnungsvollen Neubeginn nach dem Zusammenbruch lebendig, informativ und unterhaltsam spannte. Der Erfolg dieser drei Serien setzte sich dann in den entsprechenden Buchveröffentlichungen fort.

Diethart Goos (48) leitete von 1981 bis Anfang 1986 die Hamburg-Redaktion der WELT. Goos berichtet heute aus Bonn, wo er zuvor schon WELT-Korrespondent war.



Im Zentrum des Hamburger Presseviertels: WELT-Haus (links) und Springer-Hochhaus (Mitte).

> *Die Welt durchaus ist lieblich anzuschaun.*
>
> *J. Wolfgang v.Goethe*

Was wollen Sie denn in der Provinz?

Von der Elbe zum Rhein? In der Medien-Metropole schüttelte manch hanseatischer Politiker vor dem WELT-Umzug nach Bonn den Kopf mit der unausgesprochenen Frage: „Was wollen Sie denn in der Provinz?" In einem sehr hamburgischen und damit sehr teuren Restaurant versuchten Chefredakteur Herbert Kremp und ich beim damaligen Bürgermeister Hans-Ulrich Klose Verständnis dafür zu wecken, daß eine überregionale Zeitung ihren Platz in der Bundeshauptstadt suchen wollte. Der Hamburg-Korrespondent – bisher als eine Art „Botschafter" der Zentralredaktion bei allen politischen Instanzen der Hansestadt akkreditiert – sollte nur noch Vertreter einer fern im Westen beheimateten Zeitung sein.

Wo Trauer herrscht, da stellt sich auch Trost ein. Die WELT-Spitze in Bonn – mußten ihr da nicht die lokalen Mißlichkeiten in Hamburg klein und unbedeutend erscheinen? Es konnte wieder schneien, ohne daß der Hamburg-Korrespondent ins Schwitzen kam. Weil zum Beispiel die Straße, an der der Chefredakteur wohnte, schlecht geräumt worden war und sich prompt die Stadtreinigung harter Kritik ausgesetzt sah. München wurde Hamburg als leuchtendes Vorbild hingestellt und der Vorschlag hinzugefügt, Hamburg möge sich für eine Woche die Schneeräumung der bayerischen Hauptstadt ausleihen. Die Idee erwies sich zum Glück als unausführbar. Wehe, wenn es anders gekommen und in der Isar-Metropole in dieser Zeit Schnee gefallen wär' – der arme Korrespondent in München ...

Der Umzug, generalstabsmäßig vorbereitet, klappte wie am Schnürchen. Zurück blieb in Hamburg ein Gebirge von ausrangierten Büromöbeln. In Bonn sah zwar alles frischer und moderner aus – hier funktionierte auch der Fahrstuhl, was im Hamburger Haus nur selten der Fall war –, doch der Besucher aus der Hansestadt konnte bei den in die Bundeshauptstadt verlegten Kollegen eine seltsame Unrast feststellen, die sich besonders freitags bemerkbar machte. Dann verließen viele panikartig das neue Haus, um ja nicht das Wochenende in Bonn verbringen zu müssen.

Das schmeichelhafte Gelb des Neides in den Augen der Kollegen hielt nicht lange an. Bald hatten die meisten am Rhein Wurzeln geschlagen, der eine war im Ruderverein aktiv, der andere hatte einen Schrebergarten gepachtet, der dritte seine Frau als Lehrerin bei einer Bonner Schule untergebracht. Hamburg war kein Ort der Sehnsucht mehr für die Bonner Neubürger, die nach und nach ihr HH-Schild am Wagen abgaben, um stattdessen für Bonn die Lippen zu spitzen. Hier „Hummel, Hummel", dort „I love Bonn".

Hamburg und Bonn – der Kontakt ist intensiv und schnell dank modernster Kommunikation über Bildschirm. Schneien darf es in Hamburg immer noch nicht. Damals war es riskant, weil vielleicht bei einem Chefredakteur schlecht geräumt wurde, heute ist es gefährlich, weil der Senat kein Salz streuen läßt. So glatt wie Hamburgs Straßen kann kein Bonner Parkett sein.

HERBERT SCHÜTTE



Klaus von Dohnanyi, seit 1981 Bürgermeister in Hamburg.

Gruß an das „Flaggschiff"

Von K. v. DOHNANYI

Zum vierzigjährigen Bestehen der WELT übermittle ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Redaktion und Verlag meine herzlichen Glückwünsche.

Der Geburtsort der WELT ist Hamburg. Hier an der Alster wurde sie 1946 als deutsche Zeitung der britischen Militärregierung ins Leben gerufen.

Im Jahre 1953 erwarb Axel Springer das Blatt; als „Flaggschiff" des Verlages ist die WELT zu einer wichtigen Stimme unter den überregionalen Zeitungen geworden. Sie ist zwar nur eines der zahlreichen Organe des Springer-Verlages und durchaus nicht das auflagenstärkste.

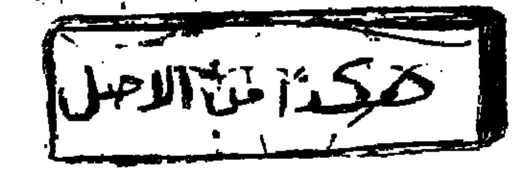
Aber sie war wohl das liebste Kind ihres Verlegers. Mit ihr hat er sich, so will mir scheinen, am stärksten identifiziert.

Die WELT begann als Hamburger Zeitung. Später verlegte sie ihren Sitz nach Bonn. Ich mache kein Hehl daraus, daß ihr Fortgang ein Verlust für den Medienplatz Hamburg war und bleibt.

In dem Zeitraum von vierzig Jahren wechselten Menschen und Meinungen, die das Blatt prägten. Äußere Gestalt und innere Struktur haben sich gewandelt.

So ist die WELT auch ein Symbol für die Wandlungen der Republik von der Stunde Null bis in das heutige Geschehen, das sie berichtend und kommentierend begleitet.

Ein Tor zur WELT ist in unserer Stadt geblieben – die Hamburger Lokalredaktion der Zeitung. Ihr sachkundig-kritisches Urteil ist wichtig für unsere Stadt, ist wichtig für mich.



Raumstation mit kurzen Wegen

Von MANFRED SCHELL

In diesen Apriltagen ist es knapp elf Jahre her, daß die *WELT ihre* Zentralredaktion von Hamburg nach Bonn verlegt hat. Es wird in der Zeitungsgeschichte vermerkt bleiben, daß die WELT auch während des Umzugs Tag für Tag erschienen ist. Viele Kollegen haben damals, im Jahre *1975, nur widerwillig ihre* Schreibtische und Manuskripte für den Umzug an den Rhein zusammengeräumt. Einige von ihnen haben den Wechsel nicht mitvollzogen, andere wiederum haben sich ihre Liebe zu Hamburg bewahrt, obwohl sie sich inzwischen *in Bonn durchaus behaglich fühlen.*

Axel Springer hat damals bei einem Empfang die Verlagerung der WELT nach Bonn eine „kühle Entscheidung des Kopfes" genannt. Zu offensichtlich, so meinte er, seien die Vorteile für ein Blatt, das sich „Unabhängige Zeitung für Deutschland" nennt, am Ort, an dem politisch und wirtschaftlich die Weichen gestellt werden. Der Umzug nach Bonn war zugleich das Zugeständnis, daß der Wunsch, mit der WELT in die wahre deutsche Hauptstadt, nach Berlin, zu gehen, in eine fernere Zukunft verschoben werden mußte. Aber unverändert bleibt: Berlin steht sinnbild*haft für die Einheit und Freiheit ganz* Deutschlands, und die WELT ist, auch von Bonn aus, Anwalt Berlins.

Dieses Bonn, geteilt durch den Rhein, mit dem Siebengebirge im Hintergrund, hat mehrere Gesichter. „Bonn ist nicht Weimar" – wer dies *sagt, und es ist wieder häufiger zu* hören, meint die Republik am Rhein und ihre Stabilität. „Bonn erklärt, Bonn dementiert, ‚Bonn bestätigt" – das ist Bonn als Schlagzeilenproduzent und Medienkonserve. Aus diesem politischen Bonn sind Wortschöpfungen in die Umgangssprache eingegangen: „Die Lage war noch nie so ernst" (Adenauer), „Maßhalten", „Wohlstand für alle" (Erhard) oder die Formulierungen *Karl* Schillers von der „Talsohle" bis zur „sozialen Symmetrie".

Dieses politische Bonn inszeniert zudem gern: meist „Sommertheater" oder ein „Sommerloch". Und es wird von einer eigenen „politischen Klasse" *geprägt, die oft so wenig von dem* weiß, was die Bürger außerhalb der „Raumstation Bonn" bewegt.

Die *WELT* ist *der* Politik wegen nach Bonn umgezogen, um als einzige überregionale Tageszeitung von Rang diesen Standortvorteil zu nutzen. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, die Regierenden und Opponierenden, gleich welcher Couleur, kritisch zu beobachten, wobei Kritik sich nicht in Ablehnung erschöpfen darf, sondern auch Anerkennung und Ermunterung bedeuten kann.

Eine Gesellschaft mit eigenen Spielregeln

Eine Zeitung darf nicht selbst Politik machen wollen. Aber sie darf sich auch nicht mit Sprechblasen abspeisen lassen. Sie muß ihre Aufgabe darin sehen, politische Entscheidungsprozesse zu durchleuchten, die Konsequenzen für die Bürger auszuloten und die Motive der politisch Handelnden herauszufinden. Nur so kann Politik auch korrigiert werden.

Die WELT hat von dem Umzug nach Bonn profitiert. Als besonders von der Politik geprägte Zeitung haben ihr die kurzen Wege zur Politik, der unmittelbare Kontakt mit denjenigen, die im Staat entscheiden, also bestimmen und kontrollieren, neue Perspektiven *eröffnet. Die WELT ist* näher dran. Zahlreiche Interviews und Exklusivnachrichten sind ein Beleg dafür. So ist die WELT inzwischen zu einer der in Rundfunk und Fernsehen meistzitierten Zeitungen geworden. Sie versteht sich zugleich als Forum verschiedener Meinungen. WELT-Redakteure haben unmittelbare Kontaktmöglichkeiten zum Bundeskanzler, den Ministern, den Politikern der Opposition und der Koalition. Oft sind es diese kurzen Wege, die, gemeinsam mit der Energie bei der Recherche, uns am nächsten Tag, wenn die Konkurrenz neben der WELT liegt, zu einer gewissen Zufriedenheit führen.

Generell hat die Aufgabe, die den „schreibenden" Journalisten in Bonn gestellt wird, an Bedeutung zuge*nommen, weil sich der Trend, Politik* mattscheibengerecht zurechtzustutzen, verstärkt hat. Da wird naturgemäß verkürzt, vereinfacht und vergröbert. Schlagzeilen verdrängen so die tiefschürfende Analyse. Der Hintergrundbericht, der den „Gebrauchsnutzen" *einer Zeitung von* Rang ausmacht, wird dort nicht mehr geboten.

In Bonn leben und arbeiten Journalisten auf engstem Raum. Da werden Bekanntschaften, in Einzelfällen auch Freundschaften begründet. Natürlich gibt es im Tagesgeschäft auch die eine oder andere Zumutung. Aber das ist nicht generell so. Entschei*dend ist, daß die Medien Grenzlinien* ziehen, sich nicht dienlich machen.

Es gibt aber ein anderes Risiko, dem Politiker und Journalisten in Bonn gleichermaßen ausgesetzt sind. Sie bilden eine eigene „politische Klasse", die sich und ihr Innenleben sehr wichtig nimmt und dabei Gefahr läuft, den Blick für die Gesellschaft „draußen" zu verlieren. Diese Bonner Gesellschaft ist nach eigenen Spielregeln organisiert.



Die WELT – einzige Überregionale in Bonn.

Die politischen Repräsentanten sind immer zugleich auch Vertreter einer *Partei, einer Institution. Individuelle* Persönlichkeiten, die ausbrechen aus vorgeformten Verhaltensmustern, sind zur Rarität geworden.

Hinzu kommt, daß das politische Geschäft ohnehin schwieriger geworden ist, weil die Legitimationsprobleme größer, der Wille zum Konsens aber schwächer geworden sind.

Das Frühstück ist ein „Arbeitsfrühstück"

Bonn war zudem schon immer ein *inhumaner Arbeitsplatz. Der Urlaub* wird zum „Arbeitsurlaub", das Frühstück zum „Arbeitsfrühstück". Das Bedürfnis, immer perfekt und topfit zu sein, auch wenn man es in Wirklichkeit nicht ist, prägt sogar Krankheitsgeschichten. Herzattacken, *Kreislaufstörungen, Hörsturz – das* sind Streßkrankheiten.

Die Jahre des Terrorismus haben Extrembedingungen geschaffen. Hans-Jochen Vogel hat einmal davon gesprochen, daß Leibwächter ihn selbst im Urlaub auf Schritt und Tritt begleiten, so, *als lebe er im „offenen* Strafvollzug". Der alljährliche Presseball zeigt diese Bonner Gesellschaft: Da treffen Bekannte eben Bekannte oder Bekannte von Bekannten. Die Themen, die an den Tischen diskutiert werden, sind nahezu identisch, zum Teil auch das Vokabular.

Die Politik, und das gilt auch für Bonn, war immer von Eitelkeiten geprägt. *Aber je stärker der Erfolg von* der Wirkung der Medien abhängt, um so eher erliegt der einzelne der Versuchung, „sowohl zum Schauspieler zu werden wie die Folgen seines Tuns leichtzunehmen" (Max Weber, 1919). Die Journalisten, die zu dieser Bonner Klasse gehören, müssen *ihre* Arbeit immer wieder kritisch hinterfragen. Sonst kann es geschehen, daß Bonner Politik zwar die Medien, nicht aber die Menschen beschäftigt.

Manfred Schell (41) ist seit Oktober 1985 einer der beiden WELT-Chefredakteure. Zuvor berichtete er viele Jahre als Korrespondent aus Bonn; von 1981 bis 1984 leitete er die Parlamentsredaktion der WELT.

Unbeirrt vom Zeitgeist

Dr. Hans Daniels, Oberbürgermeister der Stadt Bonn

Die WELT wird 40 Jahre alt. Einen Glückwunsch dem Blatt, seinen Machern und dem Verlag! Ich wünsche der WELT in Bonn noch viele weitere gute Jahre. Der Vater dieser Zeitung, Axel Springer, erlebt diesen *„runden"* Geburtstag *eines seiner* wichtigsten Blätter nicht mehr. Dennoch darf der Name eines der größten deutschen Verleger nicht ausgeklammert werden, wenn die WELT zu würdigen ist. Mit der Verlegung des Blattes nach Bonn hat Axel Springer eine Entscheidung getroffen, mit der deutlich wurde, daß ihm nicht nur Berlin als Hauptstadt der Deutschen, sondern die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland stets am Herzen lag.



Dr. Hans Daniels ist seit 1975 Oberbürgermeister von Bonn.

Es war geradezu ein Glücksfall für die deutsche Presselandschaft, daß mit der WELT in den ersten Monaten der schweren Nachkriegszeit ein Blatt auf den Markt kam, *das mit seinem Eintreten für* Recht und Demokratie zu einem publizistischen Wegbereiter für die Überzeugungen unseres demokratischen Rechtsstaates wurde, der 1949 mit der Verabschiedung des Grundgesetzes in Bonn gegründet wurde.

Die WELT hat ihre inhaltliche Linie durchgehalten. Sie widerstand stets kurzlebigen Modetrends. Sie ließ sich auch dann nicht beirren, wenn ihr der sogenannte Zeitgeist ins Gesicht blies. Konservative Medien haben es eben nicht leicht. Ich kann die WELT-Familie nur ermuntern, unverdrossen weiterzumachen, konservatives Gedankengut zu verbreiten, für Freiheit, Recht *und Demokratie einzutreten.*

Die WELT ist wie keine andere deutsche Zeitung für die Einheit Deutschlands und die Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen eingetreten. Bleiben Sie auch auf dem Feld der Deutschlandpoli*tik ein unbequemer Mahner, der die* Ziele des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland nicht aus dem Auge verliert.

Glückauf der WELT in Bonn! Mögen Sie noch viele gute Nachrichten zu verbreiten haben.

Es dampfte in der Küche der Gerüchte

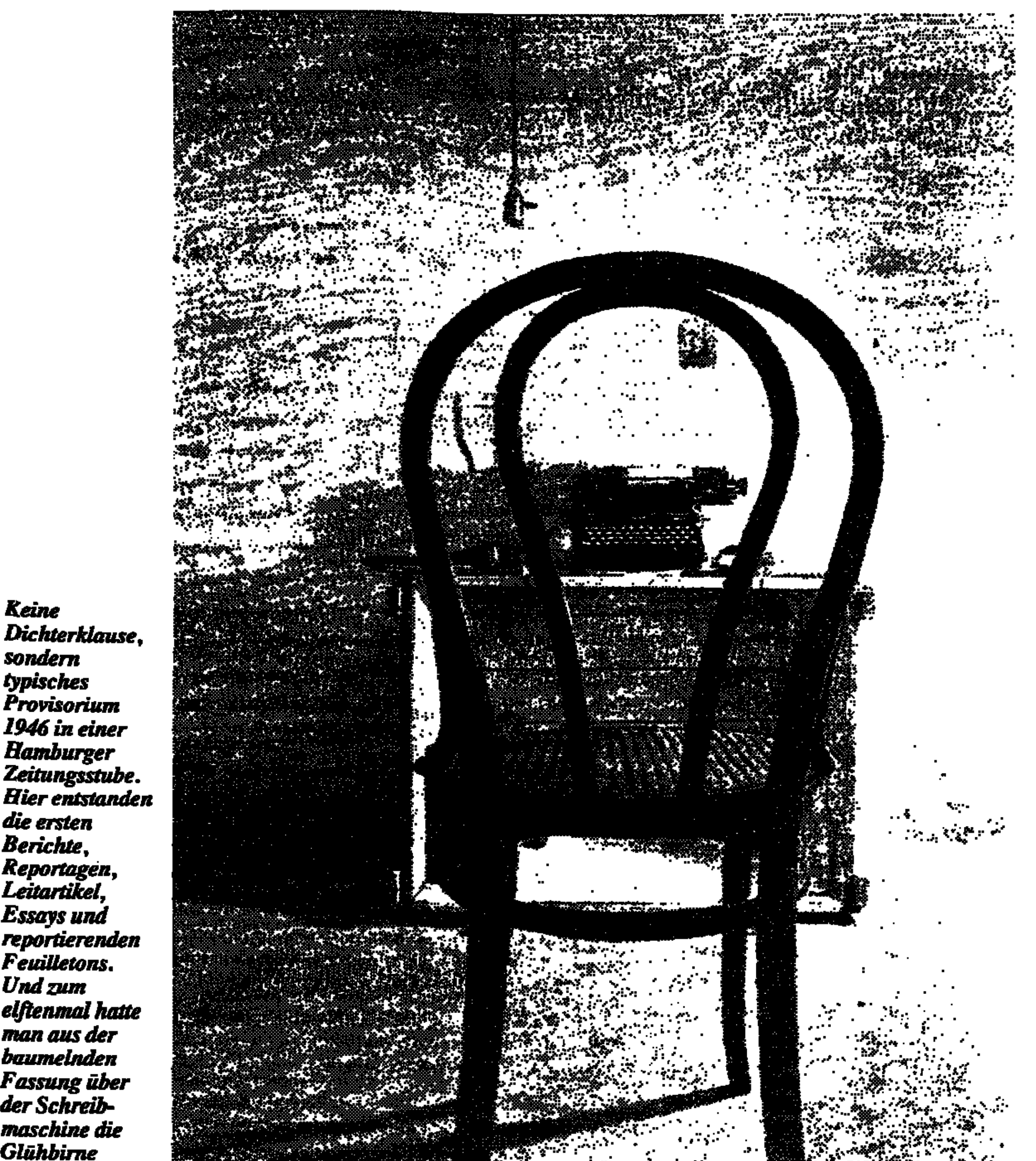
Hans-Joachim Kausch (†), von 1950 bis 1954 Chef des Korrespondentenbüros der WELT in Bonn, erinnerte sich an jene Zeit im Buch „Die ersten Jahre":

Mitte März 1950 traf ich in der provisorischen Bundeshauptstadt ein, um das Bonner Büro der WELT zu übernehmen. Das erste Kabinett Adenauer war damals wenig mehr als fünf Monate im Amt. Die alliierten Hohen Kommissare thronten noch als die „Drei Weisen" auf dem Petersberg und bauten ihre Residenzen im Rheintal erst aus: die Amerikaner in Mehlem, die Franzosen gegenüber dem Hotel Dreesen in Bad Godesberg und die Briten in Wahnerheide.

Die Presse-Baracken blieben, was 1949 kaum vorauszusehen war, auch dann noch unsere Arbeitsstätte, als rings um das Bundeshaus moderne Ministerien entstanden, üppige Ländervertretungen errichtet wurden und das weiträumige Presse- und Informationsamt seinen Platz fand. Mit Milliarden von Mark wurde so das *„provisorische Definitivum" etabliert* ...

In den Räumen der Pressebaracken knarrten die billigen Holztreppen schon vom ersten Tage an. Die Hellhörigkeit ihrer Wände erlaubte uns, die Diktate der Kollegen anderer Zeitungen *mit anzuhören. Im Winter zog* es, und im Sommer brannte die Sonne erbarmungslos auf die niedrigen, dünnen Decken.

Dennoch war das Betriebsklima in dieser „Küche der Gerüchte" erfrischend und ermutigend. Wir hatten Blick auf den Eingang des Bundeshauses und bald auf das nur 200 Meter entfernte Kanzleramt im Palais Schaumburg. Diese Nähe förderte die Kontakte zu allem, was vorging.



Keine Dichterklause, sondern typisches Provisorium 1946 in einer Hamburger Zeitungsstube. Hier entstanden die ersten Berichte, Reportagen, Leitartikel, Essays und reportierenden Feuilletons. Und zum elftenmal hatte man aus der baumelnden Fassung über der Schreibmaschine die Glühbirne geklaut.

Speck oder Hut? Das war hier die Frage

Von KURT W. MAREK (C. W. CERAM)

Am Tage vor Heiligabend stand ich irgendwo auf der Strecke hinter Rendsburg auf den Puffern eines Zuges. Der Zug raste durch eine eiskalte Nacht nach Norden. Ich hatte einen unter großen Mühen geborgten Hut auf die Ohren gezogen, mein Rucksack schlug hin und her, ich krallte mich an die senkrechten Eisenstangen und dachte nur: „Herrgott, wenn doch der Zug anhalten würde!" Und er hielt. Die tausend Menschen, die er barg, johlten. Plötzlich schwang sich aus dem Dunkel herauf eine Gestalt, schmiß mir einen dicken, gefüllten Sack zwischen die Füße aufs Gestänge, kletterte auf den anderen Puffer, zog einen zweiten Sack nach und schrie: „Festhalten! Ist überall Speck drin!" Ich umklammerte den Sack mit den Beinen, der Zug ruckte an, fuhr – mein Gott – „Speck!" Der Mann schrie: „Haben Sie ihn? Festhalten! Sie kriegen ein Stück ab!" Der *Mann stand günstiger als ich, auf* einer winzig kleinen Plattform, die ich vorher nicht gesehen hatte. Er arbeitete gebückt an seinem Sack. Dann brüllte er durch den eisigen Wind: „Hier!" Und ich griff in ein Stück Speck von der Größe dreier Männerfäuste!

In diesem Augenblick geschah es. Der Zugwind riß mir den Hut vom Kopf, den schwierig geborgten Hut. Er wirbelte mir einmal um den bloßen Schädel, und dann preßte ihn der Wind in Armeslänge über meinem Haupte für eine Sekunde an die schwarze Wagenwand.

Ich aber mußte mich mit einer Hand festhalten, und in der andern hatte ich den Speck.

Ein Feldbett in der Telefonzelle

Und in diesem Moment, auf ratternden Puffern durch die Nacht, erhob sich die Hamletsche Schicksalsfrage in neuer Version: „Speck oder Hut – das ist hier die Frage!" Eine Sekunde lang rang ich mit dem Gewissen. Dann wandte ich langsam den Blick vom Hute.

Zwölf Stunden später saß ich, nach einem guten Essen, in einer warmen Stube in dem kleinen Schilfdachhäuschen Hans Zehrers auf der Insel Sylt, und er reichte mir einen Brief: „Lesen Sie das! Deshalb habe ich Ihnen telegraphiert!" Es war ein kurzer Brief der „British Press Section" aus Hamburg, in dem Zehrer in dürren Worten aufgefordert wurde, die erste Tageszeitung der Britischen Zone als Chefredakteur zu leiten. „Kommen Sie", sagte er, „lassen Sie uns diese Zeitung machen!"

Aber ich sagte, ohne zu zögern: „Das geht nicht! Ich habe in Oldenburg beim Stalling-Verlag einen guten Posten, an dem allerlei Pläne hängen, ich habe weiter dort, was sehr viel wichtiger ist, eine Aufenthaltsgenehmigung mit einem schönen, warmen Zimmer, und ich habe drittens – das Allerwichtigste – soeben ein dikkes, großes Buch angefangen, von dem das erste Kapitel gerade fertig ist!" Zehrer wischte das weg. „Alles Unsinn! Das besorgen Ihnen die Engländer für ihre Zeitung im Handumdrehen in Hamburg besser als in Oldenburg. Und Ihr Buch können Sie nebenbei immer noch schreiben!"

So kam ich in das damals finstere Hamburg, als wohlbestallter Redakteur einer Zeitung, die noch nicht existierte, und leider ergab es sich, daß die Engländer „im Handumdrehen" gar nichts taten. Es war Anfang Januar 1946, und ich quartierte mich im Broschek-Haus ein. Der einzig brauchbare Raum, den ich entdecken konnte, war eine doppelte Telefonzelle, aus der jemand die Trennwand herausgerissen hatte, so daß ein Feldbett Platz finden konnte.

Wir fingen an, eine Probezeitung zu entwerfen, das heißt eine Zeitung, die nach einiger Zeit schon richtig gedruckt wurde, aber nur für den Hausgebrauch. Die Schwierigkeiten waren außerordentlich. Allein der Aufbau eines kleinen, bescheidenen Nachrichtendienstes stellte Anforderungen, vor denen die Beteiligten mehr als einmal die Flinte ins Korn werfen wollten. Aber wir waren einfach besessen. Dabei half auch, daß ein Team, *dessen Mitglieder sich kaum* oder gar nicht kannten, fast sofort ideal zusammenarbeitete.

Die Volontärin, die Ahlers heiratete

Die sonderbare Tatsache, daß ich als „Chefreporter" eingetreten war, hatte sich aus meinem Zögern, überhaupt einzutreten, ergeben: So hatte sich Zehrer diesen Posten ausgedacht, der mir vollkommene Freiheit nicht nur innerhalb der Redaktion ließ (ich gehörte zu keinem und doch zu jedem Ressort) und mir außerdem erlaubte, wann irgend möglich, nach Oldenburg zu fahren, um an meinem Buch weiterzuarbeiten.

Den ersten freundschaftlichen Zusammenstoß hatte ich mit Richard Tüngel und E. A. Greeven, die das Feuilleton leiteten, zusammen mit Jürgen Schüddekopf, der aber damals nur selten zu sehen war, und einer blutjungen, ätherischen Volontärin namens Heilwig von der Mehden. Von ihr vermutete ich a priori, daß sie niemals etwas anderes als Rilke läse (was sich als völlig falsch herausstellte); sie heiratete später einen der Volontäre, Conrad Ahlers, der sich in der Zeitschrift „Benjamin", die ich später selber herausgab, die Sporen verdiente.

Eines Tages, als ich wieder bei Zehrer saß, stürzte ein etwa fünfundvierzigjähriger Mann ins Zimmer, bleich, ein Intellektueller, und in einem Feuerwerk ohnegleichen entwickelte er uns einen Abriß der modernen französischen Literatur, in dem die Hauptrolle der Name Jean-Paul Sartre spielte, ein Mann offenbar von solcher Bewunderungswürdigkeit, daß wir sofort Himmel und Hölle in Bewegung setzen müßten, um uns über ihn von ihm, dem Dr. Egon Vietta, eine Artikel-Serie schreiben zu lassen. Als Vietta wie ein Wirbelwind wieder raus war, blickte mich Zehrer ganz erstaunt an und sagte: „Haben Sie den Namen Sartre schon einmal gehört?" Ich schüttelte den Kopf. „Ich auch nicht", sagte Zehrer. So etwas ist heute, wie vieles aus jener Zeit, nur schwer zu begreifen.

Zehrer und ich hatten es uns zur Gewohnheit gemacht, abends noch in seinem Zimmer vor dem winzigen Petroleumofen bei einer Tasse in jeder Hinsicht „schwarzem" Tee zusammenzusitzen und durchzukauen, was geschehen war und was noch geschehen sollte. Das riesige Haus lag dann in Dunkelheit und Totenstille. Bis ich eines Abends plötzlich auffuhr und sagte: „Da draußen geht ein Mensch über den Flur!" Zehrer erwiderte: „Ja, das ist Ernst Rowohlt, der hat sich unterm Dach ein kleines Zimmerchen eingerichtet." Mir, einem kaum dreißigjährigen Schriftsteller, der Bücher schreiben wollte, viel mehr als Zeitungsartikel, blieb die Luft weg. Aber es war damals leicht, Bekanntschaften zu machen. Am nächsten Abend blieb ich in meinem Zimmer, an dem Rowohlt vorbei mußte. Dann kam das Tappen. Ich riß die Tür auf. Rowohlt erschrak zu Tode. „Donnerwetter", sagte er, „ich wußte gar nicht, daß hier in dem Geisterhaus noch einer wohnt! Wer sind Sie denn?" Ich erklärte es, aber sagte dann: „Viel wichtiger – ich besitze ein Pfund Weißkäse. Ich lad' Sie ein!" Rowohlt wiederholte völlig ungläubig: „Ein Pfund Weißkäse? Sie meinen Quark? Richtigen Quark? Mensch, ich bin gleich wieder da, ich hab noch 'nen dicken Kanten Brot, ganz frisch!" Er rannte los. Ich rief hinterher: „Bringen Sie einen Löffel mit, ich besitze lediglich eine Gabel!"

Und dann saßen wir bis tief in die Nacht zusammen und sprachen über Literatur, über alle seine Autoren, die ich alle gelesen hatte, und daß er wieder einen Verlag machen müßte, und was man da für Ideen haben könnte. Und als er schied, da war der Grundstein für eine tiefe Freundschaft gelegt, die auch in Fährnissen, die später auftauchten, nicht im allergeringsten und nicht für einen Augenblick erschüttert wurde. Vier Wochen später war ich neben meiner Tätigkeit bei der WELT Lektor des neuen Rowohlt Verlages, drei Jahre später einer seiner Autoren.

Dann kam das Desaster. Wenige Tage bevor wir in der Lage gewesen wären, die erste Nummer der WELT herauszubringen, wurde Zehrer von den Engländern entlassen.

Es hatte damit begonnen, daß wir politisch von den Parteien beschossen wurden. Es waren in der Redaktion eine ganze Reihe von Männern, die keiner Partei angehörten. Die wollten die Parteien durch ihre eigenen Männer ersetzen. Es ist viel Schmutz aufgewirbelt worden in diesen Wochen; es wurde auch einiges behauptet, das wahr war. Die „Persilscheine" grassierten. Die massivsten Angriffe richteten sich gegen Zehrer. Die englische Presse brachte Kommentare. Es kam der Tag, da Zehrer untragbar geworden war – nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus Renommee-Gründen. Er mußte gehen. Das war für alle, die in dieser Zeit mit Zehrer zusammengearbeitet hatten, ein harter Schlag. Nicht nur das, es verwirrte, es lähmte uns. Wenn das möglich war, dann war in unserer Arbeit nichts mehr sicher, keine Planung, keine Vorausschau. Zehrer ging verbittert wieder nach Sylt, zum zweitenmal, das erstemal wegen der Nazis, diesmal wegen der Engländer.

Aber er hatte die Arbeit getan. Jetzt war diese Zeitung aufgebaut, jetzt mußte sie erscheinen. Und sie erschien.

Meine journalistisch-produktive Arbeit in der WELT hatte schon begonnen, als wir noch unter Zehrer Probearbeit leisteten. Und zwar fing *ich sie wirklich als Reporter* an. Ich hatte eine Mutter mit ihrer Tochter aufgetan, die beide lange Jahre im KZ Ravensbrück verbringen mußten. Mutter und Tochter, aus einer traditionell sozialistisch-kommunistischen Umgebung stammend, waren als sogenannte „Politische" inhaftiert gewesen. Sie waren „einfache" Frauen, die jedoch durch das, was sie hinter sich gebracht hatten, eine Größe gewonnen hatten, die alles Nebensächliche, alle Details, alle Schikanen, selbst die schrecklichen Strafen als Bagatellen erscheinen ließen. Aber gerade auf diese Details mußte es dem Reporter in dieser Sache ankommen, die über den schrecklichen Umweg gewonnene statuarische Größe wäre allein die Sache eines Dichters gewesen. Ich saß viele Abende mit diesen beiden Frauen zusammen, und erst sehr langsam ergab sich, daß wir wirklich miteinander „sprechen" konnten. Ich schrieb dann, und ich legte ihnen jeden Absatz vor, und wir sprachen ihn durch und verbesserten und ergänzten. Dann fing ich in der ersten Nummer der WELT mit dieser Serie an. Und die beiden Frauen sagten, sie wollten mich aus diesem Anlaß zum Mittagessen einladen.

Das galt für einen Sonntag, an dem ich normalerweise seit Wochen stets zur gleichen Zeit im Restaurant des Dammtorbahnhofs gegessen hatte. Die unglaubliche Pointe dieser Geschichte ist nun, daß die beiden Frauen mir durch ihre Einladung vielleicht das Leben gerettet, zumindest aber mich vor schwerem Unglücksfall bewahrt haben. Denn zu just der Zeit, als ich diesmal bei ihnen saß, brach die ramponierte Decke des Bahnhofsrestaurants unter dem Geratter eines darüberfahrenden Zuges zusammen und begrub die Hälfte der Tische.



Kurt W. Marek (Pseudonym: C. W. Ceram) war Verlagsbuchhändler, Kriegsberichterstatter, Redakteur bei der WELT, Cheflektor bei Rowohlt, Schriftsteller (u. a. „Götter, Gräber und Gelehrte"). K. W. Marek starb 1972 im Alter von 57 Jahren.

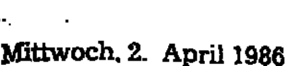
„Nein, das ist nicht Mareks Art!"

Als einer unserer jüngsten Reporter, der zufällig *Augenzeuge gewesen* war, in die nur zwei Straßenblocks entfernte Redaktion lief, ins Zimmer von Zehrer stürzte, die Meldung machte und schreckensbleich hinzufügte: „. . . . und Marek ißt dort jeden Sonntag!", da hob Zehrer den Kopf von einem Manuskript, an dem er gerade schrieb, und sagte: „Und Sie glauben, Marek liegt darunter?" Der Reporter machte eine verzweifelte Handbewegung. „Nein", sagte Zehrer, „das glaube ich nicht. Das ist nicht seine Art!" Und schrieb weiter.

Ich mußte dann Theater- und Filmkritiken für die WELT schreiben – und ich tat es gern. Das war das Milieu, in dem ich mich wohlfühlte. Hier hatte ich ja angefangen. Und was für ein gutes Theater hatten wir in *diesen Jahren.* Im Anfang in den Kammerspielen der Ida Ehre vor allem. Und da geschah mir ein Fauxpas. In einer Kritik schrieb ich einen Nachsatz, daß zwar „die Kostüme Bewunderung verdienten, jedoch nicht der Hintergrund, den Hannelore Schipmann ihnen gegeben hat". Am nächsten Tag erschien auf der Redaktion ein zauberhaft schönes Mädchen, sehr, sehr jung, und fragte nach mir. Sie beschimpfte mich in kurzen Worten dafür, daß ich Theaterkritiker solche Worte sage, ohne eine Begründung beizufügen. Sie hatte damit sachlich recht. Die junge Dame nannte sich damals Hannelore Schipmann. Heute heißt sie Hannelore Marek.

Ich verließ die WELT in Freundschaft und *mit guter Erinnerung,* als ich mich immer mehr ausschließlich literarischer Arbeit zuwandte.





Vom Bumm Gamma zum Rechner 8818

Von HEINZ NIXDORF

Er wurde zum Unternehmersymbol des Landes. Heinz Nixdorf, wagte er es doch, in die Technologie der Zukunft vorzustoßen, in diesen so komplexen Bereich, von dem als sicher galt, daß er endgültig von Siliconvalley okkupiert worden sei. Heinz Nixdorf beschrieb den holperigen Weg seines Hauses bis auf die Höhen des Erfolges für diese Dokumentation. Und noch während die Redaktionscomputer sein Manuskript bearbeiteten, erreichte die WELT-Redaktion die Nachricht von seinem frühen Tod. Hier der letzte Aufsatz des Unternehmers Heinz Nixdorf:

Zehn Jahre hatten meine Mitarbeiter und ich seit der Gründung des „Labor für Impulstechnik" am 30. Juni 1952 hart gearbeitet, da veränderte eine externe Entscheidung unsere Existenz. Gegen den Widerstand von General de Gaulle kaufte die amerikanische General Electric die Mehrheit der französischen Compagnie des Machines Bull. Diese Transaktion entzog uns von einem Tag auf den anderen die Vertriebsbasis. Denn damals verkauften wir über 90 Produkte über Bull und 10 Prozent über die Kölner Wanderer-Werke, dem ehemaligen Bull-Generalvertreter in Deutschland. Die Erkenntnis, ohne eigenen Vertrieb in der Computerindustrie „gar nichts" zu sein, mobilisierte alle Kräfte zur Verkaufsorganisation. Aber es dauerte sechs Jahre, bis es erreicht war.

1968 endlich stand ein weltweit orientiertes Vertriebsnetz mit Basen auch im Dollar-Raum. Der letzte Schritt war die Übernahme der Wanderer-Werke gewesen, die zur Umbenennung der alten Firma in die Nixdorf Computer AG führte. Der erreichte Umsatz beträgt 1968 105 Millionen Mark, wir beschäftigten 1777 Mitarbeiter. Es war übrigens das Jahr nach der 1967er Krise, die eine Phase steten wirtschaftlichen Aufstiegs seit dem 1953 beendeten Korea-Krieg unterbrach.

Mit dem eigenen Verkauf traten wir gegen eine etablierte Konkurrenz im damals vorherrschenden Buchungsmaschinen-Markt an, die vielfach unsere Geräte eingesetzt hatte. Die technische Kompetenz nämlich hatten wir uns lange zuvor erworben. Mein kurzer Kontakt mit Walter Sprick im Jahr 1951, der bereits seit 1949 elektronische Addier- und Multipliziergiieder als Zusatz für Lochkartenmaschinen entwickelt hatte, überzeugte mich von der Richtigkeit des Konzepts, Rechner mit Elektronenröhren zu bauen.

Das war damals keine Selbstverständlichkeit, weil einer der Väter des Computers, der von mir hochgeschätzte Konrad Zuse, mit seinen Relaisrechnern Z 1 und Z 11 recht erfolgreich war. Diese fielen im übrigen nicht unter die alliierten Kontrollrechte. Da ich Sprick nicht überreden konnte, gemeinsam eine Firma zu gründen, tat ich diesen Schritt allein.

In einer Essener Kellerwerkstatt entstanden die ersten beiden Elektronensaldierer ES 12 für das RWE. Diese finanzierten praktisch den Rechner EM 22, dessen transisterisierte Variante später als Bumm Gamma 172 auf den Markt kam. 1955 war übrigens das von den Siegermächten ausgesprochene Arbeitsverbot an elektronischen Computern aufgehoben worden. Diese Befreiung ließ überall in Deutschland Entwicklungsteams wie Pilze aus dem Boden schießen, die ihre dann mit Transistoren bestückten Computer vor allem in den Jahren 1958/59 der Öffentlichkeit vorstellten.

Ich hatte 1958 mein Unternehmen in meine Heimatstadt Paderborn verlagert. Die damalige Mannschaft von 40 Leuten arbeitete unter Hochdruck an dem schon erwähnten Transistorrechner, mit dem wir 1959 den Wanderer-Buchungsautomaten Multitronic ausstatteten.

Diese Maschine ersparte es den Bankleuten, mühsam von Hand und Kopf die Zinsstaffel auszurechnen. Ähnlich arbeitserleichternd brachte ein Gerät zur Datenerfassung die Ziffern automatisch an die richtige Stelle, etwas, das zehnfach teurere IBM-Lochkartenmaschinen nicht beherrschten. Trotzdem wurden diese, wegen der dahinter stehenden Vermarktungskraft erfolgreich verkauft.

Diesen Problemlösungsaspekt hatte ich ebenso wie Qualitätsgesichtspunkte gleich an den Anfang meiner Tätigkeit gestellt, auch aus ganz praktischen Erwägungen. Ich mußte nämlich die von uns gebauten, über Deutschland verstreuten Geräte lange Zeit selbst reparieren. Was lag näher, als sie so ausfallsicher wie möglich zu machen.

Die frühen 60er Jahre waren für die gesamte junge Computerindustrie eine aufregende Zeit, doch die Welt war gespalten. Die einen bauten sogenannte Großrechner, unsere Domäne war eher das Arbeitsplatzgerät.

Ganz typisch in diese Klasse gehörte der von uns für Wanderer gebaute elektronische Tischrechner Conti, der weltweit als erster über einen eingebauten Drucker verfügte. Dieses Prinzip übertrugen wir auf den 1965 herausgebrachten Universalcomputer Logatronic, der unter diesem Namen bei Wanderer, später als Nixdorf 820, die Basis unseres Erfolgs wurde. Innerhalb eines Jahres verfünffachte sich unser Umsatz.

Dieser Computer 820 konnte durch sein Baukastenprinzip sehr genau auf die Kundenwünsche abgestimmt werden. Außerdem enthielt er in hohem Maße sogenannte Fädelspeicher, über Spulenwicklungen festverdrahtete Programme, die exakt das vorwegnahmen, was heute als Mikroprogrammtechnik gang und gäbe ist. Das bewegliche Druckelement mit IBM-Kugelkopf ersparte den teuren und schweren Wagen oder einen nicht einbaubaren Schnelldrucker.

1965 orderte die Firma Ruf bei uns 1000 Rechenautomaten, Kienzle folgte. Damit wurden wir immer freier von Wanderer und überwanden so außerdem den Verlust der Bull-Vertriebskapazität. Ruf und Kienzle beherrschten damals 50 Prozent des Buchungsmaschinenmarktes, was unseren Namen schnell bekannt machte.

Immer auf der Suche nach rationelleren Techniken, stieß ich 1966 erstmals auf das, was zu dieser Zeit noch ohne Mythos Mikroprozessor hieß. Das Wort umschrieb einen Rechner, der sehr kompakt auf einer Rechnerplatine untergebracht war, nicht einen Chip, der für sich allein nicht funktioniert. Einen solchen Mikroprozessor suchte ich für unseren Rechner mit einen 12-Bit-Wort in sogenannter Bit-Slice-Architektur. Die schon damals riesige Texas Instruments sagte Preis und Lieferung zu. Seither ist für mich der Mikroprozessor das „Herz in einem Körper", ein dienendes Element, denn die anderen Einheiten sind immer noch da und durch die dezentralisierte maschinelle Intelligenz erst effizient nutzbar.

Nixdorf war übrigens das erste Unternehmen in Europa, das einen Intel-Mikroprozessor 8008 in ein Gerät einbaute – in die Datenkasse.

Früh entschieden wir uns auch für die Magnetplatte, seinerzeit noch beschränkt auf Großrechner und leistungsfähige Minicomputer. Die Branche der Arbeitsplatzcomputer, damals unter dem Begriff „Mittlere Datentechnik" zusammengefaßt, hielt zu lange an dem sogenannten „Magnetkonto" fest. Das war eine klassische Kontokarte, die Buchungsinformationen gedruckt zeigte und in einem auf der Rückseite angebrachten Magnetstreifen computerlesbar bereithielt. Eine typische Zwischentechnik.

Deshalb war unser Einstieg in die Magnetplatte 1971 eine regelrechte Revolution, die uns selbst einige Zeit intensiv beschäftigte. Die späte Bestätigung für die Richtigkeit dieser Schritte erhielten wir erst 1975, als die IBM mit ihrem System 32 einen kleinen Computer herausbrachte, der ganz auf eine eingebaute Magnetplatte abgestellt war. Zu diesem Zeitpunkt war die Entwicklung des heute noch wirtschaftlichsten Speichermediums schon 15 Jahre alt. Die IBM hatte sie 1960 mit der riesigen RAMAC begonnen.

In die frühen 70er Jahre fällt mein bisher negativstes Erlebnis in unserer Firmengeschichte: Wir hatten mit der Übernahme von Wanderer den Durchbruch im Vertrieb geschafft, hatten den Umstieg in der Speichertechnologie bewältigt, da trafen uns 1974 die weltweit spürbaren Folgen der Ölkrise, in Deutschland verstärkt durch eine Phase hoher Lohnsteigerungen seit dem Antritt der Regierung Brandt.

Das Unglück braute sich aus drei Zutaten zusammen: 1. Lohnsteigerungen in mehreren Jahren um die zehn Prozent, in der Spitze bis zu zwölf Prozent, 2. Verdoppelung des Zinssatzes und 3. Aufwertung der Mark. Das mußte ein junges, in rascher Expansion befindliches Unternehmen empfindlich treffen. In dieser schlimmen Situation mußte ich jeden achten Mitarbeiter entlassen. Zwei Jahre vorher hatten wir in den USA die Computer Division der Victor Comptometer Corp. übernommen und die Entrex Inc. 1973 durch einen Kooperationsvertrag an uns gebunden.

Wie schnell wir dann die Krise meisterten, zeigte der Kauf von Entrex im Jahre 1977. Aus der Krise geführt hat uns die zur Jahreswende 1974/75 vorgestellte Systemfamilie 88, vor allem das Modell 8870. Es ist in stetig erneuerter Form noch heute eine Säule unseres Geschäftes.

Es mag die gezeigte Flexibilität gewesen sein, die 1979 die Deutsche Bank veranlaßte, uns das großartige Angebot zu machen, bei ihr 25 Prozent des Kapitals zu parken. Im Jahr davor war die Nixdorf Computer AG Umsatzmilliardär geworden. Wir hatten es also in nur zehn Jahren auf den zehnfachen Umsatz gebracht. Diese schnelle Expansion verlangte die vollen Kräfte aller Mitarbeiter und die Ausnutzung aller finanziellen Möglichkeiten. Deshalb half uns das Geld der Deutschen Bank, die Bilanz richtig zu strukturieren und Kräfte für das weitere Wachstum zu gewinnen.

Wir betraten drei neue Geschäftsfelder: Mit der 1980 gestarteten Systemfamilie 8890 bot Nixdorf eine direkte Alternative für IBM-Kunden im kleineren bis mittleren Universalcomputer-Bereich. Zwei Jahre später folgte die erste in Deutschland angebotene digitale Nebenstellenanlage 8818, die unseren Einstieg in die Nachrichtentechnik markiert. Wir sahen diese aber von vornherein nicht als isolierte Aktivität, sondern als zwingende Ergänzung zum Computerangebot.

Da die somit entstehende Symbiose aus Datenverarbeitung und Nachrichtentechnik zur integrierten Informationsverarbeitung führt, die praktisch nicht mehr ausfallen darf, war der Schritt zu den 1983 erstmals angekündigten fehlertoleranten Computersystemen nur logisch.

Inzwischen verfügt das Unternehmen über eine breite Produktpalette in Hardware und Dienstleistung, auf deren ständige Modernisierung und intelligente Verknüpfung wir viel Energie verwenden. Wir lassen uns leiten von international genormten, aber auch von sogenannten Industriestandards, um unseren Kunden ein wirtschaftliches Lösungspaket anbieten zu können. Diese Rechnung scheint aufzugehen, denn im Geschäftsjahr 1985 setzten wir etwa vier Milliarden Mark um, haben für die Vervielfachung unseres Umsatzes seit 1978 also nur sieben Jahre gebraucht.

Sechs Jahre habe ich gezögert, an die Börse zu gehen, sehe aber heute diesen Schritt als zwingend an.

Die Informationstechnik ist eine Schlüsselindustrie, die hohe Investitionen in Produkte und Märkte verlangt. Jedoch mehr noch als vom Geld lebt die Informationsindustrie von der Ideenkraft einzelner. Sie und die schnelle Reaktionsfähigkeit muß wachgehalten werden. Dazu wünsche ich mir zehn Firmen unseres Zuschnitts in der Welt als Garantie für ein schnelles und gesundes Wachstum.

Die rasante Entwicklung der Computergrafik wurde durch raffinierte Programme vorangetrieben, die ihre Gestaltung der Darstellung mathematischer Formeln verdanken. Besonders hilfreich für die Bildsprache der Computer erweist sich eine von dem Amerikaner Benoit Mandelbrot entwickelte Gruppe geometrischer Formen, sogenannte Fractels. Unsere Grafik wurde nach 1000facher Anwendung einer Funktion im Verlauf von 48 Stunden „konstruiert".



Heinz Nixdorf, der Dynamiker, der gegen eine scheinbar fest etablierte Welt der Computergiganten antrat und mit kleineren Bürogeräten den Markt erfolgreich öffnete und dann in die Großrechner produktion einstieg.

Als die parlamentarische Demokratie an einem Viertelprozent starb

Von HEINZ PENTZLIN

Die Bundesrepublik Deutschland – man kann sie die „Zweite Deutsche Republik“ nennen – hat nach den ersten schweren Jahren zusammen mit einer nur selten gehemmten wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung eine ständige Verfestigung ihrer politischen Struktur im legislativen und administrativen Bereich, besonders aber in der Bejahung ihrer Staatsform durch weiteste Kreise der Bevölkerung aufzuweisen. Ihr Wirtschafts- und politisches Leben hat sich ganz anders gestaltet als das der ersten deutschen, der „Weimarer Republik“. Es ist zutreffend, wenn gesagt wird: „Bonn ist nicht Weimar.“

Doch dies wird so oft gesagt und häufig mit beschwörendem Ton, hinter dem sich die Angst verbirgt, ob vielleicht nicht dieser Republik ein ähnliches Schicksal wie der Weimarer beschieden sein könnte. Da der äußere Verlauf – in Wirtschaft, Politik und in der psychologischen Einstellung der Bevölkerung – so unterschiedlich ist, können es nur hintergründige, unklar hervortretende Faktoren sein, die Gefahren für das Schicksal der Zweiten Republik befürchten lassen.

Die Geburten der Weimarer wie der Bundesrepublik erfolgten beide in schrecklichen Notzeiten. Beide entstanden nach einem militärischen Zusammenbruch, der auch die Wirtschaft lahmlegte, Hungersnot und Kälte in Wintern brachte, in denen es an den notwendigsten Brennstoffen fehlte. Der Winter 1918/19 war – wie es der Anstieg der Todesfälle, besonders unter den Säuglingen, zeigt – noch weit schlimmer als es in den Jahren 1945 bis 1947 war. Doch im Laufe des Jahres 1949 trat mit dem Wiederanlaufen der Wirtschaft und dank der Nahrungsmittelspenden unter der Organisation des späteren amerikanischen Präsidenten Herbert C. Hoover eine spürbare Besserung ein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erholte sich in Westdeutschland – und mühseliger noch in Mitteldeutschland, von den unter polnische Verwaltung gestellten ostdeutschen Gebieten ganz abgesehen – die Wirtschaft langsamer. Die Zerstörungen an Industriewerken waren weit schlimmer. Demontagen von Fabriken für Reparationsleistungen und zur Verhinderung des Fortbestehens eines Kriegspotentials – und eines Wiederauflebens der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie –, verbunden mit einem „Industrieplan“, der viele Produktionen verbot, behinderten in den ersten Jahren den Wiederaufbau sehr stark, dann mit der Zeit weniger, bis endlich im November 1949 die Demontagen ganz gestoppt wurden.

Zuvor war die größte Not – ähnlich wie 1919 durch Quäkerhilfe – durch die Care-Organisation (Cooperative for American Remittances to Europe) gemildert worden. Die entscheidende Wendung brachte im April 1948 die Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan.

Der Marshallplan brachte die Wende

Sie verhalf nicht nur zum Bezug von Lebensmitteln, Rohstoffen und Maschinen, die erst später bezahlt werden mußten. Der Marshallplan war der Auftakt zu einer weltweiten wirtschaftlichen Erholung, die der deutschen Industrie Exporte ermöglichte, mit denen sie die Devisen für eine Steigerung der Einfuhr erhielt.

Seitdem ging es in Westdeutschland schnell und dauerhaft wirtschaftlich aufwärts. Die Wachstumshemmung 1958, die Rezession 1966/67, der Rückschlag 1974/75 und selbst der schwere Rückschlag 1981/82 haben wohl ihre Auswirkungen gehabt – die Nachwirkungen des Rückschlages 1981/82 sind noch nicht überwunden –, sie haben aber keine harten Notlagen entstehen lassen, sie haben zu keiner Erschütterung des Wirtschaftssystems geführt und sie haben – das ist entscheidend – keine unmittelbare Gefahr für den Fortbestand der parlamentarischen Demokratie heraufbeschworen.

Ganz anders waren die Zustände in der Ersten Republik – von Anbeginn bis zu ihrem Ende. Zwei Stunden, nachdem der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann am frühen Nachmittag des 9. November 1918 an einem Fenster des Reichstages ausgerufen hatte „Es lebe die große deutsche Republik!“, verkündete der Führer der Kommunisten, Karl Liebknecht, im Berliner Schloß die Errichtung der „Sozialistischen Republik“.

Das war der Auftakt zum Ringen um die Staatsform, das mit Revolten, bürgerkriegsähnlichen Kämpfen und Attentaten fünf Jahre lang andauern sollte. Die Führer der Sozialdemokraten hatten sich im Einklang mit den meisten Gewerkschaftsführern für die parlamentarische Demokratie und gegen eine Räterepublik nach sowjetischem Muster entschieden.

Der Ausbruch der Revolution in Kiel und München hatte im Zeichen der Anhänger einer Räterepublik gestanden. „Im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats“ hatte Kurt Eisner in München die Übernahme der Regierung und die „Republik“ verkündet. Er bezeichnete sie allerdings noch nicht als „Räterepublik“. Das tat erst eine spätere bayerische Regierung am 7. April 1919, nachdem im Januar in Bremen und in Wilhelmshaven die Räterepublik ausgerufen war.

Dr. Heinz Pentzlin (77), Nestor des deutschen Wirtschaftsjournalismus, war lange Jahre Chef der Wirtschaftsredaktion der WELT und später Mitglied der Chefredaktion. Von 1970 bis 1983 gehörte er dem Aufsichtsrat des Axel Springer Verlags an.

Der Regierung, die Ebert am 9. November mit dem Namen „Rat der Volksbeauftragten“ bildete, gehörten Mitglieder der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen Sozialisten an, die mehr zu Karl Liebknecht standen. Eine Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte forderte die Bildung eines „Vollzugsrates“, der jedoch nicht – entgegen den Absichten Liebknechts – als Gegenregierung auftrat. Doch bald, beginnend am 6. Dezember, kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Anhängern beider Richtungen.

Eine nach Berlin gekommene „Volksmarinedivision“ besetzte am 23. Dezember Schloß und Marstall und bildete mit zugelaufenen demobilisierten Soldaten eine „Republikanische Volkswehr“, die mit Angriffen auf Reichstag und Ministerien die Regierungsarbeit lahmlegte.

Aus Potsdam herbeigerufene Truppen machten die Regierung zwar wieder handlungsfähig, waren aber nicht bereit, die „Volkswehr“, die sich im Schloß und im Zeitungsviertel verschanzte, anzugreifen.

In dieser Situation billigte und förderte Gustav Noske, der in Eberts Regierung das Militärressort innehatte und am 6. Januar 1919 den Oberbefehl über die Streitkräfte übernommen hatte, die Bildung von „Freikorps“. Die Führer und Mitglieder der Freikorps waren keine Freunde der Republik, aber entschiedene Gegner des Kommunismus. Im Kampf gegen ihn setzten sie ihr Leben ein. Die Republikaner bedienten sich ihrer – der Not gehorchend.

Am 15. Januar 1919 hatten die Freikorps in Berlin die Kommunisten vollständig besiegt, ihre Führer, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, getötet. Sie halfen – oft entscheidend – bei der Niederschlagung weiterer kommunistischer Aufstände: so im Kampf gegen die bayerische Räterepublik mit ihrer „Roten Armee“ – die in München ein furchtbares Blutbad angerichtet hatte –, bei Aufständen in Braunschweig und mehreren Städten des Ruhrgebietes, wo – wie zum zweiten Mal in Bremen – im Frühjahr 1919 die Räterepublik ausgerufen und „rote“ Kampfverbände gebildet worden waren.

Freikorps halfen den Regierungstruppen im August 1919, als Polen mit einem Aufstand Schlesien in seinen Besitz bringen wollte. Sie trugen die Hauptlast des Kampfes, als Polen 1921 mit starken Truppen nach Schlesien einrückte, weil es das Abstimmungsergebnis für Oberschlesien mit seiner großen Stimmenmehrheit von 62 Prozent für Deutschland nicht hinnehmen wollte.

Aus den Reihen der Freikorps putschte Hauptmann Waldemar Papst im Juli 1919 gegen die Regierung Ebert. Als der Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp und General Walther von Lüttwitz im März 1920 einen Staatsstreich versuchten, rückte mit ihnen die „Brigade Ehrhardt“ in Berlin ein. Doch als es danach im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland zu kommunistischen Aufständen mit der Bildung kampfstarker „Roter Armeen“ kam, waren es die Freikorps, denen eine schnelle Niederschlagung dieser Aufstände zu verdanken war.

Das Jahr 1922 schien eine Beruhigung zu bringen. Doch nach einem Anschlag auf Scheidemann am 4. Juni und der Ermordung Walther Rathenaus am 26. Juni 1922 wagte die Regierung es nicht, die Wahl eines Präsidenten durch das Volk durchführen zu lassen, wie es die Verfassung vorschrieb, die am 31. Juli 1919 von der Nationalversammlung in Weimar beschlossen worden war.

In Weimar hatte sie getagt, weil man es 1919 angesichts der Unruhen in Berlin nicht gewagt hatte, ihre Sitzungen dort stattfinden zu lassen. Die Nationalversammlung hatte Ebert zum „vorläufigen Präsidenten“ ernannt. Statt direkter Wahl wurde er am 27. Oktober 1922 mit verfassungsänderndem Gesetz zum „Reichspräsidenten“ mit verlängerter Amtszeit bestellt. Es folgten Ruhrbesetzung, Inflation, Hungerrevolten und der „Dawes-Plan“, der die Reparationen auf ein erträgliches Maß zurückschraubte. Doch der Herbst 1923 brachte neue Unruhen.

„Proletarische Hundertschaften“, die von aufständischen Kommunisten in Sachsen und Thüringen aufgestellt waren, lieferten der Reichswehr blutige Gefechte. In München putschte Adolf Hitler. Eine Revolte in Hamburg forderte Todesopfer unter Revoltierenden und Polizei.

In der gleichen Weise wie die Sozialdemokraten unter Ebert mit Noske und dessen Bündnis mit den Freikorps den Aufbau eines demokratischen Staates ermöglicht hatten, hatten besonnene Gewerkschaftsführer mit Carl Legien an der Spitze durch eine Zusammenarbeit mit den Arbeitgeberorganisationen – unter der ausdrücklich gewünschten Mitwirkung des „Erzkapitalisten“ Hugo Stinnes – einen totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch verhindert und die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau mit ausreichender Versorgung der Bevölkerung geschaffen.

Auch sie handelten der Not gehorchend in der Erkenntnis, daß nur durch die Mitwirkung der Unternehmen die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gewährleistet war.

Als die Kämpfe noch andauerten, die Niederlage sich aber schon deutlich abzeichnete, hatten Gewerkschaftsführer mit den Arbeitgebern Verhandlungen aufgenommen, so daß am 15. November 1918 die Vereinbarungen über die Bildung eines „Zentralausschusses“ unterzeichnet werden konnten, der bei allen wichtigen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben zusammenarbeitete.

Schuldgefühl bis in die heutige Zeit

Die Sozialdemokraten und besonnene Gewerkschafter sind aber über diese Leistungen – ohne die Deutschland in ein Chaos verfallen wäre und kein demokratischer Staat hätte aufgebaut werden können – nicht froh gewesen; geschweige denn, daß sie eine gebührende Anerkennung gefunden hätten. Sie bedauerten, daß sie mit ihrem Vorgehen die Arbeiterbewegung „gespalten“ hätten und ließen sich von der daraus hergeleiteten kommunistischen Propaganda ein Schuldgefühl oktroyieren, unter dem sie litten – und zum Teil noch heute leiden – und das später dann einem besseren Zusammenwirken in der Politik mit den „bürgerlichen“ Parteien und in der Wirtschaft mit den Unternehmern hemmend im Wege stand – was sicherlich zur Festigung der Weimarer Republik wesentlich hätte beitragen können.

Die Sozialdemokraten mit ihrer Anhängerschaft unter den Arbeitern hatten es schwer, eine positive Einstellung zu dem Staat zu finden, nachdem sie Jahrzehnte hindurch in Gegensatz zu ihm gestanden hatten. Es brauchte seine Zeit, bis es voll ins Bewußtsein – und Unterbewußtsein – eingedrungen war, daß der Staat seit dem November 1918 ein anderer geworden war; und diese Zeit reichte nicht aus, um zu verhindern, daß der Staat sich wieder verwandelte.

Auch die bürgerlichen Parteien und ihre Anhängerschaft – mit Ausnahme der Anhänger der Demokratischen Partei und größerer Teile der Anhänger der Zentrumspartei – hatten, wenn auch aus ganz anderen Gründen, ein negatives Verhältnis zu der nach 1918 entstandenen Staatsform. Die Weimarer Republik war, wie oft gesagt wurde, eine „Republik ohne Republikaner“.

Die Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse nach der Währungsreform und die sich bald einstellenden Erfolge der Außenpolitik Stresemanns – die mit der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages am 16. Oktober 1925 einen Höhepunkt aufwiesen – brachten vom Jahre 1924 an eine Normalisierung, während die radikalen Kräfte links und rechts Anhänger verloren.

Es wuchs der Optimismus. Nur wuchs er so stark, daß die Zukunftsaussichten und die Möglichkeiten, sie zu verwirklichen, überschätzt wurden. Die Gewerkschaften, die mit der einsichtigen Haltung ihrer Führung die wirtschaftliche Gesundung ermöglicht hatten, steigerten jetzt ihre Forderungen. Sozial- und Kommunalpolitiker glaubten jetzt, der Bevölkerung größere Leistungen zukommen lassen zu können. Unternehmer wagten immer größere Investitionen. Für alles dies aber mußten immer höhere Kredite aufgenommen werden; in großem Umfang kurzfristige Kredite aus dem Ausland, die langfristig angelegt wurden.

Die schon 1928 hervortretende gravierende Verschlechterung der Lage der Landwirtschaft wurde in ihrer gesamtwirtschaftlichen Wirkung unterschätzt. Der New Yorker Börsenkrach am 25. Oktober 1929 weckte wohl einige Besorgnis, nachdem schon das Wachsen der Arbeitslosigkeit seit dem Winter 1928/29 den Optimismus gedämpft hatte. Doch Vorsorgemaßnahmen wurden nicht getroffen, selbst als nach dem New Yorker Börsenkrach der Zufluß von Auslandskrediten aufhörte.

Als nach dem Ausbruch einer Kreditkrise in Wien die Ausländer ihre kurzfristigen Kredite aus Deutschland abzogen und hiernach große Unternehmen in Schwierigkeiten gerieten, brach die große Bankenkrise am 13. Juli 1931 aus. In ihrem Gefolge verschlechterte sich die Wirtschaftslage in allen Bereichen rapide.

Das dadurch beschleunigte Wachsen der Arbeitslosigkeit brachte das Ende der parlamentarischen Demokratie. Die Parteien konnten sich über die Deckung der steigenden Kosten der Arbeitslosenversicherung nicht einigen. Den ersten Streit darüber konnte Stresemann noch schlichten. Vom Krankenbett war er, gegen den Rat seiner Ärzte und die Vorhaltungen seiner Frau, am Nachmittag des 2. Oktober 1929 in die Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei geeilt und hatte sie zum Einlenken bewogen. Er bezahlte diese Leistung mit seinem Leben; in der Nacht darauf starb er.

Zu Beginn des Jahres 1930 lebte der gleiche Streit wieder auf. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollten von dreieinhalb auf vier Prozent erhöht werden; für Arbeitgeber und Arbeitnehmer also jeweils um ein Viertelprozent. Es lebte kein Stresemann mehr, der einen Kompromiß erreichen konnte.

Arbeitslosigkeit und Hungerrevolten

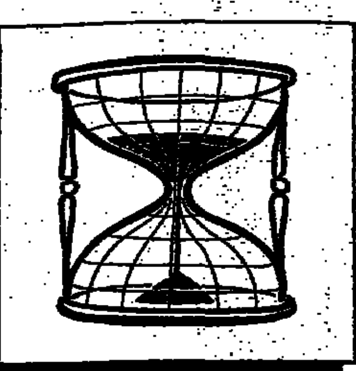
Die später folgenden Regierungen – von Brüning über v. Papen bis zu v. Schleicher – regierten nur noch, wie vor ihnen Regierungen in den Jahren der Kämpfe mit den Kommunisten, gestützt auf den Notstandsartikel 48 der Weimarer Verfassung, der ursprünglich für ganz andere Notstände gedacht war.

Die Parteien hatten selbst ihre Rechte zur Einsetzung und Kontrolle der Regierung aufgegeben. „Praktisch war der Parlamentarismus außer Kraft gesetzt“, schrieb später der damalige Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Stampfer.

Was danach kam, war in der Politik ein Nachspiel und in der Wirtschaft eine Katastrophe. Die Arbeitslosigkeit, von der ein Drittel der Erwerbstätigen betroffen war, brachte Not und Elend. Die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe reichten nicht aus für die Deckung des notwendigsten Lebensbedarfs. Es war deshalb kein Wunder, daß es zu Hungerrevolten mit Plünderung von Lebensmittelgeschäften und Brennstofflagern kam. Eher verwundert es, daß diese Unruhen in einem verhältnismäßig begrenzten Umfang gehalten werden konnten.

Viel schlimmer waren die Ausschreitungen der Kampforganisationen der Kommunisten und Nationalsozialisten. „Rot-Front“ und „SA“ lieferten sich oft Saal- und Straßenschlachten, bei denen die Zahl der Toten nicht selten zweistellig war und über hundert Schwerverletzte gezählt wurden. Auch die Polizei, die einzuschreiten versuchte, hatte viele Tote und Schwerverletzte hinzunehmen.

> ***Die WELT gehört eben einem Zeitungsunternehmen an, das gewillt ist, dem Blatt unabhängig von wirtschaftlichen Schwankungen die Möglichkeit zu erhalten, im Dienst der Allgemeinheit zu wirken.***
>
> ***Axel Springer***



So sah es am Ende der Weimarer Republik aus. In den 14 Jahren ihres Bestehens hatte sie knapp sieben Jahre einer Normalität mit einem Funktionieren der parlamentarischen Demokratie aufzuweisen. Diese sieben Jahre wurden nicht hinreichend genutzt, um die politischen Spannungen abzubauen. Es wurde auch keine wirtschaftliche Absicherung getroffen, sondern es wurden im Gegenteil aus falschem Optimismus Gefahrenherde geschaffen.

Der Historiker Hagen Schulze schreibt in seinem Werk „Weimar/Deutschland 1917 bis 1933“: „Weimars Schicksal beunruhigt bis heute. Noch ist die Ahnung nicht widerlegt, daß Bonn vielleicht doch Weimar sei, daß Weimar möglicherweise überhaupt eine Chiffre für die Gefährdung der liberalen Demokratien im 20. Jahrhundert darstelle.“ Hier liegt der Schlüssel für das Bestehen der Befürchtungen, daß der Bundesrepublik auch einmal ein Schicksal wie das der Weimarer Republik beschieden sein könnte.

Denn wieder zeigen sich Spaltungen und zunehmende Gegensätze zwischen Teilen der Bevölkerung und der Parteien. Wieder gewinnt bei den Parteien das taktische Verhalten zum Gewinn der Wählerstimmen die Oberhand über staatsmännische Verantwortung. Es wächst die Staatsverdrossenheit und die Ablehnung des Parlamentarismus – vor allem unter jungen Menschen. Wieder hat leichtfertige Überschätzung des wirtschaftlich Möglichen große wirtschaftliche Schwierigkeiten herbeigeführt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren, ähnlich wie nach dem Ersten, führende Sozialisten und Gewerkschafter bereit, mit den Unternehmern zusammenzuarbeiten. Der Klassenkampf schien in Deutschland ausgeschaltet zu sein. Doch – ähnlich wie in der Weimarer Zeit – ist er nach der Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wieder wachgerufen und im Verlauf der Jahre verschärft worden.

Auch hatte man etwa eineinhalb Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Maßstäbe verloren und eine Politik betrieben, die zugleich mit übersteigerten Einkommenserhöhungen die Belastung der öffentlichen Haushalte immer mehr vergrößerte. Alle Parteien glaubten, ihren Wählern große und noch größere Leistungen des Staates zusichern zu können, ohne vorher bedacht zu haben, wie in Zukunft die Leistungen aufgebracht werden können.

Hier haben die vergangenen Jahre eine gewisse Ernüchterung gebracht. Doch reicht sie schon aus, um neue Fehlhandlungen zu vermeiden?

Ein Sechstel des Lebens ist Arbeit

Ein Arbeitnehmer, der in den ersten Nachkriegsjahren in Rente ging, hatte in 44 Arbeitsjahren insgesamt 110 000 Arbeitsstunden hinter sich. Bei einer Lebenserwartung von 63 Jahren hat er 20 Prozent seines Lebens bei der Arbeit zugebracht. Bei einem Neu-Rentner des Jahres 1985 sind es dagegen nur noch 15 Prozent. Er hätte mehr als neun Jahre länger arbeiten müssen, um auf die gleiche Arbeitsstundenzahl wie der Rentner des Jahres 1950 zu kommen.

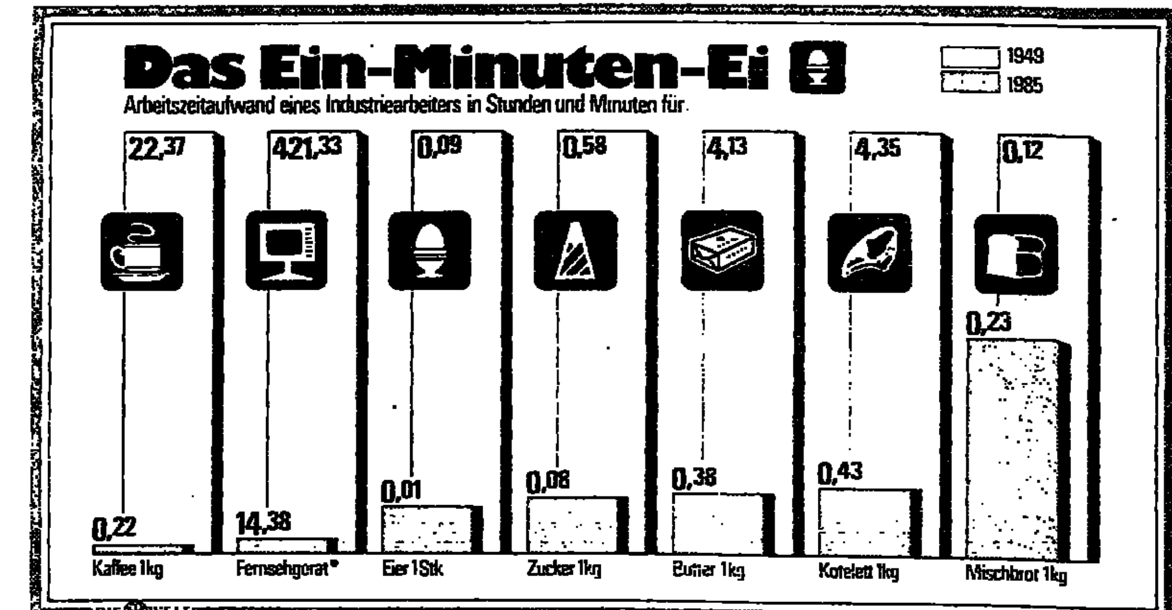
Für die Erwerbstätigen, die 1950 ins Arbeitsleben eintraten und die im Durchschnitt 1996 mit 60 Jahren in Rente gehen, verringert sich die Lebensarbeitszeit noch weiter: Sie kommen auf 86 000 Arbeitsstunden und arbeiten damit nur 13,8 Prozent ihres Lebens. Ein Berufsanfänger von heute wird sogar nur noch neun Prozent seines Lebens in Werkshalle oder Büro zubringen.

Diese auf den ersten Blick etwas merkwürdig anmutenden Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln sind mehr als bloße Zahlenspiele. Sie zeigen, was in den letzten Jahrzehnten durch technischen Fortschritt und Produktivitätssteigerung in der Wirtschaft ermöglicht wurde: mehr Urlaub, kürzere Tages- und Wochenarbeitszeit, vorgezogener Ruhestand sowie längere Ausbildungszeiten.

Eine Ursache für die insgesamt verkürzte Lebensarbeitszeit ist der spätere Eintritt ins Arbeitsleben. Zu Kaiser Wilhelms Zeiten waren die Berufsanfänger im Durchschnitt 14, in der Weimarer Republik knapp 15 Jahre alt. Die Geburtsjahrgänge des Zweiten Weltkrieges bis 1950 wurden wieder etwas früher berufstätig, weil in der Wiederaufbauphase vielen Jugendlichen lange Bildungswege verschlossen blieben.

Bis zur Mitte der 60er Jahre unterschieden sich die Generationen in der Art der Schulabschlüsse kaum voneinander: In allen Altersgruppen waren rund 85 Prozent nach der Volksschule in den Beruf gegangen, zehn Prozent mit der Mittleren Reife, und fünf Prozent hatten Abitur. Mit der Bildungsexpansion der 70er Jahre wuchs die Zahl der Schüler mit Realschulabschluß und Hochschulreife. Die Verlängerung der Schulpflicht auf neun Jahre, die Einführung des 10. Pflichtschuljahres und berufsvorbereitender Schuljahre wirkten allesamt in die gleiche Richtung: Der Berufseintritt wurde zeitlich verschoben. Mitte der 80er Jahre waren die Berufsanfänger im Durchschnitt 18,5 Jahre alt und damit vier Jahre älter als 1960.

Während sich der Beginn des Berufslebens immer weiter hinausschob, wurde das Ende vorverlegt. Die Arbeitskräfteknappheit bei stürmischem Wirtschaftswachstum in den 50er und 60er Jahren bewirkte, daß die Arbeitnehmer immer später in Rente gingen. Im Jahr 1973 lag das durchschnittliche Rentenalter mit knapp 62 Jahren fast vier Jahre über dem von 1956. Die Einführung der flexiblen Altersgrenze und eine wachsende Zahl von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten drückten bis 1981 das Rentenalter dann wieder auf 59 Jahre. Demographische Faktoren, Rechtsänderungen und eine Zunahme der Angestelltenberufe ließen seitdem das Rentenalter wieder leicht ansteigen.



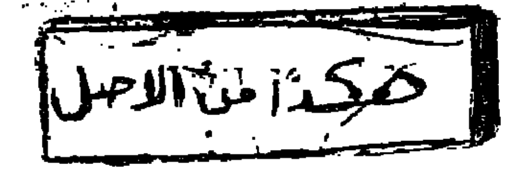
* Die Statistik über Fernsehgeräte wird erst seit 1958 geführt.

Diese Änderungen beim Rentenalter bestimmten in den letzten Jahrzehnten die Lebensarbeitszeit, da sich beim Berufseintritt lange Zeit nicht viel änderte und der hinausgeschobene Berufsstart sich erst nach dem Jahr 2000 auf die Lebensarbeitszeit auswirkt. Wer 1950 in Rente ging, hatte im Durchschnitt knapp 44 Jahre gearbeitet, der Neurentner des Jahres 1973 war drei Jahre länger berufstätig. Bis 1985 ist die Lebensarbeitszeit dann wieder auf 45 Jahre zurückgegangen. Fazit: Das Berufsleben der in den ersten 25 Jahren dieses Jahrhunderts Geborenen ist im wesentlichen gleich lang.

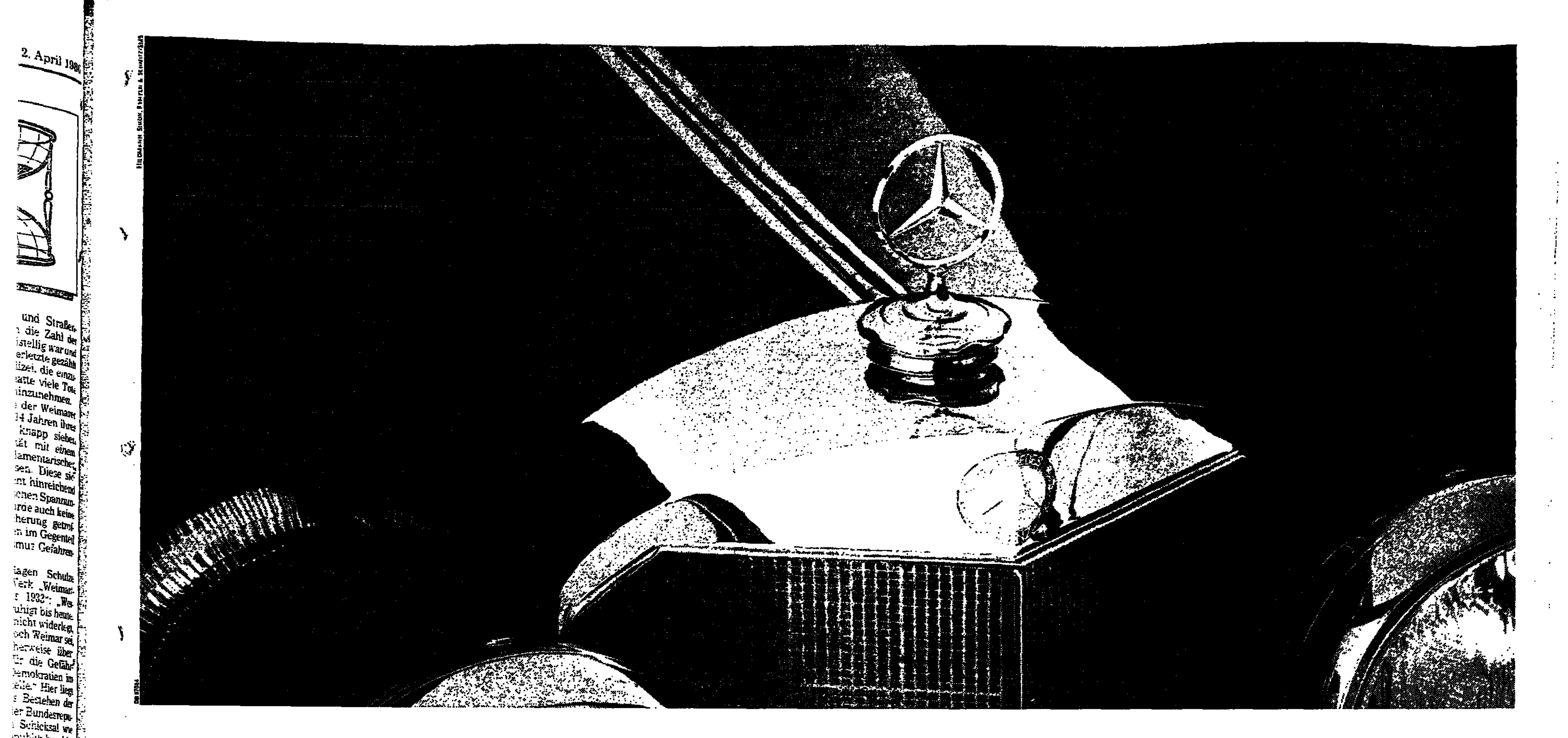
Größere Verschiebungen hat es dagegen bei der Tages- und Wochenarbeitszeit gegeben. Zu Kaiser Wilhelms Zeiten wurde an sechs Tagen in der Woche gearbeitet. Zwischen 1900 und 1914 setzte sich langsam der 10-Stunden-Tag und der freie Samstagnachmittag durch. Nach dem Ersten Weltkrieg erreichten die Gewerkschaften schrittweise den Acht-Stunden-Tag an sechs Arbeitstagen. Aus konjunkturellen Gründen stieg die Wochenarbeitszeit Mitte der 20er Jahre nochmals über 50 Stunden, um in der anschließenden Weltwirtschaftskrise auf 41,5 Stunden zurückzufallen. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde die Wochenarbeitszeit nach und nach wieder auf 50 Stunden heraufgesetzt.

Die zerstörten Produktionsstätten nach 1945 bringen auch bei der Arbeitszeit mit unter 40 Stunden einen erzwungenen Tiefstand. Bereits 1950 wird aber wieder 48 Stunden in der Woche gearbeitet. Mitte der 50er Jahre ist es sogar noch eine knappe Stunde mehr. Danach setzte eine stetige Arbeitszeitverkürzung ein. Im vergangenen Jahr sank die effektive Wochenarbeitszeit aller Arbeitnehmer unter Berücksichtigung von Überstunden, Krankenstand und Teilzeitarbeit erstmals unter die 40-Stunden-Marke.

Noch deutlicher wird der Wandel zur Freizeitgesellschaft am Urlaubsanspruch. Bis zum Ersten Weltkrieg spielte er nahezu keine Rolle. In der Weimarer Republik bekamen Arbeiter drei bis sechs, Angestellte zwölf bis 18 Tage im Jahr, im Durchschnitt gab es aber nur acht Tage. Erst nach 1945 wurde der Urlaub gesetzlich verankert. Im Jahr 1960 hatten die Arbeitnehmer 15 Urlaubstage. In der Folgezeit wurde der Urlaub ständig ausgedehnt, und heute, 25 Jahre später, hat er sich genau verdoppelt. HEINZ STÜWE



هكذا من الأصل



Es gibt Zeichen, die werden zum Symbol.

Jedes Markenzeichen ist letztlich nur so gut wie das Produkt, das dahintersteht.

Das gilt besonders für den Mercedes-Stern.

Denn dahinter steht eine lange und erfolgreiche Tradition im Bau anspruchsvoller Automobile.

Und sogar eine kleine Anekdote:

Vor über 100 Jahren schickte Gottlieb Daimler seiner Frau eine Postkarte, auf die er über seinem Wohnhaus in Deutz einen Stern gezeichnet hatte.

„Dieser Stern", so soll er prophezeit haben, „wird einmal segensreich über unserem Werk aufgehen".

Er selbst hat, wie auch Karl Benz, den Grundstein dazu gelegt.

Im Juni 1909 wurde der Dreizack-Stern, der als Symbol die Motorisierung des Verkehrs auf dem Lande, zu Wasser und in der Luft verdeutlichen sollte, als Warenzeichen angemeldet.

Als Stern im Ring wurde er 1923 als Warenzeichen eingetragen.

Seit dieser Zeit schmückt er – im Laufe der Jahrzehnte kaum verändert – die Produkte der Daimler-Benz AG.

Er wurde zum Inbegriff all jener Tugenden, die Daimler-Benz weltweit berühmt gemacht haben:

Leistung und Qualität, Fortschritt und Beharrlichkeit, Pioniergeist und Zuverlässigkeit.

Ein Markenzeichen mit so hohen Werten zu besitzen, ist eine besondere Verpflichtung.

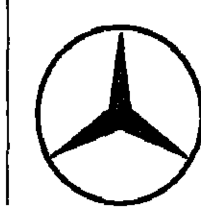
Es gehört zur Tradition unseres Unternehmens, mit immer neuen Lösungen Maßstäbe zu setzen, die das Auto noch attraktiver, sicherer, komfortabler und umweltfreundlicher machen.

Wir sind stolz darauf, daß auch nach 100 Jahren noch der kühne Erfindergeist unserer Firmengründer bei uns lebendig ist.

Und daß unsere Mitarbeiter stets bereit waren, das Erbe von Karl Benz und Gottlieb Daimler zur Maxime ihres Denkens und Handelns zu machen.

So wurde aus einem Stern-Zeichen der „gute Stern auf allen Straßen".

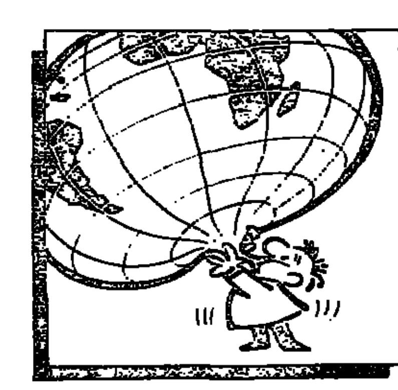
Ein Symbol, das die Richtung weist. Und dem man gerne folgt.



DAIMLER-BENZ AG

Journalismus und Werbung liegen nicht auf Kollisionskurs

Von GERD BRÜGGEMANN



Wenn eine Zeitung das stolze Alter von 40 Jahren erreicht, so liegt das nach Ansicht der Redaktion natürlich ganz wesentlich am vorzüglichen Redaktionsprogramm, an den hervorragenden Redakteuren, den noch besseren Chefredakteuren und möglicherweise der treuen Leserschaft. Übersehen wird bei solchen Betrachtungen leicht und gern der Anteil der Inserenten am Erfolg. Er wiegt nicht wenig, weil eine unabhängige Zeitung ohne Werbung überhaupt nicht erscheinen könnte. Die WELT beispielsweise müßte ein Vielfaches jener 27 Mark kosten, die der Abonnent heute dafür bezahlt.

Trotz solcher Gemeinsamkeiten haben die Journalisten und Publizisten immer noch große Mühe, ein entspanntes, geschweige denn ein freundschaftliches Verhältnis zu Insertion und Werbung herzustellen. Im Gegenteil, unter Redakteuren besteht vielfach die Auffassung, daß die Anzeigen den ohnehin knappen Raum für die Artikel noch weiter beschneiden. Dabei ist nichts unrichtiger als diese Ansicht. Tatsächlich sind es erst die Anzeigen, die den Raum für die Journalisten schaffen. Je mehr Werbung eine Zeitung oder Zeitschrift veröffentlicht, desto mehr Platz kann sie den Journalisten zur Verfügung stellen.

So sehr solche Zusammenhänge vor allem von den Verlagskaufleuten immer wieder vorgetragen werden – sie haben nichts daran ändern können, daß die Journalisten großen Abstand von der Werbung halten; sie sind nicht bereit, irgendeinen Verwandtschaftsgrad zu akzeptieren, äußerstenfalls einen illegitimen. Von dieser Ansicht sind sie auch nicht dadurch abzubringen, daß der Anzeigenteil oft mehr und wichtigere Informationen enthält als der redaktionelle. Ganz besonders auffällig ist das bei den elektronischen Medien, in denen ein 30-Sekunden-Werbespot oft interessanter ist als manche 30minütige Magazin-Sendung.

Dabei ist das auffällige Unverhältnis zwischen Publizistik und Werbung ganz und gar unbegründet und eigentlich ein Mißverständnis. Ganz wesentlich hat es seine Ursache darin, daß sich Journalisten, selbst Wirtschaftsjournalisten, viel zuwenig mit der Werbung beschäftigen. Ihre Wirkungsmechanismen bleiben ihnen unverständlich, unheimlich; sie werden deswegen unnötig dämonisiert. Viel zu solchem Unverständnis trug das Bundeskartellamt bei, das Mitte der sechziger Jahre in einem Jahresbericht einmal zwischen informativer (sprich: guter) und suggestiver (sprich: böser) Werbung unterschied. Zwar hat das Berliner Amt diese ebenso törichte wie überflüssige Unterscheidung nie wiederholt. Aber bis heute geistert sie weiter durch die Diskussionen.

Allgegenwärtig und oftmals verteufelt

Dabei haftet der Werbung überhaupt nichts Dämonisches an. Sie ist nichts anderes als ein Instrument der Wettbewerbswirtschaft. Um ihren Zweck zu erfüllen, muß sie sich an die Teilnehmer dieser Wettbewerbswirtschaft wenden, das heißt an alle. Sie verschont auch den privaten Bereich nicht. Es gibt praktisch keine Ware, keine Dienstleistung mehr, für die nicht geworben würde. Werbung ist deswegen sozusagen allgegenwärtig. Sie ist das umfassende Kommunikationsmittel der modernen Konsumgesellschaft.

Vielen freilich erscheint gerade dies als besonderes Ärgernis. Selbst sonst ganz helle Köpfe neigen dazu, die Werbung zu verteufeln, sie als Instrument übermächtiger Wirtschaftsunternehmen zu denunzieren, mit dessen Hilfe wehrlose Verbraucher genötigt werden, ihr sauer verdientes Geld für Dinge auszugeben, die sie an sich gar nicht benötigen. Und seit sich die Ideologen des Themas angenommen haben, ist es eine offenbar zeitlose Mode geworden, der Werbung Manipulation vorzuwerfen und ihre Abschaffung, zumindest aber ihre nachhaltige Einschränkung zu fordern.

Dieser Sorte von Kritikern freilich – die sich übrigens für ihre Auslassungen der ideologisierten Form der Werbung, der Propaganda, gern bedienen und dabei in einer Weise Unwahrheiten verkünden, die jedes Wirtschaftsunternehmen vor den Kadi bringen würde –, diesen Kritikern geht es überhaupt nicht um den Schutz argloser Konsumenten, sondern eher um die Beseitigung der Marktwirtschaft, für deren Erfolg und Wirksamkeit die Werbung so ein beredtes Beispiel bietet.

Vielleicht geht es ihnen auch um die Beseitigung einer freien und unabhängigen Presse, deren Existenz so eindeutig von der Werbung abhängt. Diesen Zusammenhang zu erkennen, haben die Journalisten sich bisher nicht immer ausreichend Mühe gegeben. Viel zu oft lassen sie sich ablenken durch Kritik an zahlreichen Erscheinungsformen der Werbung, die fast immer Geschmacksurteil ist und insoweit auch fast immer zutreffend. Nur darf solche Nebensache nicht mit der Hauptsache verwechselt werden.

Die gleichfalls immer wieder vorgetragene These, Werbung verteure die Güter, ist oft widerlegt worden. Werbung nämlich ermöglicht erst große Serien und damit niedrige Stückpreise. Solche Argumente indes beeindrucken die Kritiker zumeist nur wenig, weil sie durch Argumente eben überhaupt nicht zu beeindrucken sind. Richtig verstanden, erweist sich die Werbung denn auch keineswegs als Instrument der Verdummung, sondern als eines der Demokratisierung. Was in früheren Generationen nur einer kleinen Gruppe von Verbrauchern erschwinglich war, steht heute jedermann zur Verfügung. Werbung hat den Luxus sozusagen demokratisiert. Nur eine Mangelgesellschaft braucht keine Werbung. In ihr werden die knappen Güter ohne Wettbewerb und zumeist in schlechter Qualität zugeteilt.

Dies gilt auch für die Werbung eines Menschen und um ihn, etwa bei der Besetzung von Positionen oder bei der Suche nach einer geeigneten Position.

In der Offerte kann sich der Bewerber viel individueller vorstellen als über irgendein Amt. Er kann aus sich einen „Markenartikel" machen, indem er im Detail seine Fähigkeiten und seine Vorstellungen von seiner künftigen beruflichen Tätigkeit schildert.

Freiheit der Wahl, Freiheit der Presse

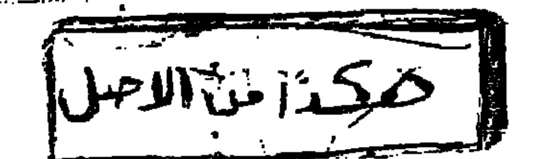
Auf dem gleichen Weg sucht der Arbeitgeber gezielt Mitarbeiter, die ganz bestimmten Anforderungen entsprechen sollen, um optimal eingesetzt werden zu können.

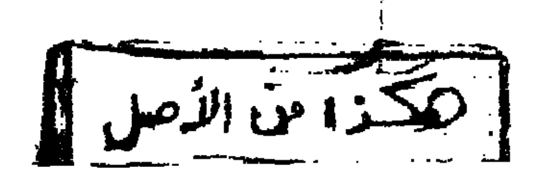
So betrachtet, erweist sich eine Gesellschaft ohne Werbung als eine Gesellschaft, in der es keine Freiheit der Wahl und auch keine freie Presse gibt. Wer an den unbestreitbaren Auswüchsen von Werbung Anstoß nimmt, sollte zwischen ihnen und der Werbung als untrennbarem Bestandteil marktwirtschaftlicher Ordnung genau unterscheiden. Unter diesem Gesichtspunkt sollten auch die Journalisten von Zeit zu Zeit über ihr Verhältnis zur Werbung neu nachdenken. Wenn denn schon Liebe nicht erzwungen werden kann, so sollte doch Achtung vor der Leistung der Werbung, für das, was sie für die Journalisten und ihre Entfaltungsmöglichkeiten tut, den unvermeidlichen Umgang bestimmen.

Gerd Brüggemann (53) ist Leiter des Wirtschafts-Ressorts der WELT.



Dies war die erste ganzseitige Anzeige in der WELT. Sie erschien am 7. Mai 1949. Die Bedeutung eines solchen Inserats in der Nachkriegspresse wird besonders sinnfällig, wenn man weiß, daß es die erste ganzseitige Markenartikelanzeige in der deutschen Presse nach dem Kriege überhaupt war und daß sie Millionen deutscher Hausfrauen vielleicht mehr sagte als mancher redaktionelle Artikel. Denn: Diese Anzeige zeigte damals eine Rarität – ein Stück Kernseife!





Wie die Wirtschaft Flagge zeigt

Von VOLKER NICKEL

Bundesrepublik Deutschland, du hast es besser! In keinem Land der Erde gibt es eine derart vielfältige Medienlandschaft. 349 Publikumszeitschriften erscheinen hier neben rund 3000 Titeln an Fachzeitschriften. Täglich werden 24,9 Millionen Exemplare Tageszeitungen von 396 Titeln verkauft. Daneben ringen öffentlich-rechtliche Fernseh- und Hörfunksender und nun auch private TV-Veranstalter um Aug', Ohr, Verstand und Herz der Bürger.

Und die Werbung ist immer dabei. Vor dem Hintergrund der medienpolitischen Debatte hierzulande ist nun häufiger zu hören, daß die Gebühreneinnahmen aus den Werbeeinschaltungen der Firmen in den Medien in erheblichem Umfang zu deren Finanzierung beitragen. Richtig! Abonnementzeitungen sind im Durchschnitt zu gut zwei Dritteln auf Anzeigenumsätze angewiesen, ausschließliche Straßenverkaufszeitungen sowie Zeitschriften etwa zur Hälfte. Und die Einnahmen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bestehen zu knapp einem Drittel aus kassierten Gebühren für Werbespot-Einblendungen der Wirtschaft. Beispiel ZDF: Im Jahr 1984 nahm der Sender 837 Millionen Mark aus Gebühren der TV-Teilnehmer und rund 540 Millionen Mark aus der Werbung der Wirtschaft ein – das sind knapp 40 Prozent. Doch um diese Einnahmen zu erreichen, brauchte der Sender nur 2,5 Prozent seiner gesamten Sendezeit in diesem Jahr aufzuwenden.

Ohne die Werbung der Wirtschaft, das steht außer Frage, sähe es schlecht um die Medienfreiheit in unserem Lande aus. Denn fehlte das Werbegeld in den Kassen der Verlage oder Sender (1985 rund 15,5 Milliarden Mark), stürbe die Medienvielfalt ab – und damit auch die Meinungsvielfalt. Werbung ist somit bereits die Hälfte der Pressefreiheit.

Aber nicht nur. Denn wer zum Beispiel für Marmelade wirbt, tut dies nicht, um den wichtigsten Teil des bundesdeutschen Kommunikationssystems zu stützen, sondern um sein Produkt an den Mann und die Frau zu bringen. Wer aber seine Waren auch mit Hilfe von Werbung anpreist, „unternimmt" damit etwas, um sein Unternehmen zu erhalten: die Arbeitsplätze, die Steuerzahlungen, die Investitionen. Dürfte die Wirtschaft nicht mehr in den Märkten mit Hilfe zum Beispiel von Anzeigen die Werbeflagge hochhalten, fehlte auch der Ansporn zur Qualitätssteigerung der Produkte. Denn wo keine Werbung, da kein Wettbewerb.

Hier aber wird der Zusammenhang sichtbar: In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Werbeausgaben der Wirtschaft in den Medien auf heute 15,5 Milliarden Mark verdoppelt; gestiegen ist in diesem Zeitraum aber auch die statistisch erfaßbare Anzahl der beworbenen Markenartikel in diesem Zeitraum von erst 23 000 auf heute 38 000. Dem Verbraucher kann gar nichts besseres passieren als Werbung: Er erfährt aus der Anzeige nicht nur wo, in welcher Beschaffenheit und zu welchem Preis er eine Ware erhält, sondern der Wettbewerb vor allem durch Werbung garantiert ihm auch, daß Angebotsvielfalt und Qualität steigen – bei vernünftigen Preisen. Der Blick in die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik beweist das ausdrucksstark.



Volker Nickel (43), gelernter Journalist, ist Leiter der Abteilung Kommunikation des ZAW (Zentralausschuß der Werbewirtschaft). Er ist Sprecher der Organisation von 43 Verbänden aller Werbungsbereiche und des Deutschen Werberates.

Werbung erweist sich demnach als die eine Hälfte des Verbraucherschutzes, die andere besteht aus dem schärfsten Werberecht der Welt mit über 20 Spezialgesetzen und Verordnungen sowie freiwilliger Selbstdisziplin durch den Deutschen Werberat in Bonn, der Beschwerdeinstanz für jedermann über Wirtschaftswerbung.

Vor allem aber die Anzeige in Tageszeitungen zeigt ungebrochene Attraktivität beim Verbraucher. Das drückt sich nicht nur darin aus, daß diese Mediengattung rund 40 Prozent der Werbeeinnahmen auf sich vereinigt (an zweiter Stelle: Publikumszeitschriften mit 18 Prozent, dann Werbung per Post mit zwölf Prozent und TV-Werbung mit neun Prozent). Die Tageszeitung ist offensichtlich das beliebteste Medium bei den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland. *Auf Hörfunk und Fernsehen können sie eher verzichten.*

Dies ist das Ergebnis einer vom Meinungsforschungsinstitut Emnid durchgeführten Untersuchung. Emnid stellte rund 1000 Bürgern erstmals die Frage: „Was meinen Sie, wie schwer würde es Ihnen fallen, eine Woche lang keine Fernsehsendungen zu sehen, keine Radiosendungen zu hören oder keine Tageszeitungen zu lesen?"

Die Befragten konnten auf einer Skala von 1 bis 6 ihre Präferenzen angeben. Dabei bedeutete 1: „fällt überhaupt nicht schwer" – 6 dagegen: „sehr schwer". Die Tageszeitung erreichte mit einer Durchschnittsnote von 4,0 den besten Wert.

Und das ist kein Wunder. Denn neben der breiten redaktionellen Tagesleistung offeriert kein anderes Medium ein derart vielfältiges Anzeigenangebot wie die Tageszeitungen. Da werben Konsumwarenhersteller wie Investitionsgüterproduzenten, lokale und regionale Händler empfehlen sich, Immobilien – privat wie kommerziell – werden ebenso feilgeboten wie Wohnungen. Autos, Veranstaltungen, Kur- oder Reiseorte – nicht zu vergessen die Anzeigen der Unternehmen, die mögliche neue Mitarbeiter umwerben.

Und der Bürger selbst wirbt um Mitgefühl in Freud und Leid: Die Familienanzeigen sind herausragender Ausdruck menschlichen Zusammenlebens. Da erweist sich das Spektrum der Anzeigen in Zeitungen nicht nur als die Hälfte der Pressefreiheit und des Verbraucherschutzes, sondern auch als dieses: konkrete Lebenshilfe.

Pecunia olet, MCMLXI

Von KURT STEVES

Wegen des Verdachts der Bestechlichkeit wurde Ministerialdirektor Dr. Otto Stalmann am 15. April 1961, einem Samstag, daheim auf dem Sofa mit einem Haftbefehl konfrontiert. In der Haftanstalt Bochum wurde dem Untersuchungshäftling Anstaltskleidung verpaßt; sieben Tage war er mit Kriminellen eingesperrt, dann wurde er ebenso plötzlich wieder entlassen. Bonn hatte seinen Fall Stalmann, der vor 25 Jahren weithin Aufsehen erregte.

Meine 17 Jahre als Wirtschaftspolitiker für die WELT in Bonn bis 1975 waren reich an Ereignissen und Begebenheiten. Doch kein Kanzlerwechsel – von Adenauer zu Erhard, zu Kiesinger, zu Brandt, zu Schmidt – und kein Ministerwechsel oder demonstrativer Rücktritt (Alex Möller, Karl Schiller) oder einschneidende Ereignisse wie die erste Aufwertung der D-Mark um fünf Prozent am 4. März 1961 waren für mich als Herausforderungen dem Fall Stalmann ähnlich.

Otto Stalmann war ein in Ehren ergrauter Beamter, zuständig für den Außenhandel mit Agrarprodukten und Ernährungsgütern und für EG-Agrarpolitik, ein spannungs- und rivalitätsträchtiges Feld. An sich war Stalmann ein Verbündeter der weltoffenen Niederländer. Zuweilen aber zeigte er sich auch als ein recht unbequemer Gegner im zähen Ringen um EG-Agrarregelungen.

In einer solchen Phase spannen Niederländer eine Intrige gegen Stalmann.

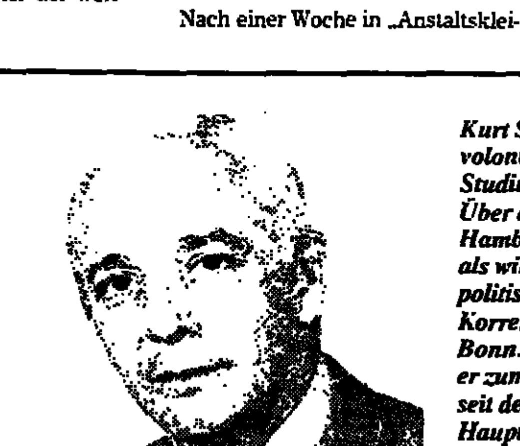
Ein Vertreter der niederländischen Agrarabsatzorganisation verfügte über „Bewegungsgelder": in seinem Verwendungsnachweis gab er den Namen des deutschen Ministerialdirektors an. Der niederländische Agrarminister übermittelte dem Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt eine Notiz über diese Behauptungen.

Der Staatssekretär war auf dem Sprung nach Rom an den Heiligen Stuhl; er reichte die Notiz weiter, nicht etwa an den für Stalmann zuständigen Bundesminister Werner Schwarz, sondern an Adenauers Staatssekretär Hans Globke. Dieser schickte sie „zur Erledigung" an den NRW-Justizminister Flehinghaus (CDU). Auf dessen Weisung – „im Benehmen mit Düsseldorf" – wurde die Bonner Staatsanwaltschaft nach bekanntem Muster tätig: zuerst einmal in Untersuchungshaft.

Nach einer Woche in „Anstaltskleidung" kehrte der Beamte nach Bonn zurück, und wenige Tage später saß er auch wieder an seinem Schreibtisch im Ministerium. Sein Minister, seine Kollegen, seine Freunde hatten keinen Moment einen Zweifel an der persönlichen Integrität dieses Staatsdieners.

Am 2. Januar 1962 veröffentlichte die WELT meinen Kommentar „Ehrenerklärung". Der niederländische Minister bedauerte. Stalmann und seiner Familie mit der vertraulichen Weitergabe unkontrollierter Beschuldigungen Kummer und Schaden bereitet zu haben …

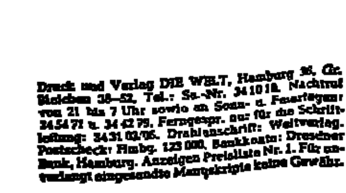
Acht Monate stand der Beamte unter der falschen Anschuldigung der Bestechlichkeit. Der Fall Stalmann war nicht die erste krasse Fehlleistung der Bonner Staatsanwaltschaft in Verfahren wg. Bestechlichkeit. Aus dem früheren Fall eines Beamten, der jahrelang um seine öffentliche Rehabilitierung kämpfen mußte, hatte sie offenbar nichts gelernt.

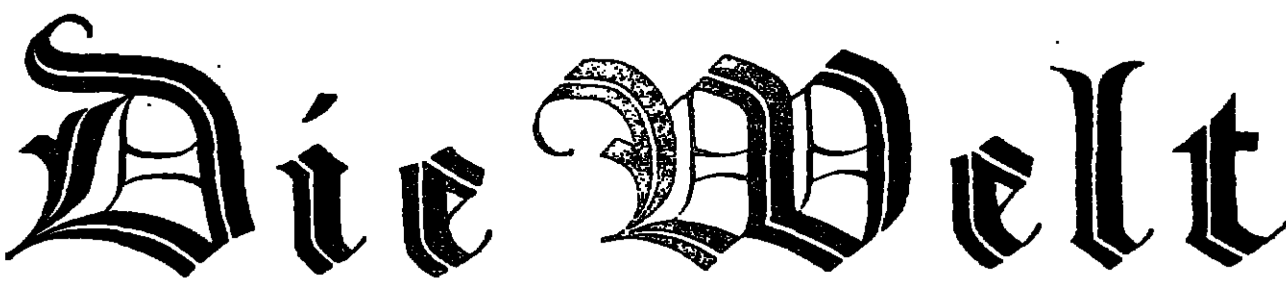


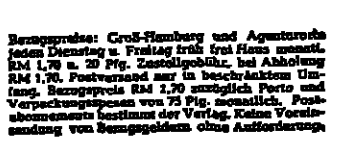
Kurt Steves (55) volontierte nach dem Studium in Berlin. Über die WELT in Hamburg ging er als wirtschaftspolitischer Korrespondent nach Bonn. 1975 wechselte er zum BDI, wo er seit dem 1. April 1986 Hauptgeschäftsführer ist.

Minister, Staatssekretäre und ein EG-Kommissar, die wie Bonner Staatsanwälte im Fall Stalmann keine gute Figur machten, werden froh gewesen sein, daß es damals in Justizkreisen in Nordrhein-Westfalen glücklicherweise noch nicht üblich war, Gelegenheit zum Publizieren von Ermittlungsakten zu bieten.

Otto Stalmann erhielt Ehrenerklärungen, seine Anwaltskosten wurden aus Adenauers „Titel 300" bezahlt. Konsequenzen wegen falscher Anschuldigungen oder der unkontrollierten Weitergabe? Keine!







Überparteiliche Zeitung für die gesamte britische Zone · Veröffentlicht unter Zulassung durch die britischen Behörden

Nr. 1 1. Jahrgang Dienstag, 2. April 1946 Preis 20 Pf.

Neue Wirtschaft

Das Dunkel, das über der deutschen Wirtschaft liegt, ist von einem Blitz erhellt worden: vom Industrieplan des alliierten Kontrollrates. Der Plan geht davon aus, daß Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt werden soll. Die praktische Anwendung dieses Grundsatzes berechtigt zu der Hoffnung, daß die gegenwärtige lähmende Phase rein örtlicher Wirtschaftstätigkeit zugunsten einer Erneuerung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands überwunden werden wird. Die vier Zonen in Deutschland stehen bisher in der Gefahr, sich auseinander zu entwickeln. Die Einigung im alliierten Kontrollrat läßt jedoch den Willen erkennen, eine einheitliche Wirtschaftspolitik zu treiben.

Dem Inhalt nach ist der Plan ernst, todernst. Er erhebt den Anspruch, das gesamte zukünftige Wirtschaftsleben Deutschlands zu gestalten. Deutschland ist noch nicht aufgefordert, verbindlich zu diesem Plan Stellung zu nehmen. Eine deutsche Regierung, die hierzu ermächtigt wäre, gibt es nicht. Es ist auch vorläufig unmöglich, zu den sachlichen Fragen im einzelnen Stellung zu nehmen. Diese Diskussion muß der Zukunft vorbehalten bleiben. Bevor wir ein Urteil über den Plan abgeben, sollten wir uns selbst zunächst in Erinnerung rufen, daß der Nationalsozialismus eine Rüstungsindustrie und eine Kriegsmaschine aufgebaut hatte. Die radikale Einschränkung des Industriepotentials ist die furchtbare Folge dieser falschen Verlagerung unserer Wirtschaftskraft.

Neben der richtigen Erkenntnis dieses Sachverhaltes muß aber ausgesprochen werden, daß der neue Industrieplan Deutschland zur dauernden Verelendung und zur Massenerwerbslosigkeit verurteilt. Der Plan greift in alle Bereiche des öffentlichen Lebens ein. Er gestaltet vom wirtschaftlichen Schicksal her das politische. Die wichtigste Frage, die Deutschland heute stellen muß, ist die: Sollen in Deutschland die Voraussetzungen einer lebendigen und gesunden Demokratie geschaffen werden, oder soll es einem verzweifelten wirtschaftlichen Schicksal überlassen bleiben, das den fruchtbaren Boden für jedes politische Experiment bietet?

Der Plan geht von einer Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung in Höhe von 66,5 Millionen aus. Nach deutschen Schätzungen wird aber die Gesamtzahl der Bevölkerung nach der Ausweisung der Auslandsdeutschen 70 bis 75 Millionen betragen. Es wird ferner vorausgesetzt, daß Exporte aus Deutschland von den internationalen Märkten aufgenommen werden sollen. Die hochwertige und lohnintensive Exportindustrie wird aber nicht nur auf 55 v.H., sondern auf 35 v.H. des Standes von 1938 reduziert. Diese Industrie kann nur für den inneren Bedarf arbeiten. Dem Export stehen nur Kohlen, Textilien, pharmazeutische und optische Produkte, Papier, einfache Elektroartikel und andere Erzeugnisse der leichten Industrie zur Verfügung. Das Schwergewicht des Exports liegt bei der Kohle, die nach dem Wert von 1936 einen Exporterlös von 900 Millionen RM bringen würde. In welche Länder sollen die anderen Fabrikate im Werte von 2,1 Milliarden RM verkauft werden?

Deutschland exportierte im Jahre 1936 nach:

	Mill. RM
Großbritannien	405,8
Niederlande	395,5
Frankreich	254,5
Italien	240,6
Schweden	230,4
Schweiz	225,5

Es erscheint ausgeschlossen, daß Deutschland mit einer quantitativ auf die Hälfte gesunkenen Industriekapazität und mit einer schwerwiegenden Qualitätsverschlechterung diese Exporte wieder aufnehmen kann.

Ein britischer Sprecher der Militärregierung in Berlin erklärte, daß der Plan eine Verminderung des deutschen Lebensstandards gegenüber den normalen Friedensverhältnissen um 30 % bedeute und daß Deutschland sich ab 1949 etwa auf dem Lebensstandard von 1932 befinden würde. Das ist ein zuverlässiger Begriff: der Lebensstandard von 1932. Das demokratische Deutschland hatte damals sieben Millionen Erwerbslose und es brach unter dem Hunger zusammen. Heute liegen die Dinge anders. Das zerstörte Europa ist eine Mahnung, und wir sind bereit, uns auf das Äußerste einzuschränken. Der Lebensstandard von 1932 ist eine Diskussionsgrundlage. Gehen wir von dieser Wirklichkeit aus und unternehmen wir alle Anstrengungen, um die Produktion in Gang zu setzen, bis das Planniveau erreicht ist. Die erlaubte Produktionsquote für Stahl beträgt 5,8 Millionen Tonnen; im letzten Monat sind nur 167 000 Tonnen hergestellt worden. Es kommt jetzt erst darauf an, das Nächstliegende zu tun und alles an ein Wiederaufleben der Wirtschaft zu setzen. Ist die Produktion bis zu den Planzahlen vorangeschritten, so kann in die Prüfung der Frage eingetreten werden, ob der Lebensstandard von 1932 erreicht ist. Die britische Regierung hat von sich aus die Ansicht geäußert, daß die Lage Deutschlands in bestimmten Zeitabschnitten überprüft werden solle. Wenn diese Prüfungen in einem konstruktiven und europäischen Geist erfolgen, wird sich hoffentlich eine Entwicklung anbahnen, die den jetzt veröffentlichten Industrieplan nur als ein erstes, nicht als ein endgültiges Wort erscheinen läßt. Im Leben der Völker kommt es immer nur auf die tatsächlichen Verhältnisse an. Wenn in den kommenden Jahren der reale Lebensstandard von 1932 nicht erreicht wird, so sollte die Wirklichkeit den Plan verändern, nicht aber eine Konstruktion die Wirklichkeit bestimmen.

Einzelheiten zum Industrieplan

„Die Welt" fragt den Kontrollrat

„Die Welt" hat zu den Einzelheiten des Industrieplanes einige Anfragen an einen verantwortlichen britischen Offizier des Kontrollrates in Berlin gerichtet. Die Fragen behandeln die Themen: Stufenweiser Aufbau der Wirtschaft — Rohstoffe und industrielle Ausrüstung — Internationale Kredite — Arbeitslosigkeit — Bevölkerungszahl in Deutschland

Frage:

Sind für den Wiederaufbau zwischen heute und 1949 bestimmte Entwicklungsstufen geplant?

Antwort:

Die endgültige Zustimmung zu dem Plan macht eine auf das Niveau von 1949 abgestimmte stufenweise Planung möglich. Hier liegt eine Aufgabe, die jetzt unter der Leitung der alliierten Kontrollbehörden in Angriff genommen wird. Die Schnelligkeit des Wiederaufbaues wird zu einem großen Teil von den sachverständigen deutschen Teilplanungen abhängen, die unter alliierter Kontrolle durchgeführt werden.

Frage:

Ist irgendwelche Hilfe von England oder den USA in bezug auf Rohstoffe und industrielle Ausrüstung vorgesehen?

Antwort:

Es wird Deutschland freistehen, seine wesentlichen Einfuhren vom offenen Weltmarkt zu beziehen. Der Plan sieht vor, daß genügend industrielle Ausrüstung in Deutschland belassen wird, um die lebenswichtigen Einfuhren mit Exporten zu bezahlen. Der Plan beruht auf dem Grundsatz, daß nach erfolgter Bezahlung der Reparationen für Deutschland „ausreichende Hilfsquellen verbleiben, um sich selbst ohne äußere Hilfe zu erhalten".

Frage:

Wird Deutschland internationale Kredite erhalten?

Antwort:

Die lebenswichtigen Einfuhren, die den festgelegten Lebensstandard in Deutschland ermöglichen, werden von den Besatzungsmächten auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse finanziert. Man hofft, die deutsche Ausfuhr in absehbarer Zeit zu erhöhen, um die finanziellen Aufwendungen der Besatzungsmächte zu verringern. Es kann nicht damit gerechnet werden, daß Deutschland in den nächsten Jahren in der Lage sein wird, Auslandskredite aufzunehmen, wie es in den Jahren 1925—1933 der Fall war.

Frage:

Besteht irgendein Plan bezüglich der zu erwartenden Arbeitslosigkeit?

Antwort:

Es ist ein Grundgedanke des Plans, die Entwicklung der Landwirtschaft und friedlicher Industrien, wie der Bauindustrie, des Handwerks usw. zu fördern. Von diesen Industriezweigen sollen daher keine Reparationsleistungen gefordert werden. Ebenso wird der Aufbau von Hilfsindustrien geplant, denen ein Höchstmaß an Unterstützung gegeben werden soll.

Frage:

Die deutsche Bevölkerungszahl wird mit 66,5 Millionen angenommen. Man muß jedoch mit 75 Millionen rechnen. Wie kam diese Zahl zustande?

Antwort:

Eine Bevölkerungszahl von 66,5 Millionen wurde als Planziel angenommen, und diese Zahl ist eine der Grundtatsachen, von denen der Plan ausgeht. Die Zahl wurde auf der Grundlage der gegenwärtig vorhandenen Informationsmöglichkeiten gewonnen. Der Industrieplan wurde von allen Delegationen unter der besonderen Voraussetzung angenommen, daß „der Plan einer Revision unterzogen werden solle, falls grundsätzliche Voraussetzungen eine Änderung erfahren würden."

Englands Presse zum Industrieplan

London, 1. April

Die Erklärung der Besatzungsmächte über den Umfang der deutschen Nachkriegswirtschaft trifft in der englischen Presse auf weit voneinander abweichende Äußerungen. Die „Times" und mit ihr das „Daily Herald" der Labour Party sehen in dem alliierten Plan einen Schritt nach vorn. So schreibt die „Times", daß der Plan einen Kompromiß zwischen den Ansichten und Zielsetzungen der Besatzungsmächte darstellt, die in vielen Punkten miteinander unvereinbar sind. Im besonderen sei auch der französischen Regierung, die nicht auf der Potsdamer Konferenz vertreten war, die Möglichkeit gegeben, ihre Ansicht geltend zu machen.

In stärkstem Widerspruch zu diesen Äußerungen steht eine überaus scharfe Kritik des liberalen „Manchester Guardian". Der Plan sei undurchführbar. Die englische Regierung müsse einen Weg finden, den Plan zurückzuweisen, der zu einer Verewigung der Arbeitslosigkeit für Millionen und zu einer *dauernden Verarmung Europas führe.*

Der Plan ist schlecht, erklärt der „Manchester Guardian" weiter, weil Europa darunter zu leiden hat.

Noch stärker auf die Fernwirkungen des alliierten Planes konzentriert sich der *„Observer". Er schreibt, die Verfasser* des Planes bewegten sich anscheinend in den Gedankengängen von 1943 und 1944. Die Lage ziehe schwere politische Konsequenzen nach sich. England sollte daher als Nahziel den sofortigen Aufbau eines demokratischen Staatswesens in Westdeutschland in Angriff nehmen.

UNO wartet auf Rußlands Antwort

Neuyork, 1. April

In den Delegationen für die Tagung des Weltsicherheitsrates in Neuyork herrscht, wie die Korrespondenten der englischen und amerikanischen Zeitungen feststellen, „nur sehr mäßiger Optimismus". Man fragt sich, ob noch bis morgen die Antworten Rußlands und Persiens vorliegen. Die wichtigste Frage, die auf Beschluß des Weltsicherheitsrats in Teheran und Moskau vorgelegt wurde, lautet: Ist der angekündigte Rückzug der russischen Truppen von dem Abschluß eines Abkommens abhängig oder nicht?

Sollte von der sowjetischen Regierung keine Antwort eingehen, so wird in gut informierten Kreisen angenommen, daß die britischen und amerikanischen Delegierten auf eine Entscheidung des Rats drängen, die Zurückhaltung der russischen Truppen in Persien und die sowjetische Einmischung in die inneren Fragen dieses Landes zu verurteilen.

Die Anfrage an Teheran und Moskau war das Ergebnis der Freitagsitzung. Sie fand ohne Gromyko statt. Bis zu einem gewissen Grade machte sich der Vertreter Polens, Lange, zum Anwalt der russischen Auffassung. Er fragte den persischen Botschafter Hussein Ala, ob er amtliche Nachrichten über den Rückzug der russischen Truppen aus Persien erhalten habe. Hussein Ala antwortete: „Ich habe keine amtlichen oder anderen Informationen, daß sowjetische Truppen die Grenze nach Rußland überschritten haben. Ich zweifle nicht, daß russische Truppen von gewissen Orten in Persien nach anderen Orten Persiens gebracht worden sind."

Die Frage des ägyptischen Vertreters, ob die persische Verfassung dem Premierminister Ghavam es Sultaneh verbiete, Abkommen mit anderen Mächten zu treffen, solange fremde Truppen auf persischem Boden seien, bejahte Hussein Ala. Darauf fuhr der polnische Vertreter mit der Frage dazwischen, weshalb Ghavam es Sultaneh überhaupt nach Moskau gefolgt sei. „War es nur, um an Wodka-Gesellschaften teilzunehmen?" Das brach den Ernst, in dem die Verhandlungen bis dahin geführt worden waren. Hussein Ala antwortete mit leichter Ironie: „Es ist kein Zweifel, daß der Premierminister großartige Gastfreundschaft genoß und viel Wodka vorgesetzt bekam, aber er blieb fest in seiner Auffassung, daß Verhandlungen ohne Abmarsch der Truppen zu nichts führen könnten."

Der englische Delegierte Sir Alexander Cadogan erklärte: „Ich denke, es ist wesentlich, Klarheit über den Punkt zu bekommen, ob der Rückzug der russischen Truppen von Abmachungen zwischen den beiden Regierungen über andere Gegenstände abhängig ist." Byrnes unterstützte diese Frage. Schließlich wurde beschlossen, in Moskau und Teheran bis Mittwoch um Aufklärung zu ersuchen, ob Verhandlungen im Gange seien und ob der Rückzug der russischen Truppen bedingungslos sei.

Auf Persiens Seite steht offensichtlich der Wunsch, alles zu vermeiden, was eine Verständigung mit Rußland verbauen könnte. Der rußlandfreundliche Hamid Sayah ist zur Unterstützung des erkrankten persischen Gesandten nach Moskau geschickt worden. Der persische Regierungssprecher Prinz Firuz billigte nicht vollständig die Erklärungen Hussein Alas vor dem Sicherheitsrat. Er sagte, er habe sich durch patriotische Gefühle zu Übertreibungen verleiten lassen.

Der britische Außenminister Bevin hat Byrnes mitgeteilt, er sei bereit, nach Neuyork zu fliegen, wenn es die politische Situation erfordere. Interessant ist ein Artikel des Londoner „Daily Herald", der sagt, die persische Frage werde stark vom Öl bestimmt. Internationale Streitigkeiten würden so lange bestehen, als es den Wettbewerb um Ölquellen und andere Rohstofflager gebe. Deshalb sei es wichtig, internationale Abmachungen über Rohstoffe anzustreben.

In einem ersten Kommentar über die Verhandlungen des Weltsicherheitsrates bemerkt „Prawda", die Erörterung der russisch-persischen Frage sei absolut un*nötig gewesen und künstlich zu einem* Stein des Anstoßes gemacht worden. Die „Prawda" findet es eigenartig, daß einige Mitglieder des Sicherheitsrates einen weniger versöhnlichen Standpunkt einnahmen als der persische Ministerpräsident, der ein Aufschieben der persischen Frage für möglich gehalten habe.

Das Wesen der CDU

J. N. Essen, 1. April

Bei einer Großkundgebung auf dem Burgplatz in Essen sprach am Sonntagnachmittag der erste Vorsitzende der CDU, Jakob Kaiser, Berlin, vor mehreren Tausend Essener Männer und Frauen. Einleitend begründete Bürgermeister Dr. Heinemann die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Christen in der Union, indem er auf die Verantwortlichkeit eines jeden für die politische Gestaltung unserer Zeit hinwies. Einigung der Konfessionen und der Stände zu einem großen politischen *Machtfaktor, zu einer alle christlich* Denkenden umfassenden Volkspartei war auch der Kern der Rede Jakob Kaisers, der zum letzten Male vor 13 Jahren auf dem gleichen Burgplatz in Essen in einer großen Kundgebung zu der Bevölkerung des Ruhrgebietes gesprochen hatte. Er *forderte den Neuaufbau und die Um*gruppierung des politischen Lebens auf den Grundlagen des Christentums und des christlichen Sozialismus. Das Wesen der Union liege in der einigenden Zusammenfassung beider Konfessionen; sie *wolle einen ehrlichen deutschen Religions*friede herbeiführen, damit der Weg frei werde für eine schöpferische Politik des Volkes. Nur eine Zentralregierung biete die Möglichkeit auf breitester Basis am Wiederaufbau Deutschlands zu arbeiten. Das Ruhrgebiet *aber mit seiner tapferen Bevölkerung* und als Herz der deutschen Wirtschaft dürfe auf keinen Fall vom Reich getrennt werden. Jakob Kaiser schloß mit einem Appell an die Welt, indem er um Vertrauen in das neue demokratisch-christliche Deutschland bat.

Wahlsieg der griechischen Monarchisten

Rücktritt des Premierministers Sophoulis

Athen, 1. April

Die Wahlen in Griechenland, die zum erstenmal seit zehn Jahren stattfanden, haben der monarchistischen Volkspartei *einen starken Erfolg* gebracht. *Sie liegt* mit 155 487 Stimmen an der Spitze. Ihr folgen der Nationale Block mit 67 578 und die Liberalen mit 49 790 Stimmen. Von den Mitgliedern der griechischen Regierung wurden nur der Ministerpräsident Sophoulis, der Justizminister Mavros, der Wiederaufbauminister Kaasathakis und der Generalgouverneur von Kreta Coulouthakis gewählt.

Man glaubt, daß die monarchistische Volkspartei mit 175 von den 365 Sitzen des Parlaments rechnen kann. Sophoulis, der der liberalen Partei angehört, stellte, nachdem der Erfolg der Volkspartei bekanntgeworden war, sein Amt dem Regenten Damaskinos zur Verfügung. Dieser bat ihn, vorläufig die Geschäfte weiterzuführen. Der Leiter der monarchistischen *Volkspartei Tsaldaris erklärte, er* sei bereit, eine andere Persönlichkeit als Ministerpräsident anzuerkennen, damit eine Koalitionsregierung auf möglichst breiter Grundlage gebildet werden könne. König Georg von Griechenland, der in London die Wahlergebnisse erwartete, lehnte jede Äußerung ab.

Die EAM, d. h. die Gruppe der kommunistisch gerichteten Linksparteien, nahm nicht an den Wahlen teil. Sie behauptete, die Wahllisten seien gefälscht. Die Gegenparteien erklärten, die EAM *wisse genau, daß sie geschlagen werde* und versuche deshalb, die Wahlen in Mißkredit zu bringen. Die EAM führte eine leidenschaftliche Propaganda, in der sie die Wähler aufforderte, nicht zu den Urnen zu gehen. Infolgedessen ist es wichtig, festzustellen wieviel Wähler sich der Stimme enthalten haben. Nach den letzten Angaben gaben ungefähr sechzig Prozent der registrierten Wähler ihre Stimme ab. Die Wahlbeteiligung war in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden. Auf den Peloponnes war sie sehr stark, in Saloniki mittelmäßig.

Die Wahlen fanden bei herrlichem Frühlingswetter statt. Als Wahllokale dienten teils Schulen, teils Kirchen. Nur Männer wählten. Über das Frauenwahl*recht soll sich erst das kommende Parla*ment aussprechen. Zu Zwischenfällen kam es *in* Litohorgn, südlich von Saloniki, wo Kommunisten die Polizeistation angriffen und niederbrannten. Der amtliche Bericht spricht von sechs Polizisten und vier Sergeanten der amerikanischen Armee, die ums Leben gekommen seien. Zwei Todesopfer forderten blutige Zusammenstöße zwischen Angehörigen der Rechts- und der Linksparteien in dem Dorf Melligala, in der Nähe des Hafens Kalamata. An diesem Zwischenfall war der von den Behörden gesuchte Leiter der Rechtsradikalen, Mandanas, beteiligt, der mit 25 Mann erschien und die Leichen seiner zwei gefallenen Gesinnungsgenossen fortführte, ohne daß die Polizei seiner habhaft werden konnte.

Sprecher der linksgerichteten EAM suchen die Rechtlichkeit der Wahlen anzuzweifeln; sie reden von Orgien des wilden Terrorismus und des Betrugs. In einem *Kommentar* zu den griechischen Wahlen erklärte Radio Moskau am Sonntagabend: „*Die Bemühungen der Reaktionäre waren* darauf gerichtet, die Wähler durch Anschwärzungen und Drohungen zur Teilnahme an der Wahl zu zwingen. Arbeiter und Angestellte der Regierung und privater Unternehmungen wurden mit Entlassung bedroht, falls sie die Wahl*beteiligung verweigern sollten.*" Unter diesen Umständen hätten die Wahlen unter Bedingungen stattgefunden, die nicht zum freien Willensausdruck des griechischen Volkes geführt hätten.

Starke Missionen Englands, der Vereinigten Staaten und Frankreichs waren über Griechenland verbreitet, um die Durchführung der Wahlen zu beobachten. Rußland hatte es abgelehnt, Beobachter zu entsenden. Der Bericht über die Wahlen wird erst am 10. April gleichzeitig in London, Washington, Paris und Athen veröffentlicht werden.

Keine geheimen Annexionen

Gouin über die Westzone



Paris, 1. April

Der französische Premierminister Gouin eröffnete gestern die Wahlkampagne mit einer Rede über die auswärtige Politik, in der er auch von den Ansprüchen Frankreichs am deutschen Westen sprach. *Er sagte: „Es muß verhindert werden, daß* die Welt sich in zwei Blöcke spaltet. Das ist eine Bedingung für Frankreichs Sicherheit. Diese Bedingung wird nur erlangt durch eine befriedigende Lösung des deutschen Problems. Brutale oder heimliche Annexion kann keine Lösung sein. Nur eine internationale Lösung ist eine restlose Klärung. Das Nazigift wird für eine lange Zeit noch im deutschen Körper kreisen. Es gibt nur ein Mittel, um es auszutreiben: Die interalliierte Besetzung Deutschlands muß so lange beibehalten werden, als es nötig ist, den Weltfrieden zu sichern. Wir sehen die Kontrolle und die Verwaltung der Saar, des Rheinlandes und der Ruhr nur vom internationalen Gesichtspunkt an. Das Land stimmt hierin überein. In Vereinbarung mit unseren *Alliierten müssen wir eine angemessene* Lösung finden, um zu verhindern, daß diese Bezirke wieder Basen des preußischen Militarismus werden."

Über die Außenpolitik sagte Gouin weiter: „Frankreich, das nur auf seine eigenen *Hilfsmittel gestellt ist, kann nicht allein für* seine Sicherheit verbürgen. Wir müssen enge Freundschaft und Zusammenarbeit mit unseren großen Alliierten pflegen. Das heißt, daß wir, nachdem wir den französisch-sowjetischen Pakt unterzeichnet haben, bestrebt sein müssen, einen **französisch-englischen Vertrag auf derselben *Vertrauensgrundlage ins Leben* zu rufen. Wenn aus diesem Zweierpakt ein Dreierpakt entsteht, wollen wir es nur willkommen heißen. Dies ist die Grundbasis der französischen Sicherheit."**

Gouin warnte, die Gefahr einer Inflation zu unterschätzen. Er stellte den französischen Arbeitern die sowjetischen Arbeiter als Vorbild hin und erinnerte daran, daß unaufhörliche Arbeit in den Sowjetrepubliken nötig war, um eine tadellose Industrie zu schaffen. „Frankreichs industrielle Ausrüstung war altertümlich", fuhr *Gouin fort, „wir benötigen* nun Maschinen und Werkzeuge für unsere Fabriken. Um diese zu beschaffen, ist der außerordentliche Gesandte Léon Blum nach Amerika gefahren, weil dies das einzige Land ist, von dem wir Rohmaterial und moderne Werkzeuge erhalten können. Wir werden noch viele Monate der Anstrengungen benötigen, bevor alle Risiken der Inflation beseitigt sein werden. Ich will noch weiter gehen und behaupten, *daß der gefährlichste Punkt* noch immer darin liegt, daß wir enorme *kurzfristige Schulden abzudecken haben."*

Manifest der Sozialisten

Auf dem Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs wurde einstimmig ein Manifest angenommen, das eine englisch-*französische Allianz fordert. Das Manifest* spricht sich gegen eine Loslösung der Rheinlande und des Ruhrgebiets vom Deutschen Reich, überhaupt gegen jede Annektion aus, es wünscht aber die Aufrechterhaltung der vier Besatzungszonen in Deutschland. Die Sozialisten fordern die internationale Besetzung Deutschlands, bis die Säuberung von Nationalsozialisten durchgeführt und die wirtschaftlichen Kräfte des Ruhrgebietes zugunsten der vom Krieg zerstörten Staaten durch die Internationalisierung des Ruhrgebiets *nutzbar gemacht seien. Für Frankreich* selbst beansprucht das Manifest die Ausnutzung der Kohlengruben des Saargebietes im Rahmen der Reparationsleistungen.

Frankreich nicht mehr gegen zentrale deutsche Verwaltungen?

Neuyork, 1. April

„New York Times" berichtet aus Washington, das Staatsdepartement hoffe, *daß Frankreich seine Weigerung,* zentralen Verwaltungen in Deutschland zuzustimmen, aufgeben werde, bevor ein alliiertes Abkommen über Rheinland und Ruhr erreicht sei. Diese Meinung habe das Staatsdepartement in einer Denkschrift an Präsident Truman ausgedrückt.

Europäische Ernährungskonferenz

Morgen wird in London eine europäische Ernährungskonferenz beginnen. Sie wird bis zum Sonnabend dauern. Der einzige außereuropäische Staat, der teilnehmen wird, sind die USA. Zu dieser Konferenz wird sich, wenigstens für die beiden letzten Tage, auch Herbert Hoover einfinden. Er bereist im Auftrag Trumans die notleidenden Gebiete Europas. Seine Reise führte ihn bis jetzt nach Paris, Rom, Genf, Prag und Warschau. Er wird auch Deutschland besuchen. In der Bekämpfung europäischer Hungersnöte ist er kein *Neuling. Mit 72 Millionen Tonnen Lebens*mittel, die er 1918 als Leiter des damaligen Wirtschafts- und Wiederaufbau-Ausschusses aufbrachte, trug er dazu bei, nach dem ersten Weltkrieg 300 Millionen Europäer vor dem Hungertod zu retten. *In Erinnerung* an diese Zeit vor 28 Jahren sagte er in Rom: „Ich bin ein alter Hausarzt, den man noch einmal zur Behandlung einer schrecklichen Krankheit gerufen hat."

Seine ersten Berichte über die Ernährung in Frankreich und Italien sind bereits nach Washington gekabelt worden. Er wies darauf hin, daß das amerikanische Volk durch erhöhte Hilfslieferungen die Not in diesen Ländern mildern könne. Der Normalverbraucher in Frankreich bekomme *täglich* etwa 1930 Kalorien, in *Italien etwa 1500. Vor der Abreise aus* Prag stellte er für die Tschechoslowakei fest, daß dort die Durchschnittszuteilung unter 2000 Kalorien liege. Die gegenwärtigen Rationen konnten aber nicht eingehalten werden, wenn nicht Getreide und Fett aus Übersee kamen.

Nach Hoovers Meinung sind die nächsten vier Monate die kritischste Periode für 500 Millionen Menschen, die in Gefahr sind, zu verhungern. Dabei sei die Jugend, von der die Zukunft der Zivilisation abhänge, besonders gefährdet. *Nach der nächsten Ernte* sei eine beträchtliche Besserung zu erwarten.

Im nächsten Winter noch schlimmer?

Diese Äußerung über die *Kurzfristigkeit* der Lebensmittelnot wurde auf der *UNRRA-Tagung in Atlantic City* als recht bedenklich erachtet. Der Generaldirektor der UNRRA, Lehmann, sagte: „Es liegt keine Berechtigung vor, die Planung auf einer anderen Grundlage vorzunehmen als der, daß die Lage im nächsten Winter unter Umständen noch schlimmer sein wird, als gegenwärtig."

Der frühere Oberbürgermeister von Neuyork Laguardia, der zum Nachfolger des wegen seiner angegriffenen Gesundheit ausscheidenden Generaldirektors Lehmann gewählt worden war, übernahm am Sonnabend sein Amt. Er erklärte: „Ich will Pflüge und keine Schreibmaschinen, schnelle Schiffe und keine Resolutionen, die erst nach längerer Zeit in die Tat umgesetzt werden. Ich werde alle meine Vollmachten geltend machen, um diese Grundsätze in meiner Organisation zu verwirklichen."

Verschiffungen aus USA

Schon vorher hatte er sich die Empfehlungen Lehmanns zu eigen gemacht, daß die Überschußgebiete die Rationierung der Lebensmittel wieder einführen sollten. Das amerikanische Landwirtschaftsministerium hat jetzt verfügt, daß der Verkauf von Korn zur Verfütterung wieder der Bewirtschaftung unterliegt. Außerdem sind 2 800 000 Lebensmittelpackungen, die für die Invasion Japans bereitgestellt worden waren, für den Verkauf nach Europa freigegeben worden. Jede dieser rund 14 Kilogramm wiegenden Packungen enthält etwa 40 000 Kalorien. Mit Frankreich, Norwegen und Polen sind bereits Abmachungen über die *Einfuhr* dieser Nahrungsmittel getroffen worden, während mit den Regierungen Italiens, Belgiens, Hollands, Griechenlands, der Tschechoslowakei und des Kontrollrats für Österreich noch verhandelt wird. Das Katholische Hilfskomitee in Amerika hat die ersten Ladungen der von ihr gesammelten Lebensmittel und Kleidungsstücke verschifft. *500* Tonnen Lebensmittel und 125 Tonnen Bekleidungsstücke sind bereits auf dem Wege von Antwerpen nach Salzburg. *Österreich wird damit das erste Land Europas sein,* dem ein Anteil der großen Sendungen des Katholischen Hilfskomitees in Amerika zugute kommt.

Bergarbeiterstreik in USA

Washington, 1. April

Trotz der Bemühungen der amerikanischen Regierung sind heute früh 400 000 Bergarbeiter in den Streik getreten. Der Generalstreik wird unter der Parole „Kein Kontrakt — keine Arbeit" von der Gewerkschaft der Kohlenarbeiter durchgeführt. Es ist dies der dritte Generalstreik der amerikanischen Bergleute in den vier letzten Jahren.

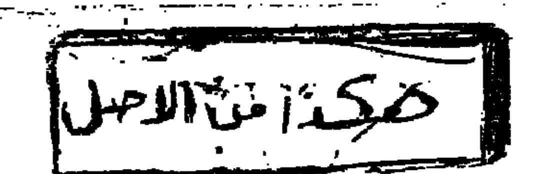
Der Streik wurde vom Präsidenten der Vereinigten Bergarbeiter John L. Lewis verkündigt, weil die *Bergwerksbesitzer* sich weigerten, für jede geförderte Tonne Kohle 10 Cents Beitrag für den Gesundheits- und Wohlfahrts-Fonds der Bergarbeiter zu gewähren.

Durch den Streik werden am gefährlichsten die Eisenbahnen getroffen, die *über einen Kohlenvorrat* für nur einen Monat verfügen. Auch die Lage in der Stahlindustrie kann ernst werden, da die Kohlenvorräte schätzungsweise nur bis längstens acht Wochen reichen. Eine Schließung der Stahlindustrie würde eine Lähmung der amerikanischen Schwerindustrie bedeuten.

Neue belgische Regierung

Ein neues belgisches Kabinett, das sich auf eine Linkskoalition stützt, hat der frühere sozialistische Ministerpräsident Belgiens van Acker gebildet.

Mit sechs Seiten fing es an: In der Nacht zum 2. April 1946 druckten die Rotationsmaschinen im Hamburger Broschek-Haus die ersten 100 000 Exemplare der WELT – einer Zeitung, die sich damals als Mittler zwischen britischer Militärregierung und deutscher Bevölkerung verstand und die dazu beitragen wollte, aus den Trümmern der Katastrophe ein demokratisches Deutschland aufzubauen. Obwohl es ein Jahr nach Kriegsende vor allem darum ging, ein Dach über dem Kopf und das tägliche Brot zu sichern: Der Hunger nach geistiger Nahrung war noch größer. Bis zur Währungsreform hatte die WELT, schließlich auch in der amerikanischen und französischen Zone zugelassen (kurze Zeit sogar in der SBZ), eine Auflage an der Millionengrenze. Preis: 20 Pf.



PHILIPS

Philips High Tech:

Warum 14 Prozent der Philips Mitarbeiter in der Forschung und Entwicklung arbeiten.

Die Forschung bei Philips beruht auf zwei wichtigen Grundsätzen: Einerseits muß die Forschung auch dann freien Gestaltungsraum haben, wenn sie innerhalb eines Unternehmens stattfindet. Andererseits hat sie die Aufgabe, zu seinem Erfolg beizutragen.

Durch die ständige simultane Rückkopplung zwischen Forschung, Entwicklung, Produktion und Service verbindet Philips schöpferischen Freiraum mit Erfolgsorientierung und setzt die kontinuierliche gegenseitige Befruchtung in konkreten Innovationsnutzen um.

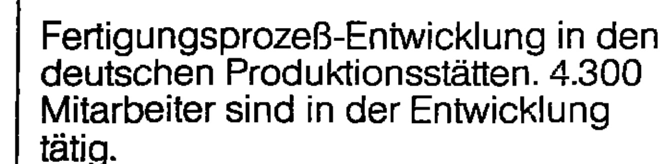
Allein in Deutschland investiert Philips rund 7 Prozent seines Gesamtumsatzes in Forschung und Entwicklung. Im Geschäftsjahr 1985/86 waren das 480 Millionen DM. 14 Prozent der Gesamtbelegschaft sind in diesen Bereichen tätig.



Laboraufbau eines magneto-optischen Druckkopfes zur Mustererzeugung in elektrophotographischen Druckkern. Mit dieser Komponente können bis zu 40 Seiten DIN A 4/min. mit einer Auflösung von 12 Punkten pro Millimeter gedruckt werden.

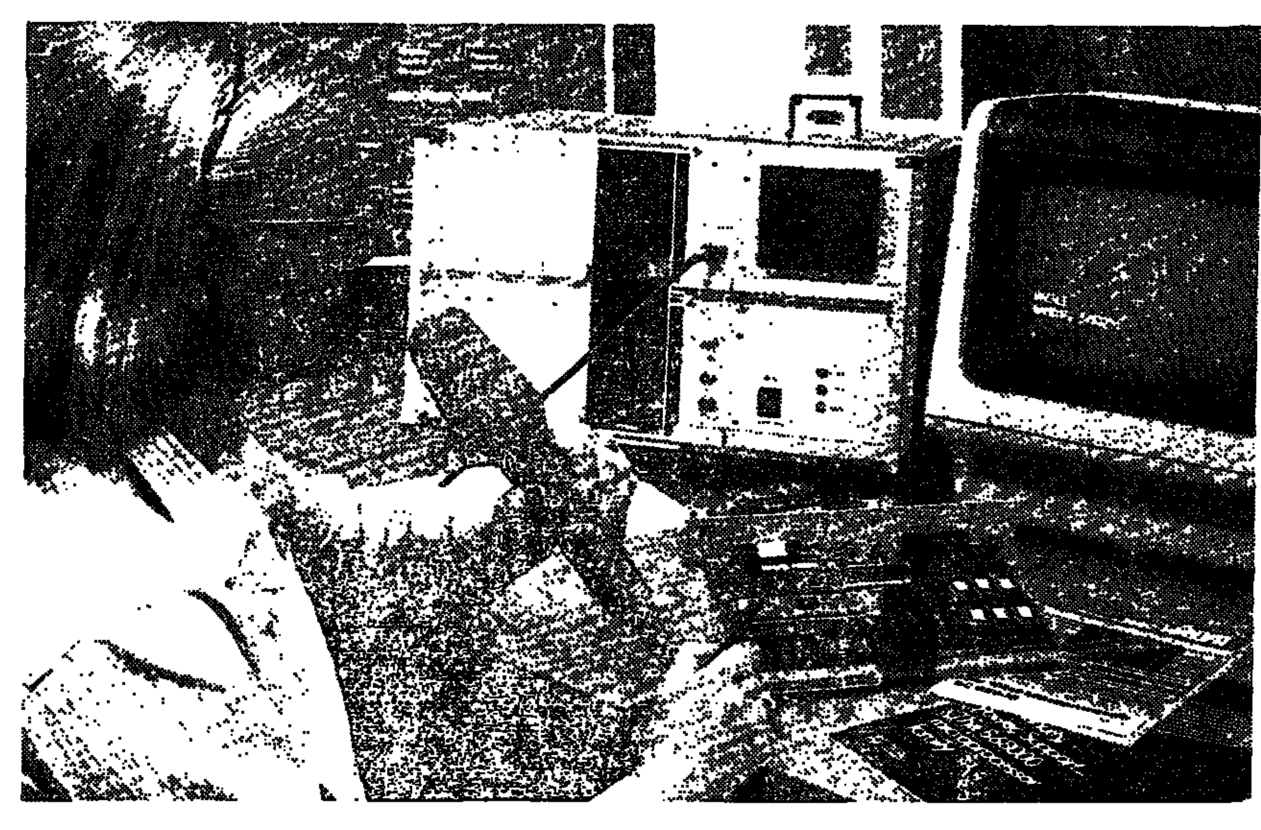
Eingebunden in die weltweiten Forschungsprojekte arbeiten rund 700 Mitarbeiter in den Forschungslaboratorien in Hamburg und Aachen vorwiegend auf dem Gebiet der Angewandten Forschung.

Hinzu kommen umfangreiche Aktivitäten für die direkte Produkt- und Fertigungsprozeß-Entwicklung in den deutschen Produktionsstätten. 4.300 Mitarbeiter sind in der Entwicklung tätig.



Außerhalb der Bundesrepublik unterhält Philips 6 weitere Forschungslaboratorien und 138 Entwicklungslaboratorien in 24 Ländern.

Die Resultate dieser Aktivitäten können sich sehen lassen: MR-Tomographie in der Medizintechnik, Submikrontechnologie in der Herstellung moderner Halbleiter-Bauelemente (Mega-Chips), digitale Übertragung von Signalen in der Telekommunikation, optische Speichermedien wie DOR-Platte und Compact Disc, Sensortechnik, Glasfasertechnologie, Radaranlagen, Systeme zur Prozeßautomation, um nur einige der wichtigsten zu nennen.



Die automatische Worterkennung ist eines der Forschungsthemen für die Kommunikationstechniken der Zukunft im Philips Forschungslaboratorium Hamburg. Schwerpunkte liegen gegenwärtig in der Entwicklung geeigneter Algorithmen zur Erkennung kontinuierlich gesprochener Wörter. Im Bild ein Laboraufbau eines sprachgesteuerten Telefons, das auf Mikroprozessoren 68000 und 8086 basiert.

Das Engagement von Philips in Forschung und Entwicklung hat Tradition. Schon seit 1914 betreibt der Konzern naturwissenschaftliche Forschung. Heute ist die Umsetzung der Forschungsergebnisse in marktgerechte Systeme und Produkte wichtigstes Ziel: Innovation mit konkretem Anwendungsnutzen. Zum Einsatz in Industrie und Verwaltung, Technik und Wissenschaft, aber auch für den Haushalt und den Menschen ganz privat.



FORSCHUNG. INNOVATION. KOMPETENZ.

Wirtschaft lernt besonders gut aus der Erfahrung

Von Prof. Dr. ERNST HELMSTÄDTER

Strukturwandel ist das Kennzeichen der wirtschaftlichen und genauso auch der wirtschaftswissenschaftlichen Entwicklung. Es ist nicht verwunderlich, daß eine Erfahrungswissenschaft – und dies ist ein Merkmal der Nationalökonomie seit ihren Anfängen! – mit ihrem Gegenstand sich wandelt. Das unerwartet starke wirtschaftliche Wachstum der Nachkriegswirtschaften hat zum Boom der Wachstumstheorie der fünfziger und sechziger Jahre beigetragen. Die Umwelt- und Ressourcenprobleme gaben den Anstoß zur Umwelt- und Ressourcenökonomie. Und wenn es im Bereich der Versorgung mit Gesundheitsleistungen zu fortwährenden „Kostenexplosionen" kommt, so ruft das die Gesundheitsökonomie auf den Plan.

Eine Erfahrungswissenschaft denkt notwendig über Erfahrungen nach. Manchen Kritikern gefällt solches Nachdenken nicht und sie wünschen sich von den Ökonomen mehr Vorausdenken. Arbeitslosigkeit hat es schon oft genug gegeben, sagen sie. Die alten Erfahrungen sollten ausreichen, daß die in den siebziger Jahren erneut aufgekommene Massenarbeitslosigkeit die Ökonomen nicht vor unlösbare Probleme stellt. Im Urteil ihrer Kritiker werden sie auch dieses Mal erst hinterher wissen, *was zu tun* gewesen wäre.

Wer allerdings meint, zum keynesianischen Patentrezept für die Arbeitslosigkeit der dreißiger Jahre, *auf das* seinerzeit auch mancher deutsche Ökonom gekommen war (Wilhelm Lautenbach, Hanns-Joachim Rüstow, Carl Föhl und andere mehr), müsse es nun ein Pendant geben, der irrt. Die Voraussetzungen sind nicht so! Und zumindest dies haben die Ökonomen erkannt. Selbst *in der* politischen Arena gibt es heute kein Programm zur Arbeitsbeschaffung, das nicht, zumindest dem Scheine nach, auf ordentlicher Finanzierung fußt. Mit öffentlichem Schuldenmachen will, von wenigen unbelehrbaren Schwarmgeistern abgesehen, niemand mehr etwas zu tun haben.

Die günstige wirtschaftliche Entwicklung der sechziger Jahre hatte Überbeschäftigung zur Folge und ließ keinen Gedanken daran aufkommen, daß Massenarbeitslosigkeit je wieder ein wirtschaftliches und soziales Problem werden könnte. Das Ansehen der Nationalökonomie profitierte davon ungemein. Denn es entstand der Eindruck, daß sie dieses Problem im Griff hat. Ausdruck dieser Einschätzung ist das am 8. Juni 1967 verabschiedete Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, das wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen des Staates auf die Ziele des magischen Vierecks – Preisniveaustabilität, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum – festschreibt.

Karl Schiller, einer der Väter dieses Gesetzes, *hat sein damaliges* Wunschkind dieser Tage als ein „Gesetz im einstweiligen Ruhestand" bezeichnet. Es gibt keine „konzertierte *Aktion" mehr, die nach Paragraph 3* dieses Gesetzes bei Gefährdung eines der Ziele des magischen Vierecks der Bundesregierung Orientierungsdaten vorzulegen hätte. Und niemand kann sich vorstellen, daß durch Globalsteuerung der Arbeitslosigkeit überhaupt beizukommen wäre.

Mit dem geschwundenen Glauben an die Globalsteuerung ist auch das Ansehen der Nationalökonomie in der Öffentlichkeit auf das frühere Normalniveau gesunken. Es gibt wieder mehr Schulenstreit unter den Ökonomen. Auch dies ist als Normalisierung anzusehen, aber dem Ansehen des Faches in der Öffentlichkeit ist das abträglich. Vor kurzem hat

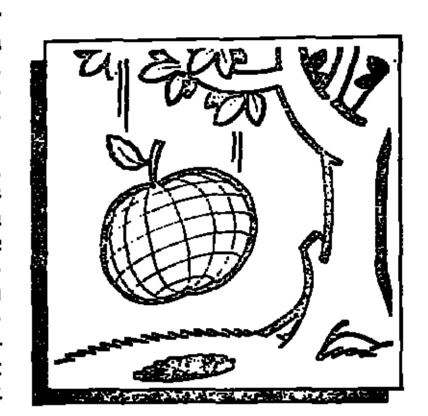


Prof. Dr. Ernst Helmstädter ist einer der „Fünf Weisen" im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

man nun auch durch Befragungen festzustellen versucht, wie sehr sich die Ökonomen verschiedener Ausrichtung unterscheiden. Das gar nicht überraschende Ergebnis war, daß an der Richtigkeit des Grundgedankens marktwirtschaftlicher Selbststeuerung ein fachweit reichender Konsens besteht; Dissens herrscht dann, wenn wirtschaftspolitische Maßnahmen normativ zu begründen sind.

Der wirtschaftspolitische Schulen*streit ist in der Öffentlichkeit vor al*lem unter dem Motto „Angebotspolitik versus Nachfragepolitik" geführt worden.

Er ist heute praktisch entschieden. Daß die notwendigerweise global ansetzende Nachfragepolitik keine Lösung zu bringen vermag, lehren die Erfahrungen der siebziger Jahre. Mehr Inflation und mehr Arbeitslosigkeit gingen damals Hand in Hand. Die „Stagflation" hat die Nachfragepolitik desavouiert. Die „Angebotspolitik" genannte wirtschaftspolitische Strategie zielt auf das Verhältnis von Kosten und Preisen. Sie will erreichen, daß sich die Erlös-Kosten-Relationen verbessern. Das bedeutet, daß mehr rentable Arbeitsplätze entstehen. Nur dann wird die Beschäftigung steigen.



Wie sich die Erlös-Kosten-Relationen verbessern lassen, wird nicht völlig einheitlich beurteilt, daß diese Verbesserung aber aus der Dynamik des wettbewerblichen Marktprozesses hervorgehen muß und nicht der wirtschaftspolitischen Machbarkeit von oben anheimgegeben ist, steht außer Frage.

Es ist heute evident, daß bei verläßlichen Rahmenbedingungen und nahezu stabilen Preisen ein langgezogener Aufschwung mit einem Beschäftigungsanstieg, der jenem des letzten Aufschwungs von 1975 bis Anfang 1980 entspricht, spannungsfrei zustandezubringen ist. Dadurch wird die Massenarbeitslosigkeit nicht verschwinden. Aber der Weg, der längerfristig dahin führen wird, zeichnet sich ab.

In einem Rückblick auf den Wandel der Wirtschaftstheorie während der vergangenen Jahrzehnte darf ein Hinweis auf die fachinternen Wandlungen, die in der Öffentlichkeit wenig Interesse finden, aber das Fach selbst entscheidend geprägt haben, nicht fehlen. Hier ist in erster Linie die Mathematisierung zu nennen. Sie hat sich in Lehre wie Forschung voll durchgesetzt. Heute dürfte sie allerdings die Grenze ihres Expansionsspielraums erreicht haben. Viele Fragen sind mit Hilfe der Mathematik klarer zu formulieren und die Schlußweise ist überschaubarer zu halten. Aber offensichtlich gilt auch für die Anwendung der Mathematik ein Gesetz sinkender Erkenntniszuwächse.

Die als Verbindung von Statistik und Theorie in den fünfziger Jahren mit hohen Erwartungen angelaufene *Ökonometrie ist ebenfalls an die* Grenzen ihres Anwendungsbereichs gestoßen. Jene Zeiten, in denen man gesamtwirtschaftliche Modelle für *um so besser hielt, je größer sie wa*ren, sind vorbei. Niemand wird zwar heute an eine Prognose ohne Unterstützung durch ein ökonometrisches Modell herangehen, aber es verläßt sich auch niemand auf die rein ökonometrische Modellrechnung. Verhaltensänderungen und Strukturwandel, wie wir sie tatsächlich erleben, stehen den auf Strukturkonstanz programmierten ökonometrischen Modellen entgegen.

Ein weiteres Kennzeichen des wirtschaftstheoretischen Wandels ist die





Seine Wirtschaftstheorien gelten als überholt, aber selbst ein Karl Schiller (unten rechts) folgte als Wirtschaftsminister mit *Deficit spending den Fährten des* „Freuds der Wirtschaftswissenschaften", John Maynard Keynes (oben links). Gedanklich verschwistert sind Ludwig Erhard (unten links) *und Milton Fried*man (oben rechts), der Vater des Monetarismus.

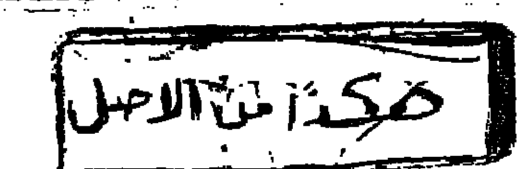


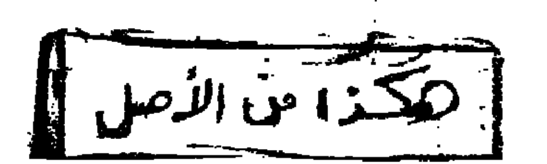


zunehmende Bedeutung der dynamischen Analyse. Nicht die vollständige *Konkurrenz und der aus ihr ableitba*re Ruhezustand interessieren, sondern der Prozeß dynamischen Wettbewerbs, der der Wirtschaft Schub*kraft gibt. Die mechanistisch angeleg*ten Wachstumsmodelle der fünfziger und sechziger Jahre weichen einer neuen Theorie der Evolution, die die spontanen Antriebskräfte im fortschreitenden Wettbewerbsprozeß zu erfassen sucht.

Faszinierend an der Nationalökonomie ist ihre bisher belegte Fähigkeit, sich selbst durch Wandel zu erneuern. Es gibt dazu Anstöße und Herausforderungen vom Erfahrungs*gegenstand der marktwirtschaftli*chen Entwicklung wie aus der fachinternen Diskussion. Aber es gibt in diesem Fach, das sich im übrigen *durch eine hohe Vergessensrate aus*zeichnet, auch die Rückbesinnung auf überkommene Denk- und Lehrgebäude.

Für den Außenstehenden mag das manchmal verwirrend sein. Was ist „Neo-Neoklassik" und was „neue Klassik"? – Ausdruck der Neuerungsfähigkeit der Nationalökonomie durch Rückbesinnung.





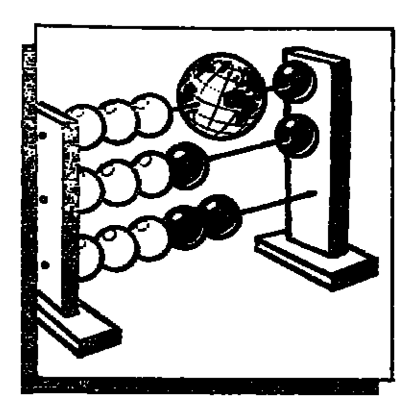
Die Aktie bleibt dem Sparer fremd

Von CLAUS DERTINGER

Was in New York oder auch in einer kleineren Stadt im mittleren Westen der USA seit ewigen Zeiten Alltagsereignis ist, nämlich daß sich Taxifahrer oder Friseure mit ihren Kunden über die Börse unterhalten, hat bei uns Seltenheitswert. Und das, obwohl die Aktie nun schon seit mehr als drei Jahren dank einer nach dem Krieg einmaligen Superhausse mit dicken Gewinnen alle anderen soliden Kapitalanlagen um Längen geschlagen hat und obwohl die Bundesbürger zu den sparfreudigsten Zeitgenossen der Welt gehören.

Die Deutschen leben zwar in einem Wohlstand, von dem frühere Generationen kaum zu träumen wagten, und sie haben in den drei Jahrzehnten nach den kargen Jahren des Wiederaufbaus beträchtliche Vermögen zusammengespart. Aber haben sie auch die Chance genutzt, ein Volk von Kleinkapitalisten zu werden? Dieser Traum von bürgerlichen Vermögenspolitikern, die in den 50er und 60er Jahren mit Volksaktienemissionen eine Art gesellschaftliches Bündnis zwischen Kapital und Arbeit herzustellen versuchten, ist eine Illusion geblieben. Die Deutschen lieben die Aktie nicht. Sie sind ein Volk mit ausgeprägter „Rentnermentalität". Sicherheit rangiert an erster Stelle bei der Anlage des Ersparten.

Ganze 700 Millionen Mark haben die privaten Haushalte 1984, dem letzten Jahr, für das statistische Daten vorliegen, in Aktien angelegt, kaum mehr als ein halbes Prozent ihrer gesamten Ersparnisse. Und auch im Börsenboomjahr 1985 dürften Aktien, selbst wenn sich die privaten Käufe bei sehr optimistischer Schätzung noch auf einige wenige Milliarden summiert haben sollten, bei der Vermögensbildung einen der allerletzten Plätze eingenommen haben. Die im letzten Jahr geradezu greifbare wirtschaftliche Besserung hat also keine deutlich sichtbare Trendwende in dem schon seit Jahrzehnten an Sicherheit und Rendite orientierten Anlageverhalten der deutschen Sparer gebracht, jedenfalls nicht in breiten Kreisen der nicht gerade schlecht verdienenden Arbeitnehmerschaft.

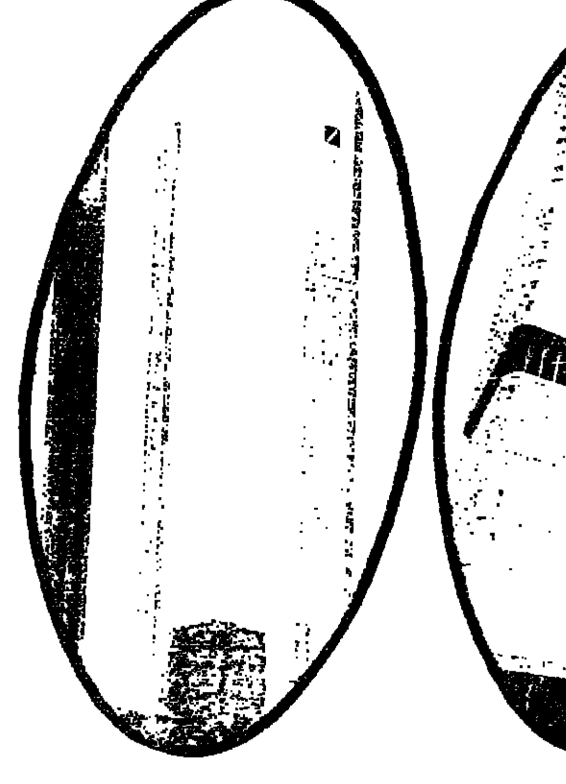


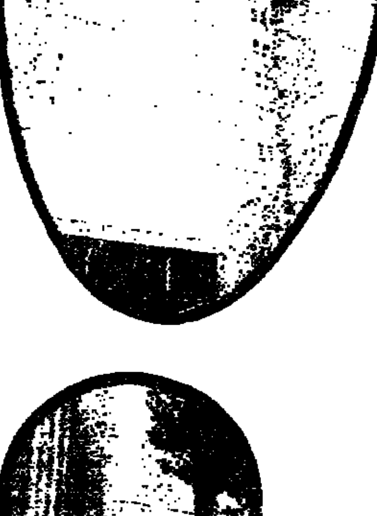
Geldanlagen bei Banken und Versicherungen sowie in festverzinslichen Wertpapieren sind weiterhin Trumpf, auch wenn die Zinserträge inzwischen einigermaßen bescheiden geworden sind.

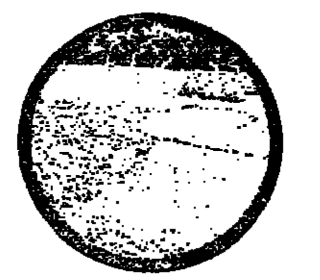
Wer dem Durchschnittsbürger Schlafmützigkeit vorwirft, weil er – zum eigenen Nachteil – nicht von seinen liebgewonnenen Spargewohnheiten Abschied nimmt, oder einen Mangel an Mut, weil er sich nicht auf das Neuland des Aktienmarktes vorwagt, muß sich immer wieder vorhalten lassen, die Aktie sei doch nichts für den „kleinen Mann"; wer nicht mit einigen Zehntausendern an der Börse spielen kann, sollte doch lieber die Finger von der Aktie lassen, heißt es. Der Einwand ist natürlich nicht ganz unberechtigt. Aber er liefert noch keine überzeugende Erklärung für die offensichtliche Aversion breiter Sparerkreise gegen Aktien.

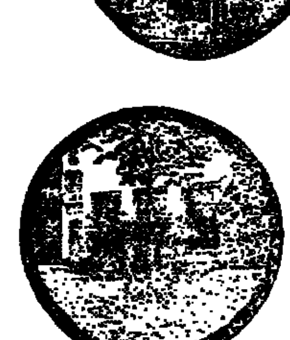
Denn die Papiere kann man ja schließlich nicht nur direkt erwerben, sondern auch indirekt durch den Kauf von Investmentzertifikaten. Doch auch diese Form der breit gestreuten Minibeteiligungen an florierenden deutschen oder auch ausländischen Unternehmen fristet ein Schattendasein, obwohl sie jetzt schon mehr als drei Jahre lang saftige Gewinne beschert. Statt dessen stürzen sich die Sparer auf Investmentfonds, deren Vermögenstöpfe mit in- und ausländischen festverzinslichen Wertpapieren gefüllt sind.

Die Ursachen für die Enthaltsamkeit des Durchschnittsbürgers in Sachen Aktie müssen also wohl woanders gesucht werden. Und da läßt sich in der Tat ein ganzes Bündel von Begründungen finden, die zum Teil miteinander verwoben sind. Unverkennbar ist eine gewisse Wirtschaftsfeindlichkeit. Überkommene Vorstellungen von einem „naturgegebenen" Interessengegensatz zwischen der übermächtigen Wirtschaft und dem ohnmächtigen Bürger sind nach wie vor latent, geschürt nicht zuletzt von der Propaganda der Gewerkschaften und ihrer politischen Freunde.









„Mainhattan" nennt der Volksmund abfällig die Metropole am Main. Fraglos haben Beton und Glas die einstige Beschaulichkeit der City verdrängt. Doch über dem Tribut, den die Stadt zu zahlen hatte, vergißt man zu gern, welchen Erfolg sie dafür kassierte: Aufstieg zur Weltstadt der Finanzen, ohne die nichts geht auf dieser Erde, Magnet des Kapitals, Stadt des Plus und Minus, des Soll und Haben vor der Skyline architektonischer Ausrufezeichen.

Es beginnt ja schon in der Schule, daß den Heranwachsenden die Mär vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit eingetrichtert wird. Da können ein paar gutwillige Lehrer und Experten aus dem Kreditgewerbe versuchen, schiefe Vorstellungen zu korrigieren und Kenntnisse über Wirtschaft und Aktien zu vermitteln: Das bringt nicht viel mehr als der Tropfen auf den heißen Stein.

Wo Unwissen herrscht, da regiert auch Angst. Die Furcht, sich in ein unübersehbares Risiko zu stürzen, ist zweifellos das größte Hindernis für eine Verbreitung der Aktie außerhalb der Kreise, die traditionell Freunde des chancenreichen Risikopapiers sind. Aber nicht nur Berührungsängste halten viele Bundesbürger davon ab, den Schritt zum „Kleinkapitalisten" zu riskieren.

Es fehlt auch der Mut zu – mittelbarem – unternehmerischem Handeln. Haben die Segnungen eines allumfassenden sozialen Netzes den Deutschen den Schneid abgekauft? Ein Blick auf Länder, in denen dem Bürger nicht so wie bei uns jahrelang suggeriert worden ist, der Staat werde ihm schon alle Risiken abnehmen, spricht für diese Vermutung. In den USA und in Japan haben jedenfalls die Aktie und der Anteil an einem Aktienfonds auch beim Normalverdiener eine Chance.

Sicherlich haben auch die Erfahrungen in den letzten Jahren der sozialliberalen Koalition, in denen der Gewinn als amoralischer Profit verteufelt und der Unternehmer als Melkkuh der Nation mißbraucht wurde, ihre Spuren hinterlassen. Und zwar in doppelter Hinsicht. Sie haben die Wertvorstellungen vieler Menschen mitgeprägt, und sie haben die sonstigen negativen Einflüsse auf die Kursentwicklung an der Aktienbörse verstärkt.

So ist es denn wohl kaum ein Zufall, daß die privaten Haushalte in den Jahren 1979 bis 1981 nicht nur keine Aktien mehr gekauft, sondern sich sogar von einem Teil ihres Aktienbesitzes getrennt haben.

Nach der politischen Wende in Bonn und der Erholung der Konjunktur, die sich in einer dramatischen Aktienhausse spiegelt, hat sich der Trend zwar umgekehrt, aber doch nicht in dem Maße, wie man es vielleicht hätte erwarten können. Liegt das nun daran, daß es die Bundesregierung versäumt hat, neue gesellschaftspolitische Wertvorstellungen überzeugend zu formulieren und zu realisieren? Oder ist vielleicht einfach nur mehr Zeit nötig, bis sich beim Durchschnittsbürger eine Bewußtseinsveränderung von der „Rentnermentalität" zur Freude an der Wahrnehmung der Chancen des „Kleinkapitalismus" vollzieht? Oder trägt auch die Kundenberatung des Kreditgewerbes einen Teil Mitschuld daran, daß noch nicht mehr Sparer die Attraktivität der Aktie entdeckt haben?

Die Ansätze zu einem Wandel lassen noch nicht die Erwartung zu, daß schon bald ein Durchbruch bevorsteht und daß die Aktie in der privaten Vermögensbildung die Rolle spielen kann, die ihrer Bedeutung als Finanzierungsinstrument der Wirtschaft angemessen ist.

Claus Dertinger (53) ist Wirtschaftskorrespondent der WELT in Frankfurt und Experte für Währung, Börse und Banken.

Zehn Millionen Bürger gehen heute pauschal auf Reisen

Von PAUL LEPACH

Nur ein Jahr nach dem totalen Chaos wuchsen bereits wieder die ersten zarten Pflänzchen des Tourismus in Deutschland. Die verbliebene Organisation des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER) darf ab 1946 innerhalb Deutschlands aktiv werden. Schon ein Jahr später wird das Deutsche Reisebüro (DER) gegründet, das die Rechtsnachfolge des MER antritt.

Noch vor der Währungsreform werden die ersten „Gesellschaftsreisen" nach Bayern angeboten. Am 12. Oktober – nur wenige Wochen nach dieser Zäsur – gründen das DER, das Amtliche Bayerische Reisebüro (ABR), das Hapag-Lloyd Reisebüro und Dr. Carl Degener die „Arbeitsgemeinschaft DER Gesellschaftsreisen" mit Sitz in München, aus der die „Touropa" wird. Dies war die Geburtsstunde des Pauschaltourismus nach dem Zweiten Weltkrieg: 1949 reisten 45 000 Urlauber „pauschal", 1985 buchten über zehn Millionen eine Veranstalterreise.

Paul Lepach, Jahrgang 1925, ist Sprecher des Vorstandes der Touristik Union International (TUI) mit Sitz in Hannover.

In den ersten schweren Jahren des Wiederaufbaus gründen weitsichtige Unternehmen weitere Firmen, die bis heute unter dem Dach der Touristik Union International (TUI) Bestand haben: Hummel, Scharnow, Dr. Tigges-Fahrten. Mitgründer der Hummel-Reisen waren die jungen Verlagsreisebüros des „Hamburger Abendblattes" und der WELT.

Die Entwicklung des Tourismus in der Bundesrepublik in den vergangenen 40 Jahren war atemberaubend. Als Dr. Degener von 100 000 „Gesellschaftsreisenden" im Jahr spricht, die mit Sonderzügen in die Ferien fahren sollen, glaubt ihm kaum einer. Heute werden 100 000 und mehr Gäste von regionalen Reiseveranstaltern auf den wichtigsten Märkten Düsseldorf oder München erreicht.

Hängematten im D-Zug-Abteil

Schon 1954 verreisten 24 Prozent aller Deutschen. Dies hat jetzt der Studienkreis für Tourismus, Starnberg, in einer Studie mitgeteilt. Im vergangenen Jahr waren es über 57 Prozent. 27,6 Millionen der 48,3 Millionen Bundesbürger über 14 Jahre machten mindestens eine Urlaubsreise. 2,8 Millionen verreisten zweimal und eine Million sogar dreimal oder noch häufiger. Dazu kamen im vergangenen Jahr 15,7 Millionen Kurzurlauber.

So dynamisch die Entwicklung des Gesamt-Reisemarktes war, so stark waren auch die Veränderungen. Das Ausland war anfangs fast unerreichbar. Noch 1954 gingen 85 Prozent aller Urlaubsreisen in heimische Feriengebiete von der See bis in die Alpen. Aber das änderte sich von Jahr zu Jahr. 1985 machte nur noch ein Drittel der Urlauber eine Reise in Deutschland. Vor allem Italien, Spanien, Österreich, Griechenland, Jugoslawien oder Tunesien heißen die Ziele. Immerhin eineinhalb Millionen verlassen Europa, ein Drittel davon fliegt in die USA.

Interessant dabei ist, daß Deutschland als Urlaubsland seit langen Jahren seine Gästezahlen hält. Aber es macht das Wachstum des Reisemarktes nicht mit und verliert dadurch kontinuierlich Marktanteile. Dazu kommt, daß die deutschen Feriengebiete am größten Marktsegment weniger teilhaben – der Haupturlaubsreise. Für Kurzurlauber ist das eigene Land dagegen die unbestrittene Nummer eins.

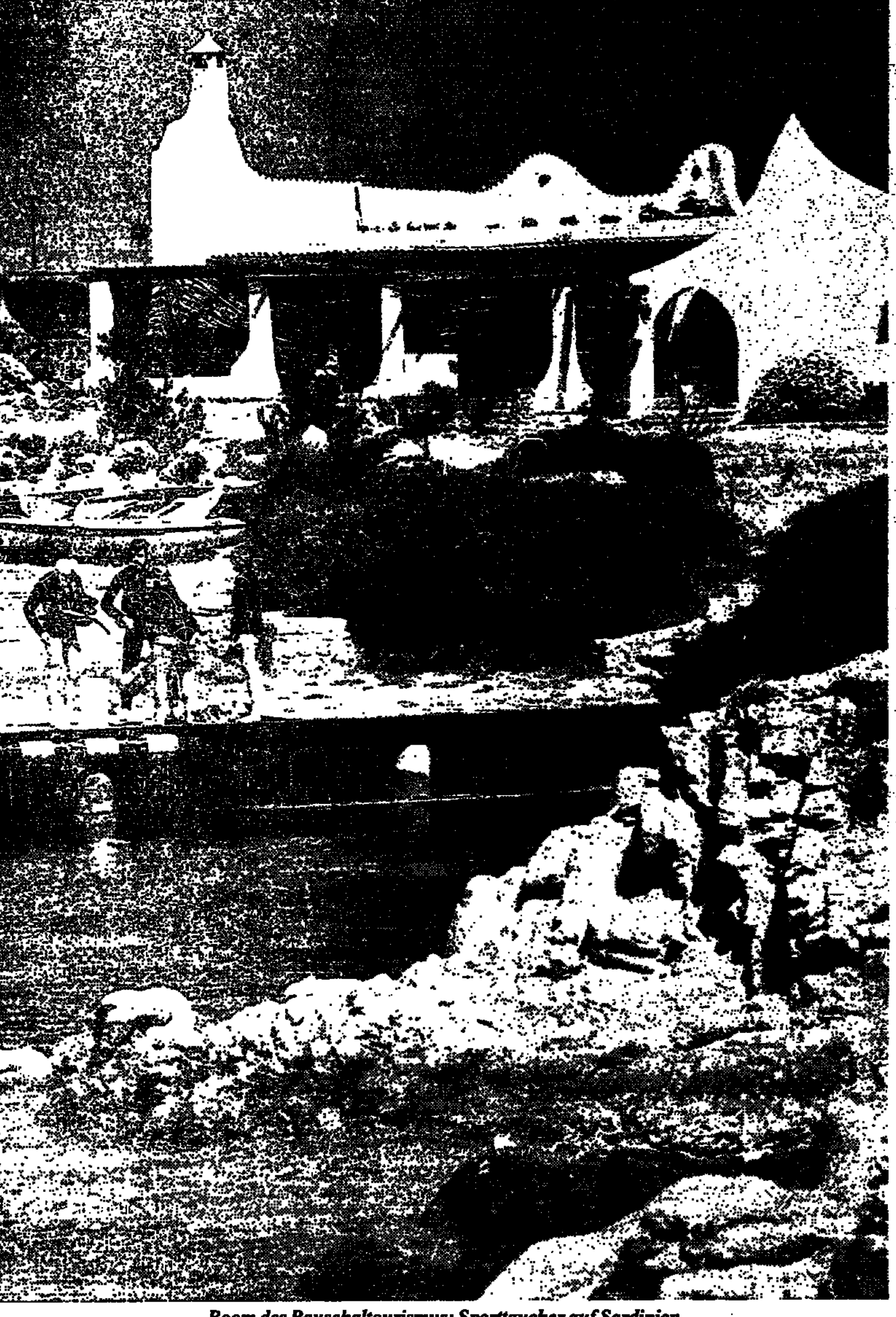
Zuerst fuhren die Deutschen mit der Eisenbahn in den Urlaub. Daß sie dies schon sehr früh, vergleichsweise bequem, konnten, war eines der Verdienste von Dr. Carl Degener. Es entstand ein eigener Wagenpark für die Touropa. Die Holzbänke der Bundesbahn-Waggons wurden gepolstert und schon 1953 Liegewagen eingeführt.

Versuche mit Hängematten in Abteilen waren vorangegangen. Noch heute bekommen altgediente Touristiker an der Riviera glänzende Augen, wenn sie an die Ankunft der Touropa-Sonderzüge denken.

Der vorläufige Endpunkt der Tatsache, daß sich die deutsche Pauschaltouristik „die Bahn" nach ihren Vorstellungen selber gestaltete, war der TUI-FerienExpress, der 1980 in Dienst gestellt wurde und im vergangenen Jahr in seinen 30 hochmodernen Liegewagen und den „Treffwagen" genannten drei Gesellschaftswagen über 60 000 Urlauber beförderte. Trotz aller dieser Bemühungen hat die Bahn mit den Jahren viele ihrer Freunde verloren. Die Motorisierung hat auch bei den Urlaubern ihren Niederschlag gefunden.

1954 reisten 20 Prozent mit dem Auto, 17 Prozent mit dem Bus (der höchste Marktanteil, den dieser Verkehrsträger je erreichte). Über 60 Prozent fuhren mit der Bahn. Interessant dabei, daß 1954 nur sechs Prozent aller Haushalte einen Pkw hatten. Wer also einen fahrbaren Untersatz besaß, nutzte ihn auch für die Urlaubsreise. Das heutige Bild ist völlig anders. Knapp 60 Prozent der Urlauber nehmen den eigenen Wagen, 10,4 Prozent benutzen den Bus, nur noch 11,2 Prozent die Bahn. Mit der Erschließung neuer und weiter entfernter Urlaubsziele gewann das Flugzeug mehr und mehr Marktanteile. Diese positive Entwicklung ist zu großen Teilen dem Unternehmer-Geist der Reiseveranstalter zu verdanken. Es entstand auf ihre Initiative hin ein System, das eine Flugreise für weite Schichten der Bevölkerung bezahlbar machte: die Pauschalflugreise. 17,1 Prozent Marktanteil stehen heute zu Buche und dieser wächst von Jahr zu Jahr.

Zwei Angebotsformen, die sich erst nach dem Krieg entwickelt haben, sind aus der Pauschaltouristik nicht mehr wegzudenken. Etwa 150 000 Gäste buchen pro Jahr eine Kreuzfahrt und fast 200 000 Club-Urlauber werden gezählt. In dieser besonders expansiven Urlaubsform hat der älteste deutsche Anbieter, Robinson Club, mehr als die Hälfte aller Gäste.



Boom des Pauschaltourismus: Sporttaucher auf Sardinien.

Ab den 60er Jahren entdeckten auch Nicht-Touristen die Wachstums-Branche „Reise". Kaufhaus- und Versandkonzerne oder die Gewerkschaften traten in den Markt ein. Dies und die Notwendigkeit der Flugpauschalreise beschleunigten den Zusammenschluß der traditionellen Pauschalreise-Unternehmen. Touropa, Scharnow, Hummel und Dr. Tigges-Fahrten schlossen sich 1968 zur Touristik Union International (TUI) zusammen. Heute ist die TUI mit über 2,3 Millionen Reisenden im Jahr Marktführer in Europa.

Eine Entwicklung der letzten drei Jahre ist aus Sicht der Reiseveranstalter besonders bemerkenswert. Beobachter der Branche folgerten vor einigen Jahren aus der wachsenden Reiseerfahrung der Deutschen, daß sie die Dienste eines Veranstalters immer weniger in Anspruch nehmen würden. Das Gegenteil ist der Fall. Lange Jahre pendelte der Marktanteil der Pauschalreise um 25 Prozent. 1954 waren es sogar nur zehn Prozent. Wie der Studienkreis für Tourismus soeben veröffentlichte, liegt der Anteil inzwischen bei 33 Prozent. Ein Siegeszug dieses „Qualitätsproduktes in hoher Auflage".

Die Veränderungen haben sich aber noch in einem weiteren Bereich abgespielt. Die Pension oder der Urlaub bei Verwandten haben seit den Anfängen des Tourismus stetig an Boden verloren. 34 Prozent machen heute Ferien in einem Hotel oder Gasthof und bereits 18 Prozent in einem Ferienhaus oder einer Ferienwohnung. Und Prognosen besagen, daß die Pensionen weiter an Bedeutung verlieren werden. Der Urlauber von heute ist anspruchsvoll geworden. Er möchte auf die Annehmlichkeiten im Urlaub nicht verzichten.

Die Geschichte des Tourismus in den vergangenen 40 Jahren war wechselhaft. Unternehmen kamen und gingen. Dabei hat sich eine Vielfalt entwickelt, die in Europa ihresgleichen sucht. Von den Großen der Branche mit ihren breitgefächerten Programmen bis zu vielen Spezialisten für besondere Urlaubsformen reicht die Palette. Dazu kommen die Zielgebiete, Hotels und Ferienanlagen mit ihren Direktangeboten. Lebhafte Konkurrenz bestimmt das Bild der Branche. Über 6000 Reisebüros wetteifern mit ihren Leistungen gegeneinander – Marktwirtschaft im besten Sinn. Dies hat dazu geführt, daß der Deutsche in der Bundesrepublik heute für seinen Urlaub weniger arbeiten muß als noch vor 20 Jahren. Bezogen auf die Einkommen, ist die Reise heute preiswerter. Nicht zuletzt hat diese Preiswürdigkeit dazu geführt, daß die Urlaubsreise ein Stück unverzichtbarer Lebensqualität ist. Befragungen haben ergeben, daß das Verreisen in der Werteskala nach Essen/Trinken und Wohnen auf Platz drei steht. Daß dies so bleibt, sehen wir in der Touristik-Industrie als unsere Aufgabe für die Zukunft an.

Der Blick in die nächsten zehn, 15 Jahre ist schwieriger als der Blick zurück. Denn wie alle Prognosen beruht auch unsere auf den Daten von heute. Das Schweizer Prognos-Institut geht davon aus, daß durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit, durch mehr Urlaub im Jahr und auch durch weitere Wochen-Arbeitszeitverkürzungen die Freizeit weiter wachsen wird. Das allgemeine Bildungsniveau wird weiter steigen. Und auch das für die Freizeit verfügbare Einkommen steigt angesichts der Sättigung in anderen Konsumgüter-Bereichen.

Zwar ist die Dauer der Haupturlaubsreise seit 30 Jahren unverändert und liegt bei 17,5 Tagen. Hier ist kaum Wachstum zu erwarten. Aber es hat sich gezeigt, daß mit steigender Bildung und höherem Einkommen die Bereitschaft zum Reisen wächst. Die Jugend ist mit der Urlaubsreise groß geworden. Für sie ist sie fast eine Selbstverständlichkeit. Und eine steigende Zahl von Älteren kann sich den Wunsch nach dem Verreisen erfüllen.

Zumindest bis zum Anfang des Jahrtausends wird die Zahl der Reisenden langsam ansteigen – vorausgesetzt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechtern sich nicht dramatisch.



Trend zum Zweit- und Dritt-Urlaub

Wir gehen jedoch davon aus, daß die Zahl der Reisen sich erhöht. Auch wenn der Studienkreis für 1985 einen anderen Trend ausmacht, mittelfristig wird die Entwicklung zur zweiten und dritten Reise im Jahr weiter anhalten.

Nach Jahren der Stagnation ist bei den Reiseausgaben bereits eine Trendumkehr zu beobachten. Der deutsche Urlauber läßt sich seine Ferienreise wieder mehr kosten. Er sucht – und findet – Qualität speziell bei den Reiseveranstaltern. Anders ist der Erfolg der jüngsten Vergangenheit nicht zu erklären. Es ist unsere Aufgabe, mit weiter verbesserter Qualität diesen Trend zu stützen. So können wir vor allem mit Baukasten-Systemen für den individuellen Pauschalurlauber weiter wachsende Marktanteile sichern.

Eine wichtige Aufgabe der Zukunft für die Reiseveranstalter wird der Aufbau unverwechselbarer Marken-Produkte in den Zielländern sein. Der zum Beispiel von der TUI eingeschlagene Weg der Beteiligung an Hotelgesellschaften wie Iberotel, RIU-Hotels, Grecotel oder Tunisotel, an Club-Organisationen wie Robinson oder Zielgebiet-Agenturen zur Betreuung der Urlauber muß konsequent weitergeführt werden, um sicherzustellen, daß der Urlauber das Angebot vorfindet, das er sich vorgestellt hat.

Der Faktor Sicherheit ist trotz steigender Reiseerfahrung besonders wichtig. Die Touristik-Unternehmen werden sich auch mit ihren Außendienstorganisationen diesem Thema unverändert intensiv widmen.

Fazit all dieser Zukunftsüberlegungen: Der Reisemarkt wird wachsen. Konjunkturelle Schwankungen wie bereits Anfang der 80er Jahre zu beobachten, wird es dabei sicher geben. Denn je höher das Nachfrage-Niveau, desto leichter können sich Wellenbewegungen ergeben. Völlig neue Reiseformen sind nicht in Sicht. Schwerpunkte und Gewichte können sich innerhalb der Bandbreite des Angebots allerdings verändern.

Eine große Zukunftsaufgabe der Reise-Industrie wird sein, mitzuwirken, daß Natur und Umwelt erhalten bleiben. Die Demokratisierung der Reisen ist nicht ohne negative Auswirkungen geblieben. Vor allem in der Aufbruchphase, aber auch in der jüngsten Vergangenheit sind Sünden gegen die Umwelt begangen worden. Die Reiseveranstalter haben schon frühzeitig im Interesse ihrer Kunden versucht, Auswüchsen Einhalt zu gebieten. Obwohl die Einwirkungsmöglichkeiten der Reiseveranstalter gering waren und immer noch sind, tragen die ständigen Hinweise heute in den Zielländern Früchte, weil auch in den Zielgebieten das Bewußtsein gewachsen ist, daß mit einer Zerstörung der Umwelt die Basis für den Tourismus zerstört werden kann. Auch die Kunden werden Einfluß ausüben durch die Wahl der Ziele. Die nachfrageorientierte Reise-Industrie wird diesen Wünschen folgen.



Dem deutschen Drang in die Ferne ist kein Ziel zu weit: Kreuzfahrtschiff in der berühmten Cook-Bay von Moorea/Tahiti.

Eine Entscheidung in Watte

Von HANS-WERNER GRAF FINCK v. FINCKENSTEIN

ES STAND IN DER WELT AM 4. 11. 1966

Der Abgeordnete war unzufrieden. „Mein Himmel", sagte er, „wir schieben das ganze Problem vor uns her, wir schieben und schieben, und die Schmach wird jeden Tag größer."

Der Abgeordnete, ein Kenner der Bonner politischen Szenerie, ein alter Hase durchaus, der schon durch manches parlamentarische Treiben und durch manche Lappen gegangen ist, gab mit seinem Mißvergnügen einer Stimmung Ausdruck, die an diesem Mittwoch abend so manchem Christlichen Demokraten in der Kehle würgte.

Gerade war er aus der Fraktionssitzung gekommen, den Beifall für Ludwig Erhard noch in den Ohren, das Gemurre der Hinterbänkler allerdings auch, den verhaltenen Protest der Parteifreunde, die von Rainer Barzel telegraphisch herbeigerufen worden waren, um über das Dilemma der CDU eine Entscheidung zu fällen. Aber es blieb nur eine Vorentscheidung.

Die Entscheidung war in Watte verpackt. Sie war in dekoratives Geschenkpapier eingewickelt und mit dem rosigen Schleifchen der Honorigkeit versehen. Die Entscheidung lautete: Ludwig Erhard wird einem Kanzlerwechsel nicht im Wege stehen. Aber er wird kraft seines Rechtes als Regierungschef und als Parteivorsitzender bei der Suche nach einer neuen Mehrheit und bei der Suche nach einem Nachfolger mitwirken.

Der Fraktionsgeschäftsführer Will Rasner hatte diesen Spruch der Weisen soeben draußen in der Halle den wartenden Journalisten verkündet. Eingeklemmt zwischen Fernseh- und Filmkameras, umstellt von aufeinandergetürmten Tischen und Trittleitern für die Fotografen, verknäuelt zwischen Fernsehkabeln und ihn umdrängenden Leibern, hatte er sozusagen im Blitzlicht der Geschichte gestanden, einer Geschichte im übertragenen Sinne allerdings auch, deren Ende und Ausgang im Augenblick noch nicht absehbar ist, ein Fortsetzungsroman in jählings wechselnden, meist unvollendeten Kapiteln, der praktisch auf jeder Seite neue Helden, neue Figuren und unerwartete Abgänge offenbart. Ein Stück moderner Literatur, ins Politische übersetzt.

Tatsächlich war die Vorentscheidung, so unbefriedigend sie dem einen oder anderen auch erscheinen mochte, den Stürmern und Drängern vor allem, die auf Biegen oder Brechen schon auf dieser Fraktionssitzung über den Kopf Ludwig Erhards entscheiden wollten, nur nach schweren, langanhaltenden Auseinandersetzungen zustande gekommen.

Sie war, wenn man es so will, gemessen auch an der inneren Situation der Partei, der einzige Kompromiß, der in diesem Augenblick gefunden werden konnte, ein Kompromiß, der neue Wege eröffnet und sie nicht durch einen im Amte trotzenden Bundeskanzler verstellt.

Noch vor wenigen Tagen nämlich war die Situation ganz anders. Noch vor wenigen Tagen zeigte sie einen nach dem ersten Schock plötzlich wieder streitbaren Ludwig Erhard, kampfentschlossen und verbittert, der bereit war, seine Position mit allen ihm von der Verfassung gegebenen Mitteln und mit der ihm in der Bedrängnis eigenen Zähigkeit zu verteidigen.

Am Freitag abend der vergangenen Woche war die erste Parteidelegation ins Bundeskanzleramt vorgestoßen, um den Regierungschef davon zu überzeugen, daß nach dem Bruch der Koalition nur ein ehrenvoller Abgang des Regierungschefs die Union retten und die Wiederherstellung einer parlamentarischen Mehrheit möglich machen könne.

Aber die Abgesandten waren vergeblich gekommen. Strauß, Blank, Barzel und Schröder fanden einen Kanzler, der auf das Grundgesetz pochte und unverhüllt damit drohte, seiner Partei, wolle sie ihn mir nichts, dir nichts aus dem Amte katapultieren, mit der Vertrauensfrage nach Artikel 68 und damit mit der von der CDU so sehr gefürchteten Möglichkeit von Neuwahlen zu antworten.

Das Gespenst eines Regierungschefs, der im Sturz die Partei mit sich reißt, geisterte am Bonner Horizont.

Wer hatte ihm diesen Rat gegeben? Wer hatte ihn auf diese Fährte gelenkt, eine Fährte, die nicht ins Freie, sondern zwangsläufig nur in den



Nach Wochen des Zähneknirschens ein „Führungswechsel in Ehren": Erhard und Nachfolger Kiesinger.

Dschungel neuer Machtkämpfe hätte führen müssen, in den Zerfall einer Partei, die immerhin achtzehn Jahre lang das Schicksal der Bundesrepublik entscheidend mitgestaltet hat, den Wiederaufstieg und das Wirtschaftswunder, aber die nun endgültig in die Irre zu gehen schien, in die Selbstzerfleischung zu verfallen drohte, wer hatte ihn auf diese Fährte gelenkt? Sollte dies das Ende sein, der Untergang in der Umklammerung wie bei Ertrinkenden?

Am Wochenende dann, auf der Wahlreise durch Hessen, trug Ludwig Erhard solche bisher nur in kleinstem Kreise geäußerten Drohungen offen ins Volk. Nein, er denke nicht daran, zurückzutreten. Dem Gesetz, nach dem „er angetreten" sei, werde er auch weiterhin Genüge tun.

Von seinen „Rechten" werde er Gebrauch machen, die Verfassung werde er ausschöpfen, um sich zu behaupten. Und das Handtuch, das man ihm, ausgerechnet ihm, in den Ring werfen wolle, dieses Handtuch werde er nicht aufnehmen, er brauche es nicht, weil er „saubere Hände" habe.

Die sauberen Hände, wer wollte sie diesem Manne bestreiten? Wer hier in Bonn, wo so viele andere Hände am Werke sind, könnte ihm die Honorigkeit absprechen, die Redlichkeit des Bemühens? Aber zu diesem Zeitpunkt war es mit Redlichkeit und mit Bemühen nicht mehr getan.

Inzwischen nämlich war auch klargeworden, daß die Suche nach einer neuen Mehrheit zwar von Ludwig Erhard begonnen, aber doch nur bei seinem Verzicht auf die weitere Kanzlerschaft zu Ende geführt werden könnte.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten hatten unmißverständlich deutlich gemacht, daß eine Koalition mit demselben Regierungschef für sie nicht akzeptabel sei.

Sie fordern eine neue Politik, eine andere Politik zumindest, die auch nur von einem anderen Kanzler formuliert und getragen werden könnte. Aber noch war die Formel nicht gefunden, noch war die Partei von dem bohrenden Zweifel nicht befreit, ob sich ihr am Montag nicht doch noch einmal ein zur Lust am Untergang entschlossener Kanzler präsentieren werde.

In der Sitzung des Fraktionsvorstandes, des „Elferrates", der in Wahrheit ein 15köpfiges Gremium ist, entlud sich die aufgestaute Spannung in hitzigen Wortgefechten. Der Berliner Abgeordnete Ernst Benda forderte voller Erregung seine Parteifreunde auf, dem Kanzler, falls er sich einer Ablösungsformel widersetze, durch einen Handstreich in der Fraktion zuvorzukommen. Wenn er auf seiner Position beharre, solle ihm durch eine Blitzabstimmung das Vertrauen entzogen werden, das Vertrauen, wohlgemerkt, seiner eigenen Fraktion und damit auch die Möglichkeit, in ihrem Auftrage sich weiter um eine neue Mehrheit zu bemühen.

Aber Franz Josef Strauß und Theodor Blank mahnten zur Mäßigung. Auch Barzel schloß sich ihnen an. Die Devise lautete, nichts zu überstürzen, sondern den Kanzlersturz nur mit Hilfe des Kanzlers selbst zu erreichen. Von diesem Augenblick an standen die Zeichen eindeutig auf „Führungswechsel in Ehren".

Nicht jedem, sicherlich, war das recht. So mancher saß in der Runde, der schon hier und schon jetzt und an diesem Montag vollendete Tatsachen schaffen wollte.

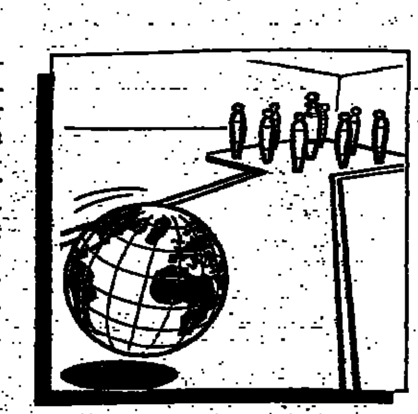
Aber mit welcher Mehrheit dann und mit welchem Nachfolger? Droht nicht der Partei inzwischen zusätzlich eine neue Gefahr, nämlich ein Zusammenspiel zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten, wenn die SPD in der nächsten Woche den Kanzler auffordern wird, die Vertrauensfrage zu stellen?

Kann sich nicht hieraus vielleicht doch ein konstruktives Mißtrauensvotum entwickeln, mit einem Übergangskanzler, nein, einem Zwischenkanzler eigentlich, der seinerseits nur die Aufgabe hätte, die Vertrauensfrage zu stellen, die ihm dann die Mehrheit, die ihn eben erst gewählt hätte, verweigern würde – um auf diese Weise dennoch die von der SPD gewünschten Neuwahlen zu erzwingen?

Gerüchte solcher Art verwirren an diesem Mittwoch die Bonner Szene. Sie gehören zum Spiel, und sie wirken darauf ein. Im Augenblick sind es nur Spekulationen. Aber sie geben denen, die zur Eile antreiben, einen guten Vorwand. Zunächst einmal muß hier die Fraktion sich selber einig werden. Sie wird sich einig, mit viel Zähneknirschen und viel Beifall für Ludwig Erhard.

Der Kanzler zeigt sich kompromißbereit, wofür er den Dank der Abgeordneten erntet. Er will nicht mehr, wie der Abgeordnete Benda es noch befürchtet hatte, „alles mit in den Strudel reißen".

Er kämpft eigentlich nur noch darum, daß er selber von der Mitwirkung bei der Lösung der Nachfolgefrage



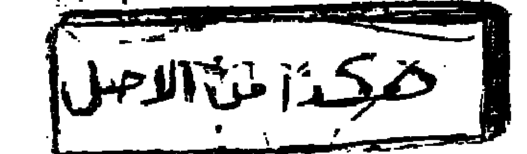
nicht ausgeschlossen bleibt, und die Fraktion kämpft darum, daß der für die nächste Woche einberufene Bundesvorstand der CDU keine personalpolitischen Entscheidungen präjudiziere. So kann denn am Abend Rasner vor die Türen treten und das säuberlich verpackte Abschiedsgeschenk der Öffentlichkeit überreichen.

Das Geschenk allerdings, wenn man es auspackt, enthält unter der Höflichkeitswatte allerhand Sprengstoff. Denn wer wird schließlich der Nachfolger sein? Für wen wird Ludwig Erhard als letztes Recht seine Stimme in die Waagschale werfen? Wird es Barzel sein oder Schröder? Oder stimmt es, daß für beide in der Fraktion kaum eine Mehrheit zu finden ist?

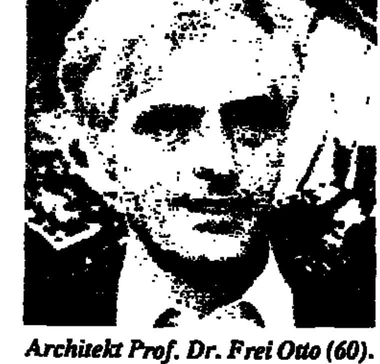
Wird der nächste Kanzler Eugen Gerstenmaier heißen oder Kurt-Georg Kiesinger? Hat nicht Kiesinger in der vorigen Woche in mitternächtlicher Stunde in der Bierstube der bayerischen Vertretung in Bonn nach einem Festabend der Bayerischen Staatsoper schon sein Jawort an den bayerischen Ministerpräsidenten Goppel verpfändet, sein Jawort, die Bürde auf sich zu nehmen, wenn er gerufen werde? Werden nicht nur die Baden-Württemberger oder die Rheinland-Pfälzer, werden auch die Bayern nach ihm rufen?

Alle diese Fragen bleiben offen, Fragen über Fragen, die fast für jeden der Genannten mit großem persönlichen Risiko verbunden sind. Auch die Sachprobleme sind ungeklärt, die Formulierung einer Politik vor allem, mit der überhaupt erst ein neuer Koalitionspartner gefunden werden kann. Nur für einen gab es an diesem Abend in dem wichtigsten Punkt keine Frage mehr, für Ludwig Erhard.

„Ich weiß", sagte er resignierend in der Vorstandssitzung seiner Fraktion, „ich weiß, wohin der Zug für mich fährt ..."



Eine Kunst, die nichts als Liebe ist?



Architekt Prof. Dr. Frei Otto (60).

Von Prof. Dr. FREI OTTO

Die heutige Architektur kennt weder Humor noch Liebe. Muß das sein? Ist unsere heutige Architektur wirklich für Menschen da, für ihre Nöte und ihre wahren Sehnsüchte? Hilft sie ihnen wirklich oder ist sie eine technische Waffe in „gestalteter" Verpackung gegen Feinde und Natur?

Liebe und Architektur – paßt das zusammen? Gemeint ist die Liebe in jeder Form – die selbstlose Liebe zum Mitmenschen, die erotische Liebe, die Eigenliebe, die Liebe zu Pflanzen, Tieren, zur Natur und auch die Liebe zur Kunst. Ist Architektur nicht der Raum, in dem Menschen leben, sich bewegen, der sie begrenzt und manchmal befreit? Raum aus Straßen, Häusern, Möbeln, Landschaften?

Architektur ist Menschengemachtes, das helfen sollte, Mensch zu sein. Bisher war Architektur das Symbol des siegenden Menschen, der sich jetzt anschickt, sich selbst zu vernichten!

Wird unsere Architektur folgerichtig das Symbol des Unterganges? Fast sieht es so aus. Wozu bauen wir dann?

Träume spiegeln das Verlangen nach dem Vollkommenen, nach Befriedigung aller Sinne – nach Wahrnehmung des Ästhetischen. Wo natürliche Umwelt als eine Erinnerung an das Paradies versagt, müssen Kunstgärten und Kunsthäuser helfen und zumindest so gut sein, daß sie durch Träume ergänzt werden können. Warum gibt es aber gebaute Träume so selten? Was ist der Grund dafür, daß die heutige Architektur so ist, wie sie ist – so ohne jedes Empfinden für die lebenden und toten Dinge?

Man sagt: Architektur soll schön sein. Doch schön ist nicht gleich gut. Es gibt auch das schöne Ungute, das schöne Brutale und das häßliche Gute. Wichtig ist, daß Architektur gut ist – gut für alle Menschen. Nicht nur für Reiche und Verbrecher, sondern auch gut für Arme und Schwache, Mütter und Kinder. Gute Architektur wurzelt in Liebe, ist nicht nur Technik.

Die Kriegsarchitektur der Bunker und des Stacheldrahts mordet Menschen und den Frieden. Die heutige mordet Natur und könnte doch Symbol des Friedens sein. Vor 60 Jahren entstand ein Stil. Man nannte ihn „modern". Er sollte „wahr" sein. Man meinte zu wissen, was nützlich und richtig war. Man meinte, daß Schönheit von allein käme. Manchmal kam sogar extreme, ja auch gute Schönheit, doch selten. Was in Massen kam, war Häßlichkeit. Gräßliche Städte entstanden, die trostlosen Massen des sozial genannten Wohnungsbaus. Eine Philosophie von Form, Funktion, Zeit, Wahrheit und Raum machte diese Architektur. Man fragte: Wenn diese Architektur nicht schön werden kann, dann stimme doch die Philosophie nicht! Doch dieser Schluß hinkt, denn sie war ja nicht wahr und gut. Hier stehen wir heute. Architekten sehen zwar endlich wieder die Schönheit des Nutzlosen. Eine neue Modeströmung vertritt die These, daß Wahrheit und Nützlichkeit das Schöne ausschließen. Aber Architekturmoden beherrschen Architektur nur zwei bis sechs Jahre. Leider gibt es keine Altkleidersammlung wie in der Kleidermode.

Bunte Träume von einer Architektur der Liebe und der Natur: Öko-Haus mit vegetabilischem Dekor.

Was ist denn klassische Schönheit? Ist es nicht das Unverbesserbare? Widerspricht Klassik dem Sinnfälligen? Muß Klassisches sinnlos, unfunktionell, unnatürlich oder künstlich sein? Ich träume von einer Architektur der Liebe und Natur. Ich sehe sie. Sie ist in mir wahr. In ihr ist nichts künstlich, und dennoch kann sie zur Kunst werden – gemeint als gesteigertes Kennen und Können. Immer mehr Menschen, auch immer mehr Architekten, träumen wie ich, wollen sie wie ich. So kommt sie auch.

Die Fans wollen die Oper nicht aktuell

Von REINHARD BEUTH

Die Oper, gegen Ende des 16. Jahrhunderts entstanden, kann demnächst ihren 400. Geburtstag feiern. Sie ist zwar damit zehnmal so alt wie die WELT, aber gemessen an griechischen Tragödien, ägyptischen Pyramiden und babylonischer Musik als Kunstform immer noch sehr jung. Ob sie dabei noch eine Zukunft vor sich hat oder doch schon schwerste geriatrische Schwächen zeigt, ist zu einem Lieblingsthema der Kulturpolitik wie der Ästhetik-Diskussion geworden. Wer über die Oper nachdenkt, kann nur ihr baldiges Ende prophezeien – und wird dann doch Lügen gestraft von der noch immer wachsenden Verbreitung der Oper quer durch alle Kontinente und sozialen Schichtungen.

Tatsache ist: Ein kostspieligeres Kulturvergnügen als Oper hat sich die Menschheit nie ausgedacht. Allein die Behältnisse dafür, Opernhäuser genannt, können es an Luxus mit Schlössern aufnehmen, was den Wiederaufbau oder bloß die Sanierung historischer Bauten zu finanziellen Kraftakten selbst so wohlhabender Gesellschaften wie der heutigen werden läßt.

Aber diese Investitionen sind noch bescheiden im Vergleich zu den laufenden Kosten des Betriebs. Oper braucht nun einmal drei künstlerisch hochqualifizierte Kollektive, nämlich Orchester, Chor und Ballett, Hundertschaften von Spezialisten also, die einer Begabung wie der Ausbildung bedürfen, was sie sich bezahlen lassen, braucht auch die große Bühne mit ihrem Aufwand an Dekorationen und Kostümen, braucht letztendlich den mit einer Stimme gesegneten Menschen, der sich seinen Ausnahmerang honorieren läßt wie der Torjäger einer Fußballmannschaft: immer hart bis an die Grenzen der Unsittlichkeit.

Dennoch war die Oper in ihren Blütezeiten ein Geschäft. Die zwei Dutzend Opernhäuser im Venedig des 17. Jahrhunderts, das Volksvergnügen der neapolitanischen Oper und auch das vom Bürgertum getragene Theaterwesen des 19. Jahrhunderts in Deutschland – sie alle warfen, wurde das Geschäft nur mit Sachverstand betrieben, Gewinne ab für die Theaterunternehmer. Das hört sich wie ein Märchen an in einer Zeit, da die ersten Opernhäuser, wenn auch noch nicht in Deutschland, mit ihrem alljährlichen Subventionsbegehren die 100-Millionen-Mark-Schwelle überschreiten.

Die Erfahrung lehrt, daß jede Gesellschaft den Kunstformen, die für sie wichtig sind, ein gutes Auskommen auch ohne die von Stadträten verwalteten Alimente ermöglicht. Professionelles Kino (ein Begriff, der deutsche Produktionen kaum einschließt) ist ein selbst für die großen US-Mischkonzerne interessantes Feld, nicht minder die sogenannte Popmusik. Das Fernsehen kommt als Privatunternehmung gut über die Runden, wo man es denn läßt. Und schließlich: Der gesamte Bereich der zeitgenössischen bildenden Kunst wird getragen von privaten Sammlern, privatwirtschaftlichen Galerien und unsubventionierten Künstlern, die zum überwiegenden Teil nicht einmal angewiesen sind auf verschleierte Subventionen in Form von Aufträgen der öffentlichen Hand.

Anders die Oper (bei der sich die Probleme des Sprechtheaters und der Orchester wie in einem Brennpunkt verschärfen). Eine runde Milliarde Mark ist allein in der Bundesrepublik alljährlich aus den Steuertöpfen fällig, um diesen luxuriösen Betrieb aufrechtzuerhalten. Nur der Zersplitterung dieses Betrags auf Landes- und Gemeindeetats, wo Lokalstolz und Repräsentationsbedürfnis die Entscheidungen mittragen, ist es zu verdanken, daß auf der haushaltspolitischen Ebene nicht längst das Aus für die Oper beschlossen worden ist.

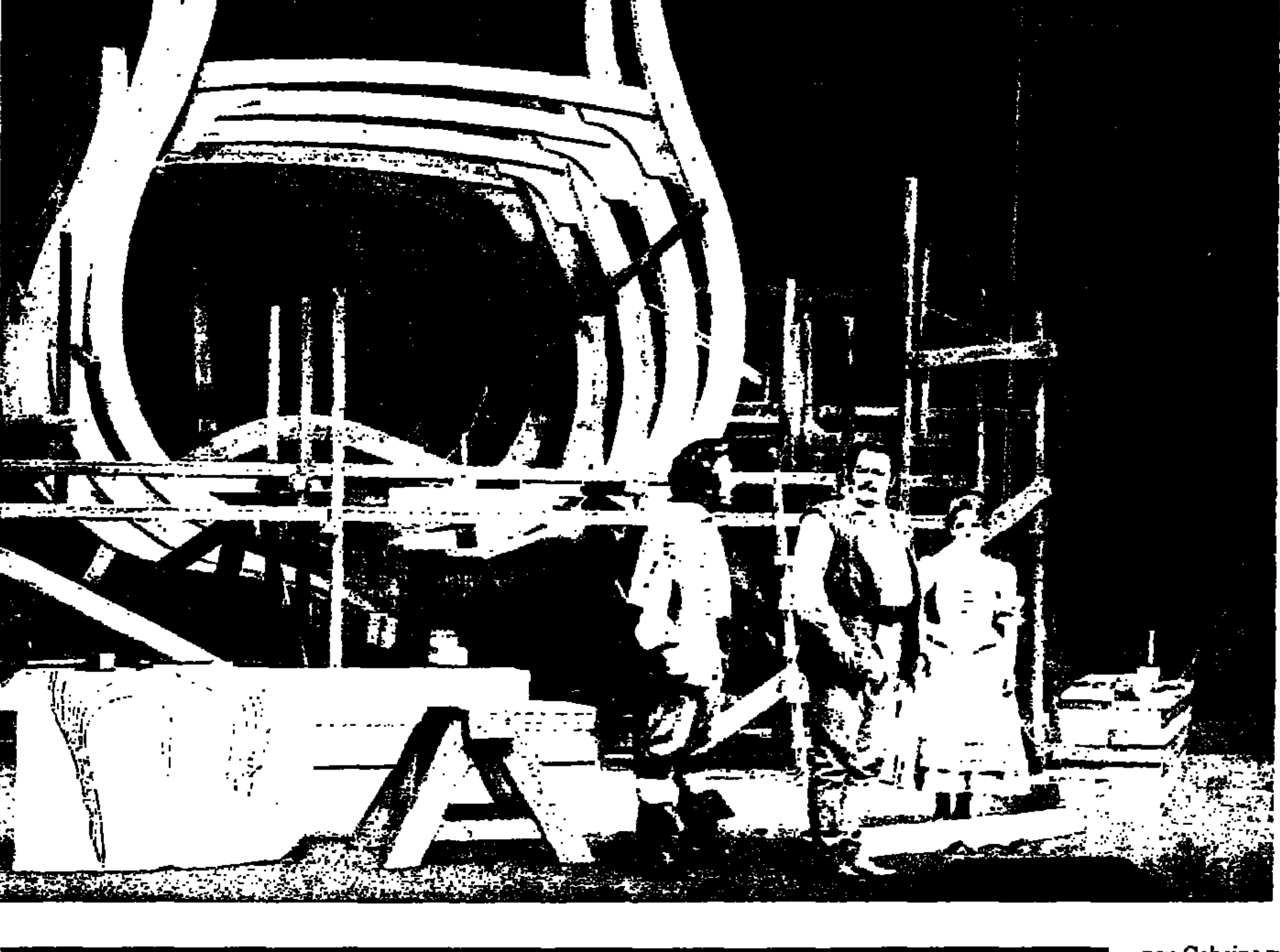
Denn nur eine Minderheit interessiert sich für sie, keine zehn Prozent der Bevölkerung, wenn man die fragwürdigen Statistiken, die darüber Auskunft geben, erst einmal abschminkt. Freilich ist das nicht unbedingt eine „elitäre" Minderheit, weder der Bildung noch des Geldes. Das Publikum des Musiktheaters zeigt eine ganz erstaunliche soziale Durchlässigkeit. Rund ein Viertel der Operngänger wird der niedrigsten Qualifikationsstufe zugerechnet – Hauptschule, aber keine Berufsausbildung abgeschlossen.

Noch schlimmer als auf der Kostenseite wird der Befund über Oper, wenn man den Aspekt künstlerischer Kreativität zur Diagnose mit heranzieht. Die jüngsten Werke des Opernrepertoires, die Zuspruch finden beim Publikum, sind zu Beginn dieses Jahrhunderts entstanden, Opern von Giacomo Puccini und Richard Strauss. Von dem, was als klassische Moderne ohnehin nur Fraktionen der Minderheit tangiert, beweisen gerade zwei Stücke Lebenskraft, Bergs „Wozzeck" und die „Lulu", auch sie inzwischen ein halbes Jahrhundert alt. Zeitgenössische Opern (oder Opern mit zeitgenössischer Musik, was ein Unterschied ist) haben ein so winziges Publikum, daß die Aufführung derselben durch den kostenintensiven Theaterapparat kaum mehr zu rechtfertigen ist.

Es gilt: Oper stellt sich heute dar als eine Kunstform, die auf der Schaffensseite keine Entwicklung mehr hat, deren gloriose Zeit sich spannt von Monteverdis „L'Orfeo" anno 1607 bis zur „Lulu" von 1937. Diese kulturellen Erbstücke zu pflegen, wird zu einem mehr und mehr musealen Anliegen, so sehr sich heute auch Regisseure und ihre Bühnenbildner bemühen, durch aktualisierende Inszenierungen eine Zeitnähe der Werke vorzutäuschen.

Wenn auch diese Mode der Trivialisierung von Stoffen – Salome als Stripperin in einer Peep-Show, Aida mit dem Putzfeudel oder Madame Butterfly auf dem Ho-Chi-Minh-Pfad – noch längst nicht vorüber ist, so hat doch in den letzten Jahren das Publikum schon dagegen entschieden. Nicht nur durch Buh-Konzerte oder Abwahl des Abonnements, was doch anfechtbare Plebiszite sind, sondern durch die so begeisterte wie gründliche Hinwendung zu längst abgeschriebenen Epochen der Opernliteratur. Die Fans wollen ihre Oper nicht aktuell, sondern antiquiert. Es geht um die großen Schicksale, vollgepackt mit musikalischem Sentiment, als suche man einen luxuriösen Ersatz für die einstens himmelblauen Ufa- und Hollywood-Filme, die auch nicht mehr gedreht werden.

Daß ein hundert Jahre lang verspotteter Komponist wie Gaëtano Donizetti plötzlich zu einem der Säulenheiligen der Opernkunst promoviert wird, daß eine Figur wie Rossini entdeckt wird als Ahnherr eines musikalischen Surrealismus, dessen wahres Genie erst unser Jahrhundert zu begreifen beginnt, daß selbst ein mit der Gründlichkeit des Wagnerschen Geistes vernichteter Meyerbeer allmählich wieder seine zerschlagenen Gebeine zusammenrafft, das gibt Aufschluß über dieses seltsame, rückwärts gewandte Interesse, das der Oper heute entgegenschlägt.



Oft monatelang dauern die Arbeiten an der Dekoration für eine Aufführung. Fast alle Handwerksberufe sind gefragt. Hier entsteht der Rumpf eines Schiffes aus Zimmermanns Hand nach maßgeschneiderten Plänen für den „Fliegenden Holländer".

In Deutschland liegen die Auslastungszahlen an den großen Opernhäusern bei über 90 Prozent, eine Zahl, an die man in den zwanziger und dreißiger Jahren, also bevor es Fernsehen gab, nicht zu denken wagte. In Nordamerika boomt die Oper, die jahrzehntelang mit zwei Häusern, der Met und der San Francisco Opera, ausgekommen war, inzwischen in fast allen größeren Städten: Über fünfzig Opernkompagnien sind zu zählen.

Die Oper hat nur dann eine Chance, heil in die Zukunft zu kommen, wenn es ihr gelingt, sich auszusöhnen mit der Zeit, in der sie existieren will. Vielleicht haben die Minimal-Opern von Phil Glass einen Weg in die richtige Richtung gewiesen: Musik, die man weder der U- noch der E-Musik zuordnen mag und schon gar nicht ins Getto der Neuen Musik abschieben kann. Da lassen die Aufführungen Brückenschläge erkennen zur bildenden Kunst, sowohl unter dem Aspekt der Malerei wie der Performance, da tritt die Oper wieder ein in die Diskussion darüber, was heute als künstlerischer Ausdruck von Belang sein kann. Und da hat sich – Aufführungen in Stuttgart belegen das – die Oper eine Bresche geschlagen in Publikumsbereiche von Disco und Pop geprägter Jugend, die man für eine Form der Hochkultur wie Oper auf immer verloren glaubte.

Die Chancen, daß sich das durchsetzt, sind so groß nicht. Dann wird es eben bei vier- oder fünfhundert Jahren Operngeschichte bleiben, fixiert auf Schallplatten und Videobändern. Und wir haben das Vergnügen, uns an ihrer dekadenten Spätblüte erfreuen zu können. Nutzen wir es.

Reinhard Beuth (37) ist Musikkritiker und Feuilleton-Redakteur der WELT.

Phantasie in Kisten

Von SIEGFRIED LENZ

Philosophie, Literatur und Anglistik hat er in Hamburg studiert, nachdem er als 19jähriger aus Ostpreußen vertrieben worden war. Siegfried Lenz wollte Lehrer werden. Doch mit seinen Geschichten aus der masurischen Heimat konnte er gleich einen so großen Erfolg verbuchen, daß er beschloß, beim Schreiben zu bleiben. Lenz, der am 17. März seinen 60. Geburtstag feierte, war von 1950 bis 1951 Feuilleton-Redakteur bei der WELT. „Phantasie in Kisten", am 4. November 1948 in der WELT abgedruckt, ist die erste Kurzgeschichte, die Lenz veröffentlicht hat.



Der Schriftsteller Siegfried Lenz in seiner Werkstatt.

Mein älterer Bruder war ein Dummkopf, aber von meiner Schwester möchte ich das nicht behaupten. „Wenn du so weitermachst", sagte sie zu mir, „wenn du nicht aufhörst, alle Menschen mit Denkerstirnen und schmalen Händen zu verspotten, dann muß ich ein schlimmes Ende für dich absehen."

„Gut", sagte ich zu ihr, „du bist meine Schwester und gehst mich darum etwas an. Ich fürchte zwar nicht das Ende, denn wenn ich das täte, müßte ich mich auch vor Grauen schütteln, wenn ich mich an die Tage vor meiner Entstehung erinnerte, aber das kann ich nicht, und wenn ich meine Spottlust knebeln werde, dann nur, weil du die Bekanntschaft eines Künstlers gemacht hast."

„Das ist lieb von dir", sagte meine Schwester und ließ mich stehen. Ich sah ihrer prallen Erscheinung nach und zweifelte, ob ihr an einem guten Ende für mich gelegen wäre.

Noch am gleichen Abend schleppte meine Schwester den Michael ins Haus. Michael hatte schmale weiße Hände und eine Denkerstirn. Sein schwarzes Haar hing ihm wie schlappe Rabenflügel um die noblen Schläfen.

„Das ist Michael", sagte meine Schwester.

Michael atmete ein wenig zu laut. Ich grinste ihn an und sagte daher: „Sind Sie schwindsüchtig?"

Er blickte meinen Bruder an, aber seine Antwort galt mir: „Nein, nur ein wenig erschöpft." „Bitte, setzen Sie sich doch", sagte meine Mutter. Da begann mein Bruder in frechem Diskant zu lachen.

„Warum lachst du?" fragte meine Schwester. „Wir haben ja nur vier Stühle", prustete er.

Da lachte meine Schwester auch und selbst Michael klemmte eine Sorte vornehmen Schmunzelns zwischen die schmalen Lippen. Michael setzte sich neben meine Schwester, die aufgrund ihrer Körperfülle den meisten Platz okkupierte.

„Sind Sie Künstler, Michael?" fragte meine Mutter. Michael atmete immer noch ein bißchen zu laut.

Er wollte gerade einen längeren Satz aussprechen (das fühle ich), da sagte mein Bruder: „Dann kennen Sie doch auch die Thesomophoriazusen?"

„Nein", sagte Michael, „ich kenne nicht eine einzige unanständige Komödie." (Diese Frage war typisch für meinen Bruder.)

„Aber können Sie sich eine solche vorstellen?" fragte ich. „Das *ist* eine merkwürdige Frage", sagte Michael.

Da grinste ich bedeutungsvoll und sah Michael an, der sich vom Volumen meiner Schwester arg bedrängt fühlte.

„Ein Künstler muß doch viel Phantasie haben", fragte wieder mein Bruder. „Ja", sagte Michael, „und eine extravagante dazu." „Was soll das heißen?" bemerkte meine Mutter *miß*trauisch.

Michael tat mir leid, und darum sagte ich: „Die Phantasie des Künstlers schert sich nicht um die Wirklichkeit. Er kann sie verändern, wann und wie er will. Der Inhalt seiner Phantasie besitzt den Anspruch einer eigenen Realität. So ungefähr muß es ausgelegt werden, nicht wahr, Michael?"

„So ungefähr", wiederholte Michael.

Da sprang mein Bruder plötzlich auf und rief: „Ich habe eine Idee, ich habe eine ausgezeichnete Idee."

Ich sah ihn geringschätzig an. Michael entzog meiner Schwester die Hand, die diese zu streicheln versucht hatte.

Mein Bruder aber keuchte fast vor Wonne: „Wenn Michaels Phantasie mit der Wirklichkeit nichts gemein hat, so müssen wir ihm doch auch anders erscheinen als wir sind. Michael ist Bildhauer, nicht wahr? Demnach könnte er uns als Impressionen verwenden und aus dem Marmor meißeln. Aber so, wie er uns in seiner Phantasie sieht, nur so. Das wäre ein grandioser Spaß."

Michael sagte: „Natürlich würde ich das tun. Material habe ich genug. Es ist nur sehr teuer. Sie müssen verstehen . . ."

„Das macht nichts", schrie mein Bruder, der Affe, „das macht gar nichts. Mutter wird Ihnen das Geld geben. Nicht, Mama, du gibst ihm das Geld?"

„Natürlich werde ich Ihnen das Geld geben, Michael."

Meine Schwester holte die Geldbörse und gab sie meiner Mutter. Michael nahm das Geld und ging.

Ich weiß nicht, wohin Michael ging, aber er hatte das Geld und wenn man Geld hat, kann man auch arbeiten. Die Marmorbüsten wollte er uns dann später zuschicken.

Nach zwei Wochen schleppte ein untersetzter Speditionsarbeiter vier Holzkisten in unsere Wohnung. Mein Bruder drohte überzuschnappen, meine korpulente Schwester faselte von Aphrodite und Nofretete, während meine Mutter den Augenblick der Enthüllung mit mildem Ernst auf den Abend verschob.

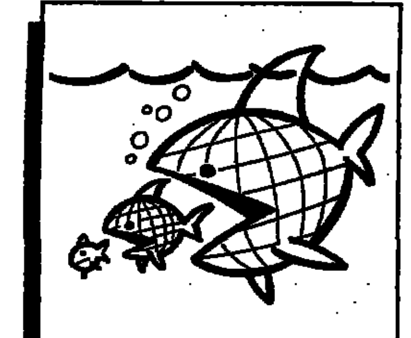
Dann vollzog sich die Tragödie: Ausgerechnet mein Bruder erbrach die Kisten. Er wühlte in der Holzwolle herum, bis er ruckartig einen weißen Gegenstand hervorzog. Es war ein fetter Tintenfisch aus Marmor, der haargenau die Gesichtszüge meines Bruders besaß.

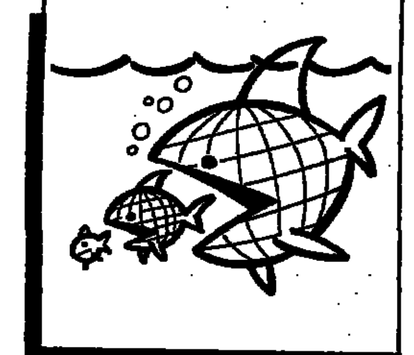
Meine Schwester warf mir einen unverständlichen Blick zu. Da aber hatte mein Bruder schon drei weitere Marmorfiguren auf den Tisch gestellt: eine Nachtigall, der man ansehen konnte, daß sie nie Hunger gelitten, ein Marabuweibchen mit moralischen Augen und einen Faun mit einer charakteristischen Nase.

Mein Bruder sah verzückt auf den Tintenfisch, meiner Schwester traten beim Anblick der dicken Nachtigall die Tränen in die Augen, meine Mutter funkelte empört das Marabuweibchen an, ich aber, ich sah traumverloren auf die Nase des Fauns.

Da schrie mein Bruder: „Künstlerphantasie, wunderbar, einfach wunderbar." Da begann meine Schwester laut zu weinen.

„Der kommt nie mehr über meine Schwelle", schwor meine Mutter. Aber Michael hatte trotzdem Phantasie und – das Geld.





Selbst im Osten ist rot noch längst nicht rot

Von CARL GUSTAF STRÖHM

Der Bewohner eines osteuropäischen kommunistischen Staates besuchte einmal anläßlich eines offiziellen Aufenthalts in den USA eines der dortigen fabelhaften Forschungsinstitute für russische und osteuropäische Studien an einer berühmten Universität der Ostküste. Man zeigte ihm die Bibliothek mit Zehntausenden von Bänden aus seiner Heimat, die kompletten Jahrgänge der Parteizeitungen seit der kommunistischen *Machtergreifung*, das Archiv mit den Namen und Biographien sämtlicher Parteisekretäre sowie allen Wirtschaftsstatistiken. Auf die Frage, wie er das alles finde, antwortete der osteuropäische Gast: „How much you know und how little you understand" (Wieviel wissen Sie – und wie wenig verstehen Sie).

Diese Geschichte hat auch für den Journalisten, der sich mit kommunistischen Ländern beschäftigt und über sie zu berichten hat, ihre Gültigkeit. Wer geographisch oder auch nur gedanklich die Grenze zur kommunistischen Welt überschreitet, gerät, als Angehöriger der schreibenden und berichtenden Zunft, in einen neuen Aggregatzustand. Die Presse des Westens ist ein Produkt einer offenen Gesellschaft. Daher ist jede Begegnung westlicher „Medien" mit den geschlossenen Gesellschaften des Ostens problematisch – und zwar in dem Sinne, daß sie auf beiden Seiten Probleme schafft.

Da ist zunächst die seit Lenins Tagen in fast allen kommunistischen Köpfen festsitzende Vorstellung, die Presse (analog Rundfunk, Fernsehen, Literatur) sei ein „Kampfinstrument". So wie ein Korrespondent der „Prawda" (oder des jeweiligen bulgarischen, polnischen und tschechoslowakischen Parteiorgans) mehr ein Kombattant seiner Ideologie als ein Chronist des Zeitgeschehens ist, wird ähnliches auch von westlichen Journalisten angenommen. Daß jemand von der bürgerlichen Seite sich aus bloßer intellektueller Neugierde mit dem kommunistischen Machtbereich beschäftigt, können die meisten Kommunisten im Grunde ihres Herzens nicht glauben. Daß man das eine Mal positiv, dann aber auch wieder höchst negativ über sie schreibt, erscheint ihnen nicht als Resultat intellektueller Überlegungen. Sie wittern Verschwörung: irgendwelche geheimnisvollen Drähte, an denen der Berichterstatter zappelt und irgendwelche finsteren Mächte, die ihm die Feder führen. Boshaft könnte man sagen: die kommunistischen Journalisten schließen von sich auf andere, denn sie unterliegen der strikten Parteidisziplin.

Der westliche Berichterstatter hat in dieser „leicht angespannten" Ausgangssituation gewiß die Möglichkeit, den Weg des geringsten Widerstandes zu wählen: sich einer Art „Visums-Journalismus" hinzugeben, alle Fünfe gerade sein zu lassen und heikle Themen, seien es Nationalitätenkonflikte, Machtkämpfe oder auch wirtschaftlich unangenehme Entwicklungen, zu umgehen. Eine solche Haltung – nach dem bekannten Motto: „Herr Kästner, wo bleibt das Positive?" – vermag zwar das eigene Leben zu erleichtern, führt aber letztendlich zu einer langweiligen Berichterstattung. Auch das andere Extrem ist bekannt.

Dann verwandelt sich der westliche Beobachter selber in einen Kämpfer für die Gerechtigkeit. Aber auch das bringt nicht viel ein, weil dem Chronisten der bürgerlichen Presse – und zu dieser bürgerlichen, vielleicht ein wenig altmodischen Art des Schreibens bekennt sich der Verfasser dieser Zeilen – jede Art von Monomanie nicht zu Gesicht steht. Wer allzu leidenschaftlich mit der Feder umgeht, verliert den Blick für die Nuancen und die Vielfalt des Lebens – gerade in dieser so unglaublich vielfältigen ost-mitteleuropäischen und südosteuropäischen Welt.

Nirgends ist Kenntnis geschichtlicher Zusammenhänge, Verständnis und Einfühlungsvermögen für oft unglaublich tragische nationale und menschliche Schicksale so wichtig wie hier – in jenem „kleinen Osten" zwischen Böhmen und der Ukraine, zwischen der Ostsee und dem Balkan. Hier herrscht seit 1945 der Kommunismus, und viele dieser Länder sind überdies von der Sowjetarmee – also vom „großen Osten" – besetzt. Wer aber glaubt, es genüge, wenn man dieses Gebiet über den einheitlichen sowjetischen Leisten schlage – etwa nach dem Motto „Ostblock ist Ostblock, und was rot ist, ist rot" –, der wird wenig Erkenntnisse heimbringen.

Manchmal fragt man sich: Sind diese Länder der Vorhof der Sowjetunion gegen Westen – oder sind sie nicht viel eher ein Stück vorgeschobenes Europa gegenüber dem Osten? „Hungaria – propugnaculum Christianitatis", Ungarn ist die Vormauer der Christenheit, steht an der Wand des Belgrad-Saals des Budapester Parlaments geschrieben.

Ist es bloßer Zufall, daß der ungarische KP-Chef Janos Kadar – selber eine Symbolgestalt für die Wandlungen des östlichen Mitteleuropa in den letzten Jahrzehnten – seine westlichen Staatsgäste meist unter dieser Inschrift zu empfangen pflegt?

In diesem anderen Europa hat der aufmerksame Zeitgenosse immer wieder das Gefühl, es gebe zwei (oder vielleicht gar drei) Wirklichkeiten, die wie geologische Schichten übereinanderlagern. Der flüchtige Besucher sieht nur die oberste Schicht. Er wird, je nach Laune, entweder angenehm berührt („nicht so schlimm, wie ich gedacht habe, die Menschen gehen auch hier auf zwei Beinen, und trotz aller Krisen küssen sich die Liebespaare genauso wie bei uns") – oder entsetzt und enttäuscht sein.

Dringt man aber bis zur zweiten und dritten Realität vor, dann stellt man fest, daß die nationale Substanz dieser vom Westen halb vergessenen Völker – trotz oder wegen ökonomischer Krisen und fehlender politischer Freiheiten – stark und ungebrochen ist. Die Völker haben trotz Revolutionen, Katastrophen, Kriegen überlebt. Der „kleine Osten", der 1945 vom „großen Osten" okkupiert wurde, vermochte sich seine Identität zu bewahren.

Das zu beschreiben, ist vieler Mühen wert – ja es erfüllt den Schreiber mit gewisser Dankbarkeit. Da wächst in diesem geschundenen Teil Europas, der bis heute mehr als wir glücklicheren Westler an den Folgen der Katastrophen zu tragen hat, gerade unter den jüngeren Leuten, bei Intellektuellen und sogar – seltsam genug – bei manchen herrschenden Funktionären (jedenfalls glaubt man das zu spüren) ein neues Bewußtsein – oder soll man sagen: ein uraltes Bewußtsein? – heran. Die herrschende Ideologie ist längst zur Form und zum machtpolitischen Instrument erstarrt. Gewiß gibt es auch in diesem „kleinen Osten", was uns im goldenen Westen irritiert: Umweltverschmutzung, Konsumdenken, die Anbetung des goldenen Kalbes durch Menschen, die wenigstens ein bißchen Anteil am Wohlstand haben wollen.

Aber daneben und dahinter gibt es auch Nachdenklichkeit und Ernst – ein Problembewußtsein, das durch Not und Verzicht (Verzicht auch auf jene Güter und Freiheiten, die uns im Westen selbstverständlich sind) geschärft wurde.

Das freilich sind Vorgänge, die sich auf Pressekonferenzen und Staatsbesuchen, bei Parteikongressen und Fabrikbesichtigungen kaum ausloten lassen. In der kommunistischen Welt findet der westliche Chronist nichts von dem vor, was in den Hauptstädten des Westens als Informationsquelle selbverständlich sprudelt. Keine redseligen Parlamentarier, keine offizielle Opposition, keine Zeitungen, welche die politischen Hintergründe oder auch nur Skandale enthüllen. „Wie können Sie über Länder schreiben, in denen nichts los ist und nichts passiert?" Diese Frage stellte mir ein westlicher Politiker. Er war sehr erstaunt, als ich ihm sagte, hier passiere unendlich viel – so viel, daß man mit dem Schreiben oft gar nicht nachkomme.

Nur: Man muß den Schlüssel haben, um das Geschehen zu dechiffrieren. Und dann muß man sich überlegen, wie man einem Publikum, das unter ganz anderen – nämlich westlichen – Voraussetzungen lebt, die Bedeutung gewisser Vorgänge (etwa das nationale Problem in diesem Raum) so erklärt, daß der Leser begreift, wie wichtig das für uns und für ihn ganz persönlich ist.

In diesem Raum, der wenige Kilometer östlich von Wien beginnt, hat sich ja immer wieder europäisches Schicksal vollzogen.

So geht der Chronist des „kleinen Ostens" ans Werk – und kommt sich manchmal vor wie Sherlock Holmes. Denn er muß gewissermaßen aus einer Fußspur im Sand, einer Zigarettenkippe im Aschenbecher und einem halb ausgetrunkenen Glas den Schluß ziehen, was da wirklich geschehen ist und welche Bedeutung es hat.

Aus einigen Formulierungen in der Rede eines Parteichefs, aus wortkargen Meldungen der kommunistischen Presse muß er schließen, wohin die politische Reise geht.

Wer die Methode raus hat – und wer auch ein wenig den geschichtlichen Hintergrund kennt –, stellt zu seinem eigenen Erstaunen fest, daß die Trefferquote ziemlich hoch ist. Nur: Ohne Dechiffrierung geht es nicht.

Schließlich überkommt den Schreiber auf solchen Umwegen auch ein Gefühl, ohne welches die intellektuelle Bewältigung dieses östlichen Themas vielleicht gar nicht zu vollbringen wäre: eine gewisse Zuneigung – oder soll man sagen: Liebe – zu diesen Landschaften und Nationen, zu dieser seltsamen slawisch-magyarisch-romanischen und illyrischen Welt.

Und in Gedanken an die Weite der pannonischen Ebene, an die zerklüfteten Berge Mazedoniens, an die Türme von Prag, die Belgrader Festung und die majestätische Donau bei Budapest stellt sich beinahe so etwas wie Heimweh ein.

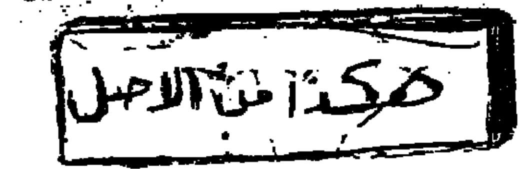
Ein Riesenspielzeug im Prater wurde Symbol der Weltstadt Wien.

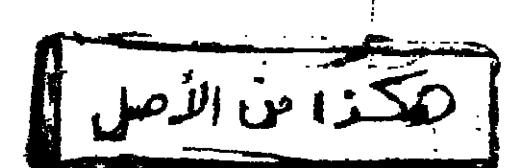


UNSER MANN IN WIEN

CARL G. STRÖHM

Carl G. Ströhm (57), Sohn eines deutschbaltischen Vaters und einer russischen Mutter, beobachtet von Wien aus den kommunistischen Osten.





Das 'd' auf einem BMW steht für Dynamik und für Diesel.



Wir haben dem Fortschritt beim Automobil immer wieder neue Impulse gegeben.

Vor allem auf dem Gebiet der Triebwerkstechnik war BMW ständig der Motor zukünftiger Entwicklungen – im Sport wie in der Serie.

Logisch, daß Innovationsfähigkeit und Know-how von BMW auch beim Diesel Außergewöhnliches entstehen ließen: eine neue Diesel-Kultur, verbunden mit der Dynamik eines Benziners – so, wie man es von BMW gewohnt ist.

Das machen die durch moderne 6-Zylinder-Laufkultur erzielten Leistungswerte ganz deutlich: 85 kW/115 PS, 210 Nm bei 2400/min (524 td) bzw. 63 kW/86 PS, 152 Nm bei 2500/min (324 d) jeweils aus 2,4 l Hubraum.

Das heißt große Durchzugskraft, ausgezeichnete Beschleunigungswerte – von 0 auf 100 km/h in 12,9 s (524 td) bzw. 16,1 s (324 d) – und problemloses Fahren in allen Drehzahlbereichen.

Die klaren Vorteile: mehr Leistung, mehr Laufkultur, weniger Verbrauch, gesteigerte Zuverlässigkeit und Langlebigkeit. Vor allem aber mehr aktive Sicherheit.

Die AMS (12/85) beschreibt das hohe Sicherheitsniveau des 524 td z.B. so: »Der 524 td hängt, an Diesel-Maßstäben gemessen, verblüffend gut am Gas und reagiert ähnlich willig und kräftig wie ein Benzinmotor.«

Aber Diesel-Fortschritt bei BMW bedeutet mehr. So erzielt der 524 td Bestwerte auch beim Geräuschniveau.

Gezielte Dämm-Maßnahmen im Motorraum sowie im gesamten Fahrzeug lassen dem durch die 6-Zylinder-Laufruhe ohnehin schon minimierten Innen- und Außengeräusch kaum eine Chance.

Ein weiteres Beispiel für BMW Kompetenz in Sachen Diesel-Laufruhe: das neue Zwei-Massen-Schwungrad.

BMW hat mit dieser Innovation die Schwingungen, die durch Motor, Getriebe und Antriebsstrang entstehen, beseitigt.

Das Ergebnis: Mehr Fahrkultur und günstigere Innengeräuschwerte bietet kein vergleichbares Diesel-Fahrzeug.

Steigen Sie ein – in den BMW 524 td. Sie werden schnell feststellen, daß Sie zu all den bekannten Diesel-Vorteilen etwas Entscheidendes hinzugewinnen: die Freude am Fahren in einem leistungsfähigen Automobil.

Denn seit es das »d« auf einem BMW gibt, steht es für Dynamik und für Diesel.

BMW in Btx * 20900#



„Wann kriech ich denn 'nen Jeischa zu sehen?“

Von FRED de LA TROBE

Als ich 1963 zum ersten Mal für die WELT aus Tokio berichtete, galt Japan in Deutschland noch als die exotische Heimat der Geisha und Kirschblüten, irgendwo fern im Osten. Nur besondere Knüller hatten Absatzchancen. „Wann kriech ich denn 'nen Jeischa zu sehen?“ Diese bezeichnende Frage – in etwas vorwurfsvollem Ton – hatte ich kurz vorher Altbundeskanzler Adenauer anläßlich seines Staatsbesuchs in Japan dem damaligen deutschen Botschafter in Tokio, Haas, stellen hören.

Inzwischen sehen wir uns von der industriellen Supermacht und dem erstrangigen Technologiestaat Nippon in die Schranken gewiesen. Ostasien ist zum weltpolitischen Schlüsselraum aufgerückt. Mit den erstaunlichen japanischen Erfolgen ist auch der Stellenwert der Berichterstattung aus der fernöstlichen Metropole gestiegen.

Eine Kernfrage, die sich in den beiden letzten Jahrzehnten wie ein Ariadne-Faden durch die politische Landschaft Japans gezogen hat, betrifft das Thema, ob Japan entsprechend seinem wirtschaftlichen Großmachtrang mehr Verantwortung in der Weltpolitik und vor allem auch im westlichen Bündnis übernehmen wird.

Immer wieder bestellte die Heimatredaktion Berichte über dieses brisante Gebiet, und so habe ich zu diesem Thema in steter Folge geschrieben. Ich fand es schon in einem fast vergilbten Artikel von mir behandelt, der vom 21. März 1963 datiert ist: „Kann Japan eine verbündete Kraft in einer Allianz der demokratischen Mächte beiderseits des Atlantiks werden? Kann es die innenpolitischen Fesseln sprengen, die ein zielbewußtes Zusammengehen mit dem Westen bisher verhinderten? Wirtschaftliche Gründe sind für das Inselreich wahrlich zwingend, über kurz oder lang wird aber auch die Mehrheit des japanischen Volkes einsehen, daß enge kommerzielle Bande schlecht zu knüpfen sind, ohne gleichzeitig politische Bindungen einzugehen.“

UNSER MANN IN TOKIO FRED DE LA TROBE

Fred de La Trobe, Jahrgang 1928, war einer der ersten WELT-Volontäre und berichtet, alles in allem, seit 20 Jahren aus Tokio.

Fünfzehn Jahre später betonte der prominente Politiker Ohira noch das niedrige weltpolitische Profil Japans. Ich sprach mit ihm im November 1978 kurz vor der Bekanntgabe des Wahlergebnisses um den Vorsitz der Regierungspartei und damit auch um die Position des Ministerpräsidenten. Fast niemand rechnete mit dem Überraschungssieg Ohiras, der damals noch Generalsekretär der Partei war und zu einem Treffen mit mir Zeit fand. Nach seiner Wahl war es dann zunächst unmöglich, ein Interview mit ihm zu erhalten, aber ich hatte meins schon an die WELT gesandt, die es im richtigen Augenblick exklusiv als Aufmacher auf die Seite eins stellte. Einige japanische Zeitungen druckten das Interview dann mangels eigenen Materials in der Übersetzung ab.

Von den vagen Antworten japanischer Politiker und Wirtschaftsführer weiß jeder Auslandskorrespondent in Tokio ein Klagelied zu singen. Ohira war aber erfrischend offen und legte auch seine Worte nicht immer auf die Goldwaage.

Einige seiner Antworten lauteten: „Japan will nicht an einem Machtspiel zwischen den Kontinenten teilnehmen … Wichtig ist die Verminderung der Differenzen mit den USA … Unsere Verteidigungsausgaben liegen jetzt etwas unter einem Prozent … Entscheidend ist, daß die Ausrüstung auf dem modernsten Stand ist.“

Ministerpräsident Nakasone, seit dreieinhalb Jahren am Ruder, hat die Weichen auf eine aktivere Politik Japans in der Welt gestellt, und Tokio beginnt, international mehr Verantwortung zu übernehmen. Der engere Schulterschluß des ostasiatischen Inselstaats mit dem Westen hat heute auch mehr Rückhalt im Volke als vor 20 Jahren.

Vor einigen Wochen schrieb ich wieder über dieses Thema: „Nakasone hat schon hervorgehoben, daß Japan den weltweiten Erwartungen auf eine größere Rolle in der Weltpolitik gerecht werden müsse – und das nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern auch in der Politik …

Bei seinen Gesprächen mit US-Präsident Ronald Reagan hofft der Premier, die von wirtschaftlichen Gegensätzen überschatteten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten festigen zu können.“



Der Thron der Götter – der erkaltete Vulkanberg Fudschijama.

Flink füllt der Osten die politischen Worthülsen

Von WOLFGANG BERGSDORF

Keine Politik kann darauf verzichten, ihre Ziele in zentralen Begriffen darzulegen und mit ihnen um Zustimmung zu werben. Die Bedeutungen dieser Begriffe unterliegen einem ständigen Wandel, sie orientieren sich an gegebenen politischen Situationen, bringen diese auf einen begrifflichen Nenner und werden so zu Etiketten, die mit politischen Situationen und Zielen verschmelzen. Die politische Semantik kann sich deshalb nicht nur auf die Analyse einzelner politischer Begriffe beschränken, sie muß die Terminologie der Politik insgesamt wie auch die Grundsituation der Politik untersuchen. Denn die zentralen Begriffe der Politik weisen sich gegenseitig Bedeutungen zu und stehen in einem jeweiligen politischen Zusammenhang.

Unübersehbar ist der hohe Abstraktionsgrad politischer Begriffe. Er ergibt sich aus ihrem Gegenstand, aus der Politik. Ihre zentralen Begriffe sollen Werte und Ideen, Ziele und Interessen kennzeichnen, die aus der komplexen, der unmittelbaren Erfahrungswelt des Bürgers entrückten Wirklichkeit herausgeschnitten werden. Die mangelnde Präzision der Begriffssysteme pluralistischer Politik, ihre Anbindung an den historischen Kontext, ihre Mehrdeutigkeit können so als Voraussetzungen einer breiten Verständlichkeit gesehen werden. Wenn Menschen politische Situationsbeschreibungen mit Hilfe von Begriffen als real definieren und politische Vorstellungen als wünschenswert und realisierbar betrachten, sind diese Definitionen in ihren Konsequenzen real. Sie werden im Bewußtsein der Menschen wirksam, sie werden so Bestandteil politischer Situationen und beeinflussen die Entwicklungen.

Deshalb ist die politische Semantik keine sprachpflegerische Aufgabe, sondern eine eminent politische Herausforderung. Denn sie vermag Hinweise auf verborgene Zusammenhänge zu geben, die mit den klassischen Methoden der politischen Analyse nicht zu klären sind. Dies zeigt beispielsweise die Analyse der semantischen Strategien in einigen wichtigen Feldern der internationalen Politik. Hier steht im Vordergrund die Terminologie, in der sich der Ost-West-Konflikt präsentiert.

Dieser Konflikt unterscheidet sich von früheren geschichtswirksamen Gegensätzen durch zwei neue, miteinander verbundene Elemente: Erstens ist auf beiden Seiten des Konfliktes jeweils eine Supermacht beteiligt, die die militärische Fähigkeit hat, die jeweils andere Supermacht einschließlich ihrer Verbündeten zu vernichten, zumindest jedoch sie schwerstens zu schädigen. Zweitens repräsentiert eine der Supermächte, die Sowjetunion, eine totalitäre Ideologie, die ihre Politik die herkömmlichen Kategorien von Machtpolitik überschreiten läßt.

Ihr gegenüber steht eine Supermacht, die immer wieder von isolationistischen Konvulsionen erschüttert wird und ihre globale Rolle widerwillig spielt. Das pluralistische Führungssystem nötigt die Politik der Vereinigten Staaten in regelmäßigen und unregelmäßigen Abständen zu Korrekturen ihres Kurses, die häufiger als Reaktionen auf die von der UdSSR geschaffenen Lagen zu verstehen sind denn als Aktionen. Dem entspricht eine Terminologie, die auf die Imaginationskraft von nichterklärungsbedürftigen Begriffen wie „Frieden“, „Freiheit“, „Demokratie“ und „Wohlstand“ vertraut und auf die semantische Konfrontation mit den ideologischen Gegnern weitgehend verzichtet.

Dr. Wolfgang Bergsdorf, 44, ist Inlandschef im Bundespresseamt und einer der engsten Mitarbeiter des Bundeskanzlers.

Neu ist nicht, daß sich jede Politik mit Begriffen wie „Frieden“, „Freiheit“ und „Demokratie“ legitimiert. Neu ist jedoch, daß die Führungsmächte im Ost-West-Konflikt mit diesen Begriffen nicht nur Unterschiedliches, sondern Gegensätzliches verbinden.

Für die amerikanische Politik sind „Frieden“ und „Freiheit“ die zentralen Schlüsselwörter, aus denen die Terminologie jeder amerikanischen Politik herausentwickelt wird.

Demgegenüber wurden die semantischen Felder von „Freiheit“, „Demokratie“ und „Frieden“ von der kommunistischen Führungsmacht Sowjetunion dem universellen Geltungsanspruch ihrer totalitären Ideologie untergeordnet. Weder „Frieden“ noch „Freiheit“ sind für die sowjetische Politik oberste Werte. „Frieden“ ist ein abgeleitetes Zwischenziel auf dem Weg zur Verwirklichung der globalen Geltung der kommunistischen Ideologie. „Frieden“ wird so zu einem Zweck, der so lange verfolgt wird, wie er dem Endziel nicht entgegensteht.

Auch die kommunistische Propaganda macht international ausführlichen Gebrauch von dem Begriff „Freiheit“, ohne den seit zwei Jahrtausenden über Politik kaum gesprochen werden kann. Während die abendländische Tradition diesen Begriff in erster Linie stets auf die Person, auf den Einzelnen bezieht, ist Subjekt der kommunistischen Freiheit stets das „Volk“.

Das „Volk“ wiederum besteht nicht aus allen Bürgern einer Nation, einer politischen Gemeinschaft, sondern nur aus denjenigen, die für die „Zukunft“ offen sind, die sich dem „Fortschritt“ nicht verweigern, die bereit sind, die führende Rolle der Kommunistischen Partei anzuerkennen. Damit wird der kommunistische Freiheitsbegriff schließlich allein auf die Kommunistische Partei und auf das Zentralkomitee bezogen, dessen Entscheidungsfreiheit tatsächlich größer ist als die jeder Regierung eines pluralistischen Systems. Eine parallele Bedeutungsverengung erlitt der Begriff „Demokratie“.

Auch ihr Subjekt ist nicht die Summe aller Bürger, die zwischen unterschiedlichen politischen Kräften wählen können, sondern das von der Partei geführte „Volk“, dem nur diejenigen angehören, die die Partei anerkennen.

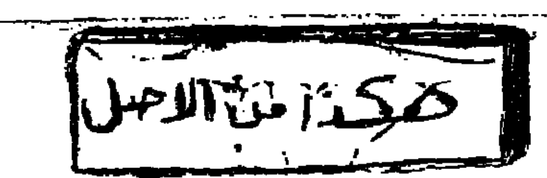
Stalin erfand hierfür 1947, so berichtet Djilas, den Begriff „Volksdemokratie“. Kräfte, die sich dem Siegeszug der kommunistischen Perversion der Demokratie entgegenstellen, wurden und werden als „Reaktionäre“, „Konterrevolutionäre“, „Revanchisten“ und „Antikommunisten“ gebrandmarkt.

Natürlich gibt es eine Physik der Macht mit Gesetzen und Regeln jenseits von Moral und Ethik. Aber die Politik einer Supermacht wird nicht allein von der Physik der Macht, von Interessenlagen und Geographie geprägt, sondern auch durch ihre politische Grundausstattung an fundamentalen Werten, in der ihr Respekt vor der Freiheit des Einzelnen enthalten oder nicht enthalten ist.

Die Äquilibristik in der Terminologie der internationalen Politik, ermutigt durch die Sowjetunion, führt zum Dispositiv einer Äquidistanz beiden Supermächten gegenüber, die sich einer an Werten orientierten Beurteilung verweigert.

Und Äquidistanz ist die Vorphase für eine politisch-psychologische Situation, in der keine amerikanische Führung den Versuchungen des Isolationismus widerstehen können wird.





Spender mit eigenem Kopf

Von PETER DITTMAR


Angenehmes Kribbeln und kalte Schauder: Kunstsammler Peter Ludwig.

Alle hoffen auf ihn und alle fürchten ihn, den Mäzen. Namen wie Peter Ludwig, Graf Panza, Lothar-Günther Buchheim jagen Museumsleuten und Stadtvätern Schauer über den Rücken, jenes angenehme Kribbeln vor der Bescherung ebenso wie den kalten Schweiß des Schreckens. Denn die Mäzene – und die drei Namen stehen für viele – sind eigenwillig, wobei das Adjektiv gleichermaßen den Charakter wie das Handeln beschreibt. Aber so gern man in Kommunen und Museen Geschenke entgegennimmt, so ungern findet man sich damit ab, daß die Spender ihren eigenen Kopf haben. Da wird schnell als Zumutung empfunden, daß sich nicht alles nach Beamtenkategorien in „Vorgänge" umgießen läßt.

Der Schock, den Lothar-Günther Buchheim vor kurzem auslöste, als er sein Versprechen zurückzog, seine Expressionistensammlung Duisburg zur Verfügung zu stellen, hat das wieder einmal bewußt gemacht. Trotzdem wird er schnell verdrängt werden. Denn Duisburg ist nicht die einzige Stadt, die ein Museum baute und dann, als es fertig war, ohne die Sammlung dastand, für die es entworfen wurde. Mönchengladbach ist es so mit der Sammlung Panza, Darmstadt mit der Sammlung Ströher ergangen. Und auch die Kölner glaubten sich schon recht sicher im Besitz der 48 Codices aus der Sammlung Ludwig, die nun dem Getty-Museum in Malibu gehören.

Diese Beispiele scheinen die Macht der Kunstförderer zu belegen. Aber das ist eine Täuschung. Hinter diesen demonstrativen Gesten der Unabhängigkeit verbirgt sich das Bewußtsein einer Götterdämmerung für Mäzene und des unaufhaltsamen Sieges der verwalteten Kunst.

Gaius Maecenas, der Mann, der der Sache den Namen gab, förderte Horaz und Vergil gewiß aus Liebe zur Dichtkunst, aber auch, weil sie den Ruhm des Augustus, dessen Freund und Minister er war, mehrten. Diese Ambivalenz von Selbstlosigkeit und Eigennutz charakterisiert im Grunde alle Mäzene. Dagegen ist auch nichts einzuwenden. Die Einwände kommen deshalb gewöhnlich von denen, die es den Mäzenen nicht gleichtun können oder wollen und ihnen die Aufmerksamkeit neiden, die sie gewinnen. So mokierten sich die Zeitgenossen Cosimo Medicis darüber, daß er an allen Bauten, die er errichten ließ, auch den kirchlichen, das Medici-Wappen anbrachte. Aber das war im Grunde nur eine Erweiterung des alten Brauches, daß sich der Stifter auf dem Gemälde oder dem Altar, den er gestiftet hatte, verewigen ließ. Warum soll sich also heute der großmütige Spender nicht mit dem bescheidenen Namensschild auf dem Gemälde, das er hergeschenkt hat, oder – nicht ganz so bescheiden – mit seinem Namen am Museum, das er füllen half, den Mitmenschen in Erinnerung bringen?

In früheren Jahrhunderten stand hinter dem Großmut der Reichen noch ein anderer Beweggrund. Vaspasiano, Biograph des Cosimo Medici, erwähnt, daß Cosimo sich zu frommen Stiftungen entschloß, weil er, „als er sich mit den weltlichen Geschäften der Stadt befaßte, dabei, wie nicht anders möglich, sein Gewissen schwer belastete". Dieses Motiv spielt bei den heutigen Mäzenen wohl kaum noch eine Rolle. Das Sammeln und Fördern von Kunst ist eher eine private Passion, die sie sich leisten und eigentlich nicht leisten können. Denn je größer und wertvoller eine Kollektion ist, desto energischer fordert das Finanzamt die Vermögensteuer ein – es sei denn, die Kunstschätze sind der Öffentlichkeit als Dauerleihgabe zugänglich. Und den Erben geht es nicht anders.

> *Die Welt läßt sich nicht mit dem Paternoster regieren.*
>
> *Alter Spruch*

Deshalb wächst die Neigung, den teuren Besitz in eine Stiftung einzubringen. Der Sammler und Mäzen, der nach seinen Vorlieben mit dem Mut zum Irrtum entschied, wird dann allerdings von einem Gremium abgelöst. Und Mäzene wachsen kaum nach, weil Steuerrecht und öffentlicher Neid als Mittel der Politik dem Sammler nahelegen, seine Schätze im Verborgenen zu hüten. Es sei denn, er kann sie wirtschaftlich nutzen.

Deshalb wird der Mäzen immer mehr vom Sponsor abgelöst, dem vor allem daran liegt, daß der Firmen- oder Institutionsname groß auf dem Plakat, dem Katalog und möglichst auch in der Ausstellungsbesprechung steht. Dabei muß es nicht nur um alte, bewährte, abgeklärte Kunst gehen. Gelegentlich wenden sich die Sponsoren auch dem Zeitgenössischen, dem Unsicheren zu. Doch für den Künstler springt dabei, außer daß er sein Werk ausstellen kann, wenig heraus. Die Entscheidung, wer und was gezeigt wird, trifft ein Komitee. Den kantigen Individualismus löst ein scheinbar demokratisiertes, allzuoft stromlinienförmiges Gremium ab, das sich nicht durch den Mut zum Wagnis, sondern durch Anpassung an herrschende Trends auszeichnet.

So unterscheidet sich das, was der Kunstkreis im BDI unterstützt, kaum von dem, wofür der aus Bundesmitteln unterhaltene Kunstfonds e. V. das Geld ausgibt. Kennzeichnend für solche Institutionen sind Anonymität und Klüngelei. Man balanciert Gruppeninteressen aus, verwechselt leicht Kunstförderung mit Sozialarbeit und bleibt bei alledem recht kurzatmig. Mit Mäzenatentum hat das kaum noch etwas zu tun. Da wird nicht mehr ein Künstler ausreichend über Jahre unterstützt. Stipendien gelten allenfalls für ein Jahr und ähneln daher eher einem großzügigen Geschenk als einer mäzenatischen Absicherung. Die geschickten Künstler hopsen deshalb von einem Stipendium zum nächsten, von dem des Kulturkreises im BDI zum Villa-Romana-Preis, oder zum Kunstfonds oder DAAD-Stipendium. Die Auswahl ist groß, die Gremien sind oft dieselben, so daß, wer einmal ausgewählt wurde, als bekannt und darum förderungswürdig zu gelten beginnt.

Der Katzenjammer beginnt allerdings spätestens, wenn das 35. Lebensjahr überschritten wurde, weil damit die Eigenschaft eines stipendienwürdigen Jungkünstlers nach den meisten Satzungen endet. Nun ist der Markt gefragt, doch für den sind die meisten Künstler nicht vorbereitet. Die Staats- und Gremienmäzene zahlen zwar pünktlich, stellen gewöhnlich auch die Werke aus, aber sie sind nicht der Freund, der lobt und kritisiert, hilft und mahnt. Gefragt sind darum Mäzene, wie ihn etwa Karl Hofer in dem Schweizer Industriellen Theodor Reinhart fand. Der verpflichtete sich und seine Erben, beginnend 1904, dem Maler zuerst 8000 Franken und bis 1908 jährlich 1000 Franken mehr zu zahlen. Dafür räumte Hofer Reinhart das Recht ein, alle Bilder, die ihm gefielen, zu behalten. Das Beispiel hat funktioniert, aber nicht Schule gemacht.



Das liegt daran, daß die verwaltete Kunst den Künstler nur als „Kunstproduzenten", nicht aber als Individuum im Auge hat. Die Vorliebe, „Projekte" – und damit Gruppen statt Individuen – zu fördern, ist dafür charakteristisch. Denn das „Projekt" kann man „dokumentieren" und als Vorgang zu den Akten nehmen. Ob es irgend jemand anderen als die Beteiligten interessiert, ist dabei völlig unerheblich. Hauptsache, man hat etwas für die „Kunst" (denn mit Kunst hat das nur wenig zu tun) getan.

Wen schert schon dabei, daß Goethe einst unmißverständlich – und heute so wahr wie damals – feststellte: „Die Kunst kann niemand fördern als der Meister. Gönner fördern den Künstler, das ist recht und gut; aber dadurch wird nicht immer die Kunst gefördert."

Dr. Peter Dittmar (50) ist verantwortlich für das Feuilleton der WELT.

„Können Sie, lieber Prey, überhaupt Verlierer sein?"

Von KLAUS GEITEL

Sein Beckmesser in Wagners „Die Meistersinger von Nürnberg", 1981 erstmals in Bayreuth den staunenden Wagnerianern vorgeführt, ist inzwischen zu einem Markenartikel geworden, wie ihn die Oper seit langem schon nicht mehr kennt. Daß ausgerechnet Hermann Prey, der alterslose Sonnyboy im Baritonfach, sich dieser Charakterpartie zuwenden und derart reiches künstlerisches Kapital aus ihr schlagen würde, konnte schon überraschen. – Klaus Geitel, Kultur-Korrespondent der WELT, sprach mit dem Sänger.

Er ist vorsichtigen Umgang mit der Stimme gewohnt: Bariton Hermann Prey (57).

WELT: Ihre Domäne, Herr Prey, das waren die lustigen Knaben wie Papageno oder die listigen wie die Figaros bei Rossini und Mozart. Hinzu kommen noch die Edeltöner wie Wolfram im „Tannhäuser" und Lortzings „Zar". Daraus hat sich so etwas wie ein Image gebildet, das Ihre Beckmesser-Interpretation nun zu sprengen scheint. Wie kam es dazu?

Prey: Die Ursprungsidee liegt lange zurück, und sie kam von Herbert von Karajan. Er wollte mich in Salzburg als Beckmesser und verkündete dazu beinahe plakativ, man müsse dem Prey „endlich etwas von seinem ‚Sympathicus' nehmen".

Den hätte ich mir ja auch sehr gern nehmen lassen. Aber dann erfuhr ich unter der Hand, daß Karajan dieser Beckmesser als ein finsterer Bleichenwang vorschwebte, spitznasig, die schwarzen, mittelgescheitelten Haare bis auf die Schultern, ein intellektuelles Elendsgeschöpf, ein Nürnbergisch Monster sozusagen – und gerade so sah ich Beckmesser nicht.

Auf einem langen, freundschaftlichen Skilauf redete ich dem Maestro Prey als Beckmesser aus, aber redete ihn mir gleichzeitig, wenn auch auf grundsätzlich andere Art, mehr und mehr ein. Ich sehe Beckmesser als ebenbürtige Alternative zu Stolzing und Sachs, einen durchaus nicht dummen, ehrgeizigen und honorigen Mann, den die Liebe auf die schiefe Bahn bringt. Man kennt das ja auch aus dem „Blauen Engel".

Als Wolfgang Wagner mich als Beckmesser nach Bayreuth verpflichtete, trug ich ihm mein Rollenkonzept vor, er akzeptierte es, und die gemeinsame Arbeit, es zu realisieren, begann. Inzwischen ist die Darstellung vielleicht wirklich noch gewachsen und reifer und reicher geworden.

WELT: Gilt es eigentlich bei der Oper wie sonst nur im Film das Image zu wahren? Am nachhaltigsten wurde es ja seinerzeit von „Tigerin" Callas und Tebaldi, der „Engelhaften" geprägt.

Prey: Natürlich formt sich – zumindest für das Publikum – auch für den Sänger mit den Jahren ein künstlerisches Image aus. Aber man folgt weniger diesem als den Gesetzen der eigenen Stimme, die es strikt zu befolgen gilt. Die Stimme bildet zwangsläufig das Image aus. Natürlich war ich versucht, Rollen wie Verdis „Rigoletto" zu singen (welcher Bariton wäre das nicht?), aber dann hörte ich in der Wiener Staatsoper, ich war noch ein junger Mann, Aldo Protti mit seiner Riesenstimme in der Narrenrolle, und ich dachte mir beinahe erschrocken: „Mein Gott, haben wir eigentlich denselben Beruf?"

Etwas anderes, weniger stimmphysiologisches als psychologisches kommt hinzu, und Günter Rennert, mein großer Meister in Hamburg, hat mich einmal beiläufig darauf verwiesen, als ich wieder einmal nach den Verdi-Partien schielte.

Er sagte mir con sordino: „Können Sie das überhaupt, mein lieber Prey: ein Verlierer sein?" Das hat mich hellhörig gemacht. Die meisten großen italienischen Baritonpartien sind halt die der Verlierer. Das war mir bis dahin noch gar nicht so recht aufgegangen. Eins aber begriff ich sehr schnell: Der Verlierer Beckmesser war meiner Stimme gemäßer. Darum sang ich ihn. Letzten Endes bin ich ja auch hauptsächlich ein Liedersänger, kein Opernsänger allein. Da lernt man, mit der Stimme vorsichtig umzugehen.

WELT: Wo lernt man das?

Prey: Heute offenbar gar nicht mehr. Man muß ja nur alte Aufnahmen von Gigli hören und neue von Pavarotti. Dazwischen liegen Welten. Ich hatte das Glück, auf Joseph Keilberth zu stoßen, meinen zweiten großen Förderer. Er nahm mich buchstäblich bei der Hand, sogar mit von Hamburg nach München und überwachte meine Entwicklung. Sowas gibt es heute nicht mehr. Er verbot mir geradezu, den Mandryka in Richard Straussens „Arabella" unter anderer als seiner Leitung zu singen. Er allein verstünde es, im Orchester das stimmschonende Fortepiano herzustellen, das einem Sängerleben künstlerisch Dauer gibt. Mit Brio im Pianissimo zu singen – darin besteht schließlich die Kunst.

WELT: Singt man heute nicht mehr so wie damals?

Prey: Ich bin gar nicht geneigt, die Vergangenheit einzig durch die rosarote Brille zu sehen. Man vergißt nur zu leicht Schrecklichkeiten und schwärmt für die Außerordentlichkeit von damals, die sich aber auch schon damals sehr rar machte. Doch sie bleibt der Erinnerung eingebrannt. Heute haben sich durch die Langspielplatte die Kriterien des Musikmachens stark verändert. Aber schon früher gab es diesen Fluch, sich auf wechselnde Rezeptionsgewohnheiten einstellen zu müssen. Als ich in New York in der Metropolitan erstmals den Wolfram im „Tannhäuser" sang, sagte mir mein Manager hinterher: „Ich glaube, das war zu fein." Ich verstand das gar nicht – bis ich George London hörte.

WELT: Blutwurst-Oper also, vollsaftig?

Prey: Volldampfsingen. Das waren die New Yorker gewöhnt. Zum Ausgleich komme ich ihnen jetzt zehn Jahre lang ungewöhnlich leise. Meine alljährliche „Schubertiade", die ich regelmäßig im November, um Schuberts Todestag herum, im Wiener Musikverein durchführe und die das Werk Schuberts in chronologischer Reihenfolge vorstellt, erhält ein Frühjahrspendant in New York. Der Zehnjahresvertrag darüber wurde gerade geschlossen.

WELT: Sollte nicht ursprünglich Hohenems ihre Schubert-Bastion sein?

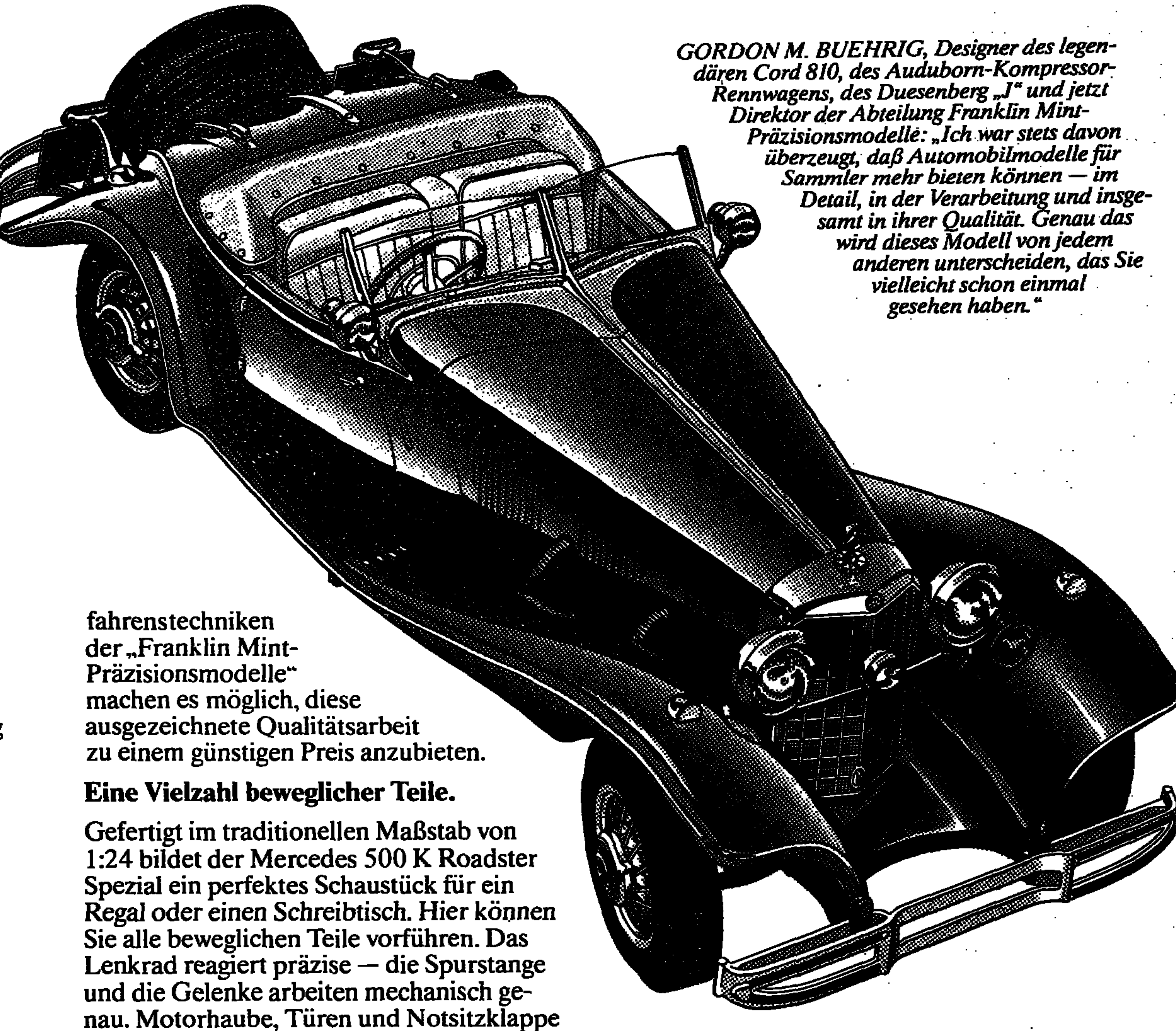
Prey: Das war sie anfänglich auch. Ich habe Hohenems im Grunde ja erst der musikalischen Landkarte Europas eingezeichnet. Mit meinem Namen haben sich andere nun einen Namen gemacht. So bin ich von Hohenems ins Exil, erst nach Wien, nun nach New York gegangen. Auch dort hat man Ohren für Schubert. Und nicht nur dort.

Es ist ja auffällig, daß an unseren Hochschulen häufig die eifrigsten Studenten Japaner und Koreaner sind. Schon früh um sieben sind sie genug bei Stimme, um sich ein Probenzimmer zu sichern. Dieser Ehrgeiz, dieser Fleiß reißen jetzt die andern mit hoch. Vielleicht geht die Zeit der Nachwuchsstagnation nun doch allmählich vorbei.

Eröffnung der ersten Franklin Mint-Serie von Präzisions-Modellen in Spritzguß.

Der Mercedes 500 K Roadster Spezial

Von Hand zusammengefügt und bis zum letzten Schliff von höchster Qualität.
Ein Sammlermodell, das man stolz präsentiert.



GORDON M. BUEHRIG, Designer des legendären Cord 810, des Auduborn-Kompressor-Rennwagens, des Duesenberg „J" und jetzt Direktor der Abteilung Franklin Mint-Präzisionsmodelle: „Ich war stets davon überzeugt, daß Automobilmodelle für Sammler mehr bieten können — im Detail, in der Verarbeitung und insgesamt in ihrer Qualität. Genau das wird dieses Modell von jedem anderen unterscheiden, das Sie vielleicht schon einmal gesehen haben."

Bitte geben Sie Ihre Bestellung bis 30. April 1986 auf.

DIE ERSTE AUSGABE einer Serie ist traditionsgemäß von großem Sammlerinteresse — besonders dann, wenn es sich um Automobilmodelle handelt. Diese zu sammeln zählt nicht nur zu den faszinierendsten Hobbys, sondern hat heute in aller Welt einen neuen Höhepunkt an Beliebtheit erreicht.

Franklin Mint freut sich, Ihnen jetzt seine erste Serie von maßstabgerechten Sammlermodellen in Spritzguß ankündigen zu können:
Die berühmten klassischen Sportwagen.

Gefertigt unter der Anleitung des bekannten amerikanischen Automobildesigners Gordon M. Buehrig ist dies die erste Ausgabe von „Franklin Mint-Präzisionsmodellen". Eingeleitet wird die neue Sammlung mit der exakten Nachbildung des weltberühmten Mercedes 500 K.

Experten wie Enthusiasten waren begeistert von seiner fortschrittlichen Formgebung und seiner beachtlichen Leistungskraft.

Die Nachbildung dieses „Klassikers" beginnt mit einem skulptierten Prototyp. Jede Wölbung, jede Linie, jedes Einzelteil — alles hat ein erfahrener Modellbauer sorgfältig nachgeformt. Dieses handgefertigte Musterstück wird dann zerlegt und dient als Grundlage für die Anfertigung der mehr als 100 Gußformen, die für ein einzelnes Modell erforderlich sind.

Zwischen diese Gußformen wird flüssiges Metall gespritzt, um Kotflügel, Motorhaube und Rahmenteile herzustellen. Die Speichenräder und die Karosserieverzierung werden gegossen. Jedes Einzelstück wird überprüft, bemalt und noch einmal genau kontrolliert. Alles ist individuelle Handarbeit. Abschließend wird das Modell von Hand zusammengefügt — aus mehr als 100 Einzelteilen.

Hier handelt es sich um ein Modell mit einem Qualitätsstandard, wie er nie zuvor zu diesem günstigen Preis erhältlich war. Die vorzüglich entwickelten Verfahrenstechniken der „Franklin Mint-Präzisionsmodelle" machen es möglich, diese ausgezeichnete Qualitätsarbeit zu einem günstigen Preis anzubieten.

Eine Vielzahl beweglicher Teile.

Gefertigt im traditionellen Maßstab von 1:24 bildet der Mercedes 500 K Roadster Spezial ein perfektes Schaustück für ein Regal oder einen Schreibtisch. Hier können Sie alle beweglichen Teile vorführen. Das Lenkrad reagiert präzise — die Spurstange und die Gelenke arbeiten mechanisch genau. Motorhaube, Türen und Notsitzklappe können geöffnet und geschlossen werden. Es gibt ein Armaturenbrett mit allen Instrumenten, bequeme Sitze, Bodenbeläge aus Velours und eine detaillierte Motornachbildung, einschließlich des Kompressors.

Dann all die vielen Feinheiten, die der Besitzer dieses Modells bei genauer Betrachtung entdecken wird. Der klassische Schimmer und die Farbtiefe echten Autolacks. Das Styling ist geschmackvoll und absolut authentisch. Selbst die Höhe der Trittbretter entspricht im Maßstab genau den Originalabmessungen.

Sie erhalten außerdem eine interessante Beschreibung der Geschichte dieses klassischen Tourenwagens, die alles Wissenswerte enthält.

Bitte bestellen Sie bis 30. April 1986

Die Modelle sind exklusiv durch Direktbestellung bei „Franklin Mint-Präzisionsmodelle" erhältlich. Wenn Sie aber Wert auf eine möglichst frühe Auslieferung legen, sollten Sie den Bestellschein bis spätestens 30. April 1986 zurücksenden.

Bitte hier abtrennen und noch heute einsenden.

BESTELLSCHEIN

Der Mercedes 500 K Roadster Spezial

Bitte bis 30. April 1986 aufgeben.

FRANKLIN MINT GmbH
Alte Landstraße 21,
8012 Ottobrunn bei München

Bitte nehmen Sie meine Bestellung für das Modell „Der Mercedes 500 K Roadster Spezial" entgegen. Es wird in Spritzguß geschaffen und mir fertig zusammengesetzt zum sofortigen Aufstellen zugesandt. Der Ausgabepreis beträgt DM 195,— (inkl. Mehrwertsteuer, Verpackung und Versand) und wird mir in drei Monatsraten von je DM 65,— berechnet. Eine Zahlung ist jetzt noch nicht erforderlich.

Ich bezahle drei Monatsraten von je DM 65,— nach Erhalt des Modells per Überweisung.

Name (Bitte in Blockschrift)

Str./Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift
(Die Annahme der Bestellung bleibt vorbehalten. Ich erhalte eine Bestätigung meiner Bestellung.)
RCH 1

FRANKLIN MINT PRÄZISIONSMODELLE

Detaillierte Motorteile: Zündspule, Vergaser, Kompressor.

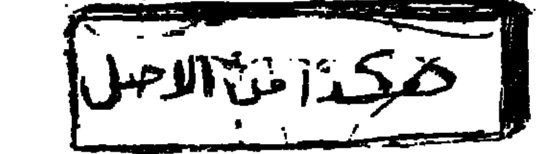
Das Lenkrad und alle vier Räder sind voll funktionstüchtig.

Notsitzdeckel kann geöffnet und geschlossen werden.

Zwei aufgesetzte Ersatzräder, authentische Zierleisten aus Metall.

Absolute Paßgenauigkeit bei Motorhaube, Türen und Rücksitzdeckel — der klassische Glanz echten Autolacks.

Komplett und maßstabgerecht - bis hin zur Höhe der Trittbretter.



Noch geht der Mythos über die Dörfer

Von L. SCHMIDT-MÜHLISCH



Rückgriff auf die alten Mythen: Peter Lühr in „Merlin oder Das Wüste Land".

Als der Berliner Theaterkritiker Friedrich Luft 1946 zum erstenmal vor das Mikrophon des RIAS Berlin trat, da stellte er eine Frage, die besorgt klang, aber auch den optimistischen Willen zur Gestaltung verriet: „Was nutzt es, wenn wir uns nun das neue Haus bauen, und siehe: wir haben den Inhalt vergessen, den Geist, der in ihm wohnen soll?"

Vom Bau des neuen Hauses redet heute schon niemand mehr, es sei denn, im Zusammenhang mit der „Neuen Heimat". Aber welcher Geist lebt denn nun in diesem Haus? Noch einmal Friedrich Luft 1946: „Die Dichter – laßt jetzt endlich hören, was sie uns zu sagen haben!" Was haben sie uns denn zu sagen, heute, nach 40 Jahren? Nach dem Krieg sagte uns Wolfgang Borchert mit der Emphase des Geschundenen: „Nie wieder!" Brecht hoffte immer noch auf die soziale Revolution. Zuckmayer fragte verhalten nach dem Zerbrechen deutscher Identitäten.

Das Zerrissene wurde zum Signum. Unter dem Einfluß von Beckett und Ionesco veränderte die deutsche Problematik – der Widerspruch zwischen äußerem Aufbau und innerer Fragwürdigkeit – ihre Perspektiven. Die Schweizer Max Frisch und Dürrenmatt lieferten ins ontologische Zweifeln ausgreifende Melodien zum Absurden der menschlichen Existenz. Andere, Grass, Walser, Hochhuth, wurden konkreter. Es begann eine Art Rückversicherung im Dokumentarischen. Und schließlich der Umbruch *ins Politische:* Peter Weiss zum Beispiel oder Franz Xaver Kroetz. Wenn schon bei der Metaphysik nichts zu holen war, dann wenigstens im Sozialen. Aber auch solche Hoffnungen erloschen, die lustvoll geschwenkten Fahnen gingen nieder oder wurden verbissen weitergeschwenkt. In verquälten Gefängnisreports, Arbeitslosen-Betrübnissen, Emanzipations-Tiraden.

Und folgerichtig kamen die Defätisten zurück. Heiner Müller findet die Weltgeschichte schlicht zum Erbrechen. Thomas Bernhard reißt sich eine Jammeriade nach der anderen von der trüben Seele. Kroetz ist inzwischen auch schon wieder beim Hader mit dem „lieben" Gott angekommen. Waren das also die Geister, die eingezogen ins neue Haus? Die deutschsprachige Nachkriegsdramatik – und das gilt mit Abstrichen für das ganze deutsche Theater – war wesentlich bestimmt von einem manchmal verbissenen, manchmal geradezu lustvollen Kampf am Abgrund.

Je strahlender die Sonne von außen das neue Haus zu beleuchten schien, umso stärker wurde im Inneren *das Bedürfnis nach einer welt*kriegserprobten Not-Beleuchtung. Der Camus-Satz, wonach man davon auszugehen habe, daß das Leben absurd sei, daß man bei dieser Einsicht aber nicht stehen bleiben dürfe, hat zwar in den 50er und beginnenden 60er Jahren eine ganze Generation fasziniert; aber gehört hat man in Deutschland meist nur die erste Hälfte der These. Überschwängliche Hoffnung, das ist das Dilemma jedenfalls der deutschen Bühnenliteratur, hat hierzulande nur zu leicht die Entsprechung in einem fast masochistischen Trübsinn.

Die Unvollkommenheit zu akzeptieren, ohne deshalb in Hoffnungslosigkeit zu verfallen, bereitet auch den Dramatikern offenbar eher wachsende Schwierigkeiten. Die vielbeschworenen Gegenbilder des Theaters werden entweder als „Verklärung" und Realitätsflucht denunziert oder als Parteiprogramme mit der Macht eines quasi religiösen Glaubensbekenntnisses verkündigt.

Um in Friedrich Lufts Bilde zu bleiben: Der Geist ist nicht recht eingezogen ins neue Haus, jedenfalls *nicht mit dem Willen, es zu bewohnen.* Er lebt zwischen Tür und Angel, manchmal nimmt er im komfortablen Hauszelt im Vorgarten Platz. Aber die Heimatlosigkeit erzeugt auch Sehnsüchte. Und so beginnt man hier und dort im Keller zu graben.

Es ist nicht zu übersehen, daß auch bei den striktesten Einzugs-Verweigerern unter den deutschen Gegenwartsdramatikern sich Identitätsbedürfnisse rühren, und seien sie noch so verkniffen, noch so verquer. Ausgerechnet Franz Xaver Kroetz, einer der Säulenheiligen des Sozialglaubens, mußte sich im letzten Jahresheft der Zeitschrift „Theater heute" die Rüge gefallen lassen: „Kroetz mystifiziert. Er ist auf dem Weg durchs wüste Land. König Artus hat die Tafelrunde der Sozialankläger verlassen und klagt nun Gott und Welt, Blut und Boden an." Die Fäkalien fliegen nur so; der Weg zur Toilette ist für Kroetz noch lange nicht gangbar; aber die einfache Verweigerung in Erwartung des Paradieses scheint auch für diesen Autor („Bauern sterben") keine Perspektive mehr zu besitzen.

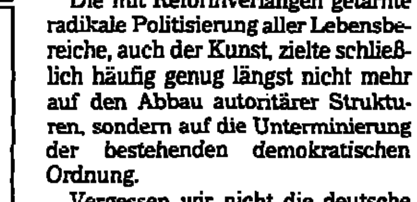
Es ist mehr als eine zufällige Pointe, *daß sich auch Herbert Achtern*busch zwecks Wurzelausgrabung intensiv um die Landwirtschaft bemüht. Eine seiner letzten Bühnenfiguren, der Bauer und Bienenzüchter Gust, kämpft in brutaler, alttestamentarischer Weise gegen den Tod, um eine Art individueller Unsterblichkeit, indem er das Sterben derart entmystifiziert, daß es schon wieder umschlägt ins Religiöse. Achternbusch hat immer eine Art familiärer Mythologie betrieben, wohl weil er sich davor fürchtete, bei seiner Vergangenheitsbewältigung den Boden unter den Füßen zu verlieren. Aber seine bislang extremste Todesbeziehung, die des „Gust", zeigt den dialektischen Umschlagpunkt an. Und außerhalb Bayerns kann der nicht liegen. Diesen Verneinungen an der Grenze eines neuen, vielleicht wieder tragenden Mythos stehen einige ernstzunehmende Versuche voran, einen Mythos überhaupt zu begründen. Am radikalsten hat das wohl Peter Handke *mit seinem Stück* „Über die Dörfer" (!) begonnen. Das Stück will über die Sprache, über die Versinnlichung der Begriffe, über die Sublimierung der Realitäten ein Bewußtsein erzeugen, das sich nicht der Selbsterklärung des Faktischen anheimgibt. „Weist mit Entschiedenheit zurück das Geleier von den Nachgeborenen. Wir sind die Ebenbürtigen!" Und: „Wir können nicht nichts sein wollen!" Mit einem derart verzweifelt enthuisiastischen Selbstbehauptungswillen rückt Handke der Heimat- und Identitätslosigkeit zuleibe. Zum Beispiel mit dem Versuch, die Arbeitswelt aus ihrer extremen Gegen-Menschlichkeit herauszunehmen, dem Menschen zurückzugeben – da liegt, trotz mancher verqueren Gewaltsamkeit im Detail, eine für unsere Dramatik ganz ungewöhnliche Perspektive.

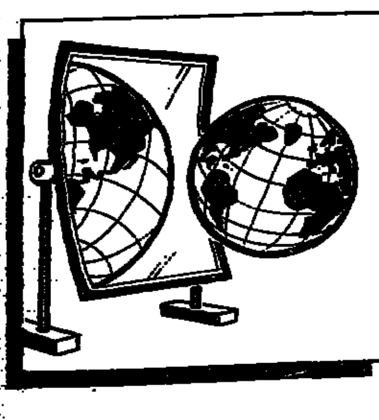
Ganz anders die Auseinandersetzung mit dem Mythos, die Tankred Dorst *mit* seinem Stück „Merlin" unternahm. Im Gegensatz zu Handke greift Dorst auf einen Mythos zurück. Die Tafelrunde des König Artus und der idealistische Zauberer Merlin stehen am Anfang der atlantischen Geschichte. Sie sind für Dorst jene Erlösungs-Versprechen, die mit Glücksverheißungen ganze „Völker geradewegs in die Hölle führen". Dorst nutzt den Mythos zur Selbsterkenntnis; und der letzte Mensch, der am Ende schreit: „Was wird aus mir?" – der bedarf eines neuen, tragfähigeren Mythos, der dem Menschen die Unvollkommenheit nachsieht.

Von Botho Strauß stammt der Satz: „Wir brauchen Schaltkreise, die zwischen dem Einst und dem Jetzt geschlossen sind, wir brauchen schließlich die lebendige Eintracht von Tag und Traum." Damit formuliert Strauß nichts anderes als Handke und Dorst. Seine jüngsten Stücke „Der Park" und „Die Fremdenführerin" sind Versuche in einer Richtung, in der die Zukunft eines deutschen Theaters liegen könnte: Endlich die Dualismen zu überwinden, den Traum als Korrektiv des Alltags zu begreifen und den Alltag als Korrektiv des Traumes. Daß Strauß ausgerechnet mit diesen beiden Stücken gescheitert ist, die sich mit unserer Unfähigkeit zur Antike und zur Traum-Dichtung Shakespeares beschäftigen, sollte nicht verwunderlich sein. Noch findet nämlich der Zugriff auf einen neuen Mythos nur im Kopf statt; noch mag auch ein *Botho Strauß der enttäuschenden* Wirklichkeit keine Überhöhung ganz zuzubilligen. Zu lange entwöhnt, geht die deutsche Dramatik auf der Suche nach einem neuen Mythos noch „über die Dörfer".

Lothar Schmidt-Mühlisch (47) ist Theaterkritiker und Leitender Redakteur der WELT.

Die Welt ist Gottes lebendiges Abbild.
Thomas Campanella





Renaissance der Wunderkammern

Von Prof. Dr. ERICH STEINGRÄBER

Mit zunehmenden Zweifeln am Segen des Fortschritts wächst das Bewußtsein, daß Natur und Kunst unser wertvollstes, aber auch ständig gefährdetes Kapital bilden. Landschafts- und Umweltschutz, Denkmalpflege und Museen sind gleichermaßen aufgerufen, diese Schätze zu hegen und zu pflegen. Der moderne, von der Technik faszinierte Mensch darf nicht nur *verändern,* sondern er muß auch *konservieren,* weil für das meiste, was seit der industriellen Revolution vor zweihundert Jahren liquidiert worden ist, kein gleichwertiger Ersatz angeboten wurde. In unserer von Technokraten beherrschten Gesellschaft darf die Stimme des Konservators nicht verstummen.

Das Museum gehört zu den bedeutendsten schöpferischen Leistungen des Historismus. Hervorgegangen aus dem Natur und Kultur umspannenden Gesamtkunstwerk der fürstlichen „Kunst- und Wunderkammer", aber auch aus dem Bürgerstolz und Geschichtsgefühl der Romantik, haben sich im 19. Jahrhundert jene systematisch unterschiedenen Sammlungstypen entwickelt, wie sie bis heute unsere Vorstellung vom Museum bestimmen: das naturhistorische, das kulturhistorische und das Kunstmuseum.

Nur im Verbundcharakter mancher Heimatmuseen lebt die alte Kunstkammer noch fort. Unsere Museen haben viele durch die sozialen Umwälzungen und Säkularisierungsprozesse gefährdeten oder heimatlos gewordenen *Natur- und* Kulturschätze nicht nur vor dem Untergang bewahrt, sondern sie haben auch unser zeitliches und räumliches Bewußtsein ganz entschieden erweitert und uns damit zur Toleranz, zur pluralistischen Einstellung, zum Verständnis gegenüber dem anderen erzogen. Die Schatzkammern des historischen Erbes der Menschheit haben einen durchaus nicht zu unterschätzenden Anteil am neuzeitlichen Demokratisierungsprozeß.



Prof. Dr. Erich Steingräber ist seit 1969 Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen in München.

„Das Museum ist eine Schöpfung der modernen sozialen Gesinnung und das demokratischste aller Bildungsinstitute, das jedermann ohne Legitimationsprüfung den Vorteil seiner stummen Belehrung gewährt." Als Gustav Pauli (Das Kunstmuseum der Zukunft, 1919) dies schrieb, hatte das Museum schon ein Stück des Weges in Richtung auf ein allen Bürgern offenstehendes Haus zurückgelegt. Die Forderung des „Volksmuseums" anstelle des vom Bildungsbürgertum getragenen „Gelehrtenmuseums" geht in Deutschland wenigstens bis in die 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück, als der Direktor der Hamburger Kunsthalle Alfred Lichtwark seine „Übungen im Betrachten von Kunstwerken" veröffentlichte. Auf der 12. Konferenz der „Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen", die 1903 unter dem Thema „Die Museen als Volksbildungsstätten" in Mannheim stattfand, hielt er eine zukunftweisende programmatische Rede.

Das Museum unterscheidet sich von allen anderen Bildungsinstitutionen und Medien, weil wir es allein in ihm mit anschaulichen und greifbaren Artefakten zu tun haben.

Im Jahre 1925 schrieb Georg Kerschensteiner zu den Aufgaben des Deutschen Museums in München: „Die Organisation eines Museums, das durch Erkennen bilden will, ist nichts anderes als eine Lehrplankonstruktion, nur daß hier die Konstruktion nicht wie in den Schulen mit dem Schatten der Dinge, nämlich mit den Worten, sondern mit den Dingen selbst arbeitet."

Die klassischen, bis heute gültigen Aufgaben aller Museen sind: Sammeln, Bewahren, Erforschen und Bilden. Dennoch können die Probleme der Museumspraxis nicht auf generelle, für alle Museen gültige Weise diskutiert werden.

Die pädagogisch-didaktische Vermittlung wird sich in einem Museum, das die Geschichte der Technik veranschaulicht, stärker als in einem Kunstmuseum auf das erklärende Wort und auf audiovisuelle Medien stützen können. Eine Gemäldegalerie informiert nicht nur, dient nicht nur der Bildung, sondern bereitet als Kontrast zur alltäglichen Arbeitswelt auch Genuß und Erbauung.

Die Didaktik darf das einmalige Kunstwerk nicht zur Illustration eines Lehrbuches degradieren. Das Kunstwerk ist eben doch mehr als *nur ein Spiegel der sozioökonomischen* Umwelt seiner Entstehungszeit.

Es liegt in der Natur des Kunstmuseums, daß es kritischen Vorwürfen und ideologischer Vereinnahmung häufiger ausgesetzt war, als die naturhistorischen oder die der Technik gewidmeten Museen. Schon 1909 forderte Marinetti im Ersten futuristischen Manifest, die Museen und Bibliotheken, diese „Friedhöfe der Vergangenheit" zu verbrennen.

Die industrielle Massenkultur leistete im Verein mit der Lehre des materialistischen Marxismus der Aushöhlung des Originalitätsbegriffes Vorschub. Am radikalsten hat Walter Benjamin im Jahre 1936 die für ihn „unheimlichen", weil unkontrollierbaren Begriffe wie Schöpfertum und Genialität, das heißt das im Grunde unbeschreibbare Geheimnis des Kunstwerkes, seine Aura, in Frage gestellt.

Auf Benjamin beriefen sich gerne die ikonoklastischen Apo-Ideologen, die mit der Frage nach der „gesellschaftlichen Relevanz" Kongressen, *Podiumsgesprächen* und ganzen Festschriften Nahrung gaben. Sie forderten, das Kunstwerk als Produkt seiner Rezeptionsgeschichte zu begreifen.

Wir haben die lautstarken Parolen noch im Ohr: Die Museumsdirektoren wollten immer nur die heile Welt, den ästhetischen Genuß und mithin den Status quo des behaglichen bürgerlichen Kulturbetriebes gegen jeden aufrüttelnden Eingriff verteidigen.

Die mit Reformverlangen getarnte radikale Politisierung aller Lebensbereiche, auch der Kunst, zielte schließlich häufig genug längst nicht mehr auf den Abbau autoritärer Strukturen, sondern auf die Unterminierung der bestehenden demokratischen Ordnung.

Vergessen wir nicht die deutsche Gründlichkeit: Der von den massenmedialen Multiplikatoren angefeuerte Zeitgeist tobte sich in der Bundesrepublik Deutschland mehr denn anderswo aus.

Auch so mancher Kunstbeamter ist vor ihm in die Knie gegangen oder hat doch aus der fatal deutschen Angst vor Rückständigkeit immer wieder Verbeugungen nach allen Seiten gemacht.

Unsere Museen haben zweifellos von ihren Kritikern profitiert. Sie sind heute als beliebte Dienstleitungsbetriebe „in" wie noch nie zuvor. Von „Schwellenangst" kann keine Rede mehr sein.

In den siebziger Jahren entstanden fast dreihundert neue Museen in der Bundesrepublik. Die Besucherzahlen sind dabei ständig im Steigen begriffen.

Es bedarf keines Orakels, um vorauszusagen, daß mit fortschreitender Technik und der daraus resultierenden Verkürzung der Arbeitszeit das Problem einer sinnvollen Freizeitgestaltung weiterhin wachsen wird.

Das Museum als Hüter unseres geschichtlichen Erbes trägt zum Selbstverständnis des Menschen bei. Es bewahrt uns unsere Geschichte und hält sie lebendig. Carlo Schmid erinnerte einmal in diesem Zusammenhang an die Worte aus der Aeneis „*Tantae molis* erat Romanam condere gentem" – und übersetzte frei: So vieler Mühewaltung von Geschlechtern hat es bedurft, um das Römische möglich zu machen.

In der Sichtbarmachung der historischen Dimensionen der Gegenwart erfüllt das Museum in unserem posthistorischen Zeitalter, dessen gestaltender Faktor die Technik ist, eine wichtige Aufgabe: damit unsere technokratische Gesellschaft nicht das historische Gedächtnis verliert.



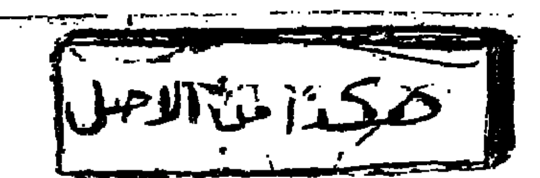
VOLTAIRE
*21. 11. 1694, †30. 5. 1778

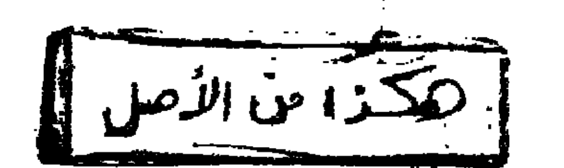
IHRE MEINUNG IST DAS GENAUE GEGENTEIL DER MEINIGEN, ABER ICH WERDE MEIN LEBEN DARAN SETZEN, DASS SIE SIE SAGEN DÜRFEN.

Frankfurter Rundschau

Unabhängige Tageszeitung

ZUM VIERZIGJÄHRIGEN GEBURTSTAG AN »DIE WELT«





Pankraz, die Pietà und der Flugschreiber

Unter den Agenturmeldungen der jüngsten Zeit hat Pankraz am meisten jene bewegt, die das Flugschreiber-Tonband eines abstürzenden japanischen Jumbos mitteilte. Das letzte, was man auf dem Band hatte hören *können, war der Ruf* des Copiloten gewesen: „Hoch, um Gotteswillen, hoch!" Unmittelbar davor jedoch die gelassene, völlig sachliche Ansage der Bordstewardeß: „Stellen Sie Ihre Rückenlehnen senkrecht, die Mütter unter Ihnen nehmen bitte ihr Kind in die Arme und reden ihm beruhigend zu!" Danach, wie gesagt, nur noch der Schreckensruf des Copiloten und dann ein gräßliches Krachen und Schmettern – das Ende der Crew und aller zweihundert Passagiere.

Wie sehr bewunderte Pankraz das Mädchen in dem Stewardeß-Kimono, das während der Absturzminuten so tapfer seinem letzten Borddienst nachgegangen war! Hatte es, während es im Inneren für sich selbst vielleicht ein demütiges schintoistisches Totengebet repetierte, aus einer Textanweisung der Fluggesellschaft für hoffnungslose Absturzfälle vorgelesen? Oder war der Rat an die Mütter seine eigene Eingebung gewesen, inspiriert von der eigenen Mütterlichkeit und womöglich noch von einer fröhlichen Tändelei, auf die es sich während des Flugs *mit diesem* oder jenem Baby unter den Fluggästen eingelassen hatte? Wie auch immer – diese Bordansage rührte ans Herz, war ein großes Dokument menschlicher Charakterstärke und hingebungsvoller Fürsorge.

Dabei war sie im Grunde unnötig, denn mit Sicherheit hat jede Mutter in dem Unglücksjet während der schrecklichen Minuten des taumelnden, nicht mehr kontrollierbaren Absturzes ohnehin das Richtige getan, und dieses Richtige bestand eben in der bergenden Umarmung ihres erschreckten Kindes und im beruhigenden Einreden, aus dem jegliche Verzweiflung und Schmerzensangst verschwunden waren, hinweggedrängt von der alles überschwemmenden Sorge um das Kind und um sein Wohlergehen noch in der Katastrophe.

Idealisiert Pankraz hier irgend etwas? Er glaubt es nicht, erinnert er sich doch an ein anderes Pressedokument, auf dem mütterliche Fürsorge im Augenblick höchster Todesnot so spontan und so machtvoll zum Ausdruck drängt, daß man sofort weiß: Hier manifestiert sich nicht nur die Seelenstärke einer einzelnen Mutter, sondern die Stärke mütterlicher Zuwendung überhaupt, die sich gerade in aussichtsloser Lage angesichts des Todes immer und überall bewährt.

Gemeint ist das berühmte Kriegsfoto von Robert Capa aus dem Jahre 1944, auf dem französische Dörfler ihren Spaß mit einem „Besatzerflittchen" und seinem Baby treiben. Das Mädchen war während der Besatzung mit einem deutschen Leutnant befreundet, von dem es auch das Kind bekam. Nun ist es für die „Sieger" zum Freiwild geworden. Man hat ihm den Kopf kahlgeschoren, jagt es durch die Straßen, wird es am Ende der Hatz samt seinem „Bankert" zweifellos totschlagen. Denn völlig mitleidlos und eindeutig mordlustig bleckt das Grinsen auf den Visagen der johlenden Meute. Ein schreckliches Foto, eines der schrecklichsten Fotos, das es überhaupt gibt.

Und doch auch eines der großartigsten. Denn das Antlitz der jungen Mutter (eines sehr feinen Mädchens übrigens, mit eleganten Schläfen) ist derart konzentriert auf das Kind in ihren Armen gerichtet, daß ihm keine noch so erschütternde Pietà eines Bellini oder Giotto, eines Anselm Feuerbach oder Max Klinger darin gleichkommt. Die Gestalt in der Meute, von hinten auf Tempotrab gestoßen, bewegt sich ganz automatisch, die Beine eilen wie von allein, man sieht: Die Schande, die da einer schönen Frau angetan wird, und der eigene Tod spielen für sie nicht die geringste *Rolle*, ihr geht es einzig um das Kind, daß es das Kind warm hat in seinem Laken, daß die stolpernden, hastenden Bewegungen nicht durchschlagen auf den kleinen Körper.

Ist das Foto auch wahr? Die „großen" Kriegsfotografen, die Capa und Cartier-Bresson und Seymour, sie haben ja, wie man inzwischen weiß, so mancherlei schamlos zusammengetürkt. Capas „sterbender Spanienkämpfer" zum Beispiel, der, angeblich gerade von einer feindlichen Kugel getroffen, hilflos den Sandhang hinunterrutscht – er war nicht nur „gestellt", sondern in vielen Einstellungen regelrecht erarbeitet. Eine ganze Rotfrontkämpfer-Abteilung ist Capa zuliebe viele Male den Hang hinuntergerutscht, Capa knipste und knipste und wählte schließlich den gelungensten „Schuß" aus, um ihn als „aktuelles Frontbild" in die Geschichte eingehen zu lassen.

So könnte es also sein, daß auch das Foto mit der gejagten Mutter irgendwie gestellt worden ist, daß die gutgelaunten Jäger mit den selbstgedrehten Zigaretten im Maul irgendwelche Anweisungen erhielten, so oder so zu posieren. Für das kahlgeschorene Mädchen freilich wird all dies völlig unerheblich gewesen sein. Die Komödie wird es innerlich so wenig berührt haben wie die Tragödie angesichts der Aufgabe, das Kind so lange wie möglich zu beschützen.

Dr. Günter Zehm, Jahrgang 1934, ist stellvertretender Chefredakteur und Leiter der Kulturabteilung der WELT. Unter dem Zeichen „Pankraz" schreibt er seit 1976 jeden Montag eine kritische Kolumne.

Pankraz seinerseits hat hier eine Antwort auf die Frage, die ihm so mancher seiner Leser schon gestellt hat: Warum er denn bei seinen Betrachtungen so oft auf simple Agenturmeldungen und so selten auf Fernsehsendungen Bezug nehme. Man lebe doch im Zeitalter des Bildes und der Bild-Authentizität; viel mehr Leute sähen heutzutage fern oder schauten sich Bilder an, als daß sie Zeitungen mit Agenturmeldungen läsen, und darauf müsse auch ein Kolumnenschreiber Rücksicht nehmen.

Aber man *muß* wohl das eine tun, ohne das andere zu lassen, und dabei dem Schreiber stets das Prä einräumen. In der vom Fotografen Capa unfreiwillig ins Bild gebrachten Pietà des normannischen „Besatzerflittchens" spiegelt sich dann erhellend das Heldentum einer japanischen Stewardeß, das der Flugschreiber, ganz und gar objektiv und unwiderlegbar, für die Nachrichtenagentur und damit für die Welt festgehalten hat.

Pankraz



Bilanz eines Weltreisenden aus Rom: Es geht doch nichts über Italien! Die Peterskirche im Zentrum der Ewigen Stadt gehört dazu.

Kein Gedanke an Götterdämmerung

Von FRIEDRICH MEICHSNER

Mein Freund Giuseppe ist „costruttore". In den goldenen sechziger Jahren des italienischen Wirtschaftswunders hat er sich vom Handlanger zum kleinen, selbständigen Bauunternehmer hochgearbeitet. Vor fünf Jahren befand er trotz Krise im Baugewerbe: „Man muß die Welt kennenlernen." Zuerst fuhr er mit seiner Frau auf Urlaub nach Kenia, dann in die Sowjetunion, danach in die USA, nach Paris und auf die Malediven. Jetzt ist er gerade aus Kuba zurückgekommen. Die gesammelte Erkenntnis all dieser Erkundungstouren brachte er auf die Formel: „Es geht doch nichts über Italien! Wir leben wahrhaftig in einem Paradies." Laura, seine Frau, stimmte uneingeschränkt zu – sogar mit dem leicht kritischen Schlenker gegenüber dem unumstrittenen Familienoberhaupt: „Bring mich bloß nicht wieder in ein unterentwickeltes Land!"

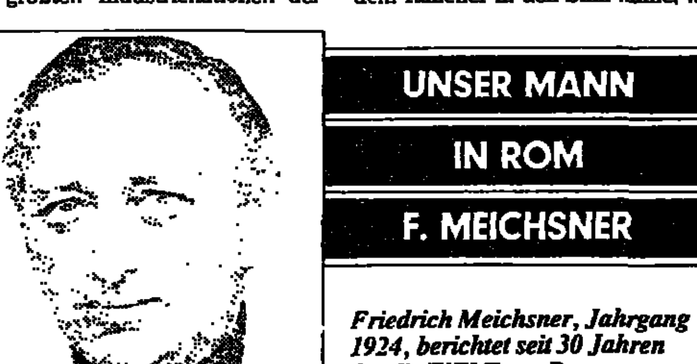
Hätte ich an diesem Punkt eingeworfen, daß sich so manchem Nationalökonomen in Deutschland und in anderen europäischen Ländern die Haare sträuben, wenn er dieses Italien in Zahlen betrachtet, ich wäre mit Sicherheit auf völliges Unverständnis gestoßen.

Eine aufgelaufene Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand im Werte von mehr als 1000 Milliarden Mark, eine Summe, die das Bruttosozialprodukt des vergangenen Jahres um sieben Prozent übersteigt? Eine jährliche Neuverschuldung des Staates um 155 Milliarden Mark, wovon fast die Hälfte durch Zinsen entsteht? Eine Schuldenexplosion, die fünfmal stärker ist als diejenige Frankreichs? Ein jährliches Haushaltsdefizit, das 16 Prozent des Bruttosozialproduktes ausmacht? „Aber hör auf", hätte mir Giuseppe höchstwahrscheinlich entgegengehalten. „Das mag ja alles sein, und sicherlich ist unser Staat ein großer Verschwender. Aber sag mir, wo kann man besser leben als hier!"

Schon vor 30 Jahren, als ich nach Rom kam, galt dieses Italien als das Problemland schlechthin in Europa. Damals waren es andere Fakten, die den Betrachtern nördlich der Alpen die Gänsehaut über den Rücken laufen ließen. Die 35 Prozent Volksfrontstimmen bei den letzten Wahlen, die Aufsplitterung in ein Dutzend von Parteien, die in immer schnellerer Folge ausbrechenden Regierungskrisen, die Rekordzahl der Streikstunden, das erschreckende Nord-Süd-Gefälle, das sich schon unmittelbar südlich von Florenz bemerkbar machte und im tiefsten Mezzogiorno auf das Elend eines Entwicklungslandes absank. Mein Freund Giuseppe saß damals noch als jüngstes unter sieben Geschwistern am elterlichen Tisch und durfte sich, wie er jetzt einmal erzählte, erst als letzter eine von den nicht immer gleich dicken Brotscheiben nehmen, die seine Mutter geschnitten hatte. Als er zum ersten Mal wählen durfte, kreuzte er natürlich – wie das in seiner Familie noch aus der vorfaschistischen Zeit überkommen war – das Hammer-und-Sichel-Symbol an, das damals auch noch das Wahrzeichen der Sozialisten war. Heute wählt er noch immer sozialistisch, aber sein Idol Bettino Craxi hat längst Hammer und Sichel durch eine rote Nelke ersetzt.

Unbestreitbar liegt auch heute noch in Italien vieles im argen – nicht nur der Staatshaushalt. Nach einem ebenso tiefgehenden wie stürmischen sozialen Umbruchprozeß, der das einstige Agrarland in den Kreis der sieben größten Industrienationen der westlichen Welt führte, die geschlossene patriarchalische Gesellschaft des Südens aufbrach und den Volksmassen ein herausforderndes Selbstbewußtsein vermittelte, entstand ein bedenkliches Mißverhältnis zwischen der neuen ökonomisch-gesellschaftlichen Realität und den alten administrativen Strukturen.

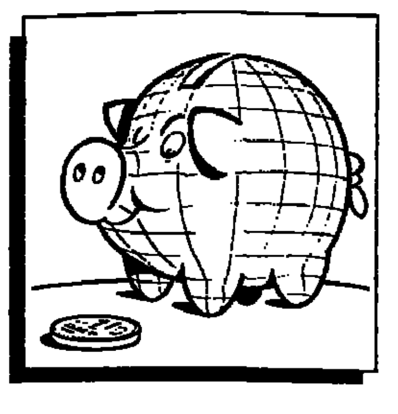
Im unvermeidlichen Chaos des Umbruchs gab es immer wieder schwere Krisen – Krisen, an denen vielleicht so manches andere Land fast zugrunde gegangen wäre. In Italien blieben sie stets zumindest erträglich und im entscheidenden Augenblick lenkbar. Letztlich verhinderten selbst nach folgenschweren Irrungen lateinischer Rationalismus und der Sinn für das Maß den Sturz ins Bodenlose. Angesichts der lebensgefährdenden Bedrohung des Staates durch den Terrorismus der Roten Brigaden warfen sogar die Kommunisten ihre alte revolutionäre Ballonmütze in die Ecke. Das letzte, was dem Italiener in den Sinn käme, wäre, sich selbst aufzugeben. Götterdämmerungsstimmung ist ihm fremd. „Italien ist kein zum Tode verurteiltes Land." Dieser Satz, den mir vor fünf Jahren einmal der kommunistische Gewerkschaftsführer Luciano Lama sagte, drückt die tiefe Überzeugung aller Italiener aus.



Friedrich Meichsner, Jahrgang 1924, berichtet seit 30 Jahren für die WELT aus Rom. 1981 erhielt er den Theodor-Wolff-Preis.

Gewiß, auf die Haushaltsbilanz kann sich diese Überzeugung nicht gerade stützen. Aber es gibt ja auch noch anderes, was sich zahlenmäßig nicht so klar in Soll- oder Haben-Posten ausdrücken läßt. Etwa die „economia sommersa", die untergetauchte Wirtschaft, deren Erträge das ausgewiesene Bruttosozialprodukt wahrscheinlich um real zehn bis 15 Prozent erhöhen. Oder die Tatsache, daß die Italiener nach den Japanern das sparfreudigste Volk der westlichen Welt sind. Und nicht zuletzt auch den „stellone", den guten Stern Italiens, auf den alle Italiener fest vertrauen und der sie offenbar nie im Stich läßt, wie sich jetzt gerade wieder am Sturz von Dollarkurs und Ölpreis im Augenblick schwerer Bilanzbedrängnis zeigt.

Daß auf diesen guten Stern Verlaß ist, hängt wohl nicht zuletzt auch mit dem ausgeprägten Sinn des Volkes für die Möglichkeiten und Gefahren der jeweiligen Situation zusammen. Dieser Situationsinstinkt erlaubt dem Individuum ebenso wie dem Staat das Leben hart an der Grenze des Möglichen, ohne tödliches Risiko. Der fast an Anarchie grenzende Individualismus, der Parteien- und Gruppenegoismus, der soziale Konflikt und das politische Jonglieren können bis an den Rand des Abgrundes praktiziert werden. Sie machen dann halt, wenn auch nur ein einziger weiterer Schritt den Fall ins Bodenlose bringen würde.



Dieser Instinkt für das Letzte in dem, was dem Nichtitaliener oft als Maßlosigkeit erscheint, gibt Italien seine Sicherheit – eine Sicherheit, die jeden ausländischen „Alarmismus" bei der Beurteilung des Landes hierzulande als unangebracht erscheinen läßt.

Auch die WELT wurde schon dieses „Alarmismus" geziehen. Als die Zeitung am 23. Juni 1964 auf dem Höhepunkt einer Führungskrise in der innerlich zerstrittenen Mitte-Links-Koalition von der allgemeinen Nervosität berichtete, die damals über dem Land lag, von der weitverbreiteten Angst vor einem Staatsstreich von rechts als Antwort auf eine befürchtete revolutionäre Aktion der Linken, wurde mir dies von den großen italienischen Blättern, die damit ihre Aufmachung bestritten, als völlig unbegründete Panikmacherei angekreidet.

Daß damals wahrscheinlich doch einer jener Grenzpunkte erreicht war, an dem bei Regierenden und Regierten *die innere Alarmglocke* anschlägt, zeigte sich erst drei Jahre später, lange nachdem eine heilsame Regierungskrise und ein Wechsel an der Spitze der Sicherheitskräfte für die Entschärfung der Lage gesorgt hatten. Im Dezember 1967 wurde vor Gericht klargestellt, daß hohe Offiziere im Sommer 1964 ohne Wissen der Regierung zusammengekommen waren und über „Notstandsmaßnahmen" diskutiert hatten, daß vom Geheimdienst eine Liste mit den Namen der im „Notstandsfall" zu verhaftenden Personen an die Carabinieri weitergegeben worden war.

Noch ganz andere Krisen hat die als so schwach erscheinende italienische Demokratie dank des Situationsinstinktes ihrer Bürger – und auch ihrer Führungsschicht – gemeistert. In den dramatischen Frühlingstagen des Jahres 1978 nach der Entführung Aldo Moros durch die Roten Brigaden schlossen sich die Anhänger der sonst so zerstrittenen Parteien spontan zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Terrorismus zusammen. Das war die Voraussetzung dafür, daß der demokratische Staat diesen Terrorismus ohne Einschränkung *der demokratischen Grundrechte* schließlich besiegen konnte.

„Das italienische Volk", so sagte mir einmal Sandro Pertini, „hat seine Defekte, aber auch seine Tugenden." Zu den Tugenden gehört ganz zweifellos die individuelle Freiheitsliebe, die zwar zum anarchischen Chaos zu tendieren scheint, im entscheidenden Augenblick aber eine geschlossene Front zur Verteidigung der Freiheit bildet. Und zu diesen Tugenden gehört nicht zuletzt auch jener „calore umano", jene menschliche Wärme, die dieser Gesellschaft mit all ihren Gegensätzen und Problemen den inneren Maßstab setzt.

Als ich mich vor einigen Jahren einer Operation in der Schweiz unterziehen mußte, suchte mich kurz vor der Abreise Giuseppe, der „costruttore", auf und fragte mich, wie es denn um die Kosten bestellt sei. „Die Schweiz ist teuer", gab er zu bedenken. „Du kannst von mir jede Summe haben. Du weißt, ich bin dein Freund. Das heißt, ich bin nicht wie ein Regenschirm, den man immer dann nicht zur Hand hat, wenn man ihn gerade braucht." Ein befreundeter Anwalt mit einem vielleicht nicht ganz legalen Konto auf einer Schweizer Bank machte mir spontan das gleiche Angebot.

Auch das sind „die Italiener", denen im Ausland alles mögliche nachgesagt wird, nur nicht Zuverlässigkeit. Dabei geht, was die Zuverlässigkeit des „calore umano" anbelangt, wohl tatsächlich „nichts über Italien".

Unsere neue Serie: So lernen die Amerikaner | Von Prof. Dr. Fritz Fischer (Seite 2)

Chefredakteur Albert Komma. Politik: Dr. Adalbert Worliczek. Wirtschaft: Adolf Halbig. Politische und allgemeine Nachrichten: i. V. Kurt Becker. Feuilleton: i. V. Dr. Georg Ramseger. Sport: Dr. Joachim Besser. Bonner Büro: Dr. Hans-Joachim Kausch. Chef vom Dienst: Karl-Hans Maciorzek. Verlagsort: Essen, Sachsenstr. 36.



Verlag DIE WELT, Essen, Sachsenstr. 36, Tel. 2 14 21. Hamburg, Gr. Bleichen 30/32, Tel. 34 10 10. Berlin-Tempelhof, Mariendorfer Damm 1/3, Tel. 75 03 81. Telegrammadresse: Weltverlag. Abonnement monatlich 4.10 DM frei Haus, Postabholer 3.56 DM. Anzeigenpreisliste 18 v. 1. 2. 53. Verantwortlich für Anzeigen: Rudolf Gonter. Verlagsleiter: Dr. Heinrich Schulte

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

Nr. 139 — 8. Jahrgang Ausgabe E Donnerstag, 18. Juni 1953 F Preis 25 Pf.

Kriegsrecht in Ost-Berlin Panzer feuern auf Arbeiter

Über Hunderttausend revoltierten gegen die SED Zahlreiche Verletzte im Westen eingeliefert

Von unserem Berliner Büro

W. Berlin, 17. Juni

Die Sowjets haben am Mittwoch um 13 Uhr zur Niederschlagung des offenen Aufruhrs der Ost-Berliner Bevölkerung gegen das SED-Regime über Ost-Berlin den Ausnahmezustand verhängt. Gleichzeitig zerschlugen sowjetische Truppen mit T-34-Panzern, unterstützt von Postenketten der kasernierten Volkspolizei, die Hauptdemonstrationsgruppen vor dem Regierungsgebäude in der Leipziger Straße. Sie eröffneten dabei aus Maschinengewehren und Karabinern das Feuer auf die Demonstranten, deren Zahl insgesamt auf rund 100 000 Personen geschätzt wird. Bis zum späten Nachmittag waren in den West-Berliner Krankenhäusern 60 verwundete Ost-Berliner mit Schußverletzungen eingeliefert worden. Über die Gesamtzahl der Todesopfer und Verwundeten liegen noch keine zuverlässigen Angaben vor.

Die schweren Zusammenstöße zwischen der Volkspolizei und Rotarmisten einerseits und der Ost-Berliner Bevölkerung andererseits hatten sich am Mittwoch aus den am Vortage von Bauarbeitern begonnenen Demonstrationen entwickelt. Während in Ost-Berlin der gesamte Verkehr und die Arbeit in den Betrieben still lag, standen Mittwoch abend noch immer tausende Demonstranten in den Ost-Berliner Straßen Einheiten der kasernierten Volkspolizei gegenüber. Nach Bekanntgabe des Ausnahmezustandes war die Volkspolizei, von sowjetischen Panzern unterstützt, in verstärktem Einsatz gegen die Demonstranten vorgegangen und hatte das Regierungsviertel geräumt. In langen Ketten sperrten die Volkspolizisten mit Karabinern in der Hand die Zufahrtsstraßen zu dem Sitz der Sowjetzonenregierung in der Leipziger Straße gegen die immer wieder andrängende Menge ab.

Nächtliche Ausgangssperre

Bewaffnete Streifen von Rotarmisten patrouillierten am Mittwochabend durch die Straßen. Am Potsdamer Platz und am Brandenburger Tor sind T-34-Panzer aufgefahren, die von Zeit zu Zeit scharfe MG-Salven als Warnschüsse abfeuern, um die Menschenmenge an den Sektorengrenzen zurückzuhalten. Am Potsdamer Platz sind außerdem Rotarmisten in feldmarschmäßiger Ausrüstung in Bereitschaftsstellung gegangen. Der Platz ist mit Steinbrocken und Eisenstücken übersät, mit denen die Sowjetpanzer von den Demonstranten bei ihrem Auftauchen am Mittag begrüßt worden waren.

Nach Verhängung des Ausnahmezustandes, der von dem sowjetischen Militärkommandanten, Generalmajor Dibrowa, verfügt und von Radio Berlin und Lautsprecherwagen verkündet worden war, sind alle Demonstrationen und Menschenansammlungen verboten.

Für die Zeit von 21 bis 5 Uhr ist eine Ausgangssperre angeordnet worden. Wer gegen diese Anordnung verstößt, wird nach den sowjetischen Kriegsgesetzen bestraft.

Drei Stunden nach Verkündung dieser drakonischen Maßnahmen erließ die Sowjetzonenregierung einen von Ministerpräsident Grotewohl unterzeichneten Aufruf an die Bevölkerung, die von den Sowjets eingeleiteten Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen.

Den Schuldigen an den Unruhen drohte Grotewohl „strenge Bestrafung" an. „Provokateure" sollten ergriffen und den Sicherheitsorganen übergeben werden. Grotewohl bediente sich dabei der am Dienstagabend vom SED-Politbüro festgelegten Version, die Unruhen seien „das Werk von westlichen Kriegshetzern". Mit dieser Parole versuchten Agitatoren bereits auf die sich in den frühen Morgenstunden formierenden Demonstranten einzuwirken.

Der 17. Juni in Ost-Berlin

8.00 Uhr: Ost-Berlins Arbeiter treten in den Streik. 15 000 Demonstranten versuchen, das Ost-Berliner Wirtschaftsministerium zu stürmen, Volkspolizei greift zum ersten Male mit dem Gummiknüppel ein.

8.30 Uhr: Sowjetische Panzerspähwagen fahren auf.

9.45 Uhr: Die Demonstrationen nehmen immer größere Ausmaße an. Hunderttausend Menschen ziehen durch die Straßen Ost-Berlins. Aus den Zonenrandgebieten treffen starke Arbeitskolonnen ein.

10.00 Uhr: Der SED-Propagandastand am Potsdamer Platz, zwei Baracken der Vopo-Grenzkontrolle, rote Fahnen, Transparente und Plakate gehen in Flammen auf. Die aufgebrachte Menge zertrümmert die Fenster im Ost-Berliner Regierungsgebäude.

11.00 Uhr: S-Bahn-Verkehr in ganz Berlin eingestellt.

11.05 Uhr: Ost-Berliner Bauarbeiter *holen die rote Flagge vom Brandenburger Tor herunter.*

11.30 Uhr: 12 000 Stahlarbeiter aus Henningsdorf stürmen das „Walter-Ulbricht-Stadion". Das Standbild des SED-Generalsekretärs wird heruntergerissen.

11.45 Uhr: Erste Schüsse in Ost-Berlin. Vopo eröffnet das Feuer am Potsdamer Platz.

11.50 Uhr: Auch die Sowjets schießen.

11.55 Uhr: 20 sowjetische T-34-Panzer „säubern" den Marx-Engels-Platz, der von 10 000 Demonstranten belagert wird.

12.00 Uhr: Der gesamte Verkehr in Ost-Berlin ist lahmgelegt.

13.00 Uhr: Sowjets verhängen den Ausnahmezustand.

14.00 Uhr: Auf dem Brandenburger Tor wehen zwei schwarzrotgoldene Flaggen. Rotarmisten nehmen sechs Ost-Berliner Arbeiter, die die Flaggen befestigten, unter Feuer.

14.00 Uhr: Maschinengewehrschüsse peitschen durch die Leipziger Straße und die Friedrichstraße. Sowjetische Panzer, gefolgt von Postenketten der Volkspolizei, räumen systematisch die Straßen.

15.30 Uhr: Sechzig Verwundete sind in den West-Berliner Krankenhäusern eingeliefert worden. Die endgültige Zahl der Toten und Verletzten ist noch nicht bekannt.

Sturm auf Regierungssitz

Ungeachtet der verschärften Absperrungen setzten sich die Demonstrationszüge der Ost-Berliner Arbeiter von der Stalinallee aus in Marsch auf die in der Leipziger Straße konzentrierten Regierungsgebäude. Zu der tausendköpfigen Menge stießen etwa 12 000 Metallarbeiter der am Stadtrand Berlins gelegenen Ostzonalen Walzwerke Henningsdorf. Die Marschsäule bewegte sich, von West-Berlinern jubelnd begrüßt, durch den französischen Sektor und besetzte das „Walter-Ulbricht-Stadion". Dort demolierte die wütende Menge alle SED-Transparente und zerfetzte das überlebensgroße Bildnis des SED-Generalsekretärs.

Inzwischen hatte sich die Streikbewegung auf ganz Ost-Berlin ausgedehnt. Die Belegschaften der Kabelwerke Oberspree, der großen Fernmeldefabrik in Köpenick und des wichtigen Ost-Berliner Kraftwerkes Klingenberg legten die Arbeit nieder und begaben sich auf die Straße. Dem Aufstand schloß sich auch das Personal der Ost-Berliner Verkehrsgesellschaften und der Wasserwerke an. Der gesamte S-Bahn-, U-Bahn- und Straßenbahnverkehr wurde lahmgelegt.

(Fortsetzung Seite 8)

Kampfruhe an der Korea-Front

Söul, 17. Juni

An der gesamten Koreafront ist am Mittwochnachmittag MEZ (Donnerstagmorgen koreanischer Zeit) überraschend von beiden Seiten das Feuer eingestellt worden. Kurz zuvor war bekannt geworden, daß die Waffenstillstandsdelegationen der UNO und der Kommunisten in Panmunjon eine Einigung über die Festlegung der Demarkationslinie erzielt haben.

Damit ist das wichtigste Hindernis für den Abschluß eines Waffenstillstandes beseitigt. In amtlichen amerikanischen Kreisen *glaubt* man jedoch, daß technische Schwierigkeiten die Unterzeichnung noch um einige Tage hinauszögern werden. Die Demarkationslinie soll der gegenwärtigen Hauptkampflinie entsprechen. Es ist bisher nicht bekannt, ob die Linie auch die jüngsten Geländegewinne der chinesischen Offensive berücksichtigt. AP

Nuschke wurde verprügelt

Von unserem Berliner Büro

W. Berlin, 17. Juni

Der stellvertretende Ministerpräsident und Ost-CDU-Vorsitzende Nuschke wurde am Mittwoch auf der Fahrt vom Parteihaus in der Jägerstraße nach Treptow von Demonstranten erkannt und an der Weiterfahrt gehindert. Arbeiter entfernten den Zündschlüssel aus seinem Auto, zerrten Nuschke heraus und verprügelten ihn. Anschließend schob die Menge den Wagen über die nahe Sektorengrenze nach West-Berlin ab. Nuschke wurde unter heftigen Protesten zum nächstgelegenen West-Berliner Polizeirevier gebracht. Dort gab er zu Protokoll, daß er gegen seinen Willen auf West-Berliner Gebiet geschleppt worden sei. Er wurde kurze Zeit darauf in das West-Berliner Polizeipräsidium gebracht, wo er ebenfalls erklärte, unverzüglich nach Ost-Berlin zurückkehren zu wollen.

Interzonenverkehr ohne Störungen

Helmstedt, 17. Juni

Nach Mitteilung der westdeutschen Zonengrenzkontrollstellen ist durch die Entwicklung in Ost-Berlin der Interzonenverkehr in beiden Richtungen nicht beeinflußt worden. Der Verkehr auf Schiene und Straße verläuft normal, und auch die Zahl der illegalen Grenzgänger hat sich nicht verändert. Nach Mitteilung von illegalen Grenzgängern sind die Posten und Streifen der Volkspolizei und der Roten Armee an der Zonengrenze nicht verstärkt worden. AP

Bornemann bleibt in Haft

Karlsruhe, 17. Juni

Nach mehrstündiger Beratung hat der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofes am Mittwoch beschlossen, den Haftbefehl gegen den ehemaligen HJ-Gebietsführer Bornemann aufrechtzuerhalten. Nach Ansicht des Senats besteht nach wie vor dringender Tatverdacht und Verdunkelungsgefahr. Von den ursprünglich acht Beschuldigten des Naumann-Kreises befindet sich nun außer Bornemann nur noch der ehemalige Staatssekretär Naumann in Haft. UP

Neuer Hinrichtungsaufschub

Washington, 17. Juni

Einen Tag vor dem Hinrichtungstermin hat das Mitglied des Obersten amerikanischen Bundesgerichtes, Douglas, dem wegen Atomspionage zum Tode verurteilten Ehepaar Rosenberg einen neuen Hinrichtungsaufschub auf unbestimmte Zeit gewährt. Douglas hatte am Mittwoch noch einmal die Prozeßunterlagen geprüft, bevor er seine Entscheidung bekanntgab. AP

Banderolensteuer gescheitert

Bonn, 17. Juni

Mit großer Mehrheit lehnte der Finanz- und Steuerausschuß des Bundestages am Mittwoch den Plan des Bundesfinanzministers Schäffer ab, durch eine Banderolensteuer den Kaffeepreis bei Beibehaltung des jetzigen Steuersatzes zu ermäßigen. Von den Gegnern dieses Vorschlages im Ausschuß wurde erklärt, der Plan sei steuertechnisch zu schwierig und begünstige einseitig die großen Röstereien.

Damit ist der Weg zur Diskussion des SPD-Antrages auf Kaffee- und Teesteuersenkung auf je 3 DM pro kg frei geworden. Es ist zu erwarten, daß im Bundestag noch in diesem Monat ein entsprechender Ausschußvorschlag vorgelegt wird. dpa

Eisenhower: Sehr bedeutsam

Washington, 17. Juni

Präsident Eisenhower sagte am Mittwoch in seiner Pressekonferenz, die Demonstrationen in Ost-Berlin seien sehr bedeutsam, weil sie die kommunistischen Behauptungen über die Zufriedenheit der Bevölkerung hinter dem Eisernen Vorhang als Lüge entlarvten. dpa

Ein böses Omen

Von unserem Korrespondenten

Sch. London, 17. Juni

Das Echo der Londoner Öffentlichkeit auf die Vorgänge in Ost-Berlin lautet: Die Bevölkerung hat in spontaner Form ihren Haß gegen das kommunistische Satellitensystem zum Ausdruck gebracht. Was sich in Berlin ereignet, so erklären die Zeitungen, ist ein böses Omen für Grotewohl und seine roten Genossen. Aber auch Moskau müsse darin ein nicht zu verkennendes Zeichen des Unwillens sehen.

Überall wird die Forderung der Demonstranten nach freien Wahlen und nach Beseitigung des kommunistischen Regimes hervorgehoben. Es wird unterstrichen, daß die Bevölkerung die ersten Zeichen einer Lockerung des Zwanges sofort dazu benutzt hat, um ihre Unzufriedenheit mit dem Regime auf das allerdeutlichste zu bekunden.

Explosion des Hasses

Von unserem Korrespondenten

pez., Paris, 17. Juni

„Wieder einmal sind die Augen der ganzen Welt auf Berlin gerichtet", schreibt die französische Zeitung „Le Monde" in ihrem Kommentar zur Berlin-Revolte, über die Frankreichs gesamte nichtkommunistische Presse in großen Schlagzeilen berichtet. „Es handelt sich um eine Explosion des Hasses gegen die Russen und gegen die Marionetten, die sie an die Macht gebracht haben. Wie immer Ausgang und Folgen dieses Aufruhrs sein werden, der Schlag für die *sowjetische Propaganda erscheint schwer.*"

Reuter eilt zurück

Wien, 17. Juni

Bürgermeister Reuter, der sich gegenwärtig zur Teilnahme am internationalen Städtetag hier aufhält, hat beschlossen, angesichts der Situation in Ost-Berlin bereits morgen vorzeitig in die ehemalige Reichshauptstadt zurückzufliegen. AP

DGB fordert Vierergespräch

Von unserem Düsseldorfer Büro

Kl. Düsseldorf, 17. Juni

Der DGB-Vorstand hat die vier Besatzungsmächte im Hinblick auf die Vorfälle in Ost-Berlin aufgefordert, schnellstens Verhandlungen herbeizuführen, um die Quelle der Unruhen — die Aufsplitterung Deutschlands — zu beseitigen.

Stadtkommandanten beraten

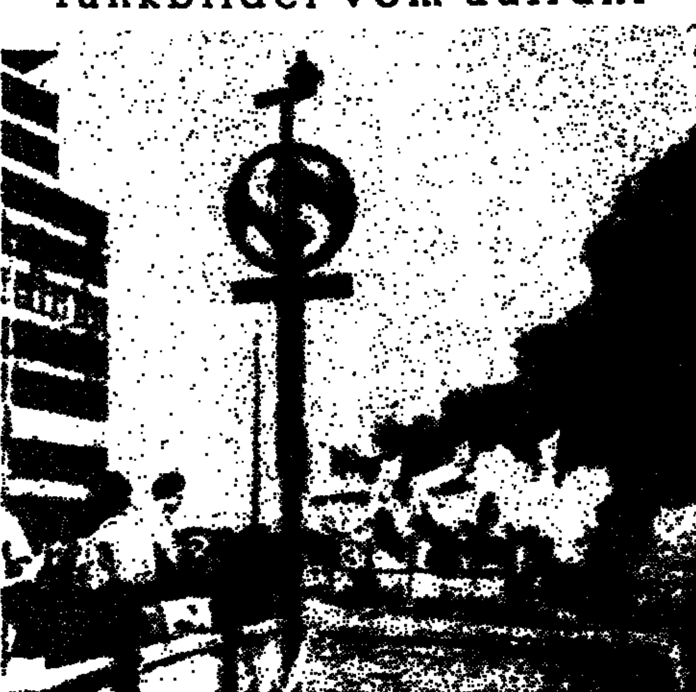
Berlin, 17. Juni

Die westalliierten Stadtkommandanten sind am Mittwoch mit dem amtierenden Berliner Bürgermeister, Conrad, und Polizeipräsident Stumm zu Besprechungen über die Lage zusammengetroffen.

Der Präsident des West-Berliner Abgeordnetenhauses, Suhr, berief für Mittwoch abend, 21 Uhr, eine außerordentliche Plenarsitzung ein.

Von amerikanischer und französischer Seite wurde für den Fall, daß sich die Zusammenstöße über die Sektorengrenzen ausdehnen sollten, erwogen, Truppen in Alarmbereitschaft zu setzen. Für die britischen Einheiten wurde bereits generell Ausgehverbot erlassen. UP-dpa

funkbilder vom aufruhr







Am Potsdamer Platz wurde ein „Aufklärungslokal" der Nationalen Front in Brand gesteckt. Links das Columbushaus (oben). — Demonstranten gehen in der Leipziger Straße gegen sowjetische T 34 mit Steinen und Brechstangen vor (Mitte). — Propagandaaufbauten, Großbilder und Spruchbänder wurden heruntergerissen und zerfetzt (unten). DIE WELT-UP

Erklärung des Kanzlers

An die Ostzone: Wir wollen für das große Ziel zusammenstehen

Von unserem Bonner Büro

H.-J. K., Bonn, 17. Juni

Die feste Verbundenheit der Bundesregierung und des deutschen Volkes mit der Bevölkerung Ost-Berlins und der Sowjetzone bekundete Bundeskanzler Adenauer am Mittwoch in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag, die in einmütiger Geschlossenheit und mit langanhaltendem Beifall von allen Fraktionen — mit Ausnahme der Kommunisten — begrüßt wurde.

Die Demonstrationen in Ost-Berlin bezeichnete der Kanzler als die „große Bekundung des Freiheitswillens" der dortigen Menschen. Er versicherte, daß seine Regierung immer zu ihnen stehen werde.

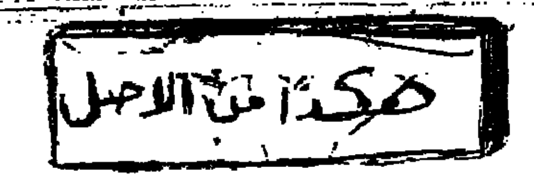
Zugleich warnte Adenauer jedoch davor, sich zu Provokationen und unbedachten Handlungen hinreißen zu lassen. Er brachte damit die Auffassung zahlreicher Vertreter fast aller Parteien in Bonn zum Ausdruck, die die ersten Berichte über den Schußwaffengebrauch von sowjetischen Truppen mit Bestürzung aufnahmen und befürchten, daß die Zusammenstöße den ostzonalen Machthabern Anlaß zu neuen und schärferen Terrormaßnahmen geben könnten.

Mit Nachdruck wies der Kanzler darauf hin, daß eine wirkliche Befreiung der ostzonalen Bevölkerung nur durch die *Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit* möglich sei. Er kündigte an, daß die Regierung bemüht sein werde, bald eine wirksame Erleichterung des Interzonenverkehrs zu erreichen.

„In dieser bedeutsamen Stunde", so schloß Adenauer, „wollen wir alle für das große gemeinsame Ziel zusammenstehen." Nach seiner Rede beantragte die SPD-Fraktion die Vertagung der für Donnerstag vorgesehenen außenpolitischen Debatte, da eine Anzahl SPD-Politiker den Wunsch hätten, sich sofort nach Berlin zu begeben. Der Antrag wurde angenommen.

Auf Vorschlag des CDU/CSU-Fraktionsführers, von Brentano, wurde beschlossen, daß der SPD-Vorsitzende Ollenhauer, von Brentano selbst, die Abgeordneten Wehner (SPD), Tillmanns (CDU), Bucerius (CDU), Brandt (SPD) und Euler (FDP) gemeinsam in einer Maschine nach Berlin fliegen sollen, um an Ort und Stelle die Lage zu prüfen. Die Maschine startete bereits am Mittwochabend. Der Bundesminister Kaiser begab sich am gleichen Tage ebenfalls in die Viersektorenstadt.

Szenen, die nie vergißt, wer Augenzeuge war: Sowjetpanzer rücken gegen demonstrierende Ost-Berliner vor, dahinter Volkspolizisten in Schützenkette, die immer wieder in die Menge feuern. Was in der Stalinallee als Protest der Bauarbeiter gegen Normerhöhungen begonnen hat, greift auf andere Regionen der Sowjetzone über und eskaliert zum Volksaufstand des 17. Juni. Nur brutale Gewalt konnte den Ruf nach einem Ende der stalinistischen Unterdrückung und die Forderung nach freien Wahlen zum Verstummen bringen. Während die gewaltsame Teilung Berlins durch den Bau der Mauer, acht Jahre später, dank des Fernsehens vor den Augen der ganzen Welt geschah, war die Öffentlichkeit 1953 noch auf die Wochenschau und – auf Zeitungen angewiesen.



Ist die Fleet Street noch zu retten?

Von CHRISTIAN FERBER

Acht Jahre lang hatte Wittham Smith den Wirtschaftsteil des Londoner „Daily Telegraph" vorzüglich betreut. Er ist ein erfahrener Journalist, ehrgeizig, dem Risiko nicht abhold und achtundvierzig Jahre alt. Mit Recht hat er sich vor einem Jahr gefragt, ob vielleicht er den Schreibtisch des scheidenden alten Gentleman und Chefredakteurs Bill Deede übernehmen würde. Wenig später hat er dann seine Pläne geändert – nach dem Gespräch mit einem Mann namens Eddie Shah.

Leitende Fleet-Street-Redakteure dünkten sich damals meist zu gut für solche Gespräche. Smith aber fand Shahs Informationen anregend genug, um einen neuen Lebensplan zu machen: Chefredakteur nämlich zu werden einer seriösen überregionalen Zeitung, die von Smith und einigen seiner Journalistenfreunde erst noch gegründet werden mußte.

Das hätte, wäre es 1985 bekanntgeworden, für fast jedermann einigermaßen phantastisch geklungen. Alle seriösen überregionalen Blätter Britanniens sind im 18. oder 19. Jahrhundert gegründet worden. Selbst wer den „Daily Express" als „seriös" hinnimmt, gerät mit dem letzten Gründungsdatum in das Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg. Mittlerweile, sei es seriös, sei es populär, wird längst nicht mehr gegründet in Fleet Street. Wer kann und will, der kauft sich ein bestehendes Blatt und modelt es um. Das wird zwar sehr teuer, ist aber noch bedeutend billiger als eine Neugründung.

Gründen kostet zuviel, weil in Britannien schon die Zeitungsgewerkschaften dem Gründer Verträge aufzwingen, die ihn rasch ruinieren. So war das jedenfalls noch vor kurzem, und es blieb bei den überregionalen britischen Blättern auch dann so, als in ihren Redaktionen schon die Apparate für Computer-Satz und -Umbruch herumstanden. Sie wurden nicht benutzt, weil die Drucker-Gewerkschaften nicht zu einem wirtschaftlich tragbaren Abkommen darüber zu bewegen waren.

Jedoch, Wittham Smith hat in der Londoner City das Startkapital für seine Zeitung gefunden, und er ist sicher, auch die notwendigen weiteren Pfund-Millionen aufzutreiben. Das Gründen einer neuen Zeitung ist plötzlich nicht mehr ganz so teuer.

Eddie Shah siegte unter Polizeischutz

Man muß nur die elektronischen Apparate benutzen, die Journalisten ihren Gebrauch lehren, wie das überall geschieht, und allenfalls den Druck anderswo besorgen lassen. So jedenfalls sagte es 1985 Eddie Shah, der nicht eigentlich Eddie heißt, sondern als ein Urururenkel des ersten Aga Khan die schönen Vornamen Selim Jehane besitzt. Diese Namen aber eignen sich schlecht für die Berufe, die der Sohn einer britischen Mutter nun in Britannien ausübt. In der Provinz druckte er Gratis-Lokalblättchen, mit Gewinn aus dem Anzeigenerlös.

Die Druckergewerkschaft NGA wollte ihm ein Beschäftigungsmonopol aufzwingen. Eddie aber heuerte gewerkschaftsfreie Fachleute an und erdultete viele böse Nächte mit schlimmen Massendemonstrationen von herbeigeschafften Streikposten. Eddie hatte sodann den Mut, als erster die neuen Arbeitsgesetze auszuprobieren: Sie verbieten betriebsfremde Streikposten. Er siegte vor Gericht und siegte unter Polizeischutz auch rund um seinen Betrieb. Er klagte auf Schadenersatz und bekam ihn. Er begann, in London ein Massenblatt mit dem Titel „Today" zu gründen, beschaffte sich die elektronischen Geräte und kündigte an, er werde sie ausschließlich mit Elektrikern betreiben. Mit ihrer Gewerkschaft und auch mit jener für Journalisten schloß Shah ein Abkommen, nach dem Streiks zu vermeiden sind.

Die angekündigte Zeitung „Today" erscheint seit einigen Wochen. Wie gut oder weniger gut sie am Ende auch wird – Schule hat sie gemacht, Schule wird sie machen. Wittham Smiths seriöses Blatt „The Independent" ist für Oktober 1986 angekündigt. Es wird nach der Methode Shah hergestellt werden und möglicherweise auch einiges im britischen Zeitungsstil erneuern. Wer sich wundert, warum das mit der Technik so schwierig war, der muß wissen, daß die berühmte britische Traditionsfreude häufig den Mangel an Vernunft begünstigt. Das wird nun wohl dazu führen, daß sich Verfall und Ende von „Fleet Street" beschleunigen, ob damit nun die Drucker- und Zeitungsgegend gemeint ist oder einfach der halbwegs magische Begriff.

Seit Januar findet zwischen dem Eigentümer von vier Zeitungen und den Zeitungsgewerkschaften eine sehr umfangreiche Auseinandersetzung statt. Das geschieht bereits nicht mehr in Fleet Street, sondern in einer neuen Zeitungsfabrik an der Themse – und dort hat man die Unverfrorenheit, nicht nur ohne Setzer zu setzen, sondern auch ohne Drucker zu drukken. Traditionen, mit einem halben Jahrtausend noch weitaus älter als Fleet Street, beginnen zu zerbröseln.

Anfangs war die Zeitungsproduktion sehr bescheiden. Kasse machte der Buch- und Flugschriften-Druck. Die „Chapels", zumeist Familien-Clans, die das ursprünglich nur von Mönchen beherrschte britische Druckereiwesen und -wissen ererbt hatten, blieben zähe Hüter ihres Arbeitsmonopols und ihrer Geheimnisse.

Hier pflegten die Drucker ihr Monopol

Als sie stattlicher wurden samt ihren Arbeitsstätten, da zogen sie um, bergab, in Londons erste ordentlich gepflasterte Straße, genannt nach dem Themse-Nebenflüßchen Fleet. „Times" und „Observer", Ende des achtzehnten Jahrhunderts gegründet, siedelten nicht weit von den Druckplätzen.

Noch im neunzehnten Jahrhundert, aber auch nach der Gründung der großen europäischen Nachrichtenbüros (wieder waren die Briten mit Reuters die letzten hinter Havas und Wolff), auch nach der Aufhebung der hinderlichen Stempelsteuer anno 1855: Fleet Street blieb vorerst Heimat der Druckereien, nicht der Zeitungen; die Betriebe mit immerhin schon 20 000 Angestellten waren fest in der Hand der früh gegründeten Interessengemeinschaften, nun „Trade Unions", Gewerkschaften genannt – mit ihren Zellen, den „Chapels", an jedem Arbeitsort. Drucker sind in aller Welt stets gut bezahlt worden; sie leisten Handarbeit mit Kopf. Nirgends aber haben sie so früh und so konsequent ihre Schlüsselstellung gepflegt wie in London.

Trotz des ehrwürdigen Alters der klassischen Zeitungen in London geriet „Fleet Street" als Kennwort für eine überregionale britische Presse erst in die Umgangssprache gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts, als das Zeitalter des „Donnerers" namens „Times" sich neigte und die erste Ära der großen Presse-Bosse begann, der Druckerschwärze-Condottieri. Mit ihnen endete die Zeit begüterter Männer, die sich aus Eitelkeit oder mit politischer Absicht ein Presse-Organ zulegten. Allein die „Times" im Besitz der Familie Walter war um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts ein kaufmännisch vernünftig geführtes Unternehmen – dank weiser Zurückhaltung der Eigentümer, die bedeutende Chefredakteure wie Thomas Barnes oder John Delane frei arbeiten ließen.

Jedoch, auch der Stil von mehr zweckgebundenen Blättern bereitete den Boden für jenes britische Zeitalter, in dem es die britische Presse sozusagen gleich zweimal gab, einmal für die Oberklasse und die Intelligenz (was sich ja nur gelegentlich deckt), ein anderes Mal für jene Leser, denen es selten auf Information ankommt und Kommentar, wohl aber auf Zeitvertreib – wobei die Sektion Zeitvertreib sich als wesentlich gewinnbringender erwies: Oft genug hat sie einst und jetzt die mehr vornehme Sektion miternährt. Solche Dualität impliziert der Oberbegriff „Fleet Street" spätestens vom Ende des neunzehnten Jahrhunderts an. Fast die gesamte überregionale Presse siedelte bald in der berühmten Straße. Die großen Alten „Times" und „Observer" hielten weiter ein wenig schicklichen Abstand, doch nicht allzuviel.

Der erste Condottiere war ein Brite namens Alfred Harmsworth. Er hatte Gefallen gefunden am „Petit Journal" des Pariser Verlegers Marinoni, einer netten Klatsch-Postille. Harmsworth kopierte das Erzeugnis mit einem Magazinchen namens „Answers" und hatte Erfolg. Die Folgen solcher Magazinchen sind bekannt: Sie prägten die kommerziell wichtigen Klatschspalten nicht nur der britischen Presse – wobei auch in seriösen Blättern geklatscht wird, wenngleich natürlich seriös. Harmsworth konnte sich 1894 vom Klatsch-Gewinn die Londoner „Evening News" kaufen. Er peitschte das etwas langweilige Blatt ohne Gnade auf das untere Ende des Marktes zu und hatte damit schönen Erfolg. Dies führte bald zu einem Leiden, das in angelsächsischen Ländern viele erfolgreiche Zeitungsverleger geplagt hat: Politischer Ehrgeiz fiel ihn an. Harmsworth konnte als Unionist für einen Sitz im Parlament kandidieren, verlor spektakulär und war fortan dem Parlament feindlich gesonnen, wenn nicht gar dem parlamentarischen System.

Er reagierte sich damit ab, daß er für das einfache Publikum die „Daily Mail" erfand. Sie wurde unter Herstellungspreis für einen halben Pence verkauft, kletterte zwischen 1896 und dem Jahrhundert-Ende an die Millionenauflage heran und machte sich wie geplant bezahlt durch ein großes Geschäft mit Anzeigen. 1903 kaufte sich Harmsworth ein Damenblättchen namens „Daily Mirror" und 1908 eine nationale Institution, die „Times". Er war damals schon passend geadelt und hieß so, wie wir ihn heute kennen: Lord Northcliffe. Der Pressezar und Urheber einer wenig wahrheitsliebenden Kriegspropaganda starb 1922 in geistiger Umnachtung, sehr eitel und vom Größenwahn befallen.

Northcliffes Bruder Harold, genobelt als Viscount Rothermere, stieß aus dem Erbe die „Times" an die Familie Astor ab. Er war ein tüchtiger Finanzmann, machte aber Premier Baldwin mancherlei Ärger. Der Lord unterstützte am Ende in seinen Blättern die Herren Mussolini, Hitler und Mosley. Er starb 1940. Er hatte mitgewoben am dem bunten Gespinst, das die Londoner Blätter darboten bis in den Zweiten Weltkrieg hinein. Mit die stärksten Farben lieferte dabei jener Kanadier Max Aitken, aus dem der Lord Beaverbrook wurde. Er war 1910 mit viel Geld in der Tasche in England eingetroffen, kaufte sich den „Daily Express" und ließ ihn trompeten für das Empire – so lange, bis es endgültig verschwunden war. Zwischen den Kriegen begann er die große Schlacht um höhere Auflagen. Er wurde der Inbegriff des geräuschvollen Presse-Monstrums, wie es von Evelyn Waugh und anderen britischen Romanciers ironisch beschrieben worden ist.

Ein wenig stiller gaben sich andere Condottiere wie Julius Elias, später Lord Southwood, der für sein Blatt „Daily Herald" den Auflagenkampf mit Geschenken an den Leser erfand; das Blatt erreichte zwei Millionen Exemplare. Dann waren da noch die Brüder Berry, auch sie bald Lords namens Kemsley und Camrose, vorübergehend oder dauernd Besitzer von Blättern wie der jungen „Sunday Times", der „Financial Times", des „Daily Telegraph". Sie alle hatten neben dem geschäftlichen auch politischen Ehrgeiz, aber niemals Erfolg in der Politik. Sie alle wurden reich, und sie alle waren in ihren Geschäften reichlich brutal. Von Zeitungen verstanden sie eine Menge, und eben um der Zeitungen willen entwickelten sie einige Schwächen, deren Folgen Nachkommen und Nachfolger zu tragen hatten: Sie verdienten genug, um auch überhöhten Gewerkschaftsforderungen nachzugeben und sich dabei auf bedenkliche Tricks einzulassen – etwa, Setzer zu bezahlen, die es gar nicht gab, wobei der Zusatz-Lohnkuchen dann zwischen den vorhandenen Fachleuten gewinnbringend geteilt wurde.

Wenn sich organisierte Facharbeiter erst einmal an dergleichen gewöhnt hatten, dann war es später kaum noch zu beseitigen. Die verwinkelte Produktionsart schafft Fleet Street mit der Mischung von Zeitungsherstellung und Zeitungsschreiberei, eine Redaktion dicht an der anderen, mit Lieferautos und angelieferten Papierrollen, mit Stätten für geräuschvollen oder vornehmen Suff (britische Fachärzte führen bei Journalisten ganz automatisch jedes Leiden auf übermäßigen Alkoholgenuß zurück), auch mit reichlich viel Großstadtverkehr – dieser Zustand wäre in den nächsten Jahren ohnehin aufgelöst worden. Mehr als die Hälfte der Blätter wird bald umziehen in geräumige Produktionsstätten, errichtet verstreut im Aufbaugebiet des alten Themse-Hafens.

Hauptdarsteller zu sein auf einer engen und mit kräftigen Farben bemalten Bühne – diese Attraktion für Zeitungsleute ist damit dahin. Ein erster Umzug hat schon stattgefunden, und die „Times"-Reporterin Patricia Claugh äußerte jüngst die etwas sonderbare Klage, man säße nun „fern vom Leben, über das wir schreiben". Hat sie zuvor über das Leben am „Times"-Ort Grays Inn Road geschrieben? War der Ausblick auf die recht trostlose Umgebung dort anregender als der auf die nicht minder trostlose Umgebung an der Themse? Gewiß, es ist einigermaßen rauh zugegangen, als im Januar 1986 Rupert Murdoch nicht nur die Redaktionen seines schlichten, sehr erfolgreichen Blattes „The Sun" und der nicht minder erfolgreichen Sensationsgazette für den Sonntag „News of the World" in seinen riesigen Neubau im Stadtteil Wapping übersiedeln ließ, sondern auch Redakteure und Personal der „Times" und der „Sunday Times" nach Wapping bestellte.

Der Australier Murdoch, seit kurzem ein Mann mit US-Paß, ist in Britannien nicht besonders beliebt. Er ist mittlerweile der Größte – Begriffe aus dem Boxring sind bei dem jüngsten Rudel angelsächsischer Presseherrscher durchaus passend –, denn er besitzt vielerlei Blätter in gleich drei Erdteilen. In Fleet Street freilich ist der Sohn eines australischen Zeitungsbesitzers erst so recht herangereift, wurde wohl auch hartgehämmert von britischer Arroganz.

Ende der sechziger Jahre erwarb er billig zwei traditionsreiche, doch dahinkümmernde Blätter: erst die erwähnte Sonntagszeitung, dann die Tageszeitung, den ehemaligen „Daily Herald", bereits umgetauft in „The Sun" und reif dafür, als mehr denn volkstümliche Massenspeisung angerichtet zu werden, mit täglichen Damen-Brustwarzen auf Seite drei.

Murdochs Griff zum Prestige-Juwel

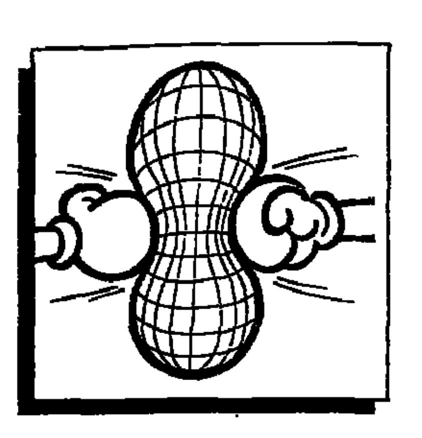
Die Auflagen beider Murdoch-Zeitungen rückten in Spitzenpositionen ein. Ihr Verleger war trotzdem nicht glücklich in London – teils, weil er sich gelegentlich allzu hart getadelt fühlte, teils, weil eine von allen Zeitungsverlegern gebilligte Vereinbarung über gemeinsamen Widerstand prompt gebrochen wurde, als Murdoch erste Schwierigkeiten mit den Gewerkschaften bekam. Ihm war nun klar, daß er allein stark genug sein müsse, wenn er in Fleet Street nicht zu Boden gehen wollte.

Er zog in die Vereinigten Staaten und machte dort große Zeitungsgeschäfte, ohne aber zu versäumen, zum rechten Zeitpunkt dem Kanadier Thompson das Prestige-Juwel „Times" abzukaufen und die gewinnbringende „Sunday Times" auch: „Northcliffe der Zweite", dank des Ordinären im Besitz des Feinsten, jedoch als rauher Geschäftsmann frei von Northcliffes politischem Ehrgeiz und seinem Größenwahn.

Murdochs Baupläne im alten Hafengebiet waren seit fünf Jahren bekannt und zugänglich. Nie ist jemandem aufgefallen, daß die Außenmauern dieser mächtigen Anlage nach ähnlichen Prinzipien entworfen waren wie etwa jene der US-Botschaft in London oder auch des Behördenhauses in Bonn: zivile Verteidigungsarchitektur, sehr schwer zu stürmen, auch von entschlossenen Demonstranten nicht.

Das Ausmaß der technischen Möglichkeiten im Inneren des Gebäudes war nicht so bekannt, die Gewerkschaften fühlten sich getäuscht von einem Mann, der dieses Mal sich stark genug fühlte für den Alleingang. Die Auseinandersetzungen dauern an. In Murdochs Blättern einschließlich der „Times" waren mancherlei fatale Details nachzulesen, etwa von grotesken, aber erfüllten Forderungen einzelner Gewerkschafter. Solche Veröffentlichungen hätten noch vor wenigen Monaten sogleich zum Stillegungs-Streik geführt: zu Verlusten also, die um jeden Preis zu vermeiden waren.

Neil Kinnock, Chef der Labour Party, hat Mitte März ein paar starke Worte über Murdoch gefunden und dabei angekündigt, eine Labour-Regierung werde seine Machtkonzentration zerbrechen. Er sprach auch tadelnd von den vielen Zeitungsverkäufen während der letzten beiden Jahrzehnte. Nun sind solche Verkäufe regional wie überregional eben üblich, seit es in Britannien eine moderne Presse gibt. Nicht durch Neugründungen, vielmehr durch Verkäufe und Umwandlung des Erworbenen wurden um die Jahrhundertwende und werden auch heute britische Zeitungsbesitzer zu Arbeitgebern mit gefüllter Lohnkasse. Nach dem Zweiten Weltkrieg wirkten in Londons überregionaler Presse Brüder, Söhne oder Neffen der alten Herrscher.



Alte Besitzerfamilien wie die Astors zogen sich aus dem Geschäft und seinen Ärgernissen zurück. Der kanadisch-britische Presse- und TV-Lord Thompson ließ seinen „Times"-Besitz behutsam modernisieren. Das alte Damenblättchen „Daily Mirror" wurde zur auflagenstarken Zeitung für den Boulevard; am Ende machte es zusammen mit seiner Sonntagsschwester den Einwanderer Robert Maxwell glücklich, der zuvor ein Großdrucker und spezialisierter Verleger war.

Schon viele Jahre lang hatte er sich eigene Zeitungen gewünscht. Maxwell genießt es auf geräuschvolle und fast rührende Art, sich ordentlich auszuleben als gewaltiger Presselord. Er schlägt Schlachten mit der Gewerkschaft, modelt in seinen Blättern herum und kann es sich offenbar leisten, daß durch solchen Dienst am Ego die „Mirror"-Auflagen noch mehr ins Rutschen gekommen sind.

Die anderen Presse-Herrscher unserer Tage in London sind eher langweilig, diese Geschäftsleute wie der schlichte Ex-Bauunternehmer Mathews, dem ein paar Jahre Besitz der „Daily Express"-Gruppe den erwünschten Adelstitel einbrachte.

Tiny Rowland als Chef der riesigen Mischfirma Lonrho und mithin Eigentümer des „Observer" sorgt wenigstens gelegentlich für etwas Aufregung, wenn ihm Chefredakteur Telforts Berichte aus dem Lonrho-Interessengebiet Afrika nicht gefallen. Da und dort rührt sich dergleichen stets, und dann schreibt Presse über Presse. Freilich neben der Auseinandersetzung von Wapping handelt die spannendste Nachricht auf diesem Gebiet jetzt von Mr. Smiths Zeitung, auf die man noch ein halbes Jahr wird warten müssen.

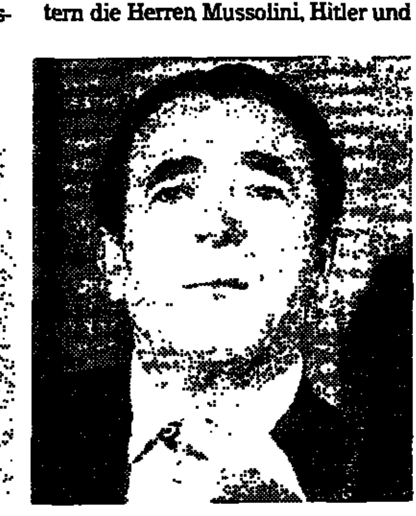
Dann aber und im Lauf des Jahres 1987 wird alles anders werden. „Fleet Street", der Begriff, wird zerbröseln. Fleet Street wird nicht mehr die Straße der großen Zeitungen sein, selbst wenn noch Redaktionen vor Ort bleiben und allein die Herstellung aller Blätter irgendwo in neuen Fabriken östlich vom Tower stattfindet oder in einem Vorort.

Die Kneipiers folgen den Journalisten

Zwar ist tröstlich, zu wissen, daß demnächst in Wapping viele neue Kneipen aufmachen werden, aber eine geschlossene Gesellschaft wie jene der zahllosen Zeitungsmacher im Innenstadtbereich, diese kesse, versnobte und geschlossene Gesellschaft, deren Produkt während der letzten zwei Jahrzehnte sich nicht eben verbessert hat – dergleichen läßt sich auch mit neuen Kneipen nicht erneuern. Fleet Street war zuerst eine Straße der Drucker, der Druckerschwärze, des kalten und des heißen Bleis.

Fleet Street bleibt zurück, während die letzte Romantik in eine graue Themse sickert. Man wird sich trösten müssen mit dem Schauspiel einer dramatischen Immobilien-Spekulation für Objekte in allerbester zentraler Lage.

Eddie Shah



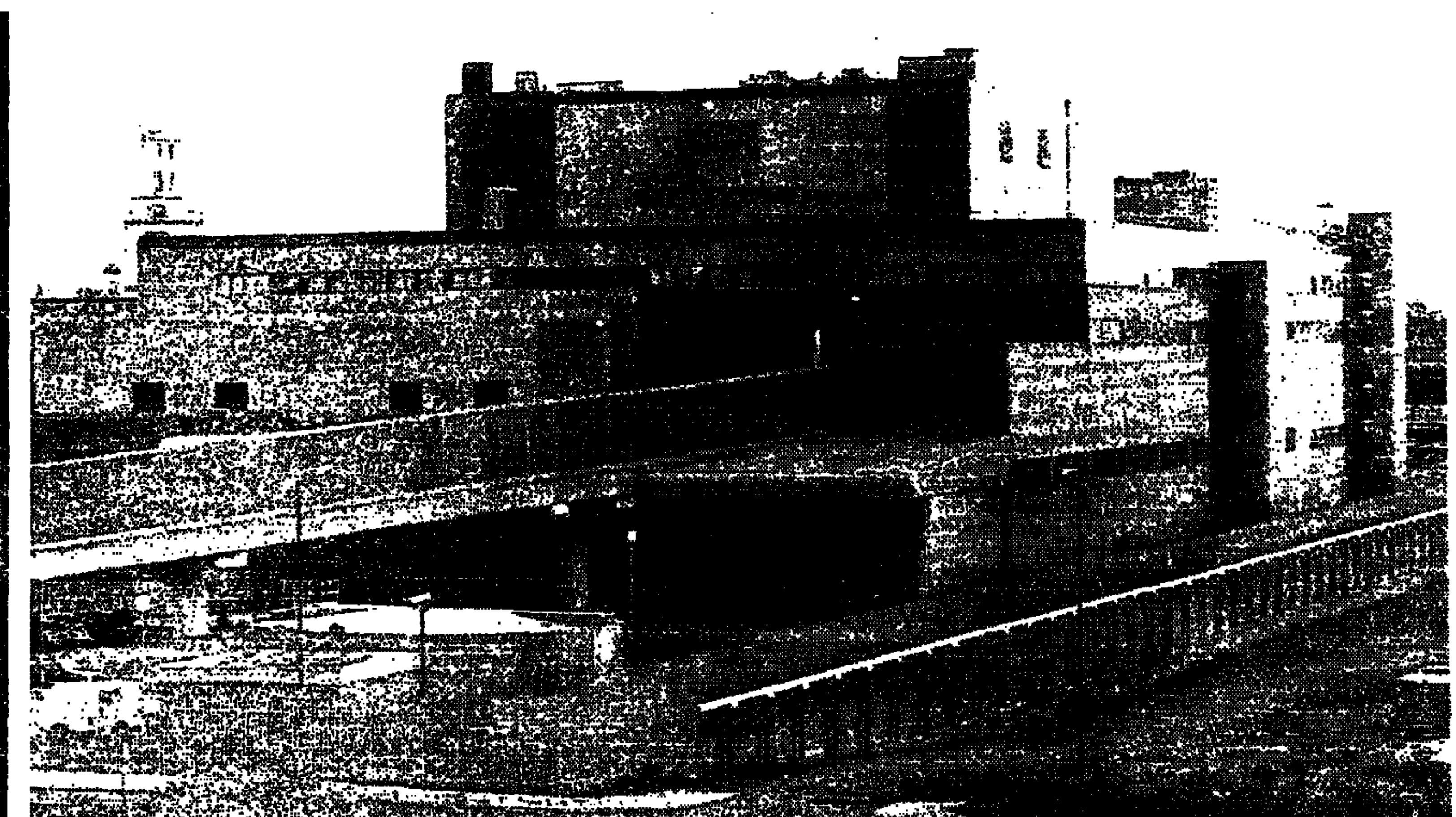
Robert Maxwell



Rupert Murdoch



Mit den großen Zeitungen schwindet auch die Romantik aus der berühmten Fleet Street.



Neubau auf der grünen Wiese: Rupert Murdochs Großdruckerei in Wapping.


Das Ereignis im Frack, ein Amalgamat aus Würde und Freude.

Bürokraten bremsen die Wissenschaft

Von DIETER THIERBACH


Da platzt es heraus, die Seele moussiert, der Seidel wird zur Flagge des Sieges.

Mit dem 42jährigen Stuttgarter Professor Klaus v. Klitzing hatte die Königlich-Schwedische Akademie der Wissenschaften im letzten Herbst nach 22 Jahren erstmals wieder einem deutschen Wissenschaftler den Nobelpreis für Physik verliehen. Die WELT sprach mit ihm über Bildung und Ausbildung in der Bundesrepublik und im Ausland und über den „Spaß an der Wissenschaft". Das Gespräch führte Dieter Thierbach, der für das Wissenschaftsressort der WELT verantwortlich zeichnet.

WELT: Herr Professor v. Klitzing, was tut sich aus Ihrer Sicht in der deutschen Bildungslandschaft?

v. Klitzing: Nun, ganz allgemein ist jetzt das Bestreben, dorthin, wo gute Arbeit geleistet wird, auch mehr Unterstützung zu geben. Früher war das in dem Umfang nicht möglich, da hat man doch mehr das Gleichverteilungsprinzip bevorzugt. Man geht jetzt zunehmend dazu über, daß man die Institute, die eine internationale Anerkennung haben, auch fördern will. Das ist natürlich mehr als sinnvoll, denn wie soll sonst das Engagement der beteiligten Wissenschaftler weiterbestehen, wenn die keine Chance sehen, daß ihr Engagement auch wirklich Früchte trägt.

WELT: Würden Sie heute eigentlich einem jungen Menschen raten, Naturwissenschaften zu studieren?

v. Klitzing: Sofort, ja. Das ist überhaupt keine Frage.

WELT: Was halten Sie von amerikanischen Universitäten?

v. Klitzing: Es ist natürlich schon erstaunlich, was diese Universitäten sich da für Gelder 'reinziehen, um ihre Forschung zu betreiben. In Deutschland findet man auf diesem Gebiet überhaupt nichts Vergleichbares.

So etwas im Gegenzug versucht man ja jetzt auch bei uns, so eine Art Elite-Universitäten zu züchten. Bei den Privat-Universitäten gibt es erste Ansätze mit der Idee, es eigentlich der renommierten Harvard University nachzumachen.

WELT: Genießt Harvard für Sie eine Sonderstellung?

v. Klitzing: In gewisser Weise schon. Ich habe selber zwar nie in Harvard studiert, aber ich höre es hier immer wieder von vielen Kollegen: Harvard ist eigentlich schon ein Vorbild.

WELT: Werden Sie da – in bezug auf unsere deutschen Verhältnisse – nicht etwas neidisch?

v. Klitzing: Wissen Sie, für mich ist das ja nicht mehr aktuell; studieren muß ich ja nicht mehr. Gut, man kann auch mal neidisch sein, was die Arbeit an einem amerikanischen oder japanischen Forschungsinstitut angeht. Ich glaube jedoch, wir müssen einfach auch mehr aus den Möglichkeiten machen, die wir haben. Was mich ein bißchen wundert, ist, weswegen das Interesse deutscher Industrie- und Universitätskollegen an einem Gastaufenthalt am MPI wesentlich geringer ist als die entsprechenden Aktivitäten ausländischer Kollegen, insbesondere aus Amerika.

WELT: Liegt es nicht vielleicht daran, daß sich die Max-Planck-Gesellschaften mit ihren Ergebnissen im Inland zu schlecht verkaufen?

v. Klitzing: Mag sein, andererseits gab es ja schon immer eine Art Konkurrenzdenken zwischen Universitäten und Forschungsinstituten, was man auf jeden Fall abbauen müßte.

WELT: Bei den meisten Hochschulprofessoren ist es immer noch verpönt, mit der Industrie zusammenzuarbeiten und Aufträge von dieser Seite anzunehmen. Bahnt sich da ein Wandel an?

v. Klitzing: Man sollte diese Aussage nicht verallgemeinern. Es gibt viele Gebiete, auf denen schon eine gute Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstituten und Industrie existiert. In der Grundlagenforschung gibt es jedoch das Problem, daß die Industrie ein zu großes Gewicht auf die direkte Anwendung legt. Aber auch hier scheint sich eine Wende anzubahnen. Analog zur Praxis in den Vereinigten Staaten werden von der Industrie Gelder und Labors für die Grundlagenforschung an Universitäten zur Verfügung gestellt. Das ist natürlich eine Sache, die mir sehr am Herzen liegt: Diesen lange überfälligen Ausgleich zwischen den Forschungsinstituten, den Universitäten und der Industrie herbeizuführen.

WELT: Und wie könnte man so etwas machen?

v. Klitzing: Ich werde mich auch in Zukunft in dieser Zusammenarbeit ein wenig mehr engagieren. Das eigentliche Problem sehe ich in der Struktur der Forschung in den Industrielabors. Unsere Wissenschaftler hier am Institut werden zum Beispiel öfter nach Japan oder Amerika als innerhalb Deutschlands eingeladen, um dort in Industrieunternehmen über ihre Arbeiten zu reden. Wenn diese Bereitschaft des Gesprächs noch nicht da ist, dann wird's natürlich schwierig. Sehen Sie, gerade auf meinem Arbeitsgebiet, den mikrostrukturierten Halbleiter-Bauelementen ist eine Revolution im Gange. Begriffe wie „Informationstechnologie" sind Schlagwörter, die werden wir in den nächsten Jahren noch viel öfter zu hören bekommen. Wir müssen uns aber schon jetzt mit ihnen auseinandersetzen.

> *In dieser Welt gibt es immer Gefahren für die, die sich fürchten.*
>
> *George Bernard Shaw*

WELT: Wo liegen denn ihrer Meinung nach die Schattenseiten dieser „Revolution"?

v. Klitzing: Ich sehe ein bißchen Probleme, ob wir in ausreichendem Maße mit unserer Bildung da anschließen und hinterherkommen können. Die Technologie-Angst oder wie man das auch immer nennen mag, kommt meiner Meinung daher, daß einfach zu wenig informiert wird. Nehmen Sie zum Beispiel die Lehrer an den Schulen, die zu wenig Möglichkeiten haben, sich weiterzubilden: Schon da tut sich eine Lücke auf, welche die ganze Weiterentwicklung bremst.

WELT: ... das fängt in den Schulen an und hört bei der Erwachsenenbildung auf.

v. Klitzing: Ja, genau. Gerade die Massenmedien, wie das Fernsehen, die haben natürlich eine Verantwortung auch auf diesem Gebiet. Ich sehe ein, daß das unheimlich schwierig ist. Sport läßt sich da viel leichter verkaufen als Wissenschaft. Wir dürfen uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, das da etwas gemacht werden muß. Wir müssen hier wirklich zu mehr Investitionen bereit sein und auch nachschieben, damit die Spitzen weiter vorankommen. Ich sehe ein bißchen das Problem, daß das Verständnis für solche wissenschaftlichen Zusammenhänge nachher in der breiten Masse einfach fehlt.

WELT: Was könnte man an unseren Unis besser machen, um für die Studenten mehr Spaß in die Wissensvermittlung hineinzubringen?

v. Klitzing: Ach, ich glaube, die Studenten haben schon Spaß an ihrer Sache. Die Begeisterung ist schon da. Nur: Man sollte das auch optimal ausnutzen. Ich kenne sehr viele Institute, die eben nicht optimal ausgerüstet sind. Aber denken Sie ja nicht, daß da einer auf die Idee käme, mit seinem qualifizierten wissenschaftlichen Grundwissen dort hinzugehen, wo optimale Ausrüstungen und Geräte vorhanden sind.

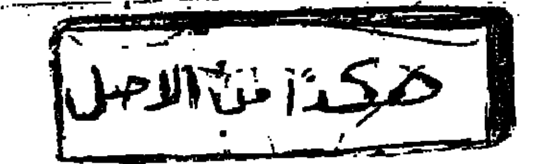
WELT: Sie meinen die Immobilität der Leute ...

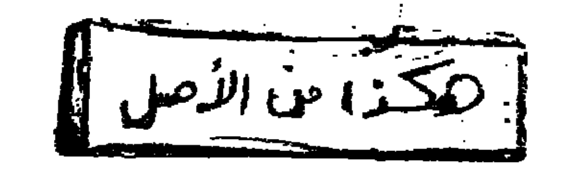
v. Klitzing: Genau, das ist ein ganz großes Problem.

WELT: Und das sowohl bei Studenten als auch bei ausgebildeten Wissenschaftlern?

v. Klitzing: Ja, sicher. Wobei ich die Ursache der Immobilität unter anderem darin sehe, daß die Flexibilität des Wissenschaftlers eingeengt wird durch den Bürokratenwunsch, alles zu regulieren, kontrollieren, zu dirigieren, normieren und standardisieren. Natürlich spielt auch die Bequemlichkeit eine Rolle, die sich dann breitmacht, wenn der Eindruck entsteht, daß wissenschaftliches Engagement nicht belohnt wird. Gerade in der Forschung ist Spitzenleistung sehr wichtig, und es sollte auch gelten: Hervorragende Wissenschaftler werden auch hervorragend gefördert.

WELT: Herr Professor v. Klitzing, vielen Dank für das Gespräch.





Ist Tennis schon alles?

Von KLAUS BLUME

Klaus Ludwig aus Roisdorf bei Bonn ist einer der besten Autorennfahrer der Welt – dreimal Sieger der klassischen „24 Stunden von Le Mans". Aber sein Sohn spielt nicht „Lederstrumpf" und auch nicht mehr „Klaus Ludwig, der Rennfahrer", sondern Boris Bekker. Was überhaupt nichts mit Tennis zu tun hat. Boris Becker steht für alles: für Old Shatterhand und Winnetou, für Klaus Ludwig und Schimanski, für Asterix und Obelix.

Ja, kann denn Tennis alles sein?

Weil beim Fernsehen die Merkmale der Becker-Begeisterung offensichtlich *so durchschlagen, daß sie den* Verlust der Urteilsfähigkeit nach sich ziehen, sollte man der sonst so sportfeindlichen „taz" folgen und das Programm Becker-gemäß umgestalten. Zum Beispiel so:

17.00 Uhr: Die Fitneß-Schule – Laufarbeit mit Trainer Günter Bosch. 17.30 Uhr: So mogele ich beim Lohnsteuer-Jahresausgleich – Tips und *Tricks von Ion Tiriac. 18.15 Uhr: Das* Jugendmagazin – Balljungen erzählen. 19.00 Uhr: Evangelisches Tagebuch – Beten für Boris. 19.15 Uhr: Wenn der Sauerbraten gelingen soll – Kulinarische Revue mit Mutter Bekker. 20.00 Uhr: Tennisschau. 20.15 Uhr: Reportage aus der Arbeitswelt – die Firma Puma. 22.00 Uhr: Architektonische Streifzüge – Tennisstadien dieser Welt. *22.30 Uhr: Tennisthemen.* 23.00 Uhr: Spätkrimi – Der Tiebreak war sein Schicksal.

Lachen Sie nicht, das alles ist ja – wenn auch in ganz anderen Maßeinheiten – schon auf uns zugekommen. Deshalb sei auch aus einem Brief an die WELT zitiert: „Selbst unter Berücksichtigung des Boris-Becker-Syndroms waren mehr als acht Stunden Tennis live am Sonntag nur bei entsprechenden Ausweichmöglichkeiten gerechtfertigt, die es aber bei uns – noch – nicht gibt."

Wer hat hier wen am Wickel? Der Sport die Gesellschaft oder umgekehrt? Oder sind wir etwa schon eine Sportgesellschaft?

Zahlen: 19,5 Millionen Bundesbürger gehören einem Sportverein an. *Die Zahl derer, die tatsächlich Sport* treiben, ist viel größer. Im Schnitt goutieren 48 Prozent der jeweiligen Zeitungsleser den Sportteil ihres Blattes. Die größten Fachverbände bilden – und das in dieser Reihenfolge – hierzulande die Fußballer, vor den Turnern, den Tennisspielern und den Schützen.

Aber die Begeisterung zielt woan*ders hin – nämlich zum Tennis und zu* Sportarten, die gewissermaßen eine neue Verinnerlichung schaffen können, weil man sie ganz allein für sich betreiben kann: Laufen – mit und ohne Ski –, Squash und Budo – die für die Selbstversenkung so hervorragend geeigneten asiatischen Kampfsportarten.

Der Sport sei der Bruder der Arbeit, hat der *spanische Philosoph* Ortega y Gasset geschrieben. Das ist es wohl auch, was den Leistungssport herkömmlicher Prägung ins Abseits drängt. Das Training artet zur Akkordarbeit aus, die 35-Stunden-Woche ist für Athleten längst kein Thema, *der Leistungssport ist zum Zwil*lingsbruder der Arbeit geworden – die Träume blieben auf der Strecke. Die Bewunderung eines Gewichthebers hält sich somit zwangsläufig in Grenzen, doch es selbst zu betreiben, das ufert aus. Denn merke: Der Transport eines Waschkessels war für die Frau von einst nichts als beschwerliche Fron, das Heben genormter *Gewichte ist hingegen lust*volles Tun. Konkreter: Das Frauen-Gewichtheben greift um sich.

Ja, warum denn auch nicht?

Zu welcher Zeit aber war denn nun welche Sportart populär und warum? Das erste läßt sich feststellen, das zweite meist nur vermuten. Festzustellen ist, daß jene beiden Sportarten, die in diesem Lande am meisten an Popularität *eingebüßt haben, das* Profi-Boxen und der Profi-Radsport sind. Das sich Nach-oben-Boxen stand in den ersten Nachkriegsjahren stellvertretend für das, was getan werden mußte. Doch schon Anfang der sechziger Jahre befand sich der Boxsport auf dem Weg nach unten – trotz eines fabelhaften Bubi Scholz.

Das Sich-Hochstrampeln – nichts schien dafür mehr geeignet als der Radsport. In der „DDR" strampelte in den fünfziger Jahren ein blonder Magdeburger schneller als die, die es sonst immer konnten: die Italiener, Franzosen und Belgier. Die Mitteldeutschen wären in ihrer Begeisterung für den Magdeburger „Täve" Schur sicher zu einem Volk von Radfahrern geworden, hätte es damals *nur genügend Fahrräder gegeben*...

Was sich gut zwanzig Jahre später vollzog, als wieder ein junger blonder Mann – diesmal aus Frankfurt am Main – durch seine Tour-Siege die Lust am Strampeln nährte, war nur ein Strohfeuer. Noch heute streiten sich die Marketing-Experten darüber, ob es nun Dietrich Thurau war, der hierzulande den Jogger-Boom per Zweirad auslöste, oder ob dieser Boom sowieso unaufhaltsam auf uns zugekommen wäre. Denn Radgefahren wird in dieser Republik – alle Achtung! Nur eben nicht allzu profigemäß und um die Wette.

Der Leistungssport herkömmlicher *Prägung hat sich die eigenen* Füße selbst weggehauen: Fron statt Freude, Doping, Betrug, Querelen – wer will denn da noch mitmachen? Diese Sparte hat mit der Praxis des Breitensports jeglicher Prägung so wenig gemein, daß die alte Lehre von *der Pyramide – derzufolge man einen* Olympiasiegers brauche, um Hunderttausende einmal in der Woche zum Traben zu bewegen – ad absurdum geführt wurde.

In einer nahezu saturierten und sich gleichzeitig überaus extrovertiert verhaltenden Gesellschaft haben obendrein Sportarten mit Überwachungscharakter kaum noch eine Überlebenschance. Sportarten, in denen jedes Ergebnis vermessen werden kann und somit zur unabweisbaren Beckmesserei führt, sind nicht mehr gefragt. Zu ihnen gehört der Radsport, die gute alte Leichtathletik, das Schwimmen.

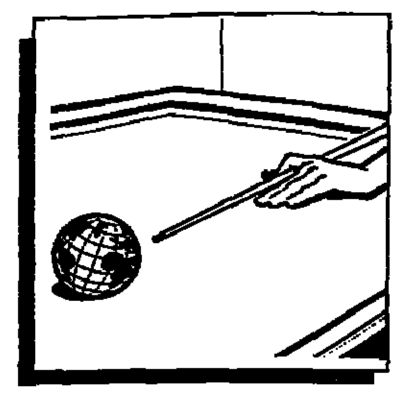
*Weg von der Fron, weg vom kollek*tiven Gekicke, nicht Bruder der Arbeit, sondern Konsumierung der Lust durch Sport – das ist der Trend der neuen Zeit. Und wobei gleichfalls festzustellen ist, daß die Hinwendung zu Sportarten mit Show-Charakter stetig zunimmt – beim Betrachter. Und das die Hinwendung zu jenen Sportarten zunimmt, die man selber *fernab der täglichen beruflichen Gän*gelei ganz alleine für sich betreiben kann. Wobei die Beschäftigung mit solchen Sportarten durchaus einen volkswirtschaftlichen Sinn hat, denn sonst wäre zum Beispiel ein Jogger der reinste Laufnichtsnutz. Es gilt immerhin als erwiesen, daß der in Wald und Flur für sich allein dahinlaufende Mensch innerhalb von zwanzig Jahren 30 Paar Schuhe, 16 Trainingsanzüge, 28 Paar Socken, 24 Sporthosen, 50 Hemden, 100 Meter Leukoplast (!), 2000 heiße Duschen, 54 Stück Seife und 35 Liter Haarwaschmittel verbraucht. Mindestens.

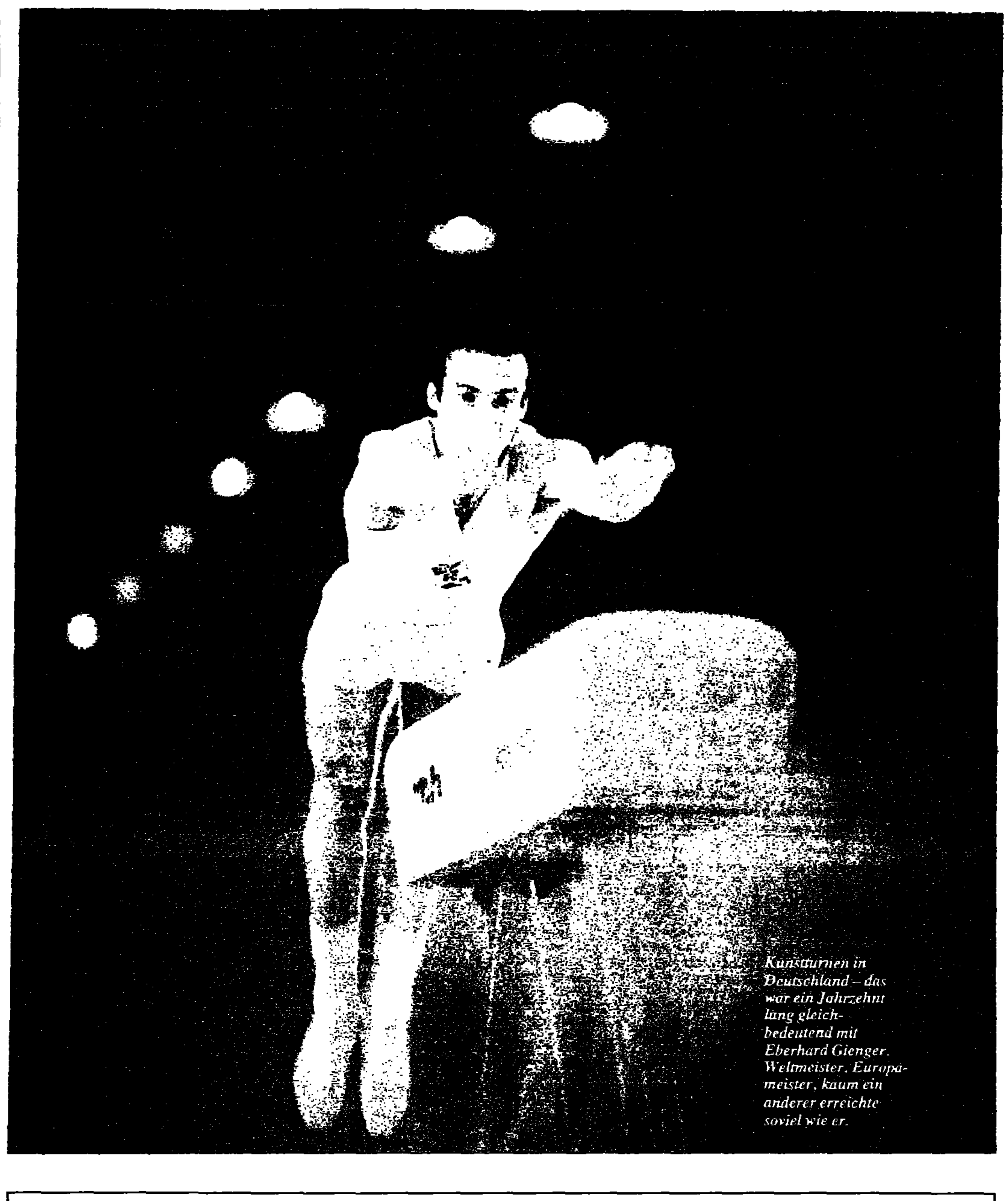
Warum Sportarten von einst nicht mehr gefragt sind? Im Eisschnellauf-Mutterland Norwegen will neuerdings niemand mehr Eisschnellaufen sehen. Triftige Gründe gibt es dafür nicht. In England erlebt der Profi-Boxsport eine geradezu unglaubliche Renaissance. Hierzulande hoffen die Boxer, diese Welle schwappe über. Doch die Soziologen meinen, es handele sich dabei nur um eine exotisch-*insulare Marotte. Und so etwas gebe* sich – bald.

Ob der Leistungssport in nächster Zukunft noch von Belang ist? Der Computer, dieser Besserwisser unserer Zeit, hat errechnet, daß irgendwann jeder Rekord bei 0.00 enden wird. Womit das Kapitel (Leistungs)-Sport ohnehin abgeschlossen wäre.

Oder?

Klaus Blume (45) ist seit zehn Jahren Mitglied der WELT-Sportredaktion.





Kunstturnen in Deutschland – das war ein Jahrzehnt lang gleichbedeutend mit Eberhard Gienger. Weltmeister, Europameister, kaum ein anderer erreichte soviel wie er.

Der alte Jahn läßt grüßen

Was an Sport gern im Fernse*hen gesehen wird, muß* nicht von Staats wegen besonders gefördert werden, auf daß es bei Olympischen Spielen oder internationalen Meisterschaften reiche Medaillenernte bringe.

Die hiesigen Eiskunstläufer zum Beispiel, neben den Fußball- und den Tennisspielern sowie den Reitern beim Fernsehpublikum am *höchsten in der Gunst stehend*, bekommen von Vater Staat in diesem Jahr *nur* 552 000 Mark Unterstützung. Ganz im Gegensatz zu den Schwimmern, die 2,15 Millionen Mark an jährlicher Zuwendung aus dem Steuersäckel erhalten und trotz *eines Michael Groß auf dem Bild*schirm eher Langeweile verbreiten.

Der mitgliederstärkste Sportver*band in der Bundesrepublik* Deutschland ist weiterhin der Deutsche Fußball-Bund (DFB) mit 4 683 000. Die Tennisspieler brachten es im vorigen Jahr auf 1 741 000, wobei die Zuwachsrate 65 000 betrug.

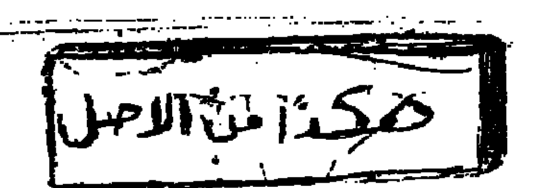
Übertroffen werden die Tennisspieler aber ganz klar von den Turnern, bei denen sich 106 000 neue Vereinsmitglieder *anmeldeten, so* daß der Bestand des Deutschen Turner-Bundes (DTB) mittlerweile auf 3 495 000 anstieg. Von wegen Turnvater Jahn und der lange Bart ...

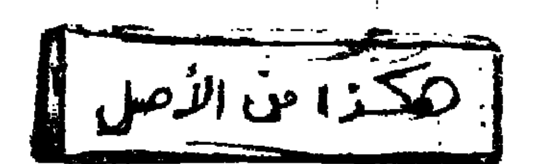
Sinkenden Bestand melden hingegen die Traditionsverbände der *Leichtathleten (788 000; Abgang:* 2542), der Boxer (55 467; Abgang: 589), der Ruderer (67 821; Abgang: 215) *und* der Reiter (511 000; Abgang: 309).

Was gern gesehen, gern betrieben und was am intensivsten gefördert wird – da klafft die jeweilige Hit-Liste weit auseinander und kaum etwas hat Bezug zueinander. Auf Reitübertragungen wird ein gepflegtes Fernseh-Unterhaltungsprogramm nie verzichten können. Die Leichtathleten wiederum haben in jüngster Zeit so gräßlich versagt, daß die Fernseh-Berichterstattung eingeschränkt wurde.

Aus dem Bundeshaushalt bekommen die Leichtathleten aber die größtmögliche Förderung aller Ver*bände: 3,3 Millionen Mark pro Jahr.*

K. Bl.





DIE GEISTIGE WELT (6 Seiten Beilage) / DAS FORUM DER WELT



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Verlag DIE WELT, 43 Essen, Sachsenstraße 36, Telefon 2 14 21, Fernschr. 085 73 41, 2 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Telefon 34 10 10, Fernschr. 021 11 49, 1 Berlin 61, Kochstraße 40—54, Telefon 61 60 51, Fernschreiber 018 37 89.

Abonnement durch Träger oder Post monatlich DM 6,60, einschließlich Zustellgebühr; für Postabholer DM 6,06; Preis für das Auslandsabonnement DM 11,— einschließlich Porto. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 32 vom 15. 1. 1963.

Samstag, 23. November 1963 — 1 H 7109 A — Ausgabe D — Nr. 273 - Preis 50 Pf

Eine schwere Stunde in der amerikanischen Geschichte

Präsident Kennedy in Texas ermordet

Johnson sofort als Nachfolger vereidigt

Die Untat

ejc. — „Nur das kann die Wahrheit sein: daß ein Mann sie als richtig erkennt, für sie lebt, sich bis zum Letzten für sie einsetzt, ja, für sie stirbt." Dieser Ausspruch seines Lieblingsdichters Robert Frost war der Schluß einer programmatischen Rede, die Präsident Kennedy vor wenigen Tagen in Miami gehalten hatte. Jetzt, da John F. Kennedy den Kugeln eines Attentäters zum Opfer gefallen ist, liest man diese Worte mit unsagbarer Erschütterung, mit tiefster Betretenheit.

Die ganze Welt trauert um den jüngsten Mann, der je zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde. Die ganze Welt ist sich einig, in dem Abscheu über diese barbarische Tat. Die ganze Welt — Freunde und Gegner, zu Hause und überall auf der Erde.

Auch in Deutschland trauert man tief um den jungen Präsidenten, dem erst im vergangenen Sommer die Herzen der Menschen in der Bundesrepublik und besonders in Berlin zugeflogen sind.

Das Mitgefühl gilt in diesem Augenblick besonders seiner Frau und den Kindern; das Mitgefühl gilt aber ebenso dem ganzen amerikanischen Volke, das einen großen Führer verloren hat.

Die Gedanken fliegen in diesem Augenblick auch zu Lyndon Johnson, dem neuen Präsidenten. Er übernimmt eine riesige Bürde und schweres Erbe.

„An uns, den Lebenden", so hatte vor hundert Jahren der später ebenfalls einem Attentat erlegene Präsident Lincoln gesagt, „ist es, uns den verbliebenen Aufgaben zu weihen." Dieses „uns" meint heute nicht nur das amerikanische Volk, sondern alle Menschen, die für die Ideale eintreten, um derentwillen Kennedy das höchste Opfer gebracht hat.

Die innen- und außenpolitischen Folgen dieser grausigen Tat, dieses Attentats von Dunkelmännern auf den prominentesten Vertreter der westlichen Welt, lassen sich im Augenblick noch gar nicht ermessen.

Lyndon B. Johnson

DW. — Lyndon Baines Johnson wird nun in das Weiße Haus in Washington als Präsident der Vereinigten Staaten einziehen. In dem Staate, in dem Präsident Kennedy ermordet wurde, wurde er 1908 als Sohn eines Farmers geboren. Nach wenigen Jahren als Volksschullehrer in Houston verschrieb er sich der Politik und ging nach Washington.

Präsident Roosevelt entdeckte 1935 den begabten jungen Politiker und betraute ihn mit bundesstaatlichen Erziehungsaufgaben in Texas. Johnson galt fortan als Mitglied jener Gruppe, die man Roosevelts „Junge Garde" nannte.

Als Angehöriger der Demokratischen Partei wurde Johnson 1937 ins Repräsentantenhaus gewählt, dem er bis 1949 angehörte. In jenem Jahr gelang ihm der Sprung in den Senat, wo er 1953 Fraktionsvorsitzender der demokratischen Mehrheit wurde. In dieser Eigenschaft war er dank seines Vermittlungstalents einer der mächtigen Männer bei der Gestaltung der amerikanischen Politik.

In dieser Schlüsselstellung hatte er 1957 und 1960 wesentlichen Anteil an Reformen der Rassegesetzgebung. Im Jahre 1960 unterlag er John F. Kennedy bei der Nominierung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Als Partner Kennedys wurde er nach dem Wahlsieg Vizepräsident.

Johnson ist verheiratet mit Frau Claudia, geb. Taylor und hat zwei Töchter mit Namen Lynda und Lucy.

Der deutschen Öffentlichkeit, voran den Berlinern, wurde Johnson vornehmlich bekannt, als er wenige Tage nach Errichtung der Mauer im Auftrag Kennedys nach Berlin kam.

Nachrichtendienst der WELT

Dallas (Texas), 22. November

Präsident Kennedy ist tot. Er fiel am Freitagnachmittag gegen 13 Uhr Ortszeit (19 MEZ) einem Anschlag zum Opfer. Das Attentat geht auf Extremisten zurück und wurde während einer Fahrt der Wagenkolonne des Präsidenten durch die Innenstadt von Dallas verübt.

Eine dreiviertel Stunde nach dem Tod des Präsidenten wurde der bisherige Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Lyndon B. Johnson, als neuer Präsident der USA an Bord des Düsenflugzeuges vereidigt, das auch die Leiche Kennedys nach Washington brachte.

Von den Schüssen aus einer automatischen Waffe wurde auch der Gouverneur von Texas, John Connally, *schwer verletzt. Frau Jacqueline* Kennedy und Frau Connally fuhren in der Wagenkolonne mit. Sie blieben unverletzt. Auch Vizepräsident Johnson gehörte zu der Begleitung des Präsidenten. Er erlitt keine Verletzung.

Die Attentäter blieben zunächst unbekannt. Aber wenige Stunden nach dem Mordanschlag wurde mitgeteilt, daß *Lee H. Oswald*, der als Vorsitzender des bisher kaum an die Öffentlichkeit getretenen Ausschusses „Fair play for Kuba" identifiziert wurde, als einer der Hauptverdächtigen des Attentats verhaftet worden ist.

Es wurden wenigstens drei Schüsse auf den Präsidenten abgefeuert. Kennedy sank blutüberströmt in den Fond des Wagens zurück. Seine Frau, die neben ihm saß, versuchte ihn aufzurichten. Sie rief „nein, nein"!

Mexiko schließt Grenze

Laredo (Texas), 22. November (UPI)

Die mexikanische Regierung hat sofort nach der Ermordung Präsident Kennedys die Schließung der mexikanischen Grenze nach Texas für 72 Stunden verfügt, wie vom Amt der mexikanischen Regierung in Laredo bekanntgegeben wurde.

Bis zum Tode ohne Bewußtsein

In rasender Geschwindigkeit fuhr der Wagen in das nächstgelegene Krankenhaus. Der Präsident erhielt unverzüglich eine Bluttransfusion. Ein katholischer Priester wurde herbeigerufen. Er erteilte dem Sterbenden die Letzte Ölung. Alle ärztlichen Bemühungen blieben erfolglos. Der Präsident starb an Wunden im Kopf und im Hals. Die Verletzungen wurden möglicherweise durch ein einziges Geschoß verursacht. Nach Mitteilung der Ärzte hat Kennedy von dem Zeitpunkt des Attentats gegen 18.30 Uhr MEZ bis zu seinem Tode das Bewußtsein nicht wiedererlangt.

Weitere Berichte Seite 5

Etwa eine Stunde nach dem Tod Kennedys wurde die Leiche des Präsidenten in einem Ambulanzwagen aus dem Krankenhaus zum Flugzeug nach Washington geschafft. Jacqueline Kennedy fuhr im Wagen mit. Sie machte einen völlig benommenen und erschütterten Eindruck.

Der Arzt Dr. Perry teilte mit, er sei sofort gerufen worden, als der Präsident in das Krankenhaus eingeliefert worden war. „Ich stellte fest, daß er sich in kritischem Zustand befand durch eine Wunde im Genick und Kopf."

Perry sagte weiter: „Sofort wurden Atmungsmethoden angewandt und Dr. Klark und andere Mitglieder des ärztlichen Stabes herbeigerufen. Sie trafen sofort ein, aber zu diesem Zeitpunkt ließ der Zustand des Präsidenten es nicht mehr zu, daß er auf die Behandlung ansprach. Er war kritisch und tödlich verwundet. Dr. Clark unterstützte die Atmung mit Sauerstoff, einer Anästhesiermaschine und einem Luftröhrenrohr. Eine Tracheotomie wurde vorgenommen. Blut und Flüssigkeiten wurden zugeführt."

In der Nacht zum Sonnabend war noch nicht zu übersehen, wie viele Personen in das Attentat verwickelt sind. Die Schüsse fielen aus einem Gebäude an der Straße durch die die Wagenkolonne fuhr. Im fünften Stockwerk des Hauses fand die Polizei die Überreste eines gebratenen Hähnchens und Papier. Man nimmt an, daß die Attentäter dort ziemlich lange gewartet hatten. Angeblich ist der Anschlag von einem Ehepaar verübt worden. Zur Zeit des Attentats fuhr der Wagen des Präsidenten ohne Plastikdach. Beim ersten Schuß zogen die Leibwächter, die in einem zweiten offenen Wagen folgten, sofort ihre Pistolen, sie konnten aber keinen Schuß anbringen.

Johnson verdankte sein Leben nur dem Umstand, daß die Wagenkolonne kurz vor den Schüssen ins Stocken geriet. Der Wagen Johnsons mußte etwas zurückbleiben, so daß die Attentäter kein gutes Ziel mehr hatten.

Für sämtliche Polizeieinheiten in Texas wurde Großalarm gegeben. Alle Ausfallstraßen wurden sofort gesperrt.

Um 20.38 Uhr MEZ kam die erste Blitznachricht über die Agenturen und Fernsehstationen. Sie verbreitete sich mit Windeseile um den Erdball. Die Fernsehstationen in West und Ost unterbrachen sofort ihre Programme und sendeten fortlaufend Nachrichten über das Attentat.

Gegen 14.30 Uhr (Ortszeit) senkte sich das Sternenbanner auf dem Weißen Haus in Washington auf halbmast. Überall in der Welt, wo Amerikaner sind, senkten sich die Fahnen in Ehrfurcht vor John Fitzgerald Kennedy.

Kennedy ist der vierte amerikanische Präsident, der ermordet wurde. Abraham Lincoln erlag den Folgen eines Attentats vom 14. April 1865. James Abram Garfield erlag den Folgen eines Attentas vom 2. Juli 1881. William McKinley erlag den Folgen eines Attentats vom 6. September 1901.

Bestürzung in der ganzen Welt

Die Stadt Dallas in Texas ist bekannt für ihre Feindschaft gegen die Regierung Kennedy. Es haben sich dort vor allem viele Rechtsgerichtete konzentriert. Erst vor wenigen Wochen war der amerikanische UNO-Delegierte Stevenson das Ziel von Beleidigungen und Angriffen aus einer großen Menschenmenge.

In der ganzen Welt herrscht tiefe Bestürzung. In den Städten der USA und in vielen anderen Ländern sammelten sich die Menschen in Gruppen vor den Rundfunk- und Fernsehgeschäften. Die Panik stand in den USA auf allen Gesichtern. Es kam in den Städten zu einem Verkehrschaos. Die Autos stauten sich, und die Fahrer riefen einander die furchtbare Nachricht zu.

Zunächst hatte es geheißen, der Präsident sei schwer verletzt worden. Als die Todesnachricht dann etwa 15 Minuten später bekannt wurde, verbreitete sich tiefe Trauer.

Das Flugzeug, mit dem Außenminister Rusk und andere Kabinettsmitglieder von Honolulu nach Tokio fliegen sollten, kehrte über dem Pazifik nach den USA um, nachdem die Nachricht vom Attentat auf Präsident Kennedy eingegangen war.

Größtes Entsetzen über die furchtbare Tat herrscht in allen Ländern des Westens. Bezeugungen des Mitgefühls kamen auch aus dem Osten. Bei der Nachricht brach der französische Ministerpräsident Pompidou in die Worte aus: „Mein Gott, mein Gott, das ist furchtbar!" Die ersten Reaktionen aus den Hauptstädten des Westens spiegelten die tiefe Bestürzung über den Tod des Staatsmannes Kennedy wider.

Auch die Rundfunk- und Fernsehstationen des Sowjetblocks unterbrachen ihr Programm.

Mit sichtbarer innerer Bewegung verlas der Sprecher des Moskauer Fernsehens um 22.40 Uhr Ortszeit die Nachricht von dem Attentat. Ein Kommentar wurde nicht gegeben. Es heißt lediglich: „Der Anschlag auf den amerikanischen Präsidenten ging von rechtsradikalen Kreisen aus."

Mit größter Betroffenheit reagierte auch die Moskauer Bevölkerung auf die Nachricht vom Tode Kennedys. Das sowjetische Rundfunkprogramm wurde sofort geändert. An Stelle der vorgesehenen Unterhaltungssendungen wurde ernste Musik eingeblendet. Das Fernsehen brachte zunächst im Anschluß an die Abendschau eine Unterhaltungssendung mit russischen Liedern, unterbrach das Programm jedoch nach wenigen Minuten und verabschiedete sich *nach einer Wiederholung der Meldungen von seinen Hörern.*



Präsident Kennedy, seine Frau und der Gouverneur von Texas, Connally, Sekunden vor dem Attentat.



Präsident Lyndon B. Johnson wird vereidigt — Faxfotos: UPI/AP
rechts neben ihm Frau Kennedy, links die Beamtin, die die Vereidigung vornimmt

Im Augenblick eines Triumphes

Eine viertel Million Menschen wollten Kennedy zujubeln

Kab berichtet unseres Korrespondenten

Bo Washington, 22. November

Die amerikanische Nation hat eine der schlimmsten Stunden ihrer Geschichte durchlebt. Nach den ersten Nachrichten, die widersprechend über den Zustand Kennedys waren, breitete sich eine entsetzliche Ungewißheit aus, die jedoch noch Hoffnung zuließ, daß sein Leben gerettet werden könnte, bis etwa eine Stunde nach den Schüssen die ganze bittere Tragik des Mordes unausweichlich vor der Nation stand.

Kennedy traf sein tödliches Schicksal *in einem Augenblick, in dem er einen* Triumph als Politiker feierte, in dem eine viertel Million Menschen sich anschickte, ihn in Dallas in viel begeisterterer Stimmung zu begrüßen, als anfänglich erwartet worden war.

In Texas war die rechtsradikale Opposition gegen den *Präsidenten* stark. Rassenfanatiker haben in der letzten Zeit zu Gewaltmaßnahmen gegriffen. Und die Vermutung liegt nahe, daß der Mord die Tat eines fanatischen Gegners der negerfreundlichen Rassenpolitik Kennedys war. Dies muß aber mit Vorbehalt gesagt werden, da bisher keinerlei feste Anhaltspunkte vorliegen.

Der Senat in Washington unterbrach seine Plenarsitzung und vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

Die in Hyannis Port lebenden Eltern des Präsidenten wurden von Nachbarn von dem Anschlag verständigt. Der Vater des Präsidenten, der unter den Folgen eines Schlaganfalls leidende ehemalige US-Botschafter in Großbritannien, Joseph Kennedy, schlief gerade, als ihm die Nachricht überbracht wurde. Mrs. Kennedy traf Vorbereitungen zur sofortigen Abreise nach Dallas.

John Fitzgerald Kennedy war einer der jüngsten amerikanischen Präsidenten. Der am 29. Mai 1917 in Brookline (Massachusetts) als Sohn eines Diplomaten geborene Präsident war am 8. November 1960 erst 43 Jahre alt, als er das höchste amerikanische Staatsamt errang. Er war der zweite Sohn einer kinderreichen Familie irischer Abstammung. Nach dem Studium der Staatswissenschaften an der Universität Harvard machte er den zweiten Weltkrieg von 1941 bis 1945 bei der amerikanischen Marine als Kommandant eines Schnellbootes mit. Er kämpfte zumeist *im Pazifik und wurde mehrfach* verwundet und hoch ausgezeichnet.

Als Politiker begann er 1946 seine Karriere, als er bei der Wahl für das amerikanische Repräsentantenhaus in einem der ärmsten Distrikte von Boston eine große Mehrheit erhielt. Nur sechs Jahre später saß er auch im Senat.

Trauer in ganz Deutschland

Nachrichtendienst der WELT

Hamburg, 22. November

Erschüttert vernahm die gesamte deutsche Bevölkerung am Freitag die Nachricht von der Ermordung des amerikanischen Präsidenten Kennedy. In einer Ansprache über das Fernsehen würdigte Bundestagspräsident Gerstenmaier Kennedy als den großen Hüter amerikanischer freiheitlicher Tradition im Geiste Lincolns. Es sei keine Silbe zuviel gesagt, wenn man behaupte, das deutsche Volk stehe mit Erschütterung vor dem Tod Kennedys.

Vizekanzler Mende sagte: „Dies ist ein Unglück für die Welt. Der Tod des amerikanischen Präsidenten erfüllt das deutsche Volk mit tiefer Erschütterung. Alle, die Präsident Kennedy bei seinem Deutschland-Besuch kennengelernt haben, insbesondere die Berliner, sind in dieser Stunde mit tiefer Trauer erfüllt."

Bundesinnenminister Hocherl hat alle Bundesbehörden telegrafisch angewiesen, bis auf weiteres halbmast zu flaggen. Die Landesbehörden wurden gebeten, sich dieser Weisung anzuschließen.

Der geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Dufhues, sandte an Frau Kennedy folgendes Beileidstelegramm: „Zu dem tragischen Tod Ihres Gatten spricht Ihnen die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ihr tiefempfundenes Beileid aus. Mit Präsident Kennedy ist eine große Hoffnung der freien Welt dahingegangen."

Als die erschütterndste und entsetzlichste Nachricht der letzten Jahrzehnte bezeichnete der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner die Meldung über den Tod Kennedys. „Die Welt hat einen Mann verloren, dem sie Frieden, Freiheit und Sicherheit verdankt."

Für den ehemaligen Bundeskanzler Adenauer war die Nachricht vom Tode Kennedys zuerst unfaßbar. Er war so *erschüttert, daß er zunächst jeglichen* Kommentar ablehnte.

Erhard sagt Reise ab

Washington, 22. November (UPI)

Bundeskanzler Erhard wird seinen für nächste Woche geplanten Besuch in Washington aufschieben und wahrscheinlich zur Trauerfeier für Präsident Kennedy kommen, wie am Freitagabend zu erfahren war. Der Kanzler wollte am Montag in Washington eintreffen. Vom State Department wurde bestätigt, daß der Besuch abgesagt worden ist.

Brandt: Berlin verlor seinen besten Freund

Von unserem Korrespondenten

Kem. Berlin, 22. November

Mit großer Bestürzung ist die Nachricht vom Tode Präsident Kennedys im freien Berlin aufgenommen worden. *Bis weit in den Sowjetsektor hinein* verkündeten die Leuchtschriftbänder am Potsdamer Platz und an der Kochstraße die Meldung über das Attentat und den Tod des amerikanischen Präsidenten. Der Regierende Bürgermeister Brandt erklärte: „Eine Flamme ist erloschen für alle Menschen, die auf einen gerechten Frieden und ein besseres Leben hofften. Mit dem ersten Bürger der freien Welt hat Berlin seinen besten Freund verloren."

Fassungslos nahmen die Passanten in der belebten Berliner Innenstadt die Nachricht vom Tode Kennedys auf. Wildfremde Menschen riefen sich die Mitteilungen über das Attentat zu. In Gruppen standen die Berliner vor den Leuchtschriftbändern am Kurfürstendamm und in der Kochstraße. Schneller als sonst leerten sich dann das Zoo-Viertel und die Straßen der City. Ununterbrochen verkündete das bis weit in den Sowjetsektor zu sehende Leuchtschrifttransparent am Hochhaus in der Kochstraße: Präsident Kennedy ist einem Attentat zum Opfer gefallen.

In den Fenstern zahlreicher Häuser flammten Kerzen auf. Mit dieser Demonstration des Gedenkens hatten die Berliner zum erstenmal nach dem Tode Ernst Reuters ihren damaligen Berliner Bürgermeister geehrt. Bürgermeister Brandt bat darum, am Sonnabend zwischen 19 und 20 Uhr Kerzen in die Fenster zu stellen.

In den späten Abendstunden waren die Telefonämter Westberlins überlastet. Die Deutsche Oper Berlin brach, wie mehrere andere Westberliner Theater, die Vorstellung ab und unterrichtete das Publikum. Rundfunksender der Zone unterbrachen und sendeten ernste Musik.

Der Berliner CDU-Vorsitzende, Amrehn, äußerte in einem Telegramm an den amerikanischen Stadtkommandanten, General Polk: „Wir bedauern in aufrichtiger Trauer den jähen Tod eines Mannes, der gerade in diesem Sommer bei seinem Besuch in Berlin durch sein bewegendes Bekenntnis zur Freiheit und Selbstbestimmung die Herzen der gesamten Berliner Bevölkerung für alle Zeiten gewonnen hat."

Den Leitartikel von Hans Zehrer haben wir aus dieser Ausgabe der WELT herausnehmen müssen, damit wir unseren Lesern einen möglichst umfassenden Bericht über den tragischen Tod Präsident Kennedys geben können.

John F. Kennedy, 35. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und eine der strahlendsten Gestalten, die je im Weißen Haus residiert haben, war 46, als ihn die Kugel des Attentäters traf. Obwohl nur drei Jahre im Amt, hatte dieser charismatische Führer der freien Welt in vielen Menschen seines Landes und seiner Zeit die Hoffnung erweckt, daß nach den Düsternissen der Vergangenheit mit ihm eine Ära von Menschlichkeit, Rationalität und Frieden begonnen habe. Noch heute läßt sich dies an den Schlagzeilen vom 23. November 1963 nachvollziehen. Neben der Nachricht vom Tathergang vermitteln sie: Bestürzung in der ganzen Welt. Trauer in Deutschland. Berlin verlor seinen besten Freund. Unvergessen bis heute das Kennedy-Wort: „Ich bin ein Berliner".

Vier Mann spielten gegen Mozart

Von FRANK QUEDNAU

Wem die Stunde schlägt. Ach was, die Minute, die eine Minute, in der der latente Minderwertigkeitskomplex überwunden wird. Vorsicht, hier schreibt ein Sportjournalist.

Er hat etwas gelesen. Von einem Mann, der einst pro Wort, das er schrieb, einen Dollar verdiente. Mit einer Reportage im Auftrag der amerikanischen „Sports Illustrated".

Und was dieser Mann sagt, tut gut. Das ist wie ein Doppelpaß zwischen Kopf und Herz. Wie ein As ins Aufschlagfeld der Mäkler, ein Befreiungsschlag gegen Naserümpfer, die Abseitsfallen aufbauen, nachtreten, linke und rechte Geraden abschießen, ständig in die Parade fahren und den Gong zur letzten Runde der Sprachschluderei anschlagen.

Ist das vielleicht schon der sprachliche Flachpaß, den sie meinen?

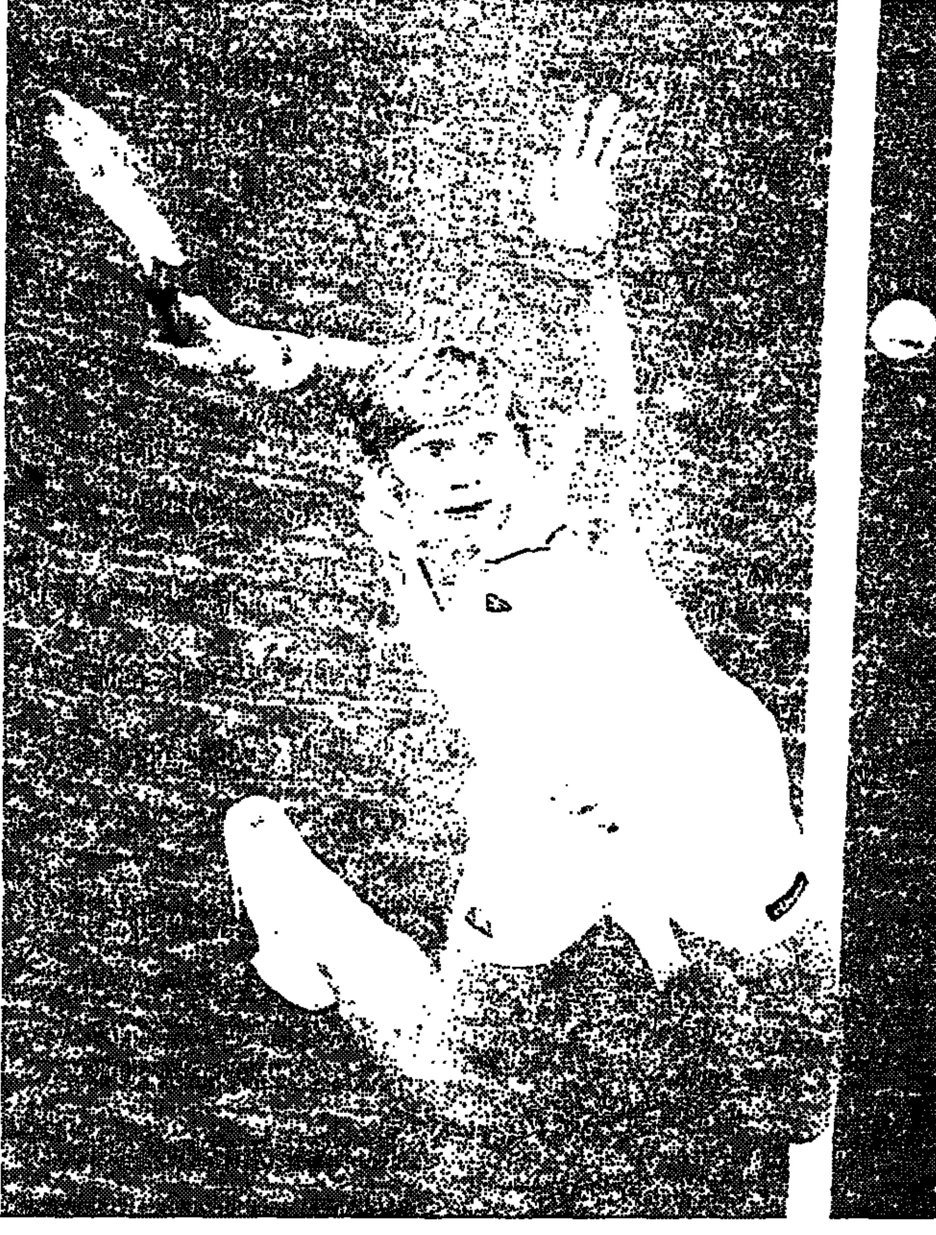
Die Zweifel kommen bereits zurück. Aber das, was der Mann sagt – der mit dem Dollar pro Wort – tut gut. Ernest Hemingway heißt er. Seine Erkenntnis: „Im sportlichen Bereich muß genau beobachtet werden, überhaupt erst richtig sehen gelernt und das zu Papier gebracht werden, was wirklich geschieht, was sich in der Tat und in des Wortes wahrstem Sinne *abspielt.*"

Der nächste Zweifel setzt zum Elfmeter an. Sportjournalisten, in den Redaktionsstuben die hemdsärmligen, proletarischen Brüder der feinsinnigen Feuilletonisten, differenzierten Politiker und scharfsinnigen Ökonomen, mögen vielleicht ganz gut sehen können. Aber mit der Sprache hapert's eben. „Tausend-Wörter-Männer" nennt sie Dieter Kroppach in seiner Dissertation (Marburg 1970) „Die Sportberichterstattung der Presse. Untersuchungen zum Wortschatz und zur Syntax."

Und Hanns Joachim Friedrichs war noch Sportchef des Zweiten Deutschen Fernsehens, als er über seine Kollegen urteilte: „Die Sportjournalisten sind die humorloseste Truppe im ganzen Lande. Ihre größten Probleme sind Distanzlosigkeit und Sprachklischee. Zuwenig Kritik, immer dieselben Ausdrücke." Jetzt moderiert Friedrichs die „Tagesthemen" bei der Fernseh-Konkurrenz ARD. Man könnte ja einmal besonders genau zuhören – aber lohnt's?

Die Sprache des Sports – das soll auf keinen Fall Berufung auf Hemingway sein – ist knapp, vielleicht auch rauhbeinig oder handfest. „Die Sätze so entstehen lassen, als rauchte man eine Pfeife", hat irgendwer einmal empfohlen.

Also denn: Ehe die Pfeife aus dem Etui genommen, gereinigt, gestopft, angeraucht ist und schließlich Genuß bietet, erzielt eine Fußballmannschaft wie Bayer Uerdingen im Europapokal gegen *Dynamo Dresden* sechs Treffer, macht aus einem 1:3-Rückstand einen 7:3-Erfolg. Und exakt bei Spielschluß muß der Bericht über das Spiel fertig sein, sonst wird die Zeitung ohne ihn gedruckt.



96 Prozent aller Bundesbüger kennen den Herrn: Boris Becker (18), auf dem Tennis-Court als „Herr der Asse" von den Fans in aller Welt stürmisch gefeiert.

Da kommen die Sätze eher aus der Trillerpfeife, entstehen nicht aus dem genußvollen, meerschaumnuckelnden Nachdenken beim blauen Dunst.

Zugegeben, das fördert den Rückzug auf Klischee und Metapher. Plötzlich wird im „Hexenkessel" „Traumfußball" gespielt, sind zwar „*die Rothosen hinten offen*", aber „die Domstädter ernten im Mittelfeld Lorbeeren", und der „durchgebrochene *Mittelstürmer*" *kann* nur gestoppt werden, weil ein Gegenspieler „sein Bein stehen läßt". Das hat dann die Qualität einer Schlagzeile im Wirtschaftsteil (nicht in der WELT, aber es gab sie): „Mannesmann-Töchter werfen *fünf Prozent.*"

Aber oft schießt Kritik über das Ziel *hinaus. Würde die Forderung* erfüllt, nicht immer wieder dasselbe Wort aus Jargon (den Kenner und Anhänger eines Sports immer verstehen) oder Fachsprache (muß es wirklich erklärt werden?) zu benutzen, *Sportberichterstattung verlöre* Genauigkeit und Dynamik.

Im Fußball ist eine Taktik, bei der die Abwehrspieler plötzlich nach vorne laufen oder stehen bleiben, so daß ein Gegner, der angespielt wird, abseits steht – eine „*Abseitsfalle*". Die Auflösung derartiger Begriffe, die eine bestimmte Situation einer bestimmten Sportart benennen, wirkte geradezu lächerlich.

Oder nicht? Versuchen wir es.

Beim Boxen geschieht dies: Ein von der rechten Faust ausgeführter, nach dem Kinn gerichteter Schlag und ein anderer, von unten her geführter, in die Gegend der Leber gezielter, *führten zum Niederschlag,* nach dem einer kampfunfähig war, ausgezählt wurde und verlor. In der Zeitung steht: *Eine rechte Gerade* zum Kinn und ein Leberhaken führten zum K. o.

Bei einem *Tennisspiel geschieht* dies (in *letzter* Zeit bundesweit bejubelt, 96 Prozent der Bürger kennen den *Herrn*): Boris Becker war *mit* jenen Schlägen sehr stark, mit denen der Ball über das Netz zur Eröffnung *eines Ballwechsels gespielt* wird. Zwölf Mal schlug er den Ball so hart und genau, daß sein Gegner keine *Möglichkeit* besaß, ihn zu erreichen.

In der Zeitung steht: Boris Beckers Aufschlagspiel war sehr stark, ihm gelangen zwölf Asse.

Das sollen keine Beispiele dafür sein, daß Hemingway völlig zu Recht *für* seine Sportreportage einen Dollar pro Wort forderte und erhielt, weil eben im Sport alles viel kürzer zu sagen ist. Es mag eher der Hinweis darauf sein, daß der Jargon der Sportsprache, oft mit verächtlich spitzen Lippen nachgelesen, sich immer häufiger in allen Bereichen des Lebens, also selbstverständlich auch auf allen Seiten der Zeitung, einschleicht. Weil er schnell ist, sachlich, konzentriert und wohl auch anschaulich.

Politiker gehen in den Clinch oder k. o., verteilen Tiefschläge, Konzerne sind angeschlagen, ein Generaldirektor nimmt alle Hürden im Parcours der Steuerparagraphen, ein Regisseur läuft ins Abseits und betätigt sich nur als Abstauber bei den Städtischen Bühnen, im Endspurt des Wahlkampfes holt eine Partei auf der Zielgeraden noch auf.

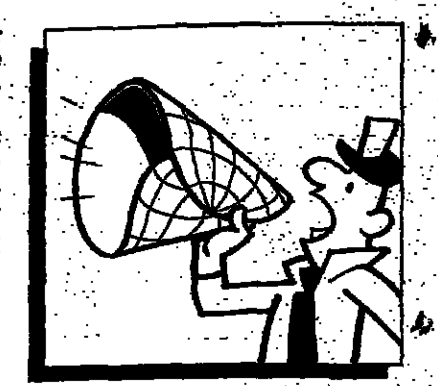
Würde noch jemand bei der Frage stutzen: Was geschieht eigentlich, wenn in Frankreich Mitterrand und Chirac plötzlich Doppelpaß spielen?

Kritiker sagen, Sportjournalisten bedienten sich selbstverständlich und brutal des Vokabulars militärischer Auseinandersetzungen. Gerd Müller war schlicht und gewalttätig der „Bomber der Nation", es gibt „Offensive", „Defensive", „Nahkampf", „Angriff", „Abwehr".

Ist das wirklich so ein verdammenswerter Frevel vor den Thronen der Sprachgötter? Sport vermittelt Spannung in einer Welt, in der der Mensch immer mehr verplant wird.

Das Stadion stellt einen der letzten Orte dar, an dem unwiederholbare Auseinandersetzungen stattfinden. Unwiederholbar, das heißt zugleich schicksalhaft. Eine Wiederholung findet nicht statt. Sieg oder Niederlage, darum geht es.

So mag denn der Sport selbst daran Schuld sein, daß bei ihm sprachlich *zum Beispiel ein „Netzangriff* von Boris Becker, der zu einem todsicheren



Punkt führt", kriegerischer wirkt, als ein „Angriff auf den politischen Gegner in einer offensiv geführten Debatte des Bundestages".

Und wo sollen sich denn Sportberichterstatter bedienen? Etwa bei den Soziologen? „*Die intrinsisch motivierte* Interaktion zwischen Völler und Rummenigge *verifizierte* jene *funktional-strukturelle* Hypothese, der zufolge sich die Evidenz der Realität als Reduktion von Komplexität interpretieren läßt."

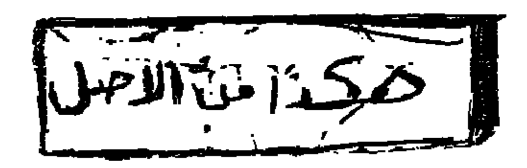
Bleiben wir lieber bei dem, was das heißt: „Nach einer Vorlage von Völler schoß Rummenigge das entscheidende Tor."

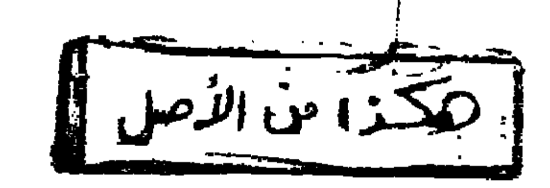
Manchmal wird nämlich Sportsprache oder die Sprache des Sports, wenn es sie neben den speziellen Fachwörtern überhaupt gibt, durchaus zu einem künstlerischen Gebilde. Der Schriftsteller Ror Wolf (Jahrgang 1932), glühender Verehrer des Vereins Eintracht Frankfurt, hat es bei seinen Collagen aus Schablonen der Fußball-Terminologie in „Punkt ist Punkt" und „Die beiße Luft der Spiele" vorgeführt: „Nach dem Schnitzer des Ausputzers hob der Aufbauer den Abpraller über die Mauer in die Gasse wo der Aufreißer mit dem Hammer am Drücker war und den Abklatscher in die Lücke gab wo der Abstauber den Abtropfer nahm und als Aufsetzer in den Kasten des Aufsteigers setzte."

Oder anders herum – die Geschichte *ist, sei sie auch nicht* wahr, gut erfunden: Der Musikkritiker der Zeitung ist plötzlich erkrankt, der *Sportredakteur springt zur* Besprechung eines Streichquartetts ein. Am nächsten Morgen steht geschrieben: „*Vier Mann spielten gegen Mozart,* Mozart verlor."

Wer verweigert hier das 1:0 für den Sport?

Frank Quednau (45) leitet seit vier Jahren das Sport-Ressort der WELT.







Abgott und geschmäht zugleich: Sepp Herberger, hier schon im Ruhestand, 28 Jahre lang Trainer der Nationalmannschaft.

Ein Mann prägt sein Amt

Von GERHARD SEEHASE

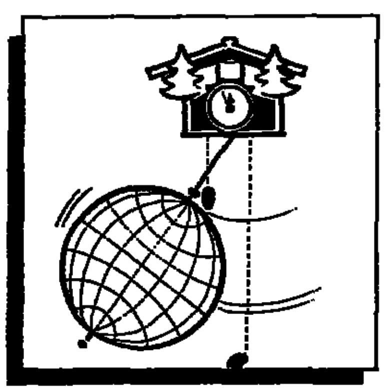
Das Gesicht ist in eine Landschaft mit tiefen Furchen. Die Querrinnen auf der Stirn sind eingegraben. Nichts ist auszulöschen in diesem Gesicht. So sieht ein Mann aus, der in seinem Leben viel gegen die Sonne geblinzelt hat. Und gegen Wind und Wetter.

Die „Sorgenfalten" des Josef Herberger haben der deutschen Presse von Flensburg bis Konstanz jahrzehntelang als untrügliches Zeichen für die Last eines schweren Amtes gedient. Die „Sorgenfalten" des Bundestrainers pflegten sich am sinnfälligsten in den Pressevorschauen der Länderspiele zu „vertiefen".

Von der Freude dieses Amtes war selten die Rede. Und doch muß diese Freude dagewesen sein, denn in dem zerknitterten Gesicht lachen noch *heute ein Paar junggebliebene* Augen. Bundestrainer Sepp Herberger führt die Zwiespältigkeit seiner Tätigkeit gleichsam auf seinem Antlitz spazieren: die große Verantwortung, die ihn drückte, und die Freude im Umgang mit jungen Menschen; die harte Kritik, die ihn immer wieder in eine Trotzposition gegenüber der Öffentlichkeit zwang, und der Erfolg, der ihn weltoffen hielt.

„Glauben Sie nicht", sagte er mir einmal, „daß ich unempfindlich bin gegen Kritik. Aber ärgern kann ich mich nur, wenn sie nicht stimmt. Und es wird so vieles geschrieben, was nicht stimmt."

Bundestrainer Josef Herberger, (67), die volkstümlichste Figur des deutschen Sports, der Mann, der seit 28 Jahren Trainer der deutschen Fußball-Nationalmannschaft ist, tritt ab. Im Länderspiel gegen Schottland wird er zum letzten Male „seine" Mannschaft offiziell betreuen. Eine beispiellose Karriere, die am 13. September 1936 mit dem Spiel gegen Polen begann, wird dann nach dem 171. Länderspiel zu Ende gehen.



Kein offizielles Amt, vielleicht außer dem des Bundeskanzlers, hat jemals so viele Besserwisser gegen sich gehabt wie das des Fußball-Bundestrainers. Der Blick in die Werkstatt des sportlichen Erfolges wird von Millionen Fußballanhängern getan, *aufmerksam, kritisch und sogar* fachkundig. Man hat dem Mann mit dem zerfurchten Gesicht das nationale Prestige des deutschen Fußballs übertragen. Und da diesem Prestige natürlich Siege besser bekommen als Niederlagen, hat der Sepp Herberger also tunlichst alleweil recht schön zu siegen. Das ist es, was sein Amt so schwer macht.

Würde der Fuchs – und man sagt, *Sepp Herberger sei einer – nicht die* Fähigkeit gehabt haben, sich in seine Schutz- und Trutzstellung zurückzuziehen, er wäre längst an den Forderungen seiner Umwelt zerbrochen. Aber er besaß diese Fähigkeit, und sie verschaffte ihm die Distanz, die ihn selbst vor dem ewigen Schulterklopfen feite.

Schlußpfiff im Ludwigshafener Südwest-Stadion. Die deutsche Mannschaft hat gegen die CSSR nach kläglichen Leistungen in der ersten Spielhälfte mit 3:4-Toren verloren. Eingekeilt in der Masse der enttäuschten, murrenden und protestierenden Zuschauer ein Mann im Trainingsanzug: Sepp Herberger.

Der Abmarsch nach dem Schlußpfiff vertrug keinen Scherz mehr. Die Eisenfresser unter den Sportfans pflegten nach einer Niederlage der Nationalelf keinen Spaß zu verstehen. Und da war doch der Herberger mitten unter ihnen, Schulter an Schulter. Also genau die richtige Adresse für eine massive Kritik. Aber die Leute stießen sich nur bedeutungsvoll an: „Das ist er, schaut mal."

Wenn Bundestrainer Sepp Herberger eine Pressekonferenz abhielt, und er lehnte sie in Deutschland niemals ab, dann war das *häufig* eine taktische Schau, die sich schnell von einer ernsten Konferenz in eine Schmunzelparty wandelte.

„*Wir haben natürlich einen* taktischen Plan", sagte er etwa vor dem Länderspiel gegen Brasilien und strahlte die Journalisten an, die endlich einmal einen tiefen Blick in die Fußball-Geheimnisse des Meisters zu tun hofften.

Und dann mit einem begütigenden Blick zum brasilianischen Trainer Moreira, der kein Wort Deutsch verstand: „Aber sagen Sie ihm nichts davon." Die Frage war mit einem Gag beantwortet, ohne daß man etwas erfuhr.

Frage: „Herr Herberger, können Sie uns sagen, ob Jürgen Werner gegen Pele spielt?"

Antwort: „Ja, also zur Läuferreihe gehören ..."

Und dann folgte die Liste jener Namen, die sowieso schon bekannt waren. Aber man nahm ihm diese Taktik des Verschweigens gar nicht übel, selbst dann nicht, wenn er ein bißchen mogelte. Denn seine Pfiffigkeit, seine *ausgefeilte* Technik, das Wesentliche wegzulassen, wurden immer ausbalanciert durch den Charme des großen Plauderers. Wäre er der kühl berech*nende Managertyp gewesen, er hätte* es sicherlich leichter gehabt, seine Mannschaften nach dem Willen der Millionen Fußballfans aufzustellen. Aber er war es nicht. Er verwaltete sein Amt weniger mit dem Intellekt als mit dem Herzen.

ES STAND

IN DER WELT AM

1./2.1. u. 25.11.1964



Wenn der Assistent zum Meister wird: Helmut Schön, Herbergers Nachfolger und, wie dieser, Gewinner einer Fußball-WM

Ein Amt prägt seinen Mann

Von GERHARD SEEHASE

„Einen Rotwein, bitte", sagt er, „einen leichten." Und während der Kellner mit einem hurtigen Schwapp seiner Serviette den Tisch von unsichtbaren Krumen säubert, steht das Gespräch für Augenblicke *still. Seine Hände ruhen entspannt* auf den Stuhllehnen, die Schultern sind etwas nach vorn gebeugt, die aufmerksamen Blicke folgen jeder Bewegung des geschäftigen Mannes. „Sehen Sie", sagt er, als wir wieder allein am Tisch sind. „Training, das ist für mich keine Schleiferei, sondern ein Lehrauftrag. Man hat mit der Jugend zu tun, auch in der Nationalmannschaft. Helmut Schön, 48 Jahre alt, *gebürtiger Sachse, steht vor dem be*ruflich entscheidendsten Schritt seines Lebens. Im Sommer 1964 wird er das Erbe jenes Mannes antreten, der das Amt des deutschen Fußball-Nationaltrainers 28 Jahre lang verwaltete. Sepp Herberger, der sorgenreiche Magister des deutschen Fußballs, tritt zurück. Sein Schüler übernimmt den Taktstock. Wie wird er dirigieren? Ein großer, leicht vornübergebeugter Mann im blauen Trainingsanzug, der von Zeit zu Zeit im verhaltenen Sprint auf dem Spielfeld erscheint, um sich mit dem Minuten-Wehwehchen eines seiner Spieler zu beschäftigen.

*Das ist Helmut Schön aus der Op*tik des Länderspielbesuchers. Aber was von oben her, vom Standort der Tribüne, nur wie eine Routineangelegenheit wirkt, ist im Grunde etwas ganz anderes. Schön läuft nicht auf den Platz, weil es so sein muß, sondern weil er sehen will, um helfen zu können. Das ist wörtlich zu nehmen. Umsichtig und hilfsbereit – das läuft synchron bei Helmut Schön. Der *Rhythmus seines Samariterdienstes* wird nicht von der Stoppuhr, sondern vom Herzen taktiert. Wer wie er von der „Jugendarbeit herkommt", kann kein Managertyp sein.

„Sehen Sie", sagt er, „wenn ich in der nächsten Saison Bundestrainer werde, dann bedeutet das für mich auch Verzicht. Jugendarbeit ist gewiß nicht leicht; aber wer diese Arbeit auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens schafft, für den liegt der Dank nicht bloß auf der Zunge."

Indes, das nationale Prestige des deutschen Fußballs hat von seinem Bundestrainer Sepp Herberger 28 Jahre lang auch persönliche Opfer gefordert. Es wird dem künftigen Bundestrainer nicht anders ergehen. Eine in der Öffentlichkeit häufig gestellte Frage: Ist Helmut Schön für dieses *harte Amt nicht etwas zu sensibel?*

„Es ist immer schon zu spät", sagt er, „wenn man bei einem Fußball-Lehrgang brüllen muß, um sich Respekt zu verschaffen. Wer unablässig die Gemeinschaft stört, bekommt die letzte Warnung." „Das heißt: Entweder du fügst dich jetzt, oder du wirst nach Hause geschickt. Ist diese letzte Mahnung ausgesprochen, gibt es keinen Pardon mehr. Sonst leidet *der ganze Lehrgang darunter.* Häufig werden uns sogenannte ‚schwierige Fälle' von den Vereinen avisiert. Nachher stellt sich dann heraus, daß sie bei uns ganz brav sind. Ich sage etwa zu den Jungen: ‚Auf deinem Platz, wo du dich jetzt umziehst, hat vor einigen Jahren Schnellinger gesessen.' Das ist wirkungsvoller, als wenn ich sage: ‚Strenge dich mal ein bißchen an.'"

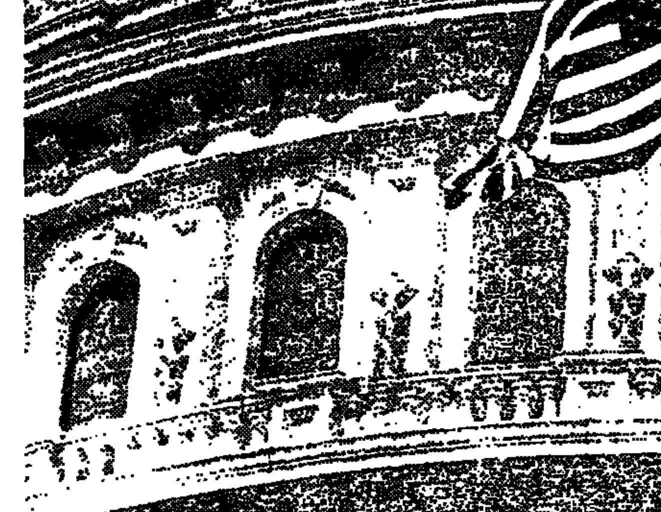
Wie Sir Oliver am Potomac die Musen fürstlich hofiert

Von FRITZ WIRTH

Ist denn der Kulturpapst noch bei Ihrer Zeitung?" Sir Oliver Wright war eigentlich nicht erschienen,um Fragen zu stellen, sondern um Antworten abzuliefern. Das Interview war mit ihm vereinbart worden, kurz bevor er sein Amt als britischer Botschafter in Bonn antrat. „Gehen Sie auf das bunteste und grellste Oberhemd im Foreign Office zu, dann stoßen Sie automatisch auf Sir Oliver." Den Rat hatten mir Freude des Sir Oliver mit auf den Weg gegeben. Er führte an die richtige Adresse.

Um so unerwarteter seine fast überfallartige Frage nach dem „Kulturpapst der WELT". Er meinte unseren Theaterkritiker Friedrich Luft. Die Frage enthüllte ein jahrealtes Trauma des Diplomaten und Theater-Fans Sir Oliver Wright. In seinen frühen Jahren als Diplomat hatte er in Berlin den Macbeth gespielt und war mit dieser Aufführung auf die herbe Kritik Friedrich Lufts gestoßen. Beide haben sich seither lange ausgesöhnt, zumal Sir Oliver seine Leidenschaft fürs Theater inzwischen von der Loge aus abreagiert.

Das Diplomaten-Karussell geht oft eigenartige Wege, die einem den Glauben an den Zufall nehmen. Aus dem Antrittsinterview des Sir Oliver wird in wenigen Monaten ein Abschiedsinterview werden, wenn er sich Mitte dieses Jahres zum zweiten Mal und nunmehr endgültig aus dem diplomatischen Dienst zurückzieht. Drei Jahre lang diente er der Queen und Frau Thatcher als Botschafter am „Hofe" Ronald Reagans und er ist in diesen Jahren hier in Washington selbst so etwas wie ein diplomatischer „Kulturpapst" geworden.





Für Briten seit dem Falkland-Krieg wieder der zweite Mittelpunkt der Welt: das Capitol in Washington.

Er residiert in Washington hochherrschaftlicher als die meisten vergleichbaren mitteleuropäischen Diplomaten, pflegt und hofiert wie kein anderer Botschafter in dieser Stadt mit Inbrunst die Musen und wuchert so intensiv mit königlichen Pfunden, daß seine Residenz beim Besuch des Prinzen Charles und seiner Frau im letzten Herbst vorübergehend zur ersten „High Society"-Adresse in Washington wurde, zu einem „Treasure House" der britischen Diplomatie. Die gleichnamige Ausstellung in der Washingtoner „National Gallery" wird seit dem Herbst täglich von 7000 Amerikanern besucht. Das alles zeigt: Es gibt noch einen Schwäche fürs Britische bei den Amerikanern, was mit dem abgegriffenen Klischee von der „Special Relationship" nur unzureichend beschriebend ist.



UNSER MANN IN WASHINGTON FRITZ WIRTH

Fritz Wirth, Jahrgang 1929, war von 1967 bis 1984 WELT-Korrespondent in London und berichtet seitdem aus Washington.

Dies und der oft unterkühlte aber dennoch intensive Neid krisengeschüttelter Briten auf ihre auf Erfolg getrimmten überseeischen Vettern lassen vermuten, daß gegenseitige Bewunderung wie Affinität ihren Ursprung im Gegensätzlichen haben müssen. Diese Bewunderung war niemals laut und schulterklopfend, sondern eher versteckt und verlegen.

So war vielen Amerikanern die Rührseligkeit, die der Anblick des künftigen britischen Herrscherpaares vor ein paar Monaten bei ihnen freisetzt, spürbar peinlich und reagierte sich nach seiner Abreise in einer fast ärgerlichen und zuweilen rüden „Briten-Schelte" ab. Und die Briten wiederum ertränken ihren bewundernden Neid für die Amerikaner immer wieder schnell in einem Meer von Mitleid über den Mangel an Tradition und Geschichte dieses Landes.

Für den Chronisten, der die letzten 20 Jahre im Spannungsfeld dieser Gefühle und Vorurteile verbrachte und sie aus London und Washington von beiden Seiten her zu beobachten vermochte, ergeben sich daher besonders hautnahe und direkte Perspektiven zur Beurteilung der „Special Relationship".

Es war in London die Begegnung mit einem Land, das sich laokoonhaft immer tiefer und verzweifelter in seine Krisen verstrickte. Und es wurde in Washington die Begegnung mit einer Nation, die Krisen-Alpträume namens Vietnam und Watergate hinter sich gelassen hat und sich wieder zur stärksten und selbstbewußtesten Nation dieser Welt profiliert.

Dieser Weg von London nach Washington war zugleich eine Reise aus passiver Gelassenheit in eine neue Welt nervöser Hast, die mit aufgekrempelten Ärmeln den Erfolg sucht, von einem Land also, das sich nicht von seiner Vergangenheit zu lösen vermag, in ein Land, das die Vokabel „Zukunft" überlebensgroß in Versalien schreibt.

Am Anfang – man schrieb das Jahr 1967 – war in Großbritannien noch die auslaufende Epoche eines neuen Jugendkults zu besichtigen, zu einem Zeitpunkt, da in den USA ein großer Teil der Jugend daheim und an der Front unter dem Fluch und dem Druck des Vietnamkrieges stand.

Am Ende – man schrieb das Jahr 1984 – war der britische Jugendkult zum schmutzigen Punk-Protest degeneriert, während sich in den USA eine Seifen-saubere „Yuppie"-Generation etabliert hatte, die sich sehr diesseitig auf gedeihlichen Wohlstand hintrimmte.

Fazit: Was Trends, Kults und Lebensart angeht, so liegen zwischen beiden Ländern ungeachtet aller „speziallen Beziehungen" immer noch Welten.

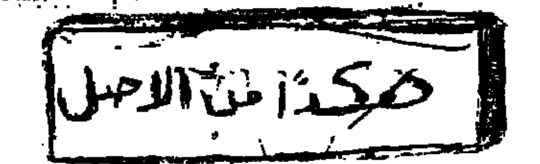
Eigenartig: Am Anfang der Berichterstattung aus London stand ein Gast aus Moskau. Alexej Kossygin war an die Themse gekommen. Es war der Start neuer Hoffnungen im tiefgefrorenen Ost-West-Dialog. Harold Wilson träumte davon, im Dialog mit Kossygin den Vietnamkrieg beenden zu können, und die Sowjets legten den Briten den Köder eines Freundschaftsvertrages vor die Tür. Ein Jahr später hatte die Invasion der CSSR diese Hoffnungen jäh zerstört.

Am Anfang der Berichterstattung aus Washington stand wiederum ein Gast aus Moskau. Andrej Gromyko war 1984 nach Washington gekommen, den darniederliegenden Dialog mit den USA wieder aufzunehmen. Es folgten der Start der Abrüstungsverhandlungen in Genf, die Euphorie des Gipfeltreffens und die wachsende, frustrierende Erkenntnis, daß dies alles bisher doch nur ein Dialog der kleinen Gesten und kein Gespräch zur Sache war.

Das herausfordernde Wort Dean Achesons, daß die Briten ein Empire verloren, aber noch keine neue Rolle in der Welt gefunden hätten, nahm niemand so ernst und so wörtlich wie Edward Heath, seit er 1970 Premier wurde. Er suchte diese neue Rolle in Europa, erklärte die Formel von den speziellen amerikanisch-britischen Beziehungen für überholt und begann, Großbritannien sichtbar und konsequent politisch und diplomatisch von den USA abzukoppeln.

Indes: Der Europa-Enthusiasmus des Edward Heath fand kein Echo beim britischen Bürger, für den das Ungemach in dieser Welt – Inflation, Kriege, Tiefdruckgebiete, Knoblauch und Maul- und Klauenseuche – in erster Linie immer noch vom Kontinent herkommt. Die wesentlich europakühlere Margaret Thatcher löste ihr Land spürbar aus dieser Europa-Umarmung und orientierte sich wieder dorthin, wo politische Macht, Einfluß und Schutz vermutet werden dürfen, nach Washington. Es war die Wiedergeburt der „speziellen Beziehungen", und die Briten lernten, ihren Nutzen während des Falklandkrieges zu schätzen, den sie ohne direkte politische und indirekte militärische Hilfe der USA niemals hätten gewinnen können.

Es sind also wieder gute Zeiten für Männer wie Sir Oliver Wright. Die britische Diplomatie in Washington hat unter Margaret Thatcher ihren alten Stellenwert und ihren alten Glanz wiederbekommen. Andererseits sind für die Amerikaner die Briten nach wie vor die erste Adresse, ein „Treasure House" geschichtlicher und kultureller Nostalgie. Sogar Kulturpäpste haben wieder eine Zukunft im Spannungsfeld zwischen der britischen Welt von gestern und dem amerikanischen Traum von morgen.





Als erste und bisher einzige deutsche Zeitung erhielt die WELT für besondere journalistische Leistungen die Ehrenmedaille der ältesten und größten Journalisten-Akademie an der Staatsuniversität Columbia (Missouri).

Die WELT im Spiegel der Preise

Kaum ein anderes deutsches Presseorgan wird häufiger zitiert als die WELT: In Funk und Fernsehen sowie in in- und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften. Weltweit gilt die WELT als wichtige Stimme Deutschlands. Hierfür einige Beispiele:

Eine Gruppe von 26 amerikanischen Professoren für Publizistik reihte die WELT ein unter die „zwanzig besten Zeitungen der Welt".

Die Londoner „Times" stellte in einer Artikelfolge über 22 bedeutende Blätter der Weltpresse als einzige deutsche Zeitung die WELT vor. Sie schrieb: „Die WELT ist unerreicht in ihrer Nachrichtengebung über politische und wirtschaftliche Themen."

Das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" schrieb: „... die WELT ist hochangesehen als eine gut gemachte Zeitung."

Als erste und bisher einzige Zeitung in der Bundesrepublik Deutschland erhielt die WELT „für besondere journalistische Leistungen" die Ehrenmedaille der ältesten und größten Journalisten-Akademie der Welt an der Staats-Universität von Columbia im US-Staat Missouri.

Für ihre vorbildliche Berichterstattung zur Hebung der Verkehrssicherheit erhielten die WELT und ihre verantwortlichen Motor-Redakteure mehrfach Auszeichnungen der Christophorus-Stiftung – darunter eine Goldmedaille.

Albert Müller, WELT-Mitarbeiter für Sozial- und Gesundheitspolitik, erhielt den Publizistik-Preis „Medizin im Wort".

WELT-Redakteur Jürgen Liminski erhielt für seine Nahost-Berichte den Pressepreis „Freund des Libanon".

Claus Dertinger, in der WELT-Redaktion verantwortlich für Geld und Kredit, wurde 1983 mit dem Pressepreis der Deutschen Gesellschaft für Wertpapiersparen ausgezeichnet.

Die New Yorker Handelskammer verlieh der WELT als Anerkennung für ihre Berichterstattung über die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen die Ehrenmitgliedschaft.

Der Frankfurter WELT-Korrespondent Dankwart Guratzsch und die WELT-Mitarbeiterin Gisela Schütte erhielten den Deutschen Preis für Denkmalschutz.

Bernt Conrad, diplomatischer Korrespondent der WELT, erhielt „für seine vielseitigen und scharfsinnigen Analysen zur Deutschland-, Außen- und Ostpolitik" das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

Peter Gillies, seit dem 1. Oktober 1985 WELT-Chefredakteur, wurde mit dem Ludwig-Erhard-Preis ausgezeichnet.

Heinz Heck, Wirtschaftskorrespondent der WELT in Bonn, erhielt 1977 den Karl-Winnacker-Preis und 1985 den Robert-Mayer-Preis.

Herbert Kremp, langjähriger Chefredakteur und jetzt Herausgeber der WELT, erhielt von der Deutschland-Stiftung den Konrad-Adenauer-Preis. In seinem Glückwunsch zur Verleihung schrieb Bundespräsident Karl Carstens unter anderem: „Wenige Journalisten haben wie Sie die öffentliche Diskussion in unserem Lande beeinflußt und mitgeprägt. Ihre Kommentare zeichnen sich gleichermaßen durch scharfsinnige Analysen wie durch unbestechliches Urteilsvermögen aus."

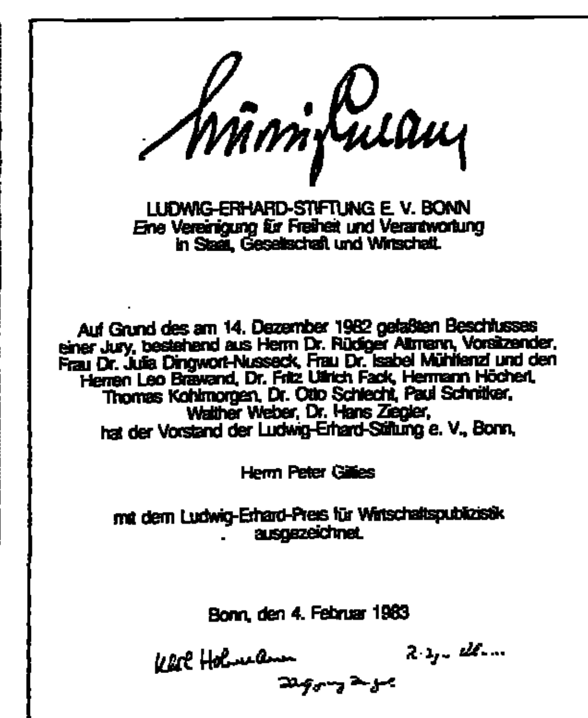
25 namhafte deutsche Journalisten wurden während ihrer Zugehörigkeit zur WELT-Redaktion mit dem Theodor-Wolff-Preis geehrt. Dieser nach dem legendären Chefredakteur des „Berliner Tageblattes" benannte bedeutendste deutsche Pressepreis wird alljährlich für besondere journalistische Leistungen verliehen – seit 1973 unter der Trägerschaft des Bundesverbandes deutscher Zeitungsverleger.

Die Preisträger:

Hans-Werner Graf Finck von Finckenstein, Lothar Rühl, Helmuth de Haas, Christian Ferber, Heinz Schewe, Bernd Neßessen, Christian Habbe, Wilhelm Hartung, Hans Schueler, Jost Nolte, Günter Zehm, Rudolf Herlt, Gerhard Krug, Hans Baumann, Ilse Nicolas, Friedrich Luft, Peter Gillies, Albert Müller, Klaus Bruns, Fritz Wirth, Herbert Kremp, Kersten Boeer, Friedrich Meichsner, Joachim Neander, Thomas Kielinger. DW.



Theodor Wolff (1868–1943) war bis zu seiner Vertreibung durch die Nationalsozialisten Chefredakteur des „Berliner Tageblattes". Nach ihm ist der bedeutendste deutsche Journalisten-Preis benannt.



LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG E. V. BONN
Eine Vereinigung für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.

Auf Grund des am 14. Dezember 1982 gefaßten Beschlusses einer Jury, bestehend aus Herrn Dr. Rüdiger Altmann, Vorsitzender, Frau Dr. Julia Dingwort-Nusseck, Frau Dr. Isabel Mühlenzl und den Herren Leo Brawand, Dr. Fritz Ullrich Fack, Hermann Höcherl, Thomas Kohlmorgen, Dr. Otto Schlecht, Paul Schnitker, Walther Weber, Dr. Hans Ziegler, hat der Vorstand der Ludwig-Erhard-Stiftung e. V., Bonn,

Herrn Peter Gillies

mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet.

Bonn, den 4. Februar 1983

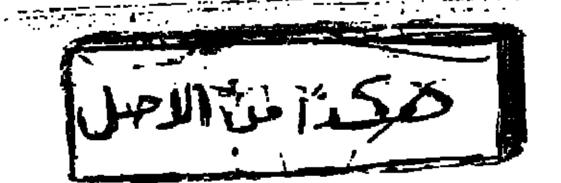
Für seine konsequente Verfechtung der freien sozialen Marktwirtschaft wurde 1983 der heutige WELT-Chefredakteur Peter Gillies mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet.

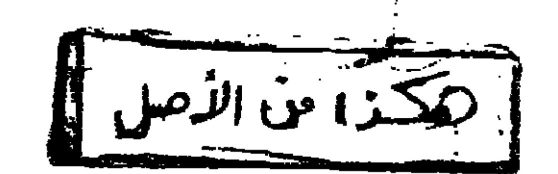


In Italien wurde die WELT für ihre vorbildliche Berichterstattung über Europa mit der De Gasperi-Schuman-Medaille ausgezeichnet.



Mehrfach wurden WELT-Motor-Redakteure mit dem Preis der Christophorus-Stiftung des HUK-Verbandes ausgezeichnet – einmal in Gold.





Barzel ruft zu neuen Anstrengungen

Von WERNER DIEDERICHS

Der dem Damoklesschwert entronnene Kanzler gönnt sich eine kurze Via Triumphalis. *Vom Bundestag bis zum* „langen Eugen" geht er zu Fuß. Er wird indes auch von enthusiastischen jungen Leuten heftig geschoben. Im dichten Pulk geht's über die Straße zum Wagen. Den Zigarillo in der Hand reckt er über die Köpfe wie ein Signalfähnchen, um die „Willy, Willy!"-Rufe zu erwidern. „Gut gemacht, Herr Bundeskanzler", lobt ein Mann, der zu wissen wünscht, ob es nun Neuwahlen geben wird.

„Das ist nicht so leicht *zu machen*." Nachdenklich und leise murmelt der Kanzler, der wenige Stunden später mit dem Gegenschlag der Opposition bei der Abstimmung über seinen *Haushalt zu rechnen hat*. Die Gretchenfrage bleibt ihm nicht erspart, bevor er seinem Kollegen Adolf Scholl, der an diesem Tag seinen Geburtstag feiert, auf der Straße gratuliert. Sie heißt: „Waren Sie sich von Anfang an sicher?" Willy Brandt legt *den Kopf schräg, sieht zum Bundes*tag hinüber und wiegt sein Urteil über die zunächst entschiedene Schlacht: „Das kann man nie sein, es war eine offene Sache."

Die Zaungäste verlangen vergeblich nach einem Wort zu seinem Gegenspieler Barzel. „*Nein*", *entschei*det Willy Brandt nach einer langgezogenen Denkpause, „ich sollte keine hämischen Kommentare geben." Spürt der Kanzler der noch einmal über die Hürden gekommenen *Koali*tion, daß es ein Pyrrhussieg werden könnte? Rainer Barzel zögert keine Sekunde, die Kampfansage zu erneuern. Dem atembeklemmenden Spalier der Lobby entronnen, empfängt ihn Beifall und Pulttrommeln im *Fraktionssaal*. Seine ersten Worte lassen keine Enttäuschung durchschimmern: „Was zu tun ist, meine Freunde, ist: zu arbeiten."

Als auch die nicht im Parlament sitzende stellvertretende Parteivorsitzende Helga Wex in den Fraktionssaal tritt, gibt der Oppositionschef die Losung für die nächsten Stunden und Wochen aus: „Wir sind nicht gerüstet für eine einmalige Bataille, sondern für eine ganze Schlacht."

Der Kandidat, der eine Stimme mehr erhalten hat, als seine Fraktion zählt, geht ohne Umschweife seine nächste Etappe an. Noch stehen ihm die feinen Schweißperlen vom Gang, den er erhobenen *Kopfes* durch Enttäuschte wie Ermunternde bis an die Fraktionstür hinter sich bringen mußte, auf der Stirn. Aber seine Stimme ist ohne Wehleidigkeit: „Daß wir unsere 246 Stimmen beieinander haben, das ist das Entscheidende", *ruft er der Union zu*.

Wie Brandt begegnet er dem Schwall der Fragen nach Neuwahlen: „Nun mal langsam." Strauß, der etwas später sich durchschlägt durch das Gewühl in den Hallen des Bundestages bis zur Fraktion, deckt die Strategie noch nicht auf: „Möglich ist alles." Die drei Enthaltungen bei der Abstimmung lassen in den Vorstellungen der CDU/CSU-Abgeordneten diese Möglichkeiten unbegrenzt.

Kai-Uwe von Hassel hat das Parlament mit der Formel „Wir beginnen gleich mit der Fragestunde" aus seinen dramatischsten Stunden entlassen. Die Fragen aber beginnen sofort. Die *magische* Zahl 249, die Barzel braucht, um Kanzler zu werden, die Brandt braucht, um die Ostverträge zu ratifizieren, ist in dieser Nerventortur für beide ein Stück entschwunden. Die Analysen umkreisen, wie schon vor dem Urnengang, die drei Männer, die durch ihr gestisches und mimisches Verhalten mehr als durch Worte zwischen die Fronten geraten sind: Am klarsten liegt der Fall bei Kühlmann-Stumm. Der hessische Baron, dessen Vater den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit den Russen schloß, bekennt sich am Morgen der Entscheidung im Fraktionskreis als einer, der nicht mehr hinter der Regierung steht. Er werde Barzel wählen.

Bei seinem Fraktionskollegen Kienbaum bleibt die Klärung noch *verdeckt*. Wie eine bergische Eiche, in deren Zweigen so vieles raunt, sitzt Europas größter Unternehmensberater aus Gummersbach im Block der FDP, alle ratlos lassend. Er geht zur *Urne, aber aus der Art, wie er hinter* Barzels Rücken auf dem Rückweg von der Wahl vorbeizieht, als wäre der Mann, um den es geht, für ihn Luft, lassen sich sowohl Zustimmung wie Abneigung lesen.

Bei den letzten Appellen von *Brandt und Scheel, die sich strecken*weise wie eine vorweggenommene Abrechnung mit schon abgeschriebenen Abgefallenen anhören, liest er Zeitung oder blättert in Papieren. *Erst als kurze Zeit nach der Auszäh*lung angedeutet wird, die FDP bekomme einen neuen Abgeordneten



Nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum gratuliert der unterlegene Rainer Barzel seinem Gegenspieler Willy Brandt.

namens Opitz, weiß man, wie Kienbaum sich entschieden hat.

Der dritte, auf den wie Hammerschläge vor allem Scheels Attacke („fehlende Nerven- und Charakterstärke") zielt, ist der Bauer Wilhelm Helms. Er sucht sich seinen Abgang nach der Wahl durch die Reihen der *Union*. Ein CDU-Mann faßt seine beiden Hände wie zum Glückwunsch. Als er sich schließlich unter dem Balkon, kaum sichtbar, allein in die letzte Reihe setzt und die Hände faltet, *kann niemand taxieren, ob die Last* von seinen Schultern gefallen oder gewachsen ist.

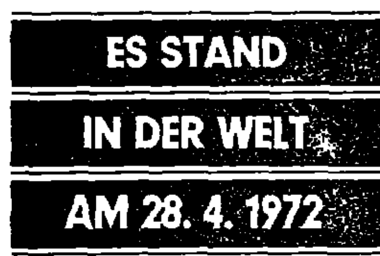
Ist seine Abwendung von der FDP auch die Hinwendung zu Barzel gewesen? Helms geht, so wird beobachtet, einmal kurz zu dem Oppositions*führer, um eine Gratulationsgeste an*zubringen. Sie steht auch einem guten Verlierer in Bonn zu. Helms gibt bei dieser Geste zu erkennen, er habe gewußt, daß es nicht ganz langen würde. Wie er selbst gewählt hat, läßt er offen.

Ein vierter unentschlossener Abgeordneter stiftet ebenfalls Verwirrung. Günther *Müller*, der durch die Münchner Fortschritte der Linken in der SPD an den äußersten Rand der Partei Geratene, geht als einziger Sozialdemokrat zur Wahl. Seine Schritte sind lang und hastig, so als müsse er das alles sehr schnell hinter sich bringen. *Später steht er in seinem dunk*len, der Festlichkeit der Stunde angemessenen Anzug wie ein „dark horse" allein. Aber Brandt, das treibt das Verwirrspiel auf die Spitze, gibt ihm einen Handschlag.

Das ist noch vor jener Schicksals*sekunde um 13.13 Uhr, in der dem* Kanzler das zunächst noch falsche „246" zufliegt. Vor diesem Codewort, das eine Regierung wiederbelebt, die *nach der Einbringungsrede* des letzten CDU-Kanzlers Kiesinger „versagt und den Interessen unseres Volkes geschadet" hat, gibt es eine gespenstische Szene.

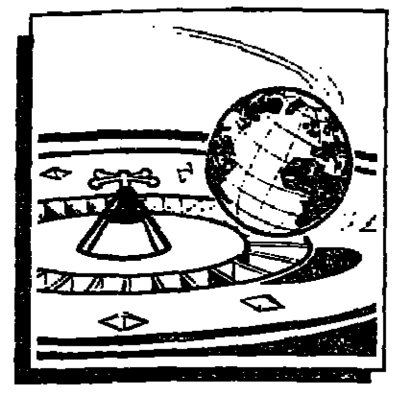
In der Seitenhalle des Plenums stehen Brandt und ein Teil seiner Minister, *als hätten sie schon Abschied* genommen, v. Dohnanyi, Jahn, Abgeordnete. Die Stimmen so gedämpft, als sei das, was noch zu sagen bliebe, nur im Trauerton zu sagen, umsteht die kleine Runde Willy Brandt. Ab und zu entringt sich ein schnelles Lachen dem Kreis, von dem sich Alex Möller in einiger Distanz und der „Partei-Ideologe" Leo Bauer in noch größerer Entfernung halten. „Ja, so schnell geht das", sagt ein Beobachter der Szene, auf der die Mächtigen von gestern schon in den Schatten zu treten sich anschicken.

Die Vorahnungen des Orkus schlagen in Schulterklopfen, Tränen, Klatschen *und* Schreie der Genugtuung um, als feststeht, daß der erste Anlauf der Opposition nicht zur „Superschwungstemme" (SPD-Zurufer) geführt hat. Von der Pressetribüne *reckt Günter Grass den Daumen nach*



oben wie ein römischer Imperator. Von der Zuschauertribüne, wo, einen Block von Marianne Strauß getrennt, Etta Schiller, Rut Brandt, Heilwig Ahlers und *Hannelore Schmidt* zusehen, wie die mit dem Rücken zur Wand kämpfende Regierung überlebt, winkt Rut Brandt wie die Dame, die den Handschuh beim Dichter fallen läßt, dem Sieger unten in der Arena zu.

Daß die Regierung, deren Minister als Matadoren-Riege wieder die Regierungsbank besetzen, sich wie bei einer Wiedergeburt fühlt, lassen Brandt und Wehner erkennen. Wie bei der Kanzlerwahl finden die beiden einander, nachdem der Jüngere zum Älteren sich durchgewühlt hat. Wie damals klopft man sich den Ärmel, die Schultern. Genscher, berichtet einer der Nahestehenden, treten Tränen in die Augen. Willy Brandts *„edle Selbstergriffenheit"*, wie sie der Wahlhelfer Siegfried Lenz an ihm beobachtet hat, teilt sich seinem ge-



samten, stehend die Stunde genießenden Lager mit.

Die Dioskuren Brandt und Scheel, beide Hände haltend, sehen sich lange in die Augen. Sie haben mit den schwersten Waffen gekämpft, um ihre Truppen *durch die Gefahrenzone* zu bringen. Brandt hat der Opposition vorgeworfen, sie spiele mit der Gefahr der Isolierung der Bundesrepublik, Wehner, sie spiele mit dem inneren *Gefüge* des Staates. Am schärfsten aber hat der Außenminister die Klingen des Entlastungsangriffs geschlagen.

Die schneidenden Stellen seiner Rede tragen unverhüllt die Handschrift des Parteilotsen Flach. So ge*rät dem Freidemokraten, der seinen* wankenden „Haufen" beschwörend anvisiert, während er der Opposition die falsche Zeit und die falschen Methoden vorwirft, sein Auftritt zu einer *Apotheose seiner* „geschundenen", aber „wiederauferstandenen" Partei.

Während das Haus *einen neuen* Wehner mit weicher, sanfter, ironisch zurückgenommener Stimme erlebt („Stützen Sie Ihren Kandidaten bei seinem Klimmzug"), während nach *Kiesingers Vorschlag, Barzel zu wäh*len, Schröder gegen den Anfang einer Legendenbildung kämpft, scheut sich Brandt nicht, von der „Gier nach Macht" zu sprechen. Er stellt sich in seiner Schicksalsstunde mit Bismarck und Adenauer in eine Reihe. Mit ineinandergepreßten, gefalteten Händen steht er anfangs am Pult.

Seiner Rede lauscht auf der Länderbank der „Königsmacher" Heinz Kühn. In der Stunde der Gefahr ist er ebenso herbeigeeilt wie der freidemokratische Geburtshelfer Willi Weyer. Weyer koordiniert nebenbei die Polizeisicherungen rund um die Bannmeile: Schon am Morgen zeigten Hubschraubergeschmetter, Absperrungen, Krankentragen, Fernsehplattformen und gleißendes Licht an, daß die 183. Sitzung keine alltägliche sein werde.

+ + + maenner, die die welt bewegten + + +

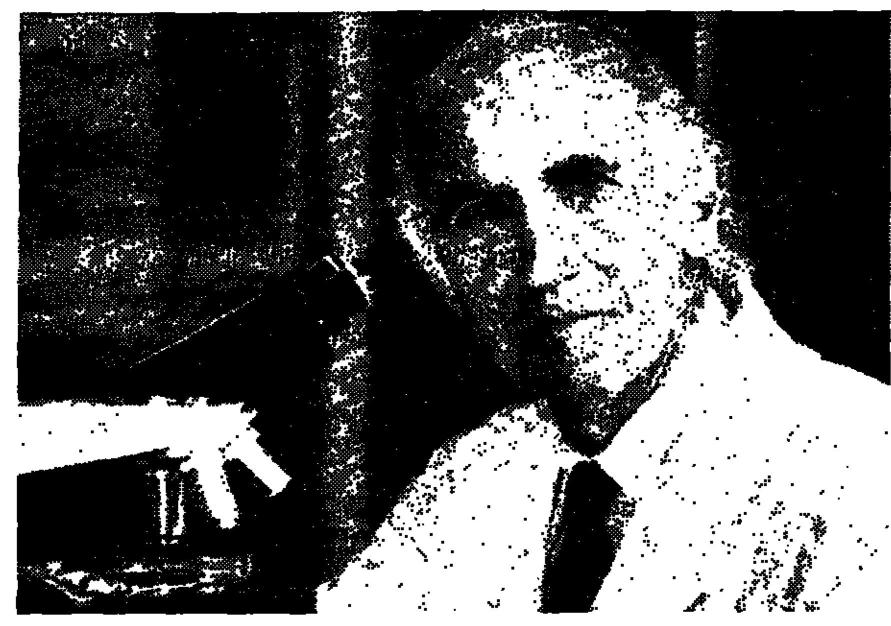
Versöhnung und Revolution, Raketen und die Pille, Machtpolitik in jeder Ausprägung – welche Männer bewegten die letzten vier Jahrzehnte? Der Journalist quält sich, wird ihm doch beiläufig historische Endgültigkeit abgefordert. Ist die Dominanz der Politik gerechtfertigt? Gehört Kennedy dazu, Eisenhower nicht? Mao und Deng, aber nicht Sadat und Begin? Khomeini, aber nicht Mutter Theresa? Ein Puzzle, dessen Teile der Leser ordnen (oder einfärben) mag. Die Redaktion war sich bei dieser Bildsequenz einig: Beim nächsten WELT-Jubiläum sollten es nur Frauen sein, die die Welt bewegen. Aber, tun sie das nicht ohnehin?



Franzose, Europäer, Visionär: Charles de Gaulle (22. 11. 1890 bis 9. 11. 1970) ist so etwas wie der „Patron" des heutigen Frankreich. Auf ihn berufen sich alle, die es in und mit Frankreich zu etwas bringen wollen. Er steht für Aussöhnung mit Deutschland in einem Europa der Vaterländer, für nationale Unabhängigkeit und Größe – Konzepte und Visionen, die im Freundschaftsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland, in der Force de Frappe oder in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China – lange vor Amerika – Gestalt annahmen.



Deutscher, Europäer, Realist: Konrad Adenauer (5. 1. 1876 bis 19. 4. 1967) führte als erster Kanzler der Bundesrepublik den neuen Staat in die NATO und verankerte ihn im westlichen Lager. Er leitete den Wiederaufbau. Historisch zu nennen ist Adenauers New Yorker Begegnung mit Ben Gurion (März 1960), bei der die Grundzüge der Wiedergutmachung vereinbart wurden. Als Bundeskanzler und als einer der Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft hat „der Alte" den Deutschen wieder Ansehen in der Welt verschafft. Bis zum Ende blieb er der Realist.



Unheil im Keim erstickt: Der amerikanische Immunologe Jonas Salk (geb. 29. 10. 1914), Professor an der Universität Michigan, hat Anfang der fünfziger Jahre aus abgetöteten Polioviren den ersten Impfstoff gegen die Kinderlähmung entwickelt. Er klärte später auch wichtige Vorgänge bei der Entstehung der Multiplen Sklerose. Salks Forscherglück und -fleiß verdanken heute Millionen von Menschen in aller Welt Leben oder Gesundheit.



Symbol der Demokratie: Winston Spencer Churchill, (30. 11. 1874 bis 24. 1. 1965), Englands Kriegspremier, warnte schon früh vor Moskaus revolutionärem Weltmacht-Streben.



Symbol der Diktatur: Josef Stalin (21. 12. 1879 bis 5. 3. 1953). In seinem Namen sind Millionen von Menschen ermordet worden; ohne Stalins Führungswillen jedoch hätte die Sowjetunion schwerlich dem deutschen Angriff widerstanden. Der umstrittene Pakt mit Hitler trug Moskau nicht nur Ostpolen und die baltischen Staaten ein, er verschaffte auch Zeitgewinn.



Schöpfer der Antibabypille: Der amerikanische Physiologe Gregory Pincus (9. 4. 1903 bis 22. 8. 1967) hat als erster das künstlich hergestellte Sexualhormon Progesteron eingesetzt, um den Eisprung und damit Schwangerschaft zu verhindern. Die Methode wurde so populär, daß der Geburtenrückgang seither viele Länder vor Probleme ungeahnten Ausmaßes stellt.



+ + + maenner, die die welt bewegten + + +



Zeugnis für die Menschenrechte: Andrej Sacharow (geb. 21. 5. 1921), Kernphysiker und Friedensnobelpreisträger, wurde 1980 *vom Kreml nach Gorki* verbannt, weil er über das Unrecht in der Sowjetunion nicht schweigen wollte.



Leitfigur: Ronald Reagan (geb. 6. 2. 1911) gab Amerika nach Jahren der Resignation wieder Selbstbewußt*sein und Entschlossenheit*. Amerikas Weltmachtstellung ist unbestritten, Reagans Popularität sensationell.



Symbol der Güte: Papst Johannes XXIII. (25. 11. 1881 bis 3. 6. 1963) schrieb Kirchengeschichte. Mit den Beschlüssen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962/1965) tat Rom den Schritt in die Moderne.



Vater der Raumfahrt: Wernher von Braun (23. 3. 1912 bis 16. 6. 1977) war im Zweiten Weltkrieg wesentlich an der Entwicklung der deutschen Strahltriebwaffen (V 1 und V 2) beteiligt. 1945 kam v. Braun in die Vereinigten Staaten, wo er zum führenden Raketenbauer aufstieg. *Der Deutsche leitete* schließlich das Programm für den ersten Flug zum Mond. Er arbeitete auch schon an Plänen für eine Weltraumstation und den Flug zum Mars.



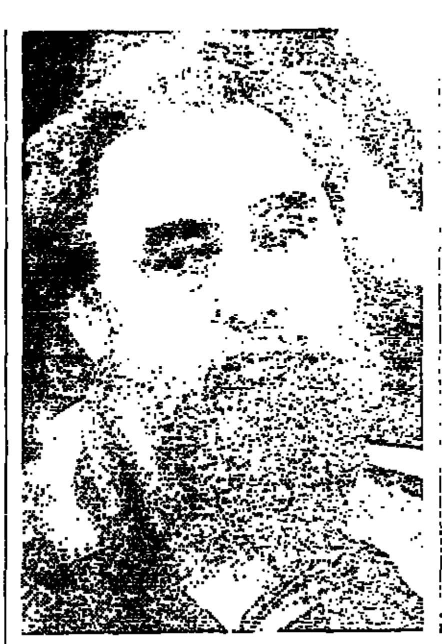
Staatsgründer: David Ben Gurion (16. 10. 1886 bis 1. 12. 1973) war der erste Regierungschef des neugegrün*deten Staates der Juden, Israels. Ben* Gurion hat das Wiedergutmachungsabkommen mit Bonn durchgesetzt.



Revolutionär des Islam: Ayatollah Khomeini (geb. 17. 5. 1900 oder 1902), ein radikaler Moslem der schiitischen Glaubensrichtung, hat Iran nach dem Sturz des Schah-Regimes ins Mittelalter zurückgeworfen. Sein umstrittener Fundamentalismus droht den islamischen Nachbarn Irans am Golf gefährlich zu werden.



Reformer Chinas: Deng Xiaoping (geb. 22. 8. 1922) hat das Reich der Mitte auf den Pfad des weltpolitischen Pragmatismus und der inneren Reformen zurückgeführt. Er machte China wieder stark.



Altrevolutionär der Karibik: Fidel Castro Ruz (geb. 13. 8. 1927) sorgt seit seiner kubanischen Revolution 1959 für Unruhe in der ganzen Welt. Ein düsterer Höhepunkt seiner Karriere: die Kuba-Krise 1962.



Pionier der Chirurgie: Der südafrikanische Herzspezialist Professor Christiaan Barnard (geb. 8. 11. 1922) wagte 1967 die erste Herzverpflanzung – und hatte Erfolg.



Großer Vorsitzender: Mao Zedong (26. 12. 1893 bis 9. 9. 1976) hat die Welt verändert, als er 1949 Tschiang Kai-Shek vom Festland vertrieb und die Volksrepublik China ausrief. Obwohl er die Volksmassen unterdrückte, wurde Mao von Millionen vergöttert, denn er machte sie satt und er schuf Ordnung. Die von ihm betriebene Kulturrevolution warf China zurück, dennoch wurde das Land unter seiner Herrschaft Weltmacht.



Ulrike Meyfarth und Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen zu Gast bei „Wetten daß?" Der gelernte Journalist Frank Elstner (43) mit der Vorliebe fürs Theater hat keine Scheu, selbst eine Kuh auf die Bühne zu bringen.



Wetten, daß er verrückt nach Zeitung ist?

Von HORST LIETZBERG

Frage: Herr Elstner, wie wichtig ist *Zeitungslektüre für Sie als Moderator?*

Frank Elstner: Ich bin geradezu zeitungssüchtig. Und da ich dauernd reise, nutze ich auch die Zeitungen sehr viel und häufig. Ein Tag ohne Zeitungen – unvorstellbar.

Frage: Sie haben bei Zeitung, Rundfunk und Fernsehen gearbeitet. Wie empfinden Sie das gedruckte Wort im Vergleich zum *akustisch und visuell aufgenommenen?*

Frank Elstner: Das gedruckte Wort hat den unglaublichen Vorteil, daß es nicht so schnell vorübergeht. Als Print-Journalist kann man auch mal etwas wiederholen, kann mal stehenbleiben. Man bestimmt das Tempo *des Verarbeitens selber. Und das ist* der ewige Reiz und Vorteil des Gedruckten, das niemals elektronisch einzuholen sein wird.

Frage: Wenn Sie seinerzeit bei der Zeitung geblieben wären, hätte Sie dann auch vorwiegend die Unterhaltung oder das Feuilleton gereizt *– oder lag Ihnen damals eine andere* Thematik mehr?

Frank Elstner: Ich habe angefangen wie jeder Volontär. Mit Berichten über Kleintierzuchtvereine, Gärtnerverbände und über die Probleme der Streusaat. Nach Luxemburg bin ich dann ja nicht gegangen, weil ich der *große Unterhalter werden wollte,* sondern weil ich mir ein Auto verdienen wollte.

Mein Interesse allerdings galt dem Theater. Ich komme aus einer alten Theaterfamilie, habe Theater von der Pike auf gelernt und hätte gern Theaterwissenschaft studiert – wenn ich *nicht durchs Abitur gefallen wäre.* Ins Feuilleton zu rutschen, hätte ich mir schon gewünscht.

An zweiter Stelle wäre dann der Sport gekommen, den ich in Luxemburg jahrelang gemacht habe. Inzwischen bin ich ein Sport-Verrückter geworden.

Frage: Welche Lesegewohnheiten haben Sie? Schnell und oberflächlich oder gründlich und mit Muße?

Frank Elstner: Ich bin ein Stimmungs-Leser, wie ich auch Stimmungs-Musikhörer und Stimmungs-Fernseher bin. Wenn mir etwas gefällt, lese ich langsam und genüßlich und kaue darauf herum, als würde ich meine Lieblingspraline lutschen. Wenn ich mich allerdings nicht gefes*selt fühle, dann lese ich schon mal* drei Seiten in zehn Sekunden.

Frage: Für welche Seite interessieren Sie sich am meisten – Politik, Sport, Allgemeines, Feuilleton?

Frank Elstner: Grundsätzlich lese ich, weil ich sehr neugierig bin, die Seite 1 zuerst. Das gilt für alle Zeitungen. Es macht mir einen riesigen Spaß zu vergleichen, was die Kollegen auf die erste Seite gesetzt haben und wie sie die Themen behandeln.

Das ist so eine Art Hobby von mir, weil ich bei Radio Luxemburg früher einmal die Nachrichten verantwortet habe. Also, was schreibt die WELT, „Süddeutsche" oder „Frankfurter Allgemeine" auf Seite 1, woraus macht „Bild" eine große Geschichte? Meist lese ich dann die Fernsehseite und suche – das betrifft alle Seiten – nach zeitgenössischen Porträts interessanter Persönlichkeiten. Das ist für mich schnell verdaulicher Geschichtsunterricht und zudem eine große Freude, wenn es auch noch gut geschrieben ist. Übrigens, den Wirtschafts- und Sportteil lese ich auch ausführlich.

Frage: Und welche Seite einer Zeitung interessiert Sie am wenigsten?

Frank Elstner: Die Witzseite. Ich lese sie so gut wie nie, weil ich viele der Witze ohnehin schon kenne.

Frage: Gibt es nach Ihrer Meinung einen Unterschied zwischen dem Print- und dem elektronischen Journalismus? Können Schreiber gründlicher und ausführlicher sein, haben sie mehr Möglichkeiten zum Nachfassen, sind sie weniger abgelenkt durch Kamera und Technik?

Frank Elstner: Ich glaube, Print-Journalisten haben den entscheiden*den Vorteil, daß sie anonyme Journa*listen sind. Sie können sich dadurch mehr trauen und haben oft auch mehr *Zeit. Journalisten, die sich in der Öffentlichkeit zeigen müssen,* brauchen vielleicht noch mehr Zivilcourage und setzen sich der Kritik weit mehr aus.

Was die Ablenkung angeht: Ich glaube, jeder Journalist wird abgelenkt. Bei dem einen sind es die Großraumbüros, beim anderen ist es der Sendezeitdruck und bei einem dritten ist es ein drängender Chefredak*teur oder manchmal auch die Karrie*reangst.

Was ich aber Zeit meines Lebens bewundere, sind Journalisten, die schnell schreiben können. Vor ihnen, die in einer halben Stunde einen Artikel fertigschreiben, habe ich Hochachtung. Viele Leute denken, ich *müßte so etwas auch können,* weil ich schnell reden kann. Aber das ist ein Irrtum. Schnelles Schreiben liegt mir nicht. Da habe ich meine Grenze.

Frage: Sie haben sich schon öfter als Kolumnist für große Blätter verdingt. Stammte immer alles aus Ihrer Feder?

Frank Elstner: Muß ich jetzt rot werden? Ich will es mal so sagen: Wenn etwas unter meinem Namen veröf*fentlicht wird, stammt es zu 90 Pro*zent aus meiner Feder. Meine Kolumnen habe ich alle selber geschrieben.

Frage: Welcher Stil liegt Ihnen mehr? Boulevard oder mehr das Tiefschürfende? Oder Boulevard zum Geschmack holen für das andere?

Frank Elstner: *Ich bin, wie ich schon* sagte, sehr stimmungsabhängig. Mal ist es das eine, und wenn ich Zeit und Muße habe, eben das andere.

Frage: Hand aufs Herz: Wie sehr ärgern Sie sich über negative Kritiken? Gehören Sie auch zu den



Fernsehmenschen, die so souverän sind und behaupten, Kritik interessiere sie nicht im geringsten?

Frank Elstner: Ich bewundere Menschen, die von sich sagen, sie würden Kritiken überhaupt nicht lesen. Ich tue es – und leide wie ein Tier unter Ungerechtigkeiten. Und zwar leide ich dann wahnsinnig, wenn ich spüre, da schreibt einer schlecht, weil er schlecht schreiben will.

Um jetzt keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen: Ich habe absolut nichts gegen eine konstruktive Kritik. So zum Beispiel, als sich nach meiner letzten Sendung „Menschen 85" einige Kritiker darüber ausließen, daß ich keine Frauen dabeihatte. Sie konnten nicht wissen, daß wir das zwar vorhatten, aber einiges geplatzt war. Ich gebe ihnen völlig recht und habe mir das zu Herzen genommen.

Wenn aber einer nach „Wetten daß" mit der Fürstin von Thurn und Taxis schreibt: „Frank Elstner auf dem Fall nach unten", dann trifft mich das schwer und tut sehr weh. Denn diese Sendung bekam gegen härteste Konkurrenz der ARD eine Einschaltquote von 53 Prozent, und viele Journalisten sagten mir, daß gerade diese Sendung so erfrischend locker und gut gewesen sei.

Frage: Möchten Sie mit solchen Kritikern vielleicht mal in den Ring steigen?

Frank Elstner: Nein. Mit den Kritikern, die es konstruktiv meinen, möchte ich nicht in den Ring steigen, sondern lieber essen gehen. Und mit den Kritikern, die so etwas tun, nur um ihre Kritik loszuwerden, würde ich nie in den Ring steigen. Das lohnt sich nicht. Ich kann gegen Menschen, die die Zusammenhänge nicht begreifen wollen, nichts machen.

Frage: Welche Bedeutung hat die Presse für Ihre Karriere?

Frank Elstner: Ich glaube, eine sehr große. Immerhin war ich 20 Jahre lang höchstwahrscheinlich einer der bestbesprochenen Leute in meinem Beruf. Wenn man öffentlich so gut wegkommt wie ich (für die „Montagsmaler" bin ich 72 Mal – also nach sämtlichen Sendungen – gelobt worden), dann muß man sehr dankbar sein. Auch für „Wetten daß" bekam ich wenig Prügel.

Ich kann also wirklich nicht klagen, wenn man einmal davon absieht, daß man mir im letzten Jahr ein paar private Querelen über den Kopf gedroschen hat. Was die Behandlung durch die Presse angeht, fühle ich mich als Sonntagskind. Und das hat meiner Karriere und mir sehr gutgetan.

Frage: Geben Sie eigentlich noch immer gern Interviews?

Frank Elstner: Es kommt darauf an, wer fragt. Wenn ich merke, daß mich jemand interviewt, damit es ihm gelingt, daß er seine Gedanken in meinen Worten ausdrückt, dann gebe ich Interviews nicht gern. Aber es gibt ja gottlob auch andere Interviewer. Mit denen wird's nie langweilig.

Und mit ihnen führe ich dann auch gern lange Gespräche. Weil sie mich bereichern und ich von ihnen lernen kann. Schließlich interviewe ich ja selbst sehr viel. Da ist es ein Glücksgefühl für mich, wenn einer tolle Fragen an mich stellt.

Frage: Sie waren einst in Luxemburg stilbildend für den Typus des *frohgemuten Journalisten.* Glauben Sie, daß es der deutschen Presselandschaft ganz gut bekäme, wenn manches etwas lockerer geschrieben würde?

Frank Elstner: Wenn ich in Luxemburg überhaupt etwas geprägt habe, dann war es Natürlichkeit. Ich habe *versucht, im Rundfunk so zu reden,* wie im privaten Leben. Bei mir hatte der typische deutsche Kleiderbügel-Rundfunk- und Fernsehton keine Chance.

Was die Zeitungsschreibe angeht, so würde ich mir manchmal wünschen, daß es weniger schwerfällig, zäh und bieder zuginge.

Frage: Werden Sie irgendwann einmal ein Buch schreiben?

Frank Elstner: Ich habe ja schon zwei geschrieben: eins davon sogar ganz allein: „Bibel der Spiele". Aber ich könnte mir vorstellen, daß ich einmal über meine Erfahrungen mit *den Nobelpreisträgern ein Buch* herausbringe.

Frage: Sie waren früher einmal ein bißchen Journalist, ein bißchen Trompeter und ein bißchen Schauspieler. Wovon blieb am meisten hängen?

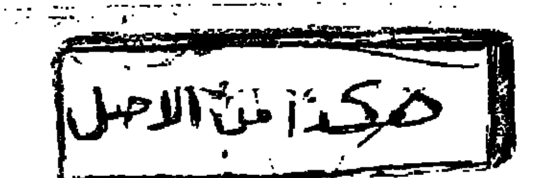
Frank Elstner: Ich habe einmal vor *langem gesagt: Ich kann alles. Dann* ließ ich eine kurze Pause und fügte hinzu: Alles – aber nur halb. Ich kann ein bißchen Trompete, ein bißchen Klavier, spreche ein bißchen Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch, kann ein bißchen steppen und ein bißchen singen.

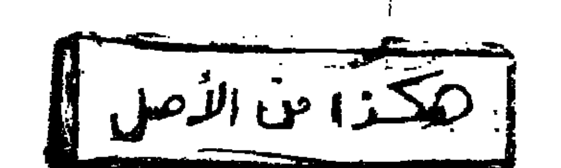
Wovon *mehr hängenblieb,* ist der Journalist. Das ist mein Beruf. Ich bin ja nicht der Entertainer, der singt und tanzt, sondern einer, der die Fragen stellt. Und deshalb sind die Interviews mit den Nobelpreisträgern auch meine Herzensangelegenheit. Ich öffne Menschen, die sich bisher noch nicht mitgeteilt haben. Eine tolle Sache, zumal mir auch die Kritik nach ersten Prügeleinheiten immer mehr zugetan ist.

Frage: Was fehlt nach Ihrer Meinung in deutschen Zeitungen?

Frank Elstner: *Humor. Aber nicht* auf einer Seite, wo Humor drübersteht. Weg mit der Verbissenheit, dem Schwarz-Weiß- und dem Rechts-Links-Denken. Man muß doch nicht gleich ein Anbiederer sein, *wenn man sich sagt, jetzt mache ich* dem Leser mal eine Freude.

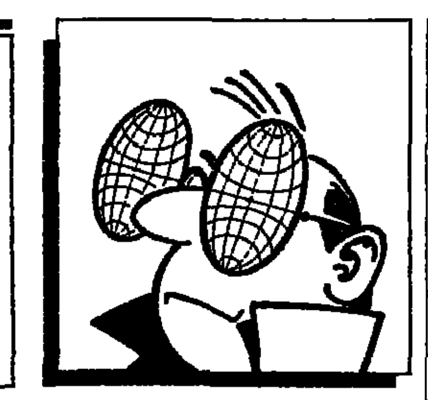
Horst Lietzberg, der für die WELT dieses Gespräch mit dem Fernseh-Unterhalter Frank Elstner führte, ist freier Journalist und verantwortlicher Redakteur des „Medien-Telegramms".





Finish garniert mit Dame

Von HEINZ HORRMANN



Die Dame mit dem frech geschlitzten Rock und dem aparten Federhütchen drückt ein handliches Automobilmodell an den Busen und wiegt sich mit diesem seltsamen Partner im Walzerschritt. Die Wange hat sie zärtlich ans kühle Blech gelegt. Darstellung auf einem Plakat aus den 20er Jahren. Die Werbung und zugleich auch die Erklärung dieser Szene steht unter den hochhackigen Tanzschuhen: Mein Benz!

Zur erfolgversprechenden Kundenbeeinflussung durch Plakatwerbung garnierte man schon damals die anzupreisenden Automodelle mit schönen Frauen. Ein Rezept, das über Jahrzehnte in ständig wechselnden Varianten immer wieder angewandt wurde.

Erst in den letzten beiden Jahren hat die Werbung die reine Technik in Bild und Information wiederentdeckt, so wie es zu Beginn der Automobilgeschichte schon einmal der Fall war.

Bei der immer breiter werdenden Palette verschiedener Typen versuchten die Werbeleute die eigene Marke als den „Idealwagen" herauszustellen. Viele Möglichkeiten der Unterscheidung gab es nicht. Die meisten Werbetexte schlossen die Begriffe „klare Linie", „das schöne Gesamtbild" und „leicht zu handhaben" ein. Weil zwar schon damals Tempo und die schnelle Überwindung von Hindernissen mit Absichten und Ambitionen der Jugend eng verknüpft waren, die junge Generation zu der Zeit aber als Kundschaft nicht in Frage kam, standen diese Hinweise nicht zur Debatte.

Erst Anfang der 30er Jahre gilt das Auto als „problemloses Gerät", die Kunden haben die Angst vor dem Neuen endgültig abgelegt. Nun wird der Kraftwagen auch als modisches Element für Damen und Herren von Welt hochstilisiert. In der werblichen Darstellung bekommt der Personenwagen einen exklusiven Touch.

Werbepsychologen in Amerika glaubten später, mit der Idee, die Karosse als Persönlichkeit zu verkaufen, den idealen Weg zum Abnehmer gefunden zu haben. So stand in einem Auburn-Werbetext: „Mein Auto ist mir ein besserer Kamerad geworden, als ich es mir je vorgestellt hatte ..." Mit weiblichen Wesen erst elegant, wie eingangs geschildert, dann immer freier, sexbetonter, wurde geballt vor und nach dem Zweiten Weltkrieg für Personenwagen geworben. Eine Idee, die ursprünglich bei Opel Premiere hatte: auf einem Plakat, das 1906 für das Modell Tonneau entworfen wurde. Viktoria mit Siegerkranz im langen, lockigen Haar hob darauf ein weißes Fahrzeug mit roten Ledersitzen in die Höhe. Der Zeit gemäß war der Blick züchtig und ernst.

Werbefotos und Zeichnungen auf Plakaten und in Anzeigen gelten seit jeher als ein Spiegel der Zeit: Auswahl und Gestaltung sind Abbilder von Kultur, Gesellschaft und Moral. Das erste Farbplakat war im Ursprungsland Frankreich bereits zwei Jahrzehnte vor der Erfindung von Daimler und Benz entworfen und veröffentlicht worden. Doch diese geniale Masche wurde erst durch das Automobil vehement vermarktet.

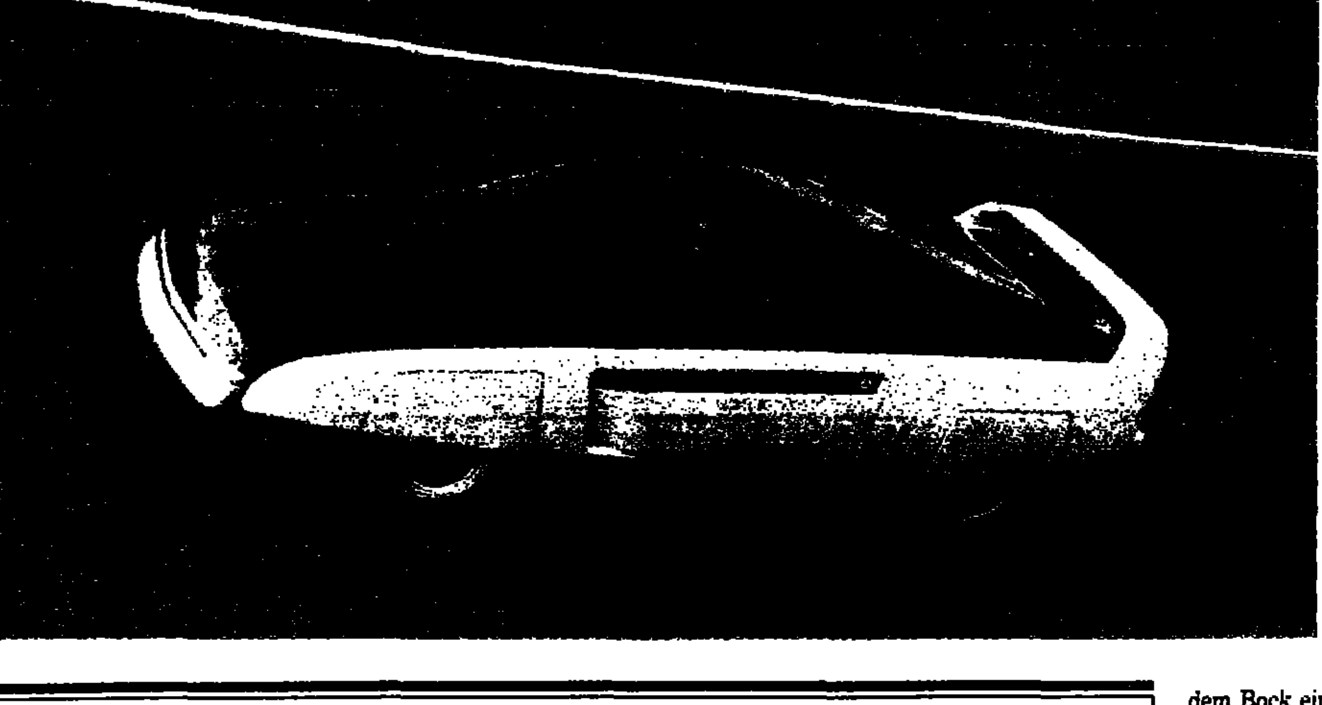
Genau wie in der Mode kommen Trends und Schwerpunkte auch in der Automobilwerbung immer wieder. So setzten die Firmen in den 60er Jahren alles daran, wie schon ein halbes Jahrhundert zuvor, die Zuverlässigkeit der Karossen herauszustellen.

Und der Agentur von Rolls-Royce gelang einer der besten Anzeigentexte aller Zeiten: „Das lauteste Geräusch, das man bei 60 km/h im neuen Rolls hört, ist das Ticken der Uhr ..." In der Bundesrepublik hatte sich das allgemeine Sicherheitsdenken im Mittelpunkt der Kampagnen etabliert. Die Anzeigen waren oft mit bewußt schockierenden und geschmacklosen Ideen kombiniert. Eine Reifenfirma zeigte großformatig ein Bild mit Gruselatmosphäre: eine Friedhofskapelle im Dämmerlicht, schwarze Krähen kreisen über regennasser Straße. Eine Autospur führt in den Graben. Darunter stand der Hinweis: „Es werden immer weniger, die bei Regen die verkehrten Reifen fahren." Als dieses freudlose Kapitel schließlich abgehakt war, folgte sogleich der nächste Fehlgriff, die aggressive Tempowerbung mit PS und Kraftprotzerei.

Zum Ende der ersten 100 Jahre Automobilgeschichte und an der Schwelle zum zweiten Jahrhundert schließt sich der werbliche Ideenkreis. Anzeigen und Plakate zeigen fast ausschließlich die Produkte und geben rein sachliche Informationen zur Technik. Daimler-Benz griff auf die allerersten Typen zurück. Auf blauem Grund werden Daimlers Motorwagen und der dreirädrige Erstling von Benz gezeigt. Der Text dazu ist knapp: 1886, der Schritt nach vorn.



„Er" fuhr ihn, aber eine Dame bot ihn feil. Dieses Sujet der Automobilwerbung ist ein Evergreen.



MP-90 X – die automobile Welt von morgen. So beschreibt Mitsubishi den „Flachmann in Delphinform". Die Luft durchschlüpft er mit einem Widerstandsbeiwert (c_w) von 0,22. Die Lenkung geht über alle vier Räder. Das Kommunikationssystem ist vollelektronisch, die Karosserie aus Kunststoff. Die Japaner schwören: Es ist das Auto der neunziger Jahre.

Morgen fährt uns die Geisterhand

Von HEINZ HORRMANN



Der Herr im Trenchcoat bedient einen winzigen Handsender, kleiner als ein Feuerzeug. Ein Piepton, und die Tür des flachen, schwarzen Autos klappt auf, der Motor springt an. Als der Fahrer im Schalensitz Platz nimmt, legen ihm stählerne Arme eine Sicherheitsweste an, die ihn fest an den Sitz drückt. Das zentrale System signalisiert auf einem der drei Bildschirme den Vorrat an festem Kraftstoff, die Einsatzbereitschaft aller Sicherheitssysteme, sogar die Profiltiefe der Reifen. Ein roter Punkt zeigt an, daß auch der Abstandsmesser in Betrieb ist.

Der Fahrer programmiert die Strecke Los Angeles–San Diego. Tausend Streifen, Punkte und Pfeile flimmern über den rechten Schirm. Wie von Geisterhand gesteuert, schießt das Fahrzeug – das einem Lamborghini Countach unserer Tage gleicht, aber mit tief heruntergezogenen Fensterpartien aus phototropen (lichtabhängigen) Gläsern – nach vorne, ordnet sich in eine der vier Spuren ein und rollt exakt mit vorgewähltem Tempo. Als es trotz Leitsystemen einen Stau gibt, zeigt der mittlere Bildschirm an, daß die Düsen unter der Bodengruppe geschaltet werden. Auf zwei Strahlen wird das Fahrzeug hoch und über eine Strecke von nahezu einem Kilometer durch die Luft katapultiert. Eine Verkehrssituation im Jahre 2019, dargestellt im Zukunftsfilm „Blade Runner" nach einem Buch von Philip K. Dick.

Als diese Szene 1980 gedreht wurde, meldete Regisseur Ridley Scott erhebliche Bedenken an. Diese Technik sei einfach zu überzogen und unglaubwürdig. Solche Systeme würden doch nie verwirklicht.

Sechs Jahre später sind die geschilderten Systeme bereits Realität in Forschungsautos und Studien, und selbst das Abheben bei Staus sei, so VW-Entwicklungschef Prof. Ernst Fiala, in naher Zukunft machbar, aber schon nicht mehr die beste Lösung.

Die Zukunft des Individualfahrzeugs hat längst begonnen. In unvorstellbarem Tempo wird die Idee vom unfallsicheren, denkenden Auto, das durch Computer, Elektronik und Sensoren gesteuert wird, verwirklicht.

Nur vorübergehend verharrten die deutschen Automobilfirmen, feierten das 100jährige Jubiläum des motorgetriebenen Vehikels, zeigten sich stolz bei Rückblicken auf die Erfindung des Autos, die die Welt so verändert hat. Doch damit war das Buch der ersten hundert Jahre auch schon zugeklappt. Bei Gesprächen, Präsentationen und auf den Automobilsalons stehen wie nie zuvor die nächsten zehn, 20, 50 Jahre im Mittelpunkt.

Die nächste Generation denkt mit

Waren es bei der Zukunftseuphorie der 50er Jahre noch überdrehte Mondfahrzeuge nach Art von Science-fiction-Romanen, die nur eine sehr vage Vorstellung vom Machbaren geben konnten und nichts als „Dream Cars" blieben, so werden jetzt die utopisch anmutenden elektronischen „denkenden Systeme" bereits in neuen Autogenerationen verwandt. So haben die Japaner folgende elektronische Hilfe vorgestellt: Mit dem Einlegen des Rückwärtsgangs schaltet sich am Heck neben der obligaten Fernsehkamera noch ein Abstandsradar ein, und außer der Straße hinter dem Auto erscheint auf dem Bildschirm gleichzeitig die Skala des Entfernungsmessers. Mit automatischen Gas- und Bremsimpulsen setzt das Auto narrensicher zurück. Ein zweites Radargerät prüft ständig den Abstand zum vorausfahrenden Auto. Wenn der ebenfalls automatisch berechnete Mindestabstand unterschritten wird, bremst der Computer das Auto ab.

Die Abkürzung „Prometheus" steht für „Program for a European Traffic with Highest Efficiency and Unprecedented Safety". Durch die Schaffung neuer Informations-, Steuerungs- und Regelsysteme können heute noch im Straßenverkehr vorhandene Schwachstellen behoben werden. Dabei soll der absehbare Technologieschub auf den Gebieten der Mikroelektronik und Sensorik, der Telekommunikation sowie der Methoden und Verfahren zur Informationsverarbeitung bis in den Bereich der künstlichen Intelligenz genutzt werden.

Unbesehen solcher Systeme, deren Verwirklichung davon abhängt, wie sich der europäische Gemeinschaftssinn mit dem Konkurrenzdenken im harten Wettbewerb vereinbaren läßt, setzen die Forschungsabteilungen der großen Unternehmen ihre Versuche fort. Hier wird sowohl an Antriebsprogrammen wie an Ausstattungsvarianten und Sicherheitselementen gearbeitet.

Dabei ist das Aussehen der Flundern aus dem Windkanal noch das Nebensächlichste. Wie sagte doch Prof. Fiala: „Mehr als bei Form und Antrieb werden gravierende Veränderungen im Bereich der Sicherheit und des allgemeinen Fahrkonzepts stattfinden. Wenn man einmal zurückblickt, stellt man fest, daß es mit simplen Pferdekutschen wenig Probleme gab. Schlief der Fahrer auf dem Bock ein, blieb das Pferd automatisch stehen. Das Auto läuft in einer solchen Situation einfach weiter – in einen vermeidbaren Unfall. Es ist aber nicht einzusehen, warum das Auto bei einem Fahrfehler nach außen aus der Kurve drängt und nicht selbständig nach innen dreht.

Wir wollen aus der reinen Kraftmaschine ein intelligentes Fahrzeug machen. Ein Auto, das tatsächlich selbständig Situationen erkennen und durch einen elektronischen Denkapparat, vergleichbar dem Hirn des Pferdes, auch bewältigen kann. Dazu zählt eine optimal geregelte Ausnutzung des Kraftstoffs, die ‚denkende' Bremse, wie das ABS-System beispielsweise, eine geregelte Federung und der Niveau-Ausgleich. Ein Pferd kann über einen Bordstein steigen, das Auto heute noch nicht. Es fährt gegen das Hindernis und überschlägt sich."

Fiala glaubt, daß diese Probleme mit der Elektronik leicht zu lösen sein werden.

Wirtschaftlich und doch erschwinglich

Neben der verbesserten aktiven und passiven Sicherheit gehören auch erhöhte Wirtschaftlichkeit bei erschwinglichen Endverbraucherpreisen und, als Konsequenz daraus, reduzierter Kraftstoffverbrauch bei gleichzeitig verkleinerten Emissionswerten auf die Prioritätenrangliste. Daraus ergeben sich leichtere Karosserie- und Motor-Bauweisen als gravierende Vorgaben.

Eine zehnprozentige Gewichtseinsparung bedeutet nach einer Faustregel eine zweiprozentige Verminderung des Kraftstoffbedarfs bei gleicher Leistung und Fahrzeuggröße. Wenn es also gelingt, das durchschnittliche heutige Fahrzeuggewicht innerhalb der nächsten zwölf bis 15 Jahre um maximal 30 Prozent zu verringern, könnten allein mit dieser Maßnahme sechs Prozent Kraftstoff eingespart werden – eine Größenordnung, die angesichts der begrenzten Weltvorräte an fossilen Brennstoffen und der daraus resultierenden Preisentwicklung eine ganz bedeutende Rolle spielt.

Heinz Horrmann (42) ist verantwortlicher Redakteur für Reise-WELT und Auto-WELT.

Ist der Glasboom nur ein Strohfeuer? *Märkte heute – Märkte morgen*

Monatsabonnement 7,60 DM einschließlich 5,5 % Mehrwertsteuer u. 1,60 DM anteiliger Zustell- und Versandgebühren bei Zustellung durch die Post oder durch Träger. Auslandsabonnement 15,00 DM einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

DIE WELT Verlags-GmbH, 2 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, Tel. 341010, FS 0211149; 1 Berlin 61, Kochstraße 50, Tel. 03 11/1 91 11, FS 018 67 98, 43 Essen, Sachsenstraße 36, Tel. 021 41 / 24 21, Fernschreiber 085 73 41, 6 Frankfurt (Main), Frankenallee 71—81, Telefon 06 11 / 23 38 85, FS 041 24 49. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 39 vom 1. Januar 1969.

Montag, 21. Juli 1969 Ausgabe H C 7107 A Nr. 166 - Preis 40 Pf

20. Juli 1969: Ein kühner Traum der Menschheit wird Wirklichkeit

Astronauten landen sicher auf dem Mond

Landemanöver genau nach Plan
Aldrin und Armstrong auf sich allein gestellt
Sauerstoff reicht für 35 Stunden Aufenthalt
Collins kreist weiter um den Erdtrabanten

Von unserem Korrespondenten ADALBERT BÄRWOLF

Kap Kennedy, 20. Juli

Zum erstenmal sind Menschen auf dem Mond gelandet. In ihrem Mondboot Eagle setzten die amerikanischen Astronauten Neil Armstrong und Edwin Aldrin am Sonntagabend um 21.17 Uhr (MEZ) weich im „Meer der Ruhe" in der Nähe des Kraters Moltke auf dem erdnächsten Himmelskörper auf. Alle Systeme an Bord des Mondlandefahrzeuges arbeiteten einwandfrei. Unmittelbar nach der Landung übten Armstrong und Aldrin in einem simulierten Countdown den Rückstart zu dem kreisenden Apollo-Mutterschiff Columbia, das von dem Astronauten Michael Collins weiter in einer Kreisbahn um den Mond gesteuert wurde.

Auf Leben oder Tod müssen Armstrong und Aldrin das Mutterschiff später wieder erreichen. Mit der Landung der amerikanischen Astronauten haben die Vereinigten Staaten im Rennen mit der Sowjetunion um den ersten Platz auf dem Mond den technologischen Sieg davongetragen.

„Der Adler (Eagle) ist gelandet" — das waren die ersten Worte Armstrongs nach der Berührung des Mondbootes mit dem Boden. Dann: „Es sieht gut für uns aus." Die Steuerraketen wirbelten auf dem Mondboden eine leichte Staubwolke auf.

Der erste Teil des „nationalen Zieles" *ist damit erfüllt, das Präsident John F.* Kennedy am 25. Mai 1961 gesetzt hatte: „Ich glaube, daß sich die Vereinigten Staaten das Ziel setzen sollten, noch vor Ende dieses Jahrzehnts einen Menschen auf dem Mond zu landen und ihn sicher zurückzubringen."

Die letzte Phase des historischen Mondlandefluges lief am Sonntag vor dem *Aufsetzen so ab:*

Zu Beginn der elften Runde um den Mond wechselte Collins in dem Mutterschiff zum achtenmal den Kohlendioxyd-Filter. Dann brachte er die Nase an Nase gekoppelten Mondschiffe in die gewünschte Lage im Raum. Armstrong und Aldrin wechselten unterdessen die Unterwäsche und zogen eine Unterkleidung über, durch die später nach Umschnallen der Rückengeräte Kühlwasser zum Absorbieren der Körperhitze auf der Mondoberfläche während des Außenbordmanövers fließen wird.

Collins zog den weißen Druckanzug über — ohne Helm und Handschuhe. Dann stellten Armstrong und Aldrin durch ein Ventil den Druckausgleich in dem Tunnel zwischen den gekoppelten Raumschiffen her und öffneten die Verbindungsluke zum Tunnel. Mühelos konnten sie im gewichtslosen Zustand die schweren Stahlteile der Koppelmechanismen mit zwei Fingern herausnehmen. Die Koppelvorrichtungen wurden *im Mutterschiff verstaut, und* Aldrin schwebte um 14.22 Uhr (MEZ) als erster durch den freien Tunnel in das Mondboot. Aldrin setzte das Landefahrzeug unter Strom, schaltete die Glycol-Anlage zur Kühlung der Lenk- und Steuerelektronik ein und überprüfte eine Stunde lang jedes System des Landefahrzeugs.

Blaues Licht in der Kabine

Dann verließ Armstrong das Mutterschiff und löste Aldrin ab, der ins Mutterschiff zurückschwebte, seinen Druckanzug überzog und dann endgültig in das Landeboot überwechselte. Collins baute von seiner Seite des Tunnels den Koppelmechanismus wieder ein, und Armstrong und Aldrin befestigten den Kopplungsteil des Mondbootes wieder in dem Gang. Von beiden Seiten wurden dann die Raumschiffluken geschlossen. Die drei Mondfahrer setzten ihre Raumhelme auf, zogen die Handschuhe über und führten eine Druckprüfung aus. Dann, in der 13. Runde um den Mond, einhundert Stunden und 13 Minuten nach dem Start auf Kap Kennedy, trennten sich Columbia und Eagle voneinander.

Die gefährliche Landephase lief so ab: erstes Zünden der Landerakete über nur 27 Sekunden. Durch dieses kurze Abbremsen wird der niedrigste Punkt der Umlaufbahn des Mondbootes *auf 15 000* Meter heruntergezogen. Zweites Einschalten der Landerakete bei Erreichen der 15 000-Meter-Marke rund 480 Kilometer von der Landestelle im „Mare Tranquillitatis" (Meer der Ruhe) entfernt. Die Landerakete brennt zwölf Minuten und bremst das Mondboot von 5800 Kilometern in der Stunde auf eine Vorwärtsgeschwindigkeit von praktisch null ab.

In 150 Meter Höhe übernimmt Armstrong die manuelle Steuerung des Mondbootes. Drei Sensoren an den vier *Landebeinen berühren den Mondboden.* In der Kabine leuchtet ein blaues Licht auf. Armstrong drückt einen Knopf und führt so den Brennschluß der Landerakete herbei. Das Mondboot setzt mit einer *Sinkgeschwindigkeit von drei bis* fünf Kilometern in der Stunde auf.

Sachverständige sahen die größte Gefahr für Armstrong und Aldrin in einem Einsinken eines Landebeines in eine Mondkaverne. *Die Neigung der Landestufe*, die gleichzeitig als Starttisch für den Rückstart zum Mutterschiff dient, darf einen Winkel von 30 Grad nicht überschreiten. Die beiden Mondlandepioniere müssen den Mond innerhalb von 35 Stunden wieder verlassen haben. Nur so lange reicht ihr Sauerstoffvorrat. Gelingt es ihnen nicht, die Startrakete des *Mondbootes* vor Ablauf von 35 Stunden zu zünden, sind sie verloren. Armstrong und Aldrin haben keine Mittel an Bord, ihrem Leben ein schnelles Ende zu bereiten. Sie müßten sterben, *wenn der Sauerstoff verbraucht ist.*

Nach Ende ihrer Mondexpedition muß die Startrakete so lange ununterbrochen arbeiten, bis die Mondbootkabine Kreisbahngeschwindigkeit erreicht hat. Erst von dann an konnte Collins in dem Mutterschiff seinen beiden Kameraden zur Hilfe kommen.

Gelingt es nicht, die beiden Raumschiffe nach Ende der Mondexpedition in einer Mondkreisbahn zusammenzukoppeln, aber sie bis auf ein paar Meter *zusammenzubringen, konnten* Armstrong und Aldrin von außen umsteigen. Collins würde das Mutterschiff so im Raum stabilisieren, daß die geöffnete Luke über der des Mondbootes liegt. Armstrong und Aldrin könnten dann in das Mutterschiff hinüberspringen.

Für dieses Rettungsmanöver ist allerdings eine stabile Lage beider Raum*schiffeinheiten* absolute Voraussetzung. Taumelt eines der beiden Raumschiffe durch unkontrollierbares Brennen einer Lagensteuerrakete, etwa durch Kurzschluß, ist ein Umsteigen so gut wie ausgeschlossen. *Collins* könnte versuchen, in dem Mutterschiff allein zur Erde zurückzukommen. Versagt auch seine große Bordrakete bei dem Versuch, sich in die Bahn zur Erde einzulenken, bleibt auch er als Satellit des Mondes im Weltall zurück. Zündet seine Rakete, ist es dennoch zweifelhaft, ob er allein das Drei-Mann-Raumschiff sicher zur Erde zurückbringen konnte.

Armstrong und Aldrin werden nach dem Flugplan insgesamt 21 Stunden und 27 Minuten auf dem Mond zubringen. *Am Sonntagabend war das Aussteigen* Armstrongs weiterhin für Montag früh 7.02 Uhr (MEZ) vorgesehen. Aldrin sollte etwa 20 Minuten später folgen.

Ausgerüstet mit Spitzhacke, Schaufel und Hammer, werden Armstrong und Aldrin bis zu 130 Pfund Mondgestein und Mondboden sammeln und unter Vakuumbedingungen in Behältern zum *Rücktransport zur Erde verpacken.*

(Fortsetzung Seite 3, Spalten 1 bis 3)

Griff nach dem Mond

Der Essener Stadtbaurat Walter Hohmann, der 1945 starb, hat viel zum Projekt Apollo 11 beigetragen: Als erster entwickelte er 1925 in seinem Buch „Erreichbarkeit der Himmelskörper" die Idee der Mondfähre. In der dritten Folge unserer Tiefdruck-Dokumentation „Griff nach dem Mond" beschreibt Adalbert Bärwolf das Ringen innerhalb der NASA um das beste Mondlandesystem, bei dem Wernher von Braun unterlag. Noch heute fliegen alle Weltraumfahrzeuge auf den vom *Amateur-Astronomen Walter Hohmann* berechneten Bahnen.

Ein Psychogramm der Astronauten *mit* Gus Grissom als Modell zeichnet Adalbert Bärwolf unter dem Titel „Astronaut — wer bist Du?"

Neun bunte Bilder, Ergebnisse eines internationalen Wettbewerbs, zeigen, wie Kinder den Mond sehen. *Außerdem stehen in der dritten* Folge unserer Dokumentation ein weiteres Kapitel aus der Entdeckungsgeschichte der Menschheit und neue Stichworte des Mondlexikons.

Die vierte Folge unserer Dokumentation liegt am Dienstag der WELT bei.

Fahrplan für Montag

Das Programm für den Mondaufenthalt der Astronauten am Montag:

7.02 Uhr: Armstrong und Aldrin lassen in der Mondfähre Eagle die Druckluft ab und öffnen die Luke.

7.12 Uhr: Armstrong verläßt die Fähre und tritt *auf* die Plattform über der neunstufigen Leiter, die zum Mondboden führt. Aldrin filmt die Bewegungen seines Kollegen für das Fernsehen.

7.21 Uhr: Armstrong setzt seinen Fuß auf den Boden des Mondes.

7.37 Uhr: Aldrin verläßt ebenfalls die *Mondfähre und wird dabei von* Armstrong gefilmt.

9.12 Uhr: Nach Erledigung der Aufgaben auf der Mondoberfläche steigt Astronaut Aldrin wieder in die Mondfähre.

9.32 Uhr: Neil Armstrong folgt.

9.42 Uhr: Die Luke wird geschlossen und die Fähre wieder unter Druck*luft gesetzt.*

11.10 Uhr: Essenspause.

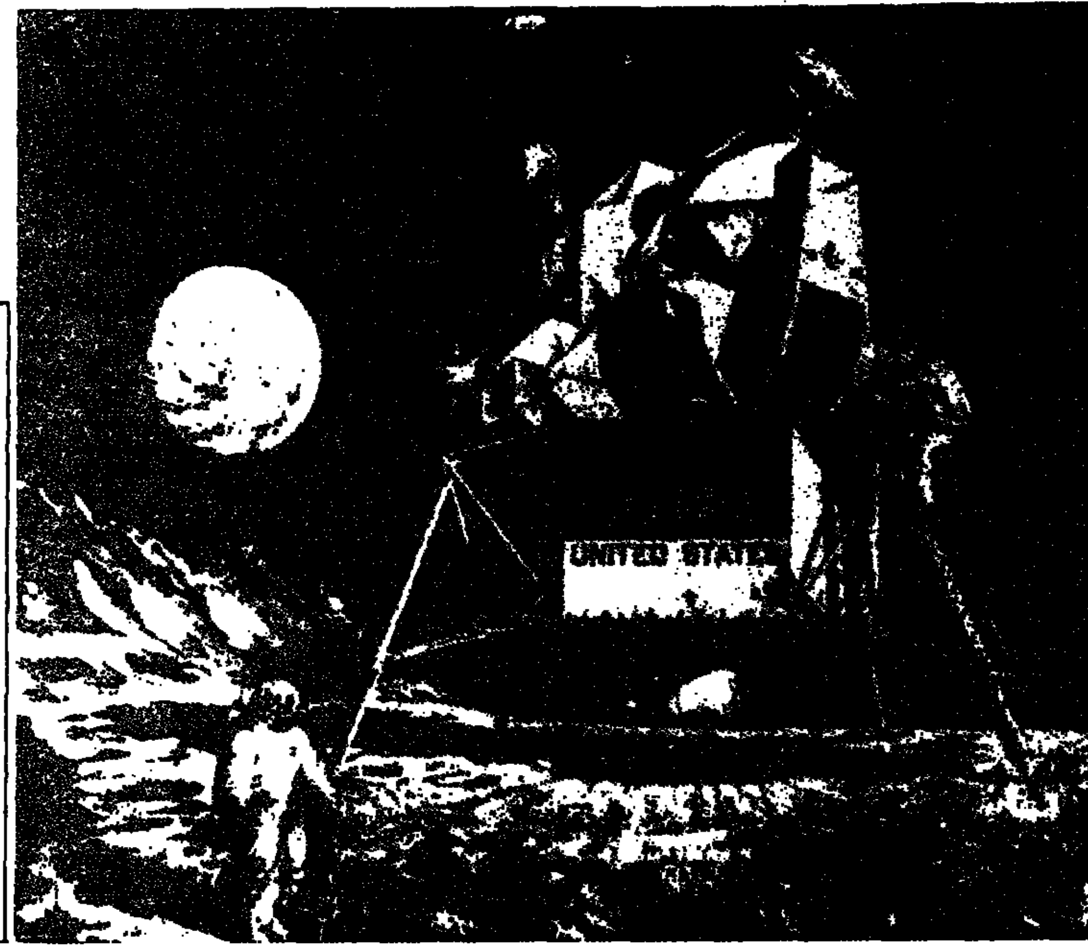
12.00 Uhr: Ruhepause.

18.56 Uhr: Der Aufstiegsantrieb der *Landefähre wird gezündet.*

22.52 Uhr: Mondfähre und Mutterschiff werden wieder zusammengekoppelt.

Den Astronauten ist es von der NASA freigestellt, den Mond vier Stunden vor der im Plan vorgesehenen Zeit zu betreten.

(Alle Angaben in Mitteleuropäischer Zeit)



„Eagle" alias „Käfer" ist ein einziger Superlativ technischer Perfektion Foto: NASA

So sieht ein Zeichner der NASA die *Mondfähre auf dem Erdtrabanten. Das* Unterteil, die kastenförmige Landestufe, wird auf dem Mond zurückbleiben, wenn die beiden Astronauten die Startrakete zünden, um zum oben im Bild erscheinenden Kommandoschiff, der „Columbia", zurückzukehren. An Bord der Mondfähre „Eagle" sind *18 Raketen — 16 für die Steuerung, je* eine für Start und Landung. Dazu kommen acht Radiosysteme, 15 Antennen und 50 Kilometer Drahtleitungen. Die zwölf Armaturentafeln gelten als die *kompliziertesten, die je gebaut wurden.* Auch bei den Kosten ist die Landung eine Sammlung von Superlativen: Mit *einem Stückpreis* von 400 000 DM *sind* die Mondanzüge von Armstrong und Aldrin die teuersten Kleidungsstücke, die je *in der Moderne* gefertigt wurden. Sein 15faches Gewicht in Gold kostet der *„Käfer", wie die Astronauten das spinnenförmige* Landefahrzeug nennen.

Die Umlaufbahn von Luna 15 nähert sich immer mehr dem Mond

Nachrichtendienst der WELT

Moskau, 20. Juli

Eine neue Kursänderung des unbemannten sowjetischen Mondsatelliten Luna 15 gab die amtliche Nachrichtenagentur TASS am Sonntagabend bekannt. Luna 15 nähert sich jetzt der Mondoberfläche bis auf 16 Kilometer; der mondfernste Punkt der Umlaufbahn ist in 116 Kilometer Höhe.

In einer Höhe von 15 Kilometern überflogen auch die amerikanischen Astronauten Armstrong und Aldrin am *Sonntagabend die Mondoberfläche, bevor* sie zur Landung im „Meer der Ruhe" ansetzen. In 110 Kilometern Höhe wiederum kreist das Mutterschiff Columbia mit dem Astronauten Michael Collins an Bord. Ob sich die Bahnen des amerikanischen Mondbootes und des Mutterschiffes mit derjenigen von Luna 15 kreuzen, wurde in Moskau nicht bekanntgegeben; doch erinnern Beobachter daran, daß die Sowjets der amerikanischen Weltraumbehörde versichert hatten, es werde zu keiner Behinderung kommen.

Nach Ansicht von Experten des britischen Radio-Obervatoriums Jodrell Bank, das eine Kursänderung schon kurz vor TASS gemeldet hatte, wird sich Luna 15 in der neuen Bahn nicht lange halten können. Die Umlaufzeit beträgt nur noch eine Stunde und 54 *Minuten.* TASS teilte lediglich mit, die automatische Raumstation „setzt ihre wissenschaftliche Erforschung des unmittelbaren Mondraumes fort". Wie unser Korrespondent aus Moskau be*richtet, war beim Start von Luna 15* vor mehr als einer Woche in der sowjetischen Presse noch von der „Erforschung des Mondes" als einer der Aufgaben des Satelliten die Rede gewesen. Worin die Aufgaben tatsächlich bestehen, weiß die Öffentlichkeit noch immer nicht. Dafür richtete die Regierungszeitung „Iswestija" die Phantasie ihrer Leser auf zukünftige Projekte wie die Umkreisung von Venus, Mars und Merkur durch Roboter-Satelliten.

In dieser Ausgabe

Schwere Kämpfe am Suezkanal nach israelischen Luftangriffen

Nachrichtendienst der WELT

Tel Aviv/Kairo, 20. Juli

Israelische Bombenangriffe auf Ziele in Ägypten — die ersten seit dem Juni-Krieg 1967 — und schwere Artilleriegefechte am 112 Kilometer langen Suezkanal kennzeichneten am Sonntag die sich zuspitzende Situation im Nahen Osten.

Am frühen Morgen hatten israelische Kommandotruppen die im Golf von Suez liegende ägyptische Insel El Gisira el Chadra nach offenbar schweren *Kämpfen vorübergehend* besetzt und ägyptische Flugabwehr-Einrichtungen zerstört.

Gegen Mittag brachen am Suezkanal heftige Luft- und Artilleriegefechte aus, *die bis zum Abend anhielten. Israelische* Flugzeuge bombardierten in mehreren Wellen ägyptische Artillerie- und Raketenstellungen. Sie gerieten in heftiges Abwehrfeuer. Auch die ägyptische *Luftwaffe wurde eingesetzt;* Kairo meldete die Zerstörung von Radarstationen und Raketenbasen auf der Sinai-Halbinsel und den Abschuß von 17 israelischen Flugzeugen.

Ein israelischer Sprecher gab den Verlust von zwei Flugzeugen und den Abschuß fünf ägyptischer Maschinen bekannt. Israel, erklärte er, habe einem *UNO-Ersuchen zugestimmt,* die *Kämpfe* um 17 Uhr MEZ abzubrechen, doch hätten die Ägypter sich nicht daran gehalten.

Seite 4: Flak-Insel zerstört

Edward Kennedy unter Fahrerflucht-Verdacht

DW. Boston, 20. Juli

Die Karriere Edward Kennedys, den viele in den USA schon als den Kandidaten der Demokraten für die nächste Präsidentenwahl sahen, könnte durch einen Verkehrsunfall beeinträchtigt werden, den der Senator am Wochenende hatte. *Diese Ansicht wird in politischen Kreisen Amerikas geäußert.*

Edward Kennedy steht unter dem Verdacht, Fahrerflucht begangen zu haben. Gegen ihn soll deshalb ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden. Er war am Wochenende bei der Heimkehr von einem Fest mit seinem Wagen von einer schmalen Brücke ins Wasser gestürzt und hatte *seine Begleiterin, eine* ehemalige Sekretärin Robert Kennedys, nicht retten können; sie ertrank. Der Senator meldete sich erst zehn Stunden nach dem Unfall bei der Polizei.

Aus aller Welt: Edward Kennedy

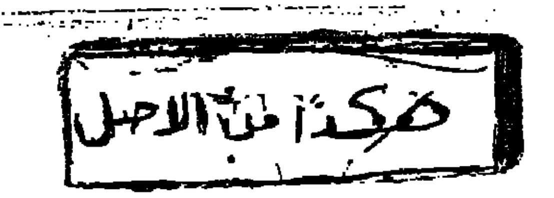
In Kürze

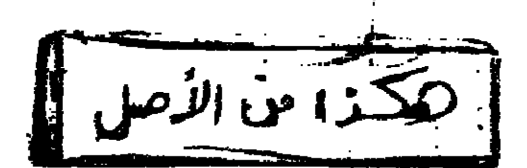
Berlin — Mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen haben unbekannte Täter in der Nacht zum Sonntag die Gedenkstätte der Opfer des 20. Juli 1944 in Berlin-Plötzensee geschändet. Bundespräsident Gustav Heinemann, der dort am Vortag der Widerstandskämpfer gedacht hatte, sagte dazu: „Dieser Anschlag trifft alle, er mahnt uns, wachsam zu bleiben." Auch in Wuppertal-Elberfeld wurde das Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus von Unbekannten mit roter Farbe beschmiert.

Neu-Delhi — Am Wochenende nahm der indische Premierminister Frau Indira Gandhi den Rücktritt ihres Stellvertreters, des am Mittwoch entlassenen Finanzministers Moraj Desai, an. Kurz darauf beschloß das Kabinett die Verstaatlichung von 14 indischen Privatbanken. Noch am Sonntag erklärte Desai, der von ihm angeführte rechte Flügel der Kongreßpartei werde auch weiterhin die Regierung unterstützen.

Hamburg (DW.) — Das Wetter wird nach Ansicht der Meteorologen in Süddeutschland an diesem Montag unter dem Einfluß hohen Drucks heiter bis *wolkenlos* und sehr warm (25 bis 30 Grad) sein. Im Norden und Westen dagegen kann es zeitweise stärker bewölkt sein; hier ist mit Temperaturen von etwa 25 Grad zu rechnen.

Am 21. Juli des Jahres 1969, um 3 Uhr 56 MEZ, verläßt Neil Armstrong, gefolgt von Michael Aldrin, die Landefähre „Eagle" und betritt als erster Mensch den Mond. Während sein Fuß den Staub des Erdtrabanten aufwirbelt, spricht er jenen für die Nachwelt und die Lesebücher bestimmten Satz: „Dies ist ein kleiner Schritt für mich, aber ein großer Schritt für die Menschheit." Niemals zuvor in der Geschichte hatte es ein Ereignis gegeben, an dem ein nach Milliarden zählendes Publikum ähnlich fasziniert unmittelbaren Anteil nahm – life. Die WELT präsentierte ihren Lesern zusätzlich zur ausführlichen Berichterstattung über die Expedition des US-Raumschiffes „Columbia" und seiner Besatzung eine mehrteilige Dokumentation „Griff nach dem Mond".





Lufthansa verbessert das Fliegen nach Nordamerika.



Über 100mal pro Woche zu 15 Zielen in Nordamerika. Und jetzt noch einige Verbindungen mehr. Denn ein günstiger Flugplan, so meinen wir, ist der beste Service, den eine Fluggesellschaft dem Geschäftsreisenden bieten kann. Vor allem das Direktangebot von verschiedenen deutschen Flughäfen wurde weiter ausgebaut: eine neue Verbindung von Stuttgart über Düsseldorf nach New York, täglich, eine neue Nonstop-Verbindung von München nach New York, ebenfalls täglich. Und von Frankfurt aus fliegt Lufthansa jetzt z. B. täglich nonstop nach San Francisco und Los Angeles. Doch auch an Bord hat sich einiges getan: mehr Komfort in der Business Class, das heißt bequemere Sitzplätze mit mehr Abstand und elektrodynamische Kopfhörer, die den Musikgenuß an Bord erheblich steigern. Mehr Service, das bedeutet z. B. ein 4-Gänge-Menü. Und einen Flugbegleiter mehr, damit wir uns noch besser um Sie kümmern können. Nutzen Sie das umfangreichste Nordamerika-Angebot ab Deutschland.



Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.

Unser Vehikel bleibt das Papier

Von OTMAR ERNST

Hätte man vor vierzig Jahren einen Experten befragt, wie die WELT im Jahre 1986 aussehen könnte, so hätte der wahrscheinlich gesagt: „Nicht viel anders als heute!" Vergleicht man aber die WELT vom April 1986 *mit* der Zeitung, die vor vierzig Jahren zum ersten Mal erschien, so gibt's doch einige beachtliche Unterschiede.

Hätte sich also der Experte geirrt?

Nein, denn er würde als versierter Prognostiker sagen, „daß sich die WELT geändert hat, liegt nur daran, daß sich die Zeiten geändert haben. Denn jede *Zeitung* verändert *sich in* und mit ihrer Zeit."

Mit diesem Hinweis auf die „Ceteris-paribus-Klausel" würde er sich außer Obligo fühlen. Womit *man* sich *aber nicht zufrieden geben kann*, wenn man wieder die Frage nach der Zukunft der Zeitung stellt.

Was die technische Produktion der Zeitung anbelangt, so geben die *moderne Elektronik, Techniken der* Telekommunikation, avantgardistische Druckverfahren der Zeitung eine fast grenzenlose technische Freiheit.

Geblieben aber ist das Papier als Medium, auf dem die Inhalte der Zeitung transportiert werden. Geblieben ist auch, daß es nach wie vor umständlich ist, diese gedruckte Zeitung zu ihren Käufern und Lesern zu bringen. *Daran wird sich nicht so schnell* etwas ändern.

Vor vierzig Jahren kannte man das Fernsehen nur vom Hörensagen und Opas „Dampfradio" quäkte noch nur auf Mittelwelle. Inzwischen erleben wir einen Boom in *„Unterhaltungselektronik"*. Kein Experte hätte 1946 den Mut gehabt, wahrscheinlich noch nicht einmal die Phantasie, eine solche Entwicklung zu prognostizieren.

Aber dieser „Boom" gilt auch für das Angebot gedruckter Kommunikation: für Tageszeitungen, Illustrierte, Spezialzeitschriften, Bücher. Dafür gibt es Erklärungen. Zum Beispiel *den Übergang zur* „postindustriellen Freizeitgesellschaft".

Aber nach allen verfügbaren Maßstäben ist der Zuwachs des Konsums kommunikativer Angebote stark *überproportional.*

Die Zeit, die man für die tägliche Lektüre der Tageszeitung aufwendet, ist über Jahre und Jahrzehnte relativ unverändert geblieben. Selbst die *extreme Konkurrenz* anderer Kommunikationsangebote führte nicht zu einer Reduktion des Zeitbudgets für die Tageszeitung. *Daran* wird sich auch in Zukunft wenig ändern.

Im Wettbewerb mit Hörfunk und Fernsehen hat die Tageszeitung keine Chance mehr, das Rennen um die letzte Neuigkeit zu gewinnen. Das liegt eben daran, daß diese Zeitung *nach wie vor gedruckt und auf den* Weg zu ihren Lesern gebracht werden muß. Das kostet Zeit.

Zwar gibt es schon per Telekopie übermittelte und im Haushalt „ausgedruckte" Zeitungen. Aber diese Technik dürfte bis auf weiteres noch ähnlich exklusiv bleiben wie derzeit der Bildschirmtext.

Nachrichten, die man noch vom Radio her im Ohr hat, Szenen, welche über den Bildschirm flimmerten, wecken den Wunsch, mehr darüber zu wissen. So bleiben Ereignisse aktuell, auch wenn sie erst am nächsten Tag in der Zeitung stehen.

Was allerdings nicht als ein Plädoyer dafür zu verstehen wäre, daß sich die Zeitung mit ihrer Aktualität *Zeit lassen könnte. Denn die Zukunft* gehört der „schnellen Zeitung".

Die Kehrseite der Überflutung mit *Kommunikation, mit* Nachrichten, mit Neuigkeiten, mit Aktuellem liegt darin, daß es immer schwerer fällt, zu werten und zu ordnen, was in dieser Welt, in diesem „globalen Dorf", geschieht. Tag um Tag gibt die Zeitung ihren Lesern die Chance, Ordnung in dieses Bild von der Welt zu bringen. Die Zukunft der Zeitung liegt darin, diese Funktion noch zu verstärken.



Dr. phil. Otmar Ernst (57) leitet im Axel Springer Verlag den Bereich redaktionelles Marketing.

Fast alle Tageszeitungen sind regionale bis lokale Zeitungen. Selbst die wenigen „national verbreiteten" Zeitungen haben ihre angestammten regionalen bis lokalen Schwerpunkte – *unbeschadet ihrer überregionalen* Kompetenz. Ein gängiges Verkaufsargument für den Werbeträger Tageszeitung lautet ja auch: „All business is local!"

Diese lokale bis regionale Einbindung bleibt die wesentliche Voraussetzung einer „Bestandsgarantie" für viele Tageszeitungen. Gerade weil auch die Regionalisierung bis Lokali*sierung elektronischer Medien in's* Haus steht.

Der künftigen publizistischen Konkurrenz kann die Tageszeitung mit einiger Gelassenheit entgegensehen. Aber *bekanntlich leben Zeitungen* nur zu einem geringen Anteil von dem, was ihre Leser bezahlen. Sie finanzieren sich primär durch Anzeigen, durch Werbung. Durch Rubrikenanzeigen, durch Werbung des Handels, durch Werbung großer Markenfirmen.

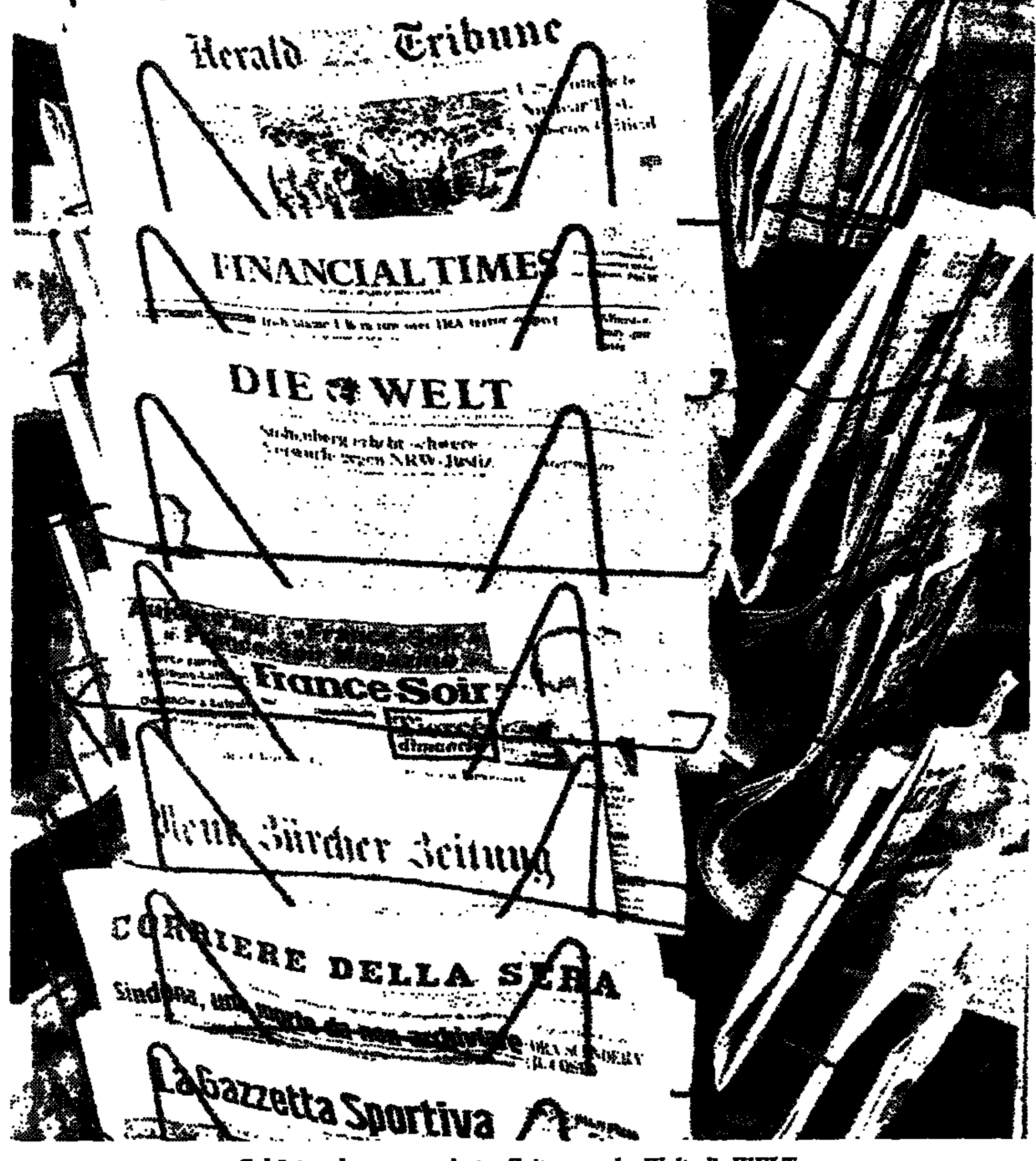
Damit sind Zeitungen extrem konjunkturabhängig, extrem abhängig davon, wie sie im Wettbewerb mit anderen Werbeträgern bestehen können. Strukturelle Veränderungen in der Medienlandschaft, zum Beispiel regionale und lokale Werbung in elektronischen Medien, noch stärkere Abwanderung in die kostenlosen Anzeigenblätter, weiterer *Abfluß von Etat*mitteln in die sogenannte „Verkaufsförderung", bedeuten Risiken.

„Bild" verstehe er, so sagte Axel Springer einmal, als die „gedruckte Antwort auf das Fernsehen". *Das* wurde gelegentlich mißverstanden, so als ginge es darum, eine Zeitung zu machen für die, welche sich über's Fernsehen das Lesen und Denken abgewöhnt hätten. Eine Interpretation, welche „Bild" und dem Fernsehen *Unrecht täte.*

Es war wohl eher so gemeint, daß man in einer mit „elektronischen" Reizen überfluteten Welt Zeitungen anders machen müsse als vorher. Lesenswerte *Zeitungen, die nach Form* und Inhalt „zeitgerecht" sind. Zeitgerecht für die Leserschichten, für die sie geschrieben werden.

Vergleicht man die WELT von heute mit der vor vierzig Jahren, so kann man daraus ablesen, daß sich der *„Zeitgeist"* geändert hat. Und in fünfzehn Jahren wird dies vielleicht, in wiederum vierzig Jahren sicher wieder so sein.

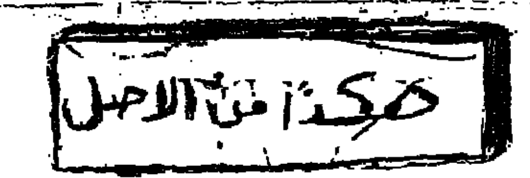
Es gibt wenig Anlaß zu der Vermutung, im Jahre 2000 würde die Zeitung ganz anders aussehen als heute. Vielleicht ein bißchen anders – eben im richtigen Abstand zu ihrer Zeit.



Gehört zu den renommierten Zeitungen der Welt: die WELT.







Zeitung fängt die Zeit ein

Von JOACHIM NEANDER

In den Archivkellern der Fernsehanstalten, wo man (immer noch) fast alles für die Ewigkeit aufzuheben versucht, lagert einem Ondit zufolge an die 150mal die folgende Szene in Bild und Ton: Henry Kissinger, ankommend oder abfliegend auf einer Gangway, verkündet Reportern, die Situation sei schwierig, aber nicht ohne Chancen. 150mal die Zeit im Bild – aber ist das Zeitgeschichte?

Da gibt die Zeitung wesentlich mehr her, ein Bild mit mehr Tiefenschärfe. Vom Leitartikel über die Leserbriefe bis zu den Stellenanzeigen entrollt sich die Zeit nicht nur in Gestalt der Ereignisse, sondern gerade auch darin, wie die Menschen auf sie reagieren, auf sie antworten, in Sprache, Stil und Bewußtsein. An drei Beispielen soll dies über die Zeitspanne von 40 Jahren WELT-Geschichte demonstriert werden. Wer über die Zukunft der Zeitung nachdenkt, wird jenseits von Wirtschaftlichkeits- und Technikproblemen auch diese im Vergleich zu anderen Medien unschätzbare Bedeutung der Zeitung berücksichtigen müssen.

Beispiel Nr. 1: Der Frieden

Als die WELT im April 1946 zum erstenmal erscheint, ist der Waffenlärm des entsetzlichsten aller Kriege erst seit ein paar Monaten verstummt. Man müßte meinen, der Begriff „Frieden" sei in aller Munde, als erleichtertes Aufatmen, ungläubiges Staunen vielleicht auch darüber, daß man davongekommen ist, den ersehnten Frieden noch erlebt.

Doch wer in den alten Zeitungen blättert, der macht die verblüffende Entdeckung, daß das Wort „Frieden" dort fast überhaupt nicht vorkommt. Und wenn, dann wird es keinesfalls auf die Gegenwart bezogen, sondern entweder auf eine ferne Zukunft oder auf eine ebenso ferne Vergangenheit.

Man spricht von einem Friedensvertrag als einem schier unerreichbar scheinenden politischen Fernziel der Deutschen. Man prüft Politikerreden darauf, ob sie ein „wirkliches Streben nach Frieden" verraten. Umgekehrt taucht das Wort „Frieden" in Leserbriefen oder Kleinanzeigen in der Verbindung mit der „friedensmäßigen Qualität" von Waren auf. „Frieden" scheint ein Synonym für „Vorkrieg", für längst vergangene Solidität, Qualität und Sicherheit geworden zu sein.

Zum erstenmal findet man auch Hinweise auf die Frage, wie man Dinge wie Radar, später auch die Atomenergie, friedlich nutzen könne. Doch auch dies ist Zukunft. Nirgendwo, nicht einmal in einer Botschaft des Papstes, wird das Wort „Frieden" als Bezeichnung der Wirklichkeit des Jahres 1946 oder 47 gebraucht.

Mit Schlußfolgerungen muß man vorsichtig sein. Aber die Vermutung liegt nahe, daß die Menschen damals trotz der grausigen Kriegserfahrung unter „Frieden" mehr verstehen wollten als nur das Verstummen der Waffen. Das Trümmer- und Hungerdasein, das Leben unter der totalen Kontrolle und Abhängigkeit von den Siegermächten wird nicht als Frieden empfunden. Frieden als nur in Freiheit und Menschenwürde? Welch eine Kluft wäre das zu jenem „Frieden um jeden Preis", den heutzutage viele ausrufen.

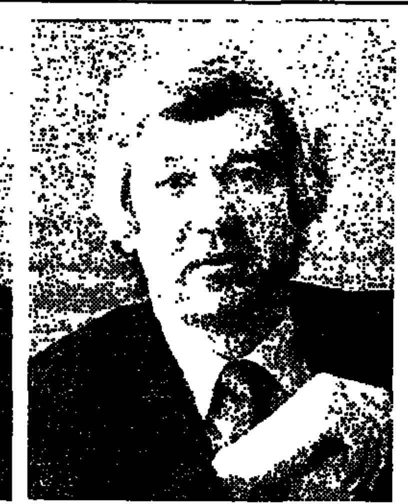
Beispiel Nr. 2: Der Plan

Unverhältnismäßig viele Nachrichtenbeiträge und Kommentare in der WELT der ersten Jahre beschäftigen sich mit der Frage, ob es bei den Alliierten für Deutschland einen Plan gebe und wie der wohl aussehe. Von immer neuen Plänen ist die Rede. Jede neue Verlautbarung des Alliierten Kontrollrats wird ausführlich auf der Titelseite behandelt. Auch das ständige Hin und Her zwischen unterschiedlichen Vor-, Zwischen- und Fernplänen läßt anscheinend keine Skepsis wachwerden. Die Deutschen warten auf „den Plan".



Lesen – Muße voller Dynamik.

Es entwickelt sich eine regelrechte Sprache des Plandenkens. Begriffsneuschöpfungen wie „Lastenausgleich" oder „Normalverbraucher" (was ja keineswegs den Menschen mit „normalen Verbrauchsgewohnheiten" bezeichnete, wie das heute vielen scheinen mag, sondern einen, der über die „normale" Hungerration hinaus weder Anspruch noch Möglichkeit besaß, etwas zu ergattern), aber auch „Brotaufruf", „Zuteilungsperiode" und „Schnapszuteilung" spiegeln das Denken der Menschen: In dieser schier verzweifelten, chaotischen Lage kann uns nur geholfen werden, wenn jemand (der Staat, die Siegermächte) daherkommt und die Sache in die Hand nimmt, planmäßig, ordentlich, konsequent, gerecht. Machbar scheint in dieser ersten Nachkriegsphase, wenn überhaupt, nur das, was der Staat macht.



WELT-Herausgeber: Dr. Herbert Kremp | WELT-Chefredakteur: Peter Gillies | WELT-Chefredakteur: Manfred Schell

Diese teilweise bis ins Groteske gesteigerte Plan- und Organisationsgläubigkeit (die in weiten Bereichen übrigens auch die Siegermächte selbst beherrscht) führt dann zu Wortungetümen wie „Entnazifizierung" oder – als frühe Warnung vor einem Wiederaufleben der NS-Ideen – sogar „Renazifizierung". Nur der Kuriosität halber sei angemerkt, daß damals Leser mit Sinn für Sprache und Ironie das kürzere Wort „entnazen" statt „entnazifizieren" vorschlugen.

Auch hier drängt sich eine beinahe schon wieder aktuelle Vermutung auf. Im Rückblick stellt die deutsche Linke den Wandel des Bewußtseins in den vergangenen 40 Jahren gern als „Verrat" an den nach dem Kriege richtig gezogenen Konsequenzen dar. Die CDU zum Beispiel wird an ihr berühmtes Ahlener Programm aus dem Jahre 1946 und an ihre damaligen Vorstellungen von christlichem Sozialismus erinnert.

Wer die Planversessenheit der damaligen Zeit an Hand der alten Zeitungen studiert, der kommt zu ganz anderen Schlüssen. Nicht etwa nur die sozialistische Idee der Gleichheit war es, die in den ersten Nachkriegsjahren die Faszination eher linker politischer Programme ausmachte, sondern vielmehr noch die Betonung des Planens. Wo ringsum die Wirtschaft in Trümmern lag, konnte doch nur der Staat für Zukunftsplanung und Initiative sorgen, so schien es vielen Menschen.

Zwei Jahre später kam alles ganz anders. Nicht der Staat, die Menschen ergriffen die Initiative. Ein kluger Staat ließ ihnen die nötige Freiheit dafür. Wer parallel dazu in den vergangenen 40 Jahren das mühsame Herumkrebsen der planwirtschaftlichen Gesellschaftssysteme beobachtet hat, wird an der These vom „Verrat" kaum noch Plausibles finden.

Beispiel Nr. 3: Die Wissenschaft

Wie in den Zeitungen der letzten 100 Jahre über Wissenschaft berichtet wurde, das wäre ein eigenes wissenschaftliches Thema. Im Falle der vergangenen 40 Jahre sind hier der Bewußtseins- und Einstellungswandel mit Händen zu greifen. Der Versuch, sich auf diesem Feld die Zeitung in weiteren 40 Jahren vorzustellen, raubt einem fast den Atem.

Erstaunlicherweise tauchen wissenschaftliche Themen, die noch heute das Denken der Menschen (und die Zeitungen) beschäftigen, schon gleich nach dem Krieg auf. In der WELT Nr. 1 am 2. April findet sich ein ausführlicher Beitrag über die Atomspaltung unter wissenschaftlichen Kriterien. Wenig später wird über wissenschaftliche Prognosen berichtet. Ein Offizier der US-Luftwaffe prophezeit, daß es schon in zehn Jahren möglich sein werde, eine Rakete mit Nutzlast zum Mond zu schicken. Eine weitere Vorhersage aus dem medizinischen Bereich: Es werde eines Tages möglich sein, nierengeschädigte Patienten an eine künstliche Niere aus Cellophan als Ersatz anzuschließen. Auch „Denkmaschinen", die tausendmal schneller denken als der Mensch, werde es bald geben. Wie gesagt – im Jahre 1946!



Aber die Überschrift über diese kühnen, der deutschen Realität so unendlich fern scheinenden Prophezeiungen demonstriert, wie wenig konkret die Menschen damals ihre Bedeutung empfanden. Sie lautet: „Wunderliche Wissenschaft . . ." Ganz anders, sozusagen in Hautnähe zur Realität, taucht Wissenschaft dagegen in den Zeitungsspalten von damals in anderen Zusammenhängen auf.

Da schlägt in einem Leserbrief ein amtierender Ernährungsminister in einer der provisorischen deutschen Länderregierungen die Produktion von künstlichem Speisefett vor. Man müsse dazu aus Paraffin synthetische Fettsäure herstellen und sie dann mit Glyzerin „zur Veresterung" bringen. Das klingt für heutige Ohren fast wie die Aufdeckung eines „ungeheuerlichen Lebensmittelgiftskandals" in „Panorama". Die Hungrigen des Jahres 1946 lasen es mit Begeisterung.

Für den aufmerksamen, zeithistorisch interessierten Menschen ist das Blättern in alten Zeitungsbänden unter Umständen viel interessanter als alte Filme oder Fernsehsendungen. Dies wird sich in den nächsten 40 Jahren kaum grundlegend ändern.

Fröstelnd Gast beim Pompe funèbre

Von ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Arbeitsplatz Moskau – wo der Tod des Herrschers so byzantinisch inszeniert werden muß vor dem endgültigen Aus: Die Kathedrale des Heiligen Basilius und das Mausoleum Lenins, italienische Barock-Fassaden und Stalins monumentale Architektur prägen das Gesicht der Metropole, das der Tourist kennenlernt. Korrespondenten dagegen müssen hinter die Mauern des Schweigens gelangen, wenn sie etwas über die Geheimnisse des roten Imperiums erfahren wollen.

Elfter März 1985. In der Nacht war ein wenig Schnee gefallen, hatte die Kuppeln und Türme des Kremls weiß überpudert. Kalt und feucht war es in Moskau an diesem März-Tag, an dem der Tod des 74jährigen sowjetischen Staats- und Parteichefs Konstantin Tschernenko offiziell bekanntgegeben wurde. Die Stadt wirkte grau und düster, schien in *mitleidlose Trauer gehüllt* an diesem Montag. Die Menschen eilten wie immer stumm und vorwärtsstrebend durch die Straßen und über die Boulevards.

Anders als beim Tode Stalins, wo Menschen am Sarg zu Tode getrampelt wurden, anders als bei Breschnew und Chruschtschow, wo das gewaltige Sowjetreich in tiefe Trauer verfiel, wurde der Tod des schwerkranken und kurzatmigen Führers Tschernenko eher gleichgültig hingenommen.

Durch seine lange Krankheit war er ihnen längst entrückt. Auch ein makabrer Fernsehauftritt kurz vorher, vom Politbüro inszeniert, hatte diesen Kremlführer dem Volk nicht mehr präsent machen können. Tschernenko war tot. Schlapp hingen die Fahnen mit *schwarzem Trauerflor* an den öffentlichen Gebäuden.

Der Stadtkern, da wo sonst Moskaus Herz pulst, war bereits seit Mitternacht hermetisch abgeriegelt. Milizionäre und Funktionäre mit roten Armbinden sperrten die Straßen und die Metro-Ausgänge der Innenstadt systematisch ab, eiserne Sperrgitter hielten jeden fern. An diesem Tag lastete eine große Stille über den weiten, leeren Plätzen.

Noch standen meine Umzugskisten unausgepackt in der Wohnung; erst kurz vorher hatte ich meinen Posten in Moskau angetreten. Noch war ich betäubt von allem Neuen, versuchte energisch, alle sich auftürmenden bürokratischen Hindernisse zu überwinden. Und nun wurde ich Zeuge in einem neuen politischen Abschnitt in diesem gewaltigen Sowjetreich.

Ich erlebte, daß das wirtschaftliche Fundament *zwar brüchig wirkt, daß* das System der Machtausübung aber durchaus auf festen Füßen steht. Auch der plötzliche Tod eines Sowjetführers *bedroht hier nicht* die Ordnung, zeigt auch nicht die geringsten Haarrisse einer Lockerung. Als frisch Akkreditierte lernte ich gleich mehrfach die sich so schier unüberwind*lich zeigenden Barrieren* kennen, die die Sowjetbürokratie für den errichtete, der an den Ort des Toten vordringen wollte.

Gorbatschow leistete sich keine Gefühle

Lehrreiche und bittere Erfahrungen gleich zu Beginn, ehe ich ins Gewerkschaftshaus, nur einen Steinwurf vom Kreml entfernt, gelangte, wo die Leiche von Konstantin Tschernenko aufgebahrt war.

Mit dem frischen Elan und der puren Naivität eines Neuankömmlings gelang es irgendwie, alle Sperren und Kontrollen zu überwinden, allein in dieses weiß-grüne, stuckverzierte Adelspalais zu gelangen.

Vorbei an der Schlange der Abgesandten aus dem ganzen Land, vorbei *an den Kadetten* aus den Offiziersschulen, ging ich durch Vorhallen, stieg über Treppen. Eine gewaltige trauernde Menschenschlange wand sich durch das Treppenhaus, über die Etagen. Ich eilte vorbei an ihnen, die roten Läufer verschluckten jeden Tritt, die üppigen Blumengebinde *mit* ihren überdimensionalen Taftschleifen lehnten an den Wänden. Ein Meer von Kränzen aus der ganzen Welt, aus dem ganzen Land. Die Luft in diesem alten Palais war heiß und stickig, der Duft der toten Blumen mischte sich mit dem Schweißgeruch der wartenden Menge.

Im Säulensaal waren die Kronleuchter mit schwarzen Schleiern verhängt, Chopin-Musik klang auf. Und in einer Fülle von Blumen, von roten und weißen Nelken, lag flach ausgestreckt der Leichnam von Konstantin Tschernenko. Sein Gesicht wirkte natürlich, wie bei einem Schlafenden. Ein Hauch von Rosa breitete sich über sein Antlitz. Die Gesichtszüge wirkten im Tode entspannt.

Im Vordergrund, zu seinen Füßen, *wie ein Mosaik gelegt*, die zahlreichen Ehren- und Ordenabzeichen. Neben dem Toten, rechts und links, Wachsoldaten aus der Kreml-Garnison. Sie *hielten in weißbehandschuhten Händen* Sturmgewehre mit aufgepflanztem Bajonett. Sekundenlang spürte ich vor der Bahre die Verlegenheit *dieser Lehre, dieses Systems*, wo der Tod so byzantinisch inszeniert werden muß, vor dem endgültigen „Aus". Ein Offizier berührte meinen *Arm*, gab ein lautloses Kommando. Der nächste Besucher wartete schon. Protokoll bis zur Bahre.

Einen Tag später im Nieselregen *auf der Besuchertribüne auf dem Roten Platz*: Tschernenkos letzte Fahrt. Der Sarg verhüllt in rote und schwarze Tücher auf einer verhangenen Ge*schützlafette, die von einem Schüt*zenpanzer gezogen wurde. Wieder klang Chopins Trauermarsch auf.

Wachsoldaten mit aufgepflanztem Bajonett *begleiteten im Stechschritt* das Gefährt ins Mausoleum an der Kremlmauer, wo alle enden, auch Tschernenko, der glücklose Führer. Präzise wie ein Uhrwerk lief dieser Pompe funèbre ab.

Und dann trat Michail Gorbatschow, der 54jährige neugewählte *Parteichef*, ans Mikrophon. Sofort nach der Todesnachricht war er zum Vorsitzenden der Beerdigungskommission und wenige Stunden später zum neuen Parteichef ernannt worden. Während man als Außenstehender noch verwirrt und traurig ob des Todesfalles war, tönte Gorbatschows Trauerrede fest und bestimmt über den Roten Platz, hallte energisch wider von den Wänden der Kreml-Mauern.

Mit dieser Totenrede setzte er den Anfang seiner Disziplin- und Erneuerungskampagnen, *die fortan das* ganze Land überströmten. Er sprach von „Disziplin" und „Initiative". Er rief: „Wir werden alle fördern, die nicht mit Worten, sondern mit Taten am Aufbau unserer Gesellschaft helfen." – „Wir sind gegen alles, was gegen sozialistische Formen verstößt."

Keine Totenrede klingt so – das war die Antrittsrede eines Machtmenschen, der von der Richtigkeit seines Konzepts überzeugt zu sein scheint.



UNSERE FRAU IN MOSKAU R.-M. BORNGÄSSER

Rose-Marie Borngäßer war, bevor sie 1984 für die WELT nach Moskau ging, sieben Jahre Kultur-Korrespondentin in München.

Dieser neue Führer verschwendete keine Zeit für das Mit-Leiden, leistete sich keine Gefühle, zeigte keine Fähigkeit zur Trauer. Denn hier am Grabe Tschernenkos waren nun die Machtkämpfe endgültig ausgefochten. Mit seinen 54 Jahren war Gorbatschow – das jüngste Mitglied des Politbüros – als Sieger hervorgegangen.

Ein Sowjetführer jenseits der Ära Stalins und des Krieges, kein Produkt der Revolution, sondern des Systems. Er, der Protegé Suslows, Andropows und Kulakows, hatte nach der Macht des Sowjetsterns gegriffen – und gewonnen. Seit diesem Tag dröhnt die Welt wider von diesem Mann, der so entschlossen angetreten ist, das Sowjetreich zu erneuern.

Seit diesem Tag wird die Welt Zeuge eines gigantischen Ringens, dessen Ausgang durchaus ungewiß ist. Vor dem dunklen sowjetischen Hintergrund steht Gorbatschow wie ein strahlender Jungheld. Der Westen erlebte seine Auftrittsdebüts, erlebte das Genfer Gipfeltreffen, sah und sieht nun einen Sowjetpolitiker mit umgänglichen Manieren, an der Seite eine stets lächelnde Frau.

Der Westen erlebt ständig neue politische Vorschläge, grandiose Abrüstungspläne, scharf kalkulierte Konferenz-Diplomatie – und alles in ein gewaltiges Propaganda-Getöse eingetaucht. Als Disziplinierer und Modernisierer des überkommenen Systems will Michail Gorbatschow im internationalen Scheinwerferlicht erscheinen. Doch sichtbar geworden ist bis jetzt nur ein sich schnell drehendes Personenkarussell, ein beschleunigter Generationswechsel.

Ein Jahr Moskau, was bleibt, was ist eine Erinnerung wert? Viele von den Erlebnissen und Begegnungen, die ich hier im Alltag hatte, scheinen wie zugedeckt von den politischen Ereignissen, die Tage, Wochen und Monate hier beherrschen: 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus, XXVII. Parteitag der KPdSU und immer wieder personelle Rochaden, Politiker werden gestürzt, Politiker werden ernannt, neue Namen für das alte System. Das Jahr besetzt und durchdrungen mit der Figur von Michail Gorbatschow.

Hat sich nun etwas seit dem Antritt Gorbatschows im Sowjetalltag geändert? Die Menschen sind ängstlicher geworden. Ihr schmaler Freiheitsgrad ist noch mehr eingeschränkt. Die eingeölte Maschinerie des Gebens und Nehmens ist ins Stocken geraten. Ständige Appelle an Disziplin und Ordnung, dazu das strikte Alkoholverbot, machen das ohnehin schon schwierige Alltagsleben weder fröhlicher noch leichter.

Die Intellektuellen spüren bisher noch keinen Hauch eines frischen Luftzuges. Die Ausländer leben wie immer im „Getto", das dazu dient, die Kontaktfläche mit der russischen Umwelt, dem wirklichen Leben zu verringern und unter Kontrolle zu halten.

Das Spektakel des internationalen Jugendfestivals, das die Straßen Moskaus von allen Nichterwünschten säuberte, war die Apotheose dieses meisterlichen Beherrschens im Vorspiegeln nicht vorhandener Realitäten. Ja, und die Schlangen vor den Läden sind immer noch so lang wie vor einem Jahr.

Wir sind nicht die vom Sonntag

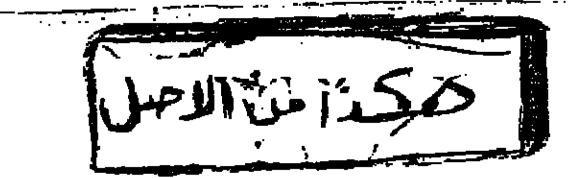
Anrufe, wie sie für den Redaktionsbetrieb beinahe täglich Brot sind: „Sie haben da in Ihrer letzten Wochenendausgabe einen *Artikel über den Immobilien*markt in Spanien. Ich würde da gern Näheres wissen." Man muß den wißbegierigen Leser vertrösten: „Wir stellen fest, wer der Autor ist, und rufen Sie wieder an. Dann können Sie sich vielleicht mit ihm in Verbindung setzen. Erinnern Sie sich eventuell noch daran, auf welcher Seite der Beitrag stand?" Nein, er hat die Zeitung leider im Büro liegen gelassen.

Die Suche geht los. Immobilienmarkt in Spanien. Seite um Seite, eine ganze Wochenendausgabe der *WELT*. Nichts zu finden. Wir rufen also den Leser noch einmal an: „Kann es vielleicht in der ‚Welt am Sonntag' gewesen ein?" Antwort: *„Ja, natürlich, in der Wochenend*ausgabe..."

Und dann muß man dem freundlichen Herrn, genau wie vielen, vie*len anderen, den Unterschied zwi*schen WELT und „Welt am Sonntag" auseinandersetzen.

Es sind sozusagen Schwestern *aus derselben Familie*. Aber jede hat, wie es sich für erwachsene Geschöpfe gehört, ihr eigenes Reich. Die Nr. 1 der „Welt am Sonntag" erschien am 1. August 1948 (Chefredakteur: Bernhard Menne). Damals saßen beide Redaktionen noch in Hamburg. Aber sie waren räumlich und personell voneinander getrennt – bis auf die Sportredaktion. Auch dieser Verbund ist, seit die WELT *1975 nach* Bonn übersiedelte, während die „Welt am Sonntag" weiter in Hamburg residiert, durch eine saubere Trennung abgelöst worden.

Das letzte Bindeglied – wenn man von der Tatsache absieht, daß beide Zeitungen im Axel Springer Verlag erscheinen und selbstverständlich freundschaftlich zusammenarbeiten, wo es nützlich ist – bildet inzwischen ein Anzeigenverbund: Bestimmte Anzeigen erscheinen sowohl *in der* Samstag-Ausgabe der WELT als auch in der „Welt am Sonntag". Nea.





El Salvador. Es gärt. Es brodelt. Es brennt.

Von WERNER THOMAS



Arbeitsplatz Miami – wo auf jeden der zeitweise in Massen hereinströmenden Flüchtlinge aus Kuba (Foto) täglich drei Flüche gegen Fidel Castro kommen: Den Korrespondenten dient Miami als Börse für Nachrichten aus den Ländern Lateinamerikas und als Ausgangspunkt der Recherche-Reisen nach allen heißen Plätzen dieses Krisenkontinents.

Den Palmsonntag des Jahres 1980 kann ich nie vergessen. 11 Uhr, Plaza Barrios, San Salvador. Beisetzung des ermordeten Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero. Der geschlossene silbergraue Sarg steht auf den Treppen der Kathedrale, davor drängen sich 80 000 Menschen. Der mexikanische Kardinal Corripio Ahumada würdigt den toten Prälaten als einen Mann der Gerechtigkeit und des Friedens. Als er das Wort „Paz" (Frieden) erwähnt, explodiert die erste Bombe.

Die Trauerfeier endet mit einem Blutbad. Dumpfe Detonationen, das Stakkato automatischer Gewehre, verzweifelte Schreie, jämmerliches Weinen und flehende Gebete bilden eine infernalische Geräuschkulisse. Die Menge drängt panikartig in die Kirche und trampelt über Sarg, Blumen und Kränze.

Ich zittere zwei Stunden lang in dem hoffnungslos überfüllten Betonbau um mein Leben, zwischen Priestern, Nonnen, Bauern und Marktfrauen. Die Leute fallen reihenweise in Ohnmacht, eine Folge des Sauerstoffmangels. Als der Alptraum endet, liegen 46 Leichen am Eingang der Kathedrale, die meisten dieser Opfer sind erdrückt worden.

Ich bin Korrespondent auf einem Krisenkontinent. Die lateinamerikanische und karibische Region, die einst nur Urlaubergefühle weckte, rückte in das Rampenlicht der Weltpolitik. Es gärt, es brodelt, es brennt. Und das kann nur der Anfang einer turbulenten Epoche sein.

Ich war diesem Erdteil Mitte der sechziger Jahre zum ersten Mal begegnet. Damals schien die Situation noch unter Kontrolle zu sein. Entwicklungsländer, ja, aber keine Katastrophenstaaten. Niemand sprach von dem Pulverfaß der Schulden oder der Kapitalflucht. Mexico City, heute die größte und eine der chaotischsten Metropolen der Welt (18 Millionen Einwohner), zählte damals nur sechs Millionen Menschen.

Man bewunderte die imposanten schneebedeckten Krater Popocatépetl und Ixtaccihuatl, 5452 und 5286 Meter hoch, die in der Zwischenzeit hinter einem dichten Smogvorhang verschwunden sind. Da gab es noch Militärdiktatoren und Familiendynastien. Die Somozas beherrschten Nicaragua, die Duvaliers Haiti. Fidel Castro galt als harmloser, exzentrischer Störenfried. Che Guevara sollte bald in Bolivien sein letztes revolutionäres Abenteuer mit dem Tod bezahlen. Daniel Ortega, der Name sagte nichts.

Nicaragua, Ortegas Drei-Millionen-Nation, spielt eine zentrale Rolle auf dem Krisenkontinent. Lateinamerika muß komplizierte Herausforderungen bewältigen: Die Zeit der Militärdiktaturen geht zu Ende. Fast überall füllen demokratische Regierungen das Machtvakuum. Gleichzeitig wachsen jedoch die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung schaffen. Die Marxisten versuchen, daraus Kapital zu schlagen, auch mit Methoden der Gewalt. Fidel Castro und die sandinistischen Comandantes unterstützen fast jede marxistische Guerrilla-Organisation der Region.

Ich bin tief enttäuscht von den Entwicklungen in Nicaragua. Ich habe den blutigen Bürgerkrieg gegen die Somoza-Herrschaft hautnah miterlebt. Ich konnte im September 1978 beobachten, wie Somozas Nationalgardisten in der Stadt Esteli einen 14jährigen Jungen auf offener Straße niedermähten.

Sie jagten damals die Jugend des Landes wie Freiwild. Ich erzählte später Anastasio Somoza in seinem „Bunker" von meiner Reise nach Esteli, er äußerte Zweifel. Jedes Gespräch mit dem pressefreundlichen Diktator vermittelte den Eindruck, daß er nicht mehr wußte, was geschah, oder es nicht mehr wissen wollte. Es mußte sich etwas ändern.

Euphorie dominierte in Managua in den ersten Wochen nach der Machtübernahme der Sandinisten im Juli 1979, auch ich war gerührt. Man redete sich mit „Hermano" (Bruder) an, und der neue Innenminister Tomas Borge versprach die „humanste Revolution der Geschichte". Nein, Nicaragua werde kein zweites Kuba werden, versicherte der kleine Comandante. Die WELT veröffentlichte das erste Borge-Interview in einer deutschen Zeitung. Bei meinem nächsten Nicaragua-Besuch einige Monate später, in Begleitung des damaligen Bonner Entwicklungshilfeministers Offergeld, besaßen die sandinistischen Soldaten bereits Kalaschnikows. Die Kubanisierung Nicaraguas hatte früh begonnen.

Kein Zufall, daß El Salvador in den folgenden Jahren Schlagzeilen lieferte: Die „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) operierte ab Anfang 1980 mit tatkräftiger Hilfe der erfolgreichen nicaraguanischen Revolutionäre.

El-Salvador-Aufenthalte waren in jener turbulenten Epoche immer emotionale Ereignisse. Ich habe Anfang 1980 die blutige Palmsonntagsmesse durchlitten. Ende 1980, als sechs ermordete Oppositionsführer beigesetzt wurden, entdeckte man ein Massengrab nahe der Provinzstadt Zacat Ecoluca. Ich gehörte zu einer Gruppe fassungsloser Journalisten, die der Bergung von vier Mordopfern beiwohnten.

Es handelte sich um amerikanische Nonnen. Viele Gesprächspartner leben nicht mehr, unter ihnen Erzbischof Romero. Wir unterhielten uns an einem Novemberabend des Jahres 1979 über den bitteren Konflikt. „Ich bin verzweifelt", sagte Romero. Er erweckte den Eindruck eines einfachen, überforderten Mannes.

Wer El Salvador kennt, liebt dieses Land. Majestätische Vulkane, eine üppige tropische Berglandschaft, freundliche, fleißige Menschen, die sich nach dem Frieden sehnen. Viele Journalisten sind wie Hyänen über diese sympathische Nation hergefallen und haben sie als Schlachthaus geschildert. An der Bar des Camino-Real-Hotels handelten die internationalen Pressevertreter Fotos verstümmelter Leichen. Das Honorar richtete sich nach dem Ausmaß der Verstümmelungen. Der Krieg verlief grausam, aber es existierte auch das andere El Salvador, von dem die Welt kaum etwas erfuhr.

Ich war im Februar 1982 zu den Parlamentswahlen im mittelamerikanischen Krisenstaat, als im Süden Lateinamerikas der Konflikt um die Falkland-Inseln entbrannte. Eine weitere Reise zu einem neuen Kriegsschauplatz wurde fällig, ein krasses Kontrastprogramm: Kein ausländischer Korrespondent durfte an die Front, keiner beobachtete das traurige Schicksal der argentinischen Truppen. Man mußte in Buenos Aires bleiben und kam nicht umhin, die angenehme Atmosphäre dieser faszinierenden Weltstadt zu genießen. Es war ein absurder Krieg.

Buenos Aires bringt zwei interessante Gespräche in Erinnerung. 1978 konnte ich kurz vor der Eröffnung der Fußball-Weltmeisterschaft den damaligen Militärdiktator Jorge Rafael Videla im Präsidentenpalast „Casa Rosada" (rosafarbenes Haus) interviewen. Ein scheuer, schüchterner General. Er bestritt energisch Berichte, die Sicherheitskräfte würden Menschen entführen und ermorden: „Reine Erfindungen." Er verbüßt heute eine Gefängnisstrafe. Wenige Tage später traf ich Jorge Luis Borges, den großen alten Mann der lateinamerikanischen Literatur, fast blind, der während eines anregenden Vormittags Gedichte von Goethe und Rilke auf deutsch zitierte.

Der Krisenkontinent entfaltet eine beispiellose kulturelle Vitalität, „El Boom" genannt. Überall floriert die Literatur. Die Konflikte Mittelamerikas sind noch lange nicht gelöst. Mexiko, nach Brasilien die wichtigste Nation des Subkontinents, gerät ins Schleudern.

Chile stehen ungewisse Zeiten bevor. „Meine Mission ist nicht zu Ende", betonte General Augusto Pinochet im November 1983 in einem WELT-Interview, einer der letzten rechten Militärdiktatoren. Heute muß er sich ernsthafter denn je Gedanken machen über das Ende seiner Mission. Die Reagan-Regierung zieht am Teppich unter seinen Füßen.

Manchmal sind Krisen unberechenbar. Seit Sommer vergangenen Jahres verfolgte ich die wachsenden Schwierigkeiten des haitianischen Herrschers Jean-Claude Duvalier. Sein Thron wackelte, das war klar. Aber würde er bald stürzen?

Anfang Februar stand ich vor der Wahl, nach Haiti zu reisen oder auf die Nachbarinsel Kuba zum kommunistischen Parteikongreß.

Freunde in Haiti gaben den Rat: „Geh nach Kuba, Baby Doc wird sich noch einige Wochen halten." Ich ging nach Kuba. Am Morgen des 7. Februar eilten amerikanische Journalisten nervös durch das Habana-Libre-Hotel: „Baby Doc ist gestürzt." Ich habe mich geärgert. Aber man kann nicht bei jeder Krise sein.



UNSER MANN IN MIAMI WERNER THOMAS

Werner Thomas, Jahrgang 1942, berichtet seit 1969 für die WELT über Lateinamerika.



Elfriede hat Durchblick

Also, guck doch mal, richtig nett, dieser Mensch", ruft Elfriede immer, wenn ein Mann der Weltgeschichte auf unserem Fernsehschirm erscheint. Meine Gattin ist nämlich das, was man einen Durchblicker nennt. Sie blickt nicht nur porentief, sondern durch und durch, bis auf den Estrich jeder Persönlichkeit.

Wenn im Fernsehen diese zauberhaften Wagenkolonnen vor Regierungspalästen vorfahren, wenn die Herren bleischwer betonen, sie hätten Fragen gegenseitigen Interesses im Klima höchster Wertschätzung erörtert, dann ruft Elfriede immer: „Alsoguggemal, richtig nett, dieser Mensch!"

Zum Beispiel dieser überaus sympathische Staatspräsident, wieheißtergleichnoch, der da seine Opposition hat vierteilen und rösten lassen, über den wir in unserer Tageszeitung die unglaublichsten Dinge lesen – wenn der abends bei Köpcke vorfährt, dann bricht das Entzücken aus. „Also, was für ein schöner Mensch! Sympathischer Bart, wie charmant, olala", murmelt sie gerührt. „Die können schreiben, was sie wollen, aber wenn man die mal so vis-à-vis von Mensch zu Mensch sieht, also wirklich." Ihre Augen werden feucht.

„Elfriede", mahne ich streng, „das sind doch abgefeimte Schurken! Also der da beispielsweise, der läßt seine Dissidenten in Straflagern zu Tode spritzen. Und der andere da, der läßt die Leute wie die Hasen abknallen, wenn sie Oma besuchen wollen. Der auch, der läßt Panzer auffahren gegen Dichter, die mal ein falsches Gedicht schreiben. Halte dein Entzücken bitte in geziemenden Grenzen", warne ich.

„Friedhelm, das verstehst du nicht", entgegnet sie unwirsch. „Das nennt man weibliche Intuition. Bilder lügen doch nicht! Schon gar nicht die in unserem ausgewogenen Fernsehen. Die vielen Räte und Gremien passen da schon auf." An dieser Stelle verfalle ich stets in Nachdenken. Unsere Zeitung, so muß ich gestehen, verfügt über keine einzige Gremie, noch gar über einen Rat. Sie schreibt einfach so, mir nichts, dir nichts, ohne die hübsche Ausgewogenheit.

Meine Zeitung kommt auch nicht per Wagenkolonne daher wie diese Schurken. Sie ist manchmal genauso ernst wie die muffigen Demokraten, die ihre Gegner zwar nicht rösten, aber so streng die Mundwinkel herunterziehen.

Elfriede dagegen betrachtet das alles rein menschlich, weiblich-intuitiv. Unsere Zeitung mag informativ sein, aber das Fernsehen ist menschlich.

Leider bin ich inzwischen Witwer. Da besuchte uns nämlich kürzlich so ein gutaussehender Herr, flotter Schnauzer, samtweicher Bariton. Und Elfriede rief wie im Fernsehen: „Alsoguggedochmal, was für ein netter Mensch!" Es waren ihre letzten Worte. WILHELM KLOPS

Die Techniker liegen auf Karrierekurs

Von WOLFRAM HATESAUL

Die Auseinandersetzung mit der Frage der Karrieremotivation und sich verändernder Ziele von Führungskräften ist für Unternehmen, Manager oder Personalberater eine *zentrale* Aufgabe. Wer daran interessiert ist, langfristig Managementpotential für sein Unternehmen zu sichern, wer hoch in Fach- und Führungsspezialisten investiert und wer sich um eine Sicherung des qualifizierten Führungsnachwuchses müht, muß wissen, welche Motive und Zielsetzungen Führungskräfte für Karriere und Wechsel besitzen.

Daß diese Motive eng verzahnt sind *mit sich verändern*den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtzusammenhängen, wird jeder bestätigen, der sich über Jahrzehnte mit der Suche und Auswahl von Führungskräften beschäftigt. Dabei läßt sich der viel besprochene Wertewandel exakt im Verhalten und in der Karrieremotivation von wechselwilligen Führungskräften ablesen. So lassen sich deutlich Phasen unterscheiden, die eng verknüpft sind mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland:

Die *wirtschafts*- und sozialpolitische Lage der Nachkriegszeit war geprägt von dem Gedanken an die Sicherung der Grundbedürfnisse, den Aufbau und die Existenzgründung. Folglich wurde jeder gebraucht, der etwas konnte. Jedoch war das entscheidende Motiv bei Führungskräften nicht die Karriere, sondern die Suche nach einer sicheren Existenz, mitbestimmt von einer engen Verbundenheit mit dem betreffenden Unternehmen.

Dies änderte sich grundlegend in der Phase des „Wirtschafswunders“. Die Industrie, charakterisierbar durch ein starkes Wachstum, eine deutliche Diversifikation und das Bestreben, die privaten Konsumwünsche zu befriedigen, entwickelte in der Folge rasch eine ganze Reihe neuer Berufsfelder, zum Teil angelehnt an anglo-amerikanische Vorbilder, die von den Führungskräften zunehmend weitergehende Qualifikationen erforderten.

Insgesamt bedeutete dies eine verstärkte Nachfrage nach Akademikern, dem nur ein unzureichendes Angebot gegenüberstand. Nicht von ungefähr stammen aus dieser Zeit die gesellschaftspolitischen Bestrebungen, Gymnasien und Universitäten für breitere Schichten zu öffnen.

Die wenigen jungen Akademiker hatten die Auswahl unter zahlreichen attraktiven Alternativen und wurden von den Unternehmen extrem umworben. Der Begriff des Personal-Marketing wurde in dieser Zeit geboren. Die sich daraus ergebende Karrieremotivation war gekennzeichnet durch den Wunsch nach schnellem beruflichen Aufstieg, nach deutlicher finanzieller Verbesserung, um an den sich zunehmend bietenden Annehmlichkeiten des Lebens teilhaben zu können.

In der Phase der *wirtschaftlichen* Krise vor und nach dem „Ölschock“ entwickelte sich dann eine nahezu konträre Situation. Der Aufschwung war beendet, der Druck auf die deutsche Industrie aus dem Ausland nahm erheblich zu, die Märkte wurden enger, und eine Reihe bis dahin attraktiver und leicht zu vermarktender Produkte verloren Schritt für Schritt vor allen Dingen ihren internationalen Markt.

Unternehmensschließungen, *Schrumpfung und* teilweise Unternehmensfusionen führten zu einem negativen Trend am Führungskräftemarkt, der nun ausgerechnet auf die durch die Euphorie des Wirtschaftswunders ausgelöste Akademikerschwemme stieß.

Die Folge war ein zunehmend schwieriger Markt, vor allem für den akademischen Nachwuchs, für Führungskräfte ab Ende 40 und eine Reihe von Berufsgruppen *als Opfer eines* wirtschaftlichen Strukturwandels. Gleichzeitig deutete sich jedoch am Personalmarkt eine Tendenz an, die heute als charakteristisch gelten kann. Eine Reihe hochqualifizierter Spezialisten mit Berufserfahrung in Feldern der Wirtschaft, die mit hoher Technologie und Spezial-Know-how weitgehend erfolgreich waren und sind, wurden zu sorgfältig behüteten und am Personalmarkt hoch gehandelten „Perlen“.

Vor diesem sich derzeit bereits deutlich abzeichnenden Hintergrund läßt sich auch ein eindeutiger Wertewandel bei den Führungskräften feststellen: Die steile Karriere als Idealziel und *die Unterordnung* privater und persönlicher Interessen werden von einem Großteil der Führungskräfte nicht mehr primär gesehen.

Vor allen Dingen ist auch im finanziellen Bereich eine gewisse Sättigung eingetreten. Nur erhebliche Gehaltsverbesserungen werden als interessant erlebt, wesentlicher sind Nebenleistungen, die einen Arbeitsplatz attraktiv machen, und vor allem werden zunehmend erhöhte Ansprüche an Inhalte und Qualität einer Aufgabe gestellt. Die interessante Tätigkeit mit *Möglichkeit zur Eigenverantwortung*, Kreativität und Mitgestaltung der Unternehemspolitik sind Gründe, die Führungskräfte zu einem Wechsel veranlassen.

Mit Sicherheit wird in Zukunft die langfristige Sicherung eines qualifizierten Management-Potentials schwieriger werden.

Dies wird vor allem zum Ende dieses Jahrtausends deutlich werden, wenn – bedingt durch den „Pillenknick“ – deutlich weniger *Hochschulabgänger zur* Verfügung stehen. Mit einer weitergehenden Spezialisierung und Technisierung der Wirtschaft *nicht* nur in der Produktion, sondern auch unter dem Stichwort „Bürokommunikation“ in der Verwaltung und im kaufmännischen Bereich, werden die Ansprüche an die akademische Ausbildung zunehmend größer werden.

Die klare Aufforderung an Unternehmen und Personalverantwortliche lautet deshalb: sich dahingehend verstärkt Gedanken machen, wie Unternehmen attraktiv am Personalmarkt dargestellt werden können, und ob *Strukturen und* Arbeitsplätze geeignet sind, die Ansprüche qualifizierter Bewerber langfristig zu erfüllen.



Wolfram Hatesaul, Jahrgang 1942, ist Gründer und Geschäftsführender Gesellschafter der P&M Personal & Management Beratung GmbH, Bonn. P&M gehört zur Spitzengruppe der deutschen Personalberater.

Investiert wird aus dem Sparstrumpf des Bürgers

Von HELMUT GEIGER

Die *deutsche* Volkswirtschaft zeigt sich im Frühjahr 1986 – mit Ausnahme der hohen Arbeitslosenquote – in guter Verfassung: Hohe Investitionen führen zu einem stattlichen Wirtschaftswachstum bei annähernder *Preisstabilität. Ein steigender* privater Verbrauch signalisiert Vertrauen in eine anhaltende positive wirtschaftliche Entwicklung.

Diese gute Ausgangslage *kommt nicht von ungefähr:* Sie ist das Ergebnis der wirtschaftspolitischen Bemühungen der letzten Jahre und der günstigen *weltwirtschaftlichen* Entwicklung, sie ist aber auch nur möglich, *weil zur Finanzierung* der Investitionen der Unternehmen und der öffentlichen Hand ausreichend Kapital zur Verfügung stand.

In der Bundesrepublik Deutschland sind seit den 60er Jahren die privaten Haushalte Träger der *Kapitalbildung.* Zwar sparen auch die übrigen Sekt*oren* der Volkswirtschaft, doch sind die Investitionen von Unternehmen und öffentlicher Hand höher als ihre Ersparnisse, so daß sie per Saldo auf eine ausreichende Kapitalbildung *durch die privaten* Haushalte angewiesen sind.

Die Zahlen über die Vermögensbildung der privaten Haushalte sind beeindruckend: Die Geldvermögensbildung liegt auf dem hohen stabilen Niveau von rund *120 Milliarden Mark jährlich*, wenn man nur den Zeitraum seit 1980 berücksichtigt. Insgesamt verfügen die privaten Haushalte über Geldvermögensbestände von mehr als zwei Billionen Mark. Außerdem steht ihnen Sachvermögen – ohne Grund und Boden – in einer Größenordnung von geschätzten vier Billionen zur Verfügung, bei der man aber die Bewertungsunsicherheiten nicht außer acht lassen darf. Fast jeder zweite Haushalt verfügt über ein eigenes Haus.

Diese Vermögensbestände in privater Hand sind das Ergebnis einer langjährigen *Ersparnisbildung.* Dabei ist die Spartätigkeit der *privaten* Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland traditionell hoch. Die Sparquote – der üblicherweise verwendete Maßstab für die Ersparnis als das Verhältnis von Sparen zu verfügbarem Einkommen – betrug im Durchschnitt der letzten 15 Jahre in der Bundesrepublik *etwa 14 Prozent. Insbesondere* nahmen in dieser Zeit die Ersparnisse der unteren und mittleren Einkommensschichten deutlich zu. Die steigenden Masseneinkommen erlaubten diesem Bevölkerungskreis eine Verdoppelung ihrer Sparquote.

Immer mehr Bürger sparen *bewußt. Sie wissen einerseits,* warum sie sparen, sie wissen aber auch, wie sie sparen müssen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Für den Sparer sind zwei Motive ausschlaggebend. Die Vorsorge für später, ohne daß bereits deutlich sein muß, wofür genau Geld gebraucht wird, und das Sparen für einen bestimmten Zweck, für be*stimmte, fest umrissene* Sparziele.

Für die verschiedenen Sparziele haben die Kreditinstitute passende Angebote entwickelt. Überschaubare Sparformen mit fester Laufzeit für bereits vorbestimmte Sparziele; langfristig nutzbare Anlageformen, die Sicherheit bieten und doch für den Fall des Falles Verfügungsmöglichkeiten einräumen für das vorsorgliche Sparen. Dabei ist *die Zinsempfindlichkeit* der Sparer deutlich gestiegen. Der Wettbewerb hat dafür gesorgt, daß in den letzten Jahren das Angebot an zielgruppengerechten Anlageformen ständig zugenommen hat.

Aus den Änderungen der Angebotspalette und aus den sich wandelnden Anlagegewohnheiten der Sparer sind die fühlbaren Strukturänderungen in der Geldvermögensbildung der letzten Jahre zu erklären: Die „normale“ Spareinlage ist tendenziell auf dem Rückzug.

Im Spareinlagenbereich sind vor allem Sondersparformen mit guter Verzinsung und den Sparzielen der Sparer angepaßten Laufzeiten gefragt. Das von vielen Sparkassen angebotene S-Vermögenssparen kommt dem Bedürfnis vieler Sparer nach einem ausgewogenen Verhältnis von Verfügbarkeit und Rendite entgegen. Die zunehmende *Ersparnis* in Wertpapieren ist einmal Ausdruck für die hohe *Zinsempfindlichkeit*, zum anderen für die gestiegene Sparfähigkeit, auf die eine intensivere Beratungstätigkeit der Kreditinstitute ausgerichtet ist.

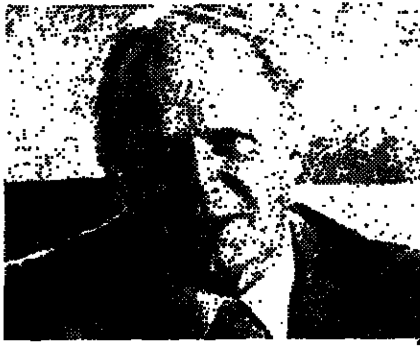
Bemerkenswert ist die konstante Zunahme der Geldanlagen bei Versicherungen, die bereits mehr als jede dritte Mark *der Geldvermögensbildung der* privaten Haushalte auf sich ziehen. Zusammen mit den steigenden Ansprüchen gegen betriebliche Pensionsfonds fließt inzwischen fast jede zweite Mark der privaten Ersparnis an den Kreditinstituten vorbei. Nicht zuletzt diese Entwicklung *hat zu Reaktionen der* Kreditwirtschaft geführt, stärker in ihrer eigenen Angebotspalette auch das Versicherungssparen aufzunehmen.

Einkommen und *Lebensalter*, soziale Stellung, Familienstand *und Ausbildung* entscheiden mit darüber, wieviel und in welcher Form gespart wird. Äußere wirtschaftliche und soziale Bedingungen sowie der Wille und die Einstellung des einzelnen zum Sparen entscheiden somit über die Vermögensbildung jedes Sparers.

Bei dem auch für die Zukunft voraussehbaren großen Kapitalbedarf der deutschen Volkswirtschaft ist es gesamtwirtschaftlich, aber auch sozialpolitisch notwendig, den Anreiz zur Bildung von Sparkapital zu erhalten. Angesichts der zu erwartenden *rückläufigen Bevölkerungs*entwicklung und des wachsenden Anteils älterer Menschen kommt dabei in Zukunft der Vorsorge für das Alter, unterstützt durch entsprechend langfristig angelegte Sparangebote, eine immer stärkere Bedeutung zu.

Hier hat auch die staatliche Vermögensbildungspolitik unverändert ihren hohen Stellenwert, indem sie vor allem junge Menschen und die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen an das langfristige und regelmäßige Sparen heranführt.

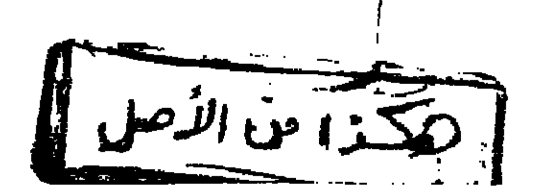
Geldvermögen, Bausparen, Produktivkapital sind für diesen Sparprozeß gleichwertige Anlagealternativen. Wichtig ist es, den Sparer darin zu bestärken, daß sich Sparen lohnt.



Dr. h. c. Helmut Geiger (57) wurde 1972 Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Nach dem Tode von Mildred Scheel übernahm er auch den Vorsitz der Deutschen Krebshilfe.



Jeweils im Dezember veröffentlicht die WELT seit 1970 ihre „Karriere“-Dokumentation. Sie beschreibt Zustand und Tendenzen in Bildung und Fortbildung sowie die Chancen am Arbeitsmarkt – das Karriere-Klima also.



2. April 1986

In aller Bescheidenheit: Deutschlands Nr. 1

Sein Erfolg bei Presse, Publikum und Autotestern ist dem meistgekauften Auto in unserem Lande nicht zu Kopf gestiegen.

Der Golf ist weiterhin bescheiden und natürlich. Er bleibt auf dem Boden der Tatsachen.

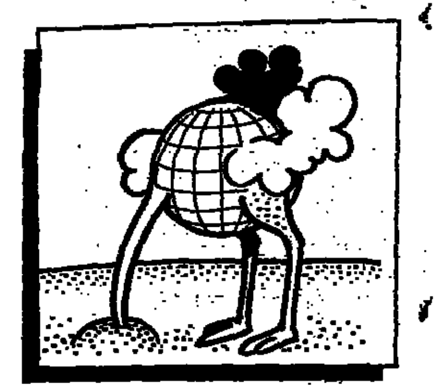
Tatsache ist, daß der Golf ein Fahrwerk hat, das seinesgleichen sucht.

Tatsache ist, daß man seinen Benzinverbrauch mehr als bescheiden nennen kann.

Tatsache ist, daß seine Geräumigkeit neue Maßstäbe gesetzt hat.

Das sind nur drei von vielen Dingen, die dafür verantwortlich sind, daß Golffahren – bei aller Bescheidenheit – unglaublich viel Spaß macht. Die Kunden haben entschieden: Der Golf ist schlichtweg die Nr. 1, der Meistgekaufte seit mehr als 10 Jahren. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Volkswagen –
da weiß man, was man hat.



Scharfrichter im Büßergewand

Von Prof. Dr. ULRICH LOHMAR

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wollten die meisten Siegermächte die neue politische Führungsschicht in Deutschland dazu veranlassen, eine Kollektivschuld des deutschen Volkes für die Verbrechen des Nationalsozialismus anzuerkennen. Einer der ersten, der sich leidenschaftlich und unmißverständlich dagegen wehrte, war Kurt Schumacher, der Gründer und erste Vorsitzende der neuen Sozialdemokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Er wußte aus eigener politischer Verfolgung unter den Nazis, daß es eine Kollektivschuld nicht gibt, sondern nur eine Schuld von einzelnen *Menschen und eine* Verantwortung aller für das politische *Schicksal ihres Landes.*

Seither wiederholt sich dennoch in jedem Jahrzehnt der Anspruch an die Deutschen, sich doch ihrer Kollektivschuld endlich bewußt zu werden und ihre Vergangenheit zu bewältigen. Solche Forderungen kommen nicht nur aus einer Himmelsrichtung, sondern meistens gleich aus mehreren. Sie werden dadurch nicht überzeugender, sondern haben meistens handfeste politische oder ökonomische Antriebskräfte.

Hinzu kommt, daß wir Deutschen zugleich aufgefordert werden, uns in der Welt für alle möglichen mißlichen Entwicklungen mitverantwortlich zu erklären, ob es nun die Apartheid in Südafrika, der Krieg in Nicaragua, die Verhältnisse in Chile sind. Je weiter ein politischer Krisenherd entfernt ist, um so größer wird die Zumutung an uns, auch das Joch der Gegenwart noch weit über unsere Kräfte mit zu tragen.

Was geht hier eigentlich vor? Wie kommt ein Teil der Träger der veröffentlichten Meinung eines mittleren Landes dazu, der jungen Generation ständig eine neue Vergangenheitsbewältigung anzusinnen und alle mit der Forderung zu konfrontieren, sich der Probleme der ganzen Welt anzunehmen? Bei uns zulande ist eine Art „kollektiver Büßerwahn" ausgebrochen, den man endlich einmal beim Namen nennen muß.

*In Wirklichkeit handelt es sich da*bei um nichts anderes als um eine pharisäerhafte Selbstgerechtigkeit der meisten, die solche Ansinnen an uns richten. Von Psychologie haben diese scheinbaren Dauerbüßer ohnehin keine zureichende Vorstellung, *denn sonst wüßten sie, daß durch die* Übertreibung der Bußfertigkeit das genaue Gegenteil bewirkt wird. Und dies hat seinen guten Sinn.

Keine große Kirche auf der Welt erlegt ihren Anhängern die Verpflichtung zur Dauerbuße auf. Niemand kommt vernünftigerweise auf die Idee, einen Menschen für etwas büßen zu lassen, wofür er persönlich nicht einzustehen braucht. Über viele *hundert Jahre hinweg haben die* Menschen bei uns die Idee des Rechtsfriedens entwickelt: Eine Straftat, die verjährt ist, darf dem Täter nicht mehr zugerechnet werden.



Prof. Dr. Ulrich Lohmar (58) ist Politologe und Vorstandsmitglied der Anstalt für Kabelkommunikation (AKK) in Ludwigshafen.

Den christlichen Kirchen verdanken wir die Einsicht, daß über die Reue des Sünders und seine Buße schließlich Vergebung zu erlangen *ist, die einen neuen Anfang möglich* macht. Die kommunistische Sprache und Ideologie hat diesen Gedanken übernommen, indem sie ihre politischen Anhänger, die durch Abweichung von der Parteilinie auffallen, einer Selbstkritik öffnet und sie dann rehabilitiert. Dies ist die gleiche Abfolge wie in dem christlichen Ritual von Sünde, *Reue, Buße und* Vergebung.

Sollten die alten religiösen und neue ideologische Formen des menschlichen Zusammenlebens so wenig durchdacht gewesen sein, daß wir sie angesichts der ständig wiederholten Forderung nach immer erneuter Vergangenheitsbewältigung und Gegenwartsverantwortung über den Haufen werfen müssen? Oder ist es nicht doch so, *daß wir Menschen der* gegenseitigen Toleranz, Rücksicht, auch des Verzeihens und der Gnade bedürfen, um Leben immer wieder neu beginnen zu können?

Bliebe man dabei, daß die Deutschen, die Europäer oder die Weißen für alle schrecklichen Taten der Vergangenheit und alle Unbill der Gegenwart bis in die ferne Zukunft verantwortlich zu zeichnen hätten, dann würde neues Leben durch vergehende Formen von Dasein so sehr belastet werden, daß Ursprüngliches daraus nicht mehr entstehen könnte. Wir würden zurückfallen in die Zeit der Blutrache, des „Auge um Auge, Zahn um Zahn", die Formen der ewigen Feindschaft über die Zeiten und Geschlechter hinweg.

Darin kann der Sinn nicht liegen, den *die Freiheit* eines Christenmenschen mit Martin Luther nach Europa gebracht hat, den *die Aufklärung in* unsere Zivilisation hineintrug, den ein grenzüberschreitendes religiöses und kulturelles Bewußtsein über die Ländergrenzen der Staaten Europas hinweg über Jahrhunderte geprägt hat. Wir sollten deshalb den lauten Aposteln des neuen kollektiven Büßerwahns mit Ruhe und Festigkeit entgegentreten und ihnen sagen, daß sie in diesem Lande und in unserer Zivilisation nichts zu bestellen haben.

In Wirklichkeit handelt es sich um selbsternannte Scharfrichter, die ihre moralische Autorität dadurch zu erringen hoffen, daß sie andere für „schuldig" erklären.

Es ist an der Zeit, daß wir diesem Spuk *auch in unserer veröffentlich*ten Meinung ein verdientes Ende bereiten. Das Beste wäre, diese modernen Scheinheiligen würden eine Sekte gründen und sich dort die eigenen Wunden lecken. Damit wären sie für den Rest des Jahrhunderts vollauf beschäftigt.

„Auch bei Hochwasser und Sturm"

Von DIETER SALZMANN



Kennt jedes Treppenhaus in seinem Bezirk: WELT-Mann Otto Kölpin (65) aus Hamburg-Ottensen.

Sein Arbeitstag beginnt um vier Uhr morgens und endet um 18 Uhr. Seit 20 Jahren *hat er keinen Urlaub mehr* gemacht: Kaufmann Otto Kölpin. Im Hamburger Stadtteil Ottensen – Mottenburg, wie die Einheimischer sagen – besitzt er in der Keplerstraße einen kleinen Zeitungsladen. Natürlich hätte der 65jährige schon lange gern Urlaub gemacht, aber er ist in Ottensen und Teilen von Othmarschen für die Zustellung der WELT verantwortlich. Seit genau 40 Jahren sorgt er dafür, daß bei den rund 400 Abonnenten in seinem acht Quadratkilometer großen Bezirk die WELT spätestens um halb sieben auf dem Frühstückstisch liegt.

„Mir fällt es nicht schwer, um kurz *nach drei Uhr aufzustehen"*, sagt er. Seine Frau Ingeborg denkt anders darüber. Nur am Sonntag können beide „ausschlafen": Die Zustellung der *Sonntagszeitungen* beginnt erst drei Stunden später. Die zwölf Zeitungs*boten kommen morgens* zwischen vier und halb fünf bei Köplin im Laden vorbei, schnappen *sich die Zei*tungen und radeln los.

Um diese *Zeit* tauchen auch die ersten Kunden auf. Frühaufsteher, Hafenarbeiter und Nachtschwärmer. Am Fischmarkt, auf dem sich sonntagsmorgens zwischen *6 Uhr und 10* Uhr Touristen und Einheimische tummeln, endet sein „Verbreitungsgebiet". Auch die Elbchaussee gehört zu Kölpins Bezirk. Bis spätestes halb sieben sind alle Zeitungen verteilt.

„Auch bei Hochwasseer und Sturm", sagt Kölpin *mit spitzem „st"*. Gleich am Elbhang, in Övelgönne holen sich die „Träger", so die Bezeichnung der Branche für die Zeitungsboten, häu*fig nasse Füße*. Aber *Otto Kölpin*, geboren im Hamburger Stadtteil Hamm, *ist stolz darauf, daß keiner seiner* Kunden wegen des Wetters auf die Zeitung verzichten muß.

Dem kleinen Büro hinter dem Zeitungsladen sieht man die Jahre an. Der dunkle Holztisch hat von den schweren Lasten tiefe Schrammen erhalten. Von hier aus dirigiert Otto Kölpin den Vertrieb in seinem Bezirk. Er lehnt sich in seinem komfortablen Chefsessel weit nach hinten zurück. Der gedrungene Mann strotzt vor Energie. Seine Augen wandern unaufhörlich durch den Raum. „Sechs Stunden", antwortet er auf die Frage, wie lange er mit dieser Aufgabe am Tag beschäftigt sei. Die restlichen Stunden steht er hinter dem Ladentisch, verkauft nicht nur Zeitungen und Schreibwaren, sondern hat auch ein kleines Sortiment an Scherzartikeln, wie Zahnpasta mit Senfgeschmack oder Wiener Würstchen aus Plastik.

Wie war das, als die WELT zum erstenmal verkauft wurde? Der 65jährige erinnert sich noch gut an die Zeit. Zweimal wöchentlich wurde die Zeitung, die von den englischen *Besatzungsbehörden* lizensiert worden war, damals gedruckt. 20 Pfennig kostete ein Exemplar, das Wochenabonnement war für 1 Reichsmark 90 zu haben. Die Leute waren ganz versessen darauf, Neuigkeiten zu erfahren.

„Natürlich haben sich die Menschen auch von Anfang an für Politik interessiert. Aber zu überleben war damals das wichtigste. Wo gab es Lebensmittel? Von wem bekam man Dachziegel, und und und. Das waren die Fragen, die sich die Menschen damals stellten." Die Antwort bekamen sie – vielleicht – aus der Zeitung. „An manchen Tagen standen die Leute in einer 150 Meter langen Schlange vor dem Geschäft."

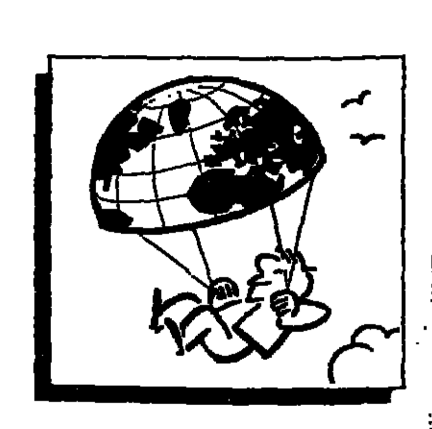
„Geschäft konnte man es eigentlich nicht nennen. Wir hatten einen Tisch im Hausflur aufgestellt", erzählt er. Das Haus in der Keplerstraße war beim vorletzten Bombenangriff auf Hamburg getroffen worden. Nur eine schmale Gasse hatten Anwohner vom Schutt freigeräumt. Aber: „Die Zeitungen wurden zu dieser Zeit schon wieder mit dem Auto gebracht." Die ersten Exemplare einer französischen Zeitung, die einzige, die es unmittelbar nach dem Krieg in Hamburg gab, holte er noch zu Fuß mit einem Koffer in der etwa sechs Kilometer entfernten Innenstadt ab. „Ob die Leute *diese Zeitungen* gekauft haben, um drin zu lesen, weiß *ich nicht.*" Papier *war* wertvoll *und* wurde nicht nur zum Feueranzünden *benutzt.*

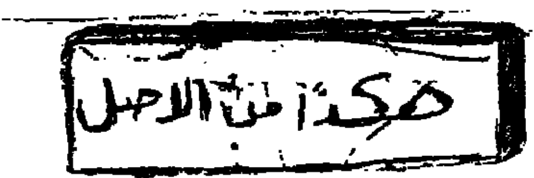
Das Leben normalisierte sich langsam. Die WELT erschien bald schon dreimal in der Woche, schließlich, am 1. Juli 1949, täglich. Die Lieferfahrzeuge mit stinkendem Holzvergaser verschwanden. Neue Autos kamen. Die Art, wie die Zeitung den Abonnenten zugestellt wird, hat sich aber seither nicht verändert. Das ist noch immer Knochenarbeit. Kölpin weiß, wovon er redet. Erscheint ein Bote nicht zur Arbeit, was immer vorkom*men kann, muß Otto Kölpin selber* raus. Im Laufe der Zeit hat er „jedes Treppenhaus" in seinem Bezirk kennengelernt.

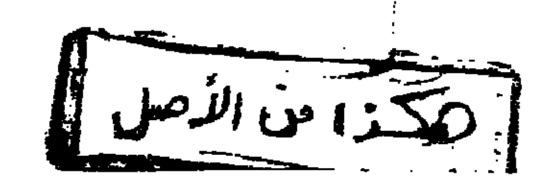
Wenn er nicht hinter dem Ladentisch steht, frönt Otto Kölpin seinem kleinen Hobby. Er ist Fußballfan, schwärmt aber als Hamburger keinesfalls für den HSV. Sein Herz schlägt für Borussia Mönchengladbach. Ein Poster mit den Kickern hängt samt Vereinswimpel in seinem Büro. Und so gönnt er sich in seiner knapp bemessenen Freizeit „so zwei- bis dreimal pro Saison" das Vergnügen, mit ein paar Freunden im Auto zur Borussia zu fahren.

Dieter Salzmann (27) ist WELT-Redakteur in Hamburg.

> *Hartnäckig weiter fließt die Zeit – die Zukunft wird Vergangenheit.*
>
> **Wilhelm Busch**







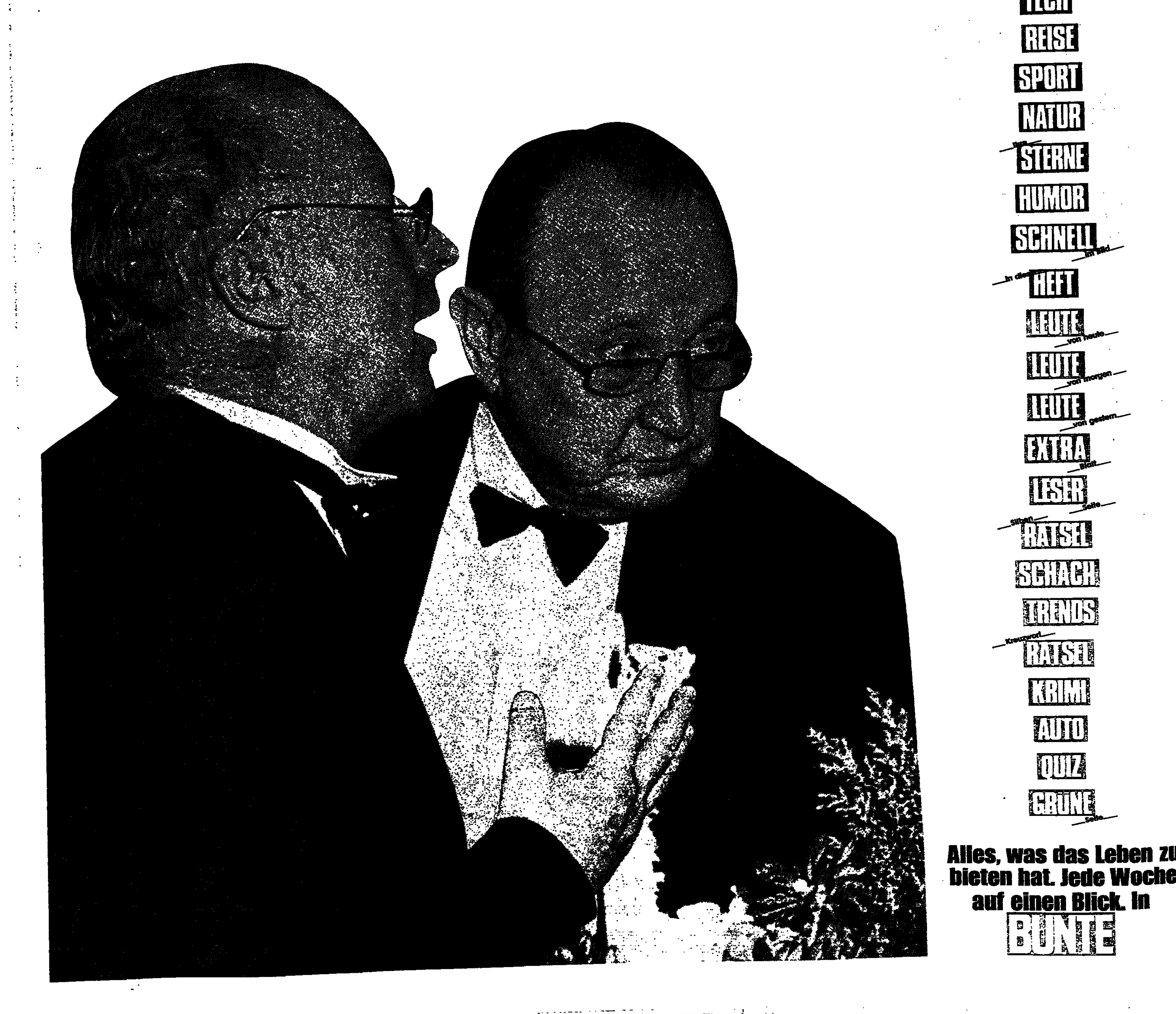
BUCHVERLAGE ULLSTEIN LANGEN MÜLLER. EINE AUSWAHL VON A BIS Z.

DM 7,80	DM 9,80	DM 34,–	DM 34,–	DM 7,80	DM 42,–	DM 42,–	DM 34,–	DM 29,80	DM 48,–	DM 38,–	DM 12,80
DM 28,–	DM 39,80	DM 29,80	DM 19,80	DM 34,–	DM 19,80	DM 36,–	DM 180,–	DM 9,80	DM 188,–	DM 34,–	DM 38,–
DM 32,–	DM 48,–	DM 39,80	DM 29,80	DM 36,–	DM 28,–	DM 34,–	DM 9,80	DM 28,–	DM 9,80	DM 6,80	DM 29,80
DM 32,–	DM 28,–	DM 34,80	DM 24,80	DM 38,–	DM 29,80	DM 39,80	DM 24,–	DM 8,80	DM 34,–	DM 48,–	DM 7,80
DM 38,–	DM 28,–	DM 38,–	DM 39,80	DM 39,80	DM 19,80	DM 42,–	DM 7,80	DM 28,–	DM 9,80	DM 44,–	DM 26,–
DM 22,–	DM 22,–	DM 42,–	DM 34,–	DM 32,–	DM 148,–	DM 12,80	DM 42,–	DM 28,–	DM 38,–	DM 28,–	DM 34,–
DM 36,–	DM 44,–	DM 38,–	DM 49,80	DM 58,–	DM 28,–	DM 29,80	DM 42,–	DM 39,80	DM 20,–	DM 280,–	DM 38,–
DM 39,80	DM 188,–	DM 198,–	DM 258,–	DM 260,–	DM 29,80	DM 28,–	DM 68,–	DM 25,–	DM 7,80	DM 28,–	DM 9,80
DM 34,–	DM 32,–	DM 34,–	DM 32,–	DM 48,–	DM 9,80	DM 34,–	DM 38,–	DM 12,80	DM 32,–	DM 34,–	DM 49,80
DM 25,–	DM 68,–	DM 58,–	DM 38,–	DM 53,–	DM 32,–	DM 32,–	DM 34,–	DM 19,80	DM 34,–	DM 8,80	DM 34,–

Ullstein · Ullstein Taschenbuchverlag · Edition Meyster · Propyläen · Gebr. Mann · Deutscher Verlag für Kunstwissenschaft
Amalthea · Bechtle · Herbig · Langen Müller · Lentz · Limes · Mahnert-Lueg · Mary Hahn · Nymphenburger · Universitas · Wirtschaftverlag

„Jetzt mal ehrlich, Hans-Dietrich, wie findest Du neuerdings die Beiträge in BUNTE?"

„Na, ausgesprochen schnell!"



MEINUNG
GESUND
JOURNAL
PUNKT
TV
WOHNEN
GLÜCK
BRIEFE
MUSIK
GELD
FREI
POLITIK
FARBE
ESSEN
LIEBE
TECH
REISE
SPORT
NATUR
STERNE
HUMOR
SCHNELL
HEFT
LEUTE
LEUTE
LEUTE
EXTRA
LESER
RÄTSEL
SCHACH
TRENDS
RÄTSEL
KRIMI
AUTO
QUIZ
GRÜNE

Alles, was das Leben zu bieten hat. Jede Woche auf einen Blick. In BUNTE

Freiheit ist der Dünger des Wohlstands

Von MARTIN BANGEMANN

Sieger beim Bundeswettbewerb „Jugend forscht" – das löst Bewunderung aus, nicht nur bei den eigenen Eltern. Das Ergebnis der jungen Forscher, ihre manchmal verblüffenden Leistungen, finden unumstrittene Anerkennung. Aber was steht hinter diesen Leistungen? Wie kommt es zu solchen großartigen Erfolgen?

Der Bundeswettbewerb ist etwas Spektakuläres, aber nichts Einmaliges. Unsere Spitzensportler sind ebenfalls der Begeisterung gewiß, und sie sind Vorbild für den Breitensport. Anhaltende Ovationen im erstklassigen Theater honorieren das schauspielerische Können. Die Meisterfeiern im Handwerk, Sieger bei „Jugend musiziert", Ausstellungen großer Künstler, Nobelpreisverleihungen – es sind nur wenige Beispiele einer großen Palette persönlicher Erfolge.

So verschieden sie sind, beruhen sie doch alle auf denselben Voraussetzungen: auf individuellen Ideen, Tatendrang, ungewöhnlicher Anstrengung, Freude und Lust am Experimentieren, auf Wißbegierde und darauf, sich einer Sache ganz zu verschreiben, auch unter Verzicht auf anderes. Ohne Zweifel gehört die Bereitschaft dazu, das persönliche Risiko des Scheiterns zu tragen.

Die Kreativität des einzelnen Menschen gewinnt in unserer Zeit zunehmend an Bedeutung. Es gilt, Neues zu entwickeln, sich an die Spitze des technischen Fortschritts zu setzen, ohne dabei in blinden Fortschrittsglauben zu verfallen. Zukunft ist nicht planbar. Um so mehr kommt es auf Spontaneität und Einfallsreichtum der Menschen an.

Nirgendwo hat der einzelne mehr Freiheiten als in der Marktwirtschaft. Das ist keine Glaubensfrage, denn die Realität hat längst entschieden, wie ein Blick über unsere Grenzen nach Osten zeigt.

Märkte sind schöpferische Institutionen, die immer wieder neue, bessere Problemlösungen hervorbringen und gleichzeitig weniger bewährte zerstören. Treibende Kraft dieses Prozesses der „schöpferischen Zerstörung" (Schumpeter) sind Menschen mit Spürsinn für Neues, mit Risikobereitschaft und Durchsetzungsvermögen. Das verschafft ihnen einen Wettbewerbsvorsprung, der mit höherem Ansehen, Anerkennung und sozialem Aufstieg belohnt wird. Aber andere, die ihnen den wirtschaftlichen Vorteil streitig zu machen versuchen, folgen nach.

Diese Dynamik der Marktwirtschaft wirkt Versuchen entgegen, Erbhöfe zu schaffen. Das System ist offen und durchlässig. Jeder muß sich immer wieder neu bewähren. Feste Eliten haben darin keinen Platz. Nur wer die gefragte Leistung erbringt, wird sich vorn behaupten. Das regt zu kulturellen und wirtschaftlichen Höchstleistungen an. Diese Leistungen kommen der Gesellschaft über kulturelle Vielfalt, bessere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, höheres Wirtschaftswachstum und sicherere Arbeitsplätze insgesamt zugute. Erst sie eröffnen den finanziellen Spielraum für die soziale Sicherung weniger leistungsstarker und bedürftiger Menschen. Denn nach wie vor gilt: Nur was zunächst verdient wird, kann auch verteilt werden.

Dieser Grundsatz ist bei uns in den 70er Jahren nicht ausreichend beachtet worden. Nicht mehr die Vermehrung, sondern die Verteilung des Wohlstandes rückte in den Mittelpunkt. Das Anspruchsdenken nahm zu. Unterschiede wurden stärker betont als Gemeinsamkeiten. Gleichzeitig wurde der verteilbare Kuchen aber immer kleiner. Mehr als eine Million Arbeitsplätze ging verloren.

Wenn eine Gesellschaft vorwiegend Gruppeninteressen belohnt, aber individuelle Leistungen über höhere Steuern und schrumpfende Gewinne bestraft, bleibt das nicht ohne Folgen. Der Anreiz zu mehr Leistungen nimmt ab und entsprechend das *wirtschaftliche Ergebnis. Gleichzeitig wachsen* Institutionen, Ausschüsse und Organisationen; Regelungen, Vorschriften und Vereinbarungen werden dichter. Gefragt ist weniger die Produktion, sondern mehr deren Verteilung und Verwaltung, weniger der Techniker, Ingenieur oder Kaufmann, sondern mehr der Funktionär, der über öffentlichen Trommelwirbel den Anteil am Kuchen für seine Gruppe zu vergrößern sucht. Das können tüchtige Leute sein – eine neue Elite ist es wohl nicht. Und hilft uns deren Tüchtigkeit bei der Problembewältigung der Zukunftsfragen?

Martin Bangemann, Jahrgang 1934, wurde im Juni 1984 Bundeswirtschaftsminister, einen Monat später FDP-Bundesvorsitzender.

Wir müssen aus der Regelungsdichte heraus. Wir müssen dem einzelnen wieder mehr Freiräume verschaffen. Kollektive neigen immer zum Durchschnitt. Leistungen gedeihen nur in einem Klima der intellektuellen Offenheit und gegenseitigen Toleranz.

Ein solches Klima brauchen wir auch für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Mehr Arbeitsplätze können nur bei stärkerer wirtschaftlicher Dynamik entstehen. Wachstum läßt sich nicht, wie sich das die SPD vorstellt, dadurch erreichen, daß der Staat einigen etwas wegnimmt und damit Ausgabenprogramme finanziert. Die notwendige wirtschaftliche Dynamik muß von der privaten Wirtschaft ausgehen. Das funktioniert aber nur, wenn man Bürgern und Unternehmen Perspektiven läßt, ihren Leistungswillen anregt, anstatt ihn einzuengen. Denn das Bedürfnis des Menschen nach Verbesserung seiner individuellen Lebensbedingungen ist die entscheidende Antriebskraft für die Wirtschaft.

Wir befinden uns längst auf dem Weg in eine Innovationsgesellschaft, die ständig Neues hervorbringt und mehr Wahlmöglichkeiten für die Bürger bereithält. Begünstigt wird diese gesellschaftliche Entwicklung durch die neuen Technologien. Sie erweitern nicht nur die Produktpalette, sondern gestatten auch eine verträglichere Gestaltung der Arbeitsbeziehungen unter Berücksichtigung individueller und betrieblicher Bedürfnisse.

Auch in den Betrieben nimmt das Bestreben zu, *Einheitlichkeit durch mehr Vielfalt* zu ersetzen. Viele Menschen sind selbstbewußter geworden und wollen freier, unabhängiger sein. Sie wollen nicht mehr länger durch reglementierende Vorschriften und eine starre Arbeitsmarktordnung bevormundet und in ihren individuellen Entfaltungsmöglichkeiten beengt werden. Den technischen Innovationen müssen daher bald soziale Innovationen folgen, damit die Chancen der neuen Technologien für mehr Individualität und Freiheit auch *wirklich* genutzt werden können. Auch die Tarifparteien müssen sich dieser Aufgabe stellen. Die Verpflichtung dazu leitet sich aus der Tarifautonomie ab.

Jahrelang wurde versucht, überkommene wirtschaftliche Strukturen mit öffentlichen Geldern zu verteidigen. Nicht zuletzt unter dem Druck der internationalen Konkurrenz mußten sie schließlich dennoch fast immer aufgegeben werden. Das traf viele Menschen unvorbereitet. Um in Zukunft darauf besser eingestellt zu sein, müssen die Menschen widerstandsfähiger und offener für die notwendigen Anpassungen werden. Besser als Erhaltungssubventionen für veraltete Industrien sind Mobilitäts- und Anpassungshilfen für den einzelnen.

Der einzelne muß durch eine angepaßte Ausbildung rechtzeitig auf den technischen Wandlungsprozeß reagieren können. Der Staat kann hier nur einen Beitrag leisten. In erster Linie muß die Wirtschaft selbst initiativ werden.

Über die Hälfte der Arbeitslosen besitzt keine ausreichende Qualifikation. Die öffentlichen Mittel für eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung greifen oft erst dann, wenn der Betreffende bereits keine Arbeit mehr hat. Gerade weil die Qualifikationsanforderungen mit der technischen Entwicklung ständig zunehmen, wird die Vorsorge in der beruflichen Weiterbildung unverzichtbar. Es wäre verheerend, wenn sich in der Zukunft verstärken würde, was schon heute beklagt wird: Arbeitskräftemangel trotz Arbeitslosigkeit. Das Augenmerk sollte hier nicht nur auf den Staat gerichtet werden. Phantasie, Ideenreichtum und Kreativität sind vor allem bei Unternehmen und Gewerkschaften gefragt. Dazu gehört auch die Bereitschaft zum Kompromiß.

Als Fazit bleibt: Wir brauchen kreative Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen, nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in den Unternehmen, den Verbänden und den Verwaltungen. Überall gibt es Veränderungen, auf die reagiert werden muß. Innovation tut not. Dafür aber muß die Leistung des einzelnen anerkannt werden. Nur dann bleibt der Ansporn, etwas zu wagen und Leistungen zu erbringen. Das gilt auch für die Jugend. Veranstaltungen wie der Wettbewerb „Jugend forscht" belegen es.

Europa: Keine Addition nationaler Trümmer

Von FRANZ JOSEF STRAUSS

Ist die europäische Geschichte gleichbedeutend mit dem Prozeß der Entstehung der Nationen Europas, wie die Historiker meinen, dann kann dem Europäer zum Vaterland nur der Nationalstaat werden. Alle Bemühungen, den Nationalbegriff zu „entstaatlichen" oder nur auf die sogenannte „Kulturnation" zu beziehen, *laufen unter dieser geschichtlichen* Voraussetzung ins Leere. Denn der politische Sinn der Nation zielt darauf, sich zum Staat zu konstituieren.

Für die meisten europäischen Völker ist die Identifizierung mit Nation und Staat nicht schwierig. Jenseits von Rhein und Kanal etwa stellt sich die zweifelnde Frage nach dem Vaterland überhaupt nicht. Völker, die mit ihrer Nationalhymne niemals Schwierigkeiten hatten, besitzen eine Vergangenheit, die sich liest *wie ein Fortsetzungsroman.* Die französische oder englische Geschichte zum Beispiel strebt in leidlich gerader Linie zur Gegenwart. Da bereitet es wenig Mühe, Epochen abzugrenzen und Kapitelüberschriften zu formulieren.

Bei uns Deutschen aber stimmen Volk, Nation, Nationalstaat und Vaterland nicht mehr ohne weiteres zusammen. Denn als Ergebnis der *deutschen Geschichte* finden wir drei Staaten vor: die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Österreich.

Die deutsche Geschichte besitzt nicht die logische Kontinuität etwa der französischen oder englischen. Im späten Mittelalter beginnt mit der Gründung der Eidgenossenschaft der jahrhundertelange Prozeß der Abspaltung und des Aufstiegs der deutschen Teilstaaten.

Für den bedeutenden Völkerrechtler Samuel Pufendorf war das Reich „monstro simile" (1667), und Hegel formte in seiner Schrift über die Verfassung des Deutschen Reiches (1802) sogar den Begriff „Gedankenstaat" für Deutschland, das „nicht mehr begriffen werden kann und daher nicht mehr ist".

Das sind historische Belege für die „normalisierte staatsrechtliche Anormalität". Sie konnten nur dem Vergleich der Deutschen mit den staatsrechtlichen Zuständen anderer Völker entstammen. Staatsrechtler und Staatsphilosophen bemerkten ein deutsches Defizit an nationalstaatlicher Struktur und Kontinuität, das sie beklagten.

Will man in der deutschen Geschichte der letzten 800 Jahre eine durchgehende Folgerichtigkeit erkennen, dann liegen die Gründung der Eidgenossenschaft, die Unabhängigkeit der Niederlande, der Verlust Elsaß-Lothringens, das Hinausdrängen Österreichs aus dem Reich um der preußischen Vorherrschaft willen und schließlich die Spaltung nach 1945 auf dieser einen Linie. Die zwischenzeitlichen Höhepunkte, etwa zur Bismarck-Zeit, oder auch die durch militärische Siege errungene deutsche Vormachtstellung in Europa zwischen 1939 und 1942 bilden lediglich kurze, fast stete kriegerische Episoden, denen immer tiefere Abstürze folgten, bis im Mai 1945 der Endpunkt der deutschen Geschichte und damit das Ende der deutschen Nation überhaupt gekommen schien.

Sieht man von Österreich und von jenen deutschsprachigen Staaten und Staatsgebieten mit außerdeutscher Nationalität ab, deren einstige Zugehörigkeit zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation heute kein Thema mehr ist, so wird deutsche Politik *und Geschichte gegenwärtig in zwei* deutschen Staaten gemacht.

In der Bundesrepublik Österreich hat sich aufgrund leidvoller Erfahrungen zwischen 1938 und 1945 ein eigenes Staatsbewußtsein herausgebildet. Es gibt heute eine österreichische Nation, die aus freien Stücken ihren Staat trägt.

Es gibt aber auch immer noch die deutsche Nation. Denn die Bürger der DDR werden zwar gewaltsam daran gehindert, ihr gesamtdeutsches Bewußtsein und ihren Willen auszudrücken, aber daß sie mit überwältigender Mehrheit, genau wie wir im Westen, einen freien, gesamtdeutschen Nationalstaat wollen, darüber gibt es keine Zweifel.



Franz Josef Strauß, Jahrgang 1915, regiert seit bald acht Jahren den Freistaat Bayern; seit 25 Jahren steht er der CSU vor.

So wie jedoch die politischen Machtverhältnisse auf dem Territorium des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. 12. 1937 tatsächlich liegen, bleibt dieser Wunsch nach friedlicher Wiederherstellung eines freien Gesamtdeutschlands so lange unerfüllbar, wie die DDR in den Ostblock fest eingebunden ist.

Diese Einsicht darf jedoch unter gar keinen Umständen dazu führen, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in Frage zu stellen, wie es jüngst einige Bundestagsabgeordnete der SPD vorschlugen. Denn die Bundesrepublik Deutschland ist ein unvollendeter Nationalstaat, mit dem sich die Deutschen deshalb identifizieren können, weil und solange er für die Vollendung offen bleibt. Die Vorbehaltsrechte der Alliierten des Zweiten Weltkrieges beziehen sich auf „Deutschland als Ganzes". Damit ist nicht eine unbestimmte und staatlich nicht gefaßte Einheit der Nation gemeint, sondern das Völkerrechtssubjekt Deutschland als Nationalstaat. Es ist daher folgerichtig, daß die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches nur eine deutsche Staatsangehörigkeit kennt, die jedem Deutschen diesseits und jenseits der Elbe zusteht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist fest in die Europäische Gemeinschaft eingebunden. Damit delegiert sie jedoch keineswegs allmählich ihre gesamte Staatlichkeit nach Brüssel, Luxemburg oder Straßburg. Auch in einem geeinten Europa werden Engländer, Franzosen und Deutsche usw. bleiben, was sie waren und sind: Staatsvölker, deren nationalstaatliche Verfaßtheit durch übergreifende europäische Instanzen ausschließlich nach dem Grundsatz der Subsidiarität begrenzt sein darf. Dies bedeutet: Nur solche Aufgaben, die im nationalstaatlichen Raum nicht zu lösen sind, gehören in den Verfügungsbereich der Gemeinschaft.

So wünschenswert eine politische Union Europas auch ist, so darf sie dennoch nicht auf den Trümmern der alten europäischen Nationalstaaten errichtet werden. Denn Europa war niemals ein zentralistisches Imperium, noch wird es jemals eines sein, seine Eigenart besteht vielmehr gerade darin, eine Vielfalt von Nationalstaaten zu sein. Einen Hinweis auf diese „Gesetzlichkeit" der europäischen Geschichte gibt die Tatsache, daß in Europa alle imperialen Bestrebungen gescheitert sind, angefangen beim Stauferkaiser Heinrich VI. bis zu Napoleon und schließlich Hitler.

Die deutsche Einheit und die europäische Integration schließen sich nicht gegenseitig aus – diese Frage sollte ein für allemal als beantwortet gelten.

Das Bewußtsein, daß sie in einem unvollendeten Nationalstaat lebt, ist vor allem in der Jugend wachzuhalten. Denn mit wachsendem Abstand zum Epochejahr 1945 wird sie dazu neigen, die unnatürliche Grenze mitten durch Deutschland für vorgegeben, vielleicht gar unabänderlich zu halten und sich daher ausschließlich als „bundesdeutsch" zu verstehen und zu fühlen.

Wer die deutsche Frage nicht mehr als offen ansieht, der gibt ohne Not für uns unaufgebbare Rechtspositionen auf. Ein rechtsverbindlicher Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf die Wiedervereinigung würde auch 17 Millionen die Hoffnung rauben, jemals wieder in einem freiheitlichen Rechtsstaat zu leben.

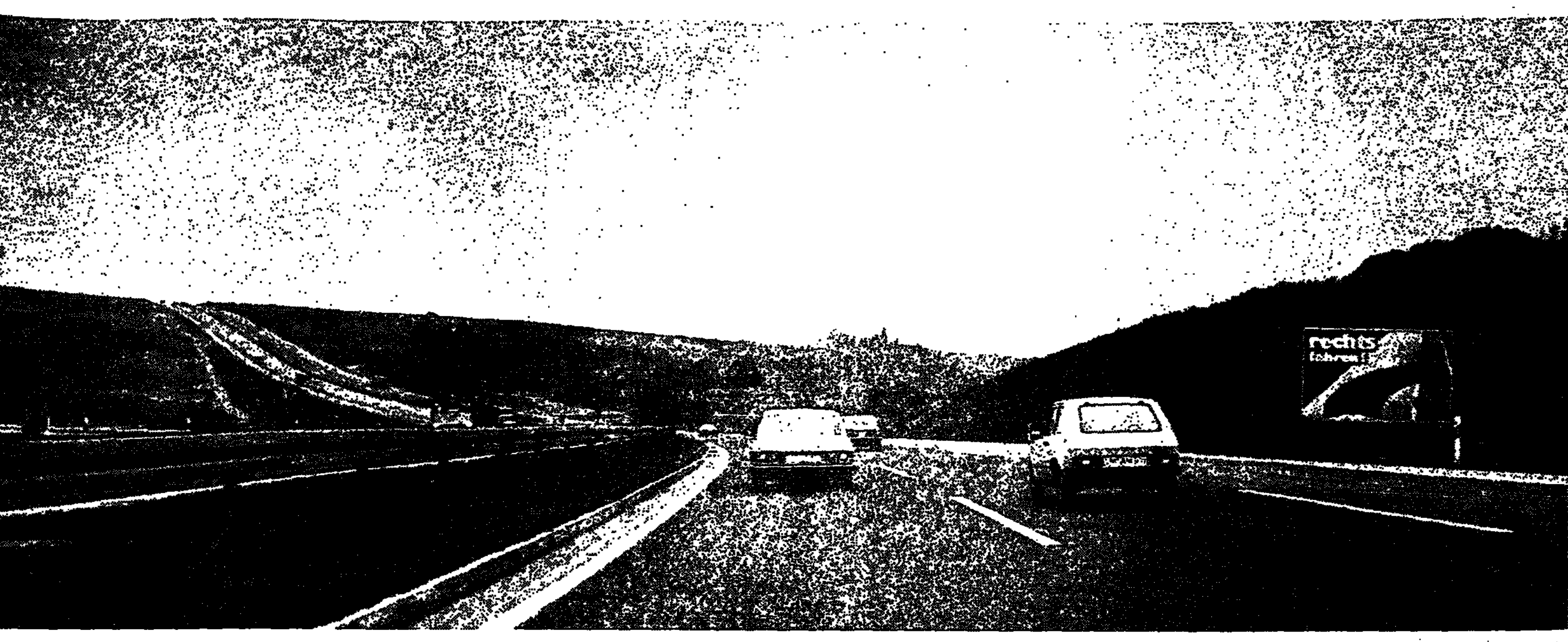
Unser Vaterland heißt daher Deutschland, jenes Land, dessen friedliche und freiheitliche Wiederherstellung wir nicht nur erhoffen, sondern tätig vorzubereiten haben.

So schwierig die Frage nach des Deut*schen Vaterland zu beantworten ist, so ein*fach die nach des Bayern Heimat. In einem Staat, der zu den ältesten Europas zählt und dessen Kultur so vielgestaltig ist wie das Land selbst und seine vier Stämme, die Altbayern, Franken, Schwaben und Sudetendeutschen, fällt es elf Millionen Deutschen leicht, sich heimisch zu fühlen.

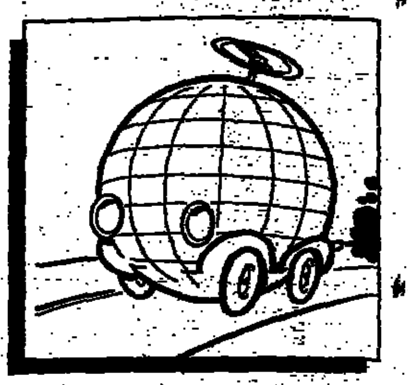
Unsere Heimat Bayern besteht nicht nur aus schöner Landschaft mit zahllosen Kulturdenkmälern und reicher Geschichte, Bayern ist nicht nur ein Land der Gastlichkeit und der Erholung, es ist auch ein moder*nes Industrieland mit leistungsfähiger* Landwirtschaft und lebenskräftigem Mittelstand, ein wirtschaftskräftiges Leistungszentrum, das sich jedem Wettbewerb stellt.

Meine Überzeugung heißt:

- Bayern ist unsere geliebte Heimat,
- die Bundesrepublik Deutschland ist unser demokratischer, freiheitlicher Rechtsstaat,
- ganz Deutschland ist unser Vaterland.



Voraussetzung des wirtschaftlichen Aufstiegs: Seit Kriegsende wurden mehr als 136 Milliarden D-Mark in Straßen und Autobahnen investiert.



Im Straßenbau überholt Intelligenz die Illusionen

Von WERNER DOLLINGER

Im Januar 1986 hat der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung über den weiteren Ausbau der Bundesfernstraßen verabschiedet und sich damit den investitionspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung für die nächsten zehn bis 15 Jahre angeschlossen. Diese Entscheidung, ein Kompromiß zwischen Neu- und Ausbau von Fernstraßen als Mittel zur Bedarfsdeckung von Bevölkerung und Wirtschaft einerseits und der Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Notwendigkeiten andererseits ist das jüngste Glied in einer langen Reihe strukturpolitischer Weichenstellungen, die das heutige Erscheinungsbild unseres Straßennetzes geprägt haben.

Hinter dem Begriff „Straßennetz" verbirgt sich ein flächendeckendes Netz von Straßen verschiedenster Ausprägung und Zweckbestimmung, davon etwa 350 000 km innerhalb unserer Städte und Gemeinden und circa 174 000 km Straßen des überörtlichen Verkehrs. Hierzu zählen insbesondere die Autobahnen (rund 8400 km), die Bundesstraßen (rund 32 000 km) und die Landes- und Kreisstraßen (rund 134 000 km).

Auf unserem Straßennetz wurden im Jahre 1985 rund 370 Milliarden Kilometer gefahren, mehr als ein Viertel davon auf Bundesautobahnen, ein weiteres Viertel auf den Bundesstraßen. Das heißt, durchschnittlich sind täglich über jeden Kilometer Autobahn mehr als 30 000 Kraftfahrzeuge, über jeden Kilometer Bundesstraße fast 8000 Kraftfahrzeuge gefahren. Selbst in unseren Städten fuhren rund 900 Fahrzeuge auf einem Kilometer Straße.

Dieses für Wirtschaft und Bevölkerung unverzichtbare Straßennetz stellt einen heutigen Vermögenswert von circa 475 Milliarden D-Mark dar, davon entfallen allein rund 165 Milliarden Mark auf Bundesfernstraßen. Jährlich müssen etwa 19 Milliarden Mark für Erhaltung, Modernisierung und Neubau dieses Netzes aufgebracht werden, um diesen Qualitätsstandard bei ständig steigender Verkehrsnachfrage zu erhalten.

Von Kriegsende bis heute hat die Bundesrepublik Deutschland mehr als 136 Milliarden Mark in Wiederaufbau, Ausbau und Erhaltung des Bundesfernstraßennetzes investiert. Daß sich diese immensen Leistungen für unsere Volkswirtschaft ausgezahlt haben, zeigt der Rückblick auf die Ausgangslage.

Als im Frühjahr 1945 die Kampfhandlungen auf dem Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland eingestellt wurden, waren die Verkehrswege nachhaltig unterbrochen, die vom Straßennetz abhängige Wirtschaft zunächst lahmgelegt und die Versorgung der Bevölkerung stockte zeitweise. Die ungünstige Wirtschaftslage bis zur Währungsreform 1948 und die ersten Jahre danach ließen zunächst so gut wie keine Initiative im Straßenbau aufkommen. Wohnraumbeschaffung und die Sorge um die Heimatvertriebenen waren vordringlicher, so daß im Straßennetz nur das Nötigste in Angriff genommen werden konnte. Dies hieß damals: Beseitigung von Kriegsschäden in einem Netz, das etwa 25 Prozent des heutigen Autobahnnetzes, etwa 75 Prozent des sonstigen überörtlichen und etwa 60 bis 65 Prozent des innerstädtischen Straßennetzes darstellte und überdies in einem sehr schlechten Zustand war.

Acht bis zehn Jahre nach Kriegsende wurde dann mit einer großen volkswirtschaftlichen Kraftanstrengung der Ausbau der Fernverbindungen in der Bundesrepublik Deutschland in Gang gesetzt. Gleichzeitig forderte die intensive Wohnraum- und Siedlungspolitik der Bundesregierung eine wachsende verkehrliche Erschließung vorhandener und neu entstehender Wohngebiete und Industrieansiedlungen. Diese Aufbauleistung schuf die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung der späten 50er und der 60er Jahre – das „Wirtschaftswunder".

Der 1957 beschlossene Ausbauplan für die Bundesfernstraßen sah bis 1970 den Aus- oder Neubau von über 12 000 km Bundesstraßen vor. Das Autobahnnetz sollte im gleichen Zeitraum von gut 2000 km auf 4000 km erweitert werden, um so ein zusammenhängendes Grundnetz zu schaffen, das den dringendsten Verkehrsanforderungen genügt. Bis 1970 sollte das Autobahnnetz verdoppelt, das Bundesstraßennetz um fast ein Drittel vergrößert werden.

Diese Ziele wurden im wesentlichen erreicht. Zu Beginn der 70er Jahre, das heißt in der Halbzeit der von 1946 bis heute geleisteten Bautätigkeit, war das Straßennetz außerorts einschließlich der Bundesautobahnen auf 131 000 km angewachsen, damit waren fast 95 Prozent des heutigen Netzes fertiggestellt.

Schwerpunkt des Netzausbaus bis 1970 waren vorwiegend die Beseitigung von Mängeln, die unmittelbar auf die Leistungsfähigkeit und die Sicherheit des Netzes zielten; Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit im Güter- und Personenverkehr waren erst in zweiter Linie ausschlaggebend. In Angriff genommen wurden der Neu- und Ausbau von Straßen zur regionalen Entlastung in Ballungsgebieten, zur Entspannung überlasteter und unvollständiger Nord-Süd-Verbindungen und zur Erleichterung der Verkehrsbeziehungen zu und in den Randgebieten der Bundesrepublik bzw. zu den Nachbarstaaten. Nach und nach folgten dieser ersten, dringenden Bedarfsdeckung Maßnahmen wie der Ausbau von Ortsdurchfahrten, der Neubau von Ortsumgehungen und die Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge, also Maßnahmen, die stärkere sicherheitsrelevante bzw. transportökonomische Merkmale trugen.

Die zweite Hälfte der Ausbauphase des Verkehrsnetzes von 1970 bis heute stand ganz im Zeichen der „Bedarfspläne".

Der existenznotwendige Grundbedarf war gedeckt, aber die Zunahme des Straßenverkehrs setzte sich unvermindert fort. Es wurden weitere und höhere Forderungen an Quantität und Qualität des Straßennetzes gestellt: Das Autobahnnetz wuchs um weitere 4000 km auf über 8000 km, das außerörtliche Netz um weitere 7000 km auf 138 000 km, die innerstädtischen Verkehrsnetze sogar um fast 50 000 km auf heute circa 350 000 km. Nicht zu übersehen sind jedoch straßenbaupolitisch mäßigende Elemente: Die Investitionspolitik des Bundes rückte die koordinierte Planung für die Bundesverkehrswege insgesamt in den Vordergrund.

Die 70er Jahre waren geprägt von der Diskussion über die Grenzen des Wachstums. Bereits beim 2. Bedarfsplan von 1976 wurden strengere ökonomische Maßstäbe angelegt. Das reine Längenwachstum wich Zielen wie Reduzierung von Beeinträchtigungen für die Umwelt des Menschen.

Der 3. Bedarfsplan 1980 stand unter der Prämisse Qualität vor Quantität. Allein Maßnahmen, die auf Abbau ständiger Überlastungen, auf einen besseren Anschluß peripherer Gebiete, die Beseitigung unerträglicher Verkehrsverhältnisse in Innenstadtbereichen und auf die Erhöhung der Verkehrssicherheit abzielen, haben noch eine ausreichende Realisierungschance.

Der nun vorliegende 4. Bedarfsplan für die Zeit nach 1985 verstärkt den bereits sichtbar gewordenen Trend der Straßenverkehrspolitik: Die Pläne über den Ausbau der Bundesfernstraßen wurden gegenüber ihren Vorgängern nicht erweitert, sondern reduziert. Bedarfsdeckung und Finanzkraft werden deckungsgleich gestaltet, Illusionen abgebaut.

Erstmals wurden bei der Aufstellung des Bedarfsplans 1986 alle Straßenbauprojekte einer eingehenden ökologischen Risikoanalyse unterzogen. Eineinhalb Jahre lang wurde intensiv mit den Ländern, den Bundesressorts, im Bundesrat, im Bundestag und in den Ausschüssen über die künftigen Straßenbauinvestitionen beraten. Das Ergebnis ist eine breite Zustimmung zu rund 95 Prozent der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Projekte, die insgesamt keine isolierte Straßenplanung darstellen, sondern auf die Schaffung eines leistungsfähigen, sicheren und alle Regionen verbindenden Verkehrssystems abzielen.

In Europa hat die Bundesrepublik Deutschland nicht nur wirtschaftlich, sondern auch von der geographischen Lage her eine besondere Bedeutung als Transitland. Daher müssen unsere Verkehrswege gute Verbindungen zu allen Nachbarstaaten sicherstellen. Die Verkehrspolitik darf sich nicht allein am „Heute" orientieren, sondern muß langfristig für das „Morgen" angelegt sein.

Es ist nicht Ziel der Verkehrspolitik, das Straßennetz so auszubauen, daß jede erdenkliche Verkehrsbelastung bewältigt werden könnte. Dies wäre weder ökologisch noch ökonomisch vertretbar. Deshalb soll das Netz der Bundesautobahnen im Endzustand eine Länge von 10 450 km nicht überschreiten. Neue, zusätzliche Baumaßnahmen sind zwar unumgänglich, werden aber mit Sicherheit zeitweilige Überlastungen etwa in der Ferienreisezeit oder im Berufsverkehr nicht verhindern können, zumal die Prognosen über die Zunahme des Straßenverkehrs bis zum Jahr 2000 deutlich machen, daß die Herausforderungen eher größer werden. Es gilt daher, das vorhandene Netz „intelligenter" zu nutzen. Ich denke hier vor allem an den Einsatz und die Nutzung modernster Elektronik und Verkehrsbeeinflussungstechniken.

Darüber hinaus darf eine auf „Zukunft" ausgelegte Verkehrspolitik keine isolierte, auf Deckung der Nachfrage ausgelegte Straßenbaupolitik betreiben. Vor allem zwei Faktoren zwingen zu einer maßvollen Gestaltung: Zum einen die finanziellen Möglichkeiten. So verschlingt etwa der Finanzbedarf für neue Fernstraßen heute bei einfacher Bauausführung schon sechs bis zehn Millionen Mark pro Kilometer und steigt der Erhaltungsbedarf für das vorhandene Straßennetz stetig an. Zum anderen dient der von der Bundesregierung verfolgte Natur- und Landschaftsschutz der Sicherung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für die Pflanzen- und Tierwelt und damit letztlich auch jedem einzelnen von uns. Diesem Ziel dient auch die intensive Bepflanzung der Böschungen und Nebenflächen an Bundesfernstraßen. Hierfür werden zur Zeit etwa 80 bis 100 Millionen Mark jährlich aufgewendet. Allein in den letzten zehn Jahren sind etwa 70 Millionen Bäume und Sträucher an Bundesfernstraßen gepflanzt worden.

Alles in allem bin ich sicher, daß wir auch in Zukunft über ein gut funktionierendes, leistungsfähiges Straßennetz verfügen werden, das allen Anforderungen, die Bürger und Wirtschaft stellen, gerecht wird. Mit dem Bundesverkehrswegeplan '85 und dem Bundesfernstraßenausbaugesetz sind die Weichen für die Zukunft gestellt.



Von allen Ämtern, die Werner Dollinger (66) bislang innehatte, war ihm das des Postministers mit Abstand am liebsten. Als Kohl ihm 1982 das Verkehrsministerium übertrug, war er insgeheim enttäuscht.

RHEINISCHER MERKUR
Christ und Welt

Bonn, den 31. März 1986

Liebe Leser der Welt,

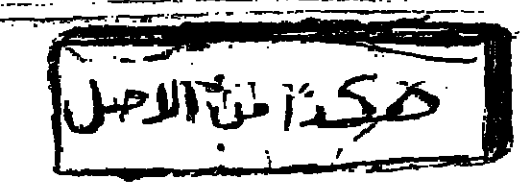
zum 40jährigen Jubiläum Ihrer Zeitung möchte ich Ihnen und der WELT von Herzen gratulieren. Ich tue das umso lieber, als ich selber viele Jahre lang der WELT-Redaktion angehört habe.

Heute fesselt mich eine neue Aufgabe, die des Chefredakteurs der Wochenzeitung Rheinischer Merkur/Christ und Welt. Ich bin sicher, daß Ihnen neben der täglichen Lektüre der renommierten WELT ein Forum wie der "Rheinische Merkur" viel bedeuten könnte. Daher meine Einladung an Sie: Schauen Sie doch einmal in diese Wochenzeitung und überzeugen Sie sich selber, welche wichtige und gewichtige Stimme sie im deutschen Medienwald darstellt.

Auch der Rheinische Merkur hat, gerade vor drei Wochen, sein 40-Jahr-Jubiläum gefeiert, mit ebenfalls einer umfangreichen Beilage. Auch für diese Redaktion bleibt der Auftrag, weiter verantwortlich der Zukunft unserer Demokratie zu dienen. Dabei wären Sie mir, als Leser und Abonnent, ein willkommener Begleiter.

Ihr

Thomas Kielinger
-Chefredakteur-





Lufthansa-Zug, der das Revier an den Frankfurter Airport anbindet.

Doppelt so schnell wie das Auto

Von REINER GOHLKE

Als am 2. April 1946 in Hamburg die Tageszeitung die WELT zum ersten Mal erschien, lagen die Bahnanlagen noch weithin in Trümmern. Fast überall hatten Eisenbahner „vor Ort", meist auf sich selbst gestellt, die Schäden an Gleisen, Stellwerksanlagen, Brükken und Fahrzeugen notdürftig zu beheben versucht, um den Zugverkehr wieder in Gang zu bringen.

Eine genaue Bilanz der Zerstörungen ließ sich kaum ziehen; denn unter den damaligen Verhältnissen war an Statistik nicht zu denken.

Überschlägig wurde später ermittelt, daß 1945 etwa 6200 Kilometer Gleis, 4119 Eisenbahnbrücken und 75 Tunnel nicht mehr befahrbar waren. Insgesamt erlitt die Bundesbahn Kriegsschäden in Höhe von rund acht Milliarden Mark nach dem Preisstand von Anfang der 50er Jahre.

Bis 1945 stand in Deutschland dem industriell entwickelten Westen ein landwirtschaftlich strukturierter Osten gegenüber. Diese Produktionsschwerpunkte bestimmten auch die Verkehrsströme. Dementsprechend hatten sich die Haupteisenbahnlinien in West-Ost-Richtung orientiert.

Berlin bildete als Hauptstadt den Verwaltungs- und Verkehrsmittelpunkt. Zwischen Köln und Königsberg lag etwa die gleiche Entfernung von rund tausend Kilometern wie zwischen Kiel und Karlsruhe.

Die Teilung Deutschlands durch eine Nord-Süd-Linie lenkte auch die Verkehrsströme in eine andere Richtung. Sie verlaufen heute in der Bundesrepublik ebenso wie in der DDR vorwiegend in Nord-Süd-Richtung, während die alten Ost-West-Magistralen entweder unterbrochen oder nicht mehr ausgelastet sind.

Der Straßenverkehr vermochte sich dieser Situation mit dem Bau neuer Autobahnen zumindest in der Bundesrepublik bald anzupassen, der Eisenbahn fehlten dazu die Mittel.

Verlagerung von der Schiene zur Straße

Die weitere Entwicklung wird an wenigen Zahlen deutlich: Das Netz der Bundesautobahnen wuchs von 2000 Kilometer im Jahr 1950 auf mehr als 8000 Kilometer um das Vierfache, das gesamte Straßennetz in der Bundesrepublik von 350 000 auf 490 000 Kilometer.

Gleichzeitig verschlechterte sich zwangsläufig auch die wirtschaftliche Situation der Bahn, neu gebaut wurden – abgesehen von 200 Kilometer S-Bahn-Strecken – nur 21 Kilometer Eisenbahn. Die Leistungsfähigkeit des Streckennetzes konnte lediglich durch Elektrifizierung und vor allem durch signaltechnische Hilfsmittel gesteigert werden.

Die Mittel dafür mußte sich die Bahn in Form von Krediten über den Kapitalmarkt besorgen; damit wuchs im Zusammenhang mit Wiederaufbau, Neuorientierung und Modernisierung eine Zinslast an, die heute drei Milliarden Mark erreicht hat.

Damit und durch zahlreiche weitere Einflüsse wurde einerseits die Position der Schiene geschwächt, andererseits vor allem der private und gewerbliche Verkehr auf der Straße ständig gefördert.

Der Anteil der Bundesbahn am Verkehrsaufkommen ist auf diese Weise ständig zurückgegangen. Er fiel im Güterverkehr von über 60 Prozent vor 40 Jahren auf nur noch die Hälfte 1985, während der Straßengüterfernverkehr im selben Zeitraum seinen Anteil von rund zehn auf 42 Prozent steigern konnte. Im Personenverkehr war der Verlust von Marktanteilen noch stärker.

Die Bundesbahn unternimmt in allen Bereichen große Anstrengungen, ihre Position am Markt zu sichern und, wo irgend möglich, auszubauen. Der Blick in die Zukunft konzentriert sich dabei auf alle Gebiete, auf denen der Schienenverkehr spezifische Vorteile gegenüber anderen Verkehrsträgern bietet.

Schwerpunkte der Zukunftsaktivitäten werden dementsprechend sein: der schnelle Intercity-Verkehr, vergleichbar dazu ein schneller Intercargo-Verkehr für Güter zwischen allen bedeutenden Wirtschaftszentren, die Kooperation mit der Straße im kombinierten Verkehr und innerhalb der Ballungsräume ein leistungsfähiger S-Bahn-Verkehr.

Neue Züge für die neunziger Jahre

Für den Nahverkehr in der Fläche soll überall dort, wo er eine bessere Verkehrsbedienung ermöglicht, der Bus den Nebenbahnzug ablösen. In jüngster Zeit hat der Bund das Engagement für seine Eisenbahn erheblich verstärkt. Besonders deutlich wird dies im Bundesverkehrswegeplan '85, der Investitionen im Bahnbereich – vor allem für neue Strecken – von 35 Milliarden Mark vorsieht.

Dies bedeutet einen weiteren Meilenstein für eine leistungsfähige Bahn kommender Jahrzehnte.

Eindrucksvoll erkennen läßt sich dieser Trend indessen draußen im Gelände, wo zwischen Hannover und Würzburg, sowie zwischen Mannheim und Stuttgart seit einigen Jahren zwei völlig neue, für mindestens 250 Stundenkilometer trassierte Strecken gebaut werden. Auf dem so in künftigen Jahren entstehenden Kernnetz hoher Leistungsfähigkeit beruht auch die viel zitierte Leitlinie der Bahn für den Reiseverkehr der Zukunft: Doppelt so schnell wie das Auto, halb so schnell wie das Flugzeug.

Dafür werden Anfang der 90er Jahre auch völlig neue Züge zur Verfügung stehen. Der vorab zur Erprobung und Demonstration gebaute Intercity-Experimental, kurz ICE, hat bereits Rekorde hinter sich: Auf seiner Vorführungsfahrt am 26. November 1985 erreichte der für 350 Stundenkilometer bemessene Zug im Abschnitt Rheda-Wiedenbrück–Oelde 317 km/h.

Der Zug dient zunächst der Erprobung einer Fülle neuer Entwicklungen. Aus diesem Intercity-Experimental wird schon in absehbarer Zeit eine neue Generation schneller Züge unter der Bezeichnung Intercity-Express, abgekürzt ebenfalls ICE, hervorgehen.

Die erste Serie muß noch in diesem Jahr in Auftrag gegeben werden, um rechtzeitig zur Eröffnung der beiden Neubaustrecken Anfang der neunziger Jahre verfügbar zu sein.

Im Intercity-Verkehr der 90er Jahre werden die Fahrgäste in den ICE wie auch in allen anderen Intercityzügen, die weiterhin aus Lokomotive und Einzelwagen gebildet werden, mehr Komfort antreffen.

Natürlich mißt die Bahn ihrem Fernverkehr große Bedeutung bei, doch will sie den Verkehr in der Fläche keineswegs vernachlässigen. Erst in diesen Tagen konnten – nach Schleswig-Holstein als erstem Bundesland – mit Baden-Württemberg Vereinbarungen getroffen werden, die auf eine Optimierung des regionalen Verkehrs abzielen.

Kooperation von Bus und Bahn

Dabei wird der Bestand zahlreicher Strecken auf Jahre hinaus gesichert, in verkehrsschwachen Verbindungen verstärkt der Bus eingesetzt und dabei das Verkehrsangebot insgesamt durchweg verbessert. Gespräche über eine derartige Kooperation laufen auch mit weiteren Bundesländern.

Das Jahr 1985 war für die Deutsche Bundesbahn als Jubiläumsjahr ein dankbarer Anlaß, sich als Bahn mit einer besseren Zukunft zu präsentieren. 150 Jahre Tradition und Fortschritt wurden genutzt, um die Eisenbahn in ihrer Bedeutung für die Gesellschaft als Verkehrsträger und Partner für Mensch und Wirtschaft darzustellen.

Dabei wurde deutlich, daß die Faszination der Eisenbahn, die ihre Dynamik nie verloren hat, ungebrochen ist.



Reiner Gohlke, Jahrgang 1934, aus Beuthen in Oberschlesien stammend, dirigiert seit Dezember 1981 als Vorstandsvorsitzer die Geschicke der überschuldeten Deutschen Bundesbahn. Gohlke kommt aus der Privatwirtschaft (IBM).

Der Tugendkatalog des Hauses

Von ERNST J. CRAMER

Es war im Spätsommer 1961. Konrad Adenauer hatte die Wahl gewonnen und bereitete sich darauf vor, zum vierten Male Bundeskanzler zu werden; General Lucius D. Clay war gerade als persönlicher Beauftragter des amerikanischen Präsidenten nach Berlin gekommen; das Flugzeug des UN-Generalsekretärs Dag Hammarskjöld war unter mysteriösen Umständen in Rhodesien abgestürzt; in der „DDR" wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Der Verleger Axel Springer hatte sich mit dem Chefredakteur der WELT, Hans Zehrer, in Berlin verabredet, um über die Zukunft zu reden. Die beiden Freunde waren sich schnell einig: Trotz der gewaltsamen, widerrechtlichen Spaltung der alten deutschen Hauptstadt blieb das im Grundgesetz verankerte Gebot der Wiederherstellung der deutschen Einheit auch oberstes publizistisches Ziel der Zeitungen des Verlagshauses Springer. „Wir müssen all unsere Leser Tag für Tag daran erinnern", meinte Zehrer emphatisch.

Da hatte Springer eine Idee: „Vielleicht sollten wir das für all unsere Redaktionen verbindlich, schriftlich festhalten. Ich meine die Wiedervereinigung und eventuell noch eine oder zwei andere Grundhaltungen. Etwa unser Verhältnis zu den Juden und zu Israel; oder unsere Ablehnung der extremen Ideologien, wie Nationalsozialismus und Kommunismus."

Zehrer widersprach: „Selbstverständlichkeiten sollte man nicht als Regeln festklopfen, noch nicht einmal niederschreiben." Dabei blieb es zunächst.

Erst sechs Jahre später, als ein großer Teil der Studenten zusammen mit der Außerparlamentarischen Opposition (Apo) die junge deutsche Demokratie und ihre Grundrechte in Frage stellte, ja gewaltsam aus den Angeln heben wollte, kam Springer auf seine früheren Gedanken zurück.

Im Oktober 1967 verkündete er die vier Grundsätze für sein Verlagshaus. Den drei schon erwähnten fügte er „die Unterstützung der freien, sozialen Marktwirtschaft" an.

Sind derartige Fixierungen von publizistischer Haltung in Statuten und Redakteursverträgen an und für sich schon ungewöhnlich, so ist es ganz besonders diejenige, die sich auf Juden und Israel bezieht. Aber weil während der Studentenunruhen der späten sechziger Jahre alle Selbstverständlichkeiten neu zur Debatte gestellt wurden, wollte Springer sie festschreiben.

Andererseits hatte Zehrer bestimmt recht, als er meinte, nach Hitler gehörten Bemühungen um die Wiederherstellung von Verständnis zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland und die Unterstützung der Lebensrechte des jungen Staates Israel besonders für Zeitschriften und Zeitungen zu Selbstverständlichkeiten. Das galt für die WELT vom ersten Tage an.

Ernst J. Cramer (73) ist heute Aufsichtsratsmitglied der Axel Springer Verlag AG.

Diese Zeitung hatte es zunächst als eine ihrer wichtigsten Aufgaben angesehen, ihre Leser über das Ausmaß des im deutschen Namen verübten Unrechts, über die Unvorstellbarkeit der Greuel zu unterrichten. Die WELT hatte auch die Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 mit ausführlichen Berichten und verständnisvollen Kommentaren begleitet.

Ein noch stärkeres Engagement war nicht möglich, weil die Briten, die damals als Besatzungsmacht die politische Linie des Blattes bestimmten, in dem arabisch-israelischen Konflikt unbedingt neutral bleiben wollten. Dennoch tat Rudolf Küstermeier, der damalige Chefredakteur, sein möglichstes.

Der Berichterstattung über den Überfall der arabischen Heere auf den jüdischen Staat wurde für damalige Verhältnisse ungewöhnlich viel Platz eingeräumt. Da es wohl unmöglich war, in eigenen Leitartikeln ein Bekenntnis zu Israel abzugeben, wurden wiederholt und gezielt Stimmen anderer, Kommentare aus europäischen und amerikanischen Blättern gebracht. Drei Jahre später gehörte die WELT zur Phalanx der Zeitungen, die dazu aufriefen, ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen dem deutschen und dem israelischen Volk anzustreben. Diesmal griff Küstermeier mit einem Namensartikel zur Feder. Er unterstützte darin die von dem Hamburger Senatsdirektor Erich Lüth im Berliner „Telegraf" und in der in München erscheinenden „Neuen Zeitung" angeregte Aktion „Friede mit Israel". Der Anfang zu einem Näherkommen „nach der Heimsuchung" müsse von deutscher Seite kommen, hatte Lüth geschrieben.

Küstermeier führte dazu in der WELT aus: „Israel ist der erste staatliche Repräsentant des Volkes, gegen das Hitler im Namen des deutschen Volkes den Krieg begonnen hat, lange bevor der Zweite Weltkrieg begann. Dieser Krieg ... wurde mit brutalsten Mitteln gegen Wehrlose geführt ... Es wurde nicht gekämpft, sondern gemordet."

An anderer Stelle heißt es: „Daß das deutsche Volk trotz eigener Not für die Lasten Israels nach Kräften einspringt, sollte eine Selbstverständlichkeit sein." Und zum Schluß: „Laßt uns deutlich machen, daß wir nach soviel unmenschlichster Unmenschlichkeit menschlich sein wollen, das heißt rechtlich und rechtschaffen, verständnisvoll, hilfsbereit und gütig."

Diese Linie des Blattes wurde unverändert weitergeführt, nachdem es im Jahre 1953 zum Axel Springer Verlag gekommen war. Zehrer selbst bemühte sich neben seinen Artikeln um eine Art persönlicher Wiedergutmachung: Er wollte möglichst viele talentierte jüdische Mitarbeiter gewinnen. Als sein journalistischer Ziehvater, der frühere stellvertretende Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", Julius Elbau, 1965 in New York starb, schrieb Zehrer in ergreifender Verehrung von diesem „deutschen Juden, der seiner Heimat und ihrem geistigen Erbe tief verhaftet war und der sich von ihm auch im fremden Land nicht lösen konnte".

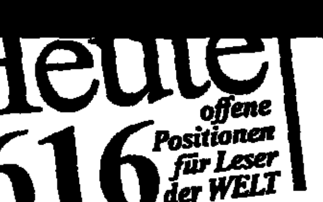
Später war es Axel Springer selbst, der in der WELT die Maßstäbe setzte: „Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden – *das* ist keine Aufgabe, die mit korrekten diplomatischen Beziehungen zu Israel allein zu lösen ist. Das ist kein Werk, das durch staatsmännisch gemeinte Neutralität und eine taktische Abstinenz der kühlen Köpfe und der kühlen Herzen gelingen kann.

Bei allem Respekt vor der Notwendigkeit guter Beziehungen zu allen Völkern, im Fall Israels muß das deutsche Engagement klarer sein. Auch Jahrzehnte nach der Schließung von Auschwitz sind die deutschen Beziehungen zu dem Lande der Juden keine ‚normalen', sondern in jedem Falle ‚besondere'.

Die Älteren, die alle in die Ereignisse von gestern verstrickt sind, konnten beim Brückenschlag nur einen Anfang machen. Es wäre ein verhängnisvolles Mißverständnis, wenn sie diese Aufgabe von nun an tatenlos, schweigend oder gar augenzwinkernd ihren Kindern und Enkeln überließen. Sie müssen wissen und spüren lassen, daß nichts lau und nichts flau in uns ist, wenn wir uns zum Volk der Juden und ihrem Staat bekennen."

Rudolf Küstermeier, Hans Zehrer und Axel Springer sind tot. Aber ihre Worte und Gedanken sind nach wie vor Richtlinien für diese Zeitung und werden es auch morgen sein.

Leihhäuser: Pelze und Perlen rollen in der Reisezeit / Seite 3



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

heute 11 Seiten Immobilien-Markt • Kapitalien

Samstag/Sonntag, 17./18. November 1973 - D

Nr. 270/46.W. - Preis 80 Pf - 1 H 7109 A

Tempo 100 und Sonntagsfahrverbot ab 25. November / Panikkäufe bei Heizöl

Schwerpunkte der Krise

- Schon in einer Woche gilt in der Bundesrepublik ein Sonntagsfahrverbot.
- Die Geschwindigkeit auf Autobahnen wird vom 26. November an auf 100, auf Landstraßen auf 80 Stundenkilometer beschränkt.
- Verstöße gegen das Fahrverbot können mit Geldstrafen zwischen 500 und 50 000 Mark belegt werden.
- Tankstellen erhalten 25 Prozent weniger Benzin als bisher. Sie geben in vielen Fällen, höchstens 25 Liter, oft auch nur 10 Liter ab.
- Bei privaten Heizölverbrauchern sind Zeichen von Panik zu erkennen. Sie akzeptieren nahezu jeden Preis.
- *Bewohner von Etagenwohnungen* müssen sich bei stark steigenden Heizungskosten mit einer fühlbaren Drosselung der Zimmertemperatur abfinden.
- Wirtschaftszweige, *die vom Automobil* abhängig sind, befürchten starke Einbußen: Das Kraftfahrzeughandwerk, die Zulieferindustrien, aber auch das Gaststättengewerbe.
- Internationale Fluggesellschaften schränken ihre Linienflüge ein.

Langsamer, kälter, teurer

Sieben Wochen nach der ersten Drohung der arabischen *Erdölländer, Europa mit einem Ölboykott* zu überziehen, und drei Wochen nach der Verhängung des Sonntagsfahrverbots in den Niederlanden hat nun auch *die Bundesregierung einschneidende Maßnahmen* zur Energieeinsparung beschlossen. Bundeskanzler Brandt, der die Beschlüsse der Regierung am Freitag auf einer Pressekonferenz bekanntgab, deutete an, daß ein Ende der Erdölknappheit nicht *abzusehen sei.*

Von unserem Korrespondenten

—ves. Bonn, 16. November

Das Verbot, Privatfahrten mit Personenkraftwagen zu unternehmen, wird zunächst für den 25. November und die drei folgenden Sonntage im Dezember, also nicht für den vierten Advent, Weihnachten und Neujahr verordnet. Über eine entsprechende Verordnung auf der Basis des Energiesicherungsgesetzes wird jedoch im einzelnen erst am *Montag beraten und entschieden.* Nach Zustimmung des Bundeskabinetts im *sogenannten Umlaufverfahren könnte* die Verordnung schon am Dienstag *verkündet werden. Das Fahrverbot soll* zunächst nur für Sonntage gelten.

Die Ausgabe von Bezugscheinen für Benzin ist von der Bundesregierung nicht vorgesehen, *jedenfalls noch nicht* für Anfang 1974, wie Bundeskanzler Willy Brandt am *Freitag vor der Presse* versicherte. Bezugscheine sind nach *dem Bonner Krisenplan nur das* „letzte Mittel" für eine Phase, die nach Ansicht der Experten *nicht* zu befürchten ist.

Gleichzeitig mit dem Verbot von Privatfahrten an Sonntagen wird auch mit einer generellen Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit *(100 km/h auf* Autobahnen, 80 km/h auf den übrigen Straßen) gerechnet.

Die Frage, ob auch der Berlin-Verkehr vom Sonntagsfahrverbot betroffen werde, beantwortete Brandt ausweichend mit der Bemerkung, daß es falsch wäre, jetzt schon auf Einzelheiten der Verordnung einzugehen. Über diese Frage — und den innerdeutschen Reiseverkehr — wird erst am *Montag mit* Vertretern des Berliner Senats und des Ministeriums *für innerdeutsche Beziehungen* beraten.

Das Sonntagsfahrverbot gilt nicht für Fahrten mit Personenkraftwagen, die aus beruflichen Gründen *notwendig* sind. Die Notwendigkeit muß aus einer Bescheinigung des Arbeitgebers, *bei* Selbständigen auf andere geeignete *Weise glaubhaft hervorgehen. Behörd*liche Ausnahmegenehmigungen wären *erst erforderlich, wenn nach einer Zu*spitzung der Versorgungsschwierigkei*ten auch* der Berufsverkehr eingeschränkt werden müßte. Zunächst werde also nur ein Verbot für Privatfahrten erlassen, wie angesichts der Flut von Eingaben in Bonn noch einmal klargestellt wurde.

● Fortsetzung Seite 2

Ölpreise klettern alle drei Tage

DW. Hamburg, 16. November

Bei der Heizölversorgung spielt, wie *übereinstimmend* aus allen Bundesländern berichtet wurde, „die Kundschaft verrückt". Die Telefone der Öllieferfirmen stehen nicht still. In Hamburg bestehen Lieferfristen bis zu 14 Tagen, in Recklinghausen sagte ein Brennstoffhändler: „Die Leute sind wie von einer Psychose befallen und bestellen alle zehn Tage 100 Liter, nur um *stets einen vollen Tank zu haben."* In Bonn hieß es: „Wir nehmen jede Bestel*lung unter der Voraussetzung an, daß* der Preis erst bei Lieferung festgesetzt wird", und auch bei einer Firma in Südhessen wird jeweils nur zum Tagespreis bei Lieferung abgerechnet.

Die Heizölpreise aber klettern, wie dieser *Händler* sagte, „praktisch alle drei Tage". Am Freitag betrugen sie dort für Großabnehmer (ab 20 000 Liter) 33,50 Mark je 100 Liter, bei Kleinabnehmern (bis 200 Liter) weit über 60 Mark. Vor einem Jahr kosteten bei dieser Firma 1000 Liter Heizöl noch 15,70 Mark, jetzt müssen dafür 37,80 Mark bezahlt werden.

An vielen Tankstellen in der Bundesrepublik war zumindest der Stammkunde „in dieser Woche noch König". Die „Laufkundschaft" mußte sich häufig mit Füllungen zwischen zehn und 25 Litern zufriedengeben.

Bahn: Keine Durststrecke

Bonn (ASD) — Bundesbahn und Bundespost verfügen zur Zeit noch über genügend Dieselkraftstoff. Wie am *Freitag ein Sprecher* des Bundespostministeriums in Bonn erklärte, ist die Versorgung für die rund 76 000 Postfahrzeuge vorerst gesichert.

Ein Sprecher der Deutschen Bundesbahn in Frankfurt meinte, die 7300 Kraftfahrzeuge der Bundesbahn — davon 2300 Linienbusse und rund 4000 Diesellokomotiven — hätten mit einer „Durststrecke" nicht zu rechnen.

An diesem Sonntag werden Tausende *von Tankstellen zum ersten Mal* geschlossen haben. Wer seine Sonntagszeitungen bisher regelmäßig an Tankstellen kaufte, sollte auf benachbarte Angebotsstellen wie Kioske, Trinkhallen oder Bahnhofsbuchhandlungen ausweichen.

Späterer Unterrichtsbeginn

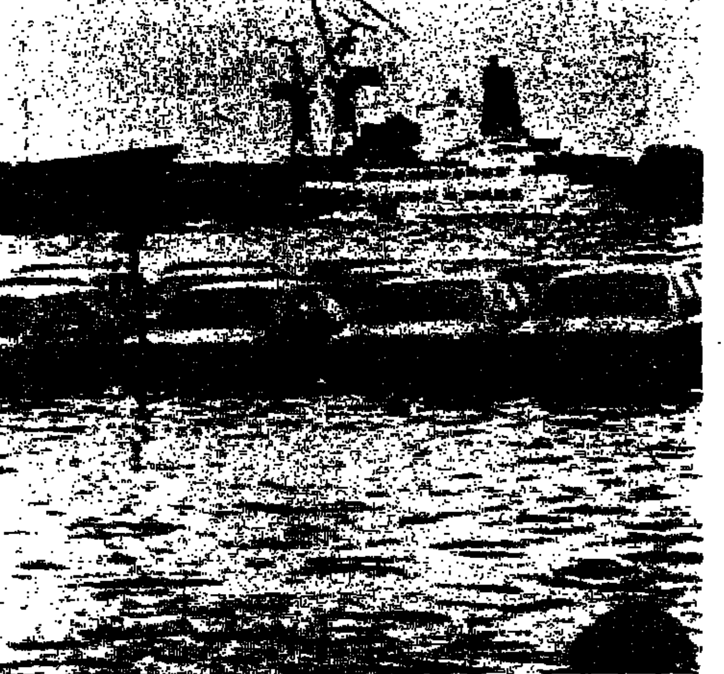
Hamburg (ASD) — *Die Hamburger* Verkehrsbetriebe wollen die Schulen ersuchen, *den Unterrichtsbeginn eine* Stunde später anzusetzen. Sie wollen *Firmen und Behörden bitten, eine sinn*volle Arbeitszeitstraffung vorzunehmen, *um eine gleichmäßige Auslastung* zu den Spitzenzeiten der Werktage zu *erreichen.*

Sportbetrieb am Freitag

Hamburg (dpa) — Durch das Sonntagsfahrverbot wird der Sportbetrieb in der Bundesrepublik zunächst nur wenig beeinträchtigt, da die wichtigsten Sportveranstaltungen vom Sonntag auf Freitag und Samstag angesetzt werden können, daß Zuschauer und Akteure die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen können.

■ Fortsetzung Seite 2

Sturmflut im Norden: Autos unter Wasser



Die zweite große Herbststurmflut innerhalb einer Woche überspülte gestern an der deutschen Nordseeküste Straßen, Plätze und Wiesen. An den Pegeln der *Unterelbe stieg das Wasser auf den seit* sechs Jahren höchsten Stand. Im schleswig-holsteinischen Wedel wurden 3,40 Meter über dem mittleren Hoch*wasser gemessen. Doch anders als bei* der Flutkatastrophe von 1962 hielten die *Deiche. Größere Schäden blieben aus.* In Hamburg setzte die Flutwelle Kais *und Straßen unter Wasser (unser Bild).* In den für England bestimmten Exportwagen stieg das Wasser bis zum Fenster. Foto: Conti-Press

Folgen für die Etagenwohnung

Von unserem Korrespondenten

gil. Bonn, 16. November

Die Mehrzahl der deutschen Mieter *muß mit einer* Verdoppelung der Heizkosten in diesem Winter rechnen. Gleichzeitig vereinbarten die Verbände der Mieter und Hausbesitzer in einem Spitzengespräch am Freitag in Hamburg, die Heiztemperaturen zu drosseln. Die meisten Gebührenbescheide dürften die Mieter erst im Januar erreichen.

Paul Nevermann, Präsident des Deutschen Mieterbundes, und Theodor Paul, Präsident des *Zentralverbandes* der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, appellierten in Hamburg an die Mieter und Vermieter, die Heizungsanlagen wirtschaftlicher und vernünftiger zu betreiben und ersuchen die Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, durch eine Aussetzung der Heizölsteuer zur Preisdämpfung der Heizölpreise beizutragen. Es ist daran gedacht, die Temperaturen — heute zwischen 21 und 24 Grad — auf die durch frühere Gerichtsurteile geforderte Mindesttemperatur von 20 Grad herabzusetzen.

„Wer im April oder Mai die Heizko*stenabrechnung* bekommt, wird *sich* wundern", meinte Helmut Tepper, Chef *des Gesamtverbandes der gemeinnützigen* Wohnungsunternehmen, die rund *2,2 Millionen Sozialwohnungen* verwalten. Die mit jeder Miete erhobenen Vorauszahlungen *für die Heizung* reichten „mit Sicherheit" nicht aus, um die explodierenden Heizölpreise zu decken. Die Wohngesellschaften würden die Mieter durch Briefe „vorwarnen", damit Unternehmen und Mieter zum Energiesparen angeregt werden.

Eine repräsentative Umfrage unter den *gemeinnützigen Wohnungsgesell*schaften hat — auf der Basis der noch *gemäßigten Oktoberpreise — ergeben:*

- Wegen der Heizölpreise ist mit Heizkostenerhöhungen zwischen 100 und 300 Prozent zu rechnen, wobei regional große Unterschiede bestehen.
- *Während* die Kosten in Bayern um 120 Prozent höher als im Oktober des *Vorjahres* liegen, sind sie in Hamburg um 226 Prozent gestiegen. Nordrhein-Westfalen und Hessen liegen bei Steigerungsraten von knapp 200 Prozent, Nidersachsen bei plus 130 Prozent.

Das volle Ausmaß der Erhöhung wird *am Beispiel eines gemeinnützigen* Unternehmens in Hamburg deutlich: Auf Grund der jüngsten Öleinkäufe für eine Siedlung wird der Heizkostenpreis (ohne Warmwasser) 2 DM je qm Wohnfläche und Monat betragen, für eine 75-qm-Wohnung also 150 DM (bisher nur etwa 80 Pfennig je qm).

- Von den *Kostenerhöhungen* werden alle ölbeheizten Wohnungen getroffen, *die sozialen wie die freifinanzierten.*
- Nach den Mietgesetzen dürfen diese Kostenerhöhungen voll auf die Mieter umgelegt werden. Jeder Mieter darf von seinem Hauswirt allerdings eine genaue Aufschlüsselung der *Öleinkaufskosten* (Rechnungen, Belege) verlangen.
- Die meisten Bescheide über höhere Heizungskostenvorauszahlungen werden die Mieter im Januar erhalten. Andere Gesellschaften bleiben dabei, die Kosten erst nach Ende der Heizperiode abzurechnen. Dann allerdings ist mit Nachzahlungen von mehreren hundert Mark — je nach Größe der Wohnung — zu rechnen.
- Wie das Wirtschaftsministerium mitteilt, müssen auch jene Mieter, die ein staatliches Wohngeld erhalten, die höheren Heizkosten voll tragen; denn das Wohngeld orientiert sich an der Kaltmiete.

Alle Bewohner von Wohnungen, gleichgültig ob im sozialen Wohnungsbau gebaut, ob freifinanziert oder Eigentum, werden damit abhängig von der Hand des Hausmeisters oder Verwalters, der die Macht über den Thermostat besitzt.

Brandt, Kühn, Leber wollen nicht Präsident werden

Co. Bonn, 16. November

Bundeskanzler Brandt hat am Freitag klargestellt, daß er nicht für die Nachfolge von Bundespräsident Heinemann kandidieren will. Er schloß aber eine spätere Bewerbung um das Präsidentenamt nicht aus. Auf die Frage nach einer möglichen Kandidatur sagte der Bundeskanzler: „Denken Sie dabei an 1974 oder 1984? 1974: nein."

Am gleichen Tage wurde bekannt, daß sich auch Bundesverteidigungsminister Leber und der nordrhein-westfälische *Ministerpräsident Kühn* nicht um das Amt des Staatsoberhauptes bewerben wollen. *Damit sind im Augenblick nur* noch zwei aussichtsreiche Kandidaten *im Rennen: der FDP-Vorsitzende* und Bundesaußenminister Scheel sowie der sozialdemokratische Bundesarbeitsminister Arendt. Sollte sich Scheel für eine Kandidatur entscheiden, wäre an einer Zustimmung durch den Koalitionspartner SPD kaum zu zweifeln.

Verteidigungsminister Leber begründete seine Abneigung gegen eine Kandidatur in einer Pressemitteilung mit den Worten: „Ich bleibe bei unseren Soldaten, und ich denke gerade im Augenblick nicht daran, meine Aufgabe als Verteidigungsminister aufzugeben." Er habe dem Bundeskanzler schon vor einiger Zeit mitgeteilt, daß er für eine andere Aufgabe nicht zur Verfügung stehe.

Ministerpräsident Kühn, der ebenfalls zu den möglichen Präsidentschaftsbewerbern gezählt worden war, teilte seine Nichtkandidatur von Israel aus mit. In seiner Begründung sagte er, er wolle im kommenden Jahr beim nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf an der Spitze seiner Partei stehen und einen Wahlsieg für die SPD erkämpfen.

Bonn: Keine Spekulationen mit „DDR"-Geld

K. H. P./DG. Bonn/Berlin, 16. Nov.

Die Bundesregierung hat am Freitag mit Entschiedenheit die Argumentation Ost-Berlins zurückgewiesen, die Verdoppelung der Umtauschsätze bei „DDR"-Besuchen sei auf illegale Spekulationen mit der „DDR"-Mark zurückzuführen.

Regierungssprecher Armin Grünewald erklärte hierzu, die „DDR" versuche jetzt, ihr Verhalten mit Argumenten zu begründen, die am Kern der Dinge vorbeigingen. Der Handel mit Fremdwährungen, also auch der Mark der „DDR", sei in der Bundesrepublik Deutschland ebenso frei wie in anderen westlichen Staaten. Dies entspreche der in der Bundesrepublik herrschenden Wirtschaftsordnung. Das Völkerrecht stehe dem nicht entgegen.

Die Bundesregierung bekräftigte nach den Worten ihres Sprechers ihre Ansicht, daß die Verdoppelung der Sätze für den Mindestumtausch bei Reisen in die „DDR" den Besucherverkehr erheblich erschwere. Diese Regelung stehe damit „in direktem Widerspruch" zu früheren Erklärungen der „DDR"-Regierung. In den zwischen der Bundesregierung und der „DDR" im vergangenen *Jahr* geschlossenen Verträgen hätten beide Regierungen erklärt, daß sie den *Reiseverkehr* zwischen den beiden deutschen Staaten erleichtern wollten.

Ohne erkennbaren *Erfolg endete* am Freitag eine 90minütige Unterredung der *Beauftragten des Berliner Senats* und der „DDR"-Regierung in Ost-Ber*lin. Nach Auskunft eines Senatssprechers* stand im Mittelpunkt des Gesprächs die Aufforderung des Senats an die „DDR", zur Geschäftsgrundlage der im November 1971 getroffenen Besuchsvereinbarung zurückzukehren.

Seite 5: Westbanken

Tagesschau

Gericht: Verhalten der Fluglotsen sittenwidrig

Das Oberlandesgericht Celle hat dem Verband Deutscher Flugleiter verboten, den Bummelstreik der Fluglotsen durch seine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit mittelbar zu fördern. In der *Urteilsbegründung* wird das Verhalten der Fluglotsen als rechts- und sittenwidrig bezeichnet. Seite 8

Textilgewerkschaft droht

Ein „katastrophales Ausmaß" droht die Beschäftigungslage in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie spätestens im Dezember anzunehmen, falls die Bundesregierung keine Strukturmaßnahmen ergreift. Das erklärte die IG Textil und Bekleidung. Die Gewerkschaft sei zu allem entschlossen, auch zu einem „Marsch nach Bonn". Seite 9

Astronauten gestartet

Mit dem Start der Astronauten Gerald Carr, Edward Gibson und William Pogue vom Raketenstartgelände Kap Canaveral hat am Freitag die dritte und voraussichtlich längste Phase des amerikanischen Skylab-Programms begonnen. Die Raumfahrer sollen sich 85 Tage in dem Weltraumlabor aufhalten.

Der Staat kontrolliert

Die Kontrolle über die Berufsausbildung soll bis 1979 weitgehend auf den Staat übergehen. Bei den jetzt abgeschlossenen Beratungen im Kabinett über die Reform der Berufsausbildung konnte sich die SPD weitgehend gegen die FDP-Minister durchsetzen. Seite 5

1974 nach Moskau?

Für die geplante Prag-Reise von Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel gibt es noch keinen festen Termin. Dies bestätigte Brandt am Freitag in Bonn. Auch für Brandts Gegenbesuch in Moskau, zu dem ihn KP-Chef Breschnjew eingeladen hat, ist noch kein Zeitpunkt vereinbart worden. Die Vermutung spreche allerdings dafür, sagte Brandt, daß der Besuch im nächsten Jahr stattfinden werde.

Kräftige Kursverluste

Am *Aktienmarkt hat sich die* Abwärtsbewegung auf breiter Front fortgesetzt. *Fahrzeugaktien* schwächten sich unter Führung von BMW bis zu zehn DM ab. WELT-Aktienindex: 88,1 (88,9).

Wechselhaft

An der Westseite eines umfangreichen Tiefdrucksystems über Skandinavien dringt Kaltluft nach Mitteleuropa ein. Die Vorhersage für alle Gebiete: wechselnd bewölkt und einzelne Schauer, die Temperaturen: drei bis sieben Grad.

WELT-Leser-Service

Die Auswirkungen des Öl-Boykotts der arabischen Staaten treffen jetzt auch die deutschen Verbraucher. Grundlage für Maßnahmen zur Verbrauchsbeschränkung ist das Energiesicherungsgesetz, das am 10. *November* in Kraft trat. *Gesetzestext* und Begründung im WELT-Leser-Service. Anzeige Seite 29

Tel. DIE WELT Essen (0 21 41) 24 21

Konsequenzen für Autofahrer, Gastwirte und Industrie

Von unserem Redaktionsmitglied

F. G. P. Hamburg, 16. November

Von den fast 18 Millionen Autos, die in der *Bundesrepublik* und West-Berlin überwiegend von Privatleuten gefahren werden, bleiben bei einem Sonntags*fahrverbot* wegen der Benzinkrise über 17 Millionen stehen. Was bedeutet das für den einzelnen Autofahrer?

Die *sonntägliche* Kaffeefahrt, die Fahrt ins Grüne mit der Familie, die Stunden der Entspannung, das Wandern in der Heide oder den Wäldern der Eifel, des Taunus, im Harz oder Hunsrück oder sonst in einer Gegend, die am Sonntag mit einem der öffentlichen *Verkehrsmittel nicht oder nur sehr* zeitraubend und zudem noch teuer erreicht werden könnte, unterbleibt.

Der Wert des Hauses auf dem Lande, des *Wochenendhauses,* sinkt. Denn wer am Sonntagnachmittag oder -abend vom Land mit dem Auto und zusammen mit der Familie nicht mehr in die Stadt kommt, wird manche Fahrt hinaus von vornherein unterlassen.

Zahlreiche Arbeitnehmer und Schüler, die eine Wochenendfahrt zum Verwandtenbesuch am Samstag schon angetreten haben, kommen am Montagmorgen viel zu spät. Montag früh sind *die Straßen im Einzuggebiet der großen* Städte sowieso schon ähnlich verstopft und überlastet wie am Freitagnachmittag. Es wird also noch schlimmer kommen.

Ungezählt viele Wirte leben vom Sonntagsausflugsverkehr. Sie können ihre Wirtschaften schließen. Die Sonntagsziele, wie zum Beispiel die Wildparks, müssen verwaisen. Die attraktivsten Sonntagsziele sind überhaupt nur *mit dem Auto zu erreichen.*

Den Sonntag werden Geschäftsleute und Konferenz*teilnehmer nicht mehr* als Anreisetag gebrauchen können, soweit sie mit dem *Auto anreisen. Viele* Konferenzen können am Montag nicht *mehr* beginnen. Auch kann ein Sonntag nicht mehr als Rückreisetag eingeplant werden. Die „Konferenzwoche" wird kürzer, manche Konferenzen wahrscheinlich abgeblasen, und die Konferenzhotels stehen leer ...

Schwerwiegender werden die Folgen des Sonntagsfahrverbots für den Autohandel. Neuwagen werden zögernder gekauft. Und wenn, dann neigen die Kunden zu „einer Nummer kleiner". Autos mit Benzinverbrauch unter zehn Litern sind am meisten gefragt.

Zur Zeit werden — im Gegensatz zu anderen Jahren — unverhältnismäßig *viele Autos für* den Winter abgemeldet, hört man von Zulassungsstellen.

VW meldet aus Wolfsburg, daß die Tendenz zum Sparauto deutlich wird. Jeder zweite Käfer, der in diesen Tagen auf dem deutschen Markt verkauft wird, ist ein 34-PS-Sparkäfer! Der gesamte Automarkt *rechnet* für den Oktober und November mit 30 Prozent Einbußen! Aber die Hersteller kleiner, wirtschaftlicher Autos nur mit fünf bis zehn Prozent, verlautet aus Wolfsburg.

Sorgen hat der Gebrauchtwagenhandel. Große Autos mit über 130 PS oder mit Drei- bis Fünf-Liter-Motoren sind *praktisch unverkäuflich. Sie werden* auch nur ungern in Zahlung genommen. Mancher Käufer tritt vom Neuwagenkauf eines großen, lange bestellten Autos zurück, weil er sein altes 130-PS-Auto nicht los wird.

Trotz jahreszeitlich bedingter „Herbst- und Winterflaute" *im* Verkauf von Neuwagen rechnet die Autoindustrie wegen Benzinknappheit und Sonntagsfahrverbot mit einem spürbaren Absatzrückgang zumindest bei Autos über 80 PS. Viele Käufer lassen ihren Kaufvertrag zum Beispiel von einem Commodore oder Rekord auf einen Kadett oder von einem K 70 auf *einen Käfer, von einem Granada auf einen Escort* umschreiben!

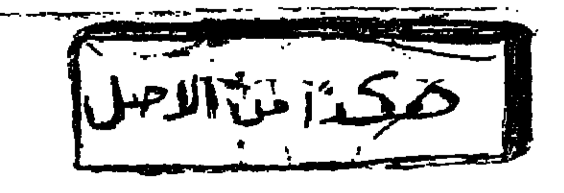
Als „ernst" bezeichnen Zulieferer der Autoindustrie die Lage. Kommt es zu *Produktionseinschränkungen — und* damit wird gerechnet —, so spüren das *die Zulieferer zuerst. Jeder sechste* bis siebte Bundesbürger oder hier Beschäftigte lebt direkt oder indirekt von der Auto-, der Mineralöl-, der Reifen- und der Zuliefererindustrie. Das sind auch die Elektroindustrie, die Hersteller von Lacken und Farben, die Produzenten von Vorerzeugnissen, von Werkzeugen und Maschinen, von Autoradios, von Scheiben und *Glas,* von *Kunststoffen* und Polstern.

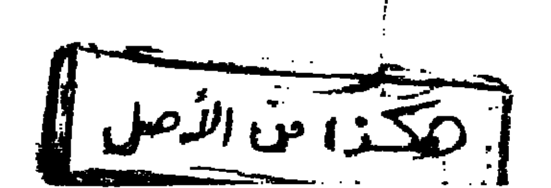
USA: Öl-Embargo gelockert?

Washington, 16. November (Reuter)

Der designierte amerikanische Vizepräsident Ford hat am Freitag in Washington erklärt, ihm lägen noch ungeprüfte Informationen vor, nach denen „ein oder mehrere arabische Staaten" von sich aus ihr Öl-Embargo gegen die USA gelockert hätten. Wenige Stunden zuvor äußerte sich auch Präsident Nixon optimistisch über die *Möglichkeit einer* baldigen Lockerung des Embargos.

Wer erinnert sich nicht an jene Novembertage des Jahres '73, an die autofreien Sonntage – und unsere Verblüffung über die gespenstisch leeren Straßen –, an die Explosion der Brennstoffkosten und die damals initiierten Maßnahmen zur Wärmedämmung in den Wohnungen? Diese erste Ölkrise hat die westlichen Industriestaaten wie ein Schock getroffen und den Glauben an eine fortwährende Mehrung des Wohlstandes nicht nur bei den Bürgern der Bundesrepublik bis ins Mark erschüttert. Auch wenn der Liter Super gegenwärtig kaum mehr als eine Mark kostet – seit der ersten Ölkrise ist nichts mehr so, wie es einmal war. Die Massenarbeitslosigkeit in aller Welt und die gigantische Verschuldung der Entwicklungs- und Schwellenländer sind Beispiele dafür.





VORNE FINANZAMT-FEINDLICH HINTEN UMWELT-FREUNDLICH

Leonhardt & Kern

Alle reden vom Kat. Vergessen Sie ihn: Der neue Lancia Y 10 fire braucht ihn nicht, um die vorgeschriebenen Abgasgrenzwerte zu erreichen! Und um die höchstmögliche Steuersubvention zu bekommen! Sie fahren 3½ Jahre steuerfrei (Gruppe C). Danach zahlen Sie statt 21,60 DM pro 1.000 ccm nur 13,20 DM Steuern pro Jahr (für 1.000 ccm)! Und das alles ohne Katalysator.

Verzichten müssen Sie nur auf zwei winzige Kilometer in der Höchstgeschwindigkeit (statt 145 km/h läuft der bedingt schadstoffarme Y 10 fire »nur« 143 km/h). Nicht der Rede wert, wenn es um unsere Umwelt geht. Und außerdem haben Sie ein geniales Auto.

Die Karosserie des Lancia Y 10 ist unglaublich kurz (3 Meter 39), sie hat einen schier unglaublichen C_W-Wert von 0,31 (das ist für ein Auto dieser Größe Weltklasse), und sie hat durch die neuentwickelte Omega-Hinterachse unglaublich viel Platz (auch auf den hinteren Rängen). Das alles sieht auch noch unglaublich gut aus.

LANCIA

Aber das Unglaublichste ist der Motor des Y 10 fire: 986 ccm, 32 kW/44 PS, ultraleicht (69 kg, nur 273 Teile), so gut wie wartungsfrei (eine Ventilspielkontrolle braucht er z. B. nur alle 100.000 km) und sehr geizig mit bleifreiem Normal-Benzin. Und das alles bedingt schadstoffarm ohne Katalysator!

Zum Schluß das Schönste: Der Y 10 ist ein kleines Nobel-Auto – schon in der Normalausstattung. Und beim Y 10 LX werden sogar größere Limousinen blaß. Aber das probieren Sie bei einer Probefahrt am besten selbst aus.

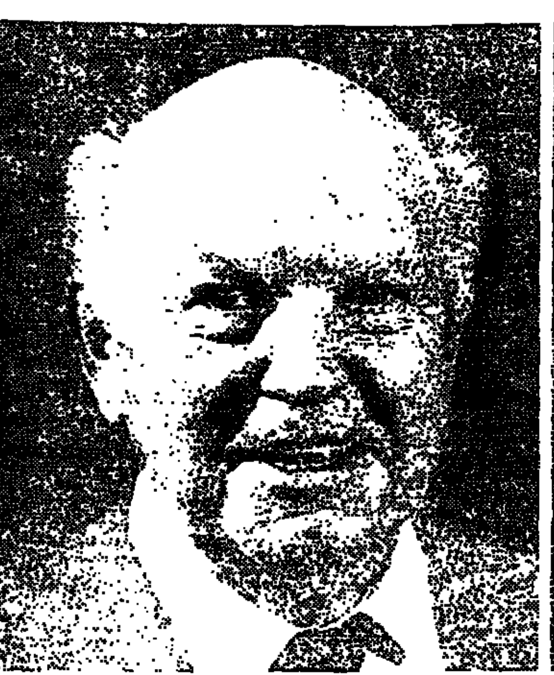
DER LANCIA Y 10 FIRE SPART IHNEN AB SOFORT STEUERN AUCH OHNE KATALYSATOR.



Paul Bourdin (1949/50): Erst Sprecher Adenauers, dann Chef bei der WELT.



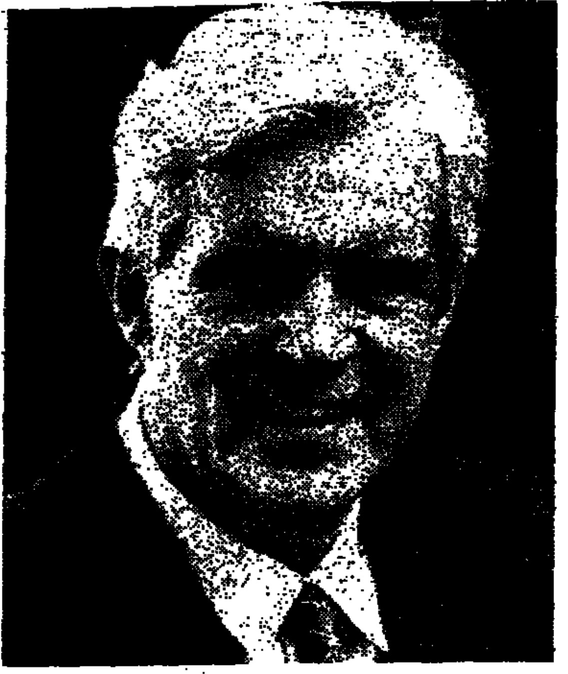
Conrad Ahlers (1967/72): Auch im Presseamt draufgängerisch wie ein Fallschirmjäger.



Kurt Becker (1980/82): Kenntnisreich, bedächtig und diskret wie ein echter Hanseat.



Lothar Rühl (1981/82): Nach dem Koalitionswechsel Staatssekretär bei Wörner.



Peter Boenisch (1983/85): Erfolgserlebnis war der Bonner Weltwirtschaftsgipfel.

Männer der WELT, die Politik verkauften

Von BERNT CONRAD

Die WELT war in Bonn immer präsent – nicht nur diesseits, sondern auch jenseits der Barrieren, die aktive Politik und Journalismus voneinander trennen. Viermal haben ehemalige Redaktionsmitglieder der Zeitung seit 1949 die Rolle übernommen, als Regierungssprecher die Politik der Bonner Exekutive gegenüber der Öffentlichkeit und damit auch gegenüber ihren eigenen Kollegen zu vertreten. In einem *Fall griff die WELT* selbst auf einen „Bundespressechef" zurück.

Bourdin stolperte über eine Ente

Beweis der Überparteilichkeit: Koalitionen aller Schattierungen (CDU/CSU-FDP, CDU/CSU-SPD, SPD-FDP) hielten das journalistische WELT-Arsenal für eine Qualitätsreserve der Bundespolitik.

Es begann mit dem einstigen Pariser Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung" und Chefredakteur des „Kurier" in Berlin, Paul Bourdin, den Bundeskanzler Konrad Adenauer am 10. 11. 1949 an die Spitze des erst kurz zuvor gegründeten Bundespresseamtes berief. Schon nach drei Monaten nahmen die Differenzen zwischen beiden überhand: Bourdin ging – und übernahm am 20 Mai 1950 die Chefredaktion der WELT.

Daraus wurde allerdings nur ein Intermezzo, das sozusagen tragikomisch endete. Denn Bourdin, der sich in der Vergangenheit als glänzender *Journalist bewährt hatte, leistete sich* – wiederum drei Monate später – ei*nen derart grotesken Fauxpas, daß* seine WELT-Zeit abrupt endete.

Der fünfzigjährige, geborene Rheinländer glaubte, exklusiv in den Besitz einer internationalen Sensation gelangt zu sein, deren Inhalt er sogar vor der eigenen Redaktion strikt geheim hielt. Deshalb schickte er den Text auf Schleichwegen in die Setzerei, reservierte dafür die Seiten 1 und 2 und nahm den Umbruch – von aufgehängten Tüchern gegen alle Kollegen abgeschirmt – selbst vor.

Als dann in der Nacht zum 31. August 1950 die ersten Andruckexemplare der WELT vorlagen, brach in der Redaktion dröhnendes Gelächter aus: Niemand zweifelte daran, daß es sich bei dem angeblichen Exklusivbericht „Stalins Deutschlandplan enthüllt" um eine Ente handelte. Tatsächlich war Bourdin auf einen erfindungsreichen Nachrichtenhändler hereingefallen.

Siebzehn Jahre später, Anfang 1967, holte sich die neugebildete Bundesregierung der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU) und Vizekanzler Willy Brandt (SPD) den früheren außenpolitischen Ressortleiter der *WELT*, Conrad Ahlers, als stellvertretenden Regierungssprecher.

„Conny", wie ihn alle nannten, die ihn näher kannten, war schon in der WELT-Zentralredaktion seinem Ruf als draufgängerischer Fallschirmjäger vollauf gerecht geworden. Keß, aber immer kameradschaftlich, flink, *analytisch begabt und in vielen* Sätteln firm, scheute er vor kritischen *Kommentaren auch gegenüber* Respektspersonen der eigenen Umgebung nicht zurück.

Das führte manchmal zu Konflikten – während seiner „Regierungszeit" natürlich noch mehr als bei der *WELT und später beim „Spiegel"*.

Dennoch „verkaufte" Ahlers die Große Koalition und anschließend – als Nachfolger seines mehrjährigen Partners Günter Diehl – die sozial-liberale Regierung Brandt/Scheel ausgezeichnet. Gerade sein flottes Mundwerk und seine Unbefangenheit kamen bei den journalistischen Kollegen und auch in der Öffentlichkeit gut an.



Im SPD-Hauptquartier, der „Baracke", aber runzelte die Parteiprominenz oft mißbilligend die Stirn. Auch Kanzler Brandt war gelegentlich irritiert. So bewarb sich „Conny" bei der Wahl 1972 erfolgreich um ein Bundestagsmandat und schied aus dem Bundespresseamt aus.

Als nächster ehemaliger WELT-Mann folgte Kurt Becker im Dezember 1980 einem Ruf des Kanzlers Helmut Schmidt nach Bonn, um als Nachfolger des zwischenzeitlich zum Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin avancierten Klaus Bölling das Bundespresseamt zu leiten.

Was den Hanseaten Becker schon als innenpolitischen Ressortchef und Leitartikler der WELT ausgezeichnet hatte – ein nüchternes, bedächtiges Urteil, *freundlich-distanzierte* Umgangsformen und exaktes politisches Wissen – kam ihm nun als offiziellem Sprecher zugute.

*Seine Präsentation der Regie*rungspolitik war vielleicht nicht immer attraktiv im Sinne fernsehwirksamer Public Relations und schon gar nicht parteipolitisch stromlinienförmig. Die Bonner Korrespondenten aber hatten sich kaum je zuvor so kenntnisreich informiert gefühlt wie in dieser Zeit.

Der schon erwähnten SPD-Baracke mißfiel Beckers distanzierte Art zunehmend, sie machte den Verkäufer und nicht die eigene Ware für wachsende Mißerfolge verantwortlich und veranlaßte Schmidt schließlich im Frühjahr 1982, sich von Bekker zu trennen.

Während seiner Presseamtszeit hatte dem Hamburger noch ein alter WELT-Kollege – der langjährige Pariser Korrespondent und spätere stellvertretende Chefredakteur Lothar Rühl – als stellvertretender Regierungssprecher zur Seite gestanden. Er überlebte als Repräsentant der FDP auch noch den Regierungswechsel im Oktober 1982, ging aber dann als beamteter Staatssekretär zu dem neuen Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner.

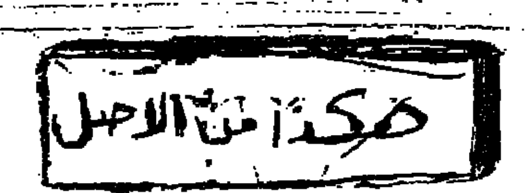
War Lothar Rühls Stärke die eloquente *Darlegung komplizierter* außenpolitischer, strategischer und militärtechnischer Zusammenhänge, so reüssierte der nächste WELT-Mann als Regierungssprecher, Peter Boenisch, mit jungenhafter Lässigkeit, farbiger Ausdrucksweise und liebenswürdig-burschikosen Umgangsformen.

Boenisch entwaffnete durch Unbefangenheit

Viele Mitglieder der Bundespressekonferenz hatten dem einstigen Chefredakteur von „Bild" und WELT zunächst erhebliche Skepsis entgegengebracht. Doch Peter Boenisch entwaffnete sie durch seine Unbefangenheit.

Die gelungene Betreuung von 3000 Journalisten beim Bonner Weltwirtschaftsgipfel vom Mai 1985 war sein letztes Erfolgserlebnis.

Kurz darauf brachte ihn ein Steuerverfahren zu Fall, das er ebenso leicht überwand wie die schwierigsten Situationen am Redaktionstisch der Zentralredaktion der WELT: locker, leicht, doch immer voll informiert.



So machen Marken ihre Märkte

Von SABINE RICHTER

„Im Wandel liegt die Hoffnung auf neue Stabilität der menschlichen Gesellschaft"

(Fourastié).

In welchem Haushalt findet man sie nicht, die runde, blau-weiße Nivea-Dose, die Maggi-Würze oder das Tempo-Taschentuch? Sie gehören zu einer Reihe von Markenprodukten, vor Jahrzehnten kreiert, die noch immer einen klangvollen Namen haben, und einen kaum noch steigerungsfähigen Bekanntheitsgrad.

Ob Persil oder Uhu, Tesa oder Coca Cola, sie werden von ihren Product-Managern liebevoll Markenpersönlichkeiten genannt, ihre Namen wurden zu Gattungsbegriffen schlechthin: Wenn der Kunde Papiertaschentücher haben will, fragt er nach Tempo (60 Jahre alt). Uhu (53 Jahre im Markt) steht für den Klebstoff generell, Tesa (79 Jahre alt) für Klebestreifen. Nur mit dem Fön hat's nicht geklappt, denn kaum jemand weiß, daß dieser Begriff eigentlich für die AEG-Haartrockner reserviert ist.

Diese Produkte, die meisten älter als die Bundesrepublik, markieren ein paar Punkte der Beständigkeit in der heutigen Welt des totalen Wandels, in der Produkte und Produktionsverfahren, Märkte und deren Wirtschaftsstrukturen immer schneller wechseln oder sich verändern.

Die Lebensspannen der Produkte wurden in der jüngeren Vergangenheit immer kürzer.

Viele – darunter auch bekannte Markenprodukte – verschwinden sang- und klanglos. Der deutsche Einzelhandel schätzt, daß in den ersten 25 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg vier Millionen neue Artikel im Einzelhandel auftauchten, daß es aber in dem darauffolgenden Vierteljahrhundert mehr als zehn Millionen sein werden.

Nicht neu ist, daß vor allem Hersteller einer breiten Produktpalette permanent vor der Aufgabe stehen, müde Umsatzträger zugunsten neuer Entwicklungen zurückzudrängen. Ein international operierender Multi-Produkt-Konzern gibt an, daß mindestens ein Viertel seiner 40 000 Produkte jünger als fünf Jahre ist.

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München schätzt sogar, daß unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Markteinführungsdauer von ein bis zwei Jahren wachsende Unternehmen 40 bis 60 Prozent ihres Umsatzes mit Produkten erzielen, die erst seit fünf Jahren auf dem Markt sind.

Die meisten neuen Produkte unterscheiden sich allerdings nicht wirklich von den alten, es sind nicht selten Scheininnovationen, das heißt Substitutionslösungen bereits am Markt befindlicher Produkte. Mit ausgeklügelten Werbestrategien versuchen gewiefte Werbemanager dann, den „neuen" Produkten eine unverwechselbare Persönlichkeit zu geben, um sie in den Markt beziehungsweise an den Mann zu bringen.

Nicht immer gelingt's. Die Flop-Raten sind hoch – je nach Markt und Marktstruktur verschieden. Im Zigarettengeschäft – einem besonders heiß umkämpften Markt – ist die Überlebenschance neuer Marken mit zehn zu 90 besonders gering. Hier besteht in erhöhtem Maße die Schwierigkeit, ein Produkt zu lancieren, das in seinem Wirkungsversprechen schwer nachprüfbar ist.

Der rasche Wandel stellt die Unternehmen vor nicht unerhebliche Anpassungsprobleme. Die Reaktionsgeschwindigkeit wird zu einem immer wichtigeren Wettbewerbsfaktor.

Daraus ergibt sich, daß sich neue Produkte immer schneller rentieren müssen. Bezogen auf den Entstehungszyklus der Produkte verkürzt sich ihr Marktzyklus. Die Innovationsaufwendungen müssen also in immer kürzeren Zeitspannen am Markt erwirtschaftet werden. Eine durchschnittliche wirtschaftliche Lebensdauer eines Industrieprodukts von fünf bis sieben Jahren unterstellt, verbleibt eine Erfolgsperiode von maximal drei bis vier Jahren, da der Cash-flow erst nach Erreichen der Wachstumsphase positiv wird. Insbesondere mit Forschung verbundene – also teure – Innovationen sind so mit hohem Risiko ausgestattet.

Daneben unterliegt die Unternehmenswelt einer Vielzahl struktureller Änderungen, auf die sie reagieren muß, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben will: Energie und Rohstoffe verknappen und verteuern sich (oder werden unerwartet billiger), Umweltprobleme erfahren immer größere Gewichtung, Schwellenländer drängen auf den heimischen Markt, die demographische Bevölkerungsstruktur (Trend zur Kleinfamilie) und das Nachfrageverhalten der Verbraucher (Mode) ändern sich.

Für alternde Produkte muß also rechtzeitig Ersatz geschaffen werden.

Innovationen reichen dabei von marginalen Verbesserungen bis zu grundlegend neuen Produkten und Produktionsverfahren. Im Bereich der langlebigen Gebrauchsgüter wird durch die Elektronik manche technische Spielerei möglich, die vor fünf Jahren nicht einmal zu planen war. Der Herd von gestern zum Beispiel hat nicht mehr viel mit den hochtechnisierten Geräten von heute zu tun. Die heutigen Kochplatten lassen sich vorprogrammieren, kochen auch in Abwesenheit des Kochs oder der Köchin. Der Herd von morgen wird durch einen Ausbau der Telekommunikation telefonisch umzuprogrammieren sein, wenn man sich zum Beispiel verspätet hat.

Spitzenreiter unter den Innovatoren finden sich vor allem in der Bauelemente-Industrie und der Nachrichtentechnik. Bedingt durch neue Verfahrenstechniken und fortschreitende Automatisierung verändern sich die technisch-organisatorischen Strukturen in Arbeitsverhältnissen und Wettbewerb hier besonders schnell. Dem Menschen kann die Technik neue Möglichkeiten und Freiräume eröffnen. In der Arbeitswelt werden zum Beispiel monotone und menschenunwürdige Arbeiten ersetzt und von „intelligenten" Maschinen ausgeführt.

„Die Wanderung der Beschäftigten von einem Wirtschaftszweig zu einem anderen ist eines der Schlüsselphänomene der modernen Wirtschaft", schrieb Wirtschaftswissenschaftler und Strukturforscher Fourastié. Innovation und Strukturwandel sind die Zauberworte für Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung. So wie sich im vergangenen Jahrhundert und in den Anfängen dieses Jahrhunderts der Wandel von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft vollzog, ist der Schritt zur Informations- und Kommunikationsgesellschaft vollzogen – er hält Überraschungen bereit, von deren Tragweite viele nichts ahnen.

Die Anforderungen an die Kommunikationstechnik steigen ständig, Informationsströme als Produktionsfaktoren schwellen weltweit an, zwischen Unternehmung, Verwaltung, Endverbraucher. Daten werden auf allen Ebenen und über alle Distanzen hinweg verfügbar sein.

Am Anfang stand der Computer, die wichtigste Veränderung der modernen Welt. Der Durchbruch der Digitaltechnik war eng geknüpft an die Entwicklung schneller und komplexer Schaltkreise. Diese Voraussetzung wurde durch die Mikroelektronik erfüllt, die sich in immer schnellerem Fortschritt an die Erfindung des Transistors im Jahre 1947 anschloß.

Zehn Jahre nach der Erfindung des Transistors waren die Röhren aus Radio, Telefon und Computern schon wieder verschwunden, sie wurden durch Halbleiterbauelemente verdrängt.

Heute, ein weiteres Vierteljahrhundert später, leisten hochintegrierte, mikroskopisch kleine Schaltkreise auf einem Silikonplättchen (Chip) von wenigen Millimetern Kantenlänge mit mehr als einer Million Speichereinheiten soviel wie eine Rechenmaschine, die früher ein ganzes Zimmer einnahm.

Die weitere Mikrominiaturisierung zusammen mit dem Fortschritt im optischen und elektronischen Bereich sowie auf dem Satellitensektor ermöglichen nun etwas grundlegend Neues, nämlich das Zusammenwachsen der bisher gesonderten Netze für Telefon, Fernschreiber, Bildschirmtext, Bildübertragung, Datensysteme. Das heißt – Kompatibilität der Systeme vorausgesetzt – jeder wird mit jedem kommunizieren können. In Zukunft wird also nicht nur ein Computer mit dem anderen Computer oder Terminal Daten, Texte und Graphiken austauschen können. Man wird Sprache, Bilder, Text und Daten, die sich in der Vergangenheit getrennt mit unterschiedlichen Techniken entwickelten, gleichzeitig übertragen können.

Für's erste reichen dafür sogar die ganz normalen Telefonleitungen, wie es sie in jedem Haushalt gibt.

Sabine Richter ist Diplom-Volkswirtin und Diplom-Politologin. Sie volontiert in der Redaktion von „Bild am Sonntag".

Marken erleben manchmal eine Wiedergeburt, Selters zum Beispiel oder die R 6. Underberg rettete sich vor dem Untergang in der Gattung durch die unverwechselbare kleine Flasche.

Die Federn der ersten Stunde

Heiter–melancholische Anmerkungen



Peter v. Zahn, Jahrgang 1913, ist einer der renommiertesten Fernsehjournalisten. Er war früh schon WELT-Mitarbeiter.

PETER v. ZAHN

Vom jähen Tod einer Kolumne

Meine Tätigkeit als Kolumnist der WELT währte nur kurze Zeit. Warum sie so rasch endete, darf in den Annalen eines großen und großherzigen Blattes nicht unerwähnt bleiben.

Letzten Endes hat die Schuld daran nicht der Kalte Krieg, sondern ein brauner Langhaardackel, der mit mir in Washington lebte. Er hieß Richard Dackelherz und liebte es, in der Küche mit mir zu politisieren. Ich habe seine Ansichten manchmal in meiner WELT-Kolumne wiedergegeben. Sie zeichneten sich durch uramerikanische Direktheit und gesunden Hundeverstand aus.

Dackelherz schlug zum Beispiel eine Sonderauszeichnung für denjenigen Politiker vor, der im jeweils laufenden Jahr die Menschheit am meisten geängstigt hatte. Das war 1961, im Jahr der Mauer, keine schlechte Idee, und wäre wohl auch heute noch ein guter Gedanke.

Gemeinsam stifteten wir eine dritte Klasse dieses Ordens, zu verleihen an die russischen Marschälle, die damals jeden Sonntag in ihrem Armee-Blättchen für sich und ihre Kunst im Vernichten inserierten.

„Ich erhöhe den Preis der dritten Klasse um das, was ich unter dem Pflaumenbaum vergraben habe", versprach Richard Dackelherz. „Es sind zwei gute Knochen, die man wunderschön kreuzen kann."

Solche originellen Gedanken steuerte er meiner Kolumne gern bei. Ich revanchierte mich dafür mit Salami.

Leider vermochte die Redaktion der WELT keinen Geschmack an Dackelherzens politischen Respektlosigkeiten zu entwickeln und verbat sich derlei Possen, besonders wenn sie den *Kalten Krieg* betrafen.

Das kränkte Richard Dackelherz. Er rächte sich, indem er mir Material zu einer Kolumne lieferte, in der ich aufzählte, *in wievielen Ländern* damals, also 1961, dem Journalisten ein Maulkorb umgebunden wurde. Es war eine überraschend hohe Zahl, fast so hoch wie die von heute.

Die heimische Redaktion sah in dieser Statistik den Versuch, das Vertrauen der Leser in die unabhängige Berichterstattung der WELT-Korrespondenten zu untergraben. Flugs wurde der Kolumne der Garaus gemacht.

Das war gut so. Denn kurze Zeit *darauf starb Richard Dackelherz,* Gott hab' ihn selig. Wie hätte ich ohne ihn eine Kolumne füllen können?

Allen treuen Lesern der WELT, die *sich der damaligen Konstellation* im Kalten Krieg noch entsinnen können, möchte ich nachträglich mein Bedauern über das jähe Ende der Kolumne aussprechen – sollten sie ihr plötzliches Ausbleiben von einem bestimmten Mittwoch an jemals gemerkt haben.



Hans-Werner Graf Finck v. Finckenstein (60) war bis 1967 diplomatischer Korrespondent der WELT und ist heute Botschafter in Buenos Aires.

H.-W. v. FINCKENSTEIN

Nostalgie mit kleinem Trauerflor

Der Blick zurück ist ein Blick in Wehmut. Nostalgie mit kleinem Trauerflor. Fragen stellen sich ein: Was wäre gewesen, wenn, oder wenn nicht …? Namen von Freunden, von Kollegen, mit denen zusammen man gearbeitet, diskutiert, *kritisiert, um die bessere Form, um* die richtige Linie gestritten und zuweilen auch gelitten hat, melden sich zu Wort, Gesichter tauchen auf, Ereignisse gewinnen neue Konturen, längst verblaßte Einzelheiten erhalten unvermutet frische Farben.

Die WELT der fünfziger und sechziger Jahre, an der ich tätig war, mit *soviel Leidenschaft tätig war, ist ein* Stück journalistischer Geschichte in sich, und natürlich auch Geschichte von Journalisten. Die Qualität eines Blattes wird immer bestimmt von der Qualität derer, die für es schreiben.

Da war Hans Zehrer, der Chefre*dakteur, an erster Stelle natürlich,* der Mann des „Tat"-Kreises, der dem Blatt das geistige Gepräge gab. Seine Wochenend-Leitartikel, von intellektueller Brillanz, kulturhistorisch untertönt, mit mystischen Anklängen zuweilen, die man nicht nur lesen, sondern auch deuten mußte, ein Anhauch von politischer Götterdämme*rung.*

Und Paul Sethe, Freund und Men*tor, der westfälische Preuße,* Dickkopf, Querkopf, voller enzyklopädischer historischer Kenntnisse, von der alten „Frankfurter Zeitung" kam er; die damals noch junge „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hatte er als Mitherausgeber im Streit um Konrad *Adenauers Deutschlandpolitik* verlassen. Axel Springer rief ihn zur WELT.

Wer hat je in diesem Blatt Geschichte, deutsche Politik so lebensnah, so überzeugend kommentiert? Bevor er schrieb, wanderte er, den mächtigen Kopf gesenkt, in seinem Zimmer auf und ab, um dann in ei*nem Atemzug sich von der Wucht* seiner Konzentration, seiner schon in Worte gefaßten Gedanken zu befreien.

Oder Gert von Paczensky, der schlesische Gourmet, der über ein Soufflé ebenso lange sachverständig reden konnte wie über ein außenpolitisches Problem, und der keine, wirklich keine Gelegenheit ausließ, sich an Franz Josef Strauß zu reiben. Ja, den bayerischen Widerpart gab es damals auch schon. die Nordlichter und Südlichter sind durchaus keine Positionsbestimmung der jüngsten Zeit.

Oder Gösta v. Uexküll, der feinsinnige Philosoph aus dem Baltikum, ohne es selbst zu wissen wahrschein*lich der erste Grüne der Sturm-und-*Drang-Jahre der WELT, Ferdinand Fried und Heinz Pentzlin, die über die Wirtschaftspolitik wachten, Kurt Steves in Bonn, der Vorlagen für den Wirtschaftsminister zuweilen schon eher kannte als der Minister selbst, Kurt Becker, der Freund, der die Innenpolitik befehligte, unerbittlich im Urteil, noch unerbittlicher im Gedächtnis, Helmut de Haas, der leichthändige Feuilletonist, und Willy Haas, der große Kritiker, vor dem jede Kritik verstummte, Christian Ferber und seine köstliche Lisette Mullère.

Oder in Bonn Georg Schröder, Verkörperung der alten Berliner Schule, *nicht gehend, schreitend, ei*ne Rose im Knopfloch, immer ein Flair von Herrenclub um sich, und Heinz Barth, der sich in Paris *mit* de Gaulle auseinandersetzen mußte, dem allumfassenden de Gaulle, eine Art Einmannschau à deux. Oder der hochgebildete Herbert von Borch in *Washington*, ein politischer Ästhet, der in dem jungen Kennedy die Erfüllung seiner eigenen politischen Träume von einer neuen Ära der Weltgeschichte sah.

Alle Namen von damals kann man gar nicht nennen. Aber sie alle schrieben miteinander, füreinander und gegeneinander, ein zuweilen funken*sprühendes* Orchester, das auf seltsame Weise und oft erst durch Widerspruch die Waage hielt und das zur wirksamen Instrumentierung der ordnenden Hand des Chefredakteurs Zehrer bedurfte, um die Einzelstimmen auch zur Geltung zu bringen.

In diesem engagierten, immer aufs neue probenden Orchester, die Parti*tur eine Art ständiger Sinfonie mit* Paukenschlag, habe ich durch viele Jahre meinen bescheidenen Part gespielt, mitunter gegen die Partitur, häufig solo, aber immer in dem Gefühl, an einer einmaligen Aufführung beteiligt zu sein. Ich war in Bonn stationiert, zuerst für kurze Zeit als Korrespondent, dann als diplomati*scher Korrespondent.*

Es gab, glaube ich, in diesen bewegenden Jahren kaum ein bedeutendes Ereignis, kaum eine große internationale Konferenz, keinen gelungenen oder geplatzten Gipfel, keine hochrangige politische Begegnung, Adenauer und Kennedy, Adenauer und de Gaulle, Kennedy und Chru*schtschow, Erhard und Johnson, alle* Kanzler auf und ab, keine NATO-Zusammenkunft, kaum eine der in ständiger Atemnot befindlichen Abrüstungskonferenzen, kaum einen Parteitag, ob langweilig oder erregend, den oder die ich nicht beobachtet und beschrieben hätte. Mein Aktionsfeld war neben Kommentaren *und Leitar*tikeln vor allem die Seite drei, die große zusammenfassende Schilderung des Ereignisses.

Noch heute, nach soviel Jahren, schau' ich als erstes in einer Zeitung auf diese Seite, und noch heute übt ein weißes, unbeschriebenes Blatt Papier auf mich eine seltsam magische, *verführerische Wirkung* aus. Unvermittelt wurde man, ohne sich dessen eigentlich bewußt zu sein, durch die Beschreibung der Zeitgeschichte, durch das ständige, persönliche Zeugnis selbst ein Teil von ihr.

Wenn ich zurückblickend es recht bedenke, habe ich eigentlich mit beiden Händen geschrieben, mit der *rechten und der linken, genauer* vielleicht „zur linken" und unter allerlei Pseudonymen. Ich war durch viele Jahre auch der Autor der „Bonnifaz"-Gedichte in der Geistigen WELT. Jeden Freitag um spätestens zwei Uhr mittags, ganz gleich, wo oder wie ich mich befand, mußte *das Gedicht*, vier Verse zu je vier Zeilen und immer am *Ende* mit einer Moral, auf dem Hamburger Redaktionstisch liegen.

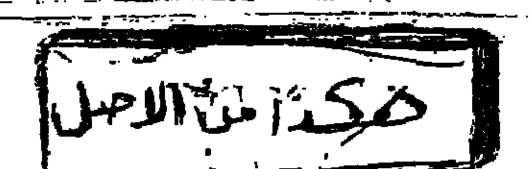
Es waren gereimte Leitartikel in Westentaschen-Format, Themen aus allen Bereichen des politischen Lebens, des Lebens überhaupt, Arabesken, Karikaturen und Satiren. Wenn man es heute wieder liest, wohl auch ein kleiner Musen-Almanach der *Zeitgeschichte.*

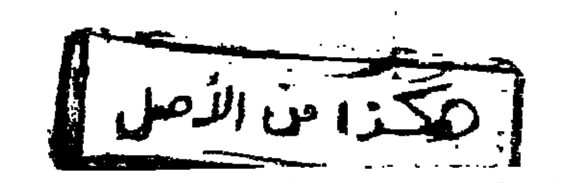
Selten habe ich *etwas* mit soviel Freude geschrieben wie diese heitere politische Kleinkunst, selten aber habe ich auch soviel Qualen ausgestanden, so gelitten wie jeweils am Freitag, und ich habe nicht nur an allen möglichen und unmöglichen Orten, *in* allen Teilen der Welt mich dem kreativen Zwang zum Dichten beugen müssen, sondern ich mußte die Verse auch von den seltsamsten Stationen und auch mit abenteuerlichen Umwegen nach Hamburg übermitteln. Der Gipfel war wohl der Gipfel *des Corvatsch im Engadin*, wo ich vor lauter Ski-Vergnügen fast vergessen hatte, daß es schon wieder einmal Freitag war.

„Es stand in der WELT", auch dieser Werbespruch war eine geniale Eingabe von Hans Zehrer. Für uns damals, für uns alle in unserer ständigen Auseinandersetzung untereinander, war er ein Ansporn. Wir waren zuweilen ungestüm, vielleicht zu kritisch, *zuweilen haben wir uns geirrt.* Aber wir haben irgendwie alle für diese Zeitung gelebt.

Ich erinnere mich, daß ich Hans *Zehrer einmal vorschlug, die WELT* nach Bonn zu verlegen, eine Hauptstadt-Zeitung zu machen. Er sah mich an, als hätte ich das Vaterland verraten. Er sagte: „Nach Bonn? Nach Berlin! Von Bonn geht nichts aus." Auch er konnte irren.

„Es stand in der WELT" – jetzt in dem Augenblick, in dem ich dies niederschreibe und alle Erinnerungen wieder auch vor mir aufstehen, sehe ich plötzlich, *daß* die Vergangenheitsform in diesem Satz eine schillernde *Doppeldeutigkeit* hat.







Heinz Schewe, Jahrgang 1921, schrieb von 1948 bis 1975 für die WELT und lebt heute in Wien.

HEINZ SCHEWE

Prüfung mitten im Inferno

Wie fing das eigentlich an mit der WELT? Das weiß ich noch ziemlich genau. Es war an einem Spätnachmittag im Oktober 1948. Ich hatte mich bei der WELT als Übersetzer beworben und bekam den Bescheid, ich solle zur Vorstellung in die Redaktion kommen. Bei Broschek an den Großen Bleichen.

Hier eröffnete mir Hans Kaufmann, mein zukünftiger Ressortleiter, daß ich eine Eignungsprüfung zu machen habe. Er gab mir zwei Texte, englisch, auf einem Fernschreibabriß. Einen aus der „Times", den zweiten aus dem „Observer". Ziemlich schwierige Texte. In 45 Minuten sollte ich alles druckreif übersetzt haben.

Die Stoppuhr lief. Aus lauter Ehrfurcht vor meinen künftigen WELT-Kollegen hatte ich mich nicht getraut zu fragen, ob ich meinen Mantel ausziehen dürfe.

So saß ich nun, in Schal und Paletot gehüllt, im Schreibzimmer der Damen vom Sekretariat und war bemüht, mich auf meine Übersetzung zu konzentrieren.

Ringsherum rasselten Schreibmaschinen, wurde diktiert, korrigiert und diskutiert. Es war gerade Drucktag. Damals erschien die WELT nur dreimal in der Woche. Hans Kaufmann hatte das eigens so arrangiert. Er wollte meine Konzentrationsfähigkeit prüfen.

Aber es kam noch schlimmer. Aus der Kantine brachte jemand den sechs Sekretärinnen heißen Tee. Lag es nun an der Überfüllung des Lokals oder war der Kellner so ungeschickt – jedenfalls schüttete er einen Guß heißen Tee Frau Thea Wendorf über den Arm. Schmerzensschreie. Hilferufe. Verwünschungen. Ein Tumult brach los. Dagegen war Dantes Inferno ein friedliches Schäferspiel.

Mittendrin saß ich, schwitzend im Wintermantel, mit Wollschal und Examensangst, vor meiner Prüfungsarbeit. Die Stoppuhr tickte. Pünktlich nach 45 Minuten kam Hans Kaufmann und sah sich mein „Werk" an.

In der Geschichte der WELT bin ich wohl der einzige, der eine „Eignungsprüfung" machen mußte, noch dazu unter so turbulenten Umständen. Die „Eignung" galt natürlich nicht auf Lebenszeit.

Die WELT wandelte sich. Ich habe bis zum heutigen Tag 15 (in Worten: fünfzehn!) Chefredakteure erlebt. Loyalität ist nicht immer bequem.

*

Dieser Rückblick wurde im Herbst 1973 für mein Buch „Meine liebsten Reportagen" geschrieben. Bei Chefredakteur Nr. 18 war für mich Endstation. Das war am 1. April 1975. Nach 26 Jahren Mitarbeit bei meiner Zeitung.



Fritz Wirth, WELT-Korrespondent in den USA, trat 1958 in Hamburg in die Redaktion ein.

FRITZ WIRTH

Paul Sethes unendlich lange Wanderungen

Eine schwere, massige Gestalt. Die Hände auf dem Rücken verschränkt, den Oberkörper leicht vorgebeugt. Blind für alles, was ihm über den Weg lief. So wanderte er über den Korridor des zweiten Stocks in der Hamburger Kaiser-Wilhelm-Straße.

Es war meine erste Begegnung mit einer journalistischen Legende. Ihr Name: Paul Sethe. So „schrieb" er seine Leitartikel. Sie waren Produkte unendlicher Wanderungen, vorbei an blau gestrichenen Türen, eiligen Redaktionsboten, Sekretärinnen und Redakteuren, die an ihm vorbeihasteten. Ein ungeschriebenes Hausgesetz verlangte, diesen Mann nicht anzusprechen oder zu stören.

Er schrieb Analysen zu Themen des Tages und zu Fragen der Zeit, die er wie kein anderer in der deutschen Geschichte zu verankern versuchte. Denn dieser Mann war niemals ein Journalist, der für den Tag arbeitete.

Er war ein wanderndes Geschichtsbuch. „Den Deutschen ist ihre Vergangenheit gleichgültig oder widrig geworden. Wie aber könnte ein Volk kraftvoll leben und wirken, wenn es kein Bild von seiner Geschichte mehr in sich trägt?" schrieb er einmal.

Es war Mai 1958, und meine erste Begegnung mit einem der „Großen" bei dieser Zeitung. Seine Eigenart, Leitartikel zu erwandern, machte Paul Sethe sichtbarer als die andere große Legende dieser Zeitung, Hans Zehrer, den Chefredakteur.

Er liebte nicht den großen Auftritt und die dramatische Geste, sondern zog den ruhigen Dialog vor und machte im Vorübergehen die Frage nach dem Wohlergehen zu einem gemeinsamen Ereignis: „Wie geht es uns?"

Die unauslöschliche Erinnerung eines Studenten, der in den Journalismus ging: die erste Redaktionskonferenz bei der WELT am 15. Mai 1958. Eine Ansammlung von Männern, wie sie zu jenem Zeitpunkt nirgendwo sonst im deutschen Journalismus bei einer Tageszeitung anzufinden war.

Erste Begegnung mit der kühlen, abwägenden, analytischen Überzeugungskraft eines noch nicht 40jährigen Kurt Becker, der die Innenpolitik leitete, mit der ätzenden Schärfe eines Gert v. Paczensky, der für die Außenpolitik zuständig war und sich mit Hilfe eines Barts in eine höhere Altersklasse hochmogelte; mit der schlaksigen Eleganz eines Gösta von Uexküll, die sich in seinen Glossen widerspiegelte; mit dem abwägenden und verbal doch so unendlich temperamentvollen und ungeduldigen Joachim Besser; mit dem gütig onkelhaften Wirtschaftskommentator Professor Zimmermann (alias Ferdinand Fried) und schließlich dem frech draufgängerischen Feuilletonchef Georg Ramseger, der dem frischen Germanistik-Studenten gleich am ersten Tag die Illusion nahm, daß Kultur bei einer Zeitung wie der WELT ein Ort der Weihe zu sein hat.

Hans Zehrer leitete die Konferenzen dieser eigenwilligen, scharfzüngigen, temperamentvollen journalistischen Schwergewichte mit leichter Hand, behutsamer Bestimmtheit und redlicher Toleranz.

Und jene, die ihn gern einen „dunklen Träumer" und Paul Sethe einen „in der Geschichte lebenden Zuschauer" nannten, wären erstaunt gewesen zu sehen, wie intensiv sich beide Männer angeblichen Alltagsbanalitäten zuwenden konnten.

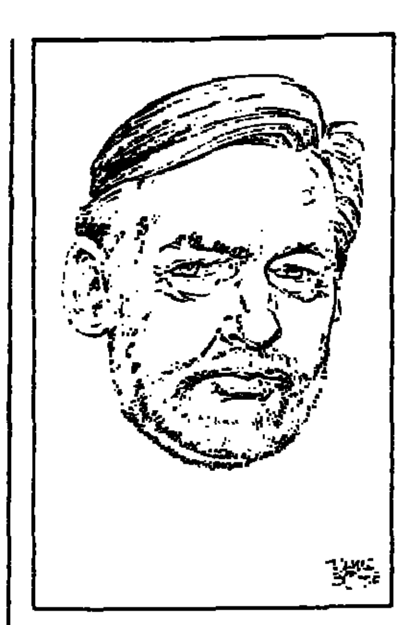
Denn es war Paul Sethe, der in diesen Konferenzen daran erinnerte, daß die Dame Soraya auch für ein Intelligenzblatt wie die WELT ein legitimes Thema sei und der vor einer journalistischen Arroganz warnte, die diese Zeitung jenseits des Alltags ansiedeln könnte.

Und es war Hans Zehrer, der später ebenso intensiv darauf drängte, daß der Selbstmord der Marilyn Monroe kein Ereignis für Klatschspalten-Journalismus sei, sondern im Feuilleton behandelt werde.

Mein Kontakt zu diesem Feuilleton blieb hautnah in den folgenden Jahren. Ein Zufall machte Willy Haas zu meinem Zimmernachbarn. Es war eine staunensreiche und zuweilen beängstigende Nachbarschaft. Einst hatte er vergessen, daß seine Tür geschlossen war und ging – auf wundersame Weise unversehrt – direkt durchs Glas.

„Sagen Sie nicht, daß dies nur einem alten, gedankenverlorenen Feuilletonisten passieren kann", wehrte er eilige Hilfeleistungen ab. „In dieser Welt gehen keine Gedanken verloren."

Er hat niemals gesagt, wie er den Begriff „Welt" verstanden wissen wollte.



Christian Ferber (67) lebt seit 17 Jahren in England und berichtet aus Kultur und Gesellschaft.

CHRISTIAN FERBER

Vom Verlag gelegentlich eine Pulle

„Geh'n Sie", sagte Hans Zehrer dann und wann, „in die Vollen!" Das hieß Üppigkeit im Geiste und im Umfang, wenn auch nicht in Entlohnung oder gar Spesen. Ich bin gern in die Vollen gegangen, jedoch, Zehrer gebot über die Visionen, Redakteure aber teilten den vorhandenen Platz ein. In jenen frühen Jahren aber gab es nicht nur Nierentische, es gab auch den Zauber, mit 35 allerhöchstens 25 Jahre alt zu sein: ein Privileg meiner sogenannten verlorenen Generation.

Zur WELT kam ich nach Vorübungen in zwei guten Ställen: Bei Piper hatte ich es zum geprüften Verlagsbuchhändlergehilfen gebracht, und bei der „Neuen Zeitung" (selten kopiert, nirgendwo erreicht) zu einigen Erkenntnissen, wie ein Journalist arbeitet. Meine Frau und ich waren dann etwas zerstreut und ganz ohne Sicherheit von München nach Hamburg übersiedelt; dergleichen tat man damals, denn was war schon sicher? Im Spätsommer 1954 besuchte ich Hans Zehrer in einem düsteren Zimmerchen des weiland Broschek-Hauses: Auch er war gerade zur WELT gekommen, aber schon zum zweiten Mal. Er kleidete mein Engagement in einen sehr freundlichen Satz: Wir wollten, sagte er, es miteinander probieren.

Dann muß er das Gespräch vergessen haben. Als ich ernsthaft eintrat, Ende Oktober (dann schon im hinteren Flügel des Maison Springer), da war der Empfang beim Portier wesentlich freundlicher als der bei dem leitenden Herrn von der Kultur: Niemand hatte jenem gesagt, was ihm bevorstand. Jedoch, ich blieb, ging mit oder ohne Erlaubnis in die Vollen und stieß über die merkwürdigsten Gegenstände, wie etwa über evangelische Akademien oder den Nutzen des Lasters, über Faulkner in Hamburg, O'Neill im Schauspielhaus, über den Inhalt des neuen Fernsehkastens oder über Bischof Liljes Rückkehr von ökumenischen Bemühungen in Asien – glücklicherweise aber auch über Kaninchenausstellungen, Blumenschauen oder Damenhüte-Vernissagen, oder aber die Zustände auf dem Hauptbahnhof, all dies Salz der Journalisten-Erde, vom Feinsinn zumeist verachtet. Es war anstrengend, es war unterhaltsam.



Ganz gelegentlich schickte nach Gutsherrenart Verlagsleiter Schulte eine Pulle Cognac anläßlich eines ihm zusagenden Textes. Endlich begann ich zu allem anderen (mit Zustimmung, bitte, meiner Frau) ein intimes Verhältnis zu haben mit einer Dame namens Lisette Mullère, die mir jede Woche ihr Tagebuch anvertraute zur taktlosen Veröffentlichung. Dies währte zehn Jahre lang, und dann war es vorbei mit Lisette (Verhältnisse sollen immer ihre Zeit haben) und die ersten WELT-Jahre schienen schon in heroischer Ferne zu liegen.

Große journalistische Federn:



Raymond Aron



André Malraux



Alfred Grosser



Albert Camus

Ein Lob für die Presse

Von LOTHAR RÜHL

Ein berühmtes französisches Wort sagt: „Le journalisme mène à tout, pourvu qu'on en sort à temps", *was so viel heißt wie:* Der Journalismus öffnet alle Wege, vorausgesetzt *man verläßt ihn zur rechten* Zeit – gemeint ist, früh im Leben. Die Zahl derer, *die in Frankreich,* meist in jungen Jahren, als Journalist tätig *waren und später andere* Laufbahnen einschlugen, ist beträchtlich. Viele Politiker der III. und IV. Republik begannen als Journalisten, viele bedeutende Literaten, *wie in unserer* Zeit André Malraux oder Albert Camus, Universitätsprofessoren wie Raymond Aron oder Alfred Grosser, waren zumindest auch Journalisten, Aron sogar dreimal Chefredakteur.

Trotzdem wird es auch im lateinischen West- und Südeuropa, wo die Übergänge zwischen dem Journalismus und dem politischen Milieu geschmeidig sind, als Sensation angesehen, wenn Journalisten nicht über das Parlament, sondern über die Administration in die Politik eintreten oder gar in der Staatsverwaltung tätig sind, ohne ein politisches Amt zu übernehmen. Man hat mich deshalb, seit ich Regierungssprecher und danach Staatssekretär geworden bin, oft gefragt, wie sich ein Journalist „auf der anderen Seite der Barrikade" fühle, so als hätte er die Seiten gewechselt und stünde nun in einem anderen Lager.

Die Antwort auf diese Frage ist *nicht nur schwer, sondern oft auch* belanglos, wenn sie gegeben wird, *nämlich dann, wenn die Frage in einem* verengten Blickwinkel, sozusagen aus der Sicht einer Schießscharte gestellt wird, als ob Regierung für die Presse eine Gegenposition *in einem* unauflöslichen Konflikt sei. In dieser *Vorstellung* erscheint die Exekutive als die Zitadelle der Staatsmacht, in der andere Interessen walteten und andere Gesetze des Denkens und Planens das Handeln bestimmten als draußen vor ihren Wällen auf dem freien Feld der öffentlichen Debatte. Journalisten, die eine Parteikarriere machen und ins Parlament gelangen, erscheinen in dieser Betrachtungsweise weniger entrückt und verfremdet als einer, der, wie man auch oft sagt, „im Zentrum" der politischen Entscheidung, also in Regierungsdiensten steht.

Diese Betrachtung ist eine Selbsttäuschung des Beobachters. Ich habe in fünf Jahren Regierungsdienst in Bonn den Eindruck gewonnen, daß es in der deutschen Staatspolitik kaum noch deutliche Grenzen zwischen Exekutive und *Parlament gibt* und daß die Staatsverwaltung nicht nur nach außen, zur *Gesellschaft* hin, offen, sondern auch für Information wie für Personen durchlässig ist. „*Die* Barrikade" ist in Wirklichkeit keine, sondern eine Theaterrequisite auf der politischen Bühne – eine Kulisse, die von Akt zu Akt verschoben und eskamotiert werden kann, wenn man sie nicht braucht. Wenn sie aufgestellt wird, dann meist nur, um den Blick von außen auf die politische oder bürokratische Handlung zu verstellen und diese umso interessanter oder fataler erscheinen zu lassen.

Für jeden Journalisten oder Diplo*maten, der nach Deutschland kommt,* bietet Bonn alles andere als die Bastionen einer Regierungsfestung. Für mich war dies in Paris oder Brüssel, in *Athen* oder *Beirut nicht so einfach.*

Der Unterschied zwischen dem Metier des Journalisten und der Tä*tigkeit des Regierungsbeamten,* der an politischen Entscheidungen teil*hat,* der diese jedenfalls *vorbereiten* und begründen, ausführen und auf *Erfolg oder Mißerfolg prüfen hilft,* liegt eigentlich im Zugang zum De*tail, in der Aktenkenntnis,* und im Überblick über die inneren Zusammenhänge der *Planungs-* und *Entscheidungsprozesse.* Wieviel von diesem nach einiger Zeit noch des Wissens wert ist, ist eine andere Frage. Was der Journalist von außen erkennen kann, ist die allgemeine Ausrichtung der Politik. Außerdem kann er Mosaiksteine sammeln. Wenn er das *Muster erfaßt, fällt* ihm die Einordnung leicht.

Von innen her betrachtet bedeutet dies, daß auf dem Wege des logischen Denkens und in Kenntnis der Akteure die Erklärung des Regierungshandelns auch ohne die Detailkenntnis möglich ist. Regierung ist weder eine Verschwörung, die sich der Irreführung der Öffentlichkeit bedient, noch Willkür. Kein Kanzler oder Minister entscheidet nach dem monarchischen Prinzip des „fait du prince", also nach willkürlichem Ermessen.

Die großen Entscheidungen der *Regierungspolitik,* an *denen ich als* Berater und Zuarbeiter beteiligt war, ließen sich sämtlich von außen, allerdings aus der Nähe, erkennen und nachprüfen. Regierungen in demokratischen Staaten tun zumeist das, was sie annoncieren und für die Öffentlichkeit erklären.

Im Regierungsapparat sehe ich *mich* wie die Administratin insgesamt zumeist in einem Glashaus. Zu *den Journalisten* besteht ein Erklärungsverhältnis, ähnlich wie zu den *Parlamentariern.* Verwirrung und Fehldeutung entstehen fast immer aus der Unzulänglichkeit *der Beurteilung* derer, die das Handeln erklären, sei es von *innen nach außen, sei es* von außen über die Absichten und Mittel der Politik. Der Wechsel von außen nach innen hat mir Einsichten in Zusammenhänge und Einblick in Details unterschiedlicher Bedeutung eröffnet. Aber auch ohne diese privilegierte Kenntnis hätte ich die Zusammenhänge, die Kausalität, die Konsequenzen erkennen *und beurteilen* können.

Natürlich hat jeder, der das Privi*leg hat,* dem *Staat in der Regierung* zu dienen, den Vorteil der persönlichen *Mitwirkung, anders gesagt,* die Bürde eines Teils der Verantwortung. Für den hohen Regierungsbeamten liegt diese Verantwortung vor allem anderen in *dem Rat, den er gibt,* und in der Darlegung der Optionen des Han*delns. Dies* bedeutet, *daß von* ihm intellektuelle Redlichkeit, Akuratesse *in der Analyse von* Problemen und Eindeutigkeit in der Argumentation *verlangt werden.* Ein Kommentator mag sich mit Alternativen ohne Kon*sequenzen* bescheiden können, ein verantwortlicher politischer Beamter *darf es nicht.*

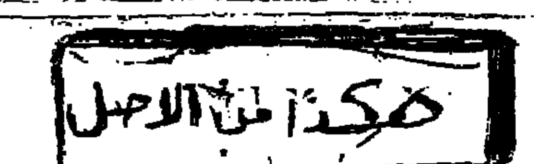
Aber der Journalist und der Ratgeber der politisch Verantwortlichen haben neben dem Stoff, mit dem sie umgehen, den Zwang zur Begründung in der Sache, die Rücksichtnahme auf die Umstände des politischen Geschehens und die Notwendigkeit, alle Aspekte einer Entscheidung zu bedenken, gemeinsam.

Was mich im Unterschied zu mei*ner journalistischen* Tätigkeit *in drei* Jahrzehnten seither im Regierungs*dienst am meisten beschäftigt und* bestimmt, ist der Zwang, in allen Din*gen verbindlich zu urteilen, mich ein*deutig zu erklären, alle Möglichkeiten in Rechnung *zu stellen – das heißt,* richtig einzuordnen – und dies zu tun in dem Wissen um meine *Unvollkommenheit,* um die Fehler, die uns allen unterlaufen, und um die Tatsache, daß die Akten länger gelesen werden als die Zeitung von gestern.

Wenn ich aber die Zeitungen alltäglich lese, so kann ich erkennen, daß über die Verwirrung der Tagesnachrichten und eiligen Erklärungsversuche hinweg die Journalisten im allgemeinen gut unterrichtet sind. In dieser Hinsicht kann ich attestieren, daß die deutsche Presse ihren Zweck er*füllt und im großen und ganzen von* hoher Qualität ist. Dies bestätigen zu können, *ist für einen Journalisten eine Satisfaktion,* für einen Regierungsbeamten eine ermutigende Feststellung zum demokratischen Prozeß.

Dr. Lothar Rühl (59) promovierte bei Alfred Grosser und Raymond Aron. 1969 kam er als stellvertretender Chefredakteur zur WELT. 1973 wurde er ZDF-Studioleiter in Brüssel, 1980 zweiter Regierungssprecher im Kabinett Helmut Schmidt. Seit 1982 ist Rühl Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium.







Der protokollarische Glückwunsch nach der Wende in Bonn: Ex-Kanzler Schmidt und Nachfolger Kohl.

Die Woche, in der die Koalition zerbrach

Von PETER GILLIES

Bomben passen selten durch einen Briefschlitz. Als der Chronist jedoch am Sonntag, dem 12. September, morgens um halb neun Uhr ein 34seitiges Schreiben durch seinen Briefschlitz plumpsen sah, war der Sprengstoffcharkater schon beim Überfliegen deutlich. Absender: Bundesminister für Wirtschaft, Empfänger: der Bundeskanzler. Anrede: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler ..."

Wenige Tage später sollte der Bundeskanzler den Brief als „Scheidungsbrief" und „Manifest der Sezession" bezeichnen. Genau dies war er: Graf Lambsdorff hatte seine bisherigen Vorschläge zur Gesundung der Wirtschaft zu einem konsistenten Konzept geformt. Der Inhalt: Straffung und Kürzung der Sozial- und Transferleistungen, Abkehr von der Schuldenpolitik, massive Hinwendung zu privaten Investitionen und damit zu mehr Arbeitsplätzen.

Aus ihrem Verständnis des Sozialstaates war die SPD im Nerv getroffen. Der Montag, 13. September, wühlte die Koalition auf. In FDP und SPD gab es letzte Versuche, das Konzept des Grafen zu dessen politischer Isolation zu benutzen. „Graf Dracula, der Arbeiterblut säuft", scholl es von Gewerkschaftsseite.

Regierungsprecher Bölling stellte postwendend vor Journalisten am Nachmittag fest, daß dieses Konzept nicht mit der Meinung der Bundesregierung übereinstimme.

Die Entlassung des Grafen als Minister wurde diskutiert, aber vom Kanzler wurde sie betont offengehalten.

Indiskretionen im Ruder-Club

Am selben Nachmittag kam – ganz unplanmäßig – Bundesaußenminister Genscher in einen erlesenen Kreis und plauderte aufgeräumt und offen über den Zeitplan eines Regierungswechsels. Vor dem handverlesenen Zirkel einiger Journalisten im Bonner Ruder-Club. Spätere Reaktionen der SPD lassen erkennen, daß diese Wind davon bekommen hatte.

Vor seiner Fraktion am Dienstag, dem 14. September, zog Helmut Schmidt vom Leder. Dem Grafen mangele es an analytischen Fähigkeiten, und „das Papier ist im übrigen auch fachlich und sachlich unausgegoren". Noch am Dienstag glaubte er offenbar an einen längeren Todeskampf der Koalition, denn er sagte: „Die nächsten Wochen scheinen innenpolitisch dramatisch zu werden."

Schon der nächste Tag wurde es. Im Kabinett stellte Schmidt seinen Wirtschaftsminister zur Rede. Bölling erklärte zwar hernach, es seien „keine Stahlsplitter geflogen", aber er unterschlug die vergifteten Pfeile. „Welche politischen Absichten verfolgen Sie?" fragte Schmidt seinen Wirtschaftsminister. Dieser wiegelte ab: Im Auftrag des Kanzlers habe er die längerfristigen Perspektiven aufgezeichnet, wie man aus der Arbeitslosigkeit herausfinden könne. Auf weitere insistierende Fragen beteuerte Lambsdorff, er stehe auf dem Boden der bisherigen Regierungsbeschlüsse.

Der Kanzler glaubte ihm nicht, erwähnte vielmehr die Vokabel der

ES STAND IN DER WELT AM 18. 9. 1982

„Richtlinie", ein Synonym für seine *Möglichkeit*, unbotmäßige Minister zu entlassen. Auch Genscher stapelte die Brisanz des Papiers tiefer, Innenminister Baum bezeichnete das Reizkonzept gar als „Diskussionsgrundlage" auch mit der SPD.

Aber an diesem 15. September waren die Würfel schon gefallen. Der Kanzler schob freilich noch ein Ultimatum nach: Lambsdorff möge öffentlich erklären, daß er noch auf dem Boden der Regierung stehe. Dies geschah am folgenden Donnerstag. Lambsdorff: „Deshalb stehen die Freien Demokraten zu diesem Etat, deshalb habe ich den Entwurf gegen viele Einwände vertreten." Aber er schob gleich eine Spitze gegen die SPD nach: „Ich hätte mir gewünscht, daß dies von allen Angehörigen der Koalition so geschlossen geschehen wäre, denn das ist für die Vertrauensbildung im Lande wichtig."

Eisiges Schweigen bei der SPD. Der Kanzler selber hat den gewünschten Rückzieher des Grafen nicht mitangehört. Er saß mit seinen Getreuen Brandt, Wehner, Vogel, Rau und Glotz zusammen, um das für die SPD effektivste Ende der Koalition zu besprechen. Schon am Abend zuvor hatten sie sich in Wehners Arbeitszimmer getroffen und bis in die Nacht getüftelt.

Am Donnerstag benutzte Genscher die außenpolitische Debatte im Bundestag, der SPD „Zweideutigkeiten" vorzuwerfen. Diese wiederum sprach von „Verrat" der FDP. Erregt rief Genscher: „Machen Sie nicht die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zum Gegenstand Ihrer Landtagswahlen! Hören Sie auf, den Friedenswillen und die Friedensfähigkeit unter demokratischen Parteien zu bestreiten." Und: „Bekennen Sie sich eindeutig zur Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung."

Brausender Beifall von CDU/CSU und FDP, der neuen Koalition, die jetzt auch außenpolitisch aktenkundig wurde, nachdem bereits in Wirtschafts- und Finanzpolitik das gemeinsame Urstromtal nur notdürftig vernebelt worden war.

Herbert Wehner benutzte Wörter, die Endzeit signalisieren. Genscher müsse deutlich erklären, ob er den Kanzler „stützen oder stürzen" wolle, die Zeit der „Fragezeichen" endlich beenden. Freilich war sie schon beendet, wie der Bundeskanzler am Donnerstagnachmittag deutlich machte.

Während noch der Bundestag über den Haushaltsentwurf 1983 diskutierte, der wirtschaftlich, aber auch politisch immer mehr zu einem „Gespenster-Budget" wurde, lief der Countdown bereits. Der Bundeskanzler suchte den Bundespräsidenten auf. Die Nachrichtenmedien bekamen den Stellenwert dieses Treffens zuerst gar nicht mit, ließen sich durch die Verlautbarung täuschen, das Gespräch sei lange geplant gewesen.

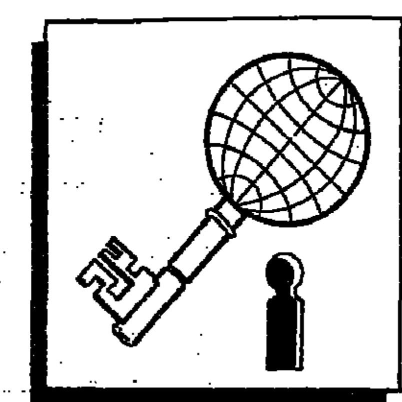
In der Rolle des „Königsmörders"

Dies stimmte zwar formal, aber andererseits ist die Mitwirkung des Bundespräsidenten sowohl bei der Entlassung und Berufung von Bundesministern als auch bei den Artikeln 67 und 68 des Grundgesetzes (konstruktives Mißtrauensvotum und Vertrauensfrage) nötig.

Seit Wochen schwirrten in Bonn die mehr oder weniger trick- und fintenreichen Modelle: Neuwahlen? Minderheitsregierung? Mißtrauensvotum? Die SPD und vor allem der um seine Handlungsfähigkeit besorgte Kanzler wollten stets dreierlei: die FDP spalten und sie in den Hessen-Wahlen als „Königsmörder" darstellen, die CDU in Handlungszwang setzen, der SPD den Rest ihrer Identität retten.

Erbost war der FDP-Vorsitzende, daß Schmidt ohne Absprache mit ihm dem Bundespräsidenten seine Aufwartung machte. Aber Tisch- und Bettuch zwischen beiden waren schon vorher zerschnitten.

Kurz nach 19 Uhr passierte der Wagen von Helmut Kohl die Pforte des Kanzleramtes. Nach 45 Minuten war das Gespräch zu Ende. Letzter Akt, bevor das Kalenderblatt abgerissen wurde. Der 17. September 1982 dämmerte herauf.



Einfluß der Verbände könnte nicht größer sein

Von ARMIN RECK

1958 fällte das Bundesverfassungsgericht das erste Parteispenden-Urteil. Seither gab es kaum ein Gesetz zu diesem Thema, das nicht unter den Karlsruher Röntgenschirm gelegt werden mußte. Professor Eschenburg mißt die staatspolitischen Eckpfeiler der Parteienfinanzierung ab. – Die Fragen stellte Armin Reck, innenpolitischer Redakteur der WELT.

WELT: Die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 hatte generell keine Regelung über politische Parteien aufgenommen. Welchen Handlungsbedarf sahen die Väter des Grundgesetzes, die Stellung der Parteien im parlamentarischen System festzuschreiben?

Eschenburg: Das Hitler-Regime hatte alle Parteien, mit Ausnahme der eigenen, zur Auflösung gezwungen. Dem parlamentarischen Rat kam es darauf an, die Parteien als „verfassungsrechtlich notwendige Instrumente" für die politische Willensbildung im Grundgesetz besonders herauszustellen.

WELT: Das Grundgesetz sagt nichts darüber aus, wie die Parteien zu Geld kommen dürfen, verlangt aber seit 1983 von ihnen Auskunft, woher es kommt und wofür es verwandt wurde. Reicht das aus?

Eschenburg: Solange Parteien bestehen, also schon im vorigen Jahrhundert, finanzieren sie sich wie Vereine aus Mitgliedsbeiträgen und aus Spenden in höchst unterschiedlicher Größenordnung. Es bestand und besteht auch heute noch Spendenfreiheit. Aber schon in der Weimarer Zeit zeigte sich ein wachsendes Unbehagen über die private Finanzierung der Parteien. Der Staat kümmerte sich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, nicht um Finanzierung von freien Vereinigungen, einschließlich der Parteien. Nach Hamanns Grundgesetzkommentar ist die Daseinsvorsorge für die Parteien der staatlichen Verantwortung entzogen. Auch die Spendenfreiheit gilt in der Bundesrepublik. Aber nach Artikel 21, Abs. 2 ist die Pflicht zur Rechenschaftslegung über die Herkunft der Parteispenden, nicht aber über deren Verwendung auf Betreiben der SPD eingeführt worden. Die Ausführung ist erst im Parteiengesetz von 1967 geregelt. Zweck dieser Bestimmung sollte die Reduzierung der Großspenden sein. Doch 1954 setzten die Regierungsparteien CDU, FDP und DP gegen den Willen des Bundesfinanzministers Fritz Schäffer (CSU) eine steuerliche Begünstigung der Parteispenden ein. Was den „gemeinnützigen Vereinen" recht sein sollte, sollte den Parteien billig sein. Schäffer wollte ein Spendenverbot und dieses durch Zuwendung öffentlicher Mittel kompensieren. Kurt Schumacher, der Vorsitzende der SPD, hat 1945 gesagt: Die Herrschaftsverhältnisse dürfen auf keinen Fall sachlichem Besitz entsprechen. Beide wollten dasselbe, aber aus verschiedenen Motiven.

WELT: Die SPD ließ 1958 die vier Jahre vorher eingeführte steuerliche Abzugsfähigkeit von Parteispenden durch Karlsruhe verbieten. Spenden für staatspolitische Zwecke und an parteinahe Stiftungen waren ausgeschlossen. War die SPD damit der Steigbügelhalter für sogenannte Geldwaschanlagen?

Eschenburg: Diese Steuerbegünstigung wurde 1958 auf Antrag der SPD, weil „verfassungswidrig", aufgehoben. Sicherlich wollte die SPD mit ihrem Antrag nicht „Steigbügelhalter" sein, aber sie wurde es in der Praxis, wie andere Parteien auch.

WELT: Wenn Konzerne an Regierungsparteien wie an Oppositionsparteien etwa gleich hohe Beträge überweisen, egalisiert sich doch die Einflußnahme. Ist die Spende eines großen Arbeitgebers in einer kleineren Gemeinde an eine einzige politische Gruppierung nicht bedenklicher?



Theodor Eschenburg, Jahrgang 1904, ehedem Ordinarius für wissenschaftliche Politik in Tübingen, hat als Kritiker öffentlicher Mißstände Popularität erreicht. Noch heute bescheinigt man dem „liberalen Wächter demokratischer Institutionen" eine starke publizistische Ausstrahlungskraft.

Eschenburg: Großspender, auch die gewerkschaftschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft, stellen in der Regel für ihre Leistungen überwiegend nicht präzise Bedingungen, sondern wollen jeweils die Partei oder die Parteien fördern, die am wenigsten von ihnen entfernt sind, also am wenigsten zu ihnen im Gegensatz stehen. Daß Großspender die Parteien ohne Rücksicht auf den Grad der Entfernung oder des Gegensatzes gleichmäßig bedenken, kommt in der Regel wohl kaum vor. Doch ist es möglich, daß sie entfernteren Parteien in geringerer Höhe Spenden geben, um Wohlwollen für den Fall, daß diese an die Regierung kommen oder kommen könnten, zu zeigen. Zum zweiten: Es besteht Spendenfreiheit mit der Einschränkung der Offenlegung im Sinne des Parteiengesetzes.

WELT: Die Finanzierung von Parteien über Spenden wird kaum per Strafgesetzbuch verhindert werden können. Wäre die Steuergesetzgebung ein wirksamer Hebel?

Eschenburg: Die Leistungen von Spenden durch Unternehmen und Verbände einschließlich der Gewerkschaften können beachtlich gehemmt, wenn nicht gerade verhindert werden dadurch, daß die Verletzung der Offenlegung strafrechtlich verfolgt wird und solche Spenden von der staatlichen Zuwendung in voller Höhe abgezogen werden.

WELT: Wenn die Einflußnahme der Wirtschaft auf die Gesetzgebung über Spenden abnimmt, werden dann die Konzerne nicht versuchen, auf dem direkten Weg über ihre Lobbyisten im Bundestag Einfluß zu nehmen?

Eschenburg: Einfluß auf die Gesetzgeber zu nehmen versuchen schon jetzt die Lobbyisten, nicht nur der Konzerne, sondern auch von Verbänden. Ob dieser noch stärker gesteigert werden kann, wage ich zu bezweifeln. Die direkte Finanzierung der Parteien durch den Staat ist, ganz abgesehen vom Anspruchsdenken, heute allenfalls graduell, aber nicht mehr prinzipiell umstritten.

WELT: Der Willensbildungsprozeß im Bundestag hat sich geändert. Weniger das Gewissen des einzelnen Abgeordneten zählt als seine Gruppenangehörigkeit – zum Teil unabhängig von der Fraktion. Ist die Druck-Kulisse der Beamtenschaft nicht stärker als die Bestechungskulisse aus der Wirtschaft?

Eschenburg: Der Willensbildungsprozeß im Bundestag hat sich gegenüber dem im Reichstag nicht wesentlich geändert. Was die Druck-Kulisse angeht, so beschränkt sie sich nicht nur auf die Beamtenschaft, sondern, wie wir gerade eben gesehen haben, auch auf die Gewerkschaften und auf den Bauernverband, um nur Beispiele zu nennen. Die Frage der Bestechung der Wirtschaft ist durch die Gerichte noch nicht abgeschlossen, deswegen kann ich mich dazu noch nicht äußern.

Rekord in Handel und Wandel

Von J. SCHAUFUSS



Die Pforte zur Siegesstraße der Franzosen, die Champs-Elysées: der Arc de Triomphe. In einem der beiden Bögen befindet sich das Grabmal des Unbekannten Soldaten, ein Mahnmal des Krieges.

Frankreich ist der größte Handelspartner der Bundesrepublik. Dies war für den Verlag und die Chefredaktion der WELT ein wichtiger Grund, bereits 1957 nach Paris einen eigenen ständigen Wirtschaftskorrespondenten zu entsenden.

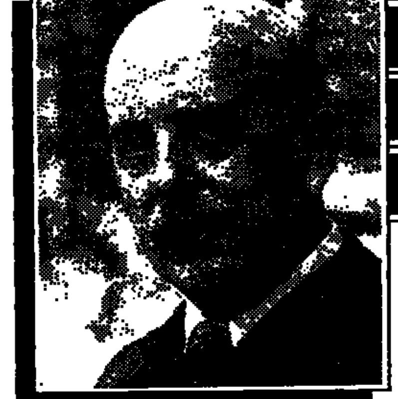
Dann folgten Büros in Washington, London, Mailand und Brüssel. Das weltweite Auslandskorrespondentennetz der Zeitung wurde dadurch vertieft und abgerundet.

Die Anfänge in Paris waren allerdings nicht einfach. Vor 30 Jahren gab es nur wenige wirtschaftliche Informationsquellen. Sie waren überdies meist den nationalen Zeitungen vorbehalten, deren Wirtschaftsteil vor allem auf die Börsenberichterstattung abgestellt und insgesamt wenig umfangreich war. So mußte sich der Verfasser bei seinen Industrie-Recherchen nicht selten der Werksspionage verdächtigen lassen.

Damals schreckte die Franzosen noch das deutsche Wirtschaftswunder, mit dem sie nicht mithalten konnten. Mittlerweile hat sich mit zunehmendem Warenaustausch und wechselseitigen Investitionen zwischen den beiden Partnern ein enges Vertrauensverhältnis ergeben. Trotz aller Sprachbarrieren wird immer wieder betont, daß man sich gegenseitig am nächsten stehe.

Die französische Presse hat dieser Entwicklung allerdings weniger Rechnung getragen als die deutsche. Nur einige Fachzeitschriften und -zeitungen sind in der Bundesrepublik mit eigenen Wirtschaftskorrespondenten vertreten. Selbst der angesehene „Monde", der mit der WELT häufig verglichen wird, begnügte sich bis heute mit einem politischen Korrespondenten in Bonn.

Als Grund für diese Zurückhaltung wird die geringe französische Exporttradition genannt. Tatsächlich bestreiten den weitaus größten Teil der Exporte in die Bundesrepublik große Konzerne, die dort selbst über eigene Niederlassungen und Informationsquellen verfügen. Dagegen stützt sich der deutsche Frankreich-Export sehr stark auf kleinere und mittlere Unternehmen.



UNSER MANN IN PARIS J. SCHAUFUSS

Joachim Schaufuß, Jahrgang 1927, Volkswirt und Jurist, kam 1955 zum WELT-Stab. Sein Arbeitsplatz seit mehr als 27 Jahren: Paris.

Gleichwohl wird die WELT in französischen Wirtschaftskreisen viel gelesen und häufig zitiert. Dazu haben auch ihre zahlreichen wirtschaftlichen Frankreich-Beilagen beigetragen. In den letzten 14 Jahren wurden insgesamt 21 Beilagen mit 209 Seiten veröffentlicht. Außer umfassenden Regionalbeilagen wurden zahlreiche Branchenbeilagen erstellt; zuletzt über Technologie, Lebensmittel und Luxusartikel.

Nicht nur ist Frankreich der größte deutsche Handelspartner. Auch die Bundesrepublik steht unter den französischen Auslandskunden mit Abstand an erster Stelle. Es ist deshalb zu hoffen, daß auch die französische Presse diesem Umstand Rechnung trägt.

Was die WELT betrifft, so kann für sie die Bedeutung des Pariser Platzes angesichts der zunehmenden französischen Wirtschaftsliberalisierung und der bedeutenden Aktivitäten der hier ansässigen internationalen Wirtschaftsorganisationen nur gefestigt werden.

Sie halten uns für schizophren

Von PETER RUGE

Bei der Abendgesellschaft im vornehmen 16. Arrondissement kam die unvermeidliche Frage, die jedem Deutschen in Paris gestellt wird, beim Kaffee: „Was halten Sie von der Wiedervereinigung?" Ringsum blieben die Löffel in den Tassen. Gespannt wartete alles – doch bevor ich antworten konnte, sagte mein Gegenüber: „Ich halte nichts davon, ein geteiltes Deutschland ist mir lieber."

Ein paar Tage später an der Sorbonne können die Studenten über meine Korrespondententätigkeit in Polen während der „Solidarität"-Zeit nicht genug hören: „Welch ein Volk, unbeirrbar kämpfen sie um ihre Nation, um ihre Einheit, um ihre Identität – auch wenn es so aussichtslos erscheint wie damals, als sie nahezu 123 Jahre lang von der Landkarte verschwunden waren, ausgetilgt von Russen, Preußen und Österreichern. Sie haben ihren Glauben an die nationale Wiedergeburt nicht aufgegeben. Und wie sieht es bei euch aus?"

Wieder die altbekannte Frage, die Antwort gibt sich auch dieser Franzose gleich selbst: „Früher haben die Deutschen uns Angst gemacht, heute machen sie uns Sorge, weil sie sich um ihre eigene nationale Existenz nicht zu kümmern scheinen. Was ist eigentlich los mit den Deutschen?"

Zwei gültige Ansichten über Deutschland in Frankreich – die eine so richtig wie gegensätzlich die andere. Doch gibt es noch einen Unterschied: Zwischen beiden Aussagen liegen Generationen, von denen die ältere anscheinend sich immer noch äußerst schwertut, den ehemaligen Erzfeind heute als Freund zu betrachten.

Für einen deutschen Journalisten, der nach 15 Jahren auf den Korrespondentenposten nach Frankreich zurückkehrt, ist dennoch eine deutlich spürbare Entwicklung in der Annäherung zwischen beiden Völkern festzustellen.

Dabei kommt der offiziellen Ebene, den offensichtlich guten Kontakten der beiden Regierungen über Parteien, Personen und Programme hinweg, sicher eine entscheidende Bedeutung zu. Gesten wie der Händedruck zwischen Staatspräsident Mitterrand und Kanzler Kohl auf den Schlachtfeldern von Verdun lösen Wirkungen aus.

Meinungsbildend aber dürften wie bei einer guten Ehe die Reibungspunkte sein, die im Alltag einer Beziehung auftreten. Und da ist festzustellen: Die Neugier, beim anderen hereinzuschauen, hat zugenommen – man bleibt nicht mehr dabei stehen, sich zu wundern, viele sind durchaus bereit, das eine oder andere aus Lebensart und -gewohnheiten zu übernehmen.

Den Medien kommt dabei eine Rolle zu, die allerdings auf deutscher und französischer Seite unterschiedliche Werte aufweist, so daß sich hier die Frage stellt: Entspricht das Kommunikationsgeflecht zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland dem gegenwärtigen Stand dieser gewachsenen politischen Allianz?

In Paris ist zumindest im Stadtzentrum an jeder Ecke die WELT zu kaufen, aber wie viele Franzosen besitzen tatsächlich deutsche Sprachkenntnisse? Das deutsch-französische Institut in Ludwigsburg legte schon vor Jahren alarmierende Zahlen vor: Umfragen ergaben, daß nur etwa ein Prozent der Franzosen aus Zeitungen ausgewählte Schlagzeilen zuverlässig übersetzen können, annähernd sechs Prozent machen im großen und ganzen richtige Angaben – auf deutscher Seite gibt es entsprechende Werte. Wohlwollend läßt sich sagen, daß nur etwa 2,5 Prozent der Bevölkerung beiderseits des Rheins einem Sprachtest gewachsen sind.

Und trotz aller politischer Absichtserklärungen und feierlichen Verpflichtungen wächst diese Sprachlosigkeit dramatisch – wird nicht auf deutscher Seite gerade in sozialdemokratisch regierten Ländern ein Abbau der Fremdsprachen, des Französischen betrieben?

Die WELT wird zumindest in Paris nicht nur von deutschen Touristen gelesen: Alle politischen Parteien und Gruppen werten die Beiträge aus, wobei das Augenmerk mehr darauf gerichtet ist: Was schreiben die Deutschen über uns? Das läßt sich aus Telefongesprächen ablesen, die den Korrespondenten erreichen: „Sagen Sie bitte, was meinten Sie mit dem Wort ‚Pferdefuß' – das kennen wir nicht."

Die Deutschland-Berichterstattung in der französischen Presse weist umgekehrt ein Ungleichgewicht auf, bezogen auf die beiden großen nationalen Blätter „Le Figaro" und „Le Monde" ist sie um erkleckliches geringer – auffällig dazu stehen die von französischen Politikern häufig gebrauchten Vergleiche zur Bundesrepublik. Am Nachbarn gemessen werden Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen, Inflationsraten und Wachstum.

Umfragen lassen für den Franzosen die Deutschen als seine besten Freunde erscheinen (48 Prozent) – weit an der Spitze, erst mit Abstand gelten die Belgier (38 Prozent) und Amerikaner (33 Prozent) als verläßliche Partner.

Der Franzose nickt, wenn seine Politiker von einer „Schicksalsgemeinschaft" sprechen, in einem Europa, das sich nicht mit dem Status quo zufriedengeben kann.

Für das offizielle Frankreich ist die deutsche Wiedervereinigung nicht aktuell, aber sie ist auch nicht für immer ausgeschlossen. De Gaulle, der in geschichtlichen Dimensionen dachte, bezeichnete sie als das „natürliche Recht der Deutschen". Präsident Mitterrand hat das so ausgedrückt: „Daß die Deutschen seit vierzig Jahren in einem Zustand der Zerrissenheit leben und dies eine Bedrückung ist, kann ich verstehen. Das Problem für uns andere ist, daß der natürliche Wunsch der Deutschen, sich wiederzufinden, nicht das Gleichgewicht in Europa zerstören darf. Aber ich habe volles Vertrauen in die demokratische deutsche Regierung und das Volk, das zu unserem Freund wurde." Sagte Mitterrand nicht auch ein Wort aller französischen Präsidenten: „Man muß Jalta überwinden."?

Wenn wir doch in Deutschland erkennen würden, welchen Mitstreiter wir an unserer Seite haben! Jalta – jedes Schulkind in Frankreich weiß um diesen Augenblick in der Geschichte, der von der Grande Nation als Schmach für Europa angesehen wird. Die Franzosen haben eine zu hohe Meinung von der Nation, als daß sie die Teilung der deutschen Nation als Dauerzustand ansehen könnten. Was sie aber zunehmend beunruhigt, ist, daß die Deutschen selbst ihre Schicksalsfrage nicht fortwährend in Erinnerung bringen.



UNSER MANN IN PARIS PETER RUGE

Peter Ruge (49) machte beim ZDF Karriere, das er in Warschau vertrat. Ende letzten Jahres ging er für die WELT nach Paris.

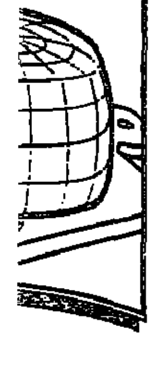
Weil es so unnatürlich still ist, werden daher Zweifel über die deutsche Verläßlichkeit im Westbündnis laut, kommen Bedenken auf, wenn Linke oder Grüne in einer Neutralität das Heil für die Zukunft sehen, gar glauben, auf diese Weise der Wiedervereinigung näherzukommen. Da sind die Franzosen realistischer.

Eine Gallup-Umfrage belegt, daß 55 Prozent der Franzosen in der Wiedervereinigung keine Gefahr für die Europäische Gemeinschaft sehen und daß 36 Prozent der Franzosen sogar die Wiedervereinigung in absehbarer Zeit erwarten – gegenüber elf Prozent der Deutschen. Vielleicht macht man sich in Frankreich wirklich mehr Gedanken über uns, als wir es selbst wagen.

Einer der führenden französischen Publizisten, Jean-François Deniau, sagte: „Man kann nicht länger so tun, als existiere die deutsche Frage nicht mehr. Jemand außerhalb Deutschlands, genauer gesagt: jemand in Frankreich muß den Mut finden, öffentlich auszusprechen, daß die Teilung Deutschlands 40 Jahre nach dem Ende des Weltkrieges nicht normal ist. Nicht normal und damit gefährlich!"

Die Welt ist eitel, aber nur für die Eitlen.
Edward Young





Schafft der Umwelt ein neues Umfeld

Von ALFRED C. TÖPFER

Umwelt, das ist unsere Umgebung, der ganze vielfältige Lebensraum, wo immer wir weilen in Stadt und Land oder auf dem Wasser. Die Veränderungen durch die rasante technische Entwicklung und die moderne Zivilisation innerhalb der letzten 150 bis 200 Jahre sind bestürzend. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts lebten noch 80 bis 85 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande, vor allem als Bauern und Handwerker. Heute wohnen 80 bis 85 Prozent in den Städten.

Unsere Dörfer und Höfe waren mit ihren Bauten harmonisch gegliedert, gut durchgrünt und ansprechend. Die Städte beeindruckten gleicherweise durch handwerksgerechte Häuser, einladende Märkte sowie eindrucksvolle Kirchen und Tore. Der geschlossene Stadtbereich war von Mauern und Stadtgräben umgrenzt. „Mondschein und Giebeldächer in einer alten deutschen Stadt – wie mich dies Bild ergriffen hat", sang ein auslandsdeutscher Dichter.

Draußen vor den Toren war die Landschaft in Ordnung. Die bewirtschafteten Flächen waren geringer als heute. Bäume, Hecken und Büsche, natürliche Bäche und Flußläufe und hin und wieder, wie auch heute, Seen belebten die Landschaft. In Stadt und Land herrschte Ruhe. Die Luft war sauber. Die Dichter der Romantik feierten Wald und Flur in eindrucksvollen Schriften und Gedichten. Am schönsten sagte es der junge Goethe vor mehr als 200 Jahren in seinem Maienlied: „Wie herrlich leuchtet mir die Natur, wie glänzt die Sonne, wie lacht die Flur. Es dringen Blüten aus jedem Zweig und tausend Stimmen aus dem Gesträuch."

Die Technik hat uns durch eine fast unfaßbare Entwicklung in vielen Dingen entlastet und damit etwas Großes beschert: Zeit! Aus einem zwölfstündigen Arbeitstag wurden acht Stunden, aus 305 Arbeitstagen im Jahr 225. Das gibt uns viel Muße zum Genuß und gleichzeitig zur Kritik. Unser wesentlicher Lebensraum ist die Stadt. Wir wünschen weniger Lärm und Unruhe, bessere Luft und größere Sauberkeit. Lärm, Unruhe und schlechte Luft verdanken wir im wesentlichen dem motorisierten Verkehr. Begrenzte Geschwindigkeit in Wohnstraßen schafft erhöhte Sicherheit für Kinder und ältere Leute – eine dankenswerte Regelung! Abgase von Wohnungen, Fabriken und Flugzeugen erhöhen die Luftverschmutzung. Hier müssen Wissenschaft und Technik helfen.

Die gräßliche Unsauberkeit auf den Straßen, in den Grünanlagen und in der freien Landschaft verdanken wir unseren vielen, lieben, liederlichen Mitbürgern. In den USA drohen hohe Geldstrafen. Wir sollten dem folgen.

Wir wünschen Harmonie im Stadt- und Straßenbild: schöne, saubere, ansprechende Häuser, eindrucksvolle öffentliche Gebäude und Kirchen, Straßenbäume, wo immer möglich, sowie Blumenschmuck an Häusern und geeigneten Plätzen. Hausschmuck und -pflege könnten durch Wettbewerbe gefördert werden. Grünanlagen und Parks sind die natürlichen Oasen der Ruhe und Schönheit. In manchen Stadtteilen gibt es noch Hinterhöfe. Unsere Baubehörde hat sich dankenswerterweise dieser einst etwas tristen, ruhigen Winkel angenommen.

Einst Baudenkmal von hohem Rang

Hamburg ist reich an vielfältigen Wasserflächen. Sie laden zu Wasserfahrten ein. Es wäre schön, wenn man – wie in meiner Jugend – vielerorts auch wieder in sauberem Wasser baden könnte. Nichtasphaltierte Uferwege, durch Buschwerk vom Straßenlärm abgeschirmt, sollten – wo *immer möglich – zum Lustwandeln* einladen. Saubere Kinderspielplätze wünschen wir überall, wo nötig und möglich. Sportplätze dürften hinreichend vorhanden sein.



Alfred C. Töpfer (90), Hamburger Getreidehändler und Mäzen. Er ist der bekannteste Umweltschützer, der aber nicht nur die Wiederherstellung des Paradieses predigt, sondern mit Verstand, Persönlichkeit und materiellem Opfer die Blessuren der Umwelt heilen hilft.

Der Autoverkehr ist eine schwere Belastung. Wir brauchen mehr Parkplätze und vielleicht – wenn möglich – auch große unterirdische Garagen zur Entlastung von Straßen und Plätzen und zur gleichzeitigen Sicherung der Pkw. Zäune und Vorgärten sollten ansprechend sein. Das gleiche gilt für die Außenwerbung.

Ein Wort zur Architektur: Viel Schönes ist untergegangen durch Brandkatastrophen, Krieg und Abbruch. Unsere in der Linienführung so ansprechende Möckebergstraße war einst ein Baudenkmal hohen Ranges aus dem ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Alle Häuser waren im Kriege ausgebrannt und beschädigt. Man hätte sie in alter Form wiederherstellen müssen. Dem Einwirken der Baubehörde verdanken wir unter anderem die saubere Wiederherstellung und Erhaltung zweier *klassischer Höger-Bauten: des Chile*hauses und des Klöpperhauses in der Mönckebergstraße.

Fritz Schumacher, Höger und andere haben den traditionellen niederdeutschen Backsteinbau in Hamburg im ersten Drittel dieses Jahrhunderts wieder heimisch gemacht. Schumachers erste Bauten haben mich schon in meiner Jugend begeistert: das Haus des Handwerks und das Museum für Hamburgische Geschichte, beide am Holstenwall.

Der Hamburger Wiederaufbau nach dem Kriege hat, trotz abneh*mender Bevölkerung, immer neue* Freiflächen verbraucht. Gleichzeitig blieb manche Lücke, nicht nur im Stadtkern. Der Hochhausbau im Freiland sollte eingestellt werden. Dafür sollten die vielen Baulücken und restlichen Trümmergrundstücke im Stadtkern, soweit sinnvoll, wieder geschlossen werden. Hier und dort – nicht nur an der Elbe – gibt es ältere Bauten, die zur Stadtverschönerung und Anlage von Grünplätzen abgerissen gehören. Das Bemühen der Baubehörde verdient nachhaltige Unterstützung.

Noch eins: Hochhäuser entstanden zuerst auf der felsigen Insel Manhattan wegen Raummangels. Den haben wir nicht, also sollten wir auf Hochhäuser verzichten.

Hamburg hat nur sehr wenige alte Bauten, Baudenkmäler, Zeugen vergangener Jahrhunderte. Baubehörde und Denkmalpfleger haben dankenswerterweise für ihre Wiederherstellung beziehungsweise Erhaltung gesorgt.

Alles in allem: Es gilt, den eigentlichen Stadtbereich in allen Teilen so schön und anziehend wie möglich zu gestalten. Das würde manchen in Außenbereichen Lebenden zur Rückkehr in den Stadtbereich reizen und noch mehr fremde Besucher anziehen und zum Verweilen locken.

Für die Dörfer gilt Ähnliches: Erhaltung eines harmonischen Dorfbildes mit der Pflege der alten Bauten, ansprechenden Zäunen und Vorgärten, *Bäumen – wo immer möglich* – um Hofanlagen und an den Straßen, Verlegung großer Durchgangsstraßen an den Dorfrand und Anpassung von Neubauten an den alten Baubestand.

Die Landwirtschaft steht wegen der Überproduktion in der EG vor großen Problemen. Die Regelung der zwangsläufigen Erfordernisse sollten wir weitgehend den Betroffenen, also der Landwirtschaft, überlassen. Preisentwicklung und notwendige Kostensenkungen drängen zu größeren Betriebseinheiten. Verpachtung ist dem Verkauf vorzuziehen. So bleiben alte bäuerliche Familien mit einem soliden Rückhalt noch bodenverbunden.

Wesentlich ist, daß die Landschaft bei Zusammenlegung von Höfen beziehungsweise Freiflächen ihren alten Reiz durch Hecken, Einzelbäume *oder Gestrüpp – notfalls durch Um*pflanzung – behält. Eine gewisse Still legung – insbesondere von leichten Böden und Hochflächen – ist zu befürworten. Hierbei würde der Staat – wie bei Mooren und Feuchtflächen – Pächter und eventuell Käufer werden. Eine vorübergehende Stillegung von Ackerflächen ist unbedenklich. Von Neuaufforstungen – ausgenommen in Schleswig-Holstein – sollte man absehen. 31 Prozent der Bundesrepublik Deutschland sind Forstland. Das reicht. Wir können Notzeiten, in denen wir stillgelegte Flächen wieder benötigen, nicht ausschließen.

In den letzten 150 Jahren haben wir die meisten alten Wälder – durchweg Naturwälder mit viel Laubholz – mit den großen Neuaufforstungen auf Nadelholz (Fichte oder Kiefer) umgestellt. Beide versauern den Boden. Beide sind gegen Schäden aus der Luft besonders empfindlich.

Mischwälder dienen Mensch und Tier

Wir werden, soweit wir nicht Laubwälder erhalten, Mischwälder anstreben müssen.

Damit wäre gleichzeitig den Erholungs- und ästhetischen Wünschen gedient. Nadelwälder – Kiefern vor allem – wirken langweilig und tot. Man sollte sie mit Laubbäumen oder Gebüsch umkränzen. Das würde Vögeln, allerlei Getier und unseren Augen wohltun.

Die freie Landschaft – vor allem die *Wälder – sollte ein anziehendes Wege*netz für Wanderer und Radfahrer haben. Vorbildlich sind die Wege in den Hamburger Walddörfern. Parkplätze gehören natürlich an die Waldränder. Wasserflächen, vor allem Seen, brauchen Uferwege und Badeplätze.

1909 wurde in München (heutiger Sitz Stuttgart) durch Deutsch-Österreicher und Reichsdeutsche der Verein Naturschutzpark e. V. gegründet. Er gab dem Naturschutzgedanken in beiden Staaten nachhaltige Auswirkungen. Natur- und Landschaftsschutz sowie Landschaftspflege sind wesentlicher Teil des heutigen Umweltschutzes. In Naturschutzgebieten soll die Landschaft mit allem, was da kreucht und fleucht, vor menschli*chen Eingriffen sowie Beschädigun*gen und oft auch vor Zutritt bewahrt werden.

Der Schutz und die Pflege der Landschaft im Dienste menschlicher Erbauung und Erholung ist das oberste Gebot für die 64 deutschen Naturparke, die seit 1956 auf Initiative des Vereins Naturschutzpark bereitgestellt wurden. Sie umfassen rund 20 Prozent der Bundesrepublik. Bundeskanzler Adenauer nannte es „die größte soziale Leistung im Dienste der Allgemeinheit nach dem Kriege". Der Naturparkgedanke hat erfreulicherweise die Grenzen der Bundesrepublik übersprungen

Wir Menschen sind Herren, Nutznießer, Gestalter und Diener unserer *Umwelt. Daraus ergibt sich unsere* hohe Verantwortung gegenüber den Lebenden und der Zukunft. Das sinnvolle Erleben der Natur und einer schönen, harmonischen Umwelt in Stadt und Land stärkt Herz, Leib und Gemüt, macht gesund, lebensfroh und umgänglich. Höltys Wort aus dem letzten Jahrhundert bleibe wegweisend: „O wunderschön ist Gottes Erde und wert, darauf vergnügt zu sein."



Lüneburger Heide – heiles Paradies: Heidschnucken und Schäfer inmitten blühender Erika. Hier findet man die Muße, die sich aus den Steinschluchten der Städte in solche – seltenen – Reservate zurückgezogen hat.

Weiß-blaue Lebensart

Von PETER SCHMALZ

Die Stimme am Telefon ist *ausgesprochen freundlich*, ja herzlich beinahe. Nun ist der Kollege aus Bonn auch ansonsten nicht unhöflich oder gar grob. Keineswegs, aber diesmal hat er doch hörbar eine Spur mehr Schmelz auf der Zunge. Ob ich denn nicht, meint er, wo wir doch unseren gemeinsamen 40. Zeitungsgeburtstag haben, ein wenig plaudern könnte, aus dem Nähkästchen sozusagen, wie einem zumute ist, der den Preußen quasi aus der Höhle des bayerischen Löwen berichten darf?

Oder schreiben muß, fügt er schnell hinzu, aber da ist es schon zu spät. Wenn *ihr meint*, daß das jemanden interessiert, sage ich und behalte für mich, was ich denke. Daß sie sich das nämlich fein ausgedacht haben, die lieben Kollegen in Bonn, um so durch das Hintertürchen einer Jubiläumsausgabe endlich einmal aus erster Hand zu erfahren, was sie ohnehin längst schon kollektiv ahnen. Daß zum Beispiel der Kollege in München, wenn er mal telefonisch nicht erreichbar war und anschließend sagt, der Stau am Mittleren Ring sei wieder nervend gewesen, in Wahrheit sommers im Biergarten den Chinesischen Turm und andere Schönheiten betrachtete oder winters schnell mal die Ski anschnallte, wo doch, wie jeder in der Bundeshauptstadt weiß, sogar die Münchner Tram bis zum Fuß der Alpen fährt.

Gegen soviel intime Kenntnisse weiß-blauer Lebensart und Arbeitsweise läßt sich schwerlich anschreiben. Denn wer hätte schon die nötige Empfindsamkeit, den Mann in München wegen seines schweren Schicksals zu bedauern, das alljährlich zur *Starkbierzeit, Bayerns „fünfter Jahreszeit"*, hart zuschlägt, wenn der Nockherberg zur Mittagszeit ruft, die Notablen des Staates von Strauß bis Schöfberger dem süffig-braunen und extrastarken Freibier zusprechen und der Schreiber nach der zweiten oder dritten Maß mit einem Taxi in die Redaktion hinabhetzt, sich in einem Zustand an die Maschine setzt, der hinterm Steuer den Führerschein gefährdete, und dann auch noch eilends Zeilen zu Papier bringen muß, die launig über das beim Anstich Erlebte berichten sollen. Nein, Verständnis oder gar Mitgefühl für die Schwere der Bürde ist nicht zu erwarten.

Auch die Erwähnung des Namens Strauß dürfte nur wenig geeignet sein, die Last eines Korrespondenten in München plausibel zu machen. Nun ist nicht zu leugnen, daß dieser Landesvater journalistisch betrachtet ergiebiger ist als dessen Kollege … aus … (hier möge jeder nach Gutdünken einen Namen einsetzen). Wer aber ist schon so mitfühlend, auch die Gefahren zu bedenken?

Ich meine nicht die des Fliegens. Wohl gibt es manche auch in der CSU, die dann, wenn „der Boß" FJS nicht zuhört, lauthals verkünden, sie würden nie mehr mit ihm fliegen. Doch solches ist menschlich, weil oft der einzige Weg, seine Umgebung beiläufig auf die eigene Bedeutung hinzuweisen, die schon darin zu erkennen ist, daß einem die Ehre zuteil wurde, von Strauß persönlich auf zehntausend oder mehr Meter gehoben zu werden.

Ich habe mit ihm als Pilot noch keinen Stoff für Fliegerlatein erlebt. Nur einmal war eine Landung recht unsanft, doch diese Nacht, in der wir von einem Wahlkampf aus Norddeutschland zurückflogen, war so stürmisch, daß selbst ein bockiges Aufsetzen noch ein kleines Meisterstück war. „Heut hat's g'wackelt", gestand damals der Polit-Pilot selbst ein.

Die Gefahr kommt nicht aus der Luft, sie liegt vielmehr in derselben. Wenn beispielsweise ein Wahlkampf *bevorsteht und man just in solch* sensibler Zeit einen Mißstand bayerischer Politik aufspürt, der auch den Ministerpräsidenten ärgert, er aber noch keine Möglichkeit hatte, ihn zu beseitigen.

Da kann es geschehen, daß am Morgen der Veröffentlichung das Telefon schrillt und eine sonore Stimme nur zwei Worte sagt: „Hier Strauß." An einem solchen Morgen war ich *tatsächlich und zum Glück beim* Skifahren, der geballte Zorn drang erst später gefiltert zum Schreiber vor, und die Dinge nahmen ihren Lauf: Der landesväterliche Grant verschwand schließlich wieder, und der Mißstand mittlerweile auch. Beständiger zeigt sich eine andere Gefahr.

Nein, nicht von der bayerischen SPD, die befindet sich in einem Zustand, wo sie über fast jeden Artikel über sich dankbar ist. Und die FDP ist schon froh, in einem Bericht überhaupt erwähnt zu werden. Gefährlich wird es mit Neuigkeiten ausgerechnet von der CSU. Allerdings nicht mit denen, die ohnehin auf Pressekonferenzen verkündet werden, oder mit denen, die der CSU-Pressesprecher erzählt, wobei zwischen beiden ohnehin kaum ein Unterschied erkennbar ist, sondern mit denen, die der Wahrheit näherkommen, weil sie (wie man so sagt) unter der Hand aus (wie man so schreibt) gut unterrichteten Kreisen der bayerischen Regierungspartei geliefert werden.

Daß sie sich nicht selten als Münchner CSU-Klagen entpuppen über jene Teile der bayerischen Regierungspartei, die in Bonn gemeinsam mit CDU und FDP um's Bundesregieren bemüht sind, muß irgendwo seinen Grund haben.

Was aber ist der Grund dafür, daß der Chef der Bonner CSU-Landesgruppe dann immer den Schreiber dieser Zeilen schwäbisch-grimmig anschaut und sagt, er wisse schon, woher die Information wieder komme. *Beunruhigend ist die Sache* schon deswegen, weil der Bonner CSU-Führer seit nunmehr drei Jahren mit der Ankündigung droht, man müsse das mal bei einem Münchner Bier bereden.

Bleibt also die Frage, ob Worte überhaupt ausreichen, die Qualen der Arbeit in München einem Kollegen in Bonn verständlich zu machen. Da erscheint es doch ratsam, der Gefahr der *Mißverständnisse zu entgehen* und zu schweigen. Und vielleicht ganz privat auf den Nockherberg zu gehen und eine Maß Starkbier zu bestellen.



Peter Schmalz (43) stammt aus Würzburg. Über Stuttgart kam der Journalist nach München, von wo er seit 1976 für die WELT berichtet.



Pflastersteine flogen, Zeitungswagen wurden umgestürzt und angezündet, wie hier in Berlin. Am Gründonnerstag 1968 blies die Apo zum Sturm auf den Springer-Konzern.

Tumulte zu Ostern

Von WERNER KAHL

Der 11. April 1968, am Tag vor Karfreitag in Berlin: Drei Schüsse auf dem Kurfürstendamm verändern radikal innerhalb von Sekunden die politische Landschaft in Deutschland. Bei diesem Attentat wurde der Ideologe des „Sozia*listischen Deutschen Studentenbun*des" (SDS), Rudi Dutschke, lebensgefährlich verletzt.

Mit vielen Osterbesuchern war der Attentäter am Vormittag aus Westdeutschland in die Stadt gekommen. Der Polizei erklärte der 23jährige Bau-Hilfsarbeiter Josef Bachmann, bei der Nachricht, daß der amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King Opfer eines Anschlages geworden sei, habe er gewußt: „Das muß ich auch machen!"

Der Mordanschlag eines Neurotikers kam damals den linksradikalen SDS-Führern wie gerufen. Jetzt *konnten sie ein wiederholt durch*spieltes revolutionäres Szenario in die Praxis umsetzen. Bereits am frühen Abend des 11. April verteilten SDS-Mitglieder Flugblätter mit einer Schuldzuweisung: „Ungeachtet der Frage, ob Rudi das Opfer einer politischen Verschwörung wurde, man kann jetzt schon sagen, daß dieses Verbrechen nur die Konsequenz der systematischen Hetze ist, welche Springer-Konzern und Senat in zunehmendem *Maße gegen die demokratischen Kräfte in dieser Stadt* betrieben haben. Wir rufen die Außerparlamentarische Opposition zur Demonstration!"

Vor etwa 2500 Anhängern im Auditorium Maximum der Berliner Technischen Universität warfen SDS-Funktionäre demokratischen Politikern „Pogromhetze" vor. Innensenator Kurt Neubauer (SPD) und der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz (SPD), trügen mit der „Springer-Presse" die Verantwortung für einen Mörder, der sich an Rudi Dutschke herangemacht habe, um ihn niederzuschießen. „Die wirklichen Schuldigen heißen Springer, und die Mörder heißen Neubauer und Schütz!" So der SDS-Redner Bernd Rabehl.

In dieser explosiven Atmosphäre zündete die Parole, zur Kochstraße zu marschieren, das Springer-Haus zu stürmen, wie ein Funke. Der eigentliche Gegner sitze im Zeitungshaus an der Mauer, im Rathaus Schöneberg befände sich dagegen nur der von Springer „abhängige Senat".

In dieser Nacht funktionierten die Veranstalter der „*Kampagne für Ab*rüstung und Demokratie" ihr Motto in Haß-, Boykott- und Enteignungsaufrufe um. Rote Fahnen wurden ausgerollt, Sprechchöre skandierten: „Springer – Mörder".

Steine zertrümmerten die Scheiben der Eingangsfront des Verlagsgebäudes in der Kochstraße, nachsetzende Demonstranten wurden jedoch „von Angestellten und Arbeitern" aus dem *Springer-Haus* „wieder ins Freie gedrängt", heißt es später in einer Dokumentation der FU Berlin über die Vorgänge in der Nacht nach dem Mordanschlag auf Dutschke.

Die Macher der Tumulte wußten die Situation zu nutzen. Schon 1967 hatte der SDS ein Strategiepapier für ein „Aktionsprogramm" vorbereitet: „Im Rahmen der (Anti-Springer-) Kampagne wird der SDS in Zentren des Springerkonzerns in West-Berlin und der BRD eine Aktion zur Durchbrechung der Manipulation und demonstrativen Verhinderung der Auslieferung unternehmen."

Einige tausend Demonstranten marschierten jetzt jeweils in Hamburg, Essen, Köln, Frankfurt, Esslingen, München und Hannover vor Druck- und Verlagsgebäuden auf. In Berlin ging die SDS-Führung einen *Schritt weiter und forderte* den Senat auf, „den Springer-Konzern aus dieser Stadt zu vertreiben". Nur die wenigsten Demonstranten wußten, daß sie als Kolonnenakteure für eine Strategie agierten, die vom Brennpunkt der Einzelaktion hin zur Massenbewegung und zum Sturz der Gesellschaftsordnung führen sollte.

Gestützt auf das mächtige publizistische Establishment der Linken, er*klärten die Anführer der Außerparla*mentarischen Opposition Symbolinstitutionen wie Hochschulen, Kirchen und Parteien wie auch Symbolfiguren als schlichtweg „verantwortlich" für alles Übel. In diesem Rahmen stellte der Verleger Axel Springer für die Prediger der Ideologie einer Umwälzung der freiheitlichen Gesellschaftsordnung einen Fels in der Brandung dar, der beseitigt wer*den sollte, bevor man an den weiteren* Abriß staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen heranging. „Zwei, drei, Vietnam, fangen wir bei Springer an", lautete die Parole, die in den darauffolgenden Tagen rhythmisch zu hören war, während Pflastersteine flogen und Scheiben splitterten.

„Wer könnte so tumb und borniert sein, zu übersehen, daß in dieser Demokratie und in diesem Land vieles zu verbessern wäre? Wer könnte andererseits mit Anspruch auf Glaubwürdigkeit bestreiten wollen, daß es in Deutschland wohl noch nie soviel Freiheit gegeben hat wie in dieser Demokratie?" Das schrieb am 16. April 1968 die WELT in ihrem Leitartikel zu den Osterunruhen.

In einer Sondersitzung des Berliner Abgeordnetenhauses zog der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz (SPD) die Schlußfolgerung aus dem Umgang mit den Anführern der Außerparlamentarischen Opposition und des Sozialistischen Studentenbundes: „Dem Kern dieser Gruppe geht es nicht um das gerade im Vordergrund stehende Thema etwa der Pressekonzentration, Vietnam oder allgemeine Demokratisierung. Ihnen geht es allein darum, den freiheitlichen Rechtsstaat handlungsunfähig zu machen."



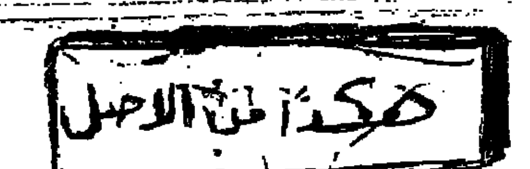
Der SDS wurde als verfassungsfeindliche Organisation verboten. Doch doch zwei Jahre darauf eröffnete der extremistische Kern linksradikaler Gruppierungen als „Rote Armee Fraktion" (RAF) den bewaffneten Kampf. Der Terror setzte seitdem in brutalster und widerwärtigster Form ein.

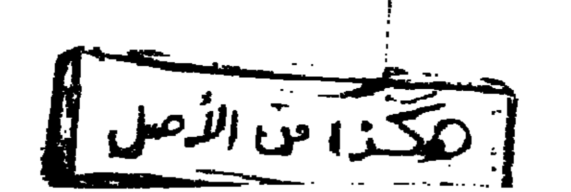
Dieser organisierte Terrorismus richtete 1972 innerhalb einer Woche Bombenanschläge in Frankfurt, Augsburg, München, Karlsruhe und Heidelberg gegen das Leben nichtsahnender Menschen in Behörden, am Steuer eines Autos, am Arbeitsplatz, *auf dem* Kasernenhof. Die Welle heimtückischer Verbrechen erreichte am 19. Mai 1972 auch das Axel Springer Verlagshaus in Hamburg. Zwei Bomben explodierten, verwüsteten die Korrektur, wo gerade die Druckfahnen für die Pfingstausgabe gelesen wurden, und Teile der Setzerei. 17 Mitarbeiter wurden verletzt. In diesen Tagen gab das Bundeskriminalamt bekannt, daß im Jahre 1971 allein dreißig Prozent politischer Verbrechen mehr begangen worden waren als im Vorjahr. „Wer in der WELT die Chronologie der Eskalation in der Bundesrepublik Deutschland nachlas, weiß, wie in der letzten Zeit diese Verbrechen zugenommen haben", sagte Axel Springer damals im Zweiten Deutschen Fernsehen.

Wenn er sich ansehe, wie von rechts und von links auch wieder in merkwürdigem Einklang auf die Bundesrepublik und ihre Institutionen eingeschlagen werde, so stelle sich die Frage, ob wir vielleicht noch einmal die Folge einer unheilvollen Allianz über uns ergehen lassen sollten, wie sie KPD und NSDAP vor 1933 gegen die Weimarer Republik eingegangen waren, warnte Axel Springer an anderer Stelle vor der um sich greifenden Radikalisierung.

Springer sprach von der propagandistischen Einstimmigkeit zwischen den linken und rechten Todfeinden der deutschen Demokratie: „Und wenn ich die Übereinstimmung in den Angriffen auf mein Haus sehe, zwischen den Attacken des ‚Neuen Deutschland' und seinen Anhängern im Westen einerseits und der ‚National- und Soldatenzeitung' und dem Parteiblatt der NPD andererseits, dann weiß ich auch, daß für diese Kräfte mein Verlag, mein Name, meine Person Symbole sind für die den extremen Rechten und extremen Linken gleichermaßen verhaßte Gesellschaftsordnung, die wir uns im freien Teil Deutschlands geschaffen haben."

Werner Kahl (52) ist Leitender Redakteur der WELT. 1968 war er Augenzeuge der schweren Ausschreitungen gegen das Verlagshaus Axel Springer. Kahl war damals Chefreporter bei „Bild am Sonntag".





Straße mit Embolie

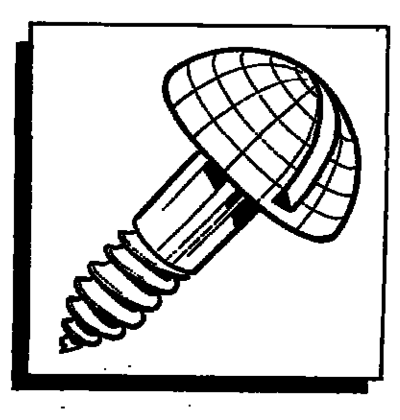
Von HANS-R. KARUTZ

Berlin, Sandkrugbrücke. Auf geiblichen Katasterblättern als Schnittpunkt der Bezirke Mitte (Ost) und Tiergarten (West) eingetragen und mit einem 20-Zentimeter-Grenzstrich versehen. Heute befindet sich hier eine der zehn Sollbruchstellen in der Mauer rings um das freie Berlin. „Hauptzollamt Berlin-Packhof, Kontrollstelle Invalidenstraße" heißt die korrekte westliche Amtsbezeichnung für diesen einzigen innerstädtischen Grenz-Brückenschlag. Zwischen hüben und drüben.

Ein prominenter Ort, ein Ort der Prominenten: Diplomaten, Bonns Staatssekretär „bei der ‚DDR'", Rotarmisten mit den breiten Schulterklappen der Wächter von Rudolf Heß und Anwalt Wolfgang Vogel wechseln dort auf Zeit die Seite. Kein Platz für Schlagzeilen wie die Glienicker Brücke, über die Anatolij Schtscharanskij seinen Archipel GULag verließ. Wie am Checkpoint Charlie, der die Friedrichstraße blockiert, kappt dieser Übergang die west-östliche Invalidenstraße.

Nur West-Berliner, per pedes oder per Automobil, und Rentner von drüben sind an dieser Stelle als Publikum willkommen. Der grüne Reisepaß der Bundesrepublik darf nicht gezückt werden.

Der Rayon der sandsteinernen Brücke, unter der trübe, aber mit behender Strömung das Wasser im „Berlin-Spandauer Schiffahrtskanal" fließt, ist auch westlicherseits unwirtlich. Sozialgericht, Speditionshöfe, rumpelnde Transit-Lkw-Brummer, Kopfsteinpflaster, bröckelnde Berge voll Koks, Sand und Kohle: Senatsreserve – Vorsorge für eine etwaige Blockade. Der ehemalige Hamburg-Lehrter Bahnhof, seit 1906 Verkehrsmuseum, erblüht nebenan aus Ruinen. Von der „DDR"-Reichsbahn übernommen, zieht dort wieder das Verkehrsmuseum ein. 1987, im Feierjahr zum 750. Geburtstag, wird dort die „Reise nach Berlin" ausgestellt. Eine „sentimental journey" durch die Jahrhunderte. Hier steht auch, unschuldig gelb, die ominöse Spionage-Telefonzelle, der „DDR"-Geheimdienstler einen Minisender einpflanzten. Jedes Gespräch, jede Nummernwahl lief jahrelang auf Stasi-Tonbändern mit.



Hauptstädtisch nimmt sich das Areal nicht aus, aber der Asphaltdamm zur Grenzbrücke ist sorgfältig bemalt: „Pkw" und „Bus" buchstabiert der Fußgänger auf ordentlich aufgetragenen Leitspuren zum Übergang. „Sie verlassen nach 80 m West-Berlin", kündigt eine verwitterte Tafel an, Baujahr 1947? 1948?

Rechterhand, knapp vor dem Farbstrich der Grenzmarkierung, die bis auf die Brückengeländer züngelt, eine namenlose Sackgasse – noch Westen. Aber wie Steppe, Gras und Ufer. Drüben schlendern zwei Grenzer, die Hände in die Taschen des Kampfanzugs vergraben, hinter dem maschendünnen Metallgitterzaun und plaudern, die Köpfe gesenkt, ins Gespräch vertieft.

An der Brücke endet das Einflußgebiet des „Vereinigten Königreichs von Großbritannien" – in weißer Schrift auf schwarzem Grund steht: „Your are now leaving the British Sector." Tafeltexte aus einer Zeit, als die großen Vier noch Wir-Gefühl besaßen – unerhebliche hölzerne Wegweiser in der Viermächtestadt, bis zum Mauerbau.

Lenkhilfe für westliche Busfahrer

In einem Parkhafen warten zwei metallicfarbene „Golf" auf Kundschaft von drüben: Hier sitzen Staatsschutzbeamte, die die braununiformierten Mitarbeiter der Reise- und Besucherbüros aus Ost-Berlin jeweils in Empfang nehmen und geleiten, wenn sie in ihren ungarischen „Barkasz"-Transportern hin- oder herüberrollen.

Jenseits der Brücke verengt sich das Straßenprofil auf knapp zweieinhalb Meter – die Mauer als erkaltete Betonlava, an den Kanten rot bemalt. Damit die silberschuppigen Rundfahrt-Busse mit Startort Kurfürstendamm zweimal täglich die Pforte gen Osten soeben noch passieren können. Die Farbe der Revolution ist hier Lenkhilfe für westliche Busfahrer.

Die Schlucht zwischen den Betonbergen wirkt wie Schillers schwyzerische hohle Gasse. Geßler aber kommt nicht. Nur ein Gestänge mit einer aufgepflanzten Fernsehkamera – das westliche Vorfeld bestreichend – symbolisiert die Wachsamkeit der Macht.

Der Ausguck und der Turm – mitten auf die Straße und anderthalbstöckig hochgemauert – sind in zartem Beige mit brauner Kante gestrichen. Linde Frühlingsfarben, sanftes Kolorit, den Sachverhalt übertünchend.

Bisweilen auch, sommers vor allem, sieht man eine Frau in den Sperranlagen hantieren. Sie trägt ein Beutelchen mit Pulver, beugt sich hinunter zur Ritze zwischen Beton und Asphalt – die „Kräuterhexe" streut Unkrautpülverchen. Damit's nicht grünt.

Auf dem weißen Beton darf nachts im Kunstlicht der Lampenstrahlen nichts einen Schatten werfen. Aber zwischen den Soldaten blühen Blumen – Stiefmütterchen oder anderes, je nach Jahreszeit. Gelb, blau, mitten auf Mauerkronen.

Wer die Pforte in den anderen Teil der Stadt passieren will, muß an der Baracke einen cremefarbenen Knopf drücken: „Bitte klingeln und warten", lautet die Anweisung auf einem Schildchen. Zöllner öffnen die Tür. Drinnen, im schmalen „Kabuff", wie die Berliner sagen, wechseln 25 Mark Entrée Farbe und Format. Gemüt inmitten der Ungemütlichkeit.

Ein „schneller" Übergang ist dies, sagen viele Oft-Benutzer – freundliches, auf Westpendler, den goldmetallicfarbenen Mercedes (Kennzeichen: JS 59-72) des Dauerpassanten Wolfgang Vogel (Ost-West-Anwalt) eingestelltes Personal. Über die Sandkrugbrücke läuft auch der rege Verkehr flinker Service-Wagen von Westfirmen, die Anlagen in westlichen Botschaften warten, oder hin und wieder auch Aufträge staatlicher Einrichtungen erfüllen.

Draußen, vor dem abgenutzten, kunststoffverkleideten Leichtbau der Kontrollbaracke, weht mitunter Kinderweinen herüber. In dem wilhelminischen Gebäude direkt auf dem Gelände des Übergangs befand sich früher der Oberste „DDR"-Gerichtshof. Hinter dem ziegelversiegelten Hauptportal urteilte die „rote Hilde" Benjamin gnadenlos ab.

Erinnerungen an Ost-West-Besuche

Heute befindet sich in dem weitläufigen Komplex eine Kinderpoliklinik und eine Dépendance des Regierungskrankenhauses – für die Junioren der Diplomaten. Aber in der Scharnhorststraße, gleich um die Ekke, richten auch noch immer die Militärstrafsenate des Obersten Gerichts.

Ein weiter Weg der Bestimmung – von der kaiserlichen Militärarzt-Akademie von 1905 über das Weimarer Reichsarbeitsministerium zur Zentrale des „Reichsarbeitsdienstes". Die Fenster der westwärts gerichteten Hausfront sind sämtlich vergittert – bis hinauf in die Giebelstuben.

Am automatisch schwenkenden rot-weißen Schlagbaum, bevor Ost-Berlins Alltag beginnt, drängen sich zwei Reminiszenzen auf: Richard v. Weizsäcker rollte von hier aus in einer Wagenkolonne am 15. September 1983 zu Erich Honecker ins Schloß Niederschönhausen. Und Udo Lindenbergs Fans umringten dort nächtens ihr Idol auf dem Konzert-Heimweg westwärts.

Invalidenstraße, genannt nach den Versehrten aus den friderizianischen Kriegen. Die Geschichte einer Straße, krankend an den Dingen, mitten in Berlin.

Hans-Rüdiger Karutz (44) leitet seit 1981 das Berliner Büro der WELT.

Gazetten für drüben

Von DIETER DOSE und H.-R. KARUTZ

In aller Herrgottsfrühe, kurz vor vier Uhr morgens – sonntags nie – biegt ein gelbes Auto in die Kurfürstenstraße im alten Berliner Westen. Die Farbe schon leicht verblichen, aber unverkennbar – ein Diensttransporter der „Deutschen Post" aus Ost-Berlin. Das Fahrzeug von drüben liefert bei der Firma Petermann druckfrische Lektüre aus der „DDR" – vom „Neuen Deutschland" bis zum Humorblatt „Eulenspiegel".

Wie aber kommt Erich Honecker an die WELT? Auf der Tour zurück durch eine Mauerpforte befördert das Ost-Automobil packenweise Zeitungen aus West-Berlin und dem übrigen Bundesgebiet. Darunter, sechsmal die Woche, 731 Exemplare der WELT. Die Spitzen von Staat und Partei finden morgens auf ihren Schreibtischen reichlich Westlektüre über das Weltgeschehen vor. Mehr noch aber bewegt sie, wie Ereignisse, Vorgänge und Entwicklungen im eigenen Land von westlichen Redaktionen bewertet und gewichtet werden.

Vor die Morgenlektüre im SED-Zentralkomitee, im Ministerrat oder den Chefetagen der Partei-Institute haben die Götter des Vertriebswesens ein Amt gesetzt: Denn die verpackten WELT-Exemplare und sämtliche andere Westware auf Zeitungs- oder Hochglanzpapier rollen zuerst an die Laderampe im Zeitungsvertriebsamt (ZVA) in einer stillen Seitenstraße des alten Berliner Boulevards Unter den Linden.

Das Amt, dem „DDR"-Postministerium unterstellt, war am 1. August 1948 auf Befehl der damaligen Sowjetischen Militäradministration in Deutschland gegründet worden. Seither besitzt die Ostpost das gesamte Vertriebs- und Verkaufsmonopol.

Im ZVA verliert sich zunächst die WELT-Spur. Noch dreimal täglich wechseln indessen die postgelben Wagen mit der Ostberliner Dienstnummer über den Kontrollpunkt Invalidenstraße. Bücher, Magazine, Illustrierte gelangen über die ideologische Scheidelinie.

Für den lesehungrigen Bürger drüben – die „DDR" betreibt auch beim Lesen Spitzensport – bleibt die WELT seit 38 Jahren eine unerreichbare Lektüre. Sie verschwand Mitte 1948, und mit ihr alle anderen Westerzeugnisse, von den Kiosken. Der Kalte Krieg befand sich in seiner kältesten Phase. Der WELT-Boykott blieb seither bestehen.

Während andere überregionale Tageszeitungen aus der Bundesrepublik hin und wieder in den großen Devisen-Hotels wie „Palast" und „Metropol" (in Ost-Berlin) oder „Merkur" (Leipzig) und „Bellevue" (Dresden) für Hotelgäste – und dies nur gegen Westgeld – erhältlich sind, darf nur eine handverlesene Schicht von Insidern in der WELT blättern.

Ob Erich Honecker selbst das für sein Büro im zweiten Stock des SED-Hauptquartiers am Werderschen Markt reservierte WELT-Exemplar regelmäßig zur Hand nimmt – manches spricht dafür. Es gibt Fotos, die wichtige West-Zeitungen auf seinem Schreibtisch in dem spartanischen Arbeitszimmer von „preußisch-kommunistischer Kargheit" (Klaus Bölling in seinem Buch über seine Ostberliner Amtszeit) zeigen.

Westlektüre für Privilegierte

Honeckers Staatssekretär und Bürochef Frank-Joachim Herrmann, ein gelernter Journalist und intelligenter Mann, dürfte in jedem Falle besonders markante Westzeitungsartikel mit seinem Chef besprechen. Honekker selbst liest offenbar regelmäßig eine Berliner Morgenzeitung und gilt als Mann mit hohem Informationsgrad – auch hinsichtlich der Tagesaktualität.

Was dem „GS", seinen Sekretären im Politbüro, Ministern und anderen Privilegierten vorbehalten bleibt, löst bei Grenzkontrollen regelmäßig folgenden Fragereflex aus: „Haben Sie genehmigungspflichtige Waffen, Zeitungen oder Druckerzeugnisse dabei?" Das gedruckte Westwort soll dem Normalverbraucher verborgen bleiben. Hier schlagen die elektronischen Medien die West-Ost-Brücke.

Kein Zweifel, für die Elite des SED-Staates gehört die WELT zur bevorzugten westlichen Lektüre. Ja, zum Pflichtpensum – in der Regel nicht aus Vergnügen und auch nicht aus Neigung zum freien, unzensierten Wort. Als publizistisches Flaggschiff des Hauses Springer und einer der wichtigsten Meinungsträger in der Bundesrepublik analysieren und bewerten eine Reihe ausgewiesener Experten die WELT bis in den letzten Nebensatz hinein.

Bonn als täglicher Geburtsort des Blattes macht die Lektüre für die Führung besonders aufschlußreich: „Es gibt die Einschätzung, in der WELT stünde, was die Bundesregierung im Prinzip denkt, aber im politischen Tagesgeschäft uns gegenüber nicht unbedingt umsetzt oder vorbringt", lautet die Bewertung eines Funktionsträgers von drüben.

Nachweisbare Beispiele belegen, wie sich die WELT-Lektüre auch bei Spitzenpolitikern in Aktion oder Reaktion umsetzt: Als der damalige Kirchenbundsvorsitzende Werner Krusche vor einigen Jahren, von der Bundessynode in Halle kommend, am Revolutionsempfang in der Ostberliner Sowjetbotschaft teilnahm, hatte er kaum den Saal betreten, als der seinerzeitige ZK-Sekretär für Sicherheit nebst Kirchenfragen, Paul Verner (SED), auf ihn losstürzte: „Wollen Sie den 6. März kündigen? Was ist los bei Ihnen?" polterte er ungestüm. Wie sich später herausstellte, hatte Verner am Morgen einen WELT-Bericht über die Tagung mit der Wiedergabe kritischer Anmerkungen zum „DDR"-Alltag durch Synodale gelesen und daraus auf eine mögliche Aufkündigung des „Burgfriedens" von Kirche und Partei von 1978 geschlossen.

Als der damalige Staatssekretär und Ständige Vertreter Bonns in Ost-Berlin, Günter Gaus, 1975 an einer Konferenz in Bonn teilnahm und im kleinen Kreis eine wenig schmeichelhafte Darstellung der Ostberliner Politik gab, die sich anderntags, ihrer Bedeutung wegen, fast wortgetreu in der WELT fand, schmollte die SED-Führung prompt. Mitarbeiter der Ständigen Vertretung erinnern sich an unwirsche Kommentare höchster Staatsführer, die den Vorgang der WELT entnommen hatten.

Die WELT gelangt nicht nur ins SED-Politbüro. Auch die Staatsagentur ADN bekommt ebenso selbstverständlich das Blatt wie Rundfunk, Fernsehen, die Chefetagen der Presse, die Sektionen für Journalistik an der Leipziger Universität oder die Leitungsebenen führender Kombinate. Dort studiert man insbesondere den Wirtschaftsteil, um sich über den Weltmarkt zu orientieren, der – verließe man sich allein auf die heimischen Blätter – nur schattenhaft sichtbar wäre.

Westblätter aus dem „Giftschrank"

Auch die Sicherheit will sich jeden Morgen neu ihr WELT-Bild formen – täglich sind mehrere Exemplare für das Stasi-Quartier an der Ostberliner Normannenstraße reserviert. So sehr der WELT drüben aus SED-Sicht ein „Feindblatt"-Image anhaften mag, sie wird mit größter Intensität studiert. Beiträge zu deutsch-deutschen Themen beeinflussen selbst den operativen Bereich der SED-Politik auf diesem Feld. „Jede Nuance wird da interpretiert oder sorgt für Aufregung", sagt ein Insider.

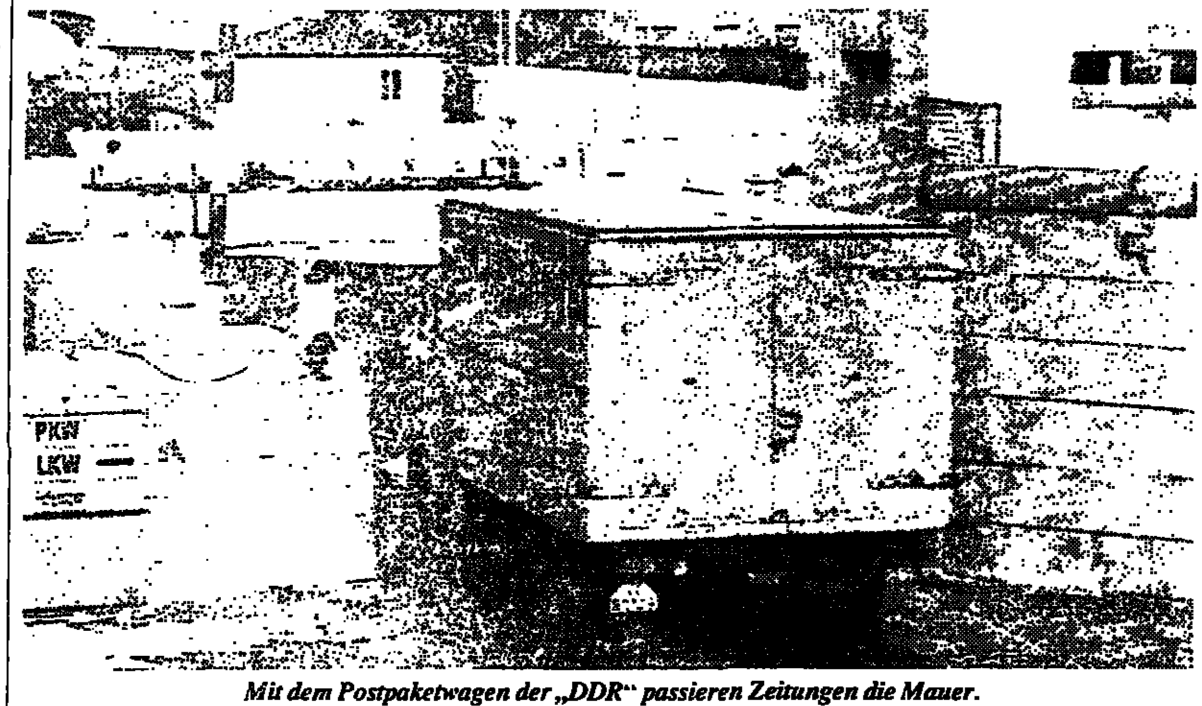
Mit Hilfe der WELT versucht man auch weiter in der Provinz, manches Welträtsel zu lösen: Ein spezieller Ausschnittdienst des Presseamts beim Ministerrat bedient Einrichtungen, die gezielt Artikel erhalten – aber stets nur nach Maßgabe ihres Fachgebiets. Die ganze WELT bleibt den Empfängern verschlossen.

„Giftschrank" heißt bei manchen Dienststellen das Möbel, in dem die WELT und andere West-Blätter aufbewahrt werden. Nur ein bestimmter, schriftlich festgelegter Kreis besitzt die Chance, das Importstück ausgehändigt zu bekommen. Gegen Quittung und Unterschrift, versteht sich. Streng untersagt: die WELT oder andere Westzeitungen etwa zu entspannter Lektüre mit nach Hause zu nehmen. Auch in bestimmten Bibliotheken und Archiven liegen die Namenslisten derer, die sich die WELT erschließen dürfen.

Das System funktioniert. Es wäre ein schier unvorstellbarer Lapsus, landete die WELT versehentlich beim Pförtner statt beim Chefredakteur oder bekäme die Reinemachefrau im Ministerbüro zu lesen, was ihr ein Augen-Blick erlaubt.

Vielleicht, daß an einem solchen Tage die WELT zwischen Elbe und Oder nur 731mal für sich spricht.

Dieter Dose (58) ist Korrespondent der WELT in Berlin.



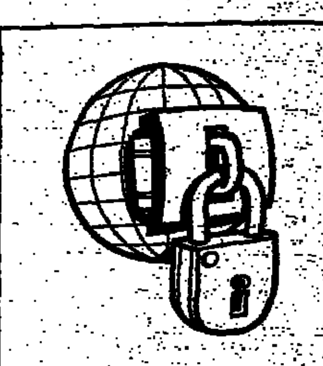
Mit dem Postpaketwagen der „DDR" passieren Zeitungen die Mauer.

So endete die Flucht zu Hause

Von W. F. MASCHNER



13. August 1961: Den Weg von Deutschland nach Deutschland zugemauert.



Die Halle des Bahnhofs Friedrichstraße im Berliner Ostsektor konnte man auch am Montag nicht durchqueren, ohne an der Statue der Justitia aus Gips vorbeizugeraten, die in der Mitte eines kleinen Bühnenmodells hinter Glas für das Brecht-Drama „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui" werben sollte. In dem zunehmenden Gedränge wurde dieser Dame keinerlei Beachtung geschenkt. Der Gast aus dem Westen jedoch mußte einen kurzen Gedanken lang hier stehenbleiben und sich fragen: Vor welcher Gerechtigkeit verhüllt sich hier Justitia die Augen?

Denn was ringsum geschah, waren nicht die üblichen Ereignisse auf einem funktionierenden Bahnhof. Zwei hohe Holzzäune teilten die große Halle und waren mühsam mit Verstrebungen gegen Umfallen und Umwerfen abgestützt. Diese Barrikaden existieren erst seit 24 Stunden.

Weiße Schilder wurden mit dicken Buchstaben in Blockschrift bepinselt: „Nur in Richtung Westen – Nur in Richtung Osten". Hölzerne Richtungsweiser vermitteln die gleichen geographischen Informationen und haben den Vorzug, in dieser ungewöhnlichsten Bahnhofshalle Deutschlands am heutigen Montag genau in der Richtung der Windrose zu stehen. Auf diese Schilder konzentrieren sich die Blicke, ihnen gelten die Fragen. Es war noch nie so schwer, sich zum richtigen Gleis zu orientieren, wie an diesem Morgen.

Es ist sinnlos, von einem Mitglied der Wachmannschaften irgendeine konkrete Auskunft über Züge zu erhalten. Einer sagt: „Wir kennen uns hier noch zu wenig aus. Wir sind erst heute morgen um 3 Uhr in Berlin angekommen." Sicher ist nur, daß man diesen Wächtern ein Ausweispapier vorzeigen muß, wenn man ein Reiseziel in West-Berlin oder in der Bundesrepublik im Auge hat. Der Personalausweis, der Reisepaß werden in einem schmalen Loch des mächtigen hölzernen Zauns kontrolliert. Das geschieht korrekt.

ES STAND IN DER WELT AM AM 15. 8. 1961

Um 8 Uhr morgens war noch nicht viel Betrieb hier auf dem Bahnhof Friedrichstraße. Ein paar uniformierte Aufpasser standen in einem belanglosen Gespräch direkt unter der grell leuchtenden Überschrift „Blutrichter in West-Berlin", einer kleinen Ausstellung auf Schautafeln. Die Rücken ihrer Uniformen zeigten auf den angeblichen „Spionage-Dschungel in West-Berlin", der mit roten Buchstaben über einen Stadtplan gemalt war. In einer Vitrine hing einsam und vergessen der letzte Wetterbericht der Meteorologischen Anstalt vom vergangenen Samstag. Er informierte auffallend aktuell über einen „tiefen Druck in Nordosteuropa" und „schwache westliche Winde".

Da kam gegen 8.30 Uhr eine Frau mit Kinderwagen und Baby, gefolgt von drei kleinen Söhnen in sauberen blau-weißen Anzügen durch die Halle. Jeder der Jungen trug eine kleine Tasche. Das Gepäck der Mutter war wohl in dem Fahrzeug verstaut. Ihr Ziel: der nächste erreichbare Bahnsteig zur Zone.

Mutter und Kinder trugen ihre besten Sachen. Sie waren am vergangenen Wochenende nach Ost-Berlin gekommen, um von hier aus mit kleinstem Gepäck die Sektorengrenze zu überschreiten und in die Bundesrepublik zu gelangen. Der Weg in die Freiheit sollte die Form eines Sonntagsspaziergangs haben und war genau vorbereitet. Vater befindet sich nämlich schon im Westen. Am Sonntag war es aber schon zu spät. Sie wurden angehalten. Jetzt müssen sie zurück in eine kleine Stadt in Mitteldeutschland.

Um 12 Uhr bildete sich die erste Menschenansammlung am Fahrkartenschalter der S-Bahn im Bahnhof Friedrichstraße. Unter dem Schild „Richtung Osten" drängten sich 50, 100, 200 Menschen mit kleinen Koffern oder nur einer prall gefüllten Aktenmappe in der Hand an den Bahnpolizisten vorbei zum Bahnsteig. „Alle Züge fahren erst ab Ostbahnhof", hieß es. Die Habseligkeiten hatte man neben sich stehen lassen.

Wir zählten um 12.30 Uhr dreizehn lange Schlangen vor den Fahrkartenschaltern des Ostbahnhofs und zwei weitere vor dem Schalter für Platzkarten. Der relativ kleine Raum mit der Überschrift „Auskunft" war überfüllt. Drei Beamtinnen versuchten die Fragen nach den nächsten Zügen zu beantworten, man hörte Städtenamen wie Dresden, Leizpig und Oranienburg.

Alle Menschen in dieser brodelnden Halle hatten das gleiche Schicksal erlitten wie die Mutter mit den vier Kindern. Sie waren zu spät gekommen. Ihre Flucht in den Westen mißlang. Das so nahe gelegene Notaufnahmelager Marienfelde ist für sie seit dem Sonntag morgen unerreichbar. Sie haben resigniert und kehren wieder heim. Waren es 1000, 2000, wurden es im Laufe des Tages 10 000?

Ein feiner Herr mit grauen Haaren stand mit ernsten Augen in dem langen Flur des Ostbahnhofs, der zu den Bahnsteigen führt. Er sah zu, wie ein Beamter der Zonenreichsbahn Fahrpläne in einen Glasrahmen montierte. „Die Züge sollen verstärkt werden", hieß es, aber der neue Fahrplan sieht aus wie eine zusammengestrichene Speisekarte. Die Heimreise nach Sachsen kann lange dauern.

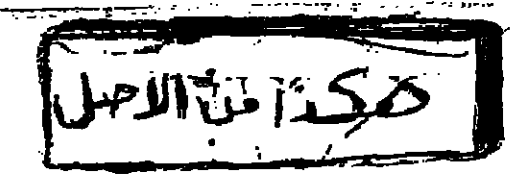
Der feine alte Herr sah aus wie ein Mensch, dem ein Traum nicht in Erfüllung gegangen ist. Seine Stimme war leise, als er sagte: „Sehen Sie, ich habe mein Haus zurückgelassen und bin mit dieser Tasche nach Berlin gefahren, um hinüber zu gehen. Es sollte nicht sein. Mein Sohn ist hier in Ost-Berlin, kann mich aber nicht in seiner kleinen Wohnung behalten. Ich fahre wieder heim."

Alleinstehende weißhaarige alte Frauen, junge Mädchen und kräftige Burschen, Hüte und Rucksäcke, Koffer und Körbe stauen sich an diesem 14. August 1961 auf dem Berliner Ostbahnhof. Man hört nur wenige leise Gespräche. Es ist eine Flucht zurück in eine Welt, die man schon aufgegeben hatte, die man nicht mehr wiedersehen wollte. Wie werden Ulbrichts Zwangsheimkehrer zu Hause empfangen werden? Als Verräter? Als reuige Sünder? Als Verdächtige auf Jahre hinaus?

Am U-Bahnhof Thälmannplatz nahe der abgeriegelten Sektorengrenze endet vorläufig die Untergrundbahn-Linie A Pankow–Kaiserdamm. Wenn man „Westler" ist, muß man von hier zu Fuß zum Bahnhof Gleisdreieck oder Kochstraße ins freie Berlin hinüber. Ecke Friedrich-/Krausenstraße standen während des ganzen Montags Ost-Berliner und sahen der Ausweiskontrolle durch die grünuniformierten Volkspolizisten und die „Taschengucker" des Zolls in Dunkelblau zu.

In einer kleinen Gruppe stand ein Herr mit schwarzer Diplomatentasche und einem Stockschirm über dem Arm. Er ließ seinem Ärger freien Lauf: „Ich wohne hier im Ostsektor und war bis zum Sonnabend Pendler. Ich bin Geschäftsführer eines Betriebes drüben in Charlottenburg, hier sind die Schlüssel zu unseren Büros. Alle warten jetzt, bis ich komme."

Er erzählte den Volkspolizisten von dem materiellen Schaden, den sie da anrichten: „Wir 50 000 Pendler sind ja mit unseren Familien immerhin 150 000 Menschen." Die Volkspolizisten aber sagten nur: „Der Krieg ist ein noch größerer Schaden." Sie empfahlen dem Mann, sich bei Willy Brandt zu beschweren. Zu ihm ins Schöneberger Rathaus ließen sie den verzweifelten Pendler aber nicht.



Die WELT sprach mit einem ***-Manager

Von WILHELM KLOPS

*Spitzenunternehmer haben ständig das Wohl der Allgemeinheit im Auge, sind extrem infarktgefährdet, spielen Golf oder Tennis, flirten mit ihrem Betriebsrat noch heftiger als mit der Sekretärin, leiden unter Zeitmangel und schütten nicht nur Adrenalin aus, sondern vor allem Dividende. Der WELT ist es nach mühsamen Recherchen gelungen, den Supermanager zu finden, der aus dem allen verfügbaren Rahmen fällt: Hans-Günter *** (56). Das Gespräch führte unser Redakteur Wilhelm Klops.*

WELT: Damit dieses Interview ein wahrhaft zeitgeschichtliches wird, danken wir Ihnen erst einmal für dieses Gespräch.

Hans-Günter *:** Bitteschön, keine Ursache.

WELT: Wie bewältigen Sie Ihren prallgefüllten Kalender?

Hans-Günter *:** Ich habe keinen.

WELT: Wie bitte?

Hans-Günter *:** Ich entscheide einfach. Mal so, mal so. Was eben so auf den Tisch kommt.

WELT: Kongenial! Sie entscheiden also einfach, was Ihnen vorgelegt wird? Befragen Sie zuvor nicht ihren Betriebsrat, den Aufsichtsrat, das Horoskop oder Ihre Gattin?

Hans-Günter *:** Mein Betriebsrat kann sich gottseidank nie einigen. Dem Aufsichtsrat habe ich die Tantiemen gestrichen, woraufhin er nur noch alle drei Jahre tagt. Mein Horoskop stellt mir meine Sekretärin.

WELT. Entscheidungen immer gleich zu fällen, wenn sie auf den Tisch kommen – das kann doch auf die Dauer nicht gutgehen! Was halten Sie vom „management by eternal discussion"? Sind betriebliche Entscheidungen nicht ein prozessualer hybrid-gesteuerter Antagonismus, den man hinterrücksfragen muß?

Hans-Günter *:** Kalter Kaffee.

WELT: Welche Produkte stellen Sie her?

Hans-Günter *:** Alle, die wir verkaufen können. Die anderen stellen wir nicht mehr her. Diese Produktionsstätten haben wir in gemeinnützige Betriebszweige umgewandelt. Läuft prächtig.

WELT: Zahlen Sie auch Dividende?

Hans-Günter *:** Ja, sechsundzwanzig Prozent. Haben gerade das Kapital erhöht.

WELT:* *Sicherlich stöhnen Sie auch über die 80-Stunden-Woche? Wie verhält es sich mit Ihrer Zeitökonomie?

Hans-Günter *:** Sehr gut. Ich habe massenhaft Zeit. Wenn es wichtig wird, bin ich da. Wenn nicht, dann nicht. Ob es wichtig ist, wissen meine Mitarbeiter. Ist es einigermaßen wichtig, berufe ich meinen Vorstand ein. Ist es sehr wichtig, rufe ich meine Sekretärin. Bin progressiv, weil ich die 25-Stunden-Woche habe. Meine *Berufung zum* Ehrenmitglied der IG Metall steht deshalb bevor.

WELT: Treiben Sie Sport, um sich fit zu halten?

Hans-Günter *:** Niemals. Ich bin fit, weil ich keinen Sport treibe.

WELT: Spielen Sie nicht wenigstens Golf oder Tennis?

Hans-Günter *:** Ich spiele Halma. Aber nur dienstags und freitags. Ansonsten rauche ich schwarze Zigarren, schnupfe Schmalzler und trinke regelmäßig meinen Klaren.

***WELT:* *Lesen Sie zur Entspannung* Bücher oder Gedrucktes?**

Hans-Günter *:** Ja. Ich bevorzuge zwei Bücher: einen Hitchcock für mich, und eine „Rättin" zum Einschlafen und für meine Feinde. Nachrichtenmagazine gebe ich sofort an unsere Betriebsabteilung „Freie Erfindungen" weiter. Ansonsten lese ich nur eine Zeitung – die Ihre. Das aber sage ich allen Journalisten, die mich interviewen.

WELT: Wie beurteilen Sie das Image der deutschen Unternehmer?

Hans-Günter *:** Glänzend, weil es von mir nicht beeinflußt ist. Mein Erfolg liegt darin, daß allen anderen die Zeit knapp wird, nur mir nicht. Ich bitte Sie aber, dieses Rezept nicht in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen, ich fürchte Nachahmer.

WELT: Spenden Sie für gemeinnützige Zwecke oder Parteien?

Hans-Günter *:** Ich spende regelmäßig für den „Verein zur Verbreitung des Halmaspiels" und den „Club zur Förderung zielorientierter Entscheidungsfreude" – dort bin ich nämlich Vorstandsvorsitzender. Parteien finde ich so gut, daß ich ihnen am besten mit beständigem Geldmangel zu helfen suche.

WELT: Ihre Unternehmerkollegen beklagen ständig die Abwesenheit oder die Gefährdung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Halten Sie einen entsprechenden Appell an die Politiker für hilfreich?

Hans-Günter *:** Gehen Sie bitte zur nächsten Frage über.

WELT: Sehen Sie gerne fern?

Hans-Günter *:** Ja, sehr. Mich fasziniert vor allem die Informiertheit der Fernsehmagazine, die so trefflich über die betriebliche Wirklichkeit zu berichten wissen. Ansonsten kann ich mich nicht sattsehen an der Übertragung der Ziehung der Lottozahlen. Besonders die vom 4. März 1965, aber auch die Ziehung vom 12. Oktober 1976 haben es mir angetan. Da bin ich *rein närrisch!*

WELT: Es wird gemunkelt, daß Ihr Unternehmen zwecks Vermeidung des Konkurses an die Super-Aktiengesellschaft verkauft werden soll. Stimmt das?

Hans-Günter *:** Richtig, die wollen uns schlucken. Sollen sie auch. Den Preis aber bestimmen wir!

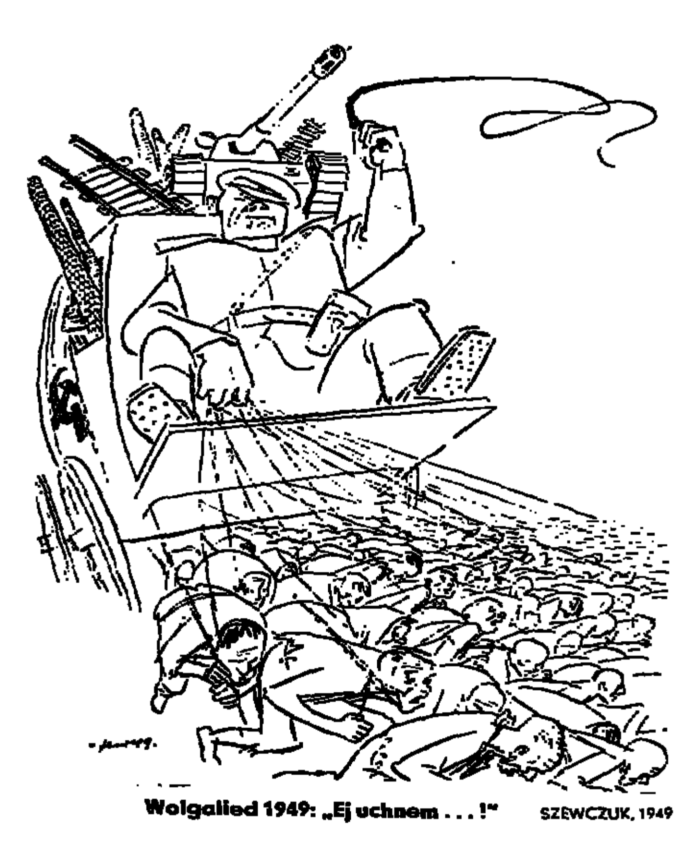
WELT: Welchen Unternehmenswert haben die Wirtschaftsprüfer fixiert, können Sie das verraten?

Hans-Günter *:** Wirtschaftsprüfer? Fragen Sie meine Sekretärin.

Die Welt der Karikatur –



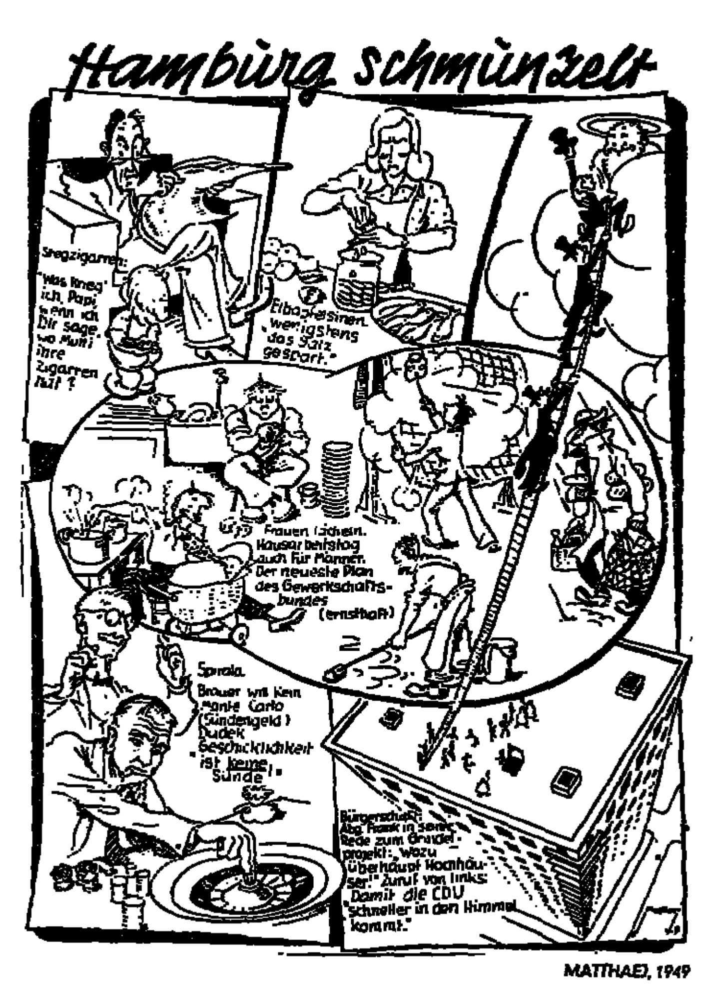
VICKY („NEWS CRONICLE"), 1946



Wolgalied 1949: „Ej uchnem . . . !" SZEWCZUK, 1949



Pieck: „He – stürmen sollt ihr, stürmen – nicht türmen . . . !" SZEWCZUK, 1950



MATTHAEI, 1949

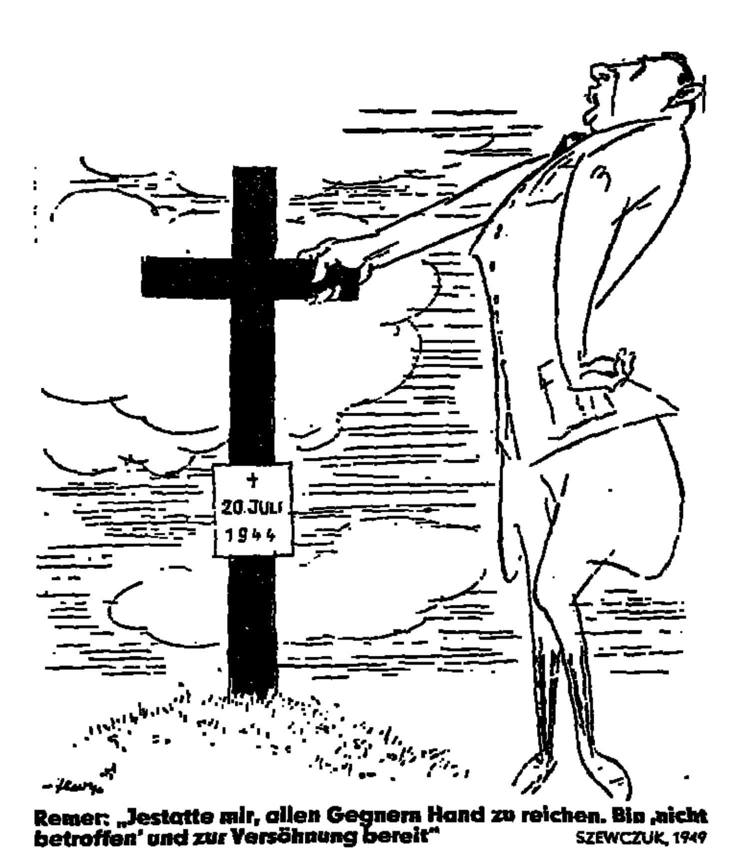


Der Mensch in dieser Zeit SZEWCZUK, 1954



Hundstage, Parteitage . . . SZEWCZUK, 1953

Altrentner auf der langen Bank SZEWCZUK, 1954



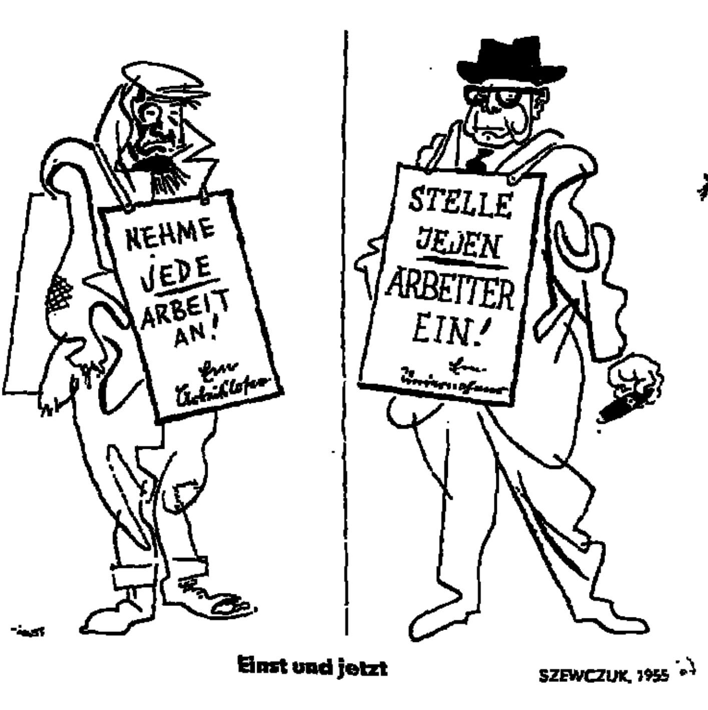
Remer: „Jestatte mir, allen Gegnern Hand zu reichen. Bin ‚nicht betroffen' und zur Versöhnung bereit" SZEWCZUK, 1949



Deutsch-französische Verständigung SZEWCZUK, 1949



Atomgespräch: „Bitte – nehmen Sie zuerst Platz . . ." SZEWCZUK, 1950



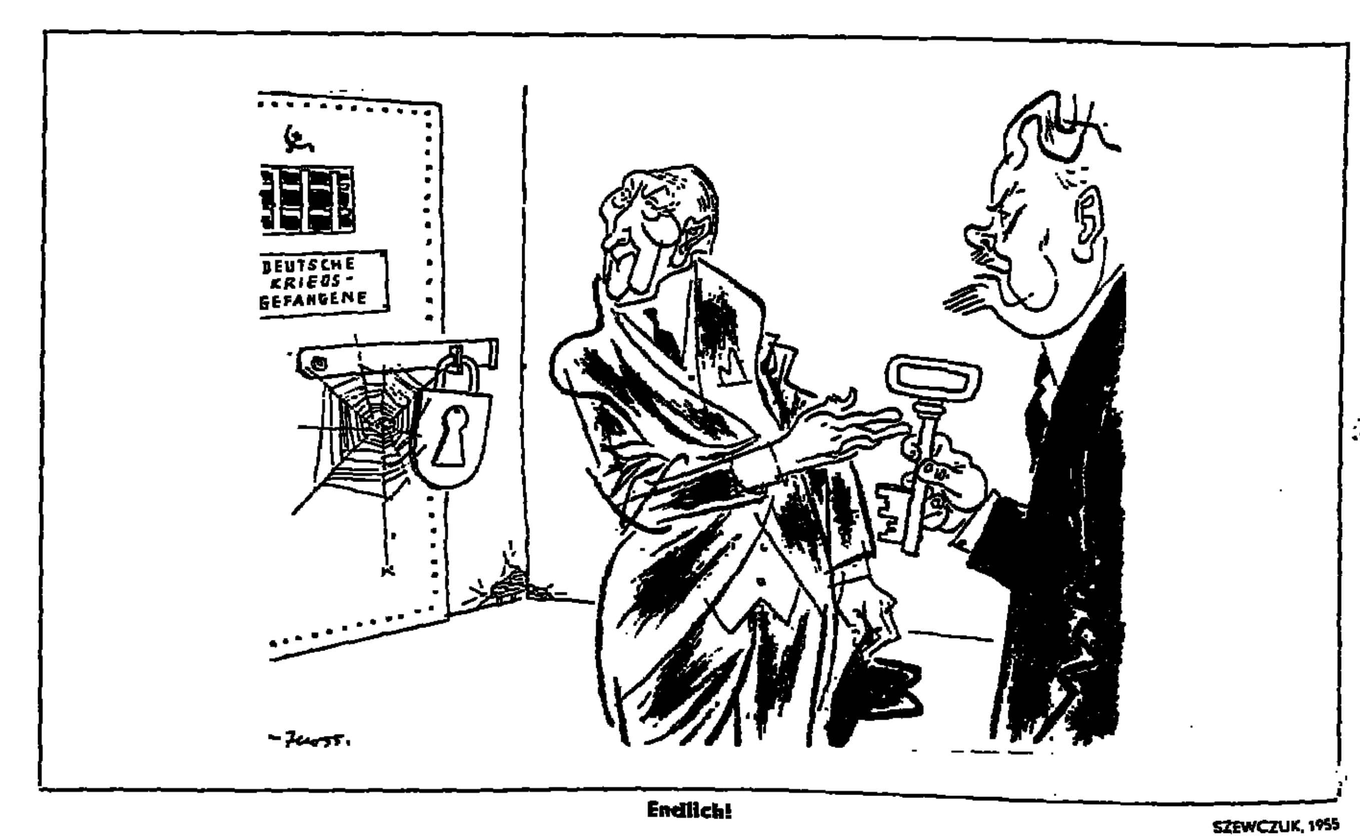
Einst und jetzt SZEWCZUK, 1955



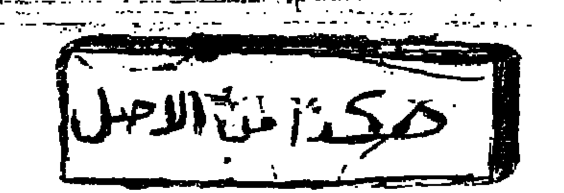
„So – und achten Sie auf eine gute Erziehung!" SZEWCZUK, 1949



„Herrschaften – wollt ihr euch von uns Berlinern beschämen lassen?" SZEWCZUK, 1953



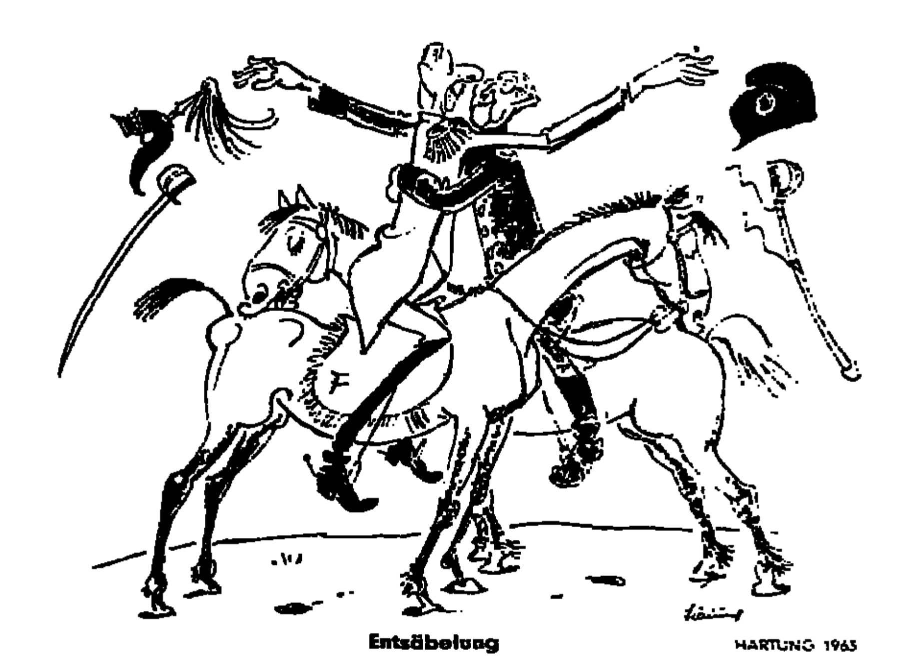
Endlich! SZEWCZUK, 1955



Die Karikatur in der WELT



Die Halbstarke HARTUNG, 1960

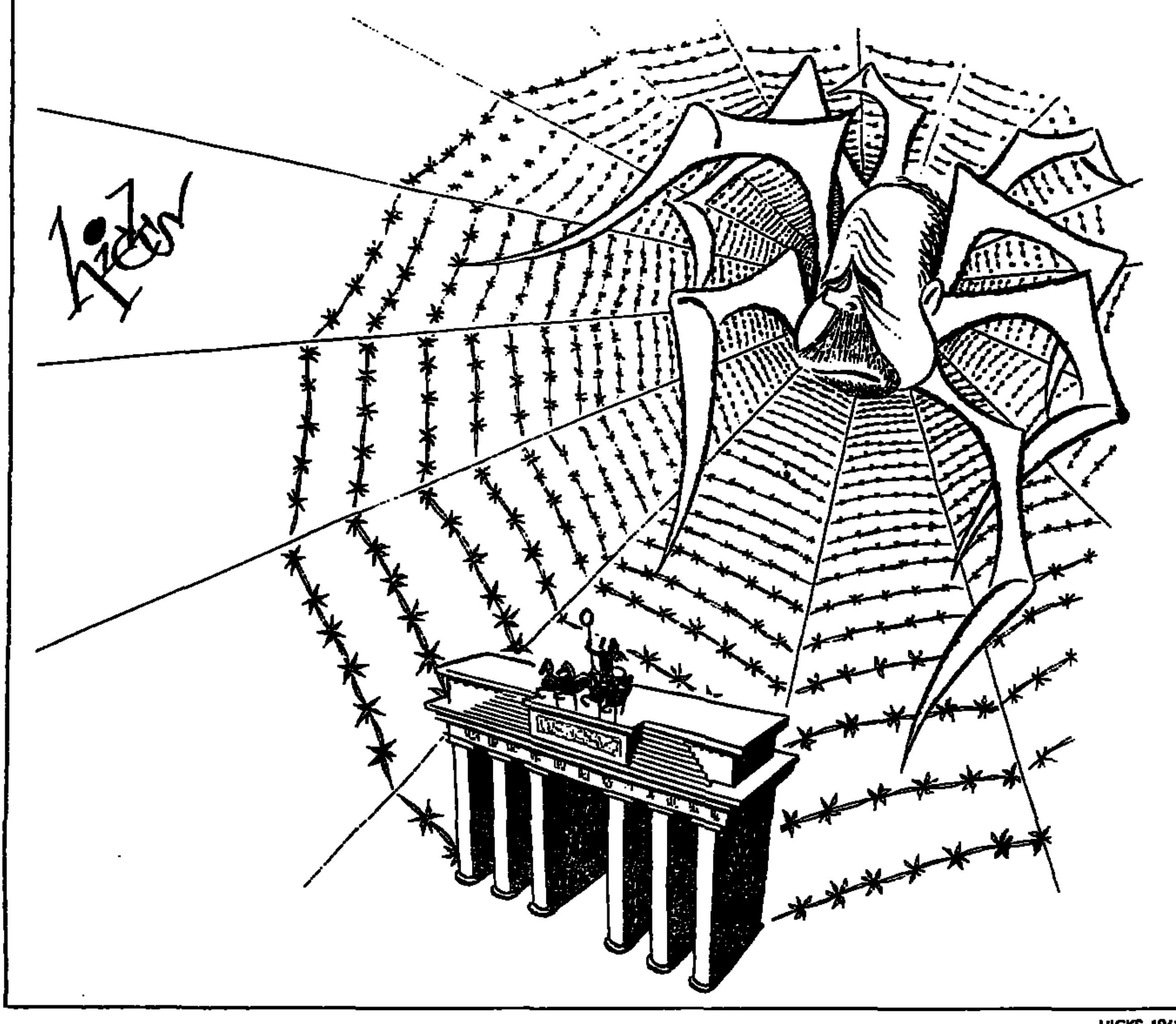


Entsäbelung HARTUNG 1963

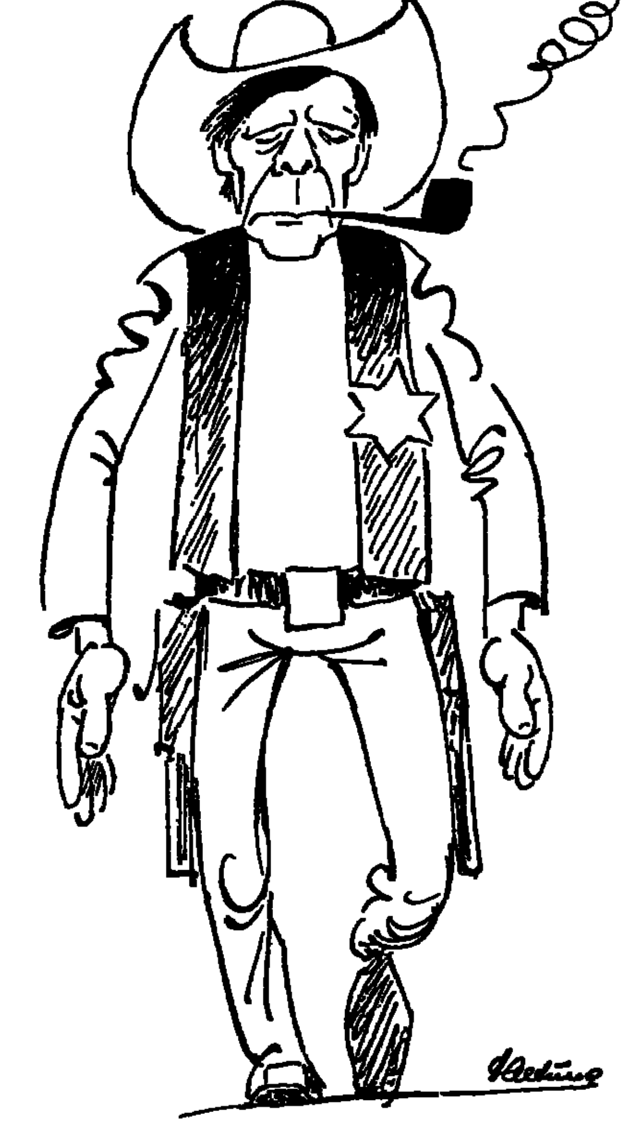
Zeitgenössischer Stich HARTUNG, 1974



„Die Herren sind alle in Friedenskonferenzen . . . !" HICKS, 1964



HICKS, 1961



Hei! nun . . . HARTUNG, 1976



So endete eine Liebe HICKS, 1966



„Wir halten weiterhin am Treffen fest" HICKS, 1966

Karikatur – das ist Weltsicht durch das Brennglas des Künstlers. Ist Verdichtung all dessen, was Presse ausmacht. Sie ist Nachricht, Kommentar und pointierte Glosse in einem, überzeichnet, vereinfacht. Sie kann sein: liebenswürdige Aufdeckung menschlicher Schwächen, indiskreter Blick durch die Schlüssellöcher des Lebens – sie kann aber auch bösartig sein, Attacke gegen die Mächte der Unterdrückung, Stich und Schlag gegen Anmaßung und Kleinheit, die sich in den Mantel der Größe hüllt. Karikaturisten sind Moralisten mit spitzer Feder. Sie können Schmunzeln hervorrufen oder ein Gelächter, das vernichtend wirkt.

Wie befreiend mußte es für den Leser sein, nach den Durchhalteparolen des Dritten Reiches mit dieser Art politischer Karikatur konfrontiert zu werden, die in Großbritannien auf eine ungebrochene Tradition zurückblicken konnte. So kam denn auch die erste Karikatur der WELT am 12. Juli 1946 von der Insel. Der Zeichner Vicky würdigte die Pariser Konferenz der Außenminister als schwierigen Brut-Vorgang (Seite 78, links oben). Dem Ei entschlüpfte eine Friedenstaube. Ein großes Thema war angeschlagen. Nur von kurzer Dauer war 1949 der Versuch des Zeichners Matthaej, in „Hamburg schmunzelt" Alltägliches auf den Punkt zu bringen.

Am 1. 7. 1949 schließlich erschien mit dem Kürzel „-zew" die erste Karikatur eines Mannes, der das Bild der WELT sechs Jahre lang mitprägte und damals zum bedeutendsten Karikaturisten Deutschlands aufstieg: Mirko Szewczuk. Die Zeichnung, die einen schneidigen Offizier am Grabkreuz des deutschen Widerstandes zeigt (Seite 78, Mitte links), ist ein Dokument der Unerschrockenheit. Szewczuk, 1919 in Wien geboren, war 1945 nach Hamburg gekommen und hatte zunächst für die „Zeit" gezeichnet. Nicht der Säbel war seine Waffe als Karikaturist, sondern das Florett. Kein anderer hat die Harmonie von Einfall und grafischer Umsetzung so beherrscht wie er. Als dieser Meister des hingefederten Witzes 1957 im Alter von 37 Jahren starb, war es für die Zeitung mehr als ein schmerzlicher Verlust. Wolfgang Hicks und Wilhelm Hartung sollten die Lücke füllen – jeder in seiner Art unverwechselbar.

Hicks, 1909 geboren und Autodidakt, kam ebenfalls von der „Zeit" zur WELT. Mit eckiger, widerhakiger Handschrift zeigte er sich als Mann des Rechts, der Gerechtigkeit und als Patriot. Niemand hat die Wunden deutscher Teilung so scharf konturiert wie er. 1983 nahm ihm der Tod die Feder aus der Hand.

Die meisten Zeitgenossen können der Politik wohl selten heitere Seiten abgewinnen. Karikaturisten tun es doch. Wilhelm Hartung (geb. 1919) ist ein glänzendes Beispiel dafür. Seine liebevollen Karikaturen sind Ausdruck eines unerschütterlichen Humors. Als die WELT 1975 nach Bonn umzog, blieb er, der den plattdeutschen Dialekt über alles liebt, seiner engeren Heimat treu.

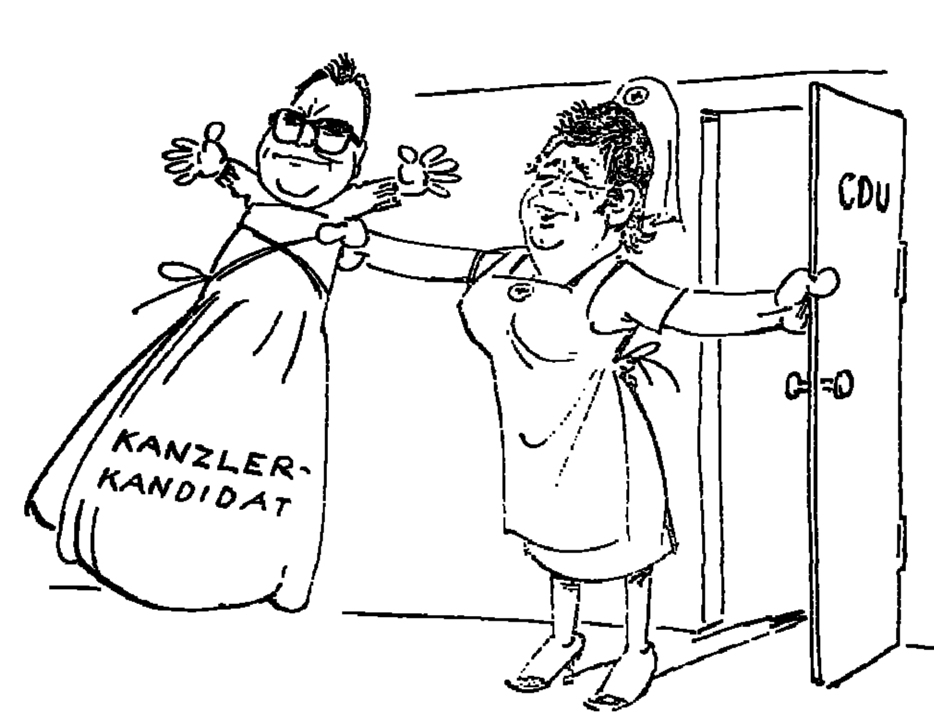
Nach dem Tode von Wolfgang Hicks konnte die WELT Klaus Böhle (geb. 1925) gewinnen. Er setzt die große Tradition der Karikatur in dieser Zeitung fort. R.Z.



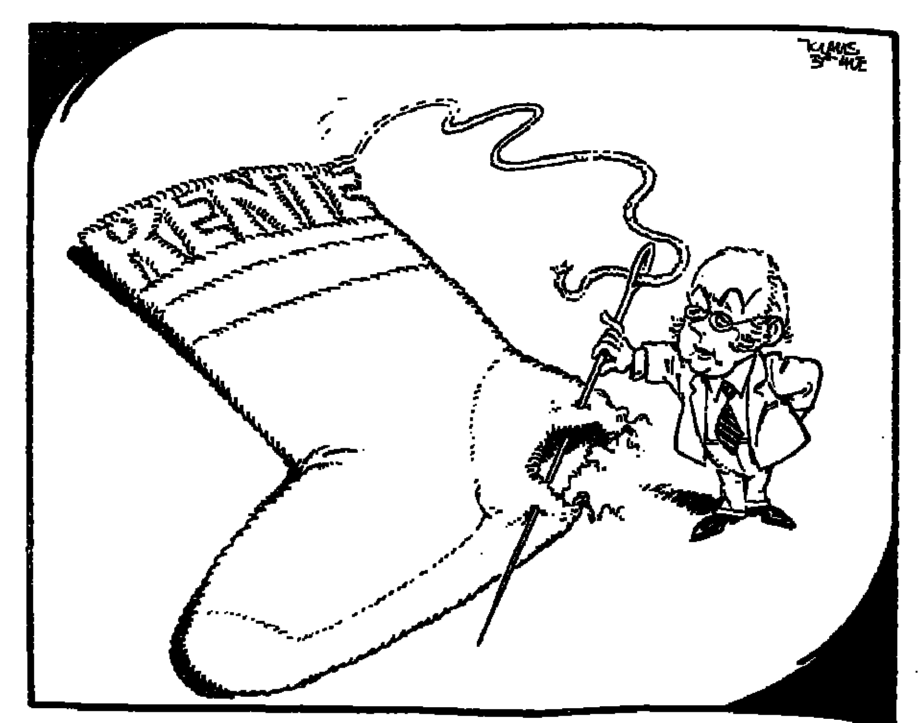
Was für den Eisernen Kanzler gut war . . . BÖHLE, 1985



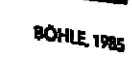
„Ich führe euch herrlichen Arbeitszeiten entgegen" HICKS, 1967



„Da ist er!" HARTUNG, 1975



Patentstopferei BÖHLE, 1985



So sieht der Norden seine Chance

Von KLAUS v. DOHNANYI



Nur auf den ersten Blick eine Hafen-Schönheit: Nützlichkeit hat bei den Hanseaten traditionell Vorrang.

Seit etwa drei Jahren macht das Schlagwort vom Süd-Nord-Gefälle die Runde. Im *Bundestag wurde von der* CDU/CSU eine große Anfrage eingebracht, *das Niedersächsische* Institut für Wirtschaftsforschung führte einen Workshop durch, und in den Medien erschien vor einem Jahr der Titel „Der große Treck nach Süden".

Mich ärgert das Schlagwort vom Süd-Nord-Gefälle nicht, weil es stimmt. Mir spricht aber auch das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung aus dem Herzen, *wenn es ein* „Gefälle" feststellt, bei dem „das faktische Wissen über Ausmaß *und Ursachen dieses Phänomens* hinter der Selbstverständlichkeit *zurückbleibt, in der mit diesem* Begriff umgegangen wird". Denn es gibt auch den Versuch, die regionalen Strukturprobleme im Norden der Bundesrepublik zu „politisieren" oder gar in erster Linie als Probleme Hamburgs und Bremens darzustellen.

Wer sich heute zu Fragen regionaler Strukturentwicklung ausläßt und über politische Wege nachdenkt, *muß* sich zunächst einiger wirtschaftshi*storisch wichtiger Fakten erinnern:*

- Geschichtlich gründen die Erfolge Norddeutschlands und Westdeutschlands eher auf natürlichen Standortvorteilen: im Westen Kohle und Erz; im Norden die Nähe zum Wasser, zu Schiffahrt und Handel. Dabei ist nicht rechtzeitig genug erkannt worden, daß die wirtschaftliche Entwicklung im Industriezeitalter natürliche Standortvorteile immer weiter zurückdrängt.

Statt der natürlichen Produktionsfaktoren wächst im wissenschaftlich-technischen Zeitalter die Bedeu*tung der von Menschen, der von Wis*senschaft und Technik geschaffenen Standortvorteile. *Hier*, in den Wissenschaften und in den Künsten, hatte es im Süden – nach der alten Spruchweisheit: Not macht erfinderisch – einen langen Vorlauf gegeben.

- Die Teilung Deutschlands und Europas nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutet insbesondere für Hamburg den weitgehenden Verlust des traditionellen mitteleuropäischen Hinter*landes. Bevölkerungswanderungen* in den west- und süddeutschen Raum brachten eine Verschiebung der Verbrauchszentren und der Schwerpunkte wirtschaftlicher Aktivität mit sich. Die ökonomische Entfernung zwischen Hamburg und seinem Hinterland wurde größer.
- Der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft verstärkte diesen Trend. Mit dem Zusammenwachsen Europas veränderte sich das Gewicht der Partner im internationalen Handel. Die Grenzen wurden für internationale Transporte durchlässiger; davon *profitierte der Verkehr mit Lkw*, Bahn und Binnenschiffen stärker als *der Seeverkehr über die deutschen* Häfen.
- Weitere strukturelle Veränderungen ergaben sich aus Veränderungen in den Transportgewohnheiten (Luftfahrt, Pipelines) sowie in der internationalen Arbeitsteilung. Dies führte dazu, daß der Stellenwert des Hamburger Hafens vergleichsweise nachgelassen hat.

Gleichwohl: „Norden" ist nicht gleichbedeutend mit „Land unter". *Norden, das heißt die vier norddeut*schen Küstenländer, das sind zwölf Millionen Menschen oder knapp 20 Prozent der westdeutschen Bevölkerung. Das ist ein Bruttoinlandsprodukt von zusammen gut 180 Milliarden Mark (in Preisen von 1970) und damit von rund 20 Prozent der gesamten Wertschöpfung der Bundesrepublik. Der Norden, das bedeutet hinsichtlich der Kaufkraft zum Beispiel noch immer eine sehr gute Position für Hamburg.

Dennoch sind die Unterschiede *un*verkennbar, etwa zu Baden-Württem*berg, wo die Arbeitslosenrate mit zur* Zeit 5,9 Prozent auf vergleichsweise niedrigem Niveau liegt, während der Norden – bei einem Bundesdurchschnitt von 10,4 Prozent – eine Arbeitslosenrate von durchschnittlich 13,7 Prozent aufweist, wobei Hamburg eine Arbeitslosenrate von 13,4, Kiel von 13,3 und Hannover von 13,6 Prozent haben.

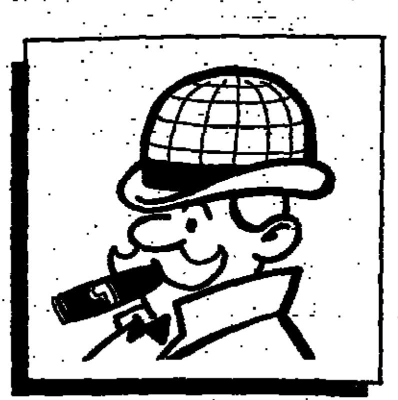
Ebenso offenkundig ist, daß insbesondere der südbayerische und der Stuttgarter Raum im Spektrum der neuen Technologien heute zunehmend bessere Ausgangsbedingungen erringen. Dazu gehören eine im Sü*den höhere Intensität im Bereich von* Forschung und Entwicklung, vor allem aber die hier zu beobachtende Massierung der Elektronikindustrie. Dies sind Vorteile, die von den aufstrebenden Industrien natürlich gerne genutzt werden.

„Die Karten sind zwar gemischt, aber das Spiel hat erst begonnen", hat das Münchner Ifo-Institut im Vorjahr in Sachen Süd-Nord-Gefälle, wie ich meine, zu Recht festgestellt. So warnt denn das Institut auch, den Norden voreilig als niedergehendes Gebiet abzuqualifizieren.

Welches sind die Stärken des Nordens? Was gilt es wirtschaftlich und politisch zu tun, um der norddeutschen Region neue Kraft zu geben? Dies sind Fragen, an denen nicht nur Hamburg, sondern die Küstenländer insgesamt auch mit Nordrhein-Westfalen mit großer Aufmerksamkeit arbeiten. Eine nüchterne Stärken-Schwächen-Analyse des Gesamtraumes muß davon ausgehen:

- In den Problembranchen liegt der *Norden inzwischen nicht mehr* über dem Bundesdurchschnitt, die *Schrumpfung ist bereits weit voran*geschritten, auch wenn die „alten Branchen" mit unterdurchschnittlichen Wachstumsraten im Norden noch stärker sind.
- Der Norden der Bundesrepublik hat auch Vorteile: „Zu den Stärken zählen vor allem die weltweiten Verbindungen, die Offenheit nach Übersee und für Probleme der Dritten Welt, die Sprachgewandtheit, die Forschungseinrichtungen, die guten Ansätze für neue Industrien, die vortrefflichen Verkehrswege" – so das Baseler Prognos-Institut.

Auch *heute stehen beispielsweise* die forschungs- und entwicklungstreibenden Hamburger Industriefirmen in ihrer Innovationsintensität nicht hinter dem Durchschnitt der übrigen Industriefirmen zurück. Auch ist die Investitionsquote in Norddeutschland nicht schlechter als im Bundesdurchschnitt, ist der Industriebesatz seit 1975 nicht mehr stärker gesunken als im Bundesgebiet



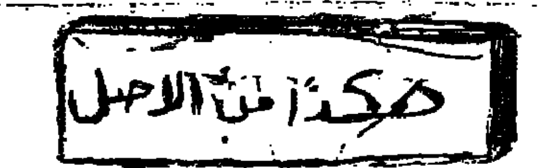
insgesamt. Man darf es dabei natürlich nicht belassen. Wir wissen, daß *im Vergleich* zu den 60er und frühen 70er Jahren das regional mobile An*siedlungspotential* stark zurückgegangen ist. Um so mehr kommt es *unter den gegenwärtigen* Bedingungen darauf an, das in der Region vor*handene ökonomische Potential* zu stärken und weiterzuentwickeln.

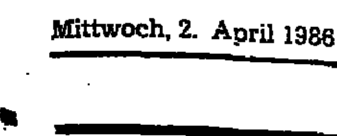
Das bedeutet zunächst: Der Norden muß durch ausgezeichnete Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (und hier kann noch einiges verbessert werden) seine Wettbewerbsfähigkeit stärken. Das bedeutet auch: Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam darum bemüht sein, den Strukturwandel und technischen *Fortschritt zu meistern* – eine Einrichtung wie die neugegründete *Technische Hochschule Hamburg*-Harburg mit ihrer starken Orientie*rung auf Probleme der Region* ist dabei von großem Nutzen.

Stärken zu unterstreichen und zu erhalten heißt zum Beispiel auch, den Medienstandort Hamburg zu pflegen und attraktiv zu halten, heißt, der Automobilindustrie in Niedersachsen sowie der Luftfahrtindustrie in Bremen, Stade und Hamburg gute Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen zu sichern.

Es war der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel, der vor genau zwei Jahren die Bundesregierung ermahnte, daß „bei der Vergabe von Forschungsaufträgen, Investitions- und Strukturmitteln oder bei der Ansiedlung neuer Investitionen im Zweifel zugunsten Norddeutschlands entschieden wird". Ich stimme *meinem Kieler Amtskollegen dabei* voll zu, weil nur so – im Interesse der *gesamten* Bundesrepublik – Strukturdefizite und Standortnachteile des Nordens zu überwinden sind.

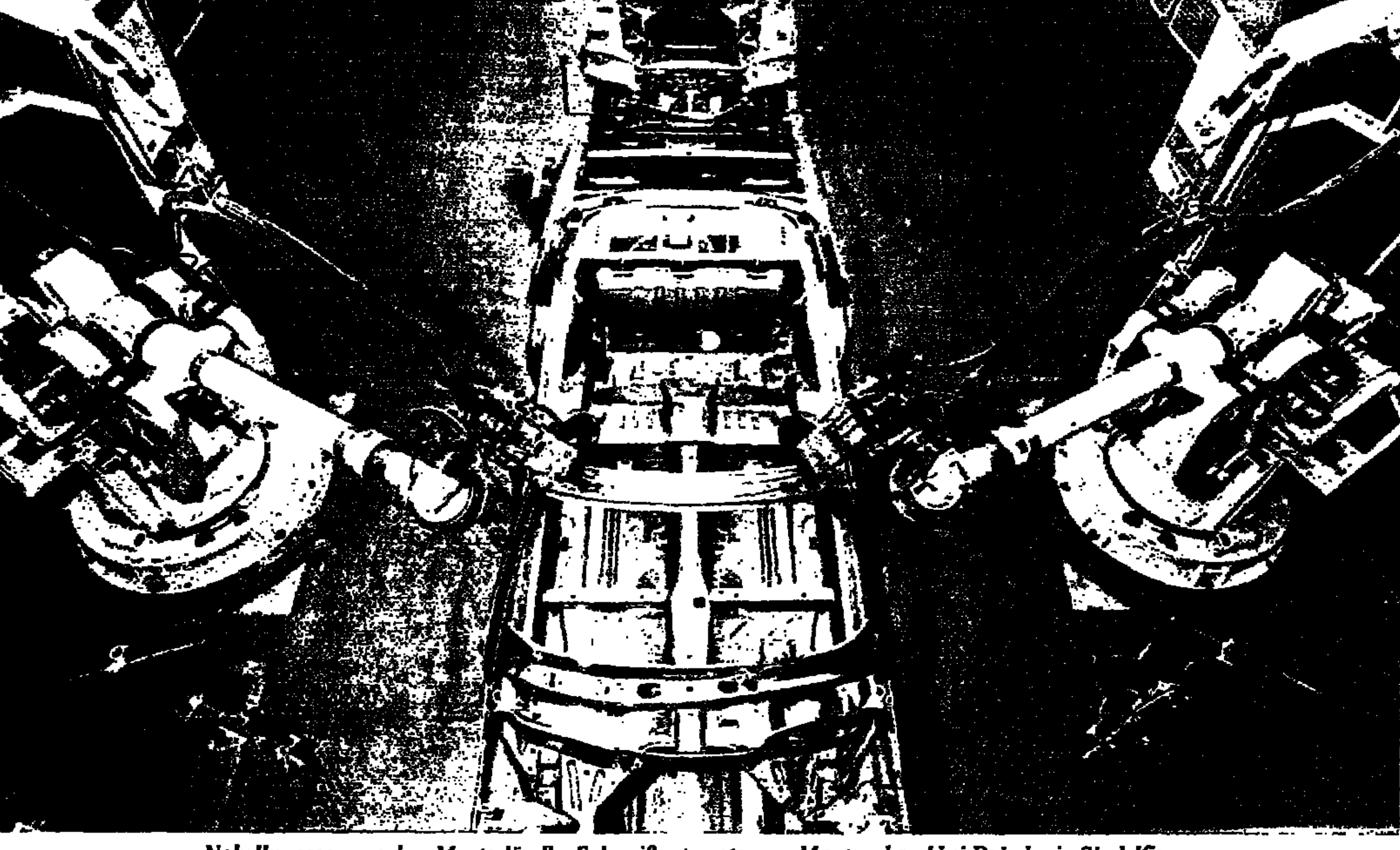
Ich meine, wenn wir verständnisvoll und über alle Landesgrenzen hinaus an einem Strang ziehen, hat der Norden seine Chance.





So schafft der Süden sein Glück

Von LOTHAR SPÄTH



Nobelkarossen aus dem Musterländle: Schweißautomaten am Montageband bei Daimler in Sindelfingen.



Lothar Späth (49), Regierungschef in Baden-Württemberg, setzt auf aktive Industrie-Politik.

Mehr und mehr schwingt ein Unterton des Vorwurfs gegen die süddeutschen Länder mit, wenn vom wirtschaftsstrukturellen Süd-Nord-Gefälle die Rede ist.

Es ist verständlich, daß die norddeutschen Länder einschließlich Nordrhein-Westfalens die Ursachen für ihre im Vergleich zu Süddeutschland – Baden-Württemberg und Bayern – geringere Prosperität vor allem exogenen Faktoren zuschreiben. Aber, so ist zu fragen, hat der Süden einfach Glück, ohne selbst etwas dafür zu können? Ich bin überzeugt, daß „das Glück des Südens" zum wesentlichen Teil – und zwar durchaus gezielt und bewußt – „hausgemacht" ist.

So hat das Land Baden-Württemberg seine *Gesamtausgaben von 1978* bis 1985 einschließlich seiner Leistungen im Länderfinanzausgleich lediglich um 31,3 Prozent erhöht, während sie im Durchschnitt der Flächenländer um 34,5 Prozent und im Bund um 36,4 Prozent angestiegen sind. Im *gleichen Zeitraum* erhöhte Baden-Württemberg seine Personalausgaben lediglich um 27,5 Prozent, während sie im Durchschnitt der Flächenländer um 35 Prozent angewachsen sind.

Je Einwohner umgerechnet hat sich die Verschuldung in den Jahren 1978 bis 1985 bei den anderen Flächenländern um 2418 DM erhöht, in Baden-Württemberg lediglich um 1587 DM. *Hochgerechnet mit der* Einwohnerzahl Baden-Württembergs bedeutet dies eine Minderverschuldung in Höhe von 7,7 Milliarden DM.

Die jährliche Neuverschuldung, die 1978 in Baden-Württemberg mit 203 DM höher lag als im Durchschnitt der anderen Flächenländer (200 DM), zeigte im vergangenen Jahr ein völlig *anderes Bild. Je Einwohner benötigte* Baden-Württemberg nur noch 113 DM Kreditmittel zur Finanzierung seines Haushaltes, im Durchschnitt der anderen Flächenländer war dagegen ein Anstieg auf 283 DM zu verzeichnen.

> ***Die Sprache ist die Mutter des Gedankens.***
>
> ***Karl Kraus***

Parallel zu dieser Haushaltskonsolidierung erreichte Baden-Württemberg ein weit überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum.

Das *vermeintliche* Geheimnis der baden-württembergischen Prosperität erklärt sich des weiteren aus der Kombination von Konsolidierung und *Zukunftsinvestitionen*. Wir haben die frei verfügbaren Mittel konzentriert für den Ausbau der Grundlagenforschung und der anwendungsorientierten Forschung, der Innovationsförderung, des Technologietransfers und der mit der Wirtschaftsförderung einhergehenden Stadt- und Dorferneuerung eingesetzt.

Damit fügten wir die komplementären Voraussetzungen für die Sicherung einer hochgradig exportorientierten, auf qualifizierte und hochbe*zahlte Mitarbeiter angewiesenen und* deshalb – angesichts der internationalen Konkurrenz – zum technologischen und qualitativen Vorsprung verpflichteten Wirtschaft zusammen, wobei wir übrigens das Finanzvolumen unserer Wirtschaftsförderung gegenüber 1980 um mehr als ein Drittel reduziert haben.

Gewiß hat Baden-Württemberg, gemessen an den aktuellen weltwirtschaftlichen Herausforderungen, gegenüber den norddeutschen Ländern traditionell und historisch begründe*te Startvorteile. Aus* den *Regionen* entlang der südlichen Rheinschiene, meist Aufmarschgebiete der „Erbfeinde" Deutschland und Frankreich, sind Kerngebiete der europäischen Zusammenarbeit geworden.

Die Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs, ursprünglich aus Rohstoffarmut und jener Not geboren, die erfinderisch macht, erweist sich aufgrund ihres mittelständischen Zuschnitts, ihrer spezifischen Marktnähe und ihrer breiten Diversifikation *immer* wieder als besonders flexibel und damit krisenfest.

Unsere Politik des Aufbaus einer angebotsorientierten Infrastruktur in den Bereichen Forschung, Technologietransfer und Kommunikationstechniken legt die Grundlagen für die weitere Anpassungsfähigkeit unserer Unternehmen in einem zunehmend arbeitsteiligen Weltmarktgeschehen, das uns im Bereich der Massenproduktion immer weniger Chancen läßt.

Die baden-württembergische Spitzenposition ist zugleich ein wesentlicher Beitrag zur föderativen Gemeinschaftsleistung der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1978 haben wir über zwölf Milliarden DM in den Länderfinanzausgleich gezahlt. Die Leistungen Baden-Württembergs für den Länderfinanzausgleich sind jetzt pro Jahr weit höher als die Netto-Kreditaufnahmen des Landes.

In die Finanzverbünde der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung fließen ebenfalls jährlich Milliardensummen aus Baden-Württemberg ab. Der Segnungen be*stimmter* Förderinstrumente, beispielsweise im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", werden wir, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, nur noch in einer einzigen Arbeitsmarktregion teilhaftig – mit der Konsequenz eines erheblichen Präferenzgefälles zugunsten von Gebieten außerhalb unserer Landesgrenzen.

Es ist ein Beitrag zur bundesdeutschen Gemeinschaftsleistung, daß Baden-Württemberg im vergangenen Jahr – bei einer Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent Ende 1985 – eine leicht sinkende Arbeitslosenzahl aufzuweisen hatte, während sie im Bundesgebiet anstieg.

Es ist ein Beitrag zur bundesdeutschen Gemeinschaftsleistung, daß Baden-Württemberg rund 40 Prozent zum Zuwachs der Zahl sämtlicher versicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer beisteuert, wobei übrigens noch zu berücksichtigen ist, daß erheblich mehr Bundesbürger nach Baden-Württemberg „einwandern", als unser Land verlassen.

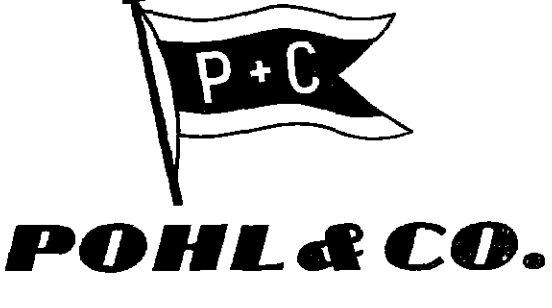
Als Beitrag zur bundesdeutschen Gemeinschaftsleistung verstehe ich die Entwicklung Baden-Württembergs insgesamt – nicht als „Landesegoismus" und nicht als ökonomisches Duodez-System.

Es ist ja auch nicht die Effizienz unserer Politik, die außerhalb Baden-Württembergs da und dort auf Kritik stößt. Vielmehr sind die meisten Länder dabei, vergleichbare Wege einzuschlagen.

Niedersachsen zum Beispiel fördert Existenzgründungen, startete eine Qualifizierungsoffensive in der Weiterbildung und schuf die Position eines Technologie-Beauftragten. Auch Schleswig-Holstein startete Technologie-Zentren und verfügt über eine funktionstüchtige Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Auch Hamburg betreibt eine außerordentlich aktive Wirtschaftsförderungspolitik und schuf ein Technologie-Beratungszentrum, das starken Zulauf verzeichnen kann. Berlin steuert auf gleichen Wegen schon seit einigen Jahren einen durchaus erfolgreichen Kurs.

Darin erkenne ich die richtigen Ansätze zur Eindämmung des Süd-Nord-Gefälles, an der dem Bundesland Baden-Württemberg aus wohlverstandenem Eigeninteresse gelegen ist.

Sie ist aber unter den Bedingungen, die das hochentwickelte Industrieland Bundesrepublik zu bewältigen hat, nicht dadurch zu schaffen, daß die Spitze des Geleitzugs gebremst wird. Vielmehr muß der gesamte Konvoi der Bundesländer Fahrt aufnehmen.





Da stellten Kurden mich an die Wand

Von PETER M. RANKE



In Muscat (Oman) hält die Moderne Einzug – hier ein neues Stadthaus.



„Die jungen Leute müssen rausgeschickt werden", sagte der verehrte Chefredakteur Hans Zehrer, „damit sie politische Witterung bekommen." Er hielt sein Wort. Im September 1957 war ich in die außenpolitische Nachrichtenredaktion der WELT eingetreten, im November flog ich zum ersten Mal nach Beirut. Es war der Einstieg in eine fast dreißigjährige Nahost-Berichterstattung.

„Schreiben Sie bloß nichts über den Libanon", rieten damals Kollegen und Diplomaten, „vor allem nichts über die Armee, den Patriarchen oder religiöse Gegensätze." Das hat sich inzwischen sehr geändert. Aber ich lernte noch das alte, friedliche Beirut kennen, schrieb über Palästinenserlager und wohnte im Myrtom-House, das später der befreundete Hans Maschek übernahm und das im „Bürgerkrieg" 1975 ausbrannte.

Dann kam nach der Redaktionsarbeit, die oft bis spät in die Nacht dauerte und bei der Hans Zehrer jeden Abend gegen 21.00 Uhr anrief: „Ändert ihr noch etwas auf der Seite eins?", der erste Korrespondenten-Posten in Kairo. Praxis statt Theorie. 1960 begannen unter Präsident Abdel Nasser die Enteignungen und Verstaatlichungen, Ägypten steuerte sozialistischen Kurs.

Telefoniert wurde selten, Telex hatten nur die Agenturen. Wir Korrespondenten schickten Kabel oder brachten unsere Briefberichte zum Informationsamt. Die dicke Nadja dort öffnete in aller Ruhe die Briefumschläge und schickte den Bericht zur Zensur. Es dauerte meist zehn Tage, bis er dann in Hamburg war.

Schon 1961 war ein Jahr der Krisen. Jordanien und Syrien rückten in das Blickfeld des WELT-Korrespondenten in Kairo. In Amman wurde der Ministerpräsident Ero ermordet, ein erstes Interview mit König Hussein folgte. Aber auch ein Besuch im geteilten Jerusalem mit Mauer und Stacheldraht.

Dann die erste Konferenz der Blockfreien in Belgrad. Syrien löste sich aus dem Staatsbund mit Ägypten. Also wieder los: über Beirut nach Damaskus, wo Sowjetpanzer in den Straßen dröhnten. In Kairo hatte ich die Ungetüme nur bei Paraden gesehen, im nächsten Jahr sah ich sie im Einsatz.



UNSER MANN
IN NAHOST
PETER M. RANKE

Peter M. Ranke (61), gebürtiger Berliner, Journalist von der Pike auf, arbeitet seit 1957 für die WELT. Sein „Revier" ist Nahost.

Im September 1962 wurde der Imam (König) von Jemen gestürzt, die Ägypter sandten ein Hilfskorps, um die Militärs gegen die Stämme im Hinterland zu unterstützen. Ich war über Aden mit dem Jeep nach Tais gelangt, gezahlt wurde mit silbernen Maria-Theresia-Talern. Als einer der ersten konnte ich berichten, daß in Jemen ein harter Gebirgskrieg herrscht und daß die Ägypter dort Tausende von Soldaten mit Panzern und Flugzeugen einsetzen. Der Krieg dauerte bis 1967.

Im Herbst 1964 war ich drei Wochen in Jemen verschollen. Nach einem Interview mit dem saudischen König Feisal war ich in die Oase Nadschran geflogen. Von dort ging es zu den Stämmen in den Bergen, zu Fuß, mit Kamelen und Landrovern. Wir pflegten Verwundete, hatten Angst vor den ägyptischen Flugzeugen. Ich besuchte ägyptische Gefangene mit stählernen Fesseln an den Füßen, nahm ihre Briefe mit nach Kairo zurück.

Regenstürme machten Wege und Pisten unpassierbar, daher konnte ich keine Nachricht geben. Aber aus Beirut habe ich dann Kaffee, Butter und Weihnachtsspielzeug ins darbende Kairo mitgebracht. 1965 siedelten wir für ein Jahr nach Beirut über.

Die Redaktion schickte mich nach Algier zu den Blockfreien. Aber die Konferenz platzte, Ben Bella war gestürzt worden. Auf dem Rückweg über Kairo wurde ich verhaftet, weil ich wegen des Abbruchs der Beziehungen kein Visum hatte. Dr. Ernst von der Botschaft eiste mich los. Ich konnte wenigstens die Ersatzpapiere für unseren Möbeltransport mitnehmen, den wir danach endlich in Beirut vom Zoll abholen durften. Schwierigkeiten, aber auch schöne Entdeckungsreisen in Libanon und Syrien mit stundenlangem Warten auf ein Visum an der ungemütlichen syrischen Grenze.

Begegnungen, Gespräche mit Menschen zählen viel für einen Korrespondenten, nicht nur Putsch- und Krisenstimmung oder Krieg. In Israel traf ich während des Sechstagekrieges 1967 Heinz Schewe. Er hatte sich wegen der Hitze ein nasses Taschentuch um den Kopf gebunden und war erst kürzlich aus Moskau gekommen. Heinz stöhnte: „Schickt mich Zehrer in ein Land, wo es keinen Schnee gibt!" Wir fuhren dann gemeinsam in einem Militärbus zurück und hörten die Nachricht: „Israelische Soldaten beten an der Klagemauer." Nie habe ich so viele Männer wie in unserem Bus vor Glück weinen sehen.

Nach 1975 erlebte ich dann das andere Beirut, hassende und selbstzerstörerische Libanesen und Palästinenser. Kurden stellten mich an die Wand. In Sannaye lag ich eine halbe Stunde unter gezieltem MG-Beschuß, ehe ich einen Bericht bei Reuter absenden konnte. Warum der Einsatz? Sicherer Substanzgewinn. Man war es vielleicht gar nicht anders gewohnt, war auch zu lange aus der Heimatredaktion weg. Dafür lernte ich in diesen harten Tagen neue Freunde kennen, Beschir Gemayel und die Chamouns zählten dazu. Und Walter W. Krause, der kochte und mit unserem letzten Trinkwasser seinen weißen Pudel wusch, als der Raketen-Beschuß nachließ.

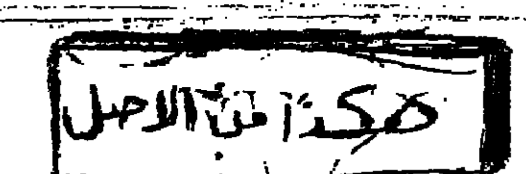
Dann kamen mehrere Reisen nach Iran, Interviews mit dem Schah, zwei Wochen lang eine Erkundungsfahrt mit einer Befreiungsfront in Eritrea, aber auch die journalistische Begleitung von Präsident Sadat bei den Verhandlungen in Jerusalem und Kairo. Endlich Frieden zwischen Ägypten und Israel!

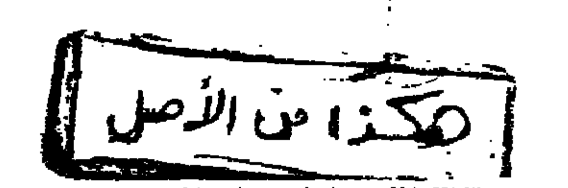
Denn im Herbst 1978 hatte ich in den christlichen Stadtteilen von Beirut wieder im Feuer gelegen. Zwei Wochen lang drosch die syrische Artillerie mit Raketenwerfern mitten in die Wohnviertel. Ich barg tote Kinder, war als einziger Korrespondent im Hotel „Alexandre" und ging mit christlichen Falange-Milizionären auf Nachtwache. Das Hotel erhielt mehrere Treffer. Wir überlebten im Keller nur durch ein Wunder die Sintflut, als die riesigen Wasserbehälter zerschossen wurden und ausliefen. Ein altes Taxi brachte mich zum Hafen Jounie. Als ich auf Zypern meinen ersten Bericht absetzen wollte, war es Freitag nachmittag und zu spät. Redaktionsschluß – Journalistenpech.

Der Umsturz in Teheran 1979. Khomeini war schon eingetroffen. Mein Kollege Joe Alex Morris von der „Los Angeles Times" meinte, wir sollten zu den Kasernen der Garde gehen. Dort wurde geschossen, das Volk bewaffnete sich. „Laß uns noch warten", sagte ich, aber Joe zog los. Er wurde erschossen, ich flog später mit der letzten El-Al-Maschine nach Westen.

Weder Schecks noch Kreditkarten helfen während einer Krise in Beirut, nur Bargeld zählt. Als ich während des Krieges von 1982 die Hotelrechnung nicht mehr bezahlen konnte, fuhr meine Frau, die mich begleitete, mit israelischen Soldaten durch die Front nach Tel Aviv, nahm die Überweisung von zehntausend Dollar entgegen und kam drei Tage später bei Beschuß wieder zurück. Mit dem Geld. Phantastisch, wenn ein Korrespondent so eine Helferin hat.

Den Schah habe ich in Kairo mit beerdigt, auch am Sarg Sadats habe ich gestanden. Zeugen ihrer Zeit. Man war dabei, man kennt sich aus und man berichtet, so gut man es vermag. Wenn die Redaktion jetzt anruft wie vor drei Wochen – Aufstand in Kairo, die Hotels brennen! –, dann nehme ich die nächste Maschine nach Ägypten. Wie seit dreißig Jahren.





Was ist das, sozialer Fortschritt?

Von ALBERT MÜLLER

Im Bundestag galten Abgeordnete, die sich sozialpolitisch engagierten, lange Zeit als Sonderlinge. Unter Journalisten nannte man sie die „Sopos". Was diese Männer und Frauen („mit der Reichsversicherungsordnung unter dem Arm") bewegte, war für Nichtexperten meist unverständlich. Zu der leicht spöttischen Duldung, zu der Anerkennung auch ihres Bienenfleißes trat zuweilen ausgesprochener Ärger der Mitabgeordneten, weil die „Sopos" in der Regel freitags dran waren, dann die Schlußabstimmungen sich verspäteten oder gar Sondersitzungen in den Parlamentsferien notwendig wurden.

Hier treffen mehrere Attribute zusammen: Spezialistensache, ausdifferenziert und ungriffig, bei aller Undurchsichtigkeit fürs Parlamentariergewissen hochrelevant und wirtschaftlich fast immer von massivem Gewicht. Entscheidungen in der Sozialpolitik waren gesellschaftlich unabweisbar, jedoch, einmal getroffen, in den Konsequenzen für die Zukunft bis auf weiteres nicht abzugreifen.

Explosive Vokabel „Umschichtung"

Aus einiger Distanz kann man für den (am heftigsten umstrittenen) Politikbereich der sozialen Sicherheit drei Perioden unterscheiden:

Die Zeit des Wiederaufbaus (buchstäblich, auch institutionell und programmatisch zu verstehen); die der großen Sozialreform in den fünfziger und sechziger Jahren; schließlich die (jetzige) Ära der kritischen Durchprüfung des Geschaffenen, wobei unter Gesichtspunkten der Finanzierbarkeit sowohl Übertreibungen wie Unterlassungen die Fragesteller in Anspruch nehmen. Bald kam das vieldeutige Wort von der notwendigen „Umschichtung" auf. Es enthält Explosivstoff, wie man ihn sich besser noch gar nicht vorstellt.

Von keiner Seite bestritten wird der Rang der Politik der sozialen Sicherheit unter den Elementen der Stabilität von Gesellschaft und Staat. Auch ist nachweisbar, daß die meisten sozialpolitischen Beschlüsse, die dann die Gesetzbücher füllten, jeweils nach allem Hin und Her doch immer einstimmig oder mit wenigen Enthaltungen gefaßt wurden.

Jedenfalls scheint die Annahme vorgeherrscht zu haben, daß allein die Beschäftigung mit dieser Materie schon den sozialen Fortschritt befördere. Mit dieser positivistischen Grundeinstellung bildete jener Skeptizismus ein Spannungsfeld, der zur täglichen Warnung Anlaß sah, es stehe ein „Versorgungsstaat" ins Haus, der am Ende nicht mehr bezahlt werden könne. Beweisen ließ sich weder die Begründetheit der Zuversicht noch die der Skepsis. Es mußte gehandelt werden. Dabei waren Risiken – wie weltwirtschaftliche Verwerfungen, Ölkrise, Währungswirrwarr, Bevölkerungsrückgang, Verschiebungen im Altersaufbau – weder nach Zeitpunkt noch Qualität und Dimension vorauszusehen oder abzuwenden.

So groß die Bedeutung des sozialen Fortschritts für die Nachkriegszeit gewesen ist, die Politiker konnten sich nicht mit der Frage aufhalten, was sozialer Fortschritt denn nun eigentlich sei. Mythos oder Realität? Oder beides? Definitorisch, also *durch Aufhellung der beiden Begriffsteile*, war *ohnehin nichts* zu gewinnen. Was „sozial" heißt, ist in sich so wenig eindeutig wie das, was man unter „Fortschritt" verstehen könnte.

Beide Worte haben den Rang von Hilfsmitteln zur Verdeutlichung ethischer *Impulse, ökonomischer* Interessen, politischer Absichten. Sie sind Instrumente der Verständigung, ohne die man nicht auskommt, jedoch Abkürzungen ohne qualitative Verbindlichkeit.

Konsequent hat Karl Jaspers („Die Atombombe und die Zukunft des Menschen", S. 258) den Begriff des Fortschritts nur für die Technik gelten lassen: „Nur die Rationalisierung läßt sich, soweit sie gewonnen ist, identisch wiederholen und ins Unabsehbare erweitern … Es ist irreführend, den Fortschrittsgedanken von hier, wohin er gehört, zu übertragen auf alle Gebiete des Geistes und auf die Geschichte im ganzen. Denn hier gilt er nur insoweit, als die Fortschritte der Rationalisierung allem anderen menschlichen Tun, auch dem je einzigen geschichtlich schöpferischen und existentiellen, Mittel der Verwirklichung und Bedingungen seines Daseins bringen." .

Wer dies anerkennt und daher auch den sozialen Fortschritt zu den nicht identisch wiederholbaren und unbegrenzt ausweitbaren Vorgängen rechnet, also nicht zum Fortschritt im strengen Sinne, wer sich mithin bewußt ist, *daß er es terminologisch* mit einem Notbehelf, mit einer logisch nicht vertretbaren Hilfskonstruktion zu tun hat, dem wird die Verwendung dieses Begriffs gleichwohl durch die Tatsache erleichtert:

Daß während etwa des letzten Jahrhunderts doch und aus welchem Grunde immer Veränderungen im Leben des einzelnen und der Gesellschaft vor sich gegangen sind, die man nun schlechterdings nicht anders denn als Fortschreiten aus schlechteren zu besseren, aus niederen zu höheren Verhältnissen begreifen kann. Sind auch die identische Wiederholbarkeit und die unbegrenzte Ausweitbarkeit in Frage zu stellen, so hat doch unverkennbar eine Aufwärtsentwicklung stattgefunden, zu deren Kennzeichnung der Begriff „Fortschritt" – stellvertretend, alle Vorbehalte zulassend – sich anbietet.

In Sinne Jaspers' eine neue Realität

Konkret bedeutet das: Über die Zeiten hinweg richteten einzelne, Gruppen, Gesellschaften, Staaten das Augenmerk auf:

Verminderung der Armut, Schutz gegen Krankheit und Hinfälligkeit, Befreiung von Unwissenheit, Begrenzung der Gefahren des Arbeitslebens, Verhinderung von Ausbeutung und Machtmißbrauch, Gewährleistung von Beschäftigung und angemessener Entgeltzahlung, Sicherung bei Invalidität, Alter und bei Tod des Ernährers; Schaffung von Freizeit und Mehrung der Freiheit.

Die ökonomisch-technische Entwicklung hat für den Menschen im Sinne Jaspers' eine „je neue Realität seiner Daseinsmöglichkeiten" hervorgebracht und bringt sie weiter hervor. Welche Folgen hat das für die Sozialprogrammatik? Das ist jeden Tag aufs neue herauszuarbeiten. Dabei sind weder Verheißungen am Platze noch Ernüchterungen unausweichlich.

Indessen ist rechtzeitig eine Unterscheidung zu treffen: Sozialer Fortschritt wird sowohl in demokratischen wie totalitären Ordnungen für bejahenswert und förderungswürdig erachtet. Doch nur der totalitäre Staat kann verbindlich bestimmen und, mit Unterstützung seiner gesellschaftlichen Hilfsorgane, zwingend veranlassen, was als sozialer Fortschritt zu gelten hat. Dagegen ist in der Demokratie die Gesellschaft genötigt, unter Abwägung und Ausgewichtung divergierender Interessen den Begriff als Vorgang dauernd zu korrigieren und im Prozeß der Realisierung aktuell zu bestimmen. Denn selbst wenn sozialer Fortschritt nur in der Rückschau aufzufinden ist, die Handelnden bleiben verpflichtet, jeweils noch vor ihrer persönlichen Entscheidung zu wissen, was gegen sie spricht. Unvergessen ist jener gigantische Leichtsinn von Regierung und Opposition 1972, als allein für die Rentenversicherung durch 15jährige Vorausrechnung 200 Milliarden Mark zusätzlicher Verteilungsmasse eingeplant wurden, Gelder, die man weder besaß noch je besitzen würde.

Verlangen nach Beständigkeit

Schon wenige Jahre später konnte ein Zusammenbruch des gesamten Systems der Sozialversicherung nur durch schmerzhafte Eingriffe ins geltende Rentenrecht, auf das man so stolz war, verhindert werden.

Eine scheußliche Erfindung der Sozialpolitiker und -statistiker um die sechziger Jahre war die sogenannte Sozialleistungsquote. Sie drückte das Verhältnis des Sozialaufwandes zum Bruttosozialprodukt aus. Stieg sie an, warf sich die eine Seite in die Brust: So sozial sind wir. Gleichzeitig aber konnten die Opponenten unschwer den negativen Teil der Ursachen des Steigens der Quote hervorheben. Denn es mochte zur gleichen Zeit sowohl die Leistungsfähigkeit von Einzelsystemen wie die Hilfsbedürftigkeit von Sonderklientelen zunehmen. Die Quote war der Gipfel des Abstrahierungsprozesses, der in Wahlkämpfen die Funktion hatte, mit Millionen und Milliarden wie Prozenten und Paragraphen Fortschritt sowohl nachzuweisen wie heftig zu bezweifeln.

Die meisten Menschen verlangt es nach Beständigkeit der Verhältnisse. Sie möchten ohne Angst in die Zukunft sehen. Dabei ist nichts so beständig wie die Ungewißheit, was morgen sein wird. Der zivilisatorische Komfort hat sich ungeheuer angereichert, gleichzeitig nahm die soziale Sicherheit flächendeckend zu. Mit beiden ging ein Gewinn an Freiheit einher.

Aber auch der Zweifel setzte ein: Wird das so bleiben? Kann es wieder Vollbeschäftigung geben? Was verheißen die Strukturreformen der Renten- und der Krankenversicherung, die angekündigt sind? Wann fassen die Politiker Mut, einem überdimensionierten Medizinbetrieb breiteren Tiefgang zu verschaffen? Wer setzt endlich eine humane Regelung des Problems der ansteigenden Pflegebedürftigkeit im Alter durch? Für viele ist das die letzte große Lücke im Sozialsystem.

Der soziale Fortschritt hat viele Gesichter, ein Maximum ist nicht darunter. Dieses würde aller erfahrenen Dynamik der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung widersprechen. Es würde Freiheit vernichten und Engagement zerstören.

Zufriedenheit oder gar Dankbarkeit darf der Sozialpolitiker ohnehin nicht erwarten. Die Jungen werden in die fortschreitenden Umstände hineingeboren, die Alten nehmen Veränderungen zum Besseren im Laufe der Monate und Jahre für gegeben. Wozu auch Dankbarkeit? Wer Sozialpolitik macht, sollte sich nicht lumpen lassen. Aber auch nie vergessen, daß er immer über das Geld der anderen verfügt.



Der Zuwachs an sozialer Sicherheit brachte mehr Freiheit, für die meisten auch mehr Freizeit.

Albert Müller (72) war von 1962 bis 1979 Bonner Korrespondent der WELT und ihr Experte für Sozial- und Gesundheitspolitik. Heute ist Müller dem Blatt noch als freier Mitarbeiter verbunden.

Jeder spricht hier von Klassen

Von REINER GATERMANN

Da kommt man in das Vereinigte Königreich in dem festen Glauben, daß es die Briten sind, die den Einigungsprozeß in Europa vielleicht nicht verhindern, aber doch verzögern mit ihren ultimativen Forderungen und mangelnder Kompromißbereitschaft, daß es die „eiserne Lady" Margaret Thatcher ist, die mit an Haarspalterei grenzender Pingeligkeit ihre EG-Kollegen zur Weißglut bringt, so daß einige unter ihnen nach zermürbenden Nachtsitzungen und harten Wortgefechten *mit einem Seufzer de Gaulles gedenken*, dessen Veto einst den britischen Eintritt in die Gemeinschaft für viele Jahre verhinderte.

Aber dann lebt man fast ein Jahr in London und trifft an einem Nachmittag innerhalb von drei Stunden zwei der profiliertesten britischen Altpolitiker und beide, obwohl aus politisch entgegengesetzten Lagern, machen wie aus einem Mund den „Kontinentaleuropäern" den Vorwurf, die Entwicklung hin zu größerer wirtschaftlicher und politischer Kooperation zu bremsen, immer noch viel zu national zu denken, lieber sich an Visionen festzuklammern statt pragmatisch den gegebenen Realitäten entsprechend vorzugehen und sich in (faulen) Kompromissen zu verheddern, statt unverschnörkelte, die europäische *Sache vorantreibende* Entscheidungen zu treffen. Edward Heath, der frühere Tory-Premier, aber noch mehr James Callaghan, sein späterer Labour-Nachfolger, sehen bei den Partnern einen erheblichen Mangel an „globalem Weitblick".



UNSER MANN IN LONDON R. GATERMANN

Reiner Gatermann, Jahrgang 1942, war 17 Jahre lang Skandinavien-Korrespondent. Seit 1985 berichtet er für die WELT aus London.



Nirgendwo sind die sozialen Gegensätze schroffer als auf den ehedem glückseligen Inseln Ihrer britannischen Majestät. Aber auch im Mutterland der Demokratie finden die Prozesse der Entscheidung in kleinen Zirkeln statt – nicht zuletzt im House of Parliament (Foto) an der Themse.

Die Briten hätten ihn, nicht zuletzt aufgrund ihrer Erfahrungen als Großmacht und Mutter eines Empires. Dazu vermerkte ein kontinentaler Europa-Parlamentarier nach einer dieser *frustrierenden ergebnislosen Sitzungen*: „Manchmal hat man den Eindruck, die Briten wollen jetzt ihre verlorene Weltposition in Europa kompensieren. Dann treten sie wie richtige Schulmeister auf."

Dennoch, die Perspektive ist interessant. Sich selbst sehen die Insulaner als die treibende Kraft und die Partner als die Zauderer, während in Paris, Bonn oder Den Haag die Kritik an London, egoistisch nationale Interessen ohne größere Kompromißbereitschaft zu verfolgen, eher zu- als abnimmt.

Für diese konträre Beurteilung derselben Situation gibt es jedoch eine plausible Erklärung – man findet sie im britischen Parlamentarismus. Aufgrund seiner bisherigen Konzen*tration auf zwei Parteien war man nie* gezwungen, sich mit einem politischen Gegner an einen Tisch setzen zu müssen, um einen Kompromiß auszuhandeln.

In Großbritannien findet der Entscheidungsprozeß fast ausschließlich innerhalb der Partei statt, bei Frau Thatcher soll er sich sogar nur auf Kabinettskomitees beschränken, ist *die Entscheidung einmal getroffen*, ficht man sie im Unterhaus durch, ohne Rücksicht auf die Opposition, denn man verfügt ja über eine Mehrheit. Die „Kontinentalen" haben da andere Erfahrungen und Traditionen, und es bedarf wohl auch hier noch *eines beiderseitigen Lernprozesses*, um in Europa zu einem geschmeidigeren und effektiveren Entscheidungssystem zu kommen.

Erst registrieren, dann versuchen zu verstehen und schließlich daraus *seine Rückschlüsse ziehen, das muß* man auch, wenn man als Neuer in das Vereinigte Königreich kommt. Die „guten Ratschläge" und Warnungen von Kollegen und Freunden klingen noch frisch in den Ohren, darunter der Hinweis, daß bei der Einreise *Vorsicht bei Paß- und Zollkontrolle* geboten sei. Und was geschieht im Hafen von Harwich? „Wollen Sie sich hier niederlassen, soll das Auto auch eingeführt werden?" Auf die bejahende Antwort sagt der Beamte erst „willkommen", erklärt mir dann die Prozedur, überraschend einfach, um letztlich hinzuzufügen, das alles müsse nicht morgen geschehen, „suchen *Sie sich erst einmal eine feste Adresse*".

Also führt der erste Weg zum „Estate Agent", mit der Frage, ob er zunächst eine möblierte Zwischenlösung habe. Kein Problem, wir schauen uns vier Objekte an. „Diese Wohnung liegt in einer Gegend der oberen Mittelklasse", eine andere Straße beschrieb er als „genuine Mittelklasse", und so ging das weiter.

Nie habe ich an einem Tag so oft das Wort Klasse zu hören bekommen. *Inzwischen habe ich gelernt*, Klassenunterschiede und Klasseneinstufungen als historisch unabdingbare Gegebenheiten hinzunehmen. Niemand scheint ernsthaft für den Abbau des sozialen Klassifizierungssystems zu kämpfen. „Ich gehöre immer noch *zur Arbeiterklasse*", sagt mir später ein Handwerker, seit drei Jahren selbständig mit sechs Beschäftigten und dem Wunsch, sich einmal einen Mercedes kaufen zu können. Der Anthony Webb, seine Vorfahren namens Weber kamen aus Köln, ist stolz auf seine Klassenzugehörigkeit. Und hier werden Wählerumfragen nicht nach Berufsgruppen analysiert, sondern *nach Klassen*, von A bis E. Schließlich erfährt man auch bald, daß Margaret Thatcher unter den Konservativen zwar respektiert und als politische Führerin akzeptiert sei, jedoch für die Oberklasse ihrer eigenen Partei immer die „grocer's daughter", die *Tochter des Kolonialwarenhändlers*, bleiben werde.

Als soziale Diskriminierung faßte ich zunächst den Rat eines Freundes auf, bei der Haussuche strikt auf die „richtige Umgebung" zu achten. *Kommt man aus* Schweden, *wo* die klassenlose Gesellschaft oberstes Gebot ist, klingt allein schon ein derartiger Hinweis ketzerisch. Als das erste Objekt zur Diskussion stand, winkte er ab: „Das Haus ist in Ordnung, es liegt aber falsch." Zu nahe an einem Block mit kommunalen Mietwohnungen und es grenzte an ein Pub, was ich zunächst als Vorteil gewertet hatte. Dann fuhren wir in verschiedenen Stadtteilen mehrere Straßen ab, der



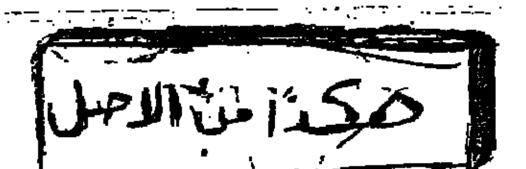
Freund kommentierte: Hier könne man wohnen, in der Nachbarstraße jedoch nicht. Woran er das sehe: an den Autos auf der Straße. Bei einem anderen Haus sollte sich herausstellen, daß es ebenfalls falsch lag, „wenn es nur am anderen Straßenende stehen würde, dann ja".

Inzwischen hoffen wir, das Richtige gefunden zu haben, sowohl was die Lage als auch den Standard des Hauses anbetrifft, jedenfalls haben bisher weder ausländische noch englische Bekannte es abgelehnt, uns dort zu besuchen, weil man „dort wohl nicht wohnen könne". Das soll, so wurde mir versichert, vorkommen.

Hat man die Behausung gefunden, beginnt die Suche nach Handwerkern: Man wünschte uns, häufig eigene Erfahrungen in frischer Erinnerung, „viel Glück". Wir hatten es, glauben wir jedenfalls.

Die schlechtesten Erfahrungen haben wir mit den Institutionen gemacht, von denen man sonst annimmt, sie müßten – auch international – die besten sein: die Banken und Versicherungsgesellschaften. Zwar ist der Scheck ein weitverbreitetes Zahlungsmittel – die am häufigsten gebrauchte Ausrede soll sein: Der Scheck ist unterwegs –, aber will man einen eigenen in einer Filiale seiner Bank einlösen, die nicht die kontoführende ist, kostet dies nicht nur viel Zeit (von der elektronischen Datenverarbeitung sind sie noch nicht erfaßt), sondern auch Geld. Von der Autoversicherung bekommt man plötzlich zwei Policen, weil – offenbar wegen schlechter Handschrift der Sachbearbeiter – aus einem G ein C wurde und das R völlig verschwand.

Aber sonst läßt es sich im Reich der Queen recht gut leben. Der Unterschied zu Schweden ist am besten mit folgendem Beispiel beschrieben: Auf den Päckchen mit Saft-Konzentrat ist in Schweden zu lesen: Verdünne mit vier Teilen Wasser. In England heißt es: Verdünne nach Geschmack.



Arzt und Presse: Beide „operieren“

Von Prof. Dr. med. HANS WILHELM SCHREIBER

Man spricht nicht ohne weiteres und auch nicht gerne miteinander. Die Verletzlichkeit des einen mag mit dem missionarischen Eifer des anderen korrespondieren oder kollidieren. Mit einem Wort: Arzt und Journalist stehen sich kritisch gegenüber. *Gleichwohl sind sie mehr denn* je aufeinander angewiesen, haben sie doch eine ähnliche berufliche Zielvorstellung, eine gemeinsame Verantwortung: das Wohl der Bürger zu fördern. Beide klären auf, beide schaffen Fakten und legen, wo es notwendig ist, den Finger auf die Wunden.

Lange Zeit galt unter Ärzten die Regel, die Tagespresse zu meiden. Dies hatte sicherlich gute Gründe. Bestärkt wurden die Berührungsängste zum Teil durch ungute Erfahrungen und durch berufsständische Vorschriften, die einen engen Kontakt zwischen Ärzten und Journalisten allzuleicht in die Ecke unerlaubter Werbung drängten. In einer Zeit aber, in der jeder für seine Gesundheit und Krankheit immer stärker Mitverantwortung tragen muß, bedarf jeder auch der hilfreichen Information. Dieses Wissen um Wiederherstellung und Erhaltung der Gesundheit zu vermitteln, ist eine der verdienstvollsten Leistungen der Presse im allgemeinen und der WELT im besonderen.

Ein gemeinsames Ziel zu haben, bedeutet noch nicht, auch über ein vergleichbares Instrumentarium zu verfügen. Das des Journalisten ist die Sprache. Sie ist mehr als ein Vehikel, mehr als ein Container eingepreßter Ideen; sie ist eine eigene Wissenschaft und im Effekt ein Faktum. Die Sprache des Journalisten vereinfacht und muß dies tun – auch wenn es gelegentlich Quelle für Mißverständnisse und ärgerliche Reaktionen ist. Die Allgemeinverständlichkeit der Sprache wird von sehr verschiedenen Faktoren beeinflußt: Vom Gegenstand, über den berichtet wird; vom Interesse, das erwartet wird; von der Qualität der Informationsquelle; von der intellektuellen und moralischen Redlichkeit des Journalisten.

Daraus läßt sich ableiten, daß Berichte über medizinische Themen vom sachverständigen und verantwortungsbewußten Journalisten ins *Blatt* gehoben werden *sollen*. Deshalb sollte heute ein auf dieses Gebiet spezialisierter Wissenschaftsredakteur einen festen Platz in einer großen Tageszeitung haben. Weiter folgt daraus: Der Arzt muß die Situation des Fachjournalisten kennen und respektieren, er sollte partnerschaftlich mit ihm umgehen und ihn bei kritischen Fragen nicht alleine lassen.

Kritik gehört zum Wesen des Journalismus. Damit muß der Arzt – wie andere auch – leben können. Die Kritik in der Tagespresse berührt ihn meist schmerzlicher als solche aus Kollegenkreisen oder im Fachjournal. Hier gibt es verschiedene Gründe für solche Empfindlichkeiten: Im allgemeinen geht der Arzt davon aus, daß jedermann weiß, daß er in einem oft beispiellosen Engagement optimale Medizin menschlich vermittelt, daß sich dies in der Regel nicht auf der Bühne der Öffentlichkeit vollzieht und daß man dies alles auch respektiert, wenn es etwas zu kritisieren gilt. Vielleicht spielt auch das *Problem der „unbewältigten Eitelkeit“* dabei eine Rolle.

> ***Ebenso wie ein Politiker, der diesen Namen wirklich verdient, das tut, was er für richtig hält, gleichgültig ob ihm alle zustimmen, so muß eine gute Zeitung alle wichtigen Informationen verbreiten, auch wenn das dem einen oder anderen nicht passen mag.***
>
> ***Axel Springer***

Der Journalist ist wohl oder übel häufig gezwungen, der Meinung und dem Geschmack einer Mehrheit zu folgen, kann dabei aber durchaus als wichtiges gesellschaftliches Korrektiv wirken. Er kann etwa sagen, ein Patient solle nicht mehr zehn oder acht Tage im Krankenhaus liegen, sondern fünf. Äußerungen solcher Art, werden sie mit der nötigen Kompetenz vorgetragen, zeigen ohne Zweifel Wirkung.

Wenn Arzt und Journalist sich über die gemeinsame Verantwortung einig sind und der Journalist sich nicht in der Rolle des „Oberlehrers“ sieht, entwickeln sich von selbst Kontakt und Gespräch. Der Journalist dürfte so nicht Gefahr laufen, längst Bekanntes zu wiederholen, falsche Sensationen zu verkaufen, oder aber das wirklich Neue zu verkennen. Nur ein Beispiel von vielen aus jüngster Zeit mag dies augenfällig machen: Da wurde eine seit Jahren bekannte Tumorzellkultur als die große Neuigkeit angepriesen, und viele Presseorgane machten mit. Bei allem Fortschritt gibt es auch in der Medizin weite Bereiche, in denen das auch sonst im Leben gültige Sprichwort zutrifft: „Das Neue ist das vergessene Alte.“

Das Neue ist immer ein Faszinosum, die Mitteilung kleiner, aber notwendiger Fortschritte hingegen ein beschwerliches Unterfangen, die Schilderung der alltäglichen Arbeit undankbar. Ganze Organe zu entfernen oder zu ersetzen, öffnet die Spalten der Zeitungen von selbst, gelingt es aber, einem Arbeiter die rechte Hand zu erhalten, mit der er eine ganze Familie versorgt, wird solche Leistung leicht verkannt. Viele Beispiele ließen sich hier anführen. Bei all den Fortschritten in der Medizin, die ein starkes Echo in der Öffentlichkeit auslösen, sollte nicht übersehen werden, daß die Entwicklung in der Regel in vielen kleinen Schritten, getragen von stetem Fleiß und begleitet von Mühe und Entbehrung, über lange Zeiten fast unauffällig voranschreitet. Etwas von diesen unspektakulären, wiewohl weitreichenden Leistungen wurde unlängst auf der Schwerpunktseite der WELT zum Stand der Krebsforschung exemplarisch deutlich.

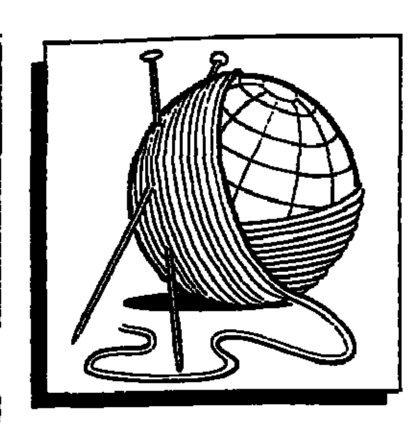


Wie im modernen Journalismus, so liegt auch für die Mediziner der Erfolg im Team.

Der Wissenschaftsjournalist an einer Tageszeitung erfüllt eine ebenso schöne wie verantwortliche Aufgabe, über wichtige und aktuelle Entwicklungen und Neuigkeiten unserer Zeit zu berichten. Er kann verständlicherweise dabei Gefahr laufen, wie der Forscher, Neigungen zu folgen, ein Fachgebiet zu bevorzugen, andere im Schatten zu lassen und dadurch auch einmal falsche Schwerpunkte zu setzen. Wer etwa über jeden kleinen Erkenntnisschritt in der theoretischen Physik oder Chemie berichtet und dies mit der Medizin schlechthin identifiziert oder die führende Stellung deutscher Forschung und Arbeit in der Endoskopie oder Traumatologie nicht wahrnimmt, wird dem Anspruch notwendiger ausgewogener Berichterstattung entweder gar nicht oder nur bedingt gerecht.

So manchem Arzt fällt es schwer, die Platzverteilung für Grundlagenwissenschaft, kliniknahe Forschung, klinisch kontrollierte Studien, Analysen von Erfahrungen und ärztlicher Praxis in der Zeitung nachzuvollziehen. Es ist einer der gewichtigsten Kritikpunkte an den Medien überhaupt, daß sie der ärztlichen Tätigkeit nicht den personalen und gesellschaftlichen Wert beimessen, der ihr zukommt. Wer in unserer Gesellschaft unauffällig seiner Pflicht nachkommt, findet kaum oder keine Beachtung. Er wird nicht zitiert, aber die Gesellschaft lebt von ihm.

Der Leser erwartet in einer Tageszeitung medizinische Informationen auf einer regelmäßig wiederkehrenden Schwerpunktseite. Der Leser muß wissen, daß er hier zuverlässig



Wissenswertes über Medizin erfährt, mitgeteilt von kompetenten Wissenschaftsjournalisten; dies kann in Form eines Interviews, eines Gesprächs oder Berichts geschehen.

Nicht selten sind Meldungen über medizinische Themen über mehrere Seiten verstreut, *zufällig plaziert, mal offenkundig getragen von hohem* Verantwortungsbewußtsein, ein andermal durch Oberflächlichkeit verzerrt. So bleibt die Verbindlichkeit auf der Strecke, an der sich der Lehrer orientieren möchte. Häufig ist der Zeitdruck, unter dem der Journalist steht, Ursache dafür, daß er falschen oder problematischen Meldungen „aufsitzt“. Hier muß der Satz gelten: Eine Meldung, die bei gründlichem Recherchieren ihren Sensations- oder Neuigkeitscharakter verliert, bleibt trotzdem eine Meldung. Das heißt zugleich, jedes Stoppen vor der definitiven Klärung ist mehr als nur ein Stilbruch. Wie soll der Journalist seine Meldung verifizieren? Eine große Tageszeitung kommt heute nicht mehr umhin, dem Medizinjournalisten ein Beraterkollegium von Fachleuten zur Seite zu stellen, das er in allen kritischen Fragen ohne zeitliche Verzögerung ansprechen kann.

Bei aller Kritik der Ärzte an der Tagespresse bleibt aber eines festzuhalten: Vieles an gesundheitlicher Fürsorge, an Vermeidung oder Heilung von Krankheiten wäre ohne die begleitende Hilfe von Journalisten nicht mehr möglich. Es kommt hinzu, daß die Mehrzahl jener Menschen, die medizinischen Rat suchen, heute aus einem Brachland kommen, das zwischen Gesundheit und Krankheit liegt, zwischen nicht mehr gesund, noch nicht gesund, nicht mehr krank und noch nicht krank. Die so Betroffenen laufen allzuoft am Arzt vorbei oder werden von ihm nicht an- oder ernstgenommen, liegen doch ihre Beschwerden außerhalb der klassischen medizinischen Schemen.

Für die Zukunft mag für den Arzt und den Journalisten folgende lapidare Formel gelten: Mehr miteinander reden, Versachlichung anstelle von Verkrampfung, mehr gegenseitiges Verständnis und Bemühen um ein partnerschaftliches, dem Gemeinwohl verantwortliches Miteinander. Arzt und Journalist leben nicht in zwei Welten, sondern in der einen.

Prof. Dr. med. Hans Wilhelm Schreiber (61) ist Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik in Hamburg und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie.

Dann soll Hermes den Himmel erobern

Von Prof. Dr. REIMAR LÜST

Am 3. Oktober 1942 wurde zum erstenmal eine Flüssigkeitsgroßrakete vom Typ A4 erfolgreich gestartet. Europa hatte zu diesem Zeitpunkt, einer geschichtlich für Deutschland so unheilvollen Periode, einen technischen Vorsprung auf dem Weg in den Weltraum. Diese führende Position wurde damals auch schnell von den USA erkannt, die sich nach Kriegsschluß den größten Teil des technischen Potentials aus Deutschland sicherten und ausbauten. Europa hatte dem zunächst wenig entgegenzustellen, da es mit dem Wiederaufbau voll ausgelastet und eine weitsichtige europäische Forschungspolitik nicht vorhanden war.

Deshalb fand der Wettstreit in der Raumfahrt zunächst nur zwischen den USA und der UdSSR statt. Wir Europäer mußten von außen zusehen, wie am 4. Oktober 1957 der erste künstliche Satellit, Sputnik 1, gestartet wurde, wie am 12. April 1961 Jurij Gagarin in seiner Wostok-I-Kapsel als erster Mensch einen Raumflug unternahm, oder wie am 21. Juli 1969 Neil Armstrong als erster Mensch den Mond betrat.

Es waren dann aber auch diese spektakulären Ereignisse, die das Interesse der europäischen Öffentlichkeit an Weltraumaktivitäten weckten,



Prof. Dr. Reimar Lüst (63), zwölf Jahre Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, leitet heute die Europäische Weltraumorganisation Esa in Paris.

so daß wissenschaftliche und politische Initiativen breiten Rückhalt fanden und zwischen 1962 und 1964 zur Gründung der beiden europäischen Organisationen Esro (European Space Research Organisation – Europäische Weltraumforschungsorganisation) und Eldo (European Launcher Development Organisation – Europäische Trägerentwicklungsorganisation) führten.

Europa manifestierte damit seinen Willen, an der Erforschung und Nutzung des Weltraums teilzunehmen und nicht nur eine Zuschauerrolle zu spielen. Es suchte allerdings zunächst mit seinen neuen Organisationen die Zusammenarbeit mit den USA, nicht den Wettstreit. Diese entwickelte sich auch in höchst positiver Weise im wissenschaftlichen Bereich, denn die USA starteten zwischen 1965 und 1983 mehr als zwei Dutzend Forschungssatelliten und Weltraumsonden aus europäischen oder nationalen Programmen.

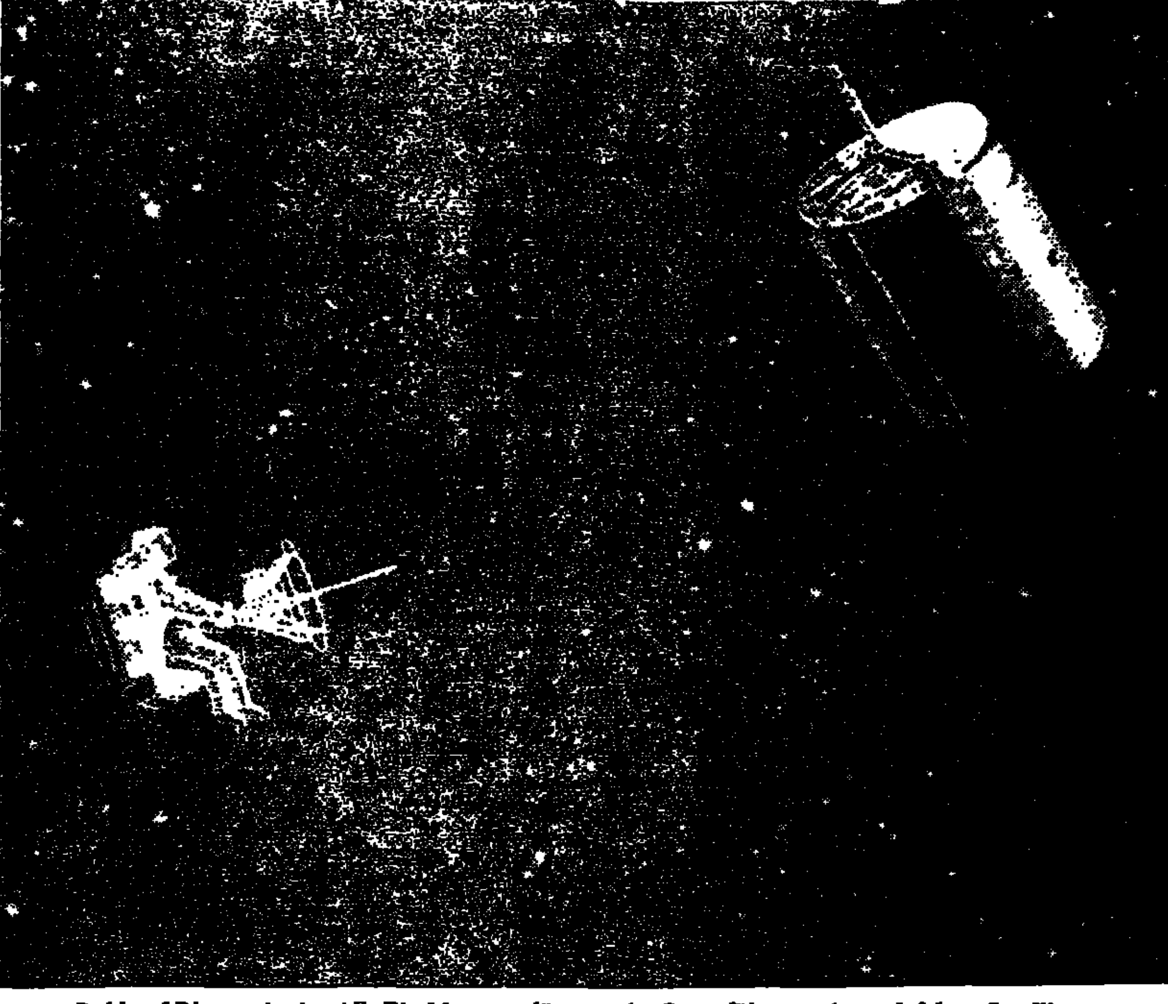
Um als Wettstreiter gegenüber den übermächtigen USA aufzutreten, fehlten den Europäern über lange Zeit die nötigen politischen und finanziellen Voraussetzungen. Es kam sogar zum Zusammenbruch der Entwicklung der Europaraketen im Rahmen der Eldo – eine Folge mangelnder Integration der technischen Aufsicht und der industriellen Organisation, was zu einer völligen Neustrukturierung der europäischen Programme führte. Dies fand seinen Niederschlag äußerlich am 30. April 1975 in der Gründung der Esa (European Space Agency – Europäische Weltraumorganisation).

Bedeutender als die Esa-Gründung war allerdings für den sich abzeichnenden europäischen Ehrgeiz die Schaffung neuer, über die rein wissenschaftliche Ausrichtung hinausgehender Programme wie der Entwicklung einer europäischen Trägerrakete Ariane, des bemannten Raumlabors Spacelab, des Fernmeldesatelliten OTS (Orbitaler Testsatellit), des Seefunksatelliten Marecs (Maritime European Communications Satellite), des Fernmeldesatelliten ECS (European Communications Satellite) und des europäischen Wettersatelliten Meteosat (Meteorological Satellite).

Wichtig waren diese Programme für verschiedene Aspekte des Wettbewerbs zwischen Europa und den USA. Der Bau von Kommunikationssatelliten versetzte die europäische Industrie in die Lage, grundlegende Technologie-Entwicklungen zu betreiben, um so den Zugang zum Weltmarkt für Fernmeldesatelliten zu finden und erfolgreich als Anbieter zu agieren, zum Beispiel bei den Intelsat-Ausschreibungen und bei der Arabsat-Vergabe. Diese Esa-Bemühungen wurden noch durch nationale Programme wie Symphonie in der Bundesrepublik und Frankreich oder Sirio in Italien gefördert.

Zu einem späteren Zeitpunkt als die oben erwähnten Projekte begannen europäische Länder mit der Entwicklung einer besonderen Klasse von Kommunikationssatelliten, nämlich den *direkt sendenden Rundfunksatelliten* mit besonders hoher Leistung. Sie wurden gemeinsam von der Bundesrepublik und Frankreich (RV-SAT/TDF 1) und im Rahmen der RSA (Olympus) begonnen und sollen zwischen Herbst 1986 und dem Frühjahr 1988 gestartet werden.

In dieser Klasse von Satelliten, die auch den Medien neue Anwendungsmöglichkeiten eröffnen, hat Europa eine noch führende Rolle gegenüber den USA.



Bald auf Dienstreise ins All: Ein Monteur düst von der Raumfähre zu einem defekten Satelliten.

Ariane brach das US-Monopol

Diese kann allerdings nur behauptet werden, wenn die beteiligten Länder vernünftige Nutzungskonzepte *entwickeln, die über die nationalen* Grenzen hinaus so attraktiv wirken, daß auch andere importfähige Länder solche Systeme bei der europäischen Industrie beschaffen wollen.

Das Weltraumlabor Spacelab, das sich auf die US-Raumfähre stützt, stellt auf der einen Seite das Bindeglied zu den USA, zu einer Fortsetzung der aktiven Zusammenarbeit mit der bedeutendsten Weltraumnation in der Nach-Apollo-Zeit, dar. Auf der anderen Seite war es der erste Schritt Europas auf dem Weg zu einer selbständigen, bemannten Raumfahrt, die für das Ende dieses Jahrhunderts angestrebt wird.

Als Demonstration der europäischen Unabhängigkeitsbestrebungen hat schließlich die Trägerrakete Ariane herausragende Bedeutung. Ihr erster Start am 24. Dezember 1979 markierte den Beginn eines nunmehr echten Wettstreits auf dem Weltmarkt mit vergleichbaren Mitteln, denn Europa konnte zum ersten Mal die Bereitstellung gesamter Weltraumsysteme einschließlich der Einbringung von Satelliten in die geforderten Umlaufbahnen anbieten. Darüber hinaus sah sich Europa in die Lage versetzt, ein eigenes Fernmeldesatellitennetz aufzubauen, das vorher durch das Trägermonopol der USA und die damit verbundenen Restriktionen für die Starts nichtamerikanischer, kommerzieller Satelliten verhindert worden war. Der Erfolg gab der oftmals kritisierten Ariane-Entwicklung recht, denn es wurden bis jetzt 13 Träger *erfolgreich gestartet, und das* Programm hat bereits die Hälfte des Weltmarktes für Starts kommerzieller Fernmeldesatelliten erobert.

Wenn wir uns nach diesen rückblickenden Erwägungen der Zukunft der Raumfahrt zuwenden, muß besonders hervorgehoben werden, daß der europäische Wirtschaftsraum, der im Volumen etwa dem der USA entspricht, seine bisherigen Erfolge mit einem Zehntel des finanziellen Aufwands der USA geschaffen hat. Auch in Zukunft werden sich diese Proportionen nicht grundlegend ändern, so daß die Europäer gezwungen sein werden, ihre Anstrengungen auf ausgesucht wichtige, in der Zahl begrenzte Aufgaben zu konzentrieren. Trotzdem eröffnen die Planungen und vorbereitenden Programme der Esa und ihrer Mitgliedsländer hochinteressante Ausblicke für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre.

Europa verfolgt auch zukünftig das Ziel, gleichzeitig kooperativ und wettbewerbsfähig gegenüber den USA zu handeln. Das große Kooperationsprogramm, über das in diesen Tagen intensiv verhandelt wird, ist die orbitale Infrastruktur, auch Raumstation genannt, die eine völlig neue Dimension für die Durchführung von Weltraumaktivitäten und für weltraumtechnische Anwendungen ermöglicht.

Das europäische Ziel im Bereich der orbitalen Infrastruktur ist, langfristig eine eigenständige Kapazität für die Stationierung von Menschen im Weltraum, für die Beförderung von Geräten und Menschen, für die Ankoppelung und Robotik, für Montage-, Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten in der Umlaufbahn aufzubauen und damit die Nutzung der niedrigen Erdumlaufbahn vorzubereiten.

Da dieses langfristige Ziel auch in Anbetracht der sich mit dem amerikanischen Raumstationsprogramm bietenden Gelegenheit nur stufenweise erreicht werden kann, muß Europa mittelfristig, das heißt bis etwa 1993, durch Zusammenarbeit mit der Nasa *seine vorhandenen Kapazitäten für* bemannte Flüge verbessern und neue Technologien sowohl für bemannte als auch unbemannte Aktivitäten in niedrigen Erdumlaufbahnen entwikkeln. Es muß sichergestellt werden, daß alle einschlägigen Bereiche der Weltraumforschung und der weltraumtechnischen Anwendungen in die Lage versetzt werden, die neue Infrastruktur so bald wie möglich wirksam zu nutzen.

Die orbitale Infrastruktur soll es ermöglichen, unter Schwerelosigkeit die materiell- und biowissenschaftliche Forschung so weit voranzutreiben, daß auch Europa die sich möglicherweise daraus entwickelnden neuen Technologien nutzen kann, um im nächsten Jahrhundert gegebenenfalls eine eigene unabhängige Raumstation entsprechend betreiben und als Wettbewerber in den erwarteten neuen Technologien gegenüber den USA bestehen zu können. Auf dem Weg dahin sind jedoch noch weitere Anstrengungen Europas notwendig. Die Unabhängigkeit im Weltraum bedarf nicht nur der Raumstation, es müssen auch die Transportmittel für Material und Menschen bereitstehen, die den voraussichtlichen Anforderungen europäischer und nichteuropäischer Nutzer entsprechen und *mit* den anderswo bestehenden oder geplanten Raumtransportsystemen konkurrieren können.

Im Rahmen der Esa wird deshalb die Entwicklung des neuen Trägers mit einem großen Kryogentriebwerk, der Ariane 3, vorbereitet. Dieser Träger wird nicht nur für *den Start von* Satelliten die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie verbessern, sondern auch durch seine Transportkapazität den Raumgleiter Heres in erdnahe Umlaufbahnen bringen können.

Damit ist auch gleich ein zusätzliches Element angesprochen, *das für* die Autonomie Europas im Weltraum benötigt wird. Nur wenn Europa über die Kapazität verfügt, Menschen mit ihren Arbeits- und Lebenserhaltungsgeräten in den Raum zu befördern, an eine Station anzudocken und sie auch wieder wohlbehalten zur Erde zurückzubringen, ist eine unbehinderte und selbstverantwortliche Nutzung aller technologischen Möglichkeiten im Raum gegeben. Dieses Ziel soll durch die Entwicklung des Raumgleiters Hermes vervollständigt werden, der es den europäischen Forschern und Technikern erlauben wird, Experimente und Produktionseinheiten zu einer internationalen oder europäischen Basis im Raum zu transportieren und Ergebnisse oder fertige Produkte zurückzubringen.

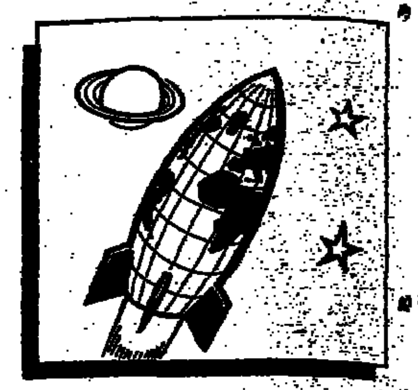
Obwohl Hermes eine erheblich geringere Transportkapazität als die US-Raumfähre haben wird, würde er doch auf lange Sicht die europäischen Bedürfnisse abdecken und die Wettbewerbsfähigkeit sichern können. Noch später würde dann eine neue Generation von Raumfahrzeugen mit neuartigen Antrieben, die gerade im Vorentwicklungsstadium sind, die Transportaufgaben der Raumfähre oder des Raumgleiters in beiden Richtungen übernehmen.

In Europa spricht man von Hotol (Horizontal Take-off and Landing), in den USA vom Trans Sonic Transport. Ob auch bei diesen gigantischen Entwicklungsvorhaben noch ein Wettbewerb stattfinden wird *oder* ob Europa und die USA ihre technischen Potentiale vereinen werden, ist allerdings noch ein Thema für Sterndeuter.

Industrie setzt auf den Satelliten-Boom

Über diesem umfangreichen Großprogramm dürfen andere Bereiche der zukünftigen Weltraumnutzung, wo jetzt bereits der Wettbewerb begonnen hat, nicht übergangen werden. Die bedeutendste weltraumtechnische Anwendung ist schon jetzt die Nachrichtenübertragung. Satellitensysteme sind flexibel und verhältnismäßig leicht zu erreichen: Sie eignen sich nicht nur für industrialisierte Regionen, sondern auch und vielleicht *sogar in größerem Maße* für Entwicklungsländer, die keine entsprechende Bodeninfrastruktur besitzen.

Die künftige Ausweitung der Satellitenkommunikation liegt in der Möglichkeit begründet, neue Dienste wie zum Beispiel elektronische Briefzustellung, Konferenzschaltung,



Ferndruck, Nachrichtenverbindung mit beweglichen Funkstellen (Lastwagen, Flugzeuge, Schiffe), Datenbankenverbund oder Fernsehrundfunk einzurichten. Bei einigen dieser Dienste, der Nachrichtenverbindung mit beweglichen Funkstellen oder der Konferenzschaltung zum Beispiel, ist die Leistungsfähigkeit und Flexibilität von Satelliten kaum zu überbieten.

Satellitensysteme sind daher ein wesentlicher Bestandteil der Nachrichtenübertragung, die sich zu einem der Hauptindustriezweige entwickelt, da sie sehr schnell expandiert und ein Katalysator des Wirtschaftswachstums ist. Sie sind bereits jetzt ein großes Geschäft: Nach einer vorsichtigen Schätzung dürfte sich der weltweite Bedarf für die nächsten zehn Jahre auf insgesamt 160 bis 200 Satelliten belaufen, das bedeutet sieben bis zehn Milliarden Dollar für die Satelliten und fünf bis sieben Milliarden Dollar für ihren Start.

Ernteschätzung aus dem All

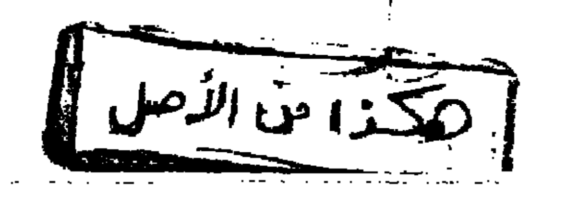
Das Bodensegment wird sogar noch höhere Investitionen erfordern, so daß die Gesamtsumme wesentlich höher liegen wird. Hier muß durch die rechtzeitige Technologie-Entwicklung für die europäische Industrie eine maßgebliche Marktposition geschaffen werden.

Schließlich ist auch die Erdbeobachtung eine wichtige weltraumtechnische Anwendung. Wettersatelliten sind zu einem unentbehrlichen Werkzeug für die Verbesserung der Wettervorhersage und die Warnung vor Naturkatastrophen wie Stürmen und Überschwemmungen geworden.

Fernerkundungssatelliten ermöglichen Ernteertragsprognosen, die Ressourcenbewirtschaftung von Flüssen, Meeren und Wäldern, die Untersuchung geologischer Formationen für die Mineral- und Erdölprospektion, die geodätische Kartierung, die Umweltüberwachung, die Eisbergbeobachtung und die Erfassung der Landnutzung (landwirtschaftlich genutzte Flächen, bewohnte Gebiete, Wüsten), sogar die Erdbebenvorhersage mit Hilfe von Satelliten liegt im Bereich des möglichen.

Für alle diese Anwendungen gibt es eine große potentielle Nachfrage und kommerzielle Nutzung. Der damit verbundene Wettbewerb steckt allerdings in den Anfängen.

Europa hat nach zwei Jahrzehnten Aufbau jetzt die Reife erreicht, mit *faszinierenden neuen Programmen* die Herausforderung anzunehmen, die der Weltraum für die Wissenschaft und die zukünftigen Technologien bietet, und sich mit vollem Einsatz dem Wettbewerb mit den anderen Weltraummächten – besonders den USA – zu stellen.





DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Freitag, 21. Oktober 1977 - D*
Belgien 18,00 bfr, Dänemark 3,50 dkr, Frankreich 2,50 F, Griechenland 25 Dr, Großbritannien 32 p, Italien 500 L, Jugoslawien 11,00 Din, Luxemburg 14,00 lfr, Niederlande 1,25 hfl, Norwegen 3,25 nkr, Österreich 8 öS, Portugal 25 Esc, Schweden 3,25 skr, Schweiz 1,20 sfr, Spanien 55 Pts, Kanarische Inseln 65 Pts
Nr. 246/42. W. - Preis 80 Pf - 1 H 7109 A

Die Bundesregierung setzt 800000 Mark Belohnung für Hinweise zur Ergreifung der Täter aus

Vier Staaten fahnden nach Schleyers Mördern

- Bundeskriminalamt: Viele Anrufe aus der Bevölkerung. Aber noch keine Spur von den Terroristen.
- Frankreichs Polizei: Die Suche nach dem Versteck der Entführer konzentriert sich auf die Vogesen.
- Obduktionsbefund: Drei Schüsse in den Kopf aus kürzester Distanz. Schleyer starb schon am Dienstag morgen.
- Neue Drohung der RAF: Wir werden hunderttausend Bomben legen und die deutsche Wirtschaft zerstören.
- Rom: 3000 Studenten nehmen die Nachricht vom *Tode Schleyers mit brausendem Beifall auf.*

Einen Tag nach der Einleitung der bisher größten Fahndung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hatten die Sicherheitsbehörden gestern abend noch keine Anhaltspunkte für den Aufenthalt der Mörder des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer. Ein Sprecher des Bundeskriminalamtes bestätigte, trotz zahlreicher Anrufe von Bürgern gab es „keine konkreten Hinweise". *Allein in Nordrhein-*Westfalen berichtete die Polizei über 80 Festnahmen. Darunter sind nach Angaben des Innenministeriums in Düsseldorf zahlreiche wegen anderer Delikte mit Haftbefehl gesuchte Personen.

Die Bundesregierung hat insgesamt 800 000 Mark Belohnung ausgesetzt für Hinweise, die zur Ergreifung der 16 Terroristen führen, nach denen gesucht wird. Im gesamten Bundesgebiet wurden drei Millionen Steckbriefe mit den Fotos der vordringlich Gesuchten verteilt.

Die Großfahndung wurde am Mittwochabend ausgelöst, nachdem um 21.12 Uhr im Kofferraum eines im elsässischen Mülhausen abgestellten grünen Audi 100 die Leiche des am 5. Septem*ber in Köln entführten Arbeitgeber-*Präsidenten gefunden worden war. An der internationalen Suche nach den Tätern beteiligen sich „schwerpunktmäßig" die Behörden Frankreichs, Hollands und der Schweiz. In 18 deutschen *Städten wurden spezielle Telefonan*schlüsse für anonyme Anrufe eingerichtet. Allein beim BKA gingen bis gestern mittag mehr als 500 Anrufe ein.

Polizei kontrolliert sogar auf Feldwegen

Die Rufnummern 1166 und 01166 des Fernsprechansagedienstes der Deutschen Bundespost, über die in jedem Ortsnetz die Stimmen der mutmaßlichen Mörder gehört werden können, waren im Laufe des Vormittags bereits so überlastet, daß die Post weitere Möglichkeiten schuf: Bis zum Samstag um 12 Uhr werden die Stimmen der Tatverdächtigen auch über die Rufnummern 1162 und 01162 zu hören sein.

Die Leiche Schleyers wurde gestern nachmittag in Mülhausen von französischen Ärzten obduziert. Staatsanwalt Reymard berichtete später, der Arbeitgeberpräsident sei durch drei Schüsse in den Kopf getötet worden. Sie seien aus allernächster Nähe abgegeben worden. Ursprünglich hatte es aus Kreisen der französischen Polizei geheißen, dem Entführten sei die Kehle durchgeschnitten worden.

Der Mord wurde nach Feststellungen der Ärzte am Dienstag verübt. Polizei- [illegible] hatten bereits zuvor die Auffassung geäußert. Schleyer sei vermutlich nach der erfolgreichen Geiselbefreiung von Mogadischu und nach dem Selbstmord der in Stuttgart-Stammheim inhaftierten Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe umgebracht worden.

Die französische Polizei konzentrierte die Suche nach dem Versteck der Entführer gestern auf ein rund 50 Quadrat*kilometer großes Gebiet am Fuße der* Vogesen zwischen den Orten Cernay und Thann.

Fahrzeugkontrollen wurden auf den großen Zufahrtsstraßen und sogar auf Feldwegen vorgenommen. Das französische Innenministerium entsandte 500 Polizeibeamte als Verstärkung in das deutsch-französische Grenzgebiet. Polizeioffiziere erklärten, es erhärte sich der Verdacht, daß die Täter mit ihrem Opfer bereits unmittelbar nach der Ent*führung am 5. September in das südli*che Elsaß gekommen seien.

„Wir geben eine Frist von drei Monaten"

Sprecher der deutschen und der französischen Sicherheitsbehörden wandten sich gestern abend übereinstimmend gegen Berichte, daß es zu Unstimmigkeiten über die Ermittlungsarbeiten gekommen sei. Sie hoben hervor, die Zusammenarbeit zwischen den Beamten funktioniere reibungslos. Am Nachmittag hatte es aus Mülhausen geheißen, wegen Meinungsverschiedenheiten verzögere sich die Obduktion des ermordeten Arbeitgeber-Präsidenten. In Paris wurde darauf hingewiesen, daß Innenminister Christian Bonnet neben Angehörigen der französischen Bereitschaftspolizei CRS auch auf Terroristen-Bekämpfung spezialisierte Kriminalbeamte nach Mülhausen befohlen habe.

*Die Schweizer Polizei hat insbesonde*re im Kanton Aargau eine „Terroristenjagd" eingeleitet, wie gestern abend in Aargau bekanntgegeben wurde. Drei der Waffen, die das „Kommando Siegfried Hausner" bei der Entführung Schleyers benutzt hatten, waren im November 1976 in dem Schweizer Ort Malters bei Luzern gekauft worden.

Unterdessen teilte die Oberpostdirektion Frankfurt mit, daß der ehemalige Besitzer des Audi 100, in dem Schleyer gefunden worden war, ein in Frankfurt tätiger Mitarbeiter der Bundespost sei. Der Postbedienstete habe das Auto an einen jungen Mann „Hans-Georg Schmied aus Heidelberg" verkauft. Das Landeskriminalamt Hessen berichtete, der Käufer des Fahrzeugs sei als Christian Klar identifiziert worden. Klar gehört zu den meistgesuchten deutschen Terroristen.

Gestern vormittag ging beim Büro der französischen Nachrichtenagentur AFP in Marseille eine anonyme Drohung gegen die deutsche Wirtschaft ein. Darin hieß es, „die Henker" der vier Häftlinge in Stuttgart-Stammheim, „ihre Komplizen und die korrumpierten Gerichtsmediziner, welche die These des Selbstmordes unterstützen, werden exekutiert werden". Der mit deutschem Akzent sprechende Anrufer kündigte „100 000 Sprengstoffanschläge" an, mit denen „in ganz Europa die Strukturen der kapitalistischen deutschen Wirtschaft zerstört werden sollen". Weiter hieß es: „Wir geben den Privatleuten und Gesellschaften eine Frist von drei Monaten, um sich von ihrem deutschen Material zu trennen: Fahrzeuge aller Art, industrielles Material oder medizinische Geräte. Am 20. Januar werden die ersten deutschen Fahrzeuge in ganz Europa in die Luft gesprengt werden."

Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen bei der Abfertigung von Passagieren, Gepäck und Fracht hat die Bundesregierung für die deutschen Flughäfen angeordnet. Ab sofort müssen alle Fluggäste der Deutschen Lufthansa und ihrer Tochtergesellschaft Condor das aufgegebene Gepäck vor der Verladung in die Maschine identifizieren. Die Anordnung wird voraussichtlich zu Verzögerungen im Flugverkehr führen.



Zum Gedenken an Hanns-Martin Schleyer zündet der alte Mann am Ort des Überfalls in Köln-Braunsfeld eine Kerze an.
FOTO: WOLF P. PRANGE

Bomben auf deutsche Konsulate und Busse

DW. Bonn

Nach dem Selbstmord der drei Terroristen von Stammheim sind in der Nacht zum Donnerstag und im Lauf des gestrigen Tages in mehreren europäischen Ländern zum Teil schwere Anschläge gegen deutsche Konsulate und Firmenniederlassungen verübt worden.

In Athen wurden bei einem Schußwechsel zwischen der Polizei und Anarchisten ein 34jähriger Terrorist getötet und zwei Polizisten lebensgefährlich verletzt. Nach Angaben der Athener Presse hat der verletzte Terrorist von seinen Gesinnungsgenossen einen tödlichen Kopfschuß erhalten, damit er sie nicht verraten kann. Der Schauplatz des Feuergefechts war mit Patronenhülsen und Geldscheinen übersät. Das blutige Gefecht war der Höhepunkt von stundenlangen Ausschreitungen in der Athener Innenstadt.

In Florenz wurden ein großes Lagerhaus von Telefunken und ein Reisebus mit deutschem Kennzeichen in Brand gesetzt. In Genua und in Bologna richteten junge Leute in Niederlassungen deutscher Automobilfirmen schwere Verwüstungen an. In Messina war das *deutsche Konsulat Ziel eines Bomben*anschlags, in Rom war es die deutsche Kunstakademie. 3000 römische Universitätsstudenten nahmen die Nachricht vom Schleyer-Mord mit brausendem Beifall auf. In Santa Margherita in Ligurien stürzten Unbekannte den Wagen eines deutschen Journalisten ins Meer.

In Paris und Nizza wurden deutsche Reisebusse durch Brandbomben schwer beschädigt. In einer Mercedes-Benz-Handlung in Montauban in Südfrankreich und in einer anderen in Limoges entstanden durch Sprengstoff-Attentate schwere Sachschäden. In Toulouse war eine Autowerkstatt für Volkswagen, Audi und NSU Ziel von Sprengstoffanschlägen. Menschen wurden nicht verletzt.

In Berlin zertrümmerten unbekannte Täter mit Pflastersteinen die Fensterscheibe einer Bankfiliale. Die Steine waren in Flugblätter eingewickelt, auf denen stand: „Baader, Raspe und Ensslin ermordet — Kontaktsperre verschleyert Mord — Freiheit für alle Häftlinge." Auch auf die Berliner SPD-Zentrale wurde in Brandanschlag verübt.

Kanzler rechtfertigt Bonner Entscheidung

DIETHART GOOS, Bonn

Bundesregierung und Parlament haben gestern der Terroristenopfer *Hanns-Martin Schleyer und Jürgen* Schumann gedacht und ihren Opfertod gewürdigt. Einmütig warnten alle Sprecher vor neuen gefährlichen Anschlägen und forderten auch künftig praktische Solidarität der Verantwortlichen zur wirksamen Terrorabwehr.

Bundestagspräsident Karl Carstens sagte, der ermordete Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer habe wesentlich zur Verwirklichung von mehr sozialer Partnerschaft zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern beigetragen. Klarheit, Toleranz und Leistung seien die Leitmotive des Ermordeten gewesen. Lufthansa-Pilot Schumann habe sich außerordentlich ruhig und besonnen bis zuletzt um die Rettung der ihm anvertrauten Passagiere bemüht.

In seiner Regierungserklärung rechtfertigte Bundeskanzler Schmidt die einvernehmliche Entscheidung des großen Krisenstabes, den Forderungen der Terroristen nicht nachzugeben, im Austausch gegen Schleyer und die Lufthansa-Passagiere die elf RAF-Häftlinge freizugeben. „Wir mußten befürchten, daß sie nach ihrer Freilassung weitere schwere Verbrechen begehen."

Unter dem starken Beifall des Hauses dankte der Bundeskanzler allen Regierungen, die sich um das Gelingen der Befreiungsaktion verdient gemacht hatten — insbesondere dem Verteidigungsminister von Dubai, Scheich Mohammed, sowie König Khaled und Kronprinz Fahad von Saudi-Arabien. Er fügte hinzu, es solle auch nicht übersehen werden, daß sich PLO-Chef Yassir Arafat eindeutig von der Geiselnahme und der Entführung distanziert habe, lange bevor sie ihr Ende fand.

Schmidt sprach die Erwartung aus, „daß die Solidarität am heutigen Tage, wo wir gemeinsam uns den Folgen der Ermordung Hanns-Martin Schleyers zu stellen haben, weiterlebt und auch bewahrt wird".

CDU-Chef Kohl unterstrich, die beiden Unionsparteien hätten die Verantwortung im Krisenstab mitgetragen, weil es ihre Pflicht gewesen sei. „Wir, die Opposition, haben unsere Solidarität im Handeln unter Beweis gestellt." Kohl forderte alle Parteien auf, so zügig wie möglich alle notwendigen Maßnahmen zur Terrorbekämpfung zu verwirklichen. Auch SPD-Fraktionsvorsitzender Wehner und FDP-Fraktionschef Mischnick kündigten ihre Bereitschaft an, alle Vorschläge sorgsam zu prüfen und das Notwendige zu verwirklichen.

Die verlegenen Helden von Mogadischu

ALMUT HAUENSCHILD, Bonn

„Das ist schlimmer als Einsatz." Der Mann, der diese Worte mit hochgezogenen Augenbrauen durch die fest zusammengebissenen Zähne stößt, weiß, wovon er spricht. Seit Montag nacht ist *Polizeidirektor Ulrich Wegener, Kom*mandeur der Anti-Terror-Gruppe GSG 9 des Bundesgrenzschutzes, der „Held von Mogadischu". Daß ihm diese Rolle peinlich ist, kann man ihm ansehen.

Zusammen mit seiner 62köpfigen Polizeitruppe wartete er gestern mittag auf den Beginn der Feierstunde im Kanzleramt. Der große Krisenstab wollte sich bei ihm und seinen Leuten für die Befreiung der 86 Geiseln aus der gekaperten Lufthansa-Maschine „Landshut" bedanken.

Im gleißenden Scheinwerferlicht — deutsche und internationale Fernsehteams filmten die Szene — hatten sich 500 Menschen im Foyer eingefunden: der Krisenstab, Abordnungen der Lufthansa, des Bundeskriminalamtes, der Ministerien und Behörden, Journalisten. Im Hof des Kanzleramtes waren Panzerfahrzeuge des Bundesgrenzschutzes aufgefahren. Auf einem weiß gedeckten Tisch vor dem Mikrophon lagen 66 blaue Kästchen — offen, auf weißer Seide die Bundesverdienstkreuze.

Die Spezialtruppe versuchte sich in Gleichmut. Angegafft und bewundert zu werden, das behagt den jungen Burschen wenig. In ihren dunkelgrünen Uniformen — kurzärmelige offene Hemden, Drillichhosen, Fallschirmjägerstiefel, das grüne Barett schräg übers rechte Ohr gesetzt und um die Hüfte die braunen Ledergürtel mit den Pistolen und Patronen — standen sie, die Beine in Habachtstellung, die Hände auf dem Rücken verschränkt. Jünglinge mit Gesichtern wie Schulabgänger und hartgesottene Mannsbilder, breitschultrig, mit kantigen Schädeln.

Dann kam der Kanzler, in seinem Windschatten Innenminister Maihofer und Staatsminister Wischnewski. Er habe ihnen heute morgen schon vor dem Bundestag, vor der Weltöffentlichkeit gedankt, sagte Helmut Schmidt. Und: In seinem Danktelegramm, das er Ulrich Wegener auf dem Flug von Mogadischu nach Bonn übermittelte, hätte er ihn versehentlich mit „Leitender Polizeidirektor" tituliert: „Es wird in Zukunft dabei bleiben."

Für Werner Maihofer, der gestern seinen 59. Geburtstag feierte, war es „das schönste Geschenk", dieser, bis vor kurzem noch in der Öffentlichkeit so umstrittenen Truppe die höchste Auszeichnung des Bundespräsidenten zu überreichen. Ulrich Wegener erhielt das Große Bundesverdienstkreuz — den roten Stern am schwarzrotgoldenen Band legte ihm der Innenminister selbst um den nackten Hals.

Mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse *für die Offiziere hatte Maihofer seine* Schwierigkeiten. „Die Blusen sind imprägniert", stellte der Kanzler und ehemalige Verteidigungsminister fachmännisch fest, als er die vergeblichen Ansteckversuche seines Innenministers beobachtete.

Der Crew der entführten Lufthansa-Maschine überreichte Verkehrsminister Gscheidle die Auszeichnungen. Der am Bein verletzten Stewardeß Gabi Dillmann streichelte der Kanzler väterlich die Wange, und die österreichische Chefstewardeß Hannelore Piegler richtete Helmut Schmidt Grüße und Glückwünsche vom Wiener Bundeskanzler Bruno Kreisky aus.

Justizminister Bender erklärt seinen Rücktritt

DW. Stuttgart

Der baden-württembergische Justizminister Traugott Bender (CDU) ist zurückgetreten. Bender war für die Aufsicht in der Strafvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim zuständig, in der die Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe Selbstmord verübt haben. Vor der Bekanntgabe des Rücktritts hatte der Landtag in Stuttgart mit den Stimmen von SPD und FDP einen Untersuchungsausschuß zur Klärung der Stammheimer Vorgänge eingesetzt. Die CDU-Mehrheitsfraktion enthielt sich dabei der Stimme. Vorsitzender des Ausschusses wurde der frühere Justizminister Rudolf Schieler (SPD). Die Leichen der drei Terroristen sind inzwischen zur Bestattung freigegeben worden. Deutsche und ausländische Gerichtsmediziner hatten den Selbstmord bestätigt.

Seite 9: Bonn hatte Minister Bender zu starken Kontrollen gedrängt

Vogel hebt die Kontaktsperre auf

DW. Bonn/Stuttgart

Nach dem Tod Hanns-Martin Schleyers hat Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel in einem Blitzfernschreiben an die zuständigen Behörden der Länder die am 2. Oktober angeordnete Kontaktsperre für terroristische Häftlinge aufgehoben. Das wurde gestern in Bonn bestätigt. Von der Abschirmung der Gefangenen von der Außenwelt, die mit der Gefahr für das Leben des Entführten begründet worden war, wurden 66 Häftlinge betroffen. Kritisch äußerte sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag, Lothar Spaeth, zu Vogels neuer Anordnung. Die Eile, mit der „die sogenannten Vertrauensanwälte wieder in den Terroristengefängniszellen zugelassen werden", wirke „befremdlich".

Großfeuer in den Kölner Fordwerken

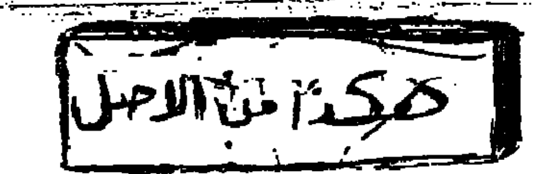
Wau. Köln

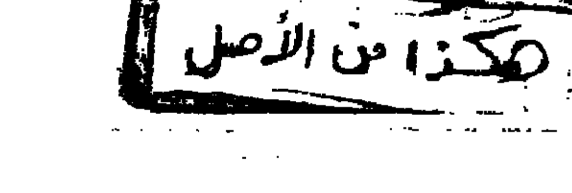
Ein Großbrand im zentralen Ersatzteillager der Ford-Werke in Köln hat gestern einen Sachschaden von mindestens 100 Millionen Mark verursacht. Das Feuer war aus bisher noch ungeklärter Ursache gegen 14.30 Uhr in dem 115 000 Quadratmeter großen Gebäude ausgebrochen. Bis in die späten Abendstunden versuchten über 200 Feuerwehrmänner vergeblich, den Brand unter Kontrolle zu bekommen. Erschwert wurden die Löscharbeiten durch einen starken Südwind.

Vermutlich konnte sich das Feuer so schnell ausbreiten, weil die Sprinkleranlage versagte. Nach Angaben von Polizei und Feuerwehr liegen bisher keine Hinweise auf Brandstiftung vor.

Insgesamt arbeiten in dem Gebäudekomplex rund 1800 Menschen, die sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Drei Feuerwehrleute erlitten leichte Rauchvergiftungen.

Von allen Heimsuchungen, die das Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland auf dem Felde der inneren Sicherheit zu bestehen hatte, war die Entführung und Ermordung Hanns-Martin Schleyers im Jahr 1977 die schwerste. Der Anschlag gegen den Spitzenmann der deutschen Wirtschaft und die anschließende Entführung einer Lufthansa-Maschine nach Mogadischu sollten dazu dienen, die in Stammheim einsitzenden Terroristen freizupressen. Doch die Polit-Banditen verfehlten ihr Ziel. In einem beispiellosen Wirbel der Ereignisse, wie ihn auch Zeitungsleute selten erleben, wendete sich das Blatt über Nacht. Die 87 Lufthansa-Geiseln wurden befreit, die RAF-Häftlinge verübten Selbstmord. Freilich: Schleyer bezahlte dafür mit seinem Leben.





Napoleon und die Typen

Von PETER DITTMAR

Schwabacher
Fraktur
Egyptienne
Grotesk

Rotunda
Antiqua
Textura

Der forschende Geist dringt immer tiefer hinter die Nebel, die die Vorvergangenheit der Menschheit verhüllen, kundig werden wir jedoch erst dort, wo schriftliche Quellen zu sprudeln beginnen. Es hat übrigens nie nur eine einzige „Urschrift" gegeben, denn das Schönheitsbedürfnis hat bis in die Gegenwart fortwährend neue Schriften entwickelt. Sie tragen so hübsche Namen wie Times (Schlagzeilen der WELT), Neuzeit, Helvetia, Excelsior, Antiqua oder Fraktur.

Sie lieben es – angeblich –, *Fraktur zu reden.* Doch mit dem Fraktur lesen hapert es. Die Deutschen haben inzwischen ein recht gebrochenes Verhältnis zu den gebrochenen Schriften, die gern allesamt als Fraktur bezeichnet werden, obwohl ihnen auch Rotunda, Textura und Schwabacher zugehören. Dieses Dilemma machte unlängst der Nachdruck eines Bilderbuchs von Heinrich Hoffmann, dem Struwwelpeter-Hoffmann, im Rahmen der vom Insel-Verlag edierten Gesamtausgabe deutlich. In „Bastian der Faulpelz" (64 Seiten, 24 Mark) spielen die Buchstaben des Wortes „Faulpelz" nämlich eine wichtige Rolle. Im Traum erscheinen Bastian Figuren, die aus den einzelnen Frakturlettern gebildet sind, und ermahnen ihn zum fleißigen Lernen.

Der Verlag hat in einer Fußnote



jeweils den Frakturbuchstaben in Antiqua „übersetzt", damit auch heutige Kinder den Text verstehen. Kaum anders ergeht es Christian Morgenstern mit seinem Gedicht „Der Mond". Da spottet der Dichter über eine Eselsbrücke, durch die „der Trabant / ein völlig deutscher Gegenstand" wurde. Früher wußte nämlich jedes Kind, daß man den abnehmenden und zunehmenden Mond daran erkennen konnte, daß sich die Mondsichel in ein „a" oder ein „z" einpassen ließ – natürlich in der deutschen Schreibschrift, die heute meist „Sütterlin-Schrift" genannt wird. Auch das ist nicht korrekt. Denn Ludwig Sütterlin, der von 1865 bis 1917 lebte, hat sowohl eine vereinfachte deutsche Schreibschrift, die 1915 an den Schulen Preußens und danach auch in den anderen deutschen Ländern als Hauptschrift eingeführt wurde, sowie eine lateinische Schrift entworfen, die nach seinen Vorstellungen die Kinder lernen sollten.

Inzwischen gibt es jedoch bereits zwei Generationen, die die „deutsche Schreibschrift" weder schreiben noch lesen können. Und auch bei den gotischen Druckschriften und der Fraktur haben sie erhebliche Schwierigkeiten. Das ist eine der seltsamen Erbschaften des Nationalsozialismus, der dem inzwischen fast anderthalb Jahrhunderte dauernden Streit um Fraktur und Antiqua ein groteskes Ende setzte.

Feldzug wider die welsche Antiqua

Jahrhundertelang hatten diese beiden Schriftarten friedlich nebeneinander existiert, ganz nach dem Geschmack der Buchdrucker und ihrer Autoren. Oft wurden auch beide Typen nebeneinander benutzt. So setzte Hans Lufft zu Wittenberg in der 1546 von Georg Rörer herausgegebenen Lutherbibel die Stellen, in denen von *Gnade und* Trost gesprochen wurde, in Fraktur, wo jedoch von Strafe und Zorn die Rede ist, in Antiqua. Damit sollte es dem Pfarrer erleichtert werden, beim Vorlesen seiner Stimme einen salbungsvollen oder zornigen Klang zu geben. Die Drucker der Inkunabeln und Frühdrucke kannten jedenfalls keine nationalen Vorurteile bei den Schriften. Das belegen die Beispiele im „Buch der Schrift" von Carl Faulmann, das der Greno Verlag in Nördlingen als Reprint des Originals von 1880 dieser Tage neu herausgebrachte (286 Seiten, 19,90 Mark).

Im Zuge des antinapoleonischen Kampfes wurden die Schrifttypen jedoch plötzlich zu einem Politikum. Die Antiqua, von den römischen Steinschriften abgeleitet, galt als „welsch" und „französisch" – nicht zuletzt, weil die von Firmin Didot geschnittene Antiqua als Lieblingsschrift des französischen Klassizismus weite Verbreitung fand. Ein rechter Deutscher sollte deshalb die gebrochenen „deutschen" Schriften bevorzugen. So begann damals der Vormarsch der Fraktur und der Schwabacher als Hauptschriften im Buch- und Zeitungsdruck. Der Streit „Fraktur oder Antiqua?" flammte erstmals auf.

Nach der Reichsgründung als Folge des deutsch-französischen Krieges wurde er dann zu einem Dauerbrenner, genährt von einer fatalen Intoleranz. Liest man die Kampfschriften aus dieser Zeit, so schien nur ein Entweder-Oder, aber kein Nebeneinander möglich. Der eine schrieb, daß „diese Fractur ein Ergebniß der innersten und eigenartigsten Entwicklung der deutschen Seele sei", worauf ein anderer fragte: „Kann es etwas Krummeres, Verworreneres, Zapfigeres, kurz Abscheulicheres und Abgeschmackteres geben als die deutschen Buchstaben?" Man veröffentlichte Tabellen, wer für welche Schriftart war, und kam mit Gutachten, die „wissenschaftlich" die totale Überlegenheit der einen oder anderen beweisen sollten. Und als Lieblingsargument zitierte die Fraktur-Fraktion ein Schreiben aus dem Spezial-Bureau des Fürsten Bismarck, dem der Magistrat von Berlin eine Schrift über die hygienischen und medizinischen Einrichtungen der Stadt überreicht hatte, und das der Kanzler mit der Anmerkung zurückgehen ließ, er bedauere, „von dem Inhalt des Buches nicht Kenntnis nehmen zu können, weil er es grundsätzlich ablehne, Drucksachen zu lesen, welche in deutscher Sprache mit lateinischen Lettern hergestellt sind".

1911 kam der Schriftstreit sogar vor den Reichstag. Ziel war es, in der Volksschule mit der lateinischen Schrift zu beginnen. Das ließ sich nicht durchsetzen. Aber zugleich wurde die lateinische Schrift für den amtlichen Verkehr der Reichsbehörden zugelassen. Denn ein wichtiges Argument der Befürworter der Antiqua war, daß Ausländer erhebliche Schwierigkeiten hätten, die „deutschen" Schriften zu lesen.

Leichteres Lesen mit Asterix und Obelix

Die Anhänger der Fraktur gerieten nach dem Ersten Weltkrieg jedoch mehr und mehr in die Defensive. Die „Neue Typographie" bevorzugte die Antiqua-Schriften.

Die Futuristen, an ihrer Spitze Marinetti, predigten eine „Revolution gegen alles, was man typographische Harmonie der Seite nennt". Zugleich entstanden aus dem Jugendstil eine Reihe neuer Schriften, die keiner der beiden großen Familien zuzuordnen waren – und die Karl Kraus zu der *sarkastischen Bemerkung brachte:* „Jetzt ist es der Sezession endlich gelungen, eine unleserliche Schrift zu erfinden."

Nach einer Statistik von 1931 ging der Anteil der Fraktur jedenfalls stetig zurück. Während 1928 noch 56,6 Prozent aller Bücher diese Schriftart benutzten, waren es 1930 nur noch 50,3 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil der Antiqua in diesem Zeitraum von 43,0 Prozent auf 49,2 Prozent. Doch 1933 schien es damit vorbei. Die Nationalsozialisten waren bis dahin immer als Verfechter der Frakturschriften aufgetreten. Reichsinnenminister Frick verfügte jedenfalls gleich nach Regierungsantritt, daß für Schreibmaschinen die „deutsche Schrift" einzuführen sei. Noch kurz zuvor hatte einer der Fraktur-Verfechter pathetisch erklärt: „Die Schreibmaschinen haben sich als wahre Mörderinnen unserer Schrift erwiesen."

Eifrige Schriftschneider machten sich sofort daran, wahrhaft „teutsche" Schriften zu entwerfen, denn die Antiqua, obwohl eine Reihe von Verlagen an ihr festhielten, galt bald als suspekt. 1937 wurde jedenfalls im Rahmen der „Neuordnung" des jüdischen Buchhandels den jüdischen Verlagen verboten, in Fraktur zu drucken, und das „Lesebuch für jüdische Schulen", das der Schocken-Verlag fertig gesetzt dem zuständigen Goebbelsschen Propagandaministerium zur Genehmigung vorgelegt hatte, blieb (wie Volker Dahm herausgefunden hat) im Verfahren stecken, weil plötzlich gefordert wurde, die deutschen Schriftsteller müßten in deutscher Schrift, die jüdischen aber in Antiqua gesetzt werden. Das konnte sich der Verlag nicht leisten.

Kurze Zeit später sah jedoch alles anders aus. Im März 1940 faßte die Ministerkonferenz den Beschluß, daß alles für das Ausland bestimmte Propaganda-Material künftig nur noch in Antiqua-Schrift gedruckt werden darf. „Das Reich", Goebbels' Paradezeitschrift, deren erste Nummer im Mai 1940 herauskam, erschien dementsprechend bereits in Antiqua. Im Januar 1941 ging dann jenes geheime Rundschreiben Bormanns „im Auftrage des Führers" heraus, in dem es heißt: „Die sogenannte gotische Schrift als eine deutsche Schrift anzusehen oder zu bezeichnen ist falsch. In Wirklichkeit besteht die sogenannte gotische Schrift aus Schwabacher-Judenlettern." Und sofort wurde angeordnet, alle Druckerzeugnisse nach und nach auf Antiqua als die neue Normalschrift umzustellen und in den Dorf- und Volksschulen nur mehr diese Schrift zu lehren. So mußten mitten im Krieg neues Schriftmaterial besorgt und die bisher vorherrschenden Fraktur-Sätze in Antiqua umgegossen werden. Das führte zum Verlust vieler schöner alter Schriften.

Nach dem Krieg waren die meisten Druckereien froh, wenn sie überhaupt noch ausreichendes Schriftmaterial besaßen, also blieben sie bei der Antiqua. Nur einige wenige Zeitungen kehrten zur Fraktur zurück. Aber auch das war – von den Zeitungstiteln abgesehen – nicht von Dauer. Aus neuen Lehrbüchern der Typographie und Schriftmusterbüchern (zum Beispiel „Bruckmann's Handbuch der Schrift" von E. D. Stiebner/W. Leonhard, München, 288 Seiten, 600 Abbildungen, 68 Mark; Philipp Luidl „Typographie", Schlütersche Verlagsanstalt, Hannover, 148 Seiten, 156 Abbildungen, 49,80 Mark; E. D. Stiebner/H. Huber „Alphabete/Alphabets", Bruckmann, München, 352 Seiten mit 1100 Beispielen, 28 Mark) ist zwar viel über die Textgestaltung mit Schriften der Antiqua-Familie (die serifenlose Grotesk und die Egyptienne mit stets gleichstarkem Strich gehören dazu) zu lernen, doch Fraktur-Beispiele kommen nur am Rande vor.

Die gebrochenen Schriften haben offenbar kaum noch eine Chance. Der *„Bund für deutsche Schrift" kämpft* zwar mit Schlagzeilen wie „Verrat an Gutenberg" und Thesen wie „Hitlers Befehl wird noch immer befolgt" eifernd und zu sektiererisch für eine generelle Rückkehr zu den Frakturschriften. Aber Erfolgsaussichten hat er nicht. Da ist die „Initiative deutsche Schrift" besser beraten. Sie gab das Buch „Warum nicht mal deutsch?" (Schleswiger Druck- und Verlagshaus, 14,80 Mark) als praktische Anleitung zum Erlernen der deutschen Schreibschrift heraus. Das ist ein praktischer, leicht faßlicher, nützlicher Lehrgang.

Es kann nicht darum gehen, die eine Schrift gegen die andere auszuspielen. Vielmehr sollten beide gelehrt werden, damit nicht die Buchschätze, die in Fraktur gedruckt sind, zu Geheimschriften werden. Albert Kapr, der führende Schriftfachmann der „DDR", *forderte deshalb in seiner* „Schriftkunst", die 1971 zuerst in Dresden herauskam und nun in dritter Auflage in München erschien (Verlag Saur, 472 Seiten mit vielen Schriftbeispielen, 120 Mark): „In den Grundschulen beider deutscher Staaten sollten im Rahmen des Deutschunterrichts wenigstens einige Stunden für die Fraktur verwendet und das Lesen geübt werden."

Bisher hat sich das offenbar nur Bayern zu Herzen genommen, dessen Kultusministerium anregte, in die Lesebücher der Hauptschulen auch Texte in Fraktur aufzunehmen. Die Kinder werden das gewiß zu schätzen wissen, denn damit wird ihnen die Lektüre von Asterix' Abenteuern mit den Goten wesentlich erleichtert, weil deren Sprechblasen stets mit einer „gotischen Schrift" gefüllt sind. Wenngleich diesen „Goten" nur selten zugebilligt wird, Fraktur zu reden, so sind Asterix und Obelix doch offensichtlich in der Lage, Fraktur zu lesen. Und damit sollten sie nicht allein stehen.

Samstagabend: Die Rechnung ohne den Wirth gemacht

Von ENNO v. LOEWENSTERN

Ein bißchen Perspektivplanung ist unumgänglich selbst für Verfechter marktwirtschaftlicher Flexibilität. Also legt sich der Redakteur für die Meinungsseite am Freitag wenigstens die beiden Hauptthemen zurecht: Hertz-Eichenrode schreibt den Leitartikel über die Vereinigung KPD-SPD zur SED vor vierzig Jahren – Stichtag ist zwar der 20. April, aber die SPD gedenkt des Vorgangs an diesem Montag, dem 17. März; da ist es interessant, ihre Erinnerungen an die damalige Demütigung und die Mißhandlung vieler Sozialdemokraten in der Sowjetzone mit ihrem heutigen Verhalten gegenüber der *SED zu vergleichen.*

Und Heck sollte den Leitartikel am Fuße der Seite, vulgo Fußkasten, im Blick auf das Entwicklungshilfe-Hearing am Montag schreiben. Ruge kann die französische Wahl erst in einer später gedruckten Form kommentieren, Pessimisten befürchten ein einigermaßen sicheres Ergebnis erst gegen 22 Uhr, nun gut, man wird sehen. (Man sah glücklicherweise schon um 20.20 Uhr klar.) Jedenfalls sind wir zu dem Thema präsent mit einem Porträt des Abgeordneten Marcel Dassault, dieses irrepressiblen Jünglings von vierundneunzig Jahren. Deswegen schieben wir auch das Porträt des neuen SPD-Vorsitzenden von Bremen auf Montag.

Und dann ruft Wirth Samstag spätabends aus Washington an: Präsident Reagan hat eine wichtige außenpolitische Erklärung herausgegeben (zur weltweiten „*Revolution der Demokratie*"); das muß natürlich umfangreich behandelt werden. Also schreibt er den Fußkasten. Hecks Aufgesang zur Entwicklungshilfe wird dann eine der drei Glossen; soll er einen Leitartikel über den Wandel auf diesem Gebiet nach dem Hearing schreiben, Dienstag auf Mittwoch. Er könnte zwar auch schon am Montag, aber da gehen zwei andere Groß-Themen vor: die französische Wahl und das Schweizer UNO-Votum.

Eigentlich hätte man *auch gern* ein größeres Stück über die Weizsäcker-Reise nach Österreich, aber was hat man schon frühzeitig beim Umbruch gelernt? „Das Schiff ist nicht aus Gummi." Gemeint ist der Rahmen, in dem der Bleisatz einer Seite „umbrochen", das heißt in lesbar-gefällige Form gebracht wird; er besteht natürlich aus Stahl. Der Hinweis auf den an sich bekannten Sachverhalt soll dar*an erinnern, daß nicht beliebig viele* Stoffe auf eine Seite gehen – auch wenn das „Schiff" im Computerzeitalter längst versunken ist. Also die kraftvoll-dezisionistische Dezision: Auch hier geht das vollzogene Ereignis dem kommenden vor.

Das wären die größeren Themen und eine Glosse. Was die anderen Glossen betrifft, so gilt die Lehre: Darum sorget nicht für den anderen Morgen, denn der morgende Tag wird für das Seine sorgen. Es ist genug, daß ein jeglicher Tag seine eigene Plage habe.

Er hat sie. Da ist einmal der Verband Deutscher Schriftsteller (VS), streng antikapitalistisch gegen den „Schmiergelder-Staat" getrimmt – und *nun* stellt sich heraus, daß sein marxistischer Vorsitzender Bleuel sich mit monatlich fünftausend Mark von der IG Druck schmieren – o Pardon, daß er einen „Arbeitsvertrag" *über diese Summe mit der Gewerk*schaft hat. Der stramm linientreue IG-Druck-Vizechef Hensche nennt den Vertrag „das Selbstverständlichste von der Welt". Er weiß vielleicht gar nicht, wie recht er hat. Wenn man alle diese Kapitalismuskritiker ... aber belassen wir es bei einer Glosse über Bleuel; die Geschichte selbst jedoch sollte Zehm nicht ressortegoistisch bei sich im Feuilleton verstecken, sondern auf der Seite drei plazieren.

Aber noch bewegender ist: Bereslaw Schmitz hat sich selbst korrigiert. Der Kölner Generalstaatsanwalt und das hinter ihm stehende SPD-gelenkte Düsseldorfer Justizministerium haben eine *ganze* Woche lang den Eindruck zu erwecken versucht – bzw. geradeheraus behauptet –, daß die Bonner Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Bundeskanzler Kohl aus eigener Einsicht einleitete. *Das war keine* klare Darstellung. Schmitz hat die Staatsanwälte angewiesen, das Verfahren einzuleiten; sie waren der Meinung, daß es eingestellt werden müsse. Warum hat der Generalstaatsanwalt sie anders angewiesen? Und warum hat er das nicht gleich zugegeben?

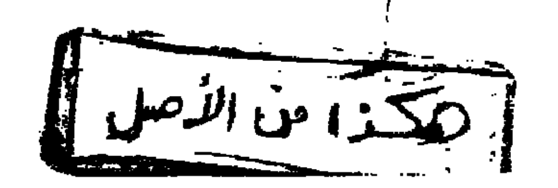


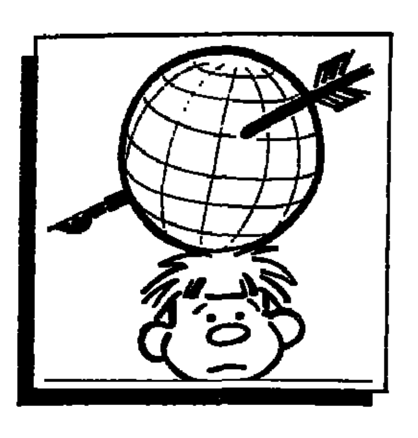
Enno von Loewenstern (57) ist seit zehn Jahren verantwortlich für die Meinungsseite der WELT.

Man kann sich's denken: Die Staatsbürger, immer unruhiger angesichts der Art, wie eine politisierte Justiz im Zusammenwirken mit einer Hamburger Wochenpresse den de*mokratisch gewählten Bundeskanz*ler herausschießt wie weiland den Reichspräsidenten Ebert (SPD), sollten offenbar damit beruhigt werden, daß Kohl eindeutig belastet sei, eben weil scheinbar der ganze Anklägerstrang von Bonn über Köln nach Düsseldorf einhellig dieser Meinung war. Nun aber stellt sich heraus, daß die Bonner Staatsanwälte doch eine Verfahrenseinleitung ablehnen wollten und daß der Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz, ein politischer Beamter der SPD-Regierung, sie gezwungen hat.

Der Vorgang unterstreicht das schlechte Gewissen der Täter, und der Zusammenhang schreit nach Dar- und Klarstellung im Kommentar. Was hat der Ministerpräsident und Kohl-Gegenkandidat Rau jüngst erst dazu beigetragen? Daß die Justiz, wenn man sie zu kritisieren wäge, in Gefahr gerate, zur „Beute einer Partei", zum „Schlagstock gegen den politischen Gegner" zu werden? O Freud, wie hast du ihm die Wahrheit in den Mund gelegt. Die Rau-Perlen sind in den Kommentar einzufügen.

Macht das alles eigentlich Spaß? Offen gesagt, man ist nicht nur Journalist, man ist Staatsbürger, und in dieser Eigenschaft muß man nur zu oft Magenreize niederzwingen. Aber man kann wenigstens für die anderen aussprechen, was die sonst schlucken müßten.





„Wo er hintritt, wächst Friedhofsgras“

Von FRIEDRICH LUFT

Am 12. Mai 1967 wird Fritz Kortner, der große Schauspieler, Regisseur, Stückeschreiber und Drehbuchautor, 75 Jahre alt. Als Sohn einer jüdischen Familie wurde er in Wien geboren. Dort wurde er Musik- und Schauspielschüler. Als 18jähriger ging er 1910 nach Mannheim, ein Jahr später nach Berlin in seine ersten Engagements. Felix Holländer holte ihn 1911 zu Max Reinhardt ans Deutsche Theater. Von da an verbindet sich Kortners Name eng mit den größten Namen und den bekanntesten Plätzen der deutschen und internationalen Theater- und Filmwelt: Albert Bassermann, Leopold Jessner, Werner Krauss, Alexander Moissi, Albert Steinrück, Ernst Toller, Berthold Viertel – Wien, Berlin, Hamburg, nach 1933 Hollywood, nach dem Krieg wieder München und Wien, Hamburg und Frankfurt – diese Menschen und Städte bezeichnen Stationen seiner ungewöhnlichen Laufbahn. In seinem 1960 erschienenen Memoirenband „Aller Tage Abend“ wird die faszinierende Theaterwelt unseres Jahrhunderts, gesehen durch das Temperament Fritz Kortners, erneut lebendig.

Er war, jedesmal wenn er die Bühne betrat, wie ein schwarzer Blitz. Kein Schauspieler, der so bedrohlich, so intensiv, so fordernd und lodernd an die Rampe kam wie er. Der Mann war wie eine Stichflamme. Sobald er erschien, hörte die Gemütlichkeit auf.

Er war trainiert auf Provokation. Er nahm, was er spielte, furchtbar ernst, das merkte man immer. Wer im Parkett nur Vergnügen und beiläufige Erheiterung nach dem guten Abendessen suchte, dem versalzte er beides gründlich. Spaß hörte auf, wenn Kortner in Gang kam. Fast in jedem Fall wurde es lebensgefährlich. „Wo er hintritt, wächst Friedhofsgras“, sagte Alfred Polgar von seinem Macbeth.

Wir, die wir Ende der zwanziger Jahre in die dritten Ränge der Berliner Theater, fast noch in kurzen Hosen, sicher noch sehr grün hinter den Ohren, einrückten, waren süchtig nach ihm und seinem Schauspielertum. Hier wurde nicht gefackelt. Kortner ging aufs Ganze. Er spielte auf Hieb und Stich. Ein forensischer Protagonist, mit dem (auch vom Zuschauerraum aus) nicht gut Kirschen essen war. Wir liebten ihn ob dieser Unbedingtheit. Wir waren süchtig nach ihm.

Keiner konnte so böse, so tragisch trompeten wie er. Seine Stimme war wie ein gequetschtes Clairon. Der Mann emanierte eine ungeheure Kraft, ein Energieballen mit lodernder Seele. Er stanzte seine Gestalten vor unsere Augen. Er kam auf die Bühne, wie ein prächtig trainierter Mittelgewichtsmeister aus seiner Ringecke stürzt, Heil und Unheil verbreitend. Jede seiner Rollen hatte diese sportliche Komponente, so intellektuell wach sie geformt und vorbedacht waren. Hier spielten Kraft und Geist miteinander. Das war faszinierend, es benahm uns jedesmal den Atem. Es gab Zeiten, da wir so sprachen und uns zu suggerieren suchten, wie wir ihn gesehen und gehört hatten. Ich erinnere mich, wie ich wochenlang seinem „Philipp“ im wahrsten Sinne des Wortes „hörig“ war. Mit einer Rolle, mit einer wunderbar gefächerten Gestalt hatte er uns die Tür zu Schiller aufgestoßen. Das war ja auf schreckliche Weise modern. Dies war ja anwendbar und ergreifend, war ja brennend, war fürchterlich und auf fürchterliche Weise tragisch!

Ich sehe genau noch heute, wie er in Ibsens „Gespenstern“ verglühte. Kortner war ein gedrungener, dunkelblond perückierter Oswald. Er konnte (und darüber gerieten wir wieder in Bewunderung) die Augen so sehr verdrehen, bis nur noch das Weiße zwischen den Lidern sichtbar war. Er trug das Leid einer ganzen verderbten Väterwelt. Neben ihm die Mannheim, die große Lina Lossen, Aribert Wäscher. Kortner zog die Summe mit einer ganz bestürzenden Spannkraft des Leidens. „Mutter, gib mir die Sonne ...“ – Das vergißt man nie.

Nie auch, wie richtig und schlimm er vor unseren staunenden Augen den Shylock sichtbar machte. Das war wenige Jahre vor 1933. Er versuchte die fürchterliche Figur dessen, der aus Leid und erlittenem Unrecht menschenfresserisch in seiner Rache zu werden gezwungen wird, nicht zu bemänteln, nicht zu beschönigen. Kortner spielte, während auf den Straßen längst das Lied vom Judenblut klang, das „vom Messer spritzen“ müsse, die ganze Qual und Notwehr einer verfolgten Menschengruppe vorweg. Fehling führte Regie. Die Bergner war seine Portia.

Kortner war in der Konzeption, in der Ensemblezusammensetzung, im Elan und in seiner politischen Zielstrebigkeit Jessners heimlicher Nebenregent, als der er aus dem verluderten Königlichen Schauspielhaus am Gendarmen-Markt zu Berlin die wichtigste Bühne der ersten deutschen Republik formte.

Kortner, der natürliche Protagonist eines neuen Stils, holte sie alle, die an dieser Bühne wichtig werden sollten und für wenige herrliche Jahre Jessners Haus zum Zentrum des deutschen Theaters machen würden – den Fehling und Forster, den Bildt, Erich Engel und so viele andere. Er war nicht nur der außerordentliche Darsteller, der er war. Kortner ist immer auch ein Katalysator gewesen, Anreger, Scheidekraft, ebenso attraktiv und künstlerisch gesellig, gesellschaftsbildend – wie für manche unverständlich, ja vielleicht abstoßend. Er ist der letzte große Unbedingte. Er hat immer für den schwereren Weg plädiert und ihn gewählt.



Friedrich Luft, Jahrgang 1911, hat sich den Rang eines Kritiker-Papstes erschrieben. Luft, seit 1955 Chefkritiker der WELT, wurde vom Berliner Senat mit dem Professorentitel ausgezeichnet.

Kein Schauspieler kam so fordernd und lodernd an die Rampe wie er, Fritz Kortner, geboren 1892 in Wien. Als 18jähriger ging er nach Mannheim. Felix Holländer holte ihn zu Max Reinhardt ans Deutsche Theater.

ES STAND IN DER WELT AM 11. 5. 1967

Aus Wien war er gebürtig. In Wien, in Hamburg und Mannheim hatte er debütiert, war kurze Zeit schon vor dem Kriege bei Reinhardt gewesen. Erst 1919 brach er sich die Tore zu den Berliner Bühnen auf. In Tollers „Wandlung“ (und in der kleinen „Tribüne“) ließ er seine furiose Befähigung zum Expressionismus sichtbar werden. Er löste Steinrück ab, trat neben Bassermann, Krauss, Moissi. Als er den Mortimer spielte, schickte ihm der strenge Siegfried Jacobsohn in der Pause einen Zettel hinter die Bühne. Darauf stand: „Ich küsse Ihr Herz.“ Mehr als ein Kritiker gab sich selig geschlagen.

Er war immer mehr als der exorbitante Spieler, der er war. Kortner hat jedesmal wissen lassen, weshalb er, was er spielte, spielte – und warum er es so spielen mußte.

Seine natürliche Streitbarkeit hat ihn vor falschen Freunden bewahrt. Seine schneidende Intelligenz hat oft solche, die seine Freunde und Bewunderer sein wollten, von ihm vertrieben. Sein Lebens- und Theaterbuch „Aller Tage Abend“ steckt ebenso voll von Huldigungen wie von echt Kortnerschen Malicen. Er ist ein großer Mann – aber mit Stacheln.

Als er aus der Emigration zurückkehrte, begann seine zweite Laufbahn. Er spielte nur noch selten – Strindberg, Arthur Miller, Beckett. Er hat einige Filme als Regisseur gedreht, ohne dem deutschen Nachkriegskino Wesentliches hinzuzufügen. Er hat zwei Stücke mit mittlerem Erfolg auf die Bühne gegeben. Dem Dramatiker Kortner steht – das gibt es – sein immenses Bühnenwissen im Wege. Als Regisseur hat er neu begonnen und den hohen Status, den er als Schauspieler vor der Vertreibung verwaltet hatte, wieder erreicht. Man staunte: Er kehrte als ein anderer zurück. Wo er einst wie mit dem Prägestempel gespielt und die Welt bezeichnet hatte, ließ er nun einen expliziten Realismus, einen künstlerisch gehobenen Naturalismus sehen.

Ein auf das Detail Versessener, ein Pusseler an der scheinbaren Kleinigkeit. Er hat das dichterische Wort wieder blutig ernst genommen. Oft sprang er mit großen Texten willkürlich um. Aber seine Willkür war, auch wo sie irrte, fundiert und besessen. Er knetet längst durchgeformte Schauspieler neu. Er hat sich in München, in Berlin, in Hamburg ein eigenes Kortner-Ensemble geschaffen, eine Elite, die unter seiner Fahne steht und unter ihr jeweils ihre beste Verkörperung findet.

Er gilt als schwierig, weil er, was er macht, immer nur mit höchstem Ernst und Einsatz zuwege bringt. Er hält Theater in einer Zeit, die das Theater so furchtbar wichtig gar nicht mehr nehmen will und kann, immer noch für lebensgefährlich, für halsbrecherisch und für auf tödliche Weise nötig. Da steht er, er kann nicht anders! Der Himmel segne seine herrliche Unbedingtheit und lasse sie weiter Nutzen bringen! Seine Klassiker-Interpretationen stehen sehr einsam in dieser Zeit. Er braucht bei der Arbeit Zeit, weil er sich soviel denkt bei der Arbeit, weil er soviel arbeitet – bei der Arbeit. Der große Mann wirkt in der heutigen Bühnenwelt wie ein Anachronismus. Er kann es nicht lassen, genau zu sein. Darüber wird er oft übergenau, verdirbt er sich manchmal den Flug und die theatralische Wirkung. Aber was gelang, steht herrlich, steht sehr einsam in der deutschen Theaterwelt nach 1945. Und das ist vieles!

Er wird heute 75 Jahre alt. Sein weißer Berserkerkopf mit dem lächelnden Weisheitszug des Alters steht wie ein Monument in der breiigen Zufallsgesellschaft dieser Zeit und dieses zerrissenen Landes. Weil er das Land so liebt, hat er an ihm mehr gelitten als die meisten unter uns. Es gibt viele Gründe, diesem Fritz Kortner dankbar zu sein.

Die Spanier lieben Länder mit Defekten

Von ROLF GÖRTZ

Ortega y Gasset sah im Massentourismus das geeignete Mittel, die Völker einander zu entfremden. Den großen Essayisten, den viele seiner Landsleute mit Skepsis betrachteten, mag die Hoffnung spanischer Idiosynkrasie getrieben haben. Er kannte noch nicht die Perfektion des modernen Tourismus, der die Kontakte auf Kellner und Zimmermädchen beschränkt, das dem Gast das eigene Schneckenhaus auch in der Fremde erhält und pflegt.

Irgendwo zwischen Ortega und dem Hotelangestellten bewegt sich der Auslandskorrespondent. Wieweit kann er seinen Lesern wirklich das *mitteilen, was die Menschen des Landes*, aus dem er schreibt, bewegt – gar in der Weise, wie es sie bewegt. Muß er nicht Gefühle und Beweggründe einer anderen Mentalität und einer anderen historischen Erfahrung „übersetzen“ und somit verwässern, wenn er sich verständlich machen will?

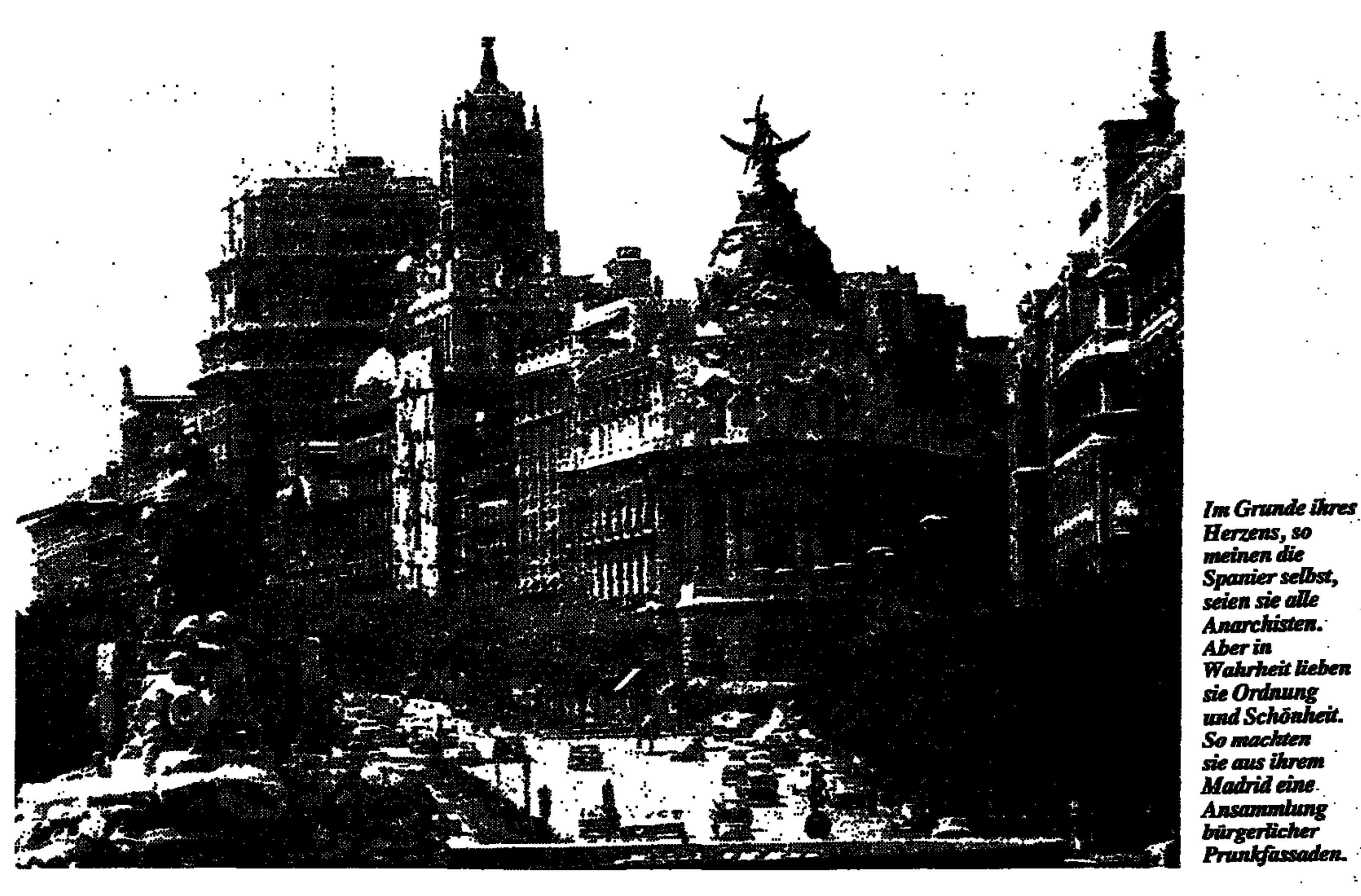
Die anderen Mechanismen in Sprache und Denken – sie verschwinden, *wenn es nach außen hin um die* gleiche Sache, gar mit ganz ähnlichen Symbolen geht. Nekrophile Intellektualität, der Neptunspeer aus der Unterwasserpistole im Körper eines Sebastians im Taucheranzug. Skurrile Leitglossen, die kaum jemand versteht und wohl auch nicht immer verstehen soll – sie werden hier zur Lust, wo sie bei uns Ärgernis erregen.

Wehe, wenn man einem Atheisten *den Anspruch auf seine Religiosität* verweigert. „Wir alle sind im Grunde unseres Herzens Anarchisten“, gestand mir ein Spanier vor nicht ganz 20 Jahren. Also mitten in der Ära von Generalissimo Franco. Aber der sich dazu bekannte, war nicht einer jener Menschen, die eines Tages vor der Wohnungstür standen und mit der Empfehlung eines gemeinsamen Amigos aus dem Untergrund berichteten, immer ein wenig ängstlich zur Tür blickend, aber doch willens genug, Meinung und Geschehen deutlich zu schildern. Der so stolz auf den Anarchismus in der Seele seines Volkes – und seiner eigenen – war, hieß Fernando Castiella y Maiz und bekleidete zu jener Zeit das Amt des Außenministers des Diktators.



UNSER MANN IN MADRID ROLF GÖRTZ

Rolf Görtz, Jahrgang 1923, kam 1952 zur WELT. Seit 24 Jahren berichtet er über die Iberische Halbinsel aus Madrid.



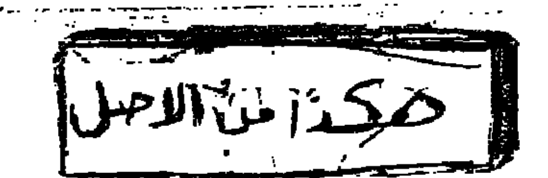
Im Grunde ihres Herzens, so meinen die Spanier selbst, seien sie alle Anarchisten. Aber in Wahrheit lieben sie Ordnung und Schönheit. So machten sie aus ihrem Madrid eine Ansammlung bürgerlicher Prunkfassaden.

An seine Worte fühlte ich mich erinnert, als ich Jahre später im Burgos-Prozeß auf der Pressebank saß. Vor mir die Rücken der aneinandergeketteten Angeklagten, anarchokommunistische Rebellen des Baskenlandes. „Baskenland und Freiheit“ hieß ihre Devise, abgekürzt ETA. *Die „Freiheit“ ihres Baskenlandes* aber war – und ist es noch heute – die einer Volksrepublik. Den Angeklagten gegenüber, zwischen anderen Offizieren ein Oberst der Kavallerie, Chef des Militärgerichtes, das nach damaligen Gesetzen über Rebellion zu urteilen hatte. Nach spanischen Usancen besteht eine Hauptverhandlung im wesentlichen aus der Verlesung vorhergegangener Vernehmungen mit Fragen und Zwischenfragen zur Bestätigung. Die drückende Spannung, die über dieser trockenen Monotonie, über zusammengepferchten Menschen, Richtern, Angeklagten, internationalen Beobachtern, Anwälten, Journalisten und über den Angehörigen auf den Zuschauerbänken lagerte – der Druck in der Magengrube kam aus dem Bewußtsein des Todes. Drei der Angeklagten mußten mit der Todesstrafe rechnen.

Im Dunst dieser Atmosphäre blühte plötzlich eine jener offenen, blitzartigen *Zuneigungen zwischen zwei* Menschen auf, die das Geschehen ad absurdum führen könnten. Aus der Achtung des Richters, einem Truppenoffizier, vor einer mutigen, keineswegs frech zur Schau gestellten Haltung eines der jungen Angeklagten entstand eine Sympathie, die im Feind das eigene Charakterideal erkennt, die aber den Tod nicht eine Sekunde in Zweifel zieht.

An diesem Tag diskutierte das Kabinett unter Staatschef Franco bereits über einen Gnadenerlaß: Auf dem Tisch, so berichtete mir der Pressebetreuer im Informationsministerium, lag ein Leitartikel der WELT: „Der noch im Bürgerkrieg beschworenen Kreuzzugidee als politisch-geistiger Klammer Spaniens wurde in Rom (beim 2. Vatikanischen Konzil) der Boden entzogen. Unwiderruflich. In Francos Kabinett gibt es eine Reihe von Männern, die diese Zeichen richtig deuteten, die einen gemäßigten *Kurs zu steuern versuchen. Auf sie* blickt heute die Welt.“ Der Gnadenerlaß, den die Regierung Tage später mehrheitlich beschloß, hatte viele Anstöße. Sie alle wirkten schließlich auf jenen Tag hin, an dem nach Francos Tod 1975 die Cortes, das Ständeparlament, ihre Selbstauflösung beschlossen. Don Juan Carlos, der noch von Franco eingesetzte „Staatschef mit dem Königstitel“ konnte Schritt für Schritt verwirklichen, was der Zeitgeist von ihm verlangte. Heute ist Spanien eine Demokratie – eine spanische Demokratie. Das heißt, auch Sozialisten regieren autoritär, bereit, jede Herausforderung persönlich zu nehmen. Aber mit einem wesentlichen Unterschied zur Diktatur: Man kann abgewählt werden. Das NATO-Referendum mag als lebendiges Beispiel für diese Selbsteinschätzung, die politische Vernunft beiseite schieben kann, gelten. Der sozialistische Ministerpräsident Felipe González, der noch vor drei Jahren in zündenden Reden seine Anhänger gegen die NATO motivierte, mußte wissen, daß er zwar abhängige Minister und Parteifunktionäre um 180 Grad drehen kann, nicht aber ein Wählervolk, das ihm deshalb nicht folgen mag, weil es spürt, daß ihm hier eine Meinung aufgezwungen wird. Selbst wenn *alle anderen* einen Torero unten in der Arena umjubeln – einer ist bestimmt dagegen. Vielleicht geht es mir selbst auch schon so. Ich sehe wahrlich nicht südländisch aus, aber wenn ich meinen Typ in einer spanischen Menge sehe, erhebt sich Skepsis gegen den Eindringling. Das traditionsreiche Spanien interpretiert den Zeitgeist für sich selbst. Madrid umjubelt die Rolling Stones und rockt selber, ohne den stampfenden Flamenco zu verraten. Längst leben die Madrilenos die hektische Berufshetze, die schon Paris veränderte. Aber sie stehen an der Barra, ihrer Stammkneipe, lassen ohne Rücksicht auf ihre Termine den Freund zu Ende reden. Das gebietet die Cortesia. Im Auto aber schneidet der Anonyme rücksichtslos die Bahn des anderen. Aggression wird zur Lust.

„Der Amerikaner“ lernt selten andere Sprachen, einfach deshalb, weil er von seinem Gegenüber Englisch erwarten kann. „Der Spanier“ bleibt bei seiner Muttersprache, ob ihn nun der andere versteht oder nicht. Kommunizieren – fast zweieinhalb Jahrzehnte lebe ich zwischen zwei verschiedenen Völkern, berichte über Menschen und Schicksale, von denen ich annehme, daß sie nur zur Hälfte verstanden werden. Kommunikation zwischen Völkern darf nur Anregung sein; wo sie vollkommen scheint, lügt sie. Ortega sah das Abenteuer unserer Zeit in der Präzision. Eine Spanierin, der ich das vorhielt, lachte: „Er war eben zu lange in Deutschland. Wenn in meinem Haus alle Geräte funktionieren, werde ich nervös. Ich liebe Länder mit den Defekten.“ Irgendwann erlebt der Korrespondent, daß er sich wohlfühlt.





Gerd Dieter Leilich, Jahrgang 1941, studierter Mathematiker, ist seit 1981 Vertriebsleiter der WELT.

Wie die WELT um die Welt geht

Von GERD DIETER LEILICH



Zum Leser im gebrochenen Verkehr: mit dem Transporter zum Flughafen und mit dem Flugzeug in 120 Länder der Erde.

Im Wetteramt Düsseldorf wundert man sich schon seit Jahren nicht mehr. Jeden Tag, gegen 17.00 Uhr, ruft Karl Pape, Versandexpedient der WELT in Essen, an und erkundigt sich nach der Wetterlage. Er fragt vor allem nach Flughäfen in Süddeutschland, was sich in diesem Winter als besonders wichtig erwies.

Ihn interessiert das Wetter in ein paar Stunden, nämlich dann, wenn die Zeitungen, die er in Kürze auf den Weg bringen läßt, am Ziel eintreffen. Heute erfährt er: An fast allen Plätzen ist das Winterwetter erträglich. Die Flugzeuge werden also keine wetterbedingten Verspätungen haben.

Jetzt kann Karl Pape die Versandpapiere wie gewohnt vorbereiten. Zum jetzigen Zeitpunkt besteht kein Anlaß, Extrafahrzeuge auf die Autobahn zu schicken und Transporter an die Zielpunkte zu bestellen, damit diese die längst abgefahrenen Hauptverbindungen, so gut es geht, trotzdem noch erreichen.

Kurz nach dem Andruck, gegen 18.00 Uhr, fährt der erste Wagen von der Druckerei zum Flughafen Düsseldorf. Er schafft heute die wichtigen Auslandsanschlüsse nach Spanien und Skandinavien.

Bald darauf starten die Zeitungen für Bayern, Österreich und Südtirol mit der Maschine nach München. Mailand und Zürich folgen.

In der Zwischenzeit sind größere Fahrzeuge nach Frankfurt, Stuttgart, München und Nürnberg abgefahren, mit den Zeitungen, die nicht ganz so früh am Zielort sein müssen. Ein Teil dieser Exemplare ist für Zeitungsgroßhändler bestimmt. Sie beginnen erst in der Nacht mit der Verteilung der Zeitungen an die Einzelhändler.

Verwegen sind die Männer, die Nacht für Nacht mit einem randvollen, superlangen Citroën nach Paris rasen, sturzhelmbewehrt. Morgens um fünf schon müssen sie ihre frische Ware aus den Druckereien in Essen-Kettwig bei den Großhändlern an der Seine abliefern, damit sie um sechs an den Kiosken und auf den Bahnhöfen zum Verkauf ausliegen. Die rasenden Zeitungsboten aus Paris sind den Polizisten sehr wohl bekannt, obwohl sie beflissen beiseite schauen, wenn diese vorbeidonnern.

Auch die Zeitungsboten der Regionalzeitungen haben die WELT nur dann in ihren Zeitungstaschen, wenn wir pünktlich eintreffen. Dazu muß die WELT fast überall auf dem schnellsten Wege zum Ziel gebracht werden.

Karl Pape richtet heute seine Aufmerksamkeit auf die pünktliche Abfertigung der Post-Exemplare, die vom Briefträger zu den Lesern gebracht werden.

Diese Zeitungen werden „beanschriftet", wie es im Fachjargon heißt. Dazu druckt eine Maschine die Adresse des Empfängers auf den Zeitungsrand. Die Zeitung wird praktisch zum Brief.

Die schnelle, computergesteuerte Anlage adressiert mehrere tausend Zeitungen in der Stunde. Das ist notwendig, damit bereits die ersten Wagen, kurz nach Andruck, Post-Exemplare mitnehmen können.

Die Postzustellung am Erscheinungstag wird in Nord- und Westdeutschland über Züge ab Essen erreicht. Bei weiter entfernt liegenden Postämtern, im Süden und Südwesten, treffen wir jedoch nur rechtzeitig ein, wenn die beanschrifteten Zeitungen direkt vor Ort ausgeliefert werden.

> ***Wie wohl ist dem, der dann und wann sich etwas Schönes dichten kann.***
>
> ***Wilhelm Busch***

So fährt beispielsweise ein schneller Kombi mit Post-Exemplaren für den nordbayerischen Raum direkt nach Nürnberg. Überall ein reibungsloses, jeden Tag geübtes Zusammenarbeiten, damit die richtige Sendung an den richtigen Platz kommt.

Gegen 20.00 Uhr telefoniert Karl Pape noch einmal mit den wichtigsten Flughäfen. Unsere Maschinen sind alle pünktlich gelandet.

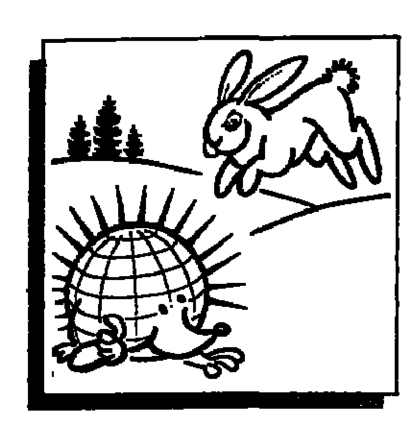
Dann scheint alles weitere gutzugehen. Doch irgend etwas passiert immer, auch am ruhigsten Tag. So erfährt Karl Pape zu später Stunde, daß die Sendungen, die er rechtzeitig auf den Weg nach Stuttgart gebracht hat, durch einen unerwarteten Stau immer noch nicht am Ziel eingetroffen sind. Der Fahrer hat von einer Tankstelle aus angerufen; er hat ungefähr 20 Minuten Verspätung.

Für die Experten kein unüberwindliches Hindernis. Die ersten Anschlüsse, die normalerweise nicht mehr erreicht werden, können heute wegen der guten Straßenbedingungen etwas später auf die Fahrt gehen.

Für die Mehrzahl der Transporter gibt es nur noch ein paar Minuten Wartezeit. Gute Zusammenarbeit und Abstimmung in kritischen Fällen sind unerläßlich.

Größere Verspätungen können nicht immer ausgeglichen werden; dazu sind die Strecken zu lang und hohe Geschwindigkeiten mit schwerer Ladung nicht immer möglich.

Die Anlieferung beim Zusteller, dem letzten, aber nicht unbedeutendsten Glied in der Transportkette, darf



nicht bis in die Morgenstunden ausgedehnt werden. Er wartet auf seine Zeitungen an der verabredeten Ablagestelle, bei Wind und Wetter.

WELT-Exemplare für das Ausland machen besondere Probleme: schnell nach Düsseldorf, dort ins richtige Flugzeug. Über Frankfurt erreichen wir viele internationale Verbindungen noch am Abend.

Vom Flughafen München fahren wir auf der Straße nach Österreich. In Zürich erreichen wir alle Anschlüsse in der Schweiz. Mit dem Transporter geht es von Essen nach Belgien, Holland und Frankreich.

Unsere Abonnenten in der Ferne, vor allem außerhalb Europas, erhalten die Zeitungen jeden Tag im Streifband.

Wir übergeben diese Exemplare der Post. Normalpost nimmt ihren Weg per Zug oder per Schiff. Bei Luftpost mit höherer Gebühr wird das Flugzeug benutzt. Die Luftpostleitstelle in Düsseldorf erhält zunächst alle Sendungen und bringt sie auf den schnellsten Weg.

In vielen Fällen dauert jedoch die Zustellung im jeweiligen Land wesentlich länger als der lange Flug zur Hauptstadt.

Für Abonnenten und Zeitungskäufer, die erwarten, jeden Morgen ihre Lektüre am gewohnten Platz vorzufinden, vollzieht sich dies alles, ohne daß sie es bemerken. Und so muß es auch sein. Das ist jedenfalls die Maxime von Karl Pape, seinen Kollegen und allen am Versand Beteiligten.

Zu später Stunde schreibt Karl Pape seinen kurzen Bericht über die wesentlichen Vorkommnisse des Versandtages. Vieles von dem, was er dank seiner Erfahrung schon im Entstehen ausgebügelt hat, wird nicht erwähnt.

Ein paar Kleinigkeiten, wie sie immer mal vorkommen, finden die Kollegen am frühen Morgen vor. Ein Erscheinungstag wie 302 andere in diesem Jahr.

Wichtige Helfer – aber halbintelligent

Von KLAUS JÜRGEN FRITZSCHE

Als der junge Journalist Bernt Conrad vier Jahre nach Kriegsende im halbwegs wiederaufgebauten Hamburger Broschek-Haus seine ersten Berichte für die WELT schrieb und redigierte, hießen seine Arbeitsmaterialien: Papier, Schere, Leimtopf und Bleistift. Schreibmaschinen waren im Saal der Zentralredaktion verpönt; die Redakteure zogen sich zum Diktat in kleine Schreibzimmer zurück. Eine lärmende Rohrpostanlage transportierte die fertigen Manuskripte zur Setzerei.

Knapp vierzig Jahre später schreibt Bernt Conrad noch immer für die WELT. Er arbeitet heute als diplomatischer Korrespondent in der Bundeshauptstadt. Sein Büro liegt 600 Meter vom Kanzleramt entfernt.

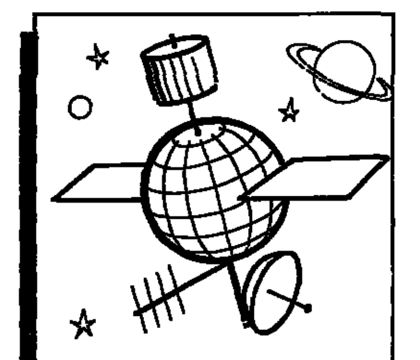
Neben seinem Schreibtisch steht ein „halbintelligentes" Terminal: ein handliches, flaches „Keyboard" mit 129 braunen, grauen und beigen Tasten und ein Bildschirm von der Größe eines kleineren Fernsehapparates. Auf diesem Bildschirm schreibt und redigiert Conrad seine Berichte. Die Schreibmaschine hat ausgedient, das Papier seine Rolle als Datenträger ausgespielt. Wo Conrad früher einen zusätzlichen Absatz mit Schere und Kleister einfügte, drückt er heute zwei Tasten mit den Aufschriften ABS DEF und KOPIE/SCHIEB. Und mit nur einer Bewegung seines rechten Zeigefingers sendet er den fertigen Artikel in die zwei Kilometer entfernte WELT-Redaktion. Die Übermittlungsgeschwindigkeit beträgt dabei 1200 Zeichen pro Sekunde – der Leitartikel liegt also fünf Sekunden nach dem Knopfdruck des Autors in der Zentralredaktion vor.

Die handwerkliche Seite des Journalistenberufs hat sich in den 40 Jahren, die diese Zeitung besteht, von Grund auf verändert. Noch tiefergreifend ist aber der Wandel, den der Beruf erfahren hat, der mit dem des Redakteurs stets Hand in Hand ging, ohne den der Journalist nie seine Leser erreicht hätte: der Beruf des Schriftsetzers.

„Prachtvolle Setzer und alte Metteure, eine Elite der Zeitungsmacher" – so beschrieb sie einer der ersten WELT-Redakteure – *stellten seit 1946* im dunklen Labyrinth des alten Broschek-Hauses die WELT her. Hunderte von Bleizeilen gingen täglich durch ihre Hände.

Sie arbeiteten mit Winkelhaken und Satzschiff, mit Ahle und Pinzette, mit Reglette und Kolumnenschnur. Eine fertige Seite wog 30 Kilo und mehr; sie konnte kaum getragen werden und wurde auf stabilen Karren vom Umbruchtisch zur Prägepresse und zurück gefahren. Die Finger der Metteure und ihre Arbeitsschürzen waren schwarz von Farbe, der Geruch von Blei und Druckerschwärze lag in der Luft.

In der Maschinensetzerei ratterten die über den Krieg hinweggeretteten Setzmaschinen, es klirrten und klingelten die fallenden Messing-Matrizen. In den Gießwerken schmolzen glänzende Bleibarren; deshalb war es in dieser Abteilung immer am wärmsten, und in den kalten, kohlearmen Nachkriegswintern hielten sich verfrorene Redakteure gerne in der Nähe der Maschinen auf.



Diese Welt ist – jedenfalls bei der WELT – für immer untergegangen. Die Setzerei, in der heute die Bundesausgabe dieser Zeitung hergestellt wird, liegt in einem modernen Gebäudekomplex auf der grünen Wiese in Kettwig, südlich von Essen. Die Abteilung ähnelt mehr einem Labor oder einem Architekturbüro als der alten verwinkelten „Mettage".

Die kopfstarke Truppe der gestandenen Maschinensetzer ist verschwunden, bis auf den letzten Mann. Ihre Arbeit haben drei elektronisch gesteuerte Fotosetzmaschinen übernommen. Sie werden von wenigen Fachkräften bedient, die die Berufsbezeichnung „Operator" tragen.

Die große Mannschaft der Metteure ist zusammengeschmolzen zu einer kleinen Crew von „Montierern". In wenigen Minuten kleben sie aus einer Handvoll Einzelbelichtungen die komplette Zeitungsseite zusammen. Die Metteure standen noch vor ihrem schweren, metallbeschlagenen Umbruchtisch, ihre Nachfolger arbeiten auf der Glasplatte eines Leuchtpults. Die fertige Seite, die heute aus Papier statt aus Blei besteht, wiegt nur noch nach Gramm. Und die verbliebenen Mitarbeiter der Setzerei sind bei der Arbeit kaum anders gekleidet als die Angestellten in der kaufmännischen Abteilung des Hauses.

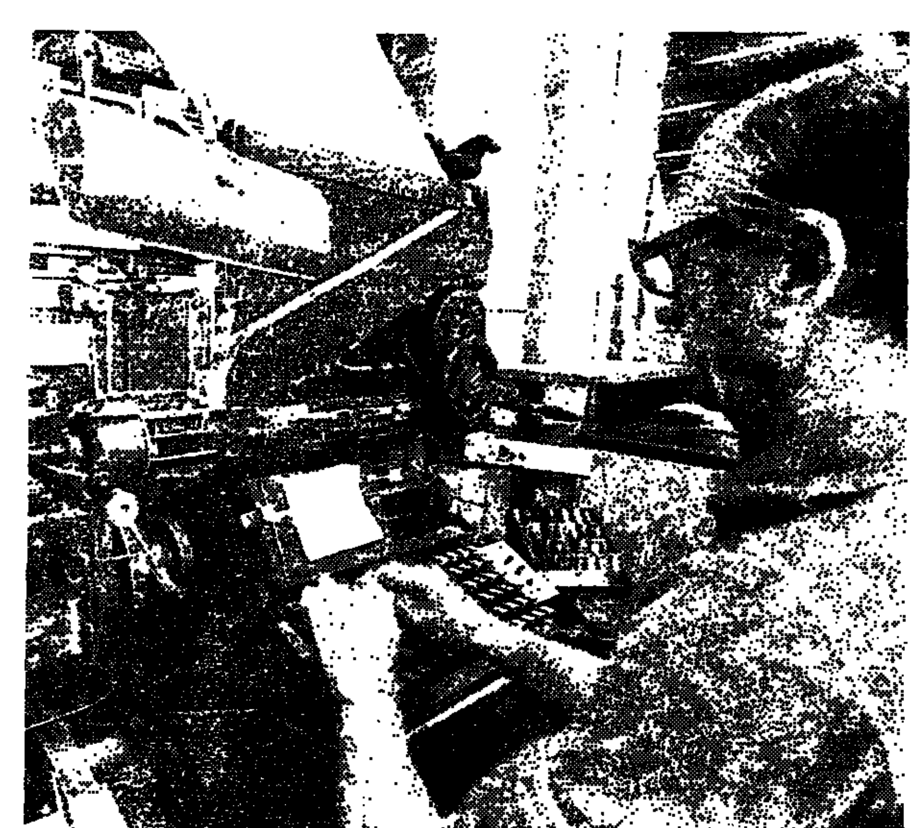
Eine alte Linotype, eine der ausrangierten Setzmaschinen, steht noch in der Eingangshalle des Druckhauses Kettwig – als Museumsstück. Gutenberg hat ausgedient.

Doch ohne die Erfindung des Mainzer Patriziers Johannes Gensfleisch, genannt Gutenberg, im Jahre 1455 hätte es keine Zeitung, hätte es keine WELT gegeben. Generationen von Schriftsetzern arbeiteten mit der von ihm geschaffenen Technik der beweglichen Lettern: Der Text wurde mühsam, Buchstabe für Buchstabe, mit der Hand aus dem Schriftkasten geholt und „gesetzt". Ein Setzer hätte



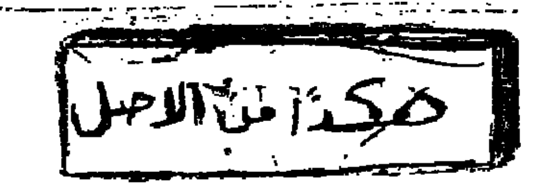


Blick in die WELT-Redaktion: Pionier-Stimmung in den Nachkriegsjahren (links), Computer-Atmosphäre heute.





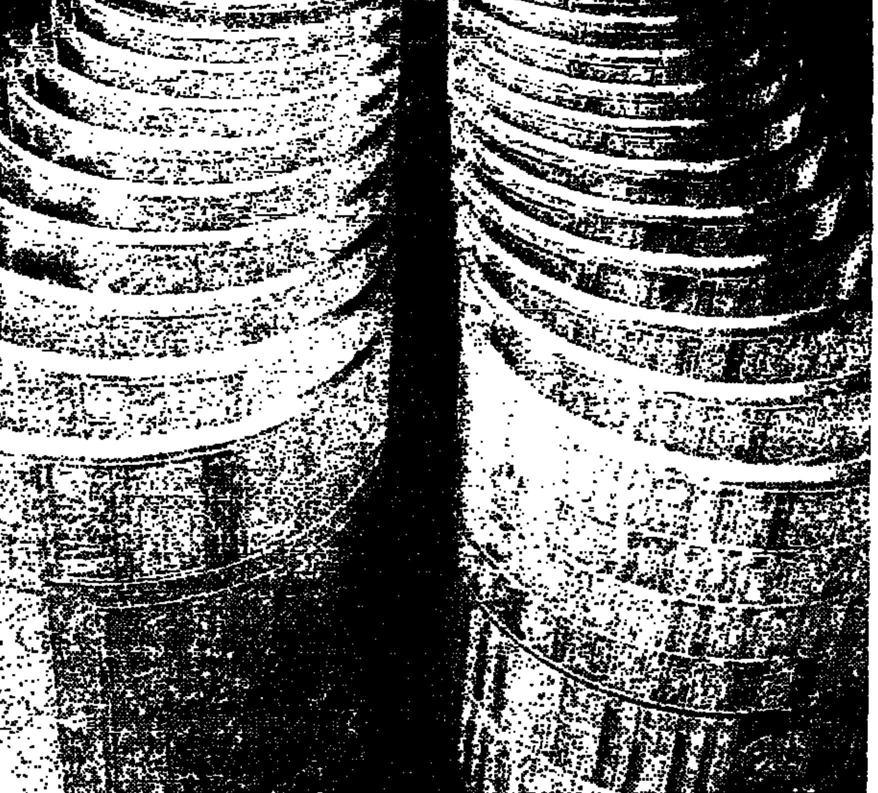
Heute nur noch ein technischer Dinosaurier: Die Linotype-Setzmaschine (links). Sie wurde verdrängt vom Fotosetzgerät (rechts).

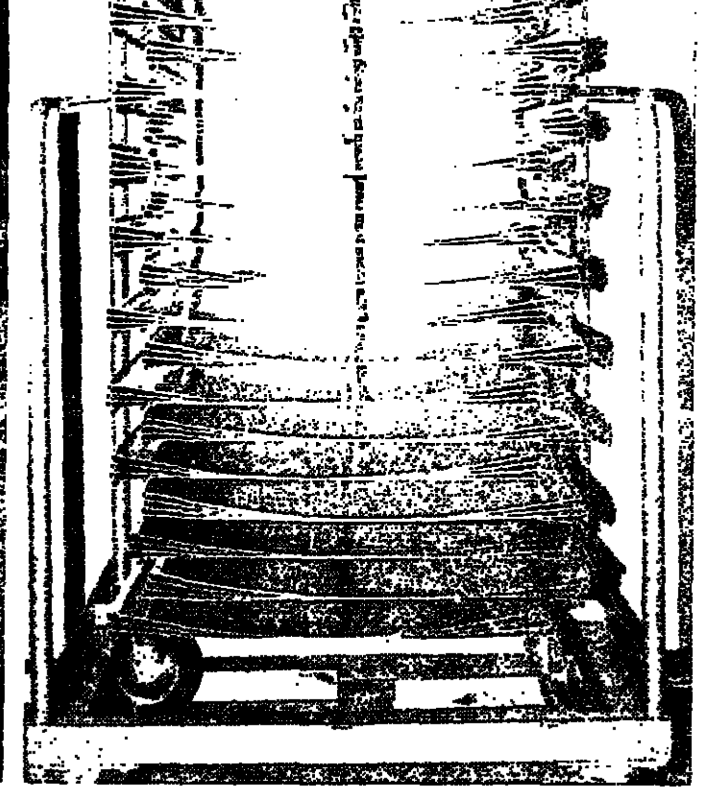






Zwei Beispiele für den Wandel in der Arbeitswelt: Der Metteur stirbt aus, die Gegenwart gehört dem Montierer (rechts).





Vom Hochdruck zum Offset: Statt kiloschwerer Druckplatten aus Blei (links) gehen heute leichte Aluminiumfolien an die Rotationsmaschine.

nach diesem Verfahren eine Textseite dieser Beilage – eine einzige wohlgemerkt! – in etwa 18 Stunden herstellen können (nicht gerechnet die Zeit, die Lettern wieder in den Setzkasten einzuordnen).

Schwäbischem Erfindergeist gelang 1884 der erste dramatische Fortschritt in der Zeitungssetzerei: Der nach Amerika ausgewanderte württembergische Uhrmacher Ottmar Mergenthaler baute eine fast zwei Meter hohe Maschine, bei der die Drucktypen durch einen einfachen Tastenanschlag aus ihrem Magazin fielen. Zeilenweise aufgereiht wanderten die Messingplättchen, Matrizen genannt, automatisch vor einen Behälter mit geschmolzenem Blei. Das heiße Metall floß in die Vertiefungen der Matrize: So entstand die ausgegossene Bleizeile.

Während die Drucktypen der nächsten Zeile aneinandergereiht wurden, beförderte ein kunstvoller Mechanismus die Matrizen der ersten Zeile zurück in den richtigen Kanal des Magazins. Mergenthaler nannte seine Erfindung „Linotype" (nach „line of type" = Buchstabenzeile). Mit der Maschine des Deutschamerikaners arbeitete ein Setzer viereinhalb Stunden an einer WELT-Seite.

Das war der Stand der Technik, als am 1. April 1946 die Nummer 1 der WELT gesetzt wurde.

Neun Jahre später gelang der nächste technische Durchbruch: Die WELT führte als erste europäische Zeitung das Teletype-System (TTS) ein. Jetzt brachte nicht mehr der Tastenanschlag des Setzers die Matrizen in Bewegung, sondern ein Lochstreifen. Das Arbeitstempo der Linotype vervierfachte sich: Die Herstellung einer WELT-Seite dauerte noch gut eine Stunde (nicht gerechnet die Zeit für Korrekturen, die nach dem Setzen fällig waren).

Bevor die TTS-Linotype losrasseln konnte, mußte freilich erst einmal der Lochstreifen gestanzt werden. Diese Arbeit übernahmen Perforatoren und Perforatorinnen.

Für die WELT, die in drei Städten gesetzt und gedruckt wurde, brachte das TTS-System einen entscheidenden Vorteil: War ein Lochstreifen erst einmal gestanzt, dann konnte mit ihm nicht nur die Linotype in Hamburg gefüttert werden. Legte man ihn in der Essener oder in der Berliner Setzerei in eine TTS-Maschine ein, dann produzierte diese den gleichen Text wie ihr eiserner Kollege an der Alster. Dazu mußte Hamburg die Außendruckorte nur mit einem identischen Lochstreifen versorgen. Ein Sender, ein Empfänger und dazwischen eine Leitung der Bundespost lösten das Problem. Von nun an arbeitete die WELT mit „Fernsatz".

So spielten die Perforatoren zwanzig Jahre lang eine Schlüsselrolle bei der Herstellung der Zeitung. Ihr Beruf, der sein Entstehen dem technologischen Fortschritt verdankte, fiel 1975 dem gleichen Fortschritt wieder zum Opfer: Nach dem Umzug der Zentralredaktion nach Bonn übernahmen zwei OCR-Geräte (eine Abkürzung für Optical Character Recognition = optische Zeichenerkennung) ihre Arbeit.

Diese Maschinen waren in der Lage, ein eingefüttertes Textblatt in Sekundenschnelle in einen „ausgeschlossenen" Lochstreifen umzusetzen. Leider akzeptierten die OCR-Geräte die Manuskripte nicht so, wie sie aus der Redaktion kamen: mit übertippten und ausgeixten Buchstaben,

> ***In der Idee leben heißt, das Unmögliche sehen, als wäre es möglich.***
>
> ***Johann W. v. Goethe***

mit Streichungen und handschriftlichen Einfügungen. Der Verlag heuerte eine Schar von „Schreibdamen" an, die die Artikel der Journalisten in saubere, maschinenlesbare Typoskripte verwandelten.

Mit den OCR-Geräten hatte sich bei der WELT in Bonn die Elektronik einen festen Platz erobert. Aber 100 Kilometer weiter, im Essener Druckhaus, klapperten noch die Maschinen Ottmar Mergenthalers.

Für die Setzerei kam fünf Jahre später die Revolution. „Die WELT nimmt Abschied von Gutenberg und von der Bleizeit", meldete diese Zeitung am 30. Juni 1980 auf Seite drei. Seit jenem Tag wird die WELT elektronisch gesetzt. Das Setzen einer ganzen Textseite dauert heute noch fünf Minuten. Seit dem Gründungsjahr 1946 hat sich die Leistung damit auf mehr als das Fünfzigfache erhöht.

In früher unvorstellbarer Geschwindigkeit verarbeiten Fotosetzgeräte die – anfangs noch mit Lochstreifen – eingegebenen Daten. Eine Kathodenstrahlröhre wandelt die Informationen in aus Licht geformte Buchstaben um und projiziert sie auf Fotopapier. Der belichtete Streifen wird noch in der Maschine entwickelt und getrocknet. Aus den Belichtungen, den Fotos und den Anzeigen klebt der Montierer – nach millimetergenauen Vorgaben der Redaktion – die WELT-Seite zusammen. Aus dieser wiederum entsteht – über die Zwischenstationen Reprokamera und Plattenkopie – die Druckplatte.

Mit der satztechnischen Revolution verließ die WELT 1980 auch ihr Essener Stammhaus an der Sachsenstraße und zog in das neue Druckzentrum Kettwig um. Gleichzeitig verabschiedete sie sich vom Hochdruckverfahren und druckt seitdem die Bundesausgabe auf einer 120 Meter langen Offset-Rotationsmaschine, die ein gestochen scharfes Schriftbild und hervorragende Farbqualität garantiert.

Anfang 1984 machten schließlich auch die WELT-Redakteure den Schritt ins Computer-Zeitalter. Vom Volontär bis zum Chefredakteur, von der Redaktionssekretärin bis zum Parlamentsberichterstatter setzten sich alle Mitarbeiter für eine Woche auf die Schulbank und lernten den Umgang mit dem neuen Schreib- und Arbeitsgerät: dem Terminal.

Von den vielen Vorteilen, die das „System" der Redaktion bietet, wiegt der Zeitvorteil am schwersten. Ist ein Artikel auf dem Bildschirm in Bonn erst einmal satzfertig gemacht, kann schon wenige Minuten später im 100 Kilometer entfernten Kettwig die Belichtung des Textes aus dem Fotosetzgerät fallen – mit Überschrift und Bildunterschrift, ein- oder mehrspaltig, millimetergenau in der Höhe und Breite, die der Layouter in der Redaktion vorgesehen hat.

Der schnelle „Kollege Computer" kann freilich von Zeit zu Zeit auch störrisch sein, und den Journalisten ist manchmal nicht wohl bei dem Gedanken, daß ihre ganze Arbeit vergeblich wäre, wenn „das System abstürzt". Die Rechner, die jeden Tag durchschnittlich 12 000 WELT-Zeilen verarbeiten müssen, tragen zwar den schönen Beinamen „nonstop" – in der Praxis jedoch lassen sie sich keineswegs darauf festlegen, tatsächlich „nonstop" in Aktion zu sein.

Den gravierendsten Fall von Arbeitsverweigerung erlebte die Redaktion zehn Tage vor diesem WELT-Geburtstag: Ein dreistündiger Totalausfall des Systems zwang sie dazu, die geplante Montag-Nummer für einen großen Teil der Auflage zur „Notausgabe" schrumpfen zu lassen.

„Gutenbergs Nachfolger mußten vor dem Winzling ‚Chip' kapitulieren", klagte Chefredakteur Gillies auf Seite eins. Und bat die Leser um Nachsicht.

Klaus Jürgen Fritzsche (44) ist seit 12 Jahren Chef vom Dienst der WELT-Redaktion.

Redaktionen verursachen nur Ärger und Kosten

Von ROBERT LEMBKE

Als die WELT auf die Welt kam, fand sie sie in einem Zustand vor, in dem man sich eigentlich nicht gerne zeigt. Die Schöpfer *der beiden Welten, der* liebe Gott und die Engländer, waren zwar mit ihren Werken recht zufrieden – der liebe Gott sagte, laut Herrn Moses, „daß es gut war", und die Engländer sagten „all right" – aber es zeigte sich doch, daß Werke ihre Meister nicht nur loben, sondern auch ganz schön ärgern können.

Vielleicht sind in diesem Zusammenhang ein paar allgemeine Anmerkungen hilfreich. Die Gründung einer Zeitung ist entweder eine Lizenz zum Gelddrucken oder der Versuch, einen Kachelofen mit der Verbrennung von Hundertmarkscheinen warm zu bekommen. In besonders gelagerten Fällen beteiligt sich auch das Finanzamt an dem Unternehmen.

Wie der liebe Gott bei der Erschaffung seiner Welt, die ja in gewissem Umfang auch unsere ist, vorging, kann als bekannt vorausgesetzt werden. Bemerkenswert ist, daß er damals sechs Tage voll beschäftigt war und am siebten Tag ruhte, während wir längst bei der Fünf-Tage-Woche angelangt sind und uns fast unaufhaltsam der 35-Stunden-Woche nähern.

Die Grundsatzentscheidungen, wie *etwa Hell und Dunkel, Land und* Wasser, fielen ziemlich am Anfang, während die Details, wie etwa wir, erst später ausgearbeitet wurden.

Auch Verleger gehen nach diesem System vor. So entsteht, nachdem die Frage der Beleuchtung geklärt ist, zunächst einmal die Zweiteilung zwischen dem nützlichen, angenehmen und lukrativen Anzeigenteil und dem nichts als Ärger und Kosten verursachenden redaktionellen Teil.

Der Anzeigenteil ist für alle Menschen – abgesehen von einigen wenigen an akuten oder chronischen Ideologien erkrankten Verlegern – der wichtigste Teil einer Zeitung. Er ist zu wichtig, als daß er mit ein paar Absätzen in diesem Bericht abgetan werden könnte. Im Gegensatz zu den Mitarbeitern des redaktionellen Teils überlegen sich die Auftraggeber von Anzeigen jedes Wort, sie müssen es ja schließlich bezahlen.

Werden BH's nun getragen oder nicht?

Verschwendet werden in den beiden Teilen einer Zeitung nur Adjektive. Das immer wieder behauptete Zusammenspiel zwischen Redaktion und Anzeigenteil ist ein Märchen, leider. Es muß Leserinnen doch total verwirren, wenn sie im Anzeigenteil erfahren, wie lebenswichtig für ihr Aussehen ein gut gearbeiteter Büstenhalter ist, nachdem sie ein paar Seiten vorher gelernt haben, daß man gar keine mehr trägt.

Aber, wie schon gesagt, der Anzeigenteil verdient eine eigene, ausführliche Betrachtung.

Zurück zum redaktionellen Anhängsel. Es zerfällt in verschiedene Kästchen, auch Ressorts genannt. Die Menschen, die diesen Zerfall aufhalten oder bremsen sollen, werden – je nachdem – Chefredakteur, Redaktionsdirektor oder Herausgeber genannt. Die genaue Bezeichnung richtet sich nach dem Grad der Entfernung von der Truppe. Je mehr Leute in diesen Positionen tätig sind, desto schwieriger wird es für Außenstehende, Beschwerdebriefe richtig zu adressieren. Sie werden in der Regel gut bezahlt, aber ein erheblicher Teil ihrer Bezüge ist Schmerzensgeld für Prügel, die sie bekommen, aber einem anderen zugedacht waren. Ihren Aufstieg verdanken sie dem Geschick der Verleger, einen zu gut und zuviel schreibenden Mitarbeiter soweit nach oben zu befördern, daß er zwar noch das Recht, aber nicht mehr die Gelegenheit zum Schreiben hat.

Unterhalb dieser Führungsspitze breitet sich die sogenannte Redaktion aus, aufgeteilt in eine, je nach Bedeutung der Zeitung, mehr oder weniger große Zahl von Ressorts. Ihre Mitarbeiter gehen sich teils an die Hand, teils auf die Nerven. Sie strafen sich durch Anwesenheit oder mit Verachtung. Man unterscheidet zwischen festen und freien Mitarbeitern. Die festen sind nach Auffassung ihres Berufsverbandes frei, die freien sind abhängig. Sie leben von Wohlwollen und Einfällen. Was sie zwischen den Zeilen sagen, wird nicht honoriert.

Um den Spitzenplatz in der Hackordnung streiten sich meistens die *Außenpolitik und das Feuilleton.* Die Außenpolitik hat den Vorteil, daß die Leute, mit denen sie sich beschäftigt, in der Regel das Blatt nicht lesen können und deshalb gegen Beleidigungen weitgehend immun sind. Über Herrn Khomeini kann man schreiben, was man will, der rührt sich gar nicht. Wehe, wenn man das mit einem deutschen Oberregierungsrat macht.

Die Mitarbeiter des Feuilletons haben das Problem, ihren Frauen begreiflich machen zu müssen, daß sie arbeiten, wenn sie in der Nase bohren oder zum Fenster hinausschauen. Sie werden vermutlich nach Satzlänge bezahlt.

Aus diesem Grund stehen häufig Bücher von Jean Paul und Thomas Mann neben ihren Schreibtischen.

Dem Verleger und der Wahrheit dienen

An vielen Abenden leiden sie unter Zwangsvorstellungen, die ihnen von Theatern oder Konzertagenturen auferlegt werden. Wehe, wenn sie ein Stück loben – sofort bleiben die Leute aus. Sie müssen Deutsch als erste Fremdsprache beherrschen. Die Kollegen von anderen Blättern, für die sie eigentlich schreiben, passen da sehr auf. Es gibt Leser, die ihre Zeitung sofort abbestellen, wenn sie das Feuilleton lesen können; sie legen Wert auf ein Blatt, das so gebildet ist, daß sie es selbst nur mehr zum Teil verstehen.

Das schwierigste Ressort ist die In*nenpolitik. Die dort tätigen Redak*teure müssen sowohl dem Verleger, als auch der Wahrheit dienen. Immer wieder werden ihre gesicherten Erkenntnisse durch Fakten gestört. Die Wähler machen auch, was sie wollen. Wie im richtigen Leben beginnen sie mit Nachrichten und hören dann mit Kommentaren auf. Ihr Familienleben ist häufig zerrüttet, ihre Lebenserwartung unterdurchschnittlich. Die Innenpolitik ist der Platz für Helden.



Der Quizmaster bei seinem Evergreen: Heiteres Beruferaten.

Wirtschaftsredakteure und Sportjournalisten haben vieles gemeinsam. Beide beschäftigen sich hauptsächlich mit bedeutenden Wirtschaftsunternehmen. Ihre Gehälter sind nur unbedeutende Dreingaben, das große Geld machen die einen an der Börse und die anderen im Toto. Beide bedienen sich für ihre Mitteilungen *nicht der deutschen Sprache, son*dern eines Jargons, der nur Eingeweihten zugänglich ist. Beide Gruppen sind uniformiert – die Wirtschaft im Nadelstreifen oder im grauen Flanell, der Sport mit offenen Hemden, Pullovern und Fußbekleidungen, die teils von Adidas, teils von Puma stammen.

Es gäbe noch viel zu berichten. Denken Sie nur an die Mitarbeiter, die für die Reiseseiten verantwortlich sind und ständig einem gesundheitsschädlichen Klimawechsel ausgesetzt sind. Oder an die Menschen, die *sich uns zuliebe beinahe alle sechs* Monate an einen anderen Wagen gewöhnen müssen, den allerdings dann steuerfrei.

Oder an die Wissenschaftsredakteure, die dauernd mit ansteckenden Krankheiten konfrontiert werden, mit Kometen ins Bett gehen und mit Computern aufwachen. Dabei wissen sie die ganze Zeit, daß der Fortschritt erst dann beginnt, wenn die Nasa einmal eine gute Truppe nicht auf den Mond, sondern in die Slums von New York schickt.

Nicht vergessen darf man auch die *Auslandskorrespondenten, die nie* richtig gekühltes Bier bekommen und immer damit rechnen müssen, daß sie ihre mühsam angeworbenen Vertrauensleute schon vor dem Ministerium an einer Laterne hängend antreffen.

Oder die Sonderkorrespondenten, die längst erkannt haben, daß man in einem fremden Land an der richtigen Hotelbar mehr erfährt, als durch mühsame und aufwendige Reisen ins Landesinnere.

Besonders pfiffig sind die Mitarbeiter, die fremde Pressestimmen oder Leserbriefe auswählen. Wenn man andere findet, die genau das schreiben, was das eigene Blatt sagt, ist das eine glänzende Bestätigung. Wenn man einen Ausschnitt findet, der das enthält, was man gerne gesagt hätte, *aber nicht hat, ist das so gut wie* selbst geschrieben. Und ein Zitat, das der eigenen Meinung widerspricht, und recht plump und naiv formuliert ist, bringt auch wieder ein paar Pluspunkte.

Gute Kritiker mögen „Was bin ich?"

Daß ich mich bei der Beurteilung der Fernsehseiten zurückhalte, werden Sie verstehen. Gute, qualifizierte Mitarbeiter sind sofort daran zu erkennen, daß ihnen „Was bin ich?" gefällt und sie die „*Lindenstraße*" für ein 13-Millionen-Mißverständnis halten. Generell empfehle ich Kritikern, nicht alle Sendungen, über die sie urteilen, vorher anzusehen – es könnte sie eventuell beeinflussen.

Zu den Leuten, die ich uneingeschränkt bewundere, gehören die Auserwählten, die täglich, wöchentlich, monatlich oder – was ich mir besonders schwer vorstelle – jährlich unser Schicksal vorhersagen. Daß sich jemand die Mühe macht, mir Anfang Januar mitzuteilen, daß ich um den 15. November herum mit einer Erkältung rechnen kann, im August auf Schweißausbrüche gefaßt sein muß, jeweils kurz vor dem Ersten mit finanziellen Problemen befaßt sein werde, mit alten Bekannten Enttäuschungen erleben kann und mit neuen, speziell im März und September, sehr vorsichtig sein muß, rührt mich fast zu Tränen.

Was mich bei günstigen Vorhersagen etwas irritiert, ist der Umstand, *daß meine Freunde ja auch* Horoskope lesen und so genau wissen, wann der günstigste Moment für einen Pumpversuch gekommen ist. Andererseits tröstet mich der Umstand, daß ich das traurige Schicksal eines Magengeschwürs im Mai oder eines Halswirbelsäulen-Syndroms Ende August mit einem Zwölftel der Menschheit teile; geographische Einschränkungen werden vielleicht von den Sternen, nicht aber von deren Vertrauten gemacht: Jungfrau ist Jungfrau und Wassermann ist Wassermann, ob schwarz, weiß oder gelb, wobei beim Wassermann noch zwischen positiv und negativ unterschieden werden kann. Hier ist übrigens, wenn Sie mir die Abschweifung gestatten, einer der wenigen Fälle, in denen negativ ganz positiv ist.

Ach so – eigentlich wollte ich ja der WELT zum Geburtstag gratulieren. Ich mache das gern. Ohne die WELT wäre meine Welt ärmer. Ich bewundere und beneide die Kollegen, die daran mitarbeiten. Ich bin süchtig nach allem, was Zeitung ist. Es mag ja nicht immer alles genau stimmen, aber auf die Anzeigen, die Horoskope *und die Börsenkurse kann man sich* verlassen, es sei denn, daß einmal ein Druckfehler passiert, den es eigentlich gar nicht gibt. Gedruckt wird immer richtig, aber manchmal stimmt der Satz nicht.

Journalisten schreiben auf Schnee oder, im Sommer, auf Sand. Sie produzieren eine vergängliche Ware. Der Rahm von heute ist der Käse von morgen.

Die liebe Zeitung! Selbst wenn sie alle ihre Neuigkeiten von sich gegeben hat, hilft sie immer noch beim Gläser einpacken.



40 JAHRE DIE WELT

Redaktion:
Hans Baumann, Klaus Jürgen Fritzsche, Joachim Neander, Horst Stein

Produktion: Barbara Schröter-Grunow, Florian Nehm, Robert von Loewenstern

Gestaltung: Klaus Bertelmann, Michael Klocke, Anne Fuchs, Holger Bade

Zeichnungen: Klaus Böhle

Bildredaktion: Bettina Rathje

Herstellung: Werner Koziak, Peter Staubach

Anzeigen: *Hans Biehl; Hans-Dieter* Verclas, Jörg Bachmann, Joachim Meurer

Bildnachweis:
Titel: dpa
S. 1 dpa
S. 2 Sven Simon
S. 3 J. Darchinger, Christa Kujath
S. 4 DW (2)
S. 5 Dietrich Habbe, Hicks
S. 7 dpa, Sven Simon
S. 8 Klaus Mehner, E. Kasperski (2), Paul Glaser
S. 10 Christa Kujath, Falk Köhler
S. 11 Michael Klocke, Schafgans
S. 12 Sven Simon, DW
S. 13 Mikro Systema/HTE
S. 14 Matthias Nyary
S. 17 DW (2)
S. 20 dpa/Steiner, Rudolf Pröhl, DW, Bundesbildstelle, Teuto-Press
S. 21 M. Vollmer (3)
S. 22 Hans Jürgen Fratzer, Manfred Grohe, W. Storto
S. 24 Brigitte Hellgoth
S. 25 ILF (2), du vinage
S. 26 F. Hartung, DW, Sven Simon
S. 28 J. Darchinger, DW (2)
S. 29 Brigitte Stachowski, dpa
S. 31 Winfried Rabanus, DW
S. 33 Sven Simon, F. Hartung, DW
S. 35 Camera-Press (2), Poly-Press, BBC, PAP
S. 36 dpa (2)
S. 37 Baumann
S. 40 Thomas Exler
S. 41 Sven Simon (2)
S. 42 Sven Simon, DW
S. 43 DW
S. 45 J. Darchinger
S. 46 UPI (2), L. P. Wachsmann, Keystone, AP, DW
S. 47 Lothar Kucharz, Sven Simon (2), Keystone, Pace Magazine, Studio X, J. *Darchinger, Poly-Press, Camera-Press (2)*
S. 48 dpa (2)
S. 49 Mitsubishi, Opel
S. 52 Ullstein/ASV, Poly-Press
S. 53 Poly-Press, Hans Hölt (2), Bruder
S. 54 Manfred Grohe, DW
S. 55 DW, dpa
S. 56 J. Darchinger, Ludwig/Visum
S. 58 DW, Christa Kujath
S. 61 Poly-Press, Sven Simon
S. 62 J. Darchinger, R. Schulze-Vorberg
S. 63 J. Darchinger, M. Vollmer, DW
S. 66 DW, J. Darchinger, Poly-Press, R. Schulze-Vorberg (2)
S. 67 Michael Klocke, Christa Kujath
S. 70 Maous/Studio X, Budapress, B. Friedrich, UPI
S. 71 J. Darchinger, Peter Peitsch
S. 72 DW (2), Klaus Behr
S. 73 Prenzel/IFA, dpa
S. 74 DW, Ullstein
S. 75 dpa
S. 76 AP
S. 80 Stefan Lipsky
S. 81 Henning Christoph, *Hermann* Knippertz
S. 82 DW, AP
S. 83 Karsten de Riese
S. 84 DW, Camera-Press
S. 85 Sven Simon
S. 86 AP, dpa
S. 90 Stuckmann
S. 91 K. Hyzdal von Miserony, Rosemarie Clausen
S. 92 *DW, Klaus Abs*
S. 93 DW (2)
S. 94 Michael Klocke, DW, R. Schulze-Vorberg, Mietz
S. 95 R. Schulze-Vorberg, Schulz (2), Mietz
S. 96 dpa

